

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 8059/91	Best. ZS/A-32/12
Rep. h	Kat. h

ZS/A 32, Bd. 12

Slg. Botschafter a.D. Eugen Ott

---

Korrespondenzen und Aufzeichnungen  
zur Zeitgeschichte, ins. zur  
Rolle des Generals Kurt von  
Schleicher

Hermann Böhme

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

München, 25/11/32 X. 12963

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich habe mich mit Ihnen sehr ausführlich bei Frau Tenke  
besprochen. Sie erklärt, dass der Professor Kessel eine gewisse An-  
erkennung für die biographischen Arbeiten hat. Allerdings hat  
er bei der Zeit die Fragen in Betrachtung, die biographischen Arbeiten  
nicht gelesen. Es ist so, dass die biographischen Arbeiten immer  
mehr und mehr in die Hände der Biographen übergehen. Die  
materiellen Bedürfnisse werden immer wichtiger und werden  
bei Ihnen für die Arbeit berücksichtigt.

Die biographischen Arbeiten werden immer mehr in die Hände  
der Biographen übergehen. Die biographischen Arbeiten bei Frau Tenke  
werden immer wichtiger und werden bei Ihnen für die Arbeit  
berücksichtigt.

his name is written, in Prince's name in his possession  
for name of Prince's father.

his property is written in it

for signature + address

James F. [unclear]

1 [unclear]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Margret Boveri

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eugen OTT.

Hemmingen, den 7.2.1952.

Sehr verehrte Frau Dr. Boveri!

Unser Treffen in Tokio ist mir lebendig in Erinnerung und ich danke Ihnen sehr für die freundliche Fortsetzung durch Ihren Brief.

Das Schleicher-Buch hatte ich Anfang Januar kurz in Händen und habe die anliegenden gedrängten Zeilen darüber Christ und Welt auf Wunsch zur Verfügung gestellt. Auf Einzelheiten einzugehen, war der Raum zu knapp, und eine fundierte Widerlegung unwahrscheinlicher Einzelheiten ist nicht einfach, da Schleicher seine angebliche Rüssenpolitik ausserhalb des Gesichtskreises seiner militärischen Mitarbeiter führte und später seine angebliche Verhandlungen mit dem Westen als Privatmann. Unsere zehnjährige Zusammenarbeit bewegte sich fast ausschliesslich auf dem Gebiet der Innenpolitik, 1923 beginnend mit dem Küsttriner Putsch der "schwarzen Reichswehr", den Freikorps, Femenden, Hitlerputsch und mil. Ausnahmezustand und allmählich sich verdichtend auf die Auseinandersetzung mit dem "ational-Sozialismus."

Wenn ich in Christ und Welt gesagt habe, dass der Schwerpunkt der Arbeit beider Generale (Seeckt und Schleicher) auf innerpolitischem Gebiet lag, so geschah das nicht aus meinem engeren Gesichtswinkel, sondern entspricht der damaligen Lage der Weimarer Republik und der überaus schwierigen Aufgabe, die Truppe auf dem Boden einer Verfassung festzuhalten, hinter der kein aktionsfähiger Wille des Volkes mehr stand.

Soweit Berndorff dieses Gebiet behandelt, ist Manches schief und ich werde gerne Ihnen Einiges dazu sagen, sobald ich das Buch wieder zur Verfügung habe.

Als Informationsquelle möchte ich nächst gerne in Erscheinung treten

Ich hoffe, dass diese allgemeinen Bemerkungen Ihnen ein wenig nützlich sein können, und bin mit bestem Gruss

für ein Bemerkung:

Fall, Sp. 1. vor dem Bestehen der Befugnis für  
 zugehörigen für. Bemerkung in der Befugnis-  
 teilung, was ein nicht bezeugend. Es  
 zu den Bemerkung.

Fall, Sp. die Prozess-Instanz oder nicht. Es  
 an Teil. für.

Teil, was nur nach Prozess und Befugnis  
 Prozess.

Teil, was zu dem Einverständnis der Befugnis für  
 Befugnis, Es wird es für für Befugnis nicht  
 nicht politische Befugnis geben. (Befugnis Befugnis)



DR. MARGRET BOVERI

IM SCHWARZEN GRUND 18  
BERLIN-DAHLEM. F. 761524 den 4. Febr. 1952.

Sehr verehrter Herr Ott,

Ich weiss nicht, ob Sie sich erinnern, dass ich im August 1940 einmal in Tokio bei Ihnen zum Lunch war. Ich befand mich auf der Reise nach Amerika als Korrespondentin der "Frankfurter Zeitung", also als Kollegin von Lily Abegg und Richard Sorge (welch letzterer trotz allem, was inzwischen über ihn veröffentlicht wurde, für mich eine der interessantesten Figuren bleibt, die ich beruflich getroffen habe).

Heute erlaube ich mir, mich mit einer Bitte an Sie zu wenden. Ich bin aufgefordert worden, das Buch von H.R. Berndorff, "General zwischen Ost und West" (Hoffmann und Campe Verlag) zu besprechen. Die sehr journalistische Schreibweise des Autors, der einmal bei Ullstein arbeitete, erfüllt mich mit Zweifeln, wieweit die Angaben in dem Buch zuverlässig sind. Leider fehlt mir selbst die Sachkenntnis, sie nachzuprüfen. Ich nehme an, dass Sie sich als einstiger politischer Referent von Schleicher das Buch schon angesehen haben, und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen wollten, ob Sie auf Fehler oder falsche Angaben gestossen sind. Selbstverständlich werde ich, wenn Sie darauf Wert legen, die Quelle, aus der meine Auskünfte stammen, nicht erwähnen. - Die angeblich von den Amerikanern im Heeres-Archiv in Potsdam beschlagnahmten Dokumente - ein Brief Brockdorff-Rantzaus, und eine Erwiderung von Seeckt (S. 117 bis 131), erfüllen mich Staunen, vor allem das erste Schreiben, und ich frage mich, ob so etwas gefälscht sein kann.

In der Hoffnung, dass ich Ihnen mit meiner Anfrage nicht zur Last falle bin ich

mit den besten Empfehlungen

Ihre sehr ergebene

Margret Boveri.

DR. MARGRET BOVERI

IM SCHWARZEN GRUND 18  
BERLIN-DAHLEM. F. 761524

Sehr verehrter Herr Ott,

Vielen Dank fuer Ihre so prompte Beantwortung meines Briefes und den Ausschnitt Ihrer Besprechung in "Christ und Welt", die ich mit grossem Interesse gelesen habe. Ich sehe daraus, dass auch Sie dem Berndorff'schen Buch mit einiger Skepsis gegenueber stehen.

Inzwischen habe ich mir den dicken Waelzer Rabenaus ueber Seeckt geholt, und will sehen, ob ich dort etwas finde, was entweder Berndorffs Angaben bestaetigen oder meine Zweifel unterbauen koennte. Auch habe ich die eine Tochter von Hammerstein, die als junges Maedchen mit sehr kritischem Auge die Vorgaenge aus dem Hintergrund betrachtet hat, etwas ausgefragt. - Ueber die aussenpolitischen Vorgaenge wird aber wohl nirgends etwas zu finden sein, und man wird warten muessen, ob sich einmal in Frankreich und England Leute ruehren, die Schleichers Gegenspieler waren.

Aus der Berliner Perspektive, in der zu erkennen ist, wie beide Seiten im kalten Krieg die Geschichte schon im Entstehen faelschen, ist bei mir der Wunsch doch sehr stark, dass es den Deutschen gelingen moege, den zwischen ihnen niedergelassenen Eisernen Vorhang zu zerreißen, und dadurch vielleicht auch gegen die Spaltung, die durch ganz Europa geht, etwas zu tun.

Mit den besten Gruessen

Ihre

Margret Boveri.

Eugen OTT.

Hemmingen, den 10. März 1952.

Sehr verehrte Frau Dr. Boveri!

Ich bedanke mich sehr für Ihr zweites freundliches Schreiben und bitte um Nachsicht, wenn ich erst heute, nach der üblichen Grippe dieser Tage, mit einigen weiteren Ausführungen über das Berndorff-Buch komme.

Das Buch selbst habe ich nicht zur Hand, wohl aber einen Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, den der Chefredakteur Sethe am 26. Januar erscheinen liess unter dem Titel "Die Tragödie des Generals von Schleicher".

Sethe beginnt mit den Vorbehalten: "Wir wissen nicht, ob es als eine vollgültige Quelle in die Geschichtsschreibung eingehen wird. Es ist ein merkwürdiges Buch, Es ist offenbar zu schnell entstanden..."

Soweit wären Sie, verehrte Frau Boveri, und ich also mit Sethe einverstanden. S. hebt dann einige wesentliche Punkte des Buches heraus, zu denen ich ich Einiges sagen möchte.

Zwist mit Seeckt. "Auf den Posten des Chefs des Ministeramts .. glaubte Seeckt den Unbequemen abgeschoben und auf diese Weise kaltgestellt zu haben."

Ein doppelter Irrtum, zeitlich und sachlich. Das Ministerramt wurde nach der Entlassung von Seeckt geschaffen. Es war keine Kaltstellung von Schleicher, sondern gab ihm de facto die Stellung eines Staatssekretärs und ersten politischen Beraters des Reichswehrministers. Der damalige Chef der RL, General Heye, wehrte sich gegen diese Neuordnung, weil er erwarten musste, dass sein eigener Einfluss auf den Minister darunter leiden würde.

Zum Alte Kameraden. "Adjutanten des RP schlug Schleicher den Sohn des Präsidenten vor".

Der alte Feldmarschall hatte darum gebeten, ihm seinen Sohn zur persönlichen Betreuung zu attachieren, nachdem er seinen Ruhesitz in Hannover bezogen hatte und von einer RP Wahl noch keine Rede war. Das geschah damals und der Sohn folgte später in dieser Eigenschaft dem Vater ins Palais des RP.

Die Reichswehr verweigert sich.

"Aber, da Papen selbst regieren wollte, fürchtete Schleicher für sein Doppelspiel zwischen Ost und West."

"Schleicher empfahl sich jetzt, ein entscheidender Schritt, dem RP selbst als Reichskanzler."

Beides abwegige Darstellungen. Der Sturz Papens hatte mit der angeblichen, von Berndorff zu Unrecht in den Vordergrund gestellten Politik zwischen Ost und West nichts zu tun, noch erstrebte Schleicher die eigene Kanzlerschaft.

Die Reichswehr hat sich nicht verweigert, weil Schl. eigene Ziele verfolgte. Der wirkliche Grund war die Feststellung, dass die Reichswehr einem etwaigen Bürgerkrieg nicht gewachsen war, die ihren Einsatz

gegen Rechts, die NSDAP, und gegen links, die Kommunisten, gleichzeitig erfordert hätte. Diese Feststellung war das Ergebnis einer mehrtägigen Prüfung aller möglichen Auswirkungen eines Bürgerkriegs in der Außen- und Innenpolitik, die im RWM unter Heranziehung aller <sup>höheren</sup> Befehlsstellen von Reichsheer und Reichsmarine im Reich, der Spitzen der Preuss. Polizei und der Techn. Nothilfe stattgefunden hatte.

Schleicher hat sich dem RP nicht als Reichskanzler empfohlen, sondern sich dagegen gesträubt. Er betrachtete seine Berufung als eine Übergangslösung, bis es gelänge, entweder Hitler zur Aufgabe des totalen Machtanspruchs zu bringen oder die Partei zu spalten.

Meuterei?

Die Darstellung ist unrichtig. Vgl. dazu die authentischen Ausführungen des Generals a. D. Foertsch in seinem Werk über die Fritsch-Krise "Schuld und Verhängnis".

Herr Foertsch hat Ende Januar einige Richtigstellungen zu dem erwähnten Artikel an Sethe gegeben mit dem Anheimgestellten, sie als Leserbrief zu verwenden. Es ist mir unbekannt, ob diese Verwertung geschehen ist.

-----

Noch zwei Einzelheiten, die mir aus dem Berndorff-Buch erinnerlich sind:

Es ist unrichtig,

dass Schleicher vor dem Weltkrieg besonders hervorgetreten sei. Er war Büro-Offizier in der Eisenbahnabteilung, eine keineswegs gehobene Stellung.

dass die Groener-Denkschrift über wirtschaftliche Fragen von Schl. stammte. Schl. war nicht mit Gr. im Kriegsamt. Die Denkschrift hiess "Die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffs zur Regelung der Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne" und stammte von Richard Merton, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Metallgesellschaft in Frankfurt.

Ich würde mich freuen, wenn diese paar Bemerkungen Ihnen ein wenig nützen könnten und nicht zu spät kommen. Als Quelle bitte ich mich, wie gesagt nicht zu nennen.

Mit bestem Gruss

Ihr sehr ergebener



Bundesarchiv  
-Militärarchiv-  
(Teske)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

## BUNDESARCHIV

- Militärarchiv -

Az.: 111/6 f

(bitte bei Antwort anzeichnen)

- Der Leiter -

54 KOBLENZ, den 3. Nov. 1964

Am Wöllershof 12  
Postfach 320  
Fernruf 2411; Ortsnetznummer 0261  
Fernschreiber über 08 62816(Antwort-) Schreiben bitte  
unter Angabe unseres  
Aktenzeichens

Herrn

Botschafter a.D.  
Generalmajor a.D. Eugen Ott8 München 13  
Konradstr. 10/I

Sehr verehrter Herr Botschafter !

Leider ergab sich am Samstag anlässlich Ihres außerordentlich aufschlußreichen Vortrages in Koblenz nicht die Gelegenheit, Ihnen noch das Folgende vorzutragen, bzw. Sie um Ihre Einwilligung zu bitten:

Ich erwähnte meines Erachtens, daß das Militärarchiv beim Bundesarchiv auf Grund der bei ihm liegenden Nachlässe eine biographische Schriftenreihe plant, in der auch der General von Schleicher behandelt werden wird. Es ist mir gelungen, als Autor für dieses schwierige Unternehmen den bekannten Historiker Professor Dr. Kessel von der Universität Mainz zu gewinnen. Da der Nachlaß des Generals von Schleicher leider aber wenig über sein Wesen, seine großen Ziele, seinen Charakter und persönliche Züge seiner Arbeit aussagt, ist Prof. Dr. Kessel weitgehend auf Mitteilungen von Wissensträgern angewiesen. Als solche haben sich ihm angeboten die Generäle von Holtzendorff und Monsignore Theisen sowie die Herren von Carlowitz, von Berghes u.a. Da Sie, Herr Botschafter, jahrelang einer der engsten Mitarbeiter des Generals von Schleicher gewesen sind, wäre ich Ihnen zu großem Dank verpflichtet, wenn auch Sie dem Prof. Dr. Kessel die Möglichkeit einer Aussprache gäben. Prof. Dr. Kessel wird sich unmittelbar mit Ihnen in Verbindung setzen.

Ich bin mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr, Herr General, sehr ergebener

  
( T e s k e )

Oberarchivrat und Oberst d. Res.

8. Nov. 64.

Bez. III/6 f v. 3. XI.

Sehr geehrter Herr Oberarchivrat!

Vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 3. November.

Ich bin sehr gerne bereit, zu der geplanten Arbeit über General von Schleicher, nach Kräften beizutragen, und stehe Herrn Prof. Kess jederzeit zur Verfügung.

Zunächst darf ich auf einen weiteren Mitarbeiter des Generals hinweisen, der sicher bereit und fähig, nicht Unerhebliches zu äussern, den Generalleutnant a. D. Herrmann B ö h m e, München 13, Ainmillerstrasse 32.

Weiter erscheint mir von Interesse für das Thema das Tagebuch des bekannten General Vinzenz Müller der Volksarmee, das aus seinem Nachlass herausgegeben worden ist. Ein Exemplar befindet sich in der Bücherei des Instituts für Zeitgeschichte hier. Bei aller eingearbeiteten Tendenz der Sowjetzone, die ein geschulter Leser leicht erkennt, ist Manches aus der Zeit der Mitarbeit Müllers im Stab Schl

cher bemerkenswert.  
 Eingeschlossen sind auch mit der Bitte um baldige Rückgabe eine  
 eigenhändige Notiz über meinen Ober bei.

Mit freundlichen Grüßen

Johann Fel. Meißner  
 einverstanden

D. 8741

EUGEN OTT

ZS/A-32 / 12 - 13

8 MÜNCHEN 13, den  
Konradstraße 10//  
Telefon 335991

8. Nov. 64.

Bez. III/6 f v. 3. XI.

Sehr geehrter Herr Oberarchivrat!

Vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 3. November.

Ich bin sehr gerne bereit, zu der geplanten Arbeit über General von Schleicher, nach Kräften beizutragen, und stehe Herrn Prof. Kessl/ jederzeit zur Verfügung.

Zunächst darf ich auf einen weiteren Mitarbeiter des Generals hinweisen, der sicher bereit und fähig, nicht Unerhebliches zu äussern, den Generalleutnant a. D. Herrmann B ö h m e München 13, Aimmillerstrasse 32.

Weiter erscheint mir von Interesse für das Thema das Tagebuch des bekannten General Vinzenz Müller der Volksarmee, das aus seinem Nachlass herausgegeben worden ist. Ein Exemplar befindet sich in der Bücherei des Instituts für Zeitgeschichte hier. Bei aller eingearbeiteten Tendenz der Sowjetzone, die ein geschulter Leser leicht erkennt, ist Manches aus der Zeit der Mitarbeit Müllers im Stab Schleicher bemerkenswert.

Schliesslich füge ich mit der Bitte um baldige Rückgabe eine eigene kleine Studie über meinen Chef bei.

Mit freundlichen Grüßen

*Eugen Ott*

## BUNDESARCHIV

- Militärarchiv -

54 KOBLENZ, den 11. Nov. 1964

Am Willershof 12  
Postfach 320  
Fernruf 2411; Ortsnetznummer 0261  
Fernschreiber über 0862816

Az.: 111/6 f

(Antwort-) Schreiben bitte  
unter Angabe unseres  
Aktenzeichens

(bitte bei Antwort angeben)

Herrn

Generalmajor a.D.  
Botschafter a.D. Eugen Ott

8 München 13  
Konradstr. 10/I

Sehr verehrter Herr Botschafter !

Ergebensten Dank für Ihr sehr gütiges Schreiben vom 8.11. und die Über-  
sendung Ihrer Studie über den General von Schleicher, die hier jedoch be-  
reits vorliegt.

Ebenso danke ich sehr für Ihre Bereitwilligkeit, sich Herrn Professor Kes-  
sel zur Verfügung zu stellen, um eine wirklich gute Arbeit über den verehr-  
ten General von Schleicher hervorzubringen. Ich habe ihm dies mitgeteilt,  
ebenso die Anschrift von General Böhme; er wird voraussichtlich im nächsten  
Frühjahr in München auftauchen.

Zu Ihrem Hinweis auf das Tagebuch von Vinzenz Müller darf ich folgendes be-  
richten: ich selbst bin mit Vinzenz Müller in den Jahren 1950 - 1954 fast  
jedes 1/4 Jahr in Ostberlin zusammengetroffen und habe mit ihm viele interes-  
sante Gespräche gehabt, deren Aufzeichnungen mir gottlob noch vorliegen. Dabei  
kam immer wieder seine große Verehrung für Schleicher zum Ausdruck - genau wie  
in den in Ostberlin herausgegebenen Memoiren. Bei letzterem Werk ist jedoch  
leicht festzustellen, was echt und was später dazugekommen ist; so sind wohl  
alle Angaben über Schleicher richtig.

Im Vertrauen darf ich bemerken, daß der Sohn Vinzenz Müllers, Dr. Fritz Müller,  
ein junger Historiker und Afrikanist, sich vor zwei Jahren anlässlich einer  
Dienstreise für die Ostberliner Universität in die Bundesrepublik abgesetzt  
hat und mit seiner Frau seitdem hier lebt. Ich stehe in laufender, allerdings  
etwas schwieriger Verbindung mit ihm, da er nicht an die Öffentlichkeit treten  
kann.

Mit dem Ausdruck meiner alten Verehrung bin ich

Ihr, Herr Botschafter, sehr ergebener

( Teske )

Oberarchivrat u. Oberst d. Res.

1 Anlage

Erich Bussche-Ippenbunrg

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Keulos über Fulda, 30.I.1951.

Zu Ihr. Br.v.26.I.51.

Lieber Ott!

Vielen Dank. Es hat mich sehr gefreut, von Ihnen unmittelbar zu hören. Durch Melitta v.B., die ich zuletzt im Herbst vorigen Jahres sah, war ich einigermaßen über Sie und Ihr Ergehen unterrichtet. Wir Beide sahen uns zuletzt 1933 in Genua, von wo Sie die Ausreise nach Japan antraten.

Über die von Ihnen angeschnittenen Fragen bin ich unterrichtet.

Am 27.I.1933 nahm ich an der Unterredung Hammerstein - Hindenburg teil.

Am 29.I.1933, es war meiner Erinnerung nach ein Sonntag, wurde in einer kurzen Besprechung bei Hammerstein über die Lage, auch die Frage eines Eingreifens der Reichswehr behandelt. Teilnehmer waren: Schleicher, Hammerstein, Bussche, Adam. Nach kurzer Diskussion einstimmige Ablehnung.

Ich habe über diese Dinge seither geschwiegen. Da ich aber der Letzte noch Lebende aus diesem Kreise bin, bin ich selbstverständlich bereit, Ihnen und Ihrem Kreise bei der auch mir am Herzen liegenden Absicht das Bild unseres unvergeßlichen Freundes Schleicher klarzustellen, zu helfen, soweit in meinen Kräften steht.

Da ich kein Freund vom Schreiben bin, ziehe ich eine mdl. Unterredung vor. Sie deuten eine Möglichkeit an nach Fulda zu kommen. Das wäre mir naturgemäß das Liebste. Nach Süddeutschland komme ich frühestens im Mai.)

Mit den besten Grüßen und guten Wünschen,

Ihr ergebener

1. - 7  
 Wohl mit Güte mitgeteilt,  
 Leo wird offen mit ja beizutreten  
 Ernst Klotz und seine Fortstellung - beibehalten.

Fulda - Lehnerz  
am Silberstück, 4

z.Zt. Badan - B. Pens. Mattern

21. 6. 57

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Zufall hat zwei der nächsten noch lebenden Freunde Schleichers zusammengeführt, zu einem Zeitpunkt, an dem Ihr Artikel in der Fft. Allg. Ztg. erschien. Er ließ naturgemäß viele Erinnerungen in uns wach werden. Als Legitimation, zu dem was ich Ihnen zu sagen habe, möge genügen, daß ich von 1914 an bis wenige Tage vor Schleichers Ermordung mit geringen Unterbrechungen dienstlich und freundschaftlich mit Schleicher, meist in gleichgeordneten Stellungen, zusammen war und von ihm über sein politisches Denken und Handeln laufend unterrichtet wurde.

Zur Sache:

Dem, was mein Freund Poten über Schleichers Charakter und sein behauptetes "intrigantes" Wesen schreibt, stimme ich voll zu. Schleicher war ein zuverlässiger, treuer Mensch. Er lebte der Sache, er wollte nichts für sich selbst. Er war Patriot und gewillt, der Weimarer Republik aus besten Kräften zu dienen. Er teilte diesen Standpunkt wohl mit allen damals führenden Generalen der Reichswehr.

Schleicher geriet zum ersten Male in den Novembertagen 1918 als Berater Groeners in die Fänge der Politik. Das Bündnis der damaligen O.H.L. mit Ebert war sein Werk. Ohne seinen klugen Rat hätte Groener es nie abgeschlossen. Das Bündnis rettete unser Vaterland vor dem Kommunismus. Ein unvergängliches, viel zu wenig bekanntes Verdienst Schleichers! Das Bündnis wurde von beiden Seiten ehrlich gehalten.

Wo war da Intrige?

Im späteren Verlauf drängte sich Schleicher nicht zur Politik, sondern mit dem Versagen des Reichstages trat die Politik an ihn als den Berater der Minister Groener und Geßler zwangsläufig heran. Am stärksten, als die Regierung sich nur noch auf die Präsidialgewalt und damit auf die Reichswehr stützen konnte und mußte.

Schleicher verehrte und schätzte den Reichskanzler Brüning und vertraute ihm. Ich habe das oft genug aus Schleichers Munde gehört und habe selbst Gelegenheit gehabt, es dem Kanzler als Abgesandter aus Hindenburgs und Schleichers Urlaubsaufenthalt (Dietramszell und Wildbad) zu vereichern. Brünings Stellung wurde durch sein Zögern in

der Arbeitsbeschaffungsfrage erschüttert. Weite Kreise wollten damals Taten sehen und waren von Brüning's Verhalten unbefriedigt. Das allein hätte nicht den Ausschlag gegeben. Hindenburg erlag dem unheilvollen Einfluß Oldenburg - Januschaus<sup>x)</sup>, der ihm vorredete, der ost- und westpr. Großgrundbesitz würde an dem beabsichtigten Siedlungsgesetz zugrundegehen. In jenen Krisentagen sagte mir Schleicher, von Hindenburg kommend: "Es ist ein Unglück! Brüning ist beim alten Herrn nicht mehr zu halten. Ich habe es versucht, aber ohne Erfolg." Wo bleibt da Raum für eine Schleichersche Intrige? (Das mir bekannte, verhängnisvolle Wirken Oldenburgs wurde übrigens neuerdings durch eine Zuschrift an die Fft. Allg. Ztg. 19. 6. 57 "Gutsnachbarn von Neudeck" bestätigt.)

Ich beobachte seit langem, daß Schleichers -für seine Freunde untadelhafter- Charakter in der Literatur immer wieder von Menschen in Zweifel gezogen wird, die ihn garnicht oder nur oberflächlich gekannt haben können. Ich kann mich der Bitte meines Freundes Foten nur anschließen, die Ehre des Toten, der sich aus dem Grabe heraus nicht mehr wehren kann, nicht anzugreifen, sondern wiederherstellen zu helfen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr sehr ergebener



General d. Art. a.D.

x) Der gleiche Oldenburg - Januschaus erschütterte 1933 Schleichers Stellung bei Hindenburg im Verein mit anderen, deren Namen hinlänglich bekannt sein dürften. Er brachte Hitler ans Ruder und dadurch unser Vaterland in das tiefste Unglück seiner Geschichte. Hindenburgs Greisentum entschuldigt ihn, nicht aber zu entschuldigen sind seine verantwortungslosen Ratgeber. Dort war Intrige!

Adolf v. Carlowitz

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eugen Ott, München, Konradstr. 10.

München, den 1. Dezember 1954.

Lieber Carlo!

In dankbarer Erinnerung an Ihren freundschaftlichen Anstoss für unsern alten Chef im Rahmen der Gesamtlage seiner Zeit zu arbeiten, habe ich in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen mit Dr. Vogelsang vom Institut für Zeitgeschichte gehabt. Er hat die Aufgabe übernommen, das von Förtsch begonnene Werk über Staat, Wehrmacht und Partei auszuführen. Unsere Gespräche lehnten sich hauptsächlich an den Nachlass Schleichers an, der dem Institut vom Bundesarchiv in 48 Bänden überlassen worden ist. Das Material hat mir eine Reihe von Vorgängen wieder vor Augen gebracht, die verblasst waren (Sie hatten mit Ihrer Bemerkung in Icking über das allmähliche Auftauen des Gedächtnisses völlig Recht).

Gestern fand nun ein Colloquium des Instituts über Staat und Wehrmacht statt, wo Förtsch und ich Gelegenheit hatten, nachdrücklich für Reichswehr und Schleicher einzutreten. Der Kreis setzte sich aus einer grösseren Anzahl Historiker, Politiker, alter Soldaten und Herren der Presse zusammen. Grundlage war ein ausgezeichnetes Referat von Dr. Vogelsang, der unsern Anliegen weitgehend gerecht wurde, und das anliegen Werk von Krausnick.

Die dreistündige sehr lebhaft Diskussions war ein erfreulichstes Bekenntnis zur Haltung der Wehrmacht und Schleichers vor der Machtergreifung, wobei von den Politikern wie z.B. Gollwitzer nachdrücklich betont wurde, dass die Republik von Weimar selbst versagt hat und die Reichswehr mit einer unlösbaren Aufgabe belastet hat, einen Staat zu

retten, der sich selber aufgegeben hatte.

Den anliegenden Abdru ck habe ich mir für Sie erbeten. Aus meinen Eindrücken von Vogelsang und dem gestrigen Abend erwarte ich zuversichtlich, dass seine große Arbeit ein objektives und wohlwollendes Bild schaffen wird. Wir halten weiter engen Kontakt.

Zwei Fragen bei dieser Gelegenheit, lieber Carlo:

1.) Wissen Sie jemand, der sich noch im Besitz der Denkschrift der W befindet, in der die Bilanz des mil. Ausnahmezustandes 1923/24 gezogen worden ist. Sie war unsere Gemeinschaftsarbeit unter Federführung von Marcks und forderte einen Ausbau der Verfassung dahin, dass es nicht mehr des Einsatzes der Reichswehr zum Zusammenhalten des Reiches bedürfen sollte.

2.) Wann war das bekannte Planspiel des Herbstes 1932? Berief mich Schleicher zum Vortrag ins Kabinett vor dem Rücktritt Papens im Mitte November oder am 1. Dez. nach der erneuten Berufung Papens durch Hindenburg? Ich meine das Erstere, bin aber nicht mehr ganz sicher.---

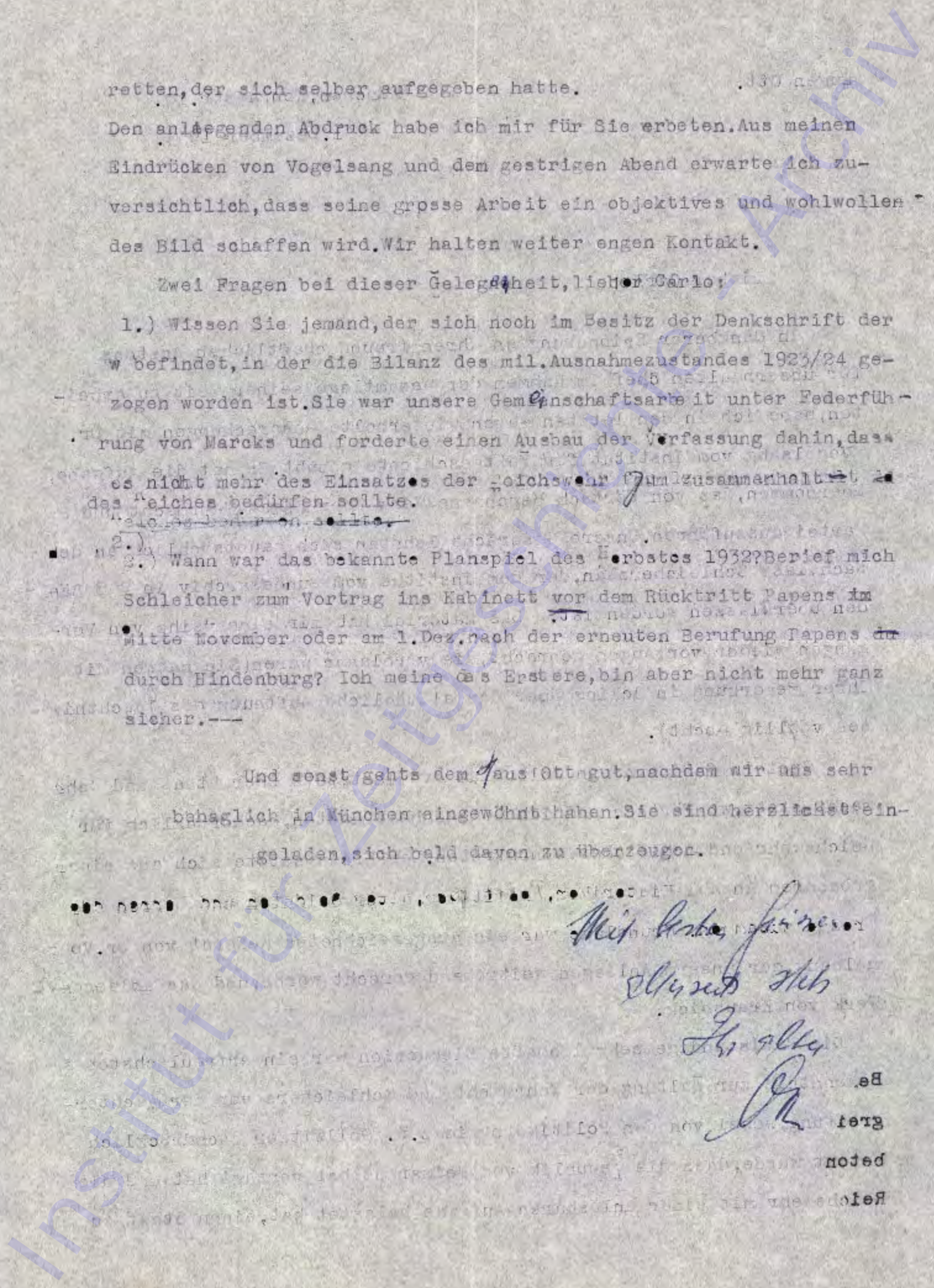
Und sonst gehts dem ausottgut, nachdem wir uns sehr behaglich in München eingewöhnt haben. Sie sind herzlich eingeladen, sich bald davon zu überzeugen.

Mit besten Grüßen

Ulrich

Heinrich

Handwritten signature



Eugen Ott.

Icking, 3.9.1954.

Lieber Carlo!

Hier kommt meine Erklärung, ich habe Ihre meisterhafte Formulierung mit Vergnügen übernommen und in der Erinnerung an eine sehr gute Kameradschaft. Verzeihen Sie bitte die späte Absendung, ich bemühte mich -so komisch das klingt- bei verschiedenen Gewährsquellen um die genaue Zeit meines Frontkommandos, die mir nicht mehr ganz sicher im Gedächtnis war.

Die "Arbeiten als Zeitgenosse historischer Ereignisse" haben einigen Auftrieb dadurch bekommen, dass ein Dr. Vogelsang an Hand der Materialsammlung Feertsch und des Nachlasses Schleicher im Auftrag des Münchener Instituts eine Studie "Wehrmacht, Staat und NSDAP 1929-1935" bearbeitet und meine Beratung erbeten hat, nachdem er auch in Kontakt mit Heltzendorff, Kuntzen und dem Sohn Hammerstein getreten ist.

Eine erste Besprechung verlief angenehm und fruchtbar und soll zum ständigen Austausch erweitert werden. Ich bin mit Heltzendorff der Meinung, dass das Thema und die Person des Bearbeiters unsere Bestrebungen zu Gunsten unseres lieben alten Chefs am ehesten gerecht werden kann. —

Unsere Wohnungspläne für München verwirklichen sich, wir wollen

am 1. Oktober umziehen und hoffen sehr, dass Sie, lieber Carlo, und  
möglichst auch die verehrte Gattin bald sich überzeugen können,  
dass wir zu dem gleichen behäglichem und freundschaftlichen Stunden  
dort miteinander zusammensitzen werden wie beim Icking-Besuch, an dem  
wir mit grosser Freude zurückdenken.

Auf gutes und baldiges Wiedersehen also  
und Grüsse von Haus zu Haus

Institut für Zeitgeschichte Archiv

DR. JUR. ADOLF v. CARLOWITZ  
 i. Fa. AG für Berg- und Hüttenbetriebe

SALZGITTER-DROTTE 1  
 Telefon Salzgitter-Immendorf 5411/2304  
 BERLIN-CHARLOTTENBURG 7  
 Hardenbergstraße 8  
 Telefon 327216  
 den 3. August 1954.

Lieber Ott!

Bei unserem Besuch am Palmsonntag hatten Sie eine Anfrage vom „Kronensohn“ vorliegen, der seine Zeit als „Angestellter im öffentlichen Dienst“ bescheinigt haben wollte. Nun komme ich mit derselben Bitte zu Ihnen, denn meine Pensionsbehörde verlangt von mir u.a.

" sh. unten! "

Ich habe diese Bescheinigung entworfen - als Vorschlag, falls Sie nicht zu einer schöneren Formulierung kommen.

Vorläufig hat die ganze Sache für mich nur theoretischen Wert, da ich in Salzgitter wieder als „Angestellter des öffentlichen Dienstes“ gelte. Aber ich möchte die Sache doch gern in Ordnung bringen und wäre Ihnen deshalb für Ihre Hilfe sehr dankbar.

Was machen die Arbeiten als Zeitgenosse historischer Ereignisse? Ich schrieb - leider etwas gehetzt - zum 30.6. einen Artikel für die „Welt“, die in ihrer Hamburger Ausgabe ein Bild von Gröner mit der Unterschrift „Schleicher“ abdruckte. Wie wenige mögen die Verwechslung überhaupt noch bemerkt haben.

Die Dienstreise nach München ist nicht aufgegeben, aber sie wird von allerlei dringenden Tagesgeschäften von Monat zu Monat herausgeschoben. Unser Wiedersehen hat mir München sehr verlockend gemacht. Ich hoffe ich kann mich bald ansagen.

Meinen Handkuß an Frau Ott

stets Ihr getreuer

*Paulo*

" Dienstzeitbescheinigungen über Ihre Beschäftigung als Angestellter im öffentlichen Dienst von 1924 bis 1932. Aus den Bescheinigungen muß hervorgehen, ob es sich um Zeiten einer hauptberuflichen, in der Regel einem Beamten obliegenden oder später einem Beamten übertragenen entgeltlichen Beschäftigung oder um Zeiten einer für die Laufbahn förderlichen Tätigkeit gehandelt hat."

Linges Oth.

ZS/A-32 '12 -> 23  
Leitung G. München.  
25. August 1954

Der Oberregierungsrat a.D. Dr. Adolf v. Carlowitz, Goslar, am Schieferweg 25 hat mich um eine Bescheinigung seiner Dienstzeit als „Angestellter des öffentlichen Dienstes“ - und zwar in der Zeit vom 1.5.1927 bis 30.8.1932 als Angestellter des Reichswehrministeriums - gebeten.

Ich bescheinige, daß der Genannte in dieser Zeit ununterbrochen hauptberuflich als Angestellter nach RAT beschäftigt war. In der Zeit vom 1.6.1932 bis 30.8.1932 wurde er unter Aufrechterhaltung seines Anstellungsvertrages im Reichswehrministerium zur Dienstleistung in der Presseabteilung der Reichsregierung beurlaubt.

Seine Tätigkeit wurde vom Abteilungschef der „Wehrmachtabteilung“ des Reichswehrministeriums bestimmt. Sie erstreckte sich auf die Bearbeitung juristischer und volkswirtschaftlicher Fragen zu denen der Reichswehrminister als Ressortminister oder in seiner Eigenschaft als Mitglied der Reichsregierung Stellung zu nehmen hatte.

Diese Aufgaben entsprachen denen eines höheren Beamten oder eines Offiziers im Range eines Hauptmanns oder Majors mit der Qualifikation für Ministerial- oder Generalstabsstellungen.

Ich erteile diese Bescheinigung, da ich vom 1.5.1927 bis ~~1.11.1930~~ <sup>1.11.1930</sup> und nach Rückkehr von einem Frontkommando vom ~~1.11.1931~~ <sup>1.11.1931</sup> bis zur Übernahme des Herrn v. C. als Oberregierungsrat in das Preuß. Staatsministerium sein unmittelbarer Vorgesetzter war.

Ich bin bereit, diese Erklärung auch als eidesstattliche Versicherung abzugeben.

Institut für Zeitgeschichte

DR. JUR. ADOLF v. CARLOWITZ  
I. Pa. AG für Berg- und Hüttenbetriebe

SALZGITTER-DROTTE 1 28.12.1954  
Telefon Salzgitter-immendorf 5411/2304  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2  
Hardenbergstraße 8  
Telefon 327216

*Josef Schmitt*

Lieber Ots !

Genau kann ich es nicht feststellen, wann Ihr Vortrag vor dem Reichskabinett stattgefunden hat. Als Gedächtnisstütze gebe ich folgende Daten vom Herbst 1932 an:

- 6.11.: Reichstagswahl, Rückgang der Nazistimmen von 37,5 auf 33,2 %.
- 10.11.: Auftrag des Reichspräsidenten an Papen zu Verhandlungen mit den Parteiführern über die Bildung einer Regierungsmehrheit.
- 17.11.: Rücktritt Papens mit der Erklärung, daß es ihm nicht gelungen sei, eine Mehrheit für eine Regierung Papen zu finden.
- 18./19.11.: Empfang der Parteiführer durch Hindenburg.
- 19.-24.11.: Mündliche und schriftliche Verhandlungen mit Hitler.
- 24.11.: Letzter Versuch des Prälaten Kaas für eine Mehrheitsbildung.
- 25.11.: Auftrag Hindenburgs an Schleicher, Verhandlungen über eine parlamentarische Mehrheit zu führen.
- 25.11. - 1.12.: Verhandlungen Schleichers (in diese Zeit fällt auch Ihre Reise nach Weimar, da Hitler sich weigerte nach Berlin zu kommen).
- 1.12.: Meldung Schleichers an Hindenburg, daß der Versuch einer Mehrheitsbildung mißlungen ist (noch keine Ernennung Schleichers zum Reichskanzler, Presse rechnet mit Wiederbetrauung Papens für Präsidialkabinett).
- 2.12.: Kabinettsitzung, in der Bracht, Popitz und Krosig die Teilnahme an einem Präsidialkabinett Papen ablehnen.

- 2 -

3.12.: Schleicher stellt sein neues Kabinett vor.

Hiernach möchte ich annehmen, daß Ihr Vortrag am 1. oder 2.12. stattgefunden hat. Daß der Vortrag vor dem 17.11. erfolgte, scheint mir unwahrscheinlich, da zu diesem Zeitpunkt die Frage des Präsidialkabinetts Papen noch nicht akut war.

Ich habe die Memoiren Papens, in denen Ihr Vortrag erwähnt ist, nicht zur Hand, aber nach diesem Kalender wird sich der Zeitpunkt einigermaßen sicher ermitteln lassen.

Ich benutze die Gelegenheit, dem ganzen Hause Ott alle guten Wünsche zum neuen Jahre zu sagen; hoffentlich können wir uns bald sehen.

Stets Ihr

Paulo

Institut für Zeitgeschichte Archiv

DR. JUR. ADOLF V. CARLOWITZ

GOSLAR, den  
Schieferweg 25  
Telefon 2706

13. 12. 1954

Herrn

Eugen O t t

M ü n c h e n

Konradstr. 10

Lieber Ott !

Die Urheberschaft für einen freundlichen Brief von Dr. Vogelsang mit der Übersendung seiner Dokumentensammlung in den "Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte" habe ich ohne Zögern Ihnen zugeschrieben. Ihr Brief vom 1. Dezember ist mir nun eine erfreuliche Bestätigung, dass der Nachlass Schleicher's in den richtigen Händen sicher gestellt scheint und dass Sie nun mit dem Institut in Verbindung stehen.

Zu Ihren Fragen möchte ich endgültig erst berichten, wenn ich Ende dieser Woche in Berlin meine Notizen durchgesehen habe, die im Laufe der letzten Jahre entstanden sind.

zu 1): die Denkschrift der "W" ist mir gut in Erinnerung. Ich sehe das auf Din A 4 gedruckte Heft noch vor mir. Ich habe die - allerdings nicht sichere - Erinnerung, dass ein Exemplar davon in dem Akten-Nachlass Schleicher's war, den ich 1947 in Berlin bei mir verwahrte, als noch keine Möglichkeit war, ihn nach dem Westen zu befördern. Teilweise ist die Denkschrift wohl auch in der Biographie von Seeckt zitiert.

Zu 2) werde ich in Berlin nachsehen. Ich schreibe Ihnen noch darüber besonders.

Ich habe schon seit langem den Plan, in München nach Filmen zu suchen, die während der Kriegsjahre in Salzgitter gedreht wurden und wollte diesen dienstlichen Anlass benutzen, mit Ihnen zusammen im Institut vorzusprechen. Ich hoffe, dass ich endlich im Januar dazu Zeit finden werde. Erst muss ich einmal den Dezember hinter mich bringen, der nicht nur in der Politik zu den aufreibendsten

Eugen OTT.

München, den 31.1.1955.

Lieber Carlo!

Dr. Vogelsang des Instituts für Zeitgeschichte hat mich heute auf einen Dr. Leonhard Frank angesprochen, der sich unter Bezugnahme auf Sie um eine Stellungnahme des Instituts bemüht in seiner Sache der Wiedergutmachung. Dr. Frank scheint eine Art Verbindungsmann zwischen Schleicher und den Gewerkschaften (Leipprandt und Tarnow) gewesen zu sein.

Vogelsang beabsichtigt ein Gutachten, das sich gegen die Behauptung der 1. Instanz richtet, dass "diejenigen, die mit General von Schleicher und von Bredow in Verbindung gestanden haben und deshalb verfolgt worden sind, nicht in Widerstand zur NSDAP gestanden haben, sondern ihr Vorschub geleistet haben". (Ein starkes Stück!)

Konnten Sie mir über die Tätigkeit von ... zu Schleicher Näheres mitteilen, ich kann mich seiner nicht erinnern, möchte aber gerne an Hand Ihrer Darstellung Vogelsang Bescheid sagen, damit sein Gutachten über das Grundsätzliche hinaus vielleicht den vorliegenden Einzelfall besonders treffend deckt.

Bei dieser Gelegenheit nochmals vielen Dank für Ihre eingehenden Auskünfte von Ende Dezember und die Bitte der Familie, dass Sie Ihre Absicht, nach München zu kommen recht bald und als unser herzlich willkommenen Gast ausführen.

Inzwischen grüssen wir Alle von Haus zu Haus

DR. JUR. ADOLF v. CARLOWITZ  
i. F. AG für Berg- und Hüttenbetriebe

SALZGITTER-DROITE 1  
Telefon Salzgitter-Immendorf 5411/2304  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, den 4.2.55  
Hardenbergstraße 8  
Telefon 327216  
Dr. v. C./TJK

Herrn  
Eugen O t t  
M ü n c h e n  
Conradstr. 10

Lieber O t t !

Dr. Frank ist mir persönlich nicht bekannt. Er hat sich in seiner Angelegenheit an mich auf Empfehlung meines früheren Kollegen bei den Reichswerken, Dr. Strickrodt, gewandt. So sind mir die erstaunlichen Entscheidungsgründe des BMI bekannt geworden. Ich habe mir von Dr. Frank den vollen Wortlaut dieser Abschnitte der Begründung geben lassen und füge sie der Einfachheit halber bei. Als amtliche Feststellung historischer Vorgänge ist es allerdings ein erstaunliches Dokument. Es wird wahrscheinlich auch Dr. Vogelsang interessieren als Beweis der Wichtigkeit und Dringlichkeit seiner Arbeit.

Ich habe mich im März zu einer Kur in Gastein angesagt und werde bestimmt vorher in München Station machen und freue mich schon darauf, Sie zu sehen.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus bin ich

I n r  
gibt Carlo

Dank 4.5.55.  
Frühjahrskur Ostseeufer in München  
Wann Datzbeise? Feb 4.-9., 14-17. überwind.  
Anlagen!  
Falls Datzbeise nicht fürzueid, dann Maria Theresia 24. Okt.

- 18 -

Strasser-Flügels die Partei zu sprengen und im Endziel wieder demokratische Verhältnisse herzustellen. Ob es überhaupt eine organisierte "Widerstandsbewegung" um die Generale Schleicher und Bredow gegeben hat, ist bisher nicht geklärt. Einer der engsten Mitarbeiter dieser Generale war der General Ott, der durchaus nicht den Nationalsozialisten beseitigen wollte und nach dem Röhm-Putsch noch hohe Ämter im Nationalsozialistischen Staat erhalten hat.

In dem Buch von Peter Kleist "Auch Du warst dabei", Ausgabe 52, Verlag Kurt Wewinkel, Heidelberg, wird auf Seite 111 geschrieben:

"Hitler erfährt noch mehr in Neudeck. Er hört von Gerüchten, dass General v. Schleicher, der die Braunhemden ungeniert als Lumpen bezeichnete, sich in seiner Zurückgezogenheit wieder zu rühren beginne. Dieser politisierende General hat im Jahre 1932 ein für Hitler sehr gefährliches Spiel um die Gewinnung Gregor Strassers gespielt. Jetzt soll er diese Fäden wieder angesponnen haben. Sein Plan, heisst es, sieht als Nachfolger des Reichspräsidenten einen Reichsverweser in der Person des Hohenzollernprinzen August Wilhelm vor. Papen soll von Schleicher ersetzt werden und Strasser soll das Wirtschaftsministerium erhalten.

Was an diesem Gerücht Wahres ist, ob diese "Kabinettsliste" ernsthaft erwogen in Verhandlung der Beteiligten besprochen wurde, wird sich wohl nie herausstellen. Es ist für Hitler auf jeden Fall eine weitere Bestätigung für die wachsende Unruhe um ihn herum. Als letztes wird ihm noch gemeldet, dass Röhm ebenso wie Schleicher Kontakt mit fremden Diplomaten aufgenommen habe ohne die üblichen Meldungen darüber zu erstatten."

Von Gregor Strasser schreibt er auf Seite 106:

"Gregor Strasser, dem der linke Flügel der NSDAP noch immer zugehört ist, will die Revolution weiter treiben und Röhm mit der SA wartet auf eine zweite Revolution, nachdem Hitler die erste versanden liess.

- 19 -

Hermann Mau schreibt in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte, 1. Jahrgang 1953, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, über "Die zweite Revolution -", der 30. Juni 1934 -":

"Unter den Ermordeten befanden sich nicht nur Röhm und die ihm ergebenen SA-Führer, sondern zahlreiche Gegner und Missliebige des Regimes. Hitler selbst nannte in seiner Rede nur noch Gregor Strasser und die Generale v. Schleicher und v. Bredow. Dass Strasser, der sich im Dezember 1932 aus Protest gegen Hitlers Politik von seinen Parteiämtern zurückgezogen hatte von Röhm ins Vertrauen gezogen würde, lag nicht fern; aber es gibt ausser der Behauptung Hitlers keine Anhaltspunkte dafür. Sicher ist, dass Hitler ihm nie seine eigenmächtigen Verhandlungen mit Schleicher im Jahre 1932 verziehen hat, die fast zur Spaltung der Partei geführt hätten. Wohl im gleichen Zusammenhang hatte sich Schleicher den unversöhnlichen Hass Hitlers und der Partei zugezogen. Auch bei ihm, der seit seinem Abgang auf den Tag seiner Rückkehr in die Politik wartete, wäre es denkbar, dass er mit Röhm im Einverständnis war wie Hitler - nachträglich behauptete, Beweise gibt es auch dafür nicht sowenig wie für die Behauptung, dass Schleichers einstiger Mitarbeiter Bredow als Verbindungsmann zum Ausland fungiert habe."

Nirgends ist zu erkennen, dass Strasser und Röhm oder Schleicher und Bredow etwa den Nationalsozialismus beseitigen wollten. Röhm scheint die Absicht gehabt zu haben, - wenn auch nicht durch einen Putsch am 30.6.34 - die SA anstelle der Wehrmacht zu setzen und umgekehrt wollten Vertreter der Wehrmacht (Reichenau!) - übrigens im vollen Einvernehmen mit Hitler, der eine starke Wehrmacht wollte - eine solche Möglichkeit ausschalten.

Die Opfer des 30. Juni 1934 waren in der Hauptsache jedenfalls keine Gegner des Nationalsozialismus, so dass der Antragsteller mit der Behauptung, er sei in diese Vorgänge verwickelt gewesen, und nur durch zufällige Abwesenheit dem Tode entgangen, nicht seine politische Haltung im Sinne des § 1 BWGöD beweisen kann.

Am 30. Juni 1934 wurden allerdings auch Gegner ermordet, die mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hatten oder ihn ablehnten und die "beiläufig" mit beseitigt wurden. Mau schreibt dazu: dass über Hitlers Mordaktion dieses Tages bis heute ein schwer zu durchdringendes Dunkel liege. Es gäbe "kaum einen Vorgang der damaligen Zeit, dessen Spuren mit so peinlicher Sorgfalt verwischt worden sind."

- 20 -

- 20 -

Im übrigen wird wegen der Einzelheiten dieser Vorgänge auf die Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 1953, S. 119f. verwiesen. Aus ihnen geht jedenfalls klar hervor, dass es sich -so- weit die Reichswehr infrage steht - nicht um einen Gegensatz der Reichswehr zur Partei, sondern der Reichswehr zur SA, gehandelt habe.

.....

R. H. Cordemann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

R.H.Cordemann  
 Minden i.W.  
 Gutenbergst.14  
 Tel. 22624

Beitrag zu Thilo Vogelsang "Reichswehr, Staat und NSDAP"  
 (Institut für Zeitgeschichte, München)

-----

Ich habe in dem für die spätere Entwicklung entscheidenden Winter 1932/33 hundertprozentig auf Schleicher gesetzt und zusammen mit meinem Freunde Walther v.Etzdorf aktiv mitgewirkt, um die Kombination Schleicher - Gregor Strasser zu einer festen politischen Basis auszubauen. Infolgedessen kenne ich Vorgänge und Details, die als Ergänzung zu Thilo Vogelsang, zum Teil aber auch als Korrektur für die historische Forschung vom Belang sein sollten. Leider bin ich auf mein Gedächtnis angewiesen, da ich alle Notizen pp aus jener Zeit vernichten mußte, bevor ich im Mai 45 aus Prag ausgewiesen wurde, wo ich dem Vorstand der Skoda-Werke angehört hatte.

Meine persönlichen Beziehungen zu Schleicher gehen auf das Ende des ersten Weltkriegs zurück. Ich lernte ihn Anfang Mai 19 in Kolberg kennen, wo ich, damals Hptm.i.Genst., dem General Groener Vortrag über meine Tätigkeit als Transport-Offz. bei der Militär-Mission Konstantinopel bzw. beim Deutschen Asienkorps zu halten hatte. Schleicher, derzeit noch Major und Leiter der Politischen Abteilung der OHL, war bei meinem Vortrag zugegen und nahm, als politische Themen berührt wurden, Interesse an meiner Erwägung, ob nicht die russische Rote Armee unser Partner beim Widerstand gegen das drohende Versailler Diktat werden könnte, bzw. bei dessen späterer Paralyisierung. General Groener lehnte diesen Gedanken ab.

Auf Schleichers Veranlassung - (sein Adjutant, Hptm.v.Seidel, war ein Duzfreund von mir) - wurde ich der Abtg.Fremde Heere Ost im Großen Generalstab zugeteilt, der wieder im alten "Roten Kasten" am Berliner Königsplatz arbeitete. Dort fand ich die vorgefasste Meinung vor, mit den Bolschewiken könnte es nicht lange dauern. Ich gewann Schleichers Assistenz, als ich die Lage in Rußland skeptisch beurteilte und den westlichen Invasions-Armeen

keine Chance zusprach. Mein Freund Seidel taufte mich daraufhin den "Oberbolschewik". Von Schleicher erfuhr ich, daß sogar Seeckt, also eine Autorität, der gleichen Ansicht sei wie ich. Beide, Schleicher und Seeckt, haben dann Ende 1920 Verbindung mit den Russen (Tschitscherin und Radek) aufgenommen, mit der bekannten Auswirkung für die zwanziger Jahre.

Ich habe diese Wendung nicht mehr mitgemacht. Nach Abschluß des Versailler Vertrages verlor ich jede Lust, im Hunderttausend-Mann-Heer weiterzudienen. Schleicher fragte mich einmal freundschaftlich, was ich denn anderes im Sinne hätte. Antwort: ich wollte in die Politik. Worauf er: "Sehr schön - ich bin ja schon drin!" Er riete mir aber, mich v o r h e r in der Wirtschaft umzutun, sonst könnte ich in der Politik nicht mitreden. Zehn Jahre hätte ich dafür Zeit. So lange würde Deutschland brauchen, um politisch wieder interessant zu werden.

Diesen Rat habe ich befolgt. Typisch für Schleicher war sein Wort beim Abschied: "Lassen Sie sich von der ganzen kaufmännischen Schweinerei bloß nicht imponieren!" Er hatte seine Erfahrungen schon bei Groeners Kampf gegen die Kriegsgewinnler gemacht. Von ihm stammt das Wort: "Der eigentliche Dolchstoß ist schon 1917 von Stinnes unternommen worden". - - -

Nach vorzüglicher Ausbildung bei der AEG und einigen Jahren im Ausland - (Mexico, USA, Spanien) - kam ich im Sommer 1930 nach Deutschland zurück, um nunmehr mit der Politik Ernst zu machen.

Augenblick und Umstände waren dafür günstig, Die obzitierten zehn Jahre waren um. Die Weltwirtschaftskrise fraß um sich, der Weimarer Parlamentarismus war am Ende, die NSDAP groß im Kommen. Schleicher war inzwischen zum General und Chef des Ministeramts im RWM avanciert. Seidel hatte den Abschied genommen, aber auch mit Schleichers Adlatus "Nante" Bredow verband mich eine alte Freundschaft. Wir hatten 1914-16 als Regts. Adjutanten Seite an Seite gestanden. Schleicher hatte unsre OHL-Gespräche noch gut im Kopf und fragte mich nach der Septemberwahl 1930, die den Nazis 109 Sitze erbracht hatte: ob ich in der Partei für ihn spitzeln möchte. Sein Auftrag, auf kürzeste Formel gebracht, lautete: Mit w e m von diesen Leuten wird man können - mit wem nicht? Ich sagte sofort zu und ging im April 1931 nach München ins eben

fertiggestellte Braune Haus. Dort Zugang zu finden war nicht schwer. Es wimmelte in Partei und SA von ehemaligen Offizieren. Ein anderer Kriegsfreund, Georg v. Detten (erschossen am 30.6.34) machte mich mit dem Dr. h. c. Otto Wagener bekannt, gleich mir einstigem Generalstabschef und jetzt Leiter der von ihm begründeten Wirtschaftspol. Abtg. der Reichsleitung. Auch er hatte sich in der Wirtschaft betätigt, ohne sich davon imponieren zu lassen. Auf dieser Basis ließ sich unser Verhältnis gut an. Ich fungierte als freiwilliger Mitarbeiter, behielt aber meinen Schleicher-Auftrag für mich. Die Partei-Prominenz lernte ich bald kennen und konnte mir ein Urteil darüber bilden. Schon im Herbst 31 besuchte ich Bredow in Berlin und ließ Schleicher melden: Verschwinden müssen Hitler, Goebbels, Göring. Mit den Uebrigen wird man können, insbesondere mit Gregor Strasser.

Da ich gemerkt hatte, daß Wagener auf Hitler setzte, machte ich Politik auf eigene Faust. Das taten viele - Wagener auch, denn die Parteilinie war alles andere als einheitlich. So kam es, daß wir bei unseren Besuchen im RWM, wie auf den Seiten 267/69 geschildert, verschiedene Auffassungen verfochten, ohne von einander zu wissen. Wagener warb für Hitler, ich arbeitete für Gregor Strasser gegen Hitler, was Bredow eigentlich durchschauen mußte. Mein Besuch am 6.9.32 war weder der erste noch der letzte dieser Art und Absicht. Ich stand seit Januar 32 mit Bredow in ständigem Kontakt und verkehrte in seiner Familie.

Da die Ereignisse sich drängten und die Reichshauptstadt auch für die Partei zum Zentrum aller Entscheidungen wurde, hatte ich mich von Wagener nach Berlin versetzen lassen, wo er in der Straße am Karlsbad bereits ein Büro unterhielt, dessen Leiter ich wurde. Als solcher wurde ich mit Etdorf bekannt, durch ihn mit Dr. Gereke. Ich wollte jede Möglichkeit prüfen, aus der sich Stützen für eine Allianz Schleicher-Strasser gewinnen ließen. Solche fanden sich auch in Hans Zehrer's sehr rührigem, wohlinformierten und wirksamen Tat-Kreis.

Es war mit natürlich klar, daß ich nicht der Einzige war, der an solchen Fäden spann, und es konnte mir nur recht sein, wenn das auch andere taten. Im Uebrigen war das RWM im Verkehr mit politischen Größen auf Zwischenträger nicht angewiesen. Ich habe erst später erfahren, daß Schleicher schon früher sein Auge auf Gregor Strasser gerichtet hatte, und daß die Verbindung zwischen beiden über den Dr. Elbrechter vom Zehrer-Kreis lief, mit dem ich des öftern zusammentraf. Immerhin glaube ich, daß ~~z~~

Etzdorf und ich diejenigen waren, die das Problem Strasser, auch was seine Person betrifft, richtig gesehen und angefasst haben. Wenn sich später für alle Bestrebungen pro Strasser der Terminus "Spaltung der Partei" eingebürgert hat, so wird die Lage dadurch verfallscht. Es war klar, daß die Partei nicht zu spalten war, solange Hitler sie beherrschte. Das hatten schon die Fälle Otto Strasser und Stennes bewiesen, deren Ausbruch die Partei nicht geschwächte hatte. Es kam jetzt darauf an, Hitler zum Verzicht zu bringen und Gregor Strasser, den zweiten Mann der Partei, sozusagen legal zum ersten zu machen. Gregor, loyal wie er war, wäre anders nie zu haben gewesen. Die Fußnote auf Seite 276 halte ich für äußerst wichtig, weil sie in meiner Aussage die richtige Beurteilung der Kräfte und Personen enthält. Im sogenannten "Strasser-Kreis" - einem kaum zu erfassenden Konglomerat - ist in der Tat nicht "konspiriert" worden. Strasser hat immer wieder betont, daß er Hitler über jeden seiner Schritte berichten müsse und berichten werde. Es ist deshalb völlig loyal und unter Hitlers Augen nur Vorsorge getroffen worden für den möglichen und bald auch wahrscheinlichen Fall, daß Hitler seinen angemeldeten Totalitäts-Anspruch nicht durchhalten könnte, weil die Partei und vor allem die SA darüber die Geduld verlor,

"Spaltung" der Partei wäre Unsinn gewesen, weil sie dadurch ihren parlamentarischen Wert verloren hätte. Die Fraktion der NSDAP mußte mit Strasser ganz für Schleicher gewonnen werden. Dafür war der loyale und legale Weg der aussichtsreichste.

Als Parteimann riskierte ich freilich meinen Kopf, wenn meine Aktivität im RWM und anderswo, einseitig pro Strasser, zur Unzeit bekannt wurde. Deshalb hatte ich Bredow gebeten, mich in amtlichen Notizen nicht zu nennen. Ich kannte die Zettelpraxis, in zeitlicher Reihenfolge aufgespießt, aus der Arbeit in hohen Stäben und konnte mir ausmalen, was geschehen würde, wenn diese exact gesammelten Klein-Dokumente in feindliche Hände gerieten und die Strasser-Aktion fehlschlug. Bredow hat seine dienstliche Akribie offenbar wichtiger genommen als meine persönliche Bitte. Ich erwähne das, um einen Begriff davon zu geben, in welche Gefahrenzone jeder geriet, der die Hitler-Lösung nicht wollte. Strasser hat seine Loyalität nichts geholfen, sie hätte auch andern nichts genützt. Daß ich in Berlin als "Strassermann" bekannt wurde, war nicht zu vermeiden, bekam aber schon vor Strassers Sturz den

Beigeschmack von Abweichling und schrägem Vogel.

Ich kannte ferner Schleichers Unbedenklichkeit in gesellschaftlicher Unterhaltung und habe mich persönlich mehr und mehr von ihm zurückgehalten. Wenigstens war er kein Freund von Notizen pp. Mit Bredow aber mußte ich ständig und offen reden. Als Reichsau sein Nachfolger im Ministeramt geworden war, habe ich mich nach der Auswertung der übernommenen Akten erkundigt. Aus der Schleicherzeit waren die Hauptleute Noeldchen und v. Wechmar geblieben. Sie haben mir versichert, daß die Partei keinen Einblick erhielt. Daraus ist wohl zu schließen, daß unter alten Offizieren zunächst noch eine verlässliche Kameradie fortbestand. Sie ist erst nach dem "Roehmputsch" geschwunden. Auch bei meiner ersten Verhaftung im Juni 33 ist mir Verfüngliches nicht vorgehalten worden. Rudolf Diels, der mich wohlwollend vernahm, wollte nur wissen, ob ich noch Kontakt mit Schleicher und Bredow hielte, was nicht der Fall war.

Auf die Kernfrage: ob und wie Hitler zum totalen Verzicht zu bewegen wäre, gab es vorerst keine Antwort. Bredow hielt diese Spekulation lange für utopisch, nicht ohne Grund. Hitler hatte nach seiner Kandidatur zum Reichspräsidenten im Sommer 32 die Rolle des "Trommlers" aufgegeben. Seitdem verlangte er alle Macht in seiner Hand. Bis zum 13.8.32 bestand nur die ziemlich vage Hoffnung, daß Hitler mit der wachsenden Ungeduld in Partei und SA nicht fertig würde. Nach der Abfuhr aber, die Hindenburg ihm nach seinem ersten Besuch erteilte, schwand jede Aussicht, daß Hitler auf dem beschworenen legalen Wegem, ohne Gewaltanwendung, Kanzler werden könnte. Die Frage nach einer Alternative wurde jetzt akut, für Hitler persönlich, für die Partei und für das RWM. Die reale, greifbare Chance, Hitler mit seinem schwindenden Anhang auszuhalten, lieferte dann der Wählerverlust vom 6. November. Das rückläufige Resultat hatte zur Folge, daß die Partei viele ihrer Geldgeber verlor und ihre neun bis zwölf Millionen Schulden nicht bezahlen konnte. Sogar der "Völkische Beobachter" geriet in Schwierigkeiten mit seinem Drucker.

Hieraus ergab sich tatsächlich eine handfeste Möglichkeit, Hitler zur Resignation zu bringen. Endlich leuchtete dies auch Bredow ein. Zur gleichen Ansicht bekannte sich unter vier Augen sogar Walter Funk, der spätere Wi-Minister und Reichs-

bankpräses, mit dem ich enge Verbindung hielt. Funk war einer der Wenigen in der Partei, die etwas von Wirtschaft verstanden. Fachfragen, die bei allen politischen Phantasten unbeliebt sind, hatten uns zusammengebracht. Nach seinem Ausscheiden aus der "Berliner Börsenzeitung" hatte er bei Hitler keinen Anklang gefunden, sich dann aber doch (via Wagener-Strasser) als Finanzberater und Presse-Experte unentbehrlich gemacht. Ich habe ihn über meine Strasser-Aktion "für den Fall, daß" ins Bild gesetzt und wurde von ihm über die Finanznot der Partei au jour gehalten, auch über wichtige Interna. Als Hitlers Chancen überraschend wieder stiegen, ist Funk wie andre umgekippt, hat es mir aber gedankt, daß ich über seine kurze Strasser-Tour Schweigen wahrte. Seine Assistenz konnte ich gebrauchen, als ich im Juli 39 durch die Dresdner Bank und Heereswaffenamt zu Skoda-Prag berufen wurde.

In der zweiten Hälfte November reifte die Entscheidung. Es kam nun alles darauf an, daß Schleicher, der kurz vor seiner Ernennung zum Kanzler stand, die NSDAP so gut wie geschlossen, nicht gespalten, hinter sich bekam - nur eben ohne Hitler, Göring, Goebbels. Dann wären ihr die Giftzähne ausgebrochen worden. Gregor Strasser hätte sich zu 80 oder 90% durchgesetzt. Der Rest hätte sich verkrümelte oder wieder angeschlossen. Schleicher hätte so jedenfalls dem Reichspräsidenten, der noch auf Verfassungstreue hielt, die ihm versprochene Reichstagsmehrheit präsentieren können.

Die Unbedingtheit dieses Ziels (NSDAP in der Regierung, ohne Hitler) stand allerdings weder für Schleicher noch für Bredow fest. Hitler wurde immer wieder ins Spiel gebracht, u.a. durch Wagener, wie das seiner Linie entsprach. Das machte aber nichts, solange Hitler an seinem Totalitäts-Anspruch festhielt und Hindenburg diese Bedingung ablehnte. Am 21.11., während Hitlers zweitem Besuch im Präsidenten-Palais, war ich unter den Wartenden im "Kaiserhof" in Strassers Nähe. Strasser war nervös und schalt, Adolfs Starheit würde auch diesmal wieder alles verderben. Ich hielt entgegen, darüber müßten wir doch froh sein, denn sonst bekämen wir die Zügel nicht in die Hand. Strasser ging nicht drauf ein, und ich gewann den Eindruck, daß er Angst vor seiner eignen Courage bekam. Hitler aber blieb "stur", Hindenburg lehnte ihn erneut schroff ab. Die Finanzkrise verschärfte sich. Die Partei bekam sichtbare Risse. Prominente wie Frick

und Feder bekannten sich offen zur Strasser-Lösung, sogar Goebbels suchte Rückendeckung bei Funk. Hitler litt an Depressionen, was keinen verwunderte, der seine Labilität kannte. Damals ist das Wort gefallen: "Wenn die Partei zerfällt, mache ich mit der Pistole Schluß."

Etzdorf und ich, unsrem Ziele nah, blieben in diesen Tagen Strasser auf dem Fersen. Tatsächlich brachte er Hitler so weit, daß er seinem Eintritt ins Kabinet Schleicher zustimmte. In der "Nachtausgabe" stand bereits die Schlagzeile "Strasser Vizekanzler". Strasser hat mir persönlich erzählt, "Adolf" wolle sich mit Hitlerjugend und "Völkischem Beobachter" begnügen, um die Partei zu retten - er wolle "nur nicht wieder in die Gosse". Dasselbe hat Etzdorf von Strasser gehört. Natürlich hätte die Partei samt "VB" saniert werden müssen. Als ich Bredow darüber berichtete, als Erster, wie es schien, kam Schleicher dazu. Nachdem er Hitlers "Bedingungen" gehört, rief er laut lachend: "Geschenkt geschenkt!!"

Wir hielten nun die Strasser-Lösung für gesichert. Darin sollten wir uns aber getäuscht haben.

Ich kann auch mit Etzdorf den Tag nicht mehr ausmachen, an dem sich Hitler bei Schleicher und Strasser aus München angesagt hat, um seinen totalen Verzicht zu besiegeln und mit beiden zum festen Arrangement zu kommen. Strasser jedenfalls erwartete ihn an einem der ersten Dezembertage morgens im Anhalter Bahnhof, ebenso der Major Ott, Schleichers Adjutant. Ich wartete in der Pilsener Stube des "Excelsior", Strassers Stammlokal, auf Etzdorf, der im Bahnhof aufpasste. Hitler aber kam nicht! Was war geschehen?

Bald erfuhren wir, daß Göring ihm entgegen gefahren war, um ihn in Weimar aus dem Zug zu setzen. Dort hat er Hitler eingeblasen, Schleicher wie Strasser hätten ihn infam belogen, Hindenburg wäre nicht grundsetzlich gegen Hitlers Kanzlerschaft, Papen würde das in Ordnung bringen. Siehe hierzu Otto Strassers Broschüre "Die deutsche Bartholomäusnacht", die das Verhalten seines Bruders in der Endphase genau schildert. Diese Schilderung entspricht vollkommen meiner Erinnerung. Sie fusst auf Gregors eignen Aussagen. Als Hitler aus Weimar nach Berlin gekommen war, nun im Auto, hat Strasser ihn, wahrscheinlich im "Kaiserhof", sofort gestellt, um Klarheit zu schaffen. Von Hitler wüst beschimpft und des Verrats geziehen, hat Gregor, im Tiefsten

verletzt, gefragt: "Trauen Sie mir eine solche Lumperei denn zu?" Auf Hitlers brüskes "Ja!" hat er dann seinerseits resigniert und auf alle Ämter in der Partei verzichtet, um "als einfacher Soldat" darin weiterzudienen. Er hat in diesem historisch entscheidenden Moment, in seiner "Sternstunde", v e r s a g t, weil er nicht politisch-rücksichtslos, sondern persönlich anständig reagierte. Damit war e r erledigt und mit ihm sein Anhang. Dem Bruder Otto hat er den irreparablen Fehler eingestanden: er hätte k ä m p f e n müssen. Ein Schlag des Hühners Strasser hätte das Nervenbündel Hitler erledigt. Nun kam es umgekehrt. Am 30. Juni 34 wurde Strasser liquidiert.

Auch Schleichers Stellung begann durch Strassers Sturz zu wanken. Es ist unfasslich, daß das RWM mit seinen Ueberwachungsmöglichkeiten Hitler auch nur eine Minute aus dem Griff lassen konnte, bis er in Berlin festgelegt und ausgeschaltet worden war. Der vom RWM bestellte Bewacher, ein Herr v. Zengen (den ausgerechnet i c h dem Major Ott für Botendienste empfohlen hatte) - Zengen hat im Nebencoupe des Schlafwagens gelegen und nichts gemerkt. Major Ott, nach Ankunft des Zuges vom Schaffner ins Bild gesetzt, ist sofort nach Weimar gefahren und hat Hitler im Hotel "Elefant" zu fassen bekommen, aber nicht verhindern können, daß Hitler die Partei mit allen schwankenden Gestalten wieder zu sich herüberzog. Strasser war nach seiner Verzichtserklärung, auf die seine Diffamierung und Degradation im Reichstagspräsidenten-Palais folgte, aus Berlin verschwunden. Daraufhin habe ich Brédow erklärt, die große einmalige Chance sei nun verpasst und das Spiel gegen Hitler endgültig verloren. Jetzt war Brédow der Optimist, der das nicht wahrhaben wollte, und ebenso Schleicher, den ich nie widersah. Ich selber zog die Konsequenz und habe den weiteren Verlauf nur noch beobachtet (als Referent bei Dr. Gereke im Reichskommisariat für Arbeitsbeschaffung.)

Auf den Seiten 331/332/333 und 340 werden diese Ereignisse nicht fälsch, aber keineswegs erschöpfend dargestellt. Dadurch entsteht abermals ein falsches Bild. Das V e r s a g e n d e s R W M , das sich im Januar 33 während der Papen-Intrigue noch blamabler wiederholt hat, blieb für die Historie mit aller Schonungslosigkeit zu fixieren. Es war ein Beispiel dafür, daß in der Politik wie in einer Feldschlacht der schon greifbar nahe Sieg vertan werden kann, wenn in kritischen Stunden, die nie ausbleiben, fahrlässig gehandelt wird.

Auch die Fühlungnahme mit Leipart war bereits ein Fehlschlag, der auf unzureichende Vorbereitung zurückzuführen ist. Anwesend war Leiparts Adlatus F.J.Furtwängler, einer meiner neuen politischen Freunde, der mir geradewegs entsetzt von Schleichers Oberflächlichkeit erzählte. Ich habe noch im letzten August (1963) darüber mit Furtwängler gesprochen. Wenn sich die SPD dem Kanzler-General versagt hat, so hatte das zweifellos auch sachliche Gründe.

Ein schwerer Fehler von Schleicher war ferner die Behandlung Görings. Dieser hatte nach dem 21. November völlig die Nerven verloren und war im RWM erschienen, um - laut Bredow - "Winselnd wie ein altes Weib" gut Wetter für sich zu erbetteln. Anstatt ihn durch Schmeichelei und irgendwelche Versprechungen an die Leine zu nehmen, hat Schleicher ihm in seiner sarkastischen Art die Tür gewiesen. So wurde der rachsüchtige Göring Hitler wieder in die Arme getrieben, den er innerlich schon aufgegeben hatte. Mit 5000 M wäre Göring zu kaufen gewesen. Dann hätte er seine Gegenaktion mit Papen nie unternommen. Görings Rache fielen Schleicher und Bredow wie Strasser zum Opfer, am gleichen Tag, dem 30.6.34.

Unzureichend für ein historisches Werk erscheint mir auch die Schilderung von Schleichers letzten Kanzlertagen (Seiten 382 ff). Vor allem fehlt jede Erklärung für Hindenburgs Abfall von seinem Wort, den böhmischen Gefreiten n i e zum Kanzler zu machen. Eine Klarstellung würde zweifellos den Glanz des Hauses Hindenburg verfinstern, und dieser ist h e u t e n o c h tabu für das leicht zu täuschende deutsche Volk. Mein Freund Eitzdorf weiß über das politische Ende Schleichers mehr als ich. Er hat länger zu ihm gehalten als ich in meiner grimmigen Enttäuschung.

Hier in Minden habe ich noch ein paar Jahre in der Nachbarschaft der Frau v. Gaudecker gewohnt, Schleichers Schwester Thusnelda, die inzwischen verstorben ist. Von ihr hörte ich noch eine Menge illustrativer Anekdoten über ihren Bruder, die im Grund bestätigen, daß er seine historische Mission, Deutschland und die Welt vor Hitler zu bewahren, zu leicht genommen hat. Sein Wort "Der Hitlerfilm muß mal über die Bühne gehn", nach seinem Scheitern gesprochen, belastet ihn zusätzlich mit dem Versuch, die Verantwortung einer höheren Gewalt zuzuschieben. In einem Gespräch mit Otto Wagener hat er rückblickend bekannt: "Ich war eben doch kein Politiker".

Worms, 18. II.

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Mit Folgendem ergänze ich meinen  
Antrag. Der Beitrag = Vogelwangs Buch  
liegt im Institut für Zeitgeschichte / München  
und ein Duplikat beim Reichsarchiv in  
Friedberg. Da ich auch Ihren Namen am  
Führen hatte, hatte ich eine nachträgliche  
Abkündigung mit Ihnen für gegeben, wie dies  
mit Elzdorf und Dr. Ellbrecht geschehen.  
Leider konnte ich bisher Ihre Abschrift  
nicht. Elzdorf ist = meinem Kümmerer  
im vorigen Sommer gestorben, Ellbrecht  
funktioniert noch als Arch in Bisselbopf.

Ich freue mich aufrichtig auf ein Wieder-  
sehen und bis dahin

Ihre ergebene

Worms

Dr. Heide über Gen. Ellbrecht 13. IV 1946  
je gel. Nachj. 1946.  
Herrn Dr. Heide über Gen. Ellbrecht 13. IV 1946  
Dr. Heide über Gen. Ellbrecht 13. IV 1946  
Heide über Gen. Ellbrecht 13. IV 1946

Dr. Heinrich Dräger

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DR. HEINRICH DRÄGER

 © LÜBECK, 29.1.1953  
 DRÄGERWERK Dr.HD/EB

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Trotzdem es solange her ist und soviel dazwischen liegt, werden Sie sich vielleicht doch meiner noch erinnern. Wir trafen uns im Hause eines Herrn von Holzendorf. Zusammen mit mir kam ein Herr Dr. Lambrecht. Ich überreichte Ihnen eine graue Gemeinschaftsarbeit über Arbeitsbeschaffung mit der Bitte um Weiterleitung an General von Schleicher, den Herrn Reichskanzler. Ich bat Sie, Ihren damals nicht unerheblichen Einfluß dort dafür aufzuwenden, daß so schnell wie möglich mit großem Propagandaaufwand ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm mit sicherer zusätzlicher Arbeit für etwa 2 Mill. Menschen in Bewegung gesetzt wird, um dadurch die Stellung Schleichers zu sichern.

Ich verabschiedete mich von Ihnen damals, soweit ich mich erinnere, etwa mit den Worten: "Laßt um Himmels willen den Trommler nicht auf die Lokomotive, sonst gibt es ein furchtbares Eisenbahnunglück". Sie antworteten mir: "Wie wollen Sie es denn anders machen, "die" reißen Ihnen ja unentwegt solange sämtliche Schienen auf, bis sie schließlich ihren Willen doch durchgesetzt haben". Diese Ihre Darstellung hat sich leider als zutreffend erwiesen.

Herr Dr. Grotkopp hat Ihnen bereits in dieser Angelegenheit geschrieben. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit mit dem Titel "Wirtschaftsankurbelung durch monetäre Maßnahmen und Großarbeiten" benötigen wir auch eine sachlich richtige Darstellung der Stellung Schleichers zur Arbeitsbeschaffung und seiner Verdienste um die Vorbereitung derselben. Besonders interessant ist die Frage: Wieweit hätte Schleicher seine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rasch und tatkräftig etwa in dem Sinne vergrößert, wie es in dem beigegeführten, auf meine Veranlassung zusammengestellten Sonderheft der "Wirtschaftswende" "Gercke-Plan" empfohlen wurde.

Daß er entsprechend der überreichten grauen Denkschrift ziemlich rasch gehandelt hätte, und zwar auch in dem dort empfohlenen Umfange (siehe Tabelle) dürfte wohl sehr wahrscheinlich sein. Bitte auch hierzu Ihre Stellungnahme. An die Tabelle in der grauen Schrift werden Sie sich vielleicht noch erinnern. Ich weiß, daß Sie sich mit besonderem Interesse nach der Position für Rüstungsausgaben erkundigten, für die dort keine Zahlen eingetragen sind, und deshalb einige kurze Fragen an mich stellten.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Heinr. Dräger

Anlagen  
 2 x Heft "Gercke-Plan"  
 (zurückgeben)

DR. HEINRICH DRAGER

24.3.1953

© LUBECK,  
MOISLINGER ALLEE 53 Dr. HD/Bi.

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 24.2., es bot doch immerhin schon einige Anhaltspunkte. Vor allem konnte ich daraus entnehmen, daß Schleicher sowohl mit Strasser wie auch mit den Führern der Gewerkschaft verhandelt hat und daß dabei praktische Maßnahmen für die Durchführung einer großen Arbeitsbeschaffungsaktion im Vordergrund gestanden haben, die von Schleicher geplant worden sind. Am interessantesten ist dabei die Mitteilung, daß Sie sich noch erinnern können, daß er mit den Führern der Gewerkschaft selbst Verhandlungen gehabt hat.

Die Hanseatische Verlagsanstalt in Hamburg ist leider eingegangen und die Adresse von Herrn Dr. R. Fischer ist daher auf diesem Wege nicht mehr zu ermitteln.

An Herrn v. Holtzendorff habe ich geschrieben, und ich danke auch für diesen Hinweis.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Heinr. Dräger

P.S.: Der Neudruck erscheint etwa ab Anfang Mai im Verlag Lutzeyer, Frankfurt.

Eugen Ott.

Icking/Isartal, den 24.3.1953.

Sehr geehrter Herr Dr. Dräger!

Ich danke Ihnen sehr für Ihr freundliches Schreiben vom 29.1. und erinneremich durchaus der Tatsache unseres Treffens Ende Januar 1953 im Haus des Herrn von Holtzendorff in Zehlendorf.

Unser Gespräch über den Krommler auf der Lokomotive und das Aufreißen der Schienen ist mir zwar nicht mehr gegenwärtig, aber es entspricht der Auffassung, die wir Ende Januar von der Lage haben mussten, und leider Gottes sehr bald erlebt haben.

Nach den 20 Jahren seitdem und meinem Aufgabenkreis von sehr langer Dauer im Fernen Osten, kann ich Ihnen zu meinem Bedauern keine Angaben über Schleichers Stellung zur Arbeitsbeschaffung und seine Verdienste um die Vorbereitung derselben machen, die hinreichend fundiert sind, um zu einer wissenschaftlichen Arbeit beitragen zu können. Ganz allgemein möchte ich nur sagen, dass Schleicher nach zahlreichen Äußerungen in unserem Kreis die Frage der Arbeitsbeschaffung als die vordringlichste angesehen hat und bestimmt bei seinen Verhandlungen mit Strasser und den Führern der Gewerkschaften weitgehende praktische Massnahmen geplant hat.

Vielleicht erweisen sich zwei Quellen, die ich angeben möchte, als ergiebiger. Herr von Holtzendorff, der am meisten in wirtschaftsfi- gen tätige Mitarbeiter unseres Kreises, wohnt jetzt E m p e l d e k e, Hannover, Stille Strasse 4. Zweitens möchte ich Ihnen einen Dr. Rudolf Fischer nennen, der 1952 eine Broschüre "Schleicher, Mythos und Wirklichkeit" in der Hansatischen Verlagsanstalt Hamburg erscheinen liess.

Die Broschüre zeichnet sich zwar mehr durch Temperament als durch *Selbstkritik aus, enthält aber auf Seiten 52 und 53 Andeutungen*

Über den Entwurf des Kabinetts Papen für eine sozialpolitische Proklamation, der in den Hauptzügen aus dem Wehrministerium stammte" und Dr. Fischer offenbar im Wortlaut bekannt war. Es wäre also möglich aus dieser Quelle u. U. Einiges über Schleichers Rolle in der Vorbereitung der Arbeitsbeschaffung zu erfahren. Ob Dr. Fischer noch lebt und wo er erreichbar ist, lässt sich vielleicht bei der Hansatischen Verlagsanstalt feststellen.

Das ist leider eine bescheidene Fortsetzung unseres Gesprächs vor zwanzig Jahren, sehr geehrter Herr Dr. Brüger, aber für mich so war es eine Freude daran erinnert zu werden als an einen gemeinsamen ehrlichen Versuch, drohendes Unheil abzuwenden.

Mit bestem Gruss

Dr. Brüger

Dr. Theodor Eschenburg

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Professor Dr. THEODOR ESCHENBURG

Tübingen, den 2.12.1952

Herrn  
Botschafter a.D.  
Eugen Ott

I c k i n g  
Isartal

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Ich danke Ihnen sehr für Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 18. November 1952 und mache von der mir angebotenen Hilfe sehr gerne Gebrauch.

Mich interessiert vor allem, zu erfahren, auf welche Weise Papen Reichskanzler geworden ist. Am 26. Mai 1932 will Papen nach seinen eigenen Erinnerungen (S. 182) von Schleicher einen Anruf bekommen haben und am 28. Mai zum ersten Mal etwas von dem Kanzlerprojekt erfahren haben. An anderer Stelle aber behauptet Papen, dass François-Poncet schon Ende April durch Schleicher erfahren habe, dass Brüning durch Papen ersetzt werden solle. Hier entsteht ein Widerspruch. Papen behauptet (S. 278), er habe Sie insgeheim im November 1932 zu Hitler geschickt, um diesen für sein Kabinett zu engagieren. Hiergegen wäre m.E. nichts einzuwenden. Mich interessiert nur, ob es wahr ist. Es wäre für mich überhaupt interessant zu wissen, welches die eigentlichen und wesentlichen Gründe Schleichers waren, auf Papens Entlassung zu drängen. Die Presse hat damals die Mitteilung gebracht, dass die Mehrheit des Kabinetts sich für den Rücktritt Papens ausgesprochen hätte. Ich war bei dem bekannten Herrenclub Essen im Dezember 1932 anwesend, als Papen seine Rede hielt. Ich bin damals zu Planck gegangen und habe ihn gefragt, wie er eine solche Rede zulassen könne. Das wäre der reine Dolchstoß. Darauf erwiderte mir Planck: "Lassen Sie ihn ruhig reden, das stört uns nicht." Ich hatte überhaupt den Eindruck, dass Schleicher noch bis zum 28. Januar die ganze Politik Papens nicht ernst genommen hat und sich auf eine lange Reichskanzlerschaft eingerichtet hatte. Ist das richtig?

Indem ich mich nochmals sehr bedanke für Ihr freundliches Angebot, übersende ich Ihnen in der Anlage einen Sonderdruck über die Ermordung Schleichers, der Sie vielleicht interessieren wird.

Herr von Holtzendorff schreibt mir von einem Exposé über Schleicher, das er verfasst hat und das Sie mir schicken wollten. Mich würde dieses Exposé sehr interessieren.

Mit besten Empfehlungen  
bin ich Ihr sehr ergebener

*Munster*

Eugen Ott

Jcking/d <sup>25/A-32 / 12 - 49</sup> sartal  
19. Jan. 53

Sehr verehrter Herr Professor!

Die in meinem Schreiben vom 12. Dez. angekündigten Ausführungen darf ich Ihnen heute übersenden und bitte um Entschuldigung, wenn ich damit etwas in Verzug geraten bin.

Herr von Holtzendorff hat mir eine Abschrift seines Briefes vom 17. Dez. geschickt, und ich möchte seinen Ausführungen durchaus beitreten.

Die Darstellung des Herrn von Papen, auf welche Weise er Reichskanzler geworden ist, trifft m. E. im Wesentlichen zu. Die General von Schleicher in den Mund gelegten Ausführungen entsprechen der Auffassung der Lage, die er damals häufig im Kreise seiner Mitarbeiter geäußert hat, ohne dabei aber die Person von Papen zu nennen. Er nannte mir Diesen als möglichen Reichskanzler zum ersten Mal nach dem Rücktritt Brünings bei einem unserer üblichen Morgenritte im Tiergarten. Ich war vollkommen überrascht und lehnte P. schroff ab, da er mir bei flüchtigen Begegnungen den Eindruck eines oberflächlichen Gesellschaftsmenschen ohne ernsthafte Substanz gemacht hatte. Schl. verteidigte seine Idee Papen damit, dass sich in dem Kreise der Habsburger Front niemand Geeigneter finden lasse, man müsse also zu einem Platzhalter greifen, der dem Reichspräsidenten und einer möglichst grossen Anzahl rechtsstehender Persönlichkeiten genehm wäre bis sich die damaligen Schwierigkeiten über die Hereinnahme der N.S.D.A.P. in die Regierung beheben liessen. Auf meinen Einwand, es wäre angesichts einer solchen Verlegenheitslösung wohl besser gewesen, Brüning zu halten, erklärte Schl. das sei unmöglich geworden, da Brüning zu keiner Art von Verständigung mit Hitler hätte gelangen können.

Die Behauptung P. auf Seite 168 "H. v. Schl. hatte Francois Poncet von dem Plan gesprochen Brüning auszuwechseln", halte ich für unwahr. Selbst wenn es zuträfe, dass Fr. P. "seit acht Tagen (d. h. seit etwa 20. April 32) von der erschütterten Stellung Brünings und dem Nachfolger Papen erzählte" -- lt. Seite 182 hatte Papen selbst davon nichts gehört -- so lag die Krise seit dem S. A. Verbot vom 13. April spürbar in der Luft. Um sie zu erkennen, bedurfte es keiner Indiskretion Schleichers, wie sie P. ausmalt und Schl. schwer zur Last legt. Sie wäre bei aller bekannten Aufgeschlossenheit von Schl. gegenüber Fr. P. auch durchaus unwahrscheinlich, sie hätte bei Bekanntwerden die etwaigen Pläne Schl. ausgesprochen gefährdet.

Meine Entsendung Ende Nov. 1932 zu Hitler (Seite 278) stimmt.

Als Schl. nach dem Rücktritt des Kabinetts P. die Möglichkeiten für die Bildung eines Kabinetts unter seiner eigenen Kanzlerschaft prüfte, hat er mich als Unterhändler zu Hitler nach Weimar entsandt, um ihm den Posten des Vizekanzlers und einige Ministerposten für seine Mitarbeiter anzubieten. Das Ziel war, Hitler unter Ablehnung seines ständigen Anspruchs auf die totale Macht zur parlamentarischen Mitverantwortung zu bringen.

Hitler beharrte auf seinem Anspruch, und lehnte ab, während Göring mir im anschließenden Gespräch unter vier Augen angeboten hat, Hitler umzustimmen, wenn ihm die Sfrasse gegen die Marxisten frei gegeben würde. Ich habe diese Forderung sofort zurückgewiesen als unvereinbar mit der Verfassungstreue und den Pflichten der Reichswehr.

Über meine Verhandlungen wurde kein Mitglied der Reichsregierung vorher unterrichtet. In dem Tagebuch von Göbbels "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" ist die Entsendung eines Offiziers zu Hitler kurz erwähnt und in die Atmosphäre jener Tage gestellt.

Die wesentlichen Gründe Schl., auf die Entlassung P. zu drängen, lagen in der Erkenntnis, dass die Regierung Papen keinerlei Resonanz im Volk oder bei den Parteien mehr besass und einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören drohte, wenn sie sich ausschliesslich auf den Artikel 48 der R.V. und den hinter ihm stehenden militärischen Ausnahmezustand stützen müsste. Die Bedenken der Reichswehr gegen einen solchen Ausnahmezustand sind in meiner Niederschrift Seite 247 folgende näher ausgeführt. Es fehlt in der Darstellung P. folgender Schluss dieser Niederschrift: "Im Anschluss daran erklärten mir die Vertreter der sieben Divisionen die gleiche Auffassung und forderten mich auf, dem Minister nachdrücklichst vorzustellen, dass die Spannung im Reich ohne Einsatz der Wehrmacht gelöst werden müsse. General v. Schl. war stark beeindruckt und schloss sich unserer Auffassung an.

Die nächsten Tage brachten zwei unmittelbare Folgen: Für die Technische Nothilfe wurde eine Sonderbeihilfe von mehreren Millionen R.M. bewilligt, nachdem ich dem Reichsfinmin. die zu Tage getretenen Mängel erläutert hatte.

Das Kabinett von Papen verzichtete auf den Ausnahmezustand als Stütze für seinen Fortbestand. General v. Schl. berief mich zu einer

Kabinettsitzung mit dem Auftrag, über die Bereitschaft zur Auslösung des militärischen Ausnahmezustandes vorzutragen, dabei aber seine schwerwiegenden Gefahren aufzuzeigen. Schl. bestätigte mit Nachdruck ~~die~~ meine Ausführungen über die Unzulänglichkeit der staatlichen Machtmittel. Unmittelbar darauf ist das Kabinett von Papen zurückgetreten".

Es schien mir angezeigt, diesen Schluss der Niederschrift mitzuteilen, weil er zwei Tatsachen aufzeigt, erstens die vollkommene Übereinstimmung aller Vertreter der Division, die unter ~~den~~ Erfahrungen des Landes draussen standen, mit der Auffassung der Zentrale, und zweitens, die Entwicklung dieser Vorgänge aus der praktischen Untersuchung bis zu der Einwirkung auf den Reichswehrminister selbst, der also nicht etwa die Initiative ergriffen hatte, sich ein Mittel oder gar eine Finte zum Sturz des Kabinetts P. zu beschaffen.

Die fehlende Resonanz des Kabinetts ist mir bei der unter 2.) geschilderten Unterhandlung mit Hitler besonders nachdrücklich zum Bewusstsein gebracht worden, als mir Hitler mit der äussersten Schärfe erklärte, die etwaige Wiederkehr eines Kabinetts P. wäre für seine Partei völlig untragbar.

Die Politik P.s ~~im~~ <sup>im</sup> ~~Dezember~~ <sup>Januar</sup> verfolgte Schl. mit grosser Besorgnis. Die beruhigende Äusserung von Planck sollte das m.E. nur verschleiern. Über zwei Auswirkungen hat er sich im vertrauten Kreis mit Bitterkeit ausgesprochen: Über das sinkende Vertrauen des Reichspräsidenten und über den Umschlag des Sohnes Oskar v. Hindenburg bis zur Feindseligkeit. Das von P. Seite 280 erwähnte Memorandum vom 1. Jan. 1933, in dem ich ihm die Kritik und Sorgen seiner Mitarbeiter über seine bisherige Kanzlerschaft schriftlich vorgelegt habe, beantwortete er dankend mit der bitteren Feststellung: "Sie wissen nicht, wie wenig ich mich auf den Reichspräsidenten stützen kann."

Die Einzelheit dieser Kritik und der Antwort des Reichskanzlers mag ein Licht werfen auf das ausserordentlich grosse rückhaltslose Vertrauensverhältnis zwischen Schleicher und seinen Mitarbeitern. Es ist übereinstimmende Auffassung aller Männer dieses Kreises, dass die schweren Vorwürfe von P. gegen den Intriganten und selbstsüchtigen Streber Schl. durchaus fehlgehen und die Rollen der beiden Männer vertauschen.

Ich habe in einer Reihe von Fällen, in denen Schl. nahestehende Persönlichkeiten ein Opfer der politischen Entwicklung geworden sind, so beim Sturz des General von Seekt, beim Rücktritt von Gröner und

Brüning erlebt mit welcher persönlichen Anteilnahme und Besorgnis Schleicher diese dira necessitas aufgenommen hat. Er hat in keinem Fall seine eigenen Ziele dabei verfolgt, alle derartigen Unterstellung halte ich für Verleumdung. Wenn er schliesslich im Chaos des Dezember 1933 der Einwirkung von vielen Seiten gefolgt ist, die Kanzlerschaft zu übernehmen, so ist es in der Hoffnung geschehen, dass ein Kanzler, der zugleich Reichswehrminister war, ein Gewicht einzusetzen vermöge, das den Ausnahmezustand und einen Bürgerkrieg verhindern könnte. In dieser Hoffnung hat er widerstrebend in Kenntnis der ihm gezogenen Grenzen und als Statthalter für einen baldigen Nachfolger das Amt übernommen und mir bei meinem Glückwunsch geantwortet "moriturus te salutat".

Bei meinem Besuch auf seinem Ruhesitz im Februar 1934 hat er rückblickend auf seine Versuche der Bändigung der N.S.D.A.P. gesagt: "Ich habe geglaubt mit taktischen Mitteln die Bewegung zähmen zu können und habe nicht erkannt, dass es eine Revolution ist, die nur mit Gewalt gebrochen werden konnte. Die Mittel dafür standen mir nicht zur Verfügung."

---

Wenn diese kurzen Ausführungen dazu beitragen können, das geschichtliche Bild des Generals v. Schleicher von einigen Verzerrungen zu reinigen, so wäre es mir eine grosse Freude. Falls Sie, sehr verehrter Herr Professor zu weiteren Einzelheiten der Memoiren Papens, soweit sie sich mit Schleicher befassen, eine Stellungnahme wünschen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit den besten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

Professor Dr. THEODOR ESCHENBURGTübingen, den 27.1.60 E/JH  
Brunnenstr. 30  
Tel. 713417.Herrn  
H. H. v. PentzWestheim b. Augsburg  
Kapellenstr. 8

Sehr geehrter Herr von Pentz!

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Zeilen vom 2.1.60. Wie Sie richtig angenommen haben, hat Vogelsang Ihren Brief nicht weitergegeben. Vielleicht hat er auch einen gelegentlichen Besuch in München abgewartet, um mir von Ihrem Schreiben Kenntnis zu geben und es mit mir zu besprechen.

Mein Vater, der Seeoffizier gewesen ist, hat dem verstorbenen Kaiser Wilhelm II sehr nahe gestanden. Er hat ihn in den Jahren zwischen 1926 und 1930 häufig in Doren besucht. Da ich den Kaiser historisch sehr kritisch beurteilt habe, hat es wegen dieser meiner Haltung zwischen meinem Vater und mir heftige Spannungen gegeben. Ich habe meinem Vater seine Auffassung nie verdacht, sondern für diese volles Verständnis gehabt. Persönliche Bindungen, wie Freundschaft, Kameradschaft, Untergebenenverhältnis schränken die Urteilsfähigkeit ein, haben sie möglicherweise sogar auf. Von historischen Aspekten gesehen, ist der Freund nicht immer gerade der geeignetste Biograph, so interessant und wichtig seine Berichte im einzelnen auch sein mögen.

Ich kenne Schleicher persönlich nur sehr oberflächlich, ich habe ihn ein paar mal kurz gesehen und nur einige Worte mit ihm gewechselt. Ich habe mich aber mit seiner Person sehr genau beschäftigt. Im Herbst 1932 hat Schleicher über seinen Staatssekretär Blanck nach dem Verfasser eines Aufsatzes über ihn, der in drei Fortsetzungen in der "Forster Zeitung" erschienen war, gefahndet. Er hat mehrfach seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Verfasser über seine Person so genau informiert sei. Der Verfasser war ich. Ich hatte aber diesen Aufsatz unter einem Pseudonym veröffentlicht.

Strasemann hatte mir viel von Schleicher erzählt, den er auch häufig in Kabinettsitzungen gesehen hatte. Gröner hat mit mir von Schleicher gesprochen, und zwar sowohl als die beiden noch im Reichswehrministerium waren, als auch nach Gröners Ausscheiden. Wenn ich auch nicht

Mitglied des Herrenklubs war, so kannte ich doch viele, die Schleicher kannten.

Was ich übrigens über die Fragwürdigkeit des Urteils des Freundes sagte, gilt entsprechend auch für den ausgesprochenen Gegner. Bisher hat, auch verständlicherweise, Schleicher der Nymbus des Märtyrers vor einer strengen, kritisch-historischen Betrachtung weitgehend bewahrt. Das "Nihil nisi bene de mortuis" muss einmal aufhören. Ich empfinde das Verhalten Schleichers in der Frage des SA-Verbots empörend, nicht so sehr gegenüber dem Freund Gröner als gegenüber dem Chef. Kein anderer Staatssekretär in Deutschland hat in der Weimarer Zeit gewagt, so eigenmächtig zu handeln, auch hinter dem Rücken seines Ministers und dem des die Richtlinien der Politik bestimmenden Kanzlers, wie Schleicher. Dass Schleicher das Material in der Frage des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegen seinen Chef, aber hinter dessen Rücken, in die Hände des Reichspräsidenten mogelte, ist ehrenrührig. Dass Schleicher nicht wusste, was der Dienstweg war, ist kaum anzunehmen.

Dass Schleicher, der doch nur Funktionär -wenn auch sehr hoher-<sup>W</sup> ist, mit Hitler und dessen Beauftragten eigenmächtig und heimlich verhandelt und Geheimnisse in einer höchst kritischen Situation ausplaudert, hätte eigentlich seine Entlassung und Bestrafung zur Folge haben müssen.

Er allein ist doch an der Berufung einer so unfähigen Potenz, wie es Papen ist, zum Kanzler schuldig. Lange bevor Papen Kanzler wurde, hat <sup>man</sup> er im Herrenklub nur mit mitleidiger Ironie von ihm gesprochen. Aber auch die Art und Weise, wie er Papen in die Kanzlerschaft hineingeschoben hat, ist geradezu skandalös.

Vergleichen Sie doch einmal das Gespräch zwischen Schleicher und Papen, wie es letzterer in seinen Memoiren wiedergibt, mit dem Briefwechsel zwischen Bismarck und Room.

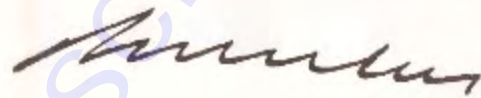
Der Satz, den die "Süddeutsche Zeitung" aus dem Zusammenhang heraus zitiert, ist in dieser Form zu hart. Er wurde spontan nach einer langen Diskussion von mir ausgesprochen. Ich erinnerte mich im Moment sehr stark an die Stresemann'sche Äußerung. Schleicher war brauchbar, solange er unter fester Führung stand, aber versagte vollständig, als er selbständiger Politiker war. Das kommt häufig vor, das scheint mir auch bei Schleicher der Fall gewesen zu sein. Seine Vorgesetzten, das gilt vor allem

für Gröner, waren so klug, nicht immer auf ihn zu hören, sondern sich mit ihm auseinanderzusetzen und ihn notfalls auch zu lenken. Solange Schleicher sich mit seinem alten Chef und Freund Gröner auseinandersetzte und auf ihn hörte, machte er relativ wenig Dummheiten.

Ich werde meinen Vortrag eines Tages publizieren und Ihnen ein Exemplar der Publikation zusenden, dann können wir unsere Diskussion fortsetzen.

Mit angelegentlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Munster' or similar, written in a cursive style.

Hermann Foertsch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

HERMANN FOERTSCH  
München 22  
Reitmorstr. 29

München, den 29.1.1952

An den  
Herrn Chefredakteur der  
"Frankfurter Allgemeinen Zeitung"  
Frankfurt / Main

Handlung

Prof. Brückner 13h  
Dr. Vopelius 2 1/2  
Dr. Koch 40 3/4  
Dr. Krumm 4 1/2  
Dr. v. Siegel 2  
Günther in  
Kaiser

Sehr geehrter Herr Chefredakteur!

In Ihrer Besprechung des Buches von Berndorff, "Die Tragödie des General von Schleicher" regen Sie selbst an, daß andere damals Miterlebende die Darstellung ergänzen oder korrigieren mögen.

Hierzu darf ich als langjähriger Sachbearbeiter für Pressefragen unter General v. Schleicher (1925 - 1930 und 1932/33) einige entscheidende Irrtümer des Verfassers richtigstellen:

1. Schleichers Arbeitsgebiet und seine Passion war die Innenpolitik und ihre Auswirkungen auf die Reichswehr, nicht aber in erster Linie die außenpolitischen Fragen. Diese interessierten ihn natürlich durchaus und waren ihm auch nicht fremd, vor allem, so weit sie für sein Denken und Handeln auf der innerpolitischen Ebene Bedeutung hatten. Aber die Bezeichnung Schleichers als "General zwischen Ost und West" ist schon an sich eine schiefe Betrachtung. So ist auch Schleichers Einfluß auf Einleitung und Fortsetzung der Verbindung zwischen Reichswehr und Roter Armee in dem Berndorff'schen Buche überbewertet. Über diese ganze Frage wird noch sehr viel Material gesammelt werden müssen, ehe ein einigermaßen objektives und abschließendes Urteil möglich ist.
2. Schleicher ist nicht auf den Posten eines Chefs des Ministeramts abgeschoben und auf diese Weise kaltgestellt

Institut für...

worden, sondern die Aufstockung der von ihm geleiteten Wehrmacht-Abteilung zum Ministeramt bedeutete eine Stärkung seiner Stellung und war von ihm selbst erstrebt, denn er wurde damit eine Art Staatssekretär des Reichswehrministeriums, und ständiger politischer Vertreter des Ministers, der auch bei dessen Abwesenheit an Kabinettsitzungen teilnehmen konnte. Die Bildung des Ministeramtes erfolgte auch nicht unter Seeckt, der zu dieser Zeit nicht mehr im Dienst war, sondern unter Heye als Chef der Heeresleitung. General Heye hat sich gegen diese Neuorganisation vergeblich gestraut, weil er darin nicht zu Unrecht eine Minderung seiner Stellung in der politischen Beratung des Ministers sah.

3. Schleicher hat sich nach dem Abgang Papens dem Reichspräsidenten nicht selber als Reichskanzler empfohlen. Er hat sich im Gegenteil gegen diese Ernennung gestraut und sich auch nach der Betrauung mit dem höchsten politischen Amt stets als Übergang empfunden, bis - wie er sagte - einer von den beiden (Hindenburg oder Hitler) "billiger spielen würde". Schleicher hat wohl den Wunsch und die Hoffnung gehabt eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag herzustellen, hat aber sein Amt nur unter der Bedingung angetreten, daß er vom Reichspräsidenten notfalls die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages erhalte, um unter Ausschaltung des Parlaments so lange autoritär zu regieren, bis auf Grund außenpolitischer und wirtschaftlicher Erfolge und innerpolitischer Beruhigung wieder parlamentarisch regiert werden könnte. Er hoffte in dieser Zeitspanne auf eine wesentliche Schwächung der NSDAP. Der Reichspräsident hatte ihm bei Übernahme der Kanzlerschaft die erbetene Zusicherung in aller Form gegeben, sein Versprechen aber unter der Einwirkung anderer Versprechungen nicht gehalten. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Seiten 24 ff meines Buches "Schuld und Verhängnis" hinweisen.

4. Über die Unterredung des General von Hammerstein mit dem Reichspräsidenten kurz vor dem 30. Januar 1933 verbreitet Herr Berndorff die gleiche Legende, die auch Meissner in

in seinem Buch wiedergibt. Ich habe von dem einzig Überlebenden dieser Aussprache, die übrigens am 27.1. stattfand, eine einwandfreie Darstellung erhalten, <sup>+</sup> General a.D. Freiherr v.d. Bussche, der der Unterredung als einziger außer Hindenburg und Hammerstein beigewohnt hat, stellt fest, daß der Reichspräsident die beiden Generale keineswegs abgewiesen hat, sondern ihre Bedenken gegen eine Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vollauf geteilt und wörtlich erklärt hat: "Sie werden mir doch nicht zutrauen, meine Herren, daß ich den österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler mache". Von einem grollenden Hinweis auf die Manövervorbereitungen war keine Rede. Ich darf auch in diesem Zusammenhang auf die Seiten 26 - 29 meines oben erwähnten Buches hinweisen. Dort finden Sie auch eine Darstellung der Unterredung zwischen Schleicher, Hammerstein und anderen, über die ebenfalls eine Legende in die Geschichtsschreibung einzugehen droht.


5. Ob Schleicher Dokumente über Hitlers Vergangenheit besessen hat, konnte bisher nicht einwandfrei geklärt werden. Daß Schleicher solche Dokumente 1933 in den Räumen des Reichswahrministeriums <sup>5</sup> gelesen hätte, ist sehr unwahrscheinlich. Daß der Fund solcher Dokumente zu Schleichers Ermordung Anlass gewesen wäre, erscheint als überflüssige Kombination. Schleichers Gegnerschaft gegen Hitler war trotz seiner Versuche, ihn und die Partei in die Verantwortung zu bringen, bei Hitler nur zu bekannt. Die Ermordung Schleichers und seiner Frau war also wohl nur ein nachgeholter revolutionärer <sup>Mord</sup> Akt.
6. Die Einberufung der "Vereinigung Graf Schlieffen" durch Mackensen zur Bekanntgabe seiner Auffassung über den Mord an Schleicher und Bredow erfolgte nicht unmittelbar nach dem 30.6.1934, sondern erst zu dem üblichen nächsten Termin, dem Geburtstag des Grafen Schlieffen am 28. Febr. 1935.

Die obigen 6 Hinweise dürften Ihre Zweifel, ob das besprochene Buch als vollgültige Quelle in die Geschichtsschreibung eingehen wird, im negativen Sinne beantworten. Das Buch ist meiner An-

sicht nach nicht nur "zu schnell entstanden", sondern es ist in weiten Teilen ohne ausreichende Sachkenntnis geschrieben.

Ich darf Ihnen anheimstellen, diese meine Ausführung als Leserbrief zu veröffentlichen.

In vorzüglicher Hochachtung bin ich  
Ihr sehr ergebener



(H. Foertsch)

Hanshennig von Holzendorff

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

M.S. davon wie ja dem Mannstuck II. Abschnitt über  
Schleicher als Mensch. -25/A-32 / 12 - 62

Hannover 14./5.

Lieber Off!

Auf Grund unseres Ferngesprächs habe ich die beiden erwähnten Bilder hermitgebracht, Sie stammen m. E. von der Tochter Schleicher.

Sicher sind sie noch recht nach m. E. für den Zweck geeignet. Das eine an "Küsschen", das andere an "bekümmert". Ich schreibe sie aber trotzdem mit der Bitte um Rückgabe.

Eben habe ich mit Frau von Carlowitz telefo. mit. Sie hat wenig Hoffnung, kommt mit einem Gefährt in Mülfarn, will heute Abend mit ihrem Mann sprechen und etwas geeigneter mit ihrer Tochter, die über Pfingsten in Goslar ist, nach München schreiben.

Telef. Carlo in Goslar 2786

Goslar = Verwähl. Nr. 05321.

Falls dort nichts geeigneter, könnten Sie mich bei Dorothea mal anrufen? Sie haben doch Verbindung mit ihr.

Hochf. Frau von Carlowitz - Frau. In Eile  
Hr. Gollmann

Stellungnahme zum Brief General Scherzer von Stülpnagel  
an Botschafter Ott wegen Scherzerartikel im "Jahrbuch der  
Pöschel'schen Händel". Graz Verlag.

Der Brief zeigt die alte Verärgernng des "vormaligen Chefs der Handelskammer", wie  
er allgemein damals hieß, gegen Scherzer, dem er sein Amtsbüro gegen  
Hammerstein-Egmond 1931 in die Schürze schreibt. In Wirklichkeit hat gegen  
die Dinge ganz anders.

Die Entscheidung, ob Hammerstein oder Stülpnagel, war bis zum letzten  
Tage offen und ist bei einem Vortrag Groeners über Änderungen in Wien  
nicht gefallen. Als Groener abreiste, nahm Scherzer an, dass Stülpnagel  
es werden würde, denn er sagte mir: "Schade, das wird  
mir wohl das Ende der Laufbahn dieses famous Mannes (Hammer-  
stein) sein."

Dass Scherzer und viele andere Hammerstein für den besseren  
hielten, war erklärlich. Er war rümpfenfroh, aber eine starke Per-  
sönlichkeit mit politischem Instinkt und Konsequenz. Das  
hatte er im 1. Weltkrieg und besonders bei seiner Haltung im Rupp-Putz  
gegenüber seinem Schwager der Diktatur bewiesen, von dem er und  
sein Chef, Stockhausen, zunächst festgesetzt wurde, und den er dann  
als politischen Prominenten inschaltete. Hammerstein war nicht  
und schlupp, ganz ohne persönliche Eitelkeit und Romant.

Völlig anders der elegante, forche Stülpnagel. Zwei-  
fellos ebenso wie Hammerstein ein im 1. Weltkrieg bewährte  
Achtziger Truppen-Generalstabler, dem aber auf dem politi-  
schen Gebiet die Klarheit und Sicherheit fehlte. Das  
habe ich im Wilhelmshöhe und Polby in Gesprächen  
ansehen und Scherzer oft feststellen können.

Er machte nichtigerweise Anlehnung an Scherzer,  
wollte aber nicht angeben, dass er sich auf diesem Gebiet  
nichtlegen fühlte. Auf die Truppe wirkte er durch seine

frische, soldatische Art. Als Chef des Kurpersonal amtes  
war er leicht dann etwas überheblich und eitel geworden.

Ich machte ein Manöver der 3. Division 1928 mit  
(als Gast), das Kurse leitete. Am letzten Tage führte Joachim  
Stilpnagel eine Parade und hatte vorher laut erklärt, dass  
er den Kurse mal zeigen wolle, wie man führt. Vorher war  
ein Abteilungs-kandidat gewesen.

Er fiel dann prompt gegen seinen viel klügeren Nummer-vorher, den  
schwarzen Stilpnagel (Otto) herein und wurde von Friedrich sehr arg zupflückt.

Personlich war er sehr artig und hatte als Div. Chef. in voller Uniform einen  
Ehrenkissen aus dem Landwehrkern.

Als Kurverwaltung Chef d. Kurverwaltung wurde, ging er vortrefflich vor, obwohl  
man ihm ein Gruppen-kern-angebot.

Dass er <sup>Gillmann</sup> für wenig erprobte Art alle die  
Kümmen bereitete, die ihm ein Ansehen nehmen oder noch kommen  
soll, wie wenig er im Punkte war, ebenso seine Fehler, mit dem Aus-  
nahmezustand 1932/33 mit Papier zusammen seine mangelnde  
politische Maturität.

Im 3. Reich würde er gerne angesehen, weil man ihn als Berater  
einer großen Zeitung "Berliner Zeitung" in begünstigt empfand. Auch im Krieg  
wurde er im Gegensatz zu Kluck in anderen nicht wieder verwendet.  
Daher seine vorübergehende Kränkung, die ihm nun raschlich macht.

Hammov. d. 18. Jan. 1934

Hans Henning von Holtzendorff  
Hannover-Empelde, Stillestr. 4

Die Politik des Generals von Schleicher gegenüber der NSDAP  
1930-33. Ein Beitrag zur Frage Wehrmacht und Partei.  
-----

Gliederung

- 1. Persönlichkeit                      Umfang, Grundlagen und Grenzen seines politischen Einflusses
- 2. Das Ziel (innenpolitisch)
  - a. in der Reichswehr              politische Erziehung im Offizierskorps Die Gründe dafür und die Auswirkung.
  - b. gegenüber der NSDAP        Die Beurteilung der politischen Lage und die darauf begründete Taktik
  - c. Wehrpolitisch
- 3. Der Weg                            Der Ablauf der Ereignisse von 1930 bis Januar 1933 im Einzelnen
- 4. Rückblick und Kritik            War Schleichers Politik richtig? Trifft ihn die Verantwortung für die "Machtübernahme" und die nachfolgende Entwicklung?

-----

1. Die Persönlichkeit

In den entscheidenden Jahren vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler lag die politische Führung der Reichswehr praktisch bei General von Schleicher, der bis Frühjahr 1932 Chef des Ministeramtes (x) Anmerkung siehe letzte Seite) im Reichswehrministerium - also politischer Chef des Stabes oder Staatssekretär - ,dann bis zum Herbst des gleichen Jahres Reichswehrminister und anschließend bis zum 30. Januar 1933 Reichskanzler und Reichswehrminister in Personalunion war. Sein entscheidender Einfluß während der Amtszeit des Minister Groener beruhte auf der Zusammenfassung aller politischen Fragen der Reichswehr in der Zuständigkeit des von ihm 1929 neugeschaffenen Ministeramtes, in der besonderen Stellung zum Minister, dem er bei der alten Obersten Heeresleitung 1918/19 während der Revolution ein erfolgreicher und unentbehrlicher Berater geworden war, und in seiner Beherrschung der parlamentarischen und Parteiverhältnisse, die er seit 1919 wie kein anderer Offizier kannte. Seine Persönlichkeit ist unstritten. Im Offizierskorps hatte er wenig Sympathien: Der Weg des politischen Führers der Wehrmacht in einer Zeit außenpolitischer Schwäche und innerpolitischer Zerrissenheit mußte unpopulär sein. Zudem trug er nach außen bewußt die Maske des Zynikers und Lebemanns, die dem Soldaten nicht liegt, und hatte nie längere Zeit eine Truppe geführt.

Auch zur Zeit seines stärksten Einflusses - 1932 -, als er sich durch seine politischen Erfolge und die Stellung, die er der Reichswehr geschaffen hatte, die unwillkürliche Anerkennung des Offizierskorps erworben hatte - wäre er nie in der Lage gewesen, eine auf seine Person zugeschnittene illegale Politik mit der Truppe zu machen, wie etwa ein Freikorpsführer nach dem Kriege. Im politischen Kreisen außerhalb der Wehrmacht wurde er als geschickter Politiker anerkannt. Manchen Leuten war er wegen seiner

oft verblüffenden, burschikosen Offenheit unheimlich. Seine Stärke lag im Verhandeln im kleinen Kreise. Hier setzte er sich durch seine klare, vorurteillose Beurteilung der Dinge, sein schnelles und genaues Arbeiten und die Gabe, auch aus schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lagen immer noch einen brauchbaren Ausweg zu finden, fast immer durch. - Man wußte, daß er unbedingt zu einer gemachten Zusage stand.

Daß er kein wirkungsvoller Redner war - weder vor Versammlungen noch vor der Truppe - wußte er selbst genau; deshalb und als Gegner jeder Pose trat er ungern vor die Öffentlichkeit und suchte 1932 zuerst in Papen, dann in Gregor Strasser eine Ergänzung als Sprechminister.

Seine alten Mitarbeiter verehrten ihn als großzügigen Vorgesetzten und guten Kameraden und wußten, daß sich hinter dem oft bizarren Äußeren ein lauterer, nur der Sache dienender Charakter verbarg.

## 2. Das Ziel (innenpolitisch)

### a. In der Reichswehr

Innenpolitisch hatte er wie damals Wenige die verfassungsmäßige Bedeutung der Reichswehr erkannt.

Sie war das einzige Machtmittel des Reichspräsidenten, wenn nach Artikel 48 der Verfassung von Weimar, der Staatsnotstand erklärt werden mußte, um Ruhe und Ordnung im Inneren aufrechtzuerhalten. Mit diesem Machtmittel hatte 1923 der erste Reichspräsident Ebert das Reich gegen radikale Elemente von rechts und links, sowie einzelstaatliche Sonderbewegungen zusammengehalten. Die zunehmende Radikalisierung infolge der wirtschaftlichen Not in Deutschland ließ befürchten, daß man noch einmal auf dieses letzte Mittel zurückgreifen müsse.

Hiefür war es notwendig, Offizier und Mann zur strengen Legalität und Unparteilichkeit zu erziehen, wenn das Instrument nicht rasch abstumpfen und wertlos werden sollte.

Bei der Vielheit der Parteien in Deutschland und dem ständigen Regierungswechsel seit 1919 konnte dies nur durch ein völliges Heraushalten der Reichswehr aus der Tagespolitik erreicht werden, zumal der außenpolitische Druck durch den Versailler-Vertrag und die wirtschaftliche Notlage im Innern als Folge davon viele unpopuläre Maßnahmen der Regierung erforderlich machten.

Schleicher setzte daher durch, daß in der Reichswehr jede politische Betätigung verboten wurde. Das Wahlrecht ruhte bereits seit der Gründung. Politische Verhandlungen und Maßnahmen waren nur dem Reichswehrminister und dem Chef des Ministeramtes als seinem politischen Vertreter erlaubt, jedem anderen Soldaten der Reichswehr verboten. Sie hatten sich als unpolitische Fachleute zu fühlen und entsprechend zu verhalten. Rücksichtslos griff Schleicher durch, wenn hiergegen verstoßen wurde. Der Ablauf des Prozesses gegen die Leutnants Ludin und Scheringer vor dem Reichsgericht - 1931 - zeigte dies besonders deutlich. Beide hatten versucht, mit der NSDAP Verbindung aufzunehmen und für sie im Offizierkorps zu werben. Sie wurden entlassen und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Schleicher war der Ansicht, daß politisierende Offiziere - nach Art der spanischen Offizier-Junten, - *партизанские солдаты* und parteipolitisch ausgerichtete Soldaten - wie in Österreich - für jede Wehrmacht innenpolitisch eine Gefahr bedeuteten und sie als Truppe minderwertig machten.

Nach dieser klaren Linie hatte er - schon seit 1920 als Ratgeber und seit 1929 als entscheidender Mann - geführt. Die so erzogene Reichswehr hatte 1923 unter dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten, Ebert, als Oberbefehlshaber, ebenso die Probe bestanden, wie 1932 unter Hindenburg.

In einem Falle mußte sich diese Erziehung jedoch verhängnisvoll auswirken:

Wenn einmal auf legalem Wege die beiden für die Führung der Reichswehr entscheidenden Ämter - Reichspräsident und Reichswehrminister - Männern zufielen, die bedenkliche Wege in der Staatspolitik zu gehen beabsichtigten oder mitzugehen bereit waren. Dann war nämlich bei einem Führerkorps, das über ein Jahrzehnt zum schweigenden Gehorsam gegen unpopuläre aber legale Weisungen erzogen war, mit einer übergroßen Zurückhaltung in berechtigter Kritik und Ablehnung solcher Wege zu rechnen.

Daß dieser Fall beim Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg, am 2. 8. 1934 eintrat, ist das Verhängnis des deutschen Offizierskorps.

#### b.) gegenüber der NSDAP

Als die NSDAP im Jahre 1930 lawinenartig anschwell und binnen 3 Jahren von einer unbedeutenden Splittergruppe zur stärksten Partei im Reichstag und den einzelnen Länderparlamenten aufstieg, entstand - auch für die Reichswehrführung - innenpolitisch eine neue Lage.

Ein großer Teil der Politiker stand dieser Entwicklung ratlos gegenüber oder versuchte sie mit Polizeimaßnahmen zu bekämpfen, ein Mittel, das notwendigerweise nur ein weiteres Anwachsen zur Folge haben mußte, weil es Märtyrer schuf und die Wurzel in der wirtschaftlichen und außenpolitischen Not lag.

Auch der Reichswehrminister Groener ließ sich - entgegen seiner weitblickenden Haltung 1918/19 - zu diesem Fehler hinreißen und stürzte darüber.

Anders als sein Nachfolger, General von Blomberg, der sich der Partei kritiklos verschrieb, und als Groener sah Schleicher die Entwicklung der Partei mit den Augen des Realpolitikers an.

Er war der Ansicht, daß sie eine an sich gesunde Reaktion des Volkkörpers darstelle und außerdem die einzige Partei, die der radikalen Linken Stimmen abgewinnen konnte und schon abgewonnen hatte. Hier, bei der kommunistischen Partei, sah Schleicher wegen der Unterstützung von Moskau die Hauptgefahr für die Innenpolitik.

Zur Wehrpolitik war die NSDAP im Gegensatz zur KPD positiv eingestellt.

Auf der anderen Seite erkannte er ebenso deutlich die Gefahr, die in den radikalen Elementen und Abenteurern lag, die jede derartige Massenbewegung enthält. Außenpolitische und wirtschaftspolitische Experimente konnte sich Deutschland auf keinen Fall leisten, ein weiteres Anwachsen der Partei konnte von der Regierung nur durch außenpolitische Erfolge und Behebung der wirtschaftlichen Not verhindert werden. Damit war in den Jahren 1931 und 1932 kaum zu rechnen. - Erst in der Jahreswende 1932/33 sah Schleicher einige Ansätze in der sich anbahnenden Verständigung mit Frankreich und dem Anlaufen der Wirtschaftsmaßnahmen des Ministers Warénbold. - Solange die Partei unter diesen Umständen in der Opposition war, mußte sie weiteren Zulauf haben. Ihre Propaganda war geschickt und wirkungsvoll (Goebbels). Jeder politische Vorgang wurde von ihr ohne Bedenken ausgenutzt. (Volksentscheid über den Young-Plan).

1932 war sie nicht sehr weit von der Mehrheit im Reichstag entfernt. Bei der letzten Reichspräsidentenwahl war Hitler nur dadurch knapp unterlegen, daß die Sozialdemokraten ihre widerstrebenden Wähler zu Hindenburg - als "dem kleineren Übel" - abkommandiert hatten.

Starb der über 80-jährige Reichspräsident, so war Hitlers Wahl sicher. Dann hatte die Partei beide Machtpositionen der Staatsgewalt legal in der Hand und konnte sich bedingungslos auswirken.

Die einzig wirksame Politik gegen diese Entwicklung sah Schleicher in einer möglichst baldigen Herausnahme der NSDAP aus der Opposition in die unpopuläre Verantwortung. In seiner drastischen Art wagte er

"Die Wirtschaft weiß genau, warum sie die unbequemsten und lautesten Aktionäre in den Aufsichtsrat wählt".

Er traute sich zu in der Zusammenarbeit erzieherisch zu wirken und sich - wie 1920-30 gegenüber der Linken - durch Sachlichkeit auch jetzt wieder durchzusetzen. Der intakte Staatsapparat mit der Reichswehr schien ihm eine ausreichende Sicherheit gegen jede Putschgefahr zu bieten.

In der Entwicklung in England sah er eine gewisse Parallele: Gegenüber den Besorgnissen der alten Parteien vor dem Experiment einer erstmaligen Regierung der "labour-party" (~~\*) siehe Seite 10~~) <sup>hätte</sup> sich schließlich die Parole: "Let labour try" durchgesetzt und Recht behalten.

Ein Schwächemoment enthielt diese Politik:

Wenn der Reichspräsident von Hindenburg vorzeitig starb, ehe die erhoffte Auswirkung eintrat, konnte die Lage kritisch werden.

Da Schleicher keinen anderen Weg sah, drängte er zur Eile und behielt das Ziel unverrückt im Auge, während er in den Mitteln mehrfach wechselte.

### 3. Der Weg

Wie in den Jahren 1918/19 gegenüber der Linken suchte er sich Klarheit über seine Gegenspieler durch Kennenlernen der maßgebenden Persönlichkeiten zu verschaffen. Hierbei kam ihm zustatten, daß diese meist von sich aus den Weg zur Reichswehrführung fanden, die sich durch ihre überparteiliche und korrekte Haltung während des Ausnahmezustandes 1923 und unter den verschiedenartigen Regierungen der Folgezeit auch bei politischen Gegnern Ansehen und Achtung erworben hatte.

1931 kam es zum ersten Zusammentreffen mit Hitler. Das Urteil Schleichers über diese Begegnung war bezeichnend: "Ein interessanter Mann mit überragender Rednergabe. In seinen Plänen versteigt er sich leicht in höhere Regionen. Man muß ihn dann am Rockzipfel auf den Boden der Tatsachen herunterziehen".

Im Winter 1931/32 spitzte sich die Lage des Kabinetts Brüning schnell zu. Schleicher hatte auf seine Tätigkeit große Hoffnungen gesetzt, da er den Reichskanzler Brüning als klugen und vernünftigen Mann schätzte.

Die wirtschaftliche Not stieg, und damit wanderten immer mehr Wähler von der Mitte zu dem radikalen Flügeln ab - NSDAP und KPD.

Die kurzsichtige Führung der Deutschnationalen durch Hugenberg beschleunigte die Entwicklung.

Zu Beginn des Jahres 1932 ließ sich der gleichzeitig mit dem Reichsinnenministerium betraute Reichswehrminister Gröner bestimmen, mit Polizeimaßnahmen gegen die NSDAP vorzugehen. Schleicher riet dringend davon ab und sagte als Folge nur eine Förderung der Partei und Rückschläge für die Regierung voraus.

Zunächst setzte er sich durch, schließlich folgte aber Gröner doch den Einflüssen aus dem Reichsinnenministerium und unverantwortlichen Beratern. Es kam darüber zu einem Zerwürfnis zwischen den alten Freunden, die sich erst nach Monaten wieder aussöhnten.

Schleicher behielt Recht: Gröner verlor ~~den~~ über den Vorgängen das Vertrauen des Reichspräsidenten und der Reichswehr; er schied als Reichswehrminister aus. Brünnings Angebot, das Reichswehrministerium zu übernehmen, lehnte Schleicher ab.

Bald darauf stürzte das Kabinett Brüning, dessen parlamentarische Basis unhaltbar geworden war.

Jetzt versuchte Schleicher seinen Plan, die NSDAP aus der Opposition herauszuholen, erstmalig zu verwirklichen.

Er arbeitete auf ein Fachkabinett aus dem Vertrauen des Reichspräsidenten hin, das nach seiner Zusammensetzung die Unterstützung der NSDAP finden und sich auf deren und den Stimmen der Mitte im Reichstag eine Mehrheit schaffen konnte.

Das Ergebnis war das Kabinett Papen mit Schleicher als Reichswehrminister. Hier zeigte sich erstmalig Schleichers Abneigung, ein Amt zu übernehmen, das ihm zu starkem Auftreten im Parlament und der Öffentlichkeit zwang, sonst wäre ein Kabinett Schleicher folgerichtig gewesen. Durch Verhandlungen zwischen Schleicher und Hitler in einem kleinen Ort in der Mark wurde im Frühjahr 1932 die Zusammenarbeit zwischen der Regierung Papen und der NSDAP festgelegt. Schleicher ließ sich dabei u. a. auch von Hitler die Zusicherung geben, daß die Partei eine vernünftige Haltung in der Judenfrage einnehmen würde. Bis in den Sommer hinein verlief die Zusammenarbeit reibungslos; dann stellte Hitler auf Grund des Wahlerfolges in Preußen neue Forderungen: Als Führer der stärksten Partei forderte er den Kanzlerposten und machte davon die weitere Unterstützung durch die Partei abhängig.

Etwa zu der gleichen Zeit - August - wurde bekannt, daß gewisse Kreise der NSDAP einen Putsch nach Art des "Marsches auf Rom" planten, bei dem sie auf stillschweigende Duldung der Reichswehr hofften.

Daraufhin ließ sich Schleicher Göring und Röhm kommen und ihnen durch Oberst von Bredow und Oberstleutnant Ott eröffnen, daß sie bei illegalen Handlungen genau so vor den MG's der Reichswehr stehen würden, wie die Linke.

Der Putsch wurde abgeblasen; der Vorgang blieb aber unvergessen. Oberstleutnant Ott wurde im Frühjahr 1933 auf Druck Görings hin abgelöst; er ging nach Japan. Bredow wurde zur selben Zeit verabschiedet und am 30. Juni 1934 wie Schleicher beseitigt.

Schleicher hatte gegenüber den neuen Forderungen Hitlers zunächst stärkste Bedenken; er hielt es aber für untragbar, die Partei auf die Dauer in der Opposition zu lassen. Es widersprach auch allen parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen, die bei weitem stärkste Partei auszuschalten.

So riet er dem Reichspräsidenten Ende August zu einem Kabinett Hitler, in das starke Sicherungen durch Besetzung der wichtigsten Ministerien mit Fachleuten einzubauen wären.

Noch glaubte er sich und die Staatsgewalt stark genug, um in einem solchen Kabinett "unerwünschte Experimente" auszuschalten. Der Reichspräsident lehnte schroff ab. Seine Gründe waren nicht sachlicher, sondern mehr traditioneller Natur. Bei dem hohen Alter des Reichspräsidenten, der stark unter dem Einfluß seines Sohnes und alter konservativer Freunde gekommen war, erscheint dies verständlich. Es fiel das Wort "Man könne einen tschechoslowakischen Gefreiten nicht zum deutschen Reichskanzler machen".

Bedenklich war, daß hierdurch erstmalig das Vertrauensverhältnis Reichspräsident - Reichswehrminister eine Trübung erfuhr, ein Vorgang, der von Schleichers Gegnern in der Umgebung des Reichspräsidenten geschickt ausgenutzt wurde und sich im kommenden Winter tragisch auswirkte. Bezeichnend für Schleichers Menschenkenntnis ist eine Äußerung über den von ihm menschlich hochverehrten Reichspräsidenten im Herbst 1932, der den Schlüssel für die kommenden Ereignisse darstellt "Männer in so hohen Alter stehen schon jenseits von Kameradschaftsgefühl zu ihren Mitarbeitern. Nur der Einfluß der Familie bleibt noch dauerhaft. Wenn mich der 'Alte Herr' nicht mehr braucht, würde er mich ebenso bedenkenlos fallen lassen, wie Brüning".

Das Verhältnis zwischen der Regierung Papen und der NSDAP spitzte sich, wie Schleicher vorausgesagt, nun rasch zu. Bei einem kommunistischen Mißtrauensantrag im Reichstag, dem sich die NSDAP anschloß, konnte eine parlamentarische Niederlage nur durch Vorlegen der Urkunde während der Abstimmung verhindert werden. Der Reichstag wurde aufgelöst, aber die Lage bleibt gespannt und das Kabinett Papen trat auf Schleichers Rat zurück, da es sich festgezogen hatte.

Der Reichspräsident trug sich mit Rücktrittsgedanken: Das bedeutete Hitler als Reichspräsident und damit die NSDAP in den beiden verfassungsmäßigen Schlüsselpositionen. Hitler als Kanzler lehnte er nach wie vor ab; Hitler seinerseits machte die Beteiligung der Partei von einer

Kanzlerschaft abhängig.

Schleicher, der von verschiedenen Stellen, denen eine ruhige Entwicklung am Herzen lag, zur Übernahme der Regierung gedrängt wurde, erklärte zunächst, er denke nicht daran, seine starke Stellung als Reichswehrminister aufzugeben und ein Amt zu übernehmen, das ihm nicht liege.

Der Berliner Verkehrstreik, bei dem NSDAP und KPD wie bei der Reichstagsabstimmung mit gleicher Front fochten, zeichnete, daß der Bürgerkrieg vor der Tür stand, bei dem die Wehrmacht in eine unmögliche Lage geriet. Da gab Schleicher schließlich nach und übernahm die Kabinettsbildung, die er selbst nur als Übergangslösung ansah. "Ich bleibe solange, bis einer von den beiden (gemeint waren Hindenburg und Hitler) billiger spielt", sagte er in dieser Zeit, "Hitlers Forderung ist nach den parlamentarischen Spielregeln gerechtfertigt". Wenn der Reichspräsident aber nicht mitmacht, ist das ein verfassungsmäßiges Recht, an dem ich nicht vorbei kann! Bei der Regierungsbildung stellten die Mittelparteien - dabei auch das Zentrum - Personalforderungen zurück; auch die Gewerkschaften unterstützten ihn. Das Vertrauen, das sich die Reichswehrführung in jahrelanger unparteilicher Arbeit erworben hatte, kam jetzt zum Ausdruck.

Schleicher bildete sein Kabinett zunächst aus Fachleuten, die der Mitte und der gemäßigten Rechten nahestanden. Bezeichnend ist, daß er das Finanzministerium dem Hamburger Bankier Dr. Melchior anbot, der als Finanzmann und Unterhändler internationalen Ruf genoß. Dieser lehnte ab, weil er in seiner Person (Jude) eine zu starke Belastung des Kabinetts sah. Schleicher selbst hatte diese Bedenken mit Rücksicht auf Hitlers Zusicherung vom Frühjahr nicht; er wollte die besten Leute heranziehen. Die neue Regierung erreichte tatsächlich eine Art Waffenstillstand in Form einer Amnestie und längerer Vertagung des Reichstages.

Bei der NSDAP war der Grund zu dieser Politik, das sie finanziell und personell ruhebedürftig war, nachdem sie aus den Herbstwahlen zwar mit Stimmenverlust aber immer noch als stärkste Partei hervorgegangen war.

Im Gegensatz zu Hitler, der an seinem Prinzip "Alles oder nichts" festhielt, erklärten weite Kreise seiner Partei eine weitere Opposition für untragbar.

Eine Gruppe um den einflußreichen Gregor Strasser war aus sachlichen Gründen für ein Zusammengehen mit Schleicher. Andere wollten zunächst "ans Ruder" kommen und hofften, sich dann durchzusetzen. Zu diesen gehörte Göring, der Schleicher offiziell versicherte, er strebe nur ein ziviles Luftfahrtministerium an. In der italienischen Botschaft hatte er sich aber unvorsichtigerweise dahingehend geäußert, er werde die Reichswehr schon vom Luftfahrtministerium her "aus den Angeln heben" - dies erfuhr Schleicher natürlich. Andere glaubten, daß die Partei in der Opposition finanziell nicht mehr durchhalten könne. Schleicher versuchte jetzt Strasser als Vizekanzler und "Sprechminister" zu gewinnen; dieser sollte zunächst mit seiner Gefolgschaft in der Partei die Regierung abstimmungsmäßig unterstützen. Auf diese Weise hoffte Schleicher, später Hitler und die ganze Partei heranziehen zu können.

Hier hatte er sich in den Machtverhältnissen getäuscht: In den entscheidenden Auseinandersetzungen in der Partei setzte sich Hitler durch und Strasser verlor jeden Einfluß. Hitler hat Schleicher diese Verhandlungen, in denen er ein Aufreizen der Partei zum Verrat an ihm sah, nie verziehen. Nach stärker aber war der Haß aller Parteigrößen, die sich in dieser Zeit ohne Hitlers Genehmigung Schleicher gegenüber zu weit vorgewagt hatten. In ihren Kreisen ist auch der Anstoß zu Schleichers Ermordung zu suchen.

Inzwischen waren die Gegner Schleichers in der Umgebung des Reichspräsidenten tätig gewesen. Zu ihnen war Papen gestoßen, der Schleicher seinen Rücktritt als Kanzler vorwarf, und der Reichsbankpräsident

Schacht, der vergeblich auf einen stärkeren Einfluß in einer Regierung Schleicher gerechnet hatte. Schließlich machten sich agrarische Einflüsse aus der Nachbarschaft des Reichspräsidenten in Ostpreußen bemerkbar, die Schleicher ablehnten, weil er an einer gesunden Siedlungspolitik im Rahmen der Osthilfe festhielt.

Im Laufe des Januar 1933 war klar geworden, daß eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag infolge der Ablehnung der NSDAP für das Kabinett Schleicher nicht mehr zu erreichen war.

Schleicher schlug daher dem Reichspräsidenten Ende Januar folgerichtig vor, entweder ihn, Schleicher, mit den notwendigen Vollmachten zu versehen (Reichstagsauflösung) oder entgegen seiner bisherigen Haltung den Führer der stärksten Partei, Hitler, mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Da ließ der Reichspräsident den Mann, der für ihn in die Bresche gesprungen war, plötzlich fallen, nachdem er hinter seinem Rücken den bei der Abrüstungskonferenz tätigen General von Blomberg als zukünftigen Reichswehrminister nach Berlin gerufen hatte.

Nachdem man kurze Zeit mit dem Gedanken an ein Kabinett Papen-Hugenberg-Seldte gespielt hatte, das den sofortigen Bürgerkrieg bedeutet hätte, ernannte der Reichspräsident schließlich Hitler zum Reichskanzler mit General von Blomberg als Reichswehrminister und Hugenberg als Minister für die Wirtschaftsresorts im Reich und Preußen.

Die Absage Schleichers und des Chefs der Heeresleitung, Generals von Hammerstein, die Reichswehr für ein reaktionäres Bürgerkabinett mißbrauchen zu lassen, ist als Podsdamer Generalsrevolte in die Legende eingegangen.

Schleicher wurde als Reichskanzler und Reichswehrminister entlassen und bekam den Haß der Clique um den Reichspräsidenten in kleinlichster Weise zu spüren.

Die Kanzlerschaft Hitlers war nun doch gekommen. Aber welcher Unterschied gegenüber der Lage im August 1932, als Schleicher sie vergeblich vorgeschlagen hatte.

Damals stand der Partei die intakte Autorität des Staatsapparates gegenüber, die sich jetzt in den unfruchtbaren Kämpfen des Herbstes und des Winters abgenutzt hatte. Damals stellte sie noch vorsichtige Forderungen an einen Mächtigen ~~um~~ Beteiligung an der Gewalt. Jetzt fühlte sich Hitler nicht mit Unrecht als Sieger; denn er hatte seinen Willen gegenüber dem offensichtlichen Widerstand von Reichspräsident und Regierungsgewalt durchgesetzt.

Als Fachminister für die Wirtschaft hatte man in Hugenberg einen Mann gewonnen, der in erster Linie Politiker war. Er hatte bisher stets durch seine Starrheit Mißerfolge erzieht; daß ihn Hitler in kurzer Zeit politisch überspielen und ausschalten würde, war vorauszusehen und nur eine Frage der Zeit. Vor allem aber stand an der Spitze der Reichswehr nicht mehr der erfahrene und zähe Politiker Schleicher, sondern in General von Blomberg ein ~~Kügel~~ <sup>Kügel</sup>, aber weiser Mann, der sich der NSDAP kritiklos verschrieben hatte und später auch menschlich versagte.

Von einem irgendwie wirksamen Gegengewicht gegen die NSDAP im Staatsapparat konnte schon zu Lebzeiten des Reichspräsidenten von Hindenburg keine Rede mehr sein. Hitler war allmächtig.

Die Vereidigung auf ihn nach Hindenburgs-Tod im August 1934 war auch ohne formelle Wahl zum Reichspräsidenten zwingend.

#### 4. Gab es einen anderen Weg?

Die Frage, ob Schleichers Politik richtig war, und zum Erfolg geführt hätte, wird nie mit Sicherheit beantwortet werden können.

Ob er sich nach Hindenburgs Tod im Sommer 1934 gegenüber der rücksichtslosen Dynamik eines, über die Befugnisse des Reichspräsidenten verfügenden Hitler hätte auf die Dauer durchsetzen können, ist fraglich. Sicher hatte aber die starke und geschickte Persönlichkeit Schleichers

mit der Autorität des Reichspräsidenten hinter sich in einem im Sommer 1932 gebildeten Kabinett Hitler 2 Jahre lang massigend und erzieherisch gewirkt und vile Auswüchse und Fehler - z. B. in der Judenfrage - verhindert. Damals wurde noch im Reichskabinett abgestimmt und in solchen kleinen Gremien lag Schleichers Stärke.

Einen anderen Weg gab es nicht! Bekämpfen mit Polizeimitteln lehnte Schleicher als wirkungslos und töricht gegenüber einer Massenbewegung ebenso ab, wie eine Militärdiktatur- und Verwaltungsdictatur.

"Es sitzt sich schlecht längere Zeit auf den Spitzen von Bajonetten", sagte er warnend den Leuten die 1923 und 1932 den "militarischen Ausnahmezustand" als Dauereinrichtung benutzen wollten.

Das Schicksal der Regierung Primo de Rivera in Spanien war ein warnendes Beispiel.

So blieb nur das Wagnis der Zusammenarbeit mit einer "kontrollierten" NSDAP.

Er ist dabei gescheitert, weil die Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg infolge des hohen Alters den nervenaufreibenden Anspannungen der politischen Lage im Jahre 1932 nicht mehr gewachsen war, nachdem er als höchster militärischer Führer nach dem Zusammenbruch 1918/19 und nach Eberts Tode als Reichspräsident jahrelang mit Klugheit, Würde und Weitblick geführt und sich bleibende Verdienste erworben hatte.

Die zweite, heute oft gestellte Frage, ob die Reichswehr und ihre Führung für die Machtergreifung durch die NSDAP ihre Folgen verantwortlich sei, kann dagegen mit einem klaren "nein" beantwortet werden. Sie hat vielmehr, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, die Gefahr rechtzeitig und klar erkannt, den einzigen Weg, sie zu bannen, vorgeschlagen und ihren besten Minister und Politiker dabei geopfert.

Die verantwortliche Staatsführung wollte ihm nicht folgen sondern entschied - übrigens völlig verfassungsmäßig und legal - gegen den Reichswehrminister und für Hitler.

Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß das Reichsgesetz über Straflosigkeit der Übergriffe nach dem "Römputsch 1934", das auch jede Aufklärung der Ermordung von Schleicher verhinderte, noch mit der formellen Zustimmung des bereits an der Schwelle des Todes stehenden Reichspräsidenten von Hindenburg verkündet wurde.

Neu-Ulm  
22. 6. 46

gez. Hanshenning von Holtzendorff  
Generalmajor

## 2. c) Wehrpolitisch

Wehr-politisch zog Schleicher nüchtern die Folgerung aus den Machtverhältnissen: Deutschland war auch nur zu einem vorübergehenden Widerstand gegen eine Großmacht nicht in der Lage. In den Weisungen des Reichswehrministers über Verhalten in Konfliktfällen wurde das klar ausgesprochen und alle nach Westen gerichteten Maßnahmen, auch vorbereitender Art, verboten.

Dagegen suchte er aus der Reichswehr ein Abwehr-Instrument gegen Übergriffe östlicher Nachbarn zu machen, nachdem Memel und Weilna gezeigt hatten, daß dort solche Tendenzen vorhanden waren und auf Schutz durch den Völkerbund ebensowenig gerechnet werden konnte, wie auf die in Versailles festgelegte Abrüstung der anderen.

Da die Reichswehr auch für diese begrenzte Aufgabe zahlenmäßig nicht ausreichte, wurde allmählich ein ortsfester Grenzschutz aus der Bevölkerung an der Ostgrenze geschaffen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme war so zwingend, und der defensive Charakter so offensichtlich, daß es Schleicher im Winter 1931/32 gelang, auch den sozialdemokratischen Minister Severing mit seinen Behörden zur Mitarbeit zu bestimmen. Der innerdeutsche Gegensatz zu den Kommunisten hinderte ihn keineswegs mit der Sowjet-Union und der "Roten Armee" ein gutes Verhältnis aufrecht zu erhalten.

Zeitweise aus der Wehrmacht entlassene Offiziere konnten auf diese Weise zu innerrussischen Ausbildungsstätten kommandiert werden und an den in Deutschland nicht vorhandenen, modernen Waffen geschult werden. Ihre Kenntnis war auch für die beschränkte Abwehr Aufgabe nach Osten unersetzlich. Den größten Fortschritt sah er in der sich langsam anbahnenden Verständigung mit Frankreich über den damaligen Botschafter Francois Pocet. Kurz vor seinem Sturz glaubte er die Zustimmung Frankreichs zu einer für die Verteidigung im Osten ausreichenden Heeresverstärkung in der Tasche zu haben.

Die Fortsetzung seiner Beziehungen zu Francois Poncet nach seinem Rücktritt und die häufig geäußerte Sorge über ein Verlassen der von ihm begonnenen Außenpolitik, bot seinen innenpolitischen Gegnern in der NSDAP im Juni 1934 den äußeren Anlaß zu einem Vorgehen gegen ihn und zur späteren Tarnung seiner Ermordung.

Institut für Zeitgeschichte

Anmerkung zu Seite 1 Absatz 1

Der Reichswehrminister war nach dem Gesetz Zivilist. Moske gehörte der Sozialdemokratischen, Gessler der Demokratischen Partei an. Groener war parteilos, er stand den Demokraten nahe und war bereits in den 20-iger Jahren einmal Verkehrsminister gewesen. Schleicher wurde 1932, um Reichswehrminister werden zu können, als General verabschiedet. Für Blomberg wurde 1933 ein besonderes Gesetz geschaffen, damit er als Reichswehrminister Soldat bleiben konnte.

Einen besonderen "Staatssekretär", der den Minister in laufenden parlamentarischen Fragen vertreten konnte, gab es zunächst nicht. Als sich die Notwendigkeit im Laufe der Jahre herausstellte, wurde 1929 das Ministeramt geschaffen, dessen Chef etwa die Aufgaben des Staatssekretärs in den anderen Ministerien hatte.

Hans Henning von Holtzendorff  
Hannover-Empelde, Stillestr. 4

Die Politik des Generals von Schleicher gegenüber der NSDAP  
1930-33. Ein Beitrag zur Frage Wehrmacht und Partei.

Gliederung

1. Persönlichkeit                      Umfang, Grundlagen und Grenzen seines politischen Einflusses
2. Das Ziel (innenpolitisch)
  - a. in der Reichswehr              politische Erziehung im Offizierskorps  
Die Gründe dafür und die Auswirkung.
  - b. gegenüber der NSDAP          Die Beurteilung der politischen Lage  
und die darauf begründete Taktik
  - c. Wehrpolitisch
3. Der Weg                              Der Ablauf der Ereignisse von 1930 bis  
Januar 1933 im Einzelnen
4. Rückblick und Kritik              War Schleichers Politik richtig? Trifft  
ihn die Verantwortung für die "Macht-  
übernahme" und die nachfolgende Ent-  
wicklung?

1. Die Persönlichkeit

In den entscheidenden Jahren vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler lag die politische Führung der Reichswehr praktisch bei General von Schleicher, der bis Frühjahr 1932 Chef des Ministeramtes (x) Anmerkung siehe letzte Seite) im Reichswehrministerium - also politischer Chef des Stabes oder Stabssekretär - ,dann bis zum Herbst des gleichen Jahres Reichswehrminister und anschließend bis zum 30. Januar 1933 Reichskanzler und Reichswehrminister in Personalunion war. Sein entscheidender Einfluß während der Amtszeit des Minister Groener beruhte auf der Zusammenfassung aller politischen Fragen der Reichswehr in der Zuständigkeit des von ihm 1929 neugeschaffenen Ministeramtes, in der besonderen Stellung zum Minister, dem er bei der alten Obersten Heeresleitung 1918/19 während der Revolution ein erfolgreicher und unentbehrlicher Berater geworden war, und in seiner Beherrschung der parlamentarischen und Parteiverhältnisse, die er seit 1919 wie kein anderer Offizier kannte. Seine Persönlichkeit ist unstritten. Im Offizierskorps hatte er wenig Sympathien: Der Weg des politischen Führers der Wehrmacht in einer Zeit außenpolitischer Schwäche und innerpolitischer Zerrissenheit mußte unpopulär sein. Zudem trug er nach außen bewußt die Maske des Zynikers und Lebemanns, die dem Soldaten nicht liegt, und hatte nie längere Zeit eine Truppe geführt.

Auch zur Zeit seines stärksten Einflusses - 1932 -, als er sich durch seine politischen Erfolge und die Stellung, die er der Reichswehr geschaffen hatte, die unwillkürliche Anerkennung des Offizierskorps erworben hatte - wäre er nie in der Lage gewesen, eine auf seine Person zugeschnittene illegale Politik mit der Truppe zu machen, wie etwa ein Freikorpsführer nach dem Kriege. Im politischen Kreisen außerhalb der Wehrmacht wurde er als geschickter Politiker anerkannt. Manchen Leuten war er wegen seiner

oft verblüffenden, burschikosen Offenheit unheimlich. Seine Stärke lag im Verhandeln im kleinen Kreise. Hier setzte er sich durch seine klare, vorurteillose Beurteilung der Dinge, sein schnelles und genaues Arbeiten und die Gabe, auch aus schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lagen immer noch einen brauchbaren Ausweg zu finden, fast immer durch. - Man wußte, daß er unbedingt zu einer gemachten Zusage stand.

Daß er kein wirkungsvoller Redner war - weder vor Versammlungen noch vor der Truppe - wußte er selbst genau; deshalb und als Gegner jeder Pose trat er ungern vor die Öffentlichkeit und suchte 1932 zuerst in Papen, dann in Gregor Strasser eine Ergänzung als Sprechminister.

Seine alten Mitarbeiter verehrten ihn als großzügigen Vorgesetzten und guten Kameraden und wußten, daß sich hinter dem oft bizarren Äußeren ein lauterer, nur der Sache dienender Charakter verbarg.

## 2. Das Ziel (innenpolitisch)

### a. In der Reichswehr

Innenpolitisch hatte er wie damals Wenige die verfassungsmäßige Bedeutung der Reichswehr erkannt.

Sie war das einzige Machtmittel des Reichspräsidenten, wenn nach Artikel 48 der Verfassung von Weimar, der Staatsnotstand erklärt werden mußte, um Ruhe und Ordnung im Inneren aufrechtzuerhalten. Mit diesem Machtmittel hatte 1923 der erste Reichspräsident Ebert das Reich gegen radikale Elemente von rechts und links, sowie einzelstaatliche Sonderbewegungen zusammengehalten. Die zunehmende Radikalisierung infolge der wirtschaftlichen Not in Deutschland ließ befürchten, daß man noch einmal auf dieses letzte Mittel zurückgreifen müsse.

Hierfür war es notwendig, Offizier und Mann zur strengen Legalität und Unparteilichkeit zu erziehen, wenn das Instrument nicht rasch abstupfen und wertlos werden sollte.

Bei der Vielheit der Parteien in Deutschland und dem ständigen Regierungswechsel seit 1919 konnte dies nur durch ein völliges Heraushalten der Reichswehr aus der Tagespolitik erreicht werden, zumal der außenpolitische Druck durch den Versailler-Vertrag und die wirtschaftliche Notlage im Innern als Folge davon viele unpopuläre Maßnahmen der Regierung erforderlich machten.

Schleicher setzte daher durch, daß in der Reichswehr jede politische Betätigung verboten wurde. Das Wahlrecht ruhte bereits seit der Gründung - Politische Verhandlungen und Maßnahmen waren nur dem Reichswehrminister und dem Chef des Ministeramtes als seinem politischen Vertreter erlaubt, jedem anderen Soldaten der Reichswehr verboten. Sie hatten sich als unpolitische Fachleute zu fühlen und entsprechend zu verhalten. Rücksichtslos griff Schleicher durch, wenn hiergegen verstoßen wurde. Der Ablauf des Prozesses gegen die Leutnants Ludin und Scheringer vor dem Reichsgericht - 1931 - zeigte dies besonders deutlich. Beide hatten versucht, mit der NSDAP Verbindung aufzunehmen und für sie im Offizierkorps zu werben. Sie wurden entlassen und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Schleicher war der Ansicht, daß politisierende Offiziere - nach Art der spanischen Offizier-Junten, - ~~политическо-партийно~~ und parteipolitisch ausgerichtete Soldaten - wie in Österreich - für jede Wehrmacht innenpolitisch eine Gefahr bedeuteten und sie als Truppe minderwertig machten.

Nach dieser klaren Linie hatte er - schon seit 1920 als Rügegeber und seit 1929 als entscheidender Mann - geführt. Die so erzogene Reichswehr hatte 1923 unter dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten, Ebert, als Oberbefehlshaber, ebenso die Probe bestanden, wie 1932 unter Hindenburg.

In einem Falle mußte sich diese Erziehung jedoch verhängnisvoll auswirken:

Wenn einmal auf legalen Wege die beiden für die Führung der Reichswehr entscheidenden Ämter - Reichspräsident und Reichswehrminister - Männern aufielen, die bedenkliche Wege in der Staatspolitik zu gehen beabsichtigten oder mitzugehen bereit waren. Dann war nämlich bei einem Führerkorps, das über ein Jahrzehnt zum schweigenden Gehorsam gegen unpopuläre aber legale Weisungen erzogen war, mit einer übergroßen Zurückhaltung in berechtigter Kritik und Ablehnung solcher Wege zu rechnen.

Daß dieser Fall beim Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg, am 2. 8. 1934 eintrat, ist das Verhängnis des deutschen Offizierskorps.

#### b.) gegenüber der NSDAP

Als die NSDAP im Jahre 1930 lawinenartig anschwell und binnen 3 Jahren von einer unbedeutenden Splittergruppe zur stärksten Partei im Reichstag und den einzelnen Länderparlamenten aufstieg, entstand - auch für die Reichswehrführung - innenpolitisch eine neue Lage.

Ein großer Teil der Politiker stand dieser Entwicklung ratlos gegenüber oder versuchte sie mit Polizeimaßnahmen zu bekämpfen, ein Mittel, das notwendigerweise nur ein weiteres Anwachsen zur Folge haben mußte, weil es Märtyrer schuf und die Wurzel in der wirtschaftlichen und außenpolitischen Not lag.

Auch der Reichswehrminister Groener ließ sich - entgegen seiner weitblickenden Haltung 1913/19 - zu diesem Fehler hinreißen und stürzte darüber.

Anders als sein Nachfolger, General von Blomberg, der sich der Partei kritiklos verschrieb, und als Groener sah Schleicher die Entwicklung der Partei mit den Augen des Realpolitikers an.

Er war der Ansicht, daß sie eine an sich gesunde Reaktion des Volkskörpers darstelle und außerdem die einzige Partei, die der radikalen Linken Stimmen abgewinnen konnte und schon abgewonnen hatte. Hier, bei der kommunistischen Partei, sah Schleicher wegen der Unterstützung von Moskau die Hauptgefahr für die Innenpolitik.

Zur Wehrpolitik war die NSDAP im Gegensatz zur KPD positiv eingestellt.

Auf der anderen Seite erkannte er ebenso deutlich die Gefahr, die in den radikalen Elementen und Abenteurern lag, die jede derartige Massenbewegung enthält. Außenpolitische und wirtschaftspolitische Experimente konnte sich Deutschland auf keinen Fall leisten, ein weiteres Anwachsen der Partei konnte von der Regierung nur durch außenpolitische Erfolge und Behebung der wirtschaftlichen Not verhindert werden. Damit war in den Jahren 1931 und 1932 kaum zu rechnen. - Erst in der Jahreswende 1932/33 sah Schleicher einige Ansätze in der sich abzeichnenden Verständigung mit Frankreich und dem Anlaufen der Wirtschaftsmaßnahmen des Ministers Wärenbold. - Solange die Partei unter diesen Umständen in der Opposition war, mußte sie weiteren Zulauf haben. Ihre Propaganda war geschickt und wirkungsvoll (Goebbels). Jeder politische Vorgang wurde von ihr ohne Bedenken ausgenutzt. (Volksentscheid über den Young Plan).

1932 war sie nicht sehr weit von der Mehrheit im Reichstag entfernt. Bei der letzten Reichspräsidentenwahl war Hitler nur dadurch knapp unterlegen, daß die Sozialdemokraten ihre widerstrebenden Wähler zu Hindenburg - als "dem kleineren Übel" - abkommandiert hatten. Starb der über 80-jährige Reichspräsident, so war Hitlers Wahl sicher. Dann hatte die Partei beide Machtpositionen der Staatsgewalt legal in der Hand und konnte sich bedingungslos auswirken.

Die einzig wirksame Politik gegen diese Entwicklung sah Schleicher in einer möglichst baldigen Herausnahme der NSDAP aus der Opposition in die unpopuläre Verantwortung. In seiner drastischen Art agte er

"Die Wirtschaft weiß genau, warum sie die unbequemsten und lautesten Aktionäre in den Aufsichtsrat wählt".

Er traute sich zu in der Zusammenarbeit erzieherisch zu wirken und sich - wie 1920-30 gegenüber der Linken - durch Sachlichkeit auch jetzt wieder durchzusetzen. Der intakte Staatsapparat mit der Reichswehr schien ihm eine ausreichende Sicherheit gegen jede Putschgefahr zubieten.

In der Entwicklung in England sah er eine gewisse Parallele: Gegenüber den Besorgnissen der alten Parteien vor dem Experiment einer erstmaligen Regierung der "labour-party" (~~\*) siehe Seite 19~~) sich schließlich die Parole: "Let labour try" durchgesetzt und Recht behalten.

Ein Schwächemoment enthielt diese Politik:

Wenn der Reichspräsident von Hindenburg vorzeitig starb, ehe die erhoffte Auswirkung eintrat, konnte die Lage kritisch werden. Da Schleicher keinen anderen Weg sah, drängte er zur Eile und behielt das Ziel unverrückt im Auge, während er in den Mitteln mehrfach wechselte.

### 3. Der Weg

Wie in den Jahren 1918/19 gegenüber der Linken suchte er sich Klarheit über seine Gegenspieler durch Kennenlernen der maßgebenden Persönlichkeiten zu verschaffen. Hierbei kam ihm zustatten, daß diese meist von sich aus den Weg zur Reichswehrführung fanden, die sich durch ihre überparteiliche und korrekte Haltung während des Ausnahmezustandes 1923 und unter den verschiedenartigen Regierungen der Folgezeit auch bei politischen Gegnern Ansehen und Achtung erworben hatte.

1931 kam es zum ersten Zusammentreffen mit Hitler. Das Urteil Schleichers über diese Begegnung war bezeichnend: "Ein interessanter Mann mit überragender Rednergabe. In seinen Plänen versteigt er sich leicht in höhere Regionen. Man muß ihn dann am Rockzipfel auf den Boden der Tatsachen herunterziehen".

Im Winter 1931/32 spitzte sich die Lage des Kabinetts Brüning schnell zu. Schleicher hatte auf seine Tätigkeit große Hoffnungen gesetzt, da er den Reichskanzler Brüning als klugen und vernünftigen Mann schätzte.

Die wirtschaftliche Not stieg, und damit wanderten immer mehr Wähler von der Mitte zu dem radikalen Flügel ab - NSDAP und KPD.

Die kurzsichtige Führung der Deutschnationalen durch Rugeberg beschleunigte die Entwicklung.

Zu Beginn des Jahres 1932 ließ sich der gleichzeitig mit dem Reichsinnenministerium betraute Reichswehrminister Gröner bestimmen, mit Polizeimaßnahmen gegen die NSDAP vorzugehen. Schleicher riet dringend davon ab und sagte als Folge nur eine Förderung der Partei und Rückschlüsse für die Regierung voraus.

Zunächst setzte er sich durch, schließlich folgte aber Gröner doch den Einflüssen aus dem Reichsinnenministerium und unverantwortlichen Beratern. Es kam darüber zu einem Zerwürfnis zwischen den alten Freunden, die sich erst nach Monaten wieder aussöhnten.

Schleicher behielt Recht: Gröner verlor über den Vorgängen das Vertrauen des Reichspräsidenten und der Reichswehr; er schied als Reichswehrminister aus. Brünnings Angebot, das Reichswehrministerium zu übernehmen, lehnte Schleicher ab.

Bald darauf stürzte das Kabinett Brüning, dessen parlamentarische Basis unhaltbar geworden war.

Jetzt versuchte Schleicher seinen Plan, die NSDAP aus der Opposition herauszuholen, erstmalig zu verwirklichen.

Er arbeitete auf ein Fachkabinett aus dem Vertrauen des Reichspräsidenten hin, das nach seiner Zusammensetzung die Unterstützung der NSDAP finden und sich auf deren und den Stimmen der Mitteln Reichstag eine Mehrheit schaffen konnte.

Das Ergebnis war das Kabinett Papen mit Schleicher als Reichswehrminister. Hier zeigte sich erstmalig Schleichers Abneigung, ein Amt zu übernehmen, das ihm zu starkem Auftreten im Parlament und der Öffentlichkeit zwang, sonst wäre ein Kabinett Schleicher folgerichtig gewesen. Durch Verhandlungen zwischen Schleicher und Hitler in einem kleinen Ort in der Mark wurde im Frühjahr 1932 die Zusammenarbeit zwischen der Regierung Papen und der NSDAP festgelegt. Schleicher ließ sich dabei u. a. auch von Hitler die Zusicherung geben, daß die Partei eine vernünftige Haltung in der Judenfrage einnehmen würde. Bis in den Sommer hinein verlief die Zusammenarbeit reibungslos; dann stellte Hitler auf Grund des Wahlerfolges in Preußen neue Forderungen: Als Führer der stärksten Partei forderte er den Kanzlerposten und machte davon die weitere Unterstützung durch die Partei abhängig.

Etwas zu der gleichen Zeit - August - wurde bekannt, daß gewisse Kreise der NSDAP einen Putsch nach Art des "Marsches auf Rom" planten, bei dem sie auf stillschweigende Duldung der Reichswehr hofften.

Daraufhin ließ sich Schleicher Göring und Röhm kommen und ihnen durch Oberst von Bredow und Oberstleutnant Ott eröffnen, daß sie bei illegalen Handlungen genau so vor den MG's der Reichswehr stehen würden, wie die Linke.

Der Putsch wurde abgeblasen; der Vorgang blieb aber unvergessen. Oberstleutnant Ott wurde im Frühjahr 1933 auf Druck Görings hin abgelöst; er ging nach Japan. Bredow wurde zur selben Zeit verabschiedet und am 30. Juni 1934 wie Schleicher beseitigt.

Schleicher hatte gegenüber den neuen Forderungen Hitlers zunächst stärkste Bedenken; er hielt es aber für untragbar, die Partei auf die Dauer in der Opposition zu lassen. Es widersprach auch allen parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen, die bei weitem stärkste Partei auszuschalten.

So riet er dem Reichspräsidenten Ende August zu einem Kabinett Hitler, in das starke Sicherungen durch Besetzung der wichtigsten Ministerien mit Fachleuten einzubauen wären.

Noch glaubte er sich und die Staatsgewalt stark genug, um in einem solchen Kabinett "unerwünschte Experimente" auszuschalten. Der Reichspräsident lehnte schroff ab. Seine Gründe waren nicht sachlicher, sondern mehr traditioneller Natur. Bei dem hohen Alter des Reichspräsidenten, der stark unter dem Einfluß seines Sohnes und alter konservativer Freunde gekommen war, erscheint dies verständlich. Es fiel das Wort "Man könne einen tschechoslowakischen Gefreiten nicht zum deutschen Reichskanzler machen".

Bedenklich war, daß hierdurch erstmalig das Vertrauensverhältnis Reichspräsident - Reichswehrminister eine Trübung erfuhr, ein Vorgang, der von Schleichers Gegnern in der Umgebung des Reichspräsidenten geschickt ausgenutzt wurde und sich im kommenden Winter tragisch auswirkte. Bezeichnend für Schleichers Menschenkenntnis ist eine Äußerung über den von ihm menschlich hochverehrten Reichspräsidenten im Herbst 1932, der den Schlüssel für die kommenden Ereignisse darstellt "Männer in so hohem Alter stehen schon jenseits von Kameradschaftsgefühl zu ihren Mitarbeitern. Nur der Einfluß der Familie bleibt noch dauerhaft. Wenn mich der 'Alte Herr' nicht mehr braucht, würde er mich ebenso bedenkenlos fallen lassen, wie Brüning".

Das Verhältnis zwischen der Regierung Papen und der NSDAP spitzte sich, wie Schleicher vorausgesagt, nun rasch zu. Bei einem kommunistischen Mißtrauensantrag im Reichstag, dem sich die NSDAP anschloß, konnte eine parlamentarische Niederlage nur durch Vorlegen der Urkunde während der Abstimmung verhindert werden. Der Reichstag wurde aufgelöst, aber die Lage blieb gespannt und das Kabinett Papen trat auf Schleichers Rat zurück, da es sich festgezogen hatte.

Der Reichspräsident trug sich mit Rücktrittsgedanken: Das bedeutete Hitler als Reichspräsident und damit die NSDAP in den beiden verfassungsmäßigen Schlüsselpositionen. Hitler als Kanzler lehnte er nach wie vor ab; Hitler seinerseits machte die Beteiligung der Partei von einer

Kanzlerschaft abhängig.

Schleicher, der von verschiedenen Stellen, denen eine ruhige Entwicklung am Herzen lag, zur Übernahme der Regierung gedrängt wurde, erklärte zunächst, er denke nicht daran, seine starke Stellung als Reichswehrminister aufzugeben und ein Amt zu übernehmen, das ihm nicht liege.

Der Berliner Verkehrstreik, bei dem NSDAP und KPD wie bei der Reichstagsabstimmung mit gleicher Front fochten, zeigte, daß der Bürgerkrieg vor der Tür stand, bei dem die Wehrmacht in eine unmögliche Lage geriet. Da gab Schleicher schließlich nach und übernahm die Kabinettabildung, die er selbst nur als Übergangslösung ansah. "Ich bleibe solange, bis einer von den beiden (gemeint waren Hindenburg und Hitler) billiger spielt", sagte er in dieser Zeit, "Hitlers Forderung ist nach den parlamentarischen Spielregeln gerechtfertigt". Wenn der Reichspräsident aber nicht mitmacht, ist das ein verfassungsmäßiges Recht, an dem ich nicht vorbei kann. Bei der Regierungsbildung stellten die Mittelparteien - dabei auch das Zentrum - Personalforderungen zurück; auch die Gewerkschaften unterstützten ihn. Das Vertrauen, das sich die Reichswehrführung in jahrelanger unparteilicher Arbeit erworben hatte, kam jetzt zum Ausdruck.

Schleicher bildete sein Kabinett zunächst aus Fachleuten, die der Mitte und der gemäßigten Rechten nahestanden. Bezeichnend ist, daß er das Finanzministerium dem Hamburger Bankier Dr. Melchior anbot, der als Finanzmann und Unterhändler internationalen Ruf genoß. Dieser lehnte ab, weil er in seiner Person (Jude) eine zu starke Belastung des Kabinetts sah. Schleicher selbst hatte diese Bedenken mit Rücksicht auf Hitlers Zusicherung vom Frühjahr nicht; er wollte die besten Leute heranziehen. Die neue Regierung erreichte tatsächlich eine Art Waffenstillstand in Form einer Amnestie und längerer Vertagung des Reichstages.

Bei der NSDAP war der Grund zu dieser Politik, das sie finanziell und personell ruhebedürftig war, nachdem sie aus den Herbstwahlen zwar mit Stimmenverlust aber immer noch als stärkste Partei hervorgegangen war.

Im Gegensatz zu Hitler, der an seinem Prinzip "Alles oder nichts" festhielt, erklärten weite Kreise seiner Partei eine weitere Opposition für untragbar.

Eine Gruppe um den einflußreichen Gregor Strasser war aus sachlichen Gründen für ein Zusammengehen mit Schleicher. Andere wollten zunächst "ans Ruder" kommen und hofften, sich dann durchzusetzen. Zu diesen gehörte Göring, der Schleicher offiziell versicherte, er strebe nur ein ziviles Luftfahrtministerium an. In der italienischen Botschaft hatte er sich aber unvorsichtigerweise dahingehend geäußert, er werde die Reichswehr schon vom Luftfahrtministerium her "aus den Angeln heben" - dies erfuhr Schleicher natürlich. Andere glaubten, daß die Partei in der Opposition finanziell nicht mehr durchhalten könne. Schleicher versuchte jetzt Strasser als Vizekanzler und "Sprechminister" zu gewinnen; dieser sollte zunächst mit seiner Gefolgschaft in der Partei die Regierung abstimmungsamäßig unterstützen. Auf diese Weise hoffte Schleicher, später Hitler und die ganze Partei heranziehen zu können.

Hier hatte er sich in den Machtverhältnissen getäuscht: In den entscheidenden Auseinandersetzungen in der Partei setzte sich Hitler durch und Strasser verlor jeden Einfluß. Hier hat Schleicher diese Verhandlungen, in denen er ein Aufreißen der Partei zum Verrat an ihm sah, nie verziehen. Noch stärker aber war der Haß aller Parteigrößen, die sich in dieser Zeit ohne Hitlers Genehmigung Schleicher gegenüber zu weit vorgewagt hatten. In ihren Kreisen ist auch der Anstoß zu Schleichers Ermordung zu suchen.

Inzwischen waren die Gegner Schleichers in der Umgebung des Reichspräsidenten tätig gewesen. Zu ihnen war Papen gestoßen, der Schleicher seinen Rücktritt als Kanzler vorwarf, und der Reichsbankpräsident

Schacht, der vergeblich auf einen stärkeren Einfluß in einer Regierung Schleicher gerechnet hatte. Schließlich machten sich agrarische Einflüsse aus der Nachbarschaft des Reichspräsidenten in Ostpreußen bemerkbar, die Schleicher ablehnten, weil er an einer gesunden Siedlungspolitik im Rahmen der Osthilfe festhielt.

Im Laufe des Januar 1933 war klar geworden, daß eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag infolge der Ablehnung der NSDAP für das Kabinett Schleicher nicht mehr zu erreichen war.

Schleicher schlug daher dem Reichspräsidenten Ende Januar folgerichtig vor, entweder ihn, Schleicher, mit den notwendigen Vollmachten zu versehen (Reichstagsauflösung) oder entgegen seiner bisherigen Haltung den Führer der stärksten Partei, Hitler, mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Da ließ der Reichspräsident den Mann, der für ihn in die Bresche gesprungen war, plötzlich fallen, nachdem er hinter seinem Rücken den bei der Abrüstungskonferenz tätigen General von Blomberg als zukünftigen Reichswehrminister nach Berlin gerufen hatte.

Nachdem man kurze Zeit mit dem Gedanken an ein Kabinett Papen-Hugenberg-Seldte gespielt hatte, das den sofortigen Bürgerkrieg bedeutet hätte, ernannte der Reichspräsident schließlich Hitler zum Reichskanzler mit General von Blomberg als Reichswehrminister und Hugenberg als Minister für die Wirtschaftsresorts im Reich und Preußen.

Die Absage Schleichers und des Chefs der Heeresleitung, Generals von Hammerstein, die Reichswehr für ein reaktionäres Bürgerkabinett mißbrauchen zu lassen, ist als Potsdamer Generalsrevolte in die Legende eingegangen.

Schleicher wurde als Reichskanzler und Reichswehrminister entlassen und bekam den Haß der Clique um den Reichspräsidenten in kleinlichster Weise zu spüren.

Die Kanzlerschaft Hitlers war nun doch gekommen. Aber welcher Unterschied gegenüber der Lage im August 1932, als Schleicher sie vergeblich vorgeschlagen hatte.

Damals stand der Partei die intakte Autorität des Staatsapparates gegenüber, die sich jetzt in den unfruchtbaren Kämpfen des Herbstes und des Winters abgenutzt hatte. Damals stellte sie noch vorsichtige Forderungen an einen Mächtigen und Beteiligung an der Gewalt. Jetzt fühlte sich Hitler nicht mit Unrecht als Sieger; denn er hatte seinen Willen gegenüber dem offensichtlichen Widerstand von Reichspräsident und Regierungsgewalt durchgesetzt.

Als „Fachminister für die Wirtschaft“ hatte man in Hugenberg einen Mann gewonnen, der in erster Linie Politiker war. Er hatte bisher stets durch seine Starrheit Mißerfolge erzieht; daß ihn Hitler in kurzer Zeit politisch überspielen und ausschalten würde, war vorauszusehen und nur eine Frage der Zeit. Vor allem aber stand an der Spitze der Reichswehr nicht mehr der erfahrene und zähe Politiker Schleicher, sondern in General von Blomberg ein junger, aber weicher Mann, der sich der NSDAP kritiklos verschrieben hatte und später auch menschlich versagte.

Von einem irgendwie wirksamen Gegengewicht gegen die NSDAP im Staatsapparat konnte schon zu Lebzeiten des Reichspräsidenten von Hindenburg keine Rede mehr sein. Hitler war allmächtig.

Die Vereidigung auf ihn nach Hindenburgs-Tod im August 1934 war auch ohne formelle Wahl zum Reichspräsidenten zwingend.

#### 4. Gab es einen anderen Weg?

Die Frage, ob Schleichers Politik richtig war, und zum Erfolg geführt hätte, wird nie mit Sicherheit beantwortet werden können.

Ob er sich nach Hindenburgs Tod im Sommer 1934 gegenüber der rücksichtslosen Dynamik eines, über die Befugnisse des Reichspräsidenten verfügenden Hitler hätte auf die Dauer durchsetzen können, ist fraglich. Sicher hatte aber die starke und geschickte Persönlichkeit Schleichers

mit der Autorität des Reichspräsidenten hinter sich in einem im Sommer 1932 gebildeten Kabinett Hitler 2 Jahre lang massig und erzieherisch gewirkt und viele Auswüchse und Fehler - z. B. in der Judenfrage - verhindert. Damals wurde noch im Reichskabinett abgestimmt und in solchen kleinen Gremien lag Schleichers Stärke.

Einen anderen Weg gab es nicht! Bekämpfen mit Polizeimitteln lehnte Schleicher als wirkungslos und töricht gegenüber einer Massenbewegung ebenso ab, wie eine Militär- und Verwaltungsdiktatur.

"Es sitzt sich schlecht längere Zeit auf den Spitzen von Bajonetten", sagte er warnend den Leuten die 1923 und 1932 den "militärischen Ausnahmezustand" als Dauereinrichtung benutzen wollten.

Das Schicksal der Regierung Primo de Rivera in Spanien war ein warnendes Beispiel.

So blieb nur das Wagnis der Zusammenarbeit mit einer "kontrollierten" NSDAP.

Er ist dabei gescheitert, weil die Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg infolge des hohen Alters den nervenaufreibenden Anspannungen der politischen Lage im Jahre 1932 nicht mehr gewachsen war, nachdem er als höchster militärischer Führer nach dem Zusammenbruch 1918/19 und nach Eberts Tode als Reichspräsident jahrelang mit Klugheit, Würde und Weitblick geführt und sich bleibende Verdienste erworben hatte.

Die zweite, heute oft gestellte Frage, ob die Reichswehr und ihre Führung für die Machtergreifung durch die NSDAP ihre Folgen verantwortlich sei, kann dagegen mit einem klaren "nein" beantwortet werden. Sie hat vielmehr, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, die Gefahr rechtzeitig und klar erkannt, den einzigen Weg, sie zu bannen, vorgeschlagen und ihren besten Minister und Politiker dabei geopfert.

Die verantwortliche Staatsführung wollte ihm nicht folgen sondern entschied - übrigens völlig verfassungsmäßig und legal - gegen den Reichswehrminister und für Hitler.

Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß das Reichsgesetz über Straflosigkeit der Übergriffe nach dem "Römputsch 1934", das auch jede Aufklärung der Ermordung von Schleicher verhinderte, noch mit der formellen Zustimmung des bereits an der Schwelle des Todes stehenden Reichspräsidenten von Hindenburg verkündet wurde.

Neu-Ulm  
22. 6. 46

ges. Hans Henning von Holtzendorff  
Generalmajor

## 2. c) Wehrpolitisch

Wehr-politisch zog Schleicher nüchtern die Folgerung aus den Machtverhältnissen: Deutschland war auch nur zu einem vorübergehenden Widerstand gegen eine Großmacht nicht in der Lage. In den Weisungen des Reichswehrministers über Verhalten in Konfliktfällen wurde das klar ausgesprochen und alle nach Westen gerichteten Maßnahmen, auch vorbereitender Art, verboten.

Dagegen suchte er aus der Reichswehr ein Abwehr-Instrument gegen Übergriffe östlicher Nachbarn zu machen, nachdem Memel und Weilna gezeigt hatten, daß dort solche Tendenzen vorhanden waren und auf Schutz durch den Völkerbund ebensowenig gerechnet werden konnte, wie auf die in Versailles festgelegte Abrüstung der anderen.

Da die Reichswehr auch für diese begrenzte Aufgabe zahlenmäßig nicht ausreichte, wurde allmählich ein ortsfester Grenzschutz aus der Bevölkerung an der Ostgrenze geschaffen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme war so zwingend, und der defensive Charakter so offensichtlich, daß es Schleicher im Winter 1931/32 gelang, auch den sozialdemokratischen Minister Severing mit seinen Behörden zur Mitarbeit zu bestimmen. Der innerdeutsche Gegensatz zu den Kommunisten hinderte ihn keineswegs mit der Sowjet-Union und der "Roten Armee" ein gutes Verhältnis aufrecht zu erhalten.

Zeitweise aus der Wehrmacht entlassene Offiziere konnten auf diese Weise zu innerrussischen Ausbildungsstätten kommandiert werden und an den in Deutschland nicht vorhandenen, modernen Waffen geschult werden. Ihre Kenntnis war auch für die beschränkte Abwehraufgabe nach Osten unersetzlich. Den größten Fortschritt sah er in der sich langsam anbahnenden Verständigung mit Frankreich über den damaligen Botschafter Francois Poincaré. Kurz vor seinem Sturz glaubte er die Zustimmung Frankreichs zu einer für die Verteidigung im Osten ausreichenden Heeresverstärkung in der Tasche zu haben.

Die Fortsetzung seiner Beziehungen zu Francois Poincaré nach seinem Rücktritt und die häufig geäußerte Sorge über ein Verlassen der von ihm begonnenen Außenpolitik, bot seinen innenpolitischen Gegnern in der NSDAP im Juni 1934 den äußeren Anlaß zu einem Vorgehen gegen ihn und zur späteren Tarnung seiner Ermordung.

Institut für ZS

Lieber Ott, Empelde/Hamm 22. 3. 53.

Besten Dank für Ihren Brief wegen Dreyer.  
Der Briefwechsel folgt eben zurück. Mir  
geht es wie Ihnen: Ich habe D. in angeneh-  
mer Erinnerung als interessanten und idealen  
Mann, der sein Werk der Weltmarkt als  
Stiftung hinterlassen wollte. Über den "großen  
Plan" ist mir nichts mehr in  
Gedächtnis geblieben. Inzwischen hat er mir  
geschrieben und Material geschickt.

Direkt möchte mich der besonders nette  
Prof. Genas auf, um mich über Sellner zu  
informieren, ebenso Gölitz, der Verfasser von  
"Generalstab". Das Interesse wächst, was mich  
zur Klärung der Sellner-Persönlichkeit  
führt.

Ihr in Aussicht gestellter Besuch in Hamm,  
von dem ich mich sehr freue. Wo und bis wie  
weit hier in Empelde mit bestimmen kann.

212 Wohnung in Hannover, Bismarckstraße  
 Mein Büro ist Hannover Amorswelder Str. 35.  
 Telef. 242 52.

Was machen Ihre Kinder?

Mein 3. Sohn ist gerade nach Kanada ab-  
 gereist. Der 2. fährt noch als Matrose ab  
 aber eben fast fertig. Der jüngste arbeitet  
 bei Fahr-Gottschalke. Die Töchter sind  
 2. Hh. in Haus.

Wieder alle Güter und Kurieren Liefer von  
 Haus zu Haus.

Gleich die

Johann Gottschalke

Institut für Zeitgeschichte

Unterlagen für meine Tätigkeit bei  
der „W.“ während Jahre 20th.

1) 1. Juli 1929 holten mich Schlicher und Groene auf  
Grund meiner Tätigkeit bei der alten B. & G. 1918/19 in  
Jena, Wilhelmstraße und Polbez ins R.W. dt.

Ich kam dort auf eine Zivilstelle des Ministeriums  
Da außer Schlicher und Adjutant nur meine Stelle  
verhandelt war, trat ich bei Abwesenheit laufend  
Kochlerstein - also Offz. - Dienst

2) Wuppinger ist mir zur Einarbeitung zur „W.“ abgestellt,  
blieb ich dort auf eigenem Wunsch, da beim Amt,  
wenn Wolke da war, wenig zu tun war. Ich er-  
trat zunächst Vicars Müller auf H.Wochen und über-  
nahm dann seine Tätigkeit als Privat-Offizier, da  
er es schon beim und des Ref. Ia machte. Später nach  
Protocols Weggang übernahm ich an ihm die Rabr.  
mitts - Suchen - alles Filozophische ~~off~~ Abwtrgebrche

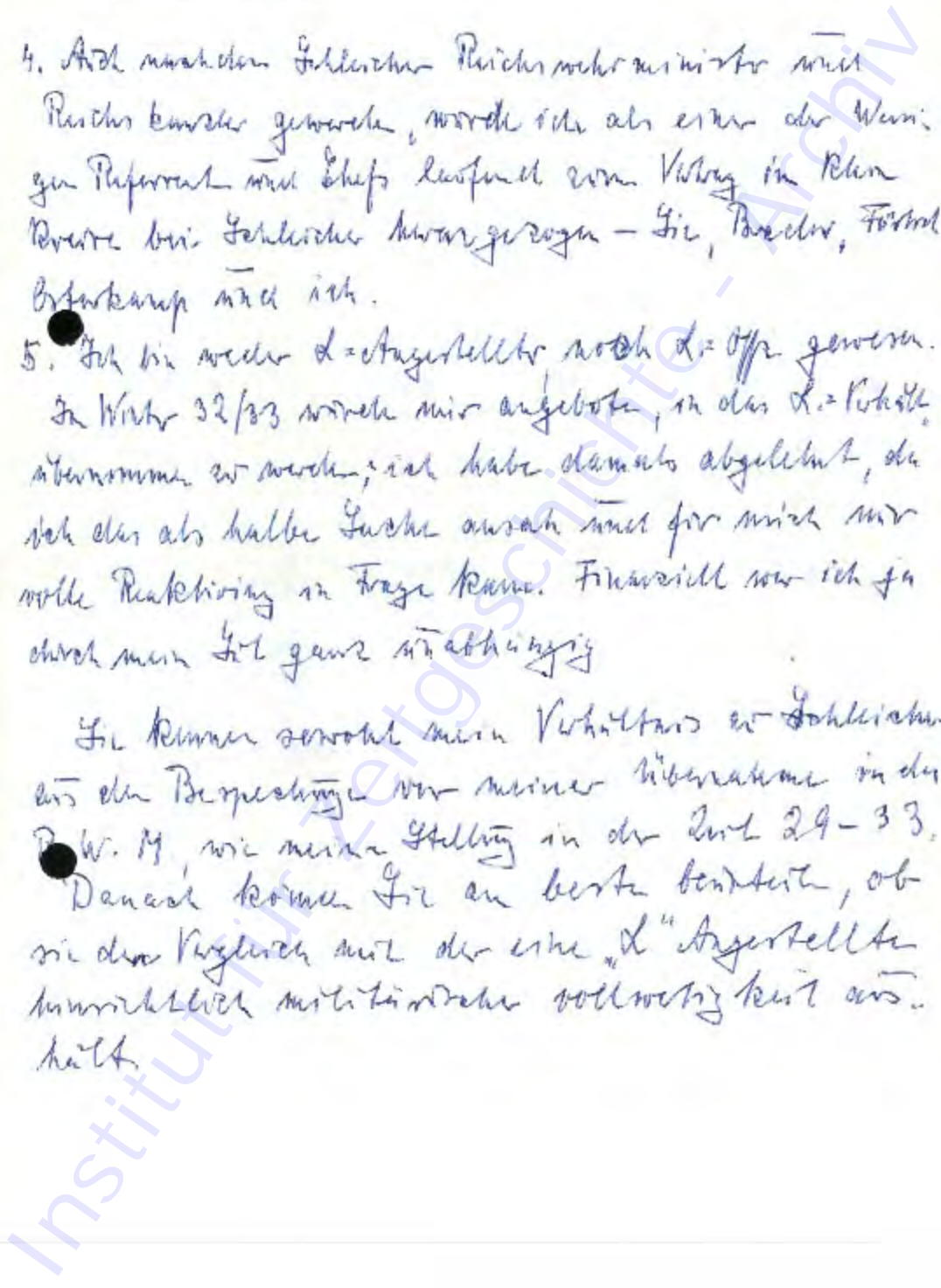
3) Böhme trat ich während Herbst und Prantokrat  
z. B. während des Ausnahmestandes 1932 längere  
Zeit und machte auch gelegentlich O.v. Dienst der

R. W. M

4. Auch nachdem Schlesischer Reichswehrminister mit Reichsminister geworden, wurde ich als einer der Wenigen Papenrat und Chef Leutnant vom Vortrag im Rhein-Bund bei Schlesischer Anmarsch gezogen - Sie, Bredow, Försch, Osterkamp sind ich.

5. Ich bin weder d-angestellter noch d-offer gewesen. In Winter 32/33 wurde mir angeboten, in das d-Kontroll übernommen zu werden, ich habe damals abgelehnt, da ich dies als halbe Suche ansah und für mich nur volle Reaktivierung in Frage kam. Finanziell war ich ja durch mein Gut ganz unabhängig

Sie können sowohl mein Verhalten in Schlesien als die Bemerkungen vor meiner liberation in der D.W. M. wie meine Stellung in der Zeit 29-33. Danach können Sie an beste berichten, ob sie den Vergleich mit der erste "d" Angestellte hinsichtlich militärischer Vollwertigkeit ansieht.



Hannover Bismarckstr. 47/3  
24. III. 54.

Lieber Off!

Wir haben lange nichts von einander gehört!

Papa hat sich die Wohnung geändert, seit Herbst 53 habe ich mit viel Glück eine sehr nette Nebenwohnung bekommen, in der wir mit 2 Töchtern und einem Sohn wohnen. Die jüngste geht noch zur Schule, die älteste ist bei der Post und der Sohn geht auf die Techn. Hochsch. Der 2. Sohn (Geoffizier) macht's. Ich weiß immer noch nicht, ob er eigentlich 43 bei der Offz. Prüfung sein gemacht hat; Nr 3 ist nach Ravello ausgewandert. Vom ältesten immer noch keine Nachrichten.

Meiner Frau geht es bis auf etwas Rheuma gut; ich bin noch bei meinem Beinchen verbannt, aber hier Landvocht heißt, mache aber nicht mehr in Presse machen Politik.

Wie sieht es bei Ihnen aus? Hoffentlich ist alles wohl!

Der Anlass zu meinem Brief ist eine Bitte. Ende Dezember ist meine Pension fällig. Ich komme. An sich ist die Regelung ja recht ordentlich, wir wollen mir die Last der Versorgung mit der Gahr von R. W. M. nicht aufbürden, noch auf die Beförderungspen. zu rechnen. Da ich damit 5 Jahre und einige Tage mehr mit der Oberst-Pension haben würde, kämpfe ich a. Zt. darum.

Punkten und Wölkchen (Karte von Hermann Joch) haben mir die Zeit berechnet 1. Juli 29 - 17 Juli 34.

Es handelt sich jetzt darum, ob die Zeit als Tätigkeit eines einfachen Angestellten oder als vollwertiger Offizierdienst anzurechnen ist. Der d = Angestellter wird die Zeit ange. rechnen.

## II

Danken kommt mir 2. Glück aus meiner P.A. Zeit.  
 Nicht beachtungen, dass mir die Ent. voll, mit  
 in 60%, auf meine Patent angerechnet worden ist  
 und ich sowohl das Tätigkeits Arbeitsge.  
 als aktiv Off. übernommen, wie an selbst  
 meine Funktion abgeben habe.

Falls Sie darüber etwas mito Sie mit  
 sagen können und wollen, wäre ich Ihnen  
 dankbar, wenn Sie die bezeugende Erklärung  
 an das hiesige Versorgungsamt schicken  
 würden.

Arbeit einige Angaben, denen Sie sich  
 vielleicht noch erinnern und die geeignet  
 sind, die besondere Stellung zu charakteri-  
 sieren.

Im Voraus herzlich Dank für Ihre Mith  
 und viele Liebe in Aus zu Aus. Hoffent  
 lich gibt Sie Sie Weg mal nach Hannover.

Heils Sie alle  
 J. J. J.

Hanshenning von Holtzendorff

Hannover, den 17. Juli 1954.

Bismarckstrasse 74

Herrn

Paul Sethe

Über Redaktion der

"Frankfurter Allgemeinen Zeitung"

Frankfurt/Main

=====

Sehr geehrter Herr Sethe !

Ich habe mit grossem Genuss Ihr Buch "Schicksalsstunden der Weltgeschichte" und zahlreiche Artikel von Ihnen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gelesen.

Ich habe daraus den Eindruck gewonnen, dass es Ihnen auf die geschichtliche Wahrheit ankommt und dass Sie sie auch dort aufzuspüren suchen, wo die landläufige Meinung zu anderen Ergebnissen gekommen ist. Ich denke hierbei an einen Artikel von Ihnen aus dem Vorjahr über die Vorgeschichte der Machtergreifung 1933, wo Sie andeuten, es hätte vielleicht eine Möglichkeit gegeben, mit dem Nationalsozialismus fertig zu werden, nämlich, ihn frühzeitig in die Verantwortung zu ziehen. Anlass zu meinem Brief ist nun die Tatsache, dass meines Erachtens in der letzten Zeit zwei historische Vorgänge von der Öffentlichkeit in Deutschland nicht richtig gesehen werden, vielleicht nicht richtig gesehen werden können, weil die Quellen zu einseitig sind und die Hauptakteure nicht mehr leben.

Einmal ist es die Politik des Generals von Schleicher gegenüber der NSDAP vor der Machtergreifung. Er hat nämlich praktisch die von Ihnen angedeutete Möglichkeit angestrebt.

Und zweitens ist es der Röhmputsch, über den ich am Tage seiner 10-jährigen Wiederkehr fast übereinstimmend in der Deutschen Presse eine Darstellung gefunden habe, die meines Erachtens dem historischen Ablauf nicht gerecht wird.

Ich

- 2 -

Ich schicke Ihnen daher beiliegend

- 1) eine Darstellung der Politik Schleichers vor 1933.  
Sie hat den einen Vorteil, dass sie schon 1946 in der Gefangenschaft entstanden ist, also von Nürnberg und der Memoiren-Inflation unbeeinflusst.
- 2) eine soeben verfasste kurze Niederschrift über den 30. Juni 1934.

Ich halte mich dazu befugt, weil ich beide Ereignisse in einer Stellung erlebt habe, wo ich mehr über die Vorgänge und Pläne erfuhr, als die meisten anderen Menschen hinter die Kulissen sehen konnten.

Es kommt mir nicht darauf an, dadurch etwa in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung hervorzurufen. Der Zweck ist vielmehr Persönlichkeiten, die sich ernsthaft mit der Erforschung dieser Zeit beschäftigen, Material in die Hand zu geben.

Die Schleicher-Studie habe ich daher s.Zt. Professor Meinecke auf eine völlig abwegige Darstellung Schleichers 1947 hingeschickt, ebenso hat sie Professor Cenze, Münster, bekommen und noch einige andere Forscher und Schriftsteller. Meine Auffassung über den 30. Juni 1934 ist bisher nur Ihnen zugegangen.

Wieweit meine Darstellung nun gewichtiger erscheint als viele andere, die sicher davon stark abweichen, z.B. Papen, muss der Forscher selbst entscheiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung !  
Ihr sehr ergebener

△

In verschiedenen sehr sachlichen Blättern - Frankfurter Allgemeine Zeitung, Beilage zum "Parlament" habe ich zum 10-Jahrestag des 30. Juni eine Schilderung der Lage gefunden, die m.E. nicht den historischen Ablauf entspricht.

Grob gesprochen werden die Pläne von Röhm und seinem Kreis verharmlost, während der Reichswehrführung der Vorwurf gemacht wird, wie habe Hitler zum Zuschlagen gedrängt, um einen unbequemen Konkurrenten loszuwerden, und dabei eine Gefahr aufgebauscht. Hitler wieder habe die willkommene Gelegenheit benutzt, um die zu mächtig gewordene SA-Führung zu beseitigen und sich die Reichswehr zu verpflichten, obwohl er keine akute Gefahr sah.

Die Beurteilung ist meines Erachtens nicht richtig, aber sehr verständlich, weil der Hauptakteur Hitler später zahlreiche Beweise geliefert hat, dass ihm alles zuzutrauen war, und seitens verschiedener Parteigrößen die Auseinandersetzung dazu benutzt wurde, alte Rechnungen zu begleichen und persönliche Feinde zu erledigen. Auf diese Weise wurden Röhm mit seinen Leuten beinahe zu Märtyrern gemacht und gegen die Reichswehr der Vorwurf erhoben, sie sei mitschuldig an der gesetzblosen Hinrichtung dieser gar nicht so gefährlichen Frondeure.

Ich habe durch eine eigenartige Verkettung von Umständen damals zu den drei Fronten nahe Beziehungen gehabt.

Mit General von Schleicher war ich durch langjährige Mitarbeit (1918/19 und 1929 bis 1933) freundschaftlich verbunden.

Ich stand bis kurz vor seinem Tode in Verbindung mit ihm. Er war nicht an den Röhm-Plänen beteiligt.

Von 1929 bis Mitte Juli 1934, wo ich als reaktivierter Kompaniechef aus dem Ministerium ausschied, war ich Referent in der für alle politischen Fragen zuständigen Wehrmachtspäteren Inland-Abteilung. Von dorthin kannte ich -wenn auch nicht in allen Einzelheiten- die Sorgen des Reichswehrministeriums hinsichtlich der obersten SA-Führung.

Schon früher (1932) war uns zweimal aus Kreisen höherer SA-Führer vertraulich der Wunsch nahegebracht, auf die Partei im Sinne des Ausscheidens von Röhm einzuwirken, weil er durch seine Veranlagung (175) und charakterlich untragbar sei. Damals wurde den Leuten

- 2 -

bedeutet, es sei ihre eigene Sache, bei sich für Sauberkeit zu sorgen.

Schliesslich war ich seit August 1933 bis 15. Juni 1934 -dann wegen bevorstehender Reaktivierung ausgetreten- Ausbildungsberater bei einer Berliner NSKK (Motor-SA)-Standarte. Dies entsprach dem Wunsch meiner Dienststelle, da es damals darauf ankam, die SA von der bisherigen Saalschutz-Tätigkeit meist arbeitsloser Mitglieder, auf ein praktisches Ziel umzustellen, das die erst allmählich wieder in Arbeit kommenden Angehörigen nutzbringend beschäftigte und von Ausschreitungen abhielt.

Beim NSKK unter Hühnlein ist das damals durch die Hinlenkung auf Motorisierungsfragen in der Art der späteren Motor-Sportschulen leidlich gelungen. Interessant ist, dass mir General von Schleicher, mit dem ich damals über die Tätigkeit sprach, dringend zuriet - "je mehr vernünftige Leute heute in diese Organisationen hineingehen, desto besser." Beim Ausscheiden am 15. Juni 1934 hatte ich noch eine lange Unterhaltung mit dem Standartenführer -alter Kämpfer und Berliner kleiner, selbständiger Kaufmann -, die sehr aufschlussreich war.

Aus einer Unterhaltung mit Reichenau - , wenige Tage darauf, konnte ich feststellen, dass sich die Lage mit der Beurteilung der Wehrmachtführung deckte.

Bei der Masse, unteren und mittleren Führung der SA (bis etwa zur Standarte) war planmässig von oben die Meinung verbreitet worden, dass ein Putsch der "Reaktion" gegen Hitler und die Partei (besonders die alten Kämpfer) geplant sei. Dazu wolle man Böhm ausbeuten, wobei die Haltung der Wehrmacht und vielleicht auch Görings zweifelhaft sei. Dagegen müsse man sich wappnen und Front machen.

Nur ein kleiner Kreis der Leute um Böhm wusste Bescheid - einer der unzufriedensten Vertreter war der Berliner Obergruppenführer Ernst (175er, wie der ganze Kreis, ganz junger Mann und fanatischer Hasser des Reichswehroffizierkorps).

Das Vorhandensein von Liquidationslisten der höheren Reichswehroffiziere und missliebigen Parteileuten war auf mehreren Wegen einwandfrei bekannt geworden.

- 3 -

Nach Beseitigung von Hitler hätte die eingeweihte obere SA-Führung ihn unter begeisterter Mitwirkung der gutgläubigen Masse an der "Reaktion" sprich Reichswehr-Offizier-Korps, Gegner in der Partei und alten Oberschicht "gerächt". Dabei wäre voraussichtlich ein blutiger Bürgerkrieg und ein furchtbares Durcheinander entstanden, da alles im Dunkeln tappte.

Wann die Gruppe Röhm loszuschlagen wollte, war nicht bekannt; ich persönlich glaube, dass es noch einige Wochen hätte dauern können, obwohl das Reichswehrministerium schon Ende Juli Massnahmen gegen Überfall des Gebäudes traf - verstärkte Wachen, Offiziere mussten Pistolen bei sich haben.

Unter diesen Umständen glaube ich persönlich, dass die rasche Unschädlichmachung Röhms und seiner Clique tatsächlich nötig war und viel Blutvergiessen verhindert hat.

Diese Auffassung - dass man eine Bartholomäusnacht vermieden habe - bestimmte damals die Gesamtbeurteilung. Hitler hatte sich erstmalig von alten Mitarbeitern getrennt und die unerfreulichsten und radikalsten Parteilente waren auf der Strecke geblieben. Man sah darin den Beginn einer Reinigungsaktion der Partei.

Die brutalen Methoden sah man als Notwehr gegenüber Leute an, die selbst vielfach so gearbeitet hatten - vergl. sie sog. "Fluchtversuche" nach 1933. In Berlin wurde bekannt, dass die in Lichterfelde Erschossenen durch ein Schnellgericht der SA und SS abgeurteilt worden seien. Die anderen Morde hielt man für Übergriffe <sup>wirden</sup> wildgewordener Rollkommandos, zumal im Falle Schleicher authentische Äusserungen von Hitler auf ein beabsichtigtes Gerichtsverfahren und die zunächst angeordnete Verfolgung der Mörder gegen Anordnung von höchster Stelle sprachen.

Das Durcheinander ergibt sich auch aus folgender Begebenheit: Der Verfasser war am 29.6. auf Urlaub gefahren und kehrte aufgrund der Rundfunknachricht am 1.7. früh nach Berlin zurück. Der Adjutant von Blomberg begrüßte ihn mit den Worten: "Schön, dass Sie da sind, Ich dachte man hätte Sie vielleicht auch umgelegt."

Die gleiche Auffassung - dass es sich um wildgewordene Rollkommandos gehandelt habe -, vertrat ein mit dem Un-erzeichneten Juli 1934 auf ein <sup>xxv</sup> Kompaniechef-Lehrgang kommandierter Offizier aus Schlesien, dessen eigener Bruder als höherer SA-Führer "verschentlich" von

von der SS erschossen war.

Sicher ist richtig, dass man Hitler und seiner nächsten Umgebung damals vieles einfach nicht zutraute, was sie später bedenkenlos getan haben.

Aber ebensowenig ist es richtig, Leute, die damals seine Gegner waren, nur deshalb für harmlos zu halten, ein Fehler, den man nach 1945 in der grossen Politik gegenüber den Kommunisten zur Genüge feststellen kann.

Ich halte die jetzt allgemein verbreitete Anschauung über den Röhmputsch nicht für die richtige.

Er war eine grosse Gefahr, auch wenn seine Abwendung mit Mitteln erfolgte, die zu verurteilen sind, ebenso wie die Nebenerscheinungen.

Auch dass es Himmler später gelang, anstelle der entmachteten SA seine SS Herrschaft durchzusetzen, besagt nicht, dass die Machtergreifung Röhrs besser gewesen wäre; und um diese ging es M.E. damals bis zur letzten Konsequenz.

Man hat Hitlers innenpolitische Entwicklung damals genausowenig vorausgesehen, wie seine ausländischen Partner 1938 in München seine aussenpolitischen Pläne.

Kummers 25.7.54

Bismarckstr. 73

Lieber Ott!

In Sachen Schleiser bekam ich gerade einen  
Brief von einem Dr. Thilo Vogelsson von Ferti.  
Anf. für die Geschichte München, Reitmor 4.29  
Telef. 23201.

Darüber geht hervor, daß er (nach 3 jähriger  
Pause in den wehrgerichtlichen Forschungen) nun  
mehr beauftragt sei, eine ausführliche Dar-  
stellung mit Quellenangaben zum Thema „Wehrmacht,  
Staat und N.S.D.A.P. 1924-35“ zu geben.

Er berief mich auf Foerster, dessen Material er  
übernommen hat, darunter auch meine Studie von  
1946. Weiter liegt ihm ein großer Teil von Schleis-  
ers Nachlaß vor!!

Er will mich am 3./Aug auf einer Dienst-  
land Tournee aufsuchen, z. H ist er auch noch  
in Bonn.

Dies sind Punkte, da es wohl zweckmäßig

ist, daß Sie mit dem Verbindungsanfänger.  
Ich werde ihn auch bei unserer Verbindung auf  
die Möglichkeit hinweisen, bei Ihnen an den  
Arbeits und besonders wertvolles Material zu  
bekommen.

Weiter habe ich nach Fühlungnahme mit Post  
am an Post Zettel von der Frankf. Off. geschrieben  
west m. E. die Darstellung in der Öffentlichkeit  
völlig falsch ist. - nahe Anlage.

Ich habe das vom Anfang genommen, um ihn  
auch meine Geliebten-Glück zu schicken, um auch  
von da her auf ein wichtiges Postel von Geh. er  
wirken.

Gut nicht Neues, mit meiner Rückkehr.  
Ich hoffe, Sie haben nicht direkt mit der  
Hochwasser gelitten, das ja schlimm gewesen  
sein muß. Hier regnet es ebenfalls, nachdem  
bis heute noch meine Rückkehr wie 6 Wochen - Pflanz  
gehindert hatte.

Mit herzlichsten Grüßen und Empfehlungen an die  
Gatten u. Kinder.

Hoch Ihr  
M. J. G.

Arbeitsweise II. 1. Seite.

Trigonometrische Methode  
 geodätisch

Arbeitsweise III - Seite mit Überleitung 2. 47  
 all. Bestimmung und Folge-Plan  
 bei 4. 1/2 Seite abwärts

2. Seite sind 2. 1/2 Seite sind

3. Seite Fundamentale 2. Seite 1/2 Seite  
 (1. 1/2 Seite)

4. Seite 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind

5. Seite 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind  
 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind

6. Seite 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind

7. Seite 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind

8. Seite 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind  
 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind

9. Seite 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind

10. Seite 1/2 Seite sind 2. 1/2 Seite sind

Eugen Ott.

München, Konradstrasse 10,  
den 30.XII.1954.

Lieber Holtzendorff!

Zum Schluss dieses Jahres denke ich nochmals mit Freude an Ihren Besuch zurück und an die neu gewonnene persönliche Fühlung und wünsche mir vom Neuen Jahr ein gutes Wiedersehen. Die Münchner Wohnung steht jederzeit für den Gast aus Hannover bereit.

Inzwischen hat sich der Kontakt mit dem Institut für Zeitgeschichte erfreulich ausgewirkt. Am 30. November fand ein Colloquium über das Thema "Wehrmacht und Staat" statt, das Dr. Vogelsang mit einem sehr guten Referat einleitete. Teilnehmer rund 30 Leute aus verschiedensten Arbeitsgebieten, die bis über Mitternacht eine lebhafte Diskussion führten. Ich war zusammen mit Förtsch dort, der sich mit eindringlicher Stärke für Schleicher einsetzte. Wir haben mit grosser Freude festgestellt, dass unser Beider Eintreten für Schleicher auf eine gute Gesamtatmosphäre traf, in der sowohl der Referent Vogelsang wie wesentliche Sprecher wie Dr. Lehmann, der Rundfunkkommentator und Dr. Collwitzer nachdrücklich unterstrichen haben, dass die Verantwortung für die unglückliche Entwicklung der Jahre 32 und 33 bei den Parteien lag, die weder den Willen noch die Kraft aufbrachten, die Weimarer Republik zu retten, und die durch ihr Versagen der Wehrmacht eine Aufgabe aufgezwungen haben, der sie nicht gewachsen sein konnte.

Es wurde also in diesem Kreis, der wieder zusammentreten wird, der Gesamtrahmen herausgearbeitet, in den die Einzelfragen Reichswehr und Politik Schleicher unbedingt zu stellen sind, wenn sie verstanden werden sollen.

Ich hatte angeregt, ob man Sie nicht einladen könnte, was aber aus Mangel an Mitteln unterbleiben musste, es waren nur Ortsansässige ge-

beten worden. Vielleicht gelingt es ein anderes Mal, dass das Institut die Reisekosten von Hannover beisteuert, Ihr übrige Aufenthalt wäre mit Freuden die Soggedes Hauses Ott.

In der Vorbereitung dieses Abends hatte ich Gelegenheit, einen Teil der 48 Bände Nachlass Schleicher zu studieren und bin auf eine Reihe von Niederschriften und Briefen gestossen, aus denen sich mir selber das Bild dieser schönen und zusammenwirkenden Arbeit deutlich wieder gestaltete, Vogelsang zeigte mir auch die ihm von Ihnen übersandten persönlichen Briefe des Chefs und stimmte mit mir darin überein, dass darin ein anderer Mensch zu Tage tritt als der "Intrigant" und "Verwörer" Papenscher Prägung. Ich habe mich über die Herzlichkeit und echte Freundschaft dieser Briefe herzlichst für Sie gefreut, lieber Holtzendorff.

Zum Schluss des Jahres und Briefes noch einmal Alles

Gute Ihnen und Ihrem Haus und auf ein gutes

Wiederschen

Eugen Ott.

Icking/Isartal, den 3. Sept. 54.

Lieber Heltzendorff!

Auf Ihren freundlichen Brief vom 16. August kann ich Ihnen heute mitteilen, dass die erste Besprechung mit Dr. Vogelsang gestern stattgefunden hat. Ich übergab ihm die Kommentare von Noeldechen (die ich sehr treffend finde) und nahm zu den mir übersandten Aufzeichnungen Liebmann nochmals Stellung, in Ergänzung früherer Äusserungen. Als wesentlichsten Punkt versuchte ich, nachzuweisen, dass das bekannte Planspiel mit Sicherheit keine Finte gewesen ist sondern aus meiner eigenen Anregung heraus von Schleicher genehmigt wurde, einer Anregung, die auf der Sorge beruhte, ob ein etwa befehlerer Ausnahmezustand praktisch durchführbar wäre und die Ordnung im Reich erhalten oder wiederherstellen könnte. Vogelsang hatte in seinem Kommentar so formuliert, dass "die Meinung, das Planspiel sei eine Finte gewesen, kaum aufrecht erhalten werden kann". Ich habe gebeten, die Formulierung zu "nicht" zu verschärfen, was V. beabsichtigt. Die Unterstellung einer Finte gehört in den Bereich der Verleumdungen von Schl., in denen Papen ja Einiges geleistet hat. (v. bemerkte vertraulich, dass Brüning ihm auch von einer Finte gesprochen habe - m.E. ab irato).

Als einen wichtigen Beweis für die "Echtheit" des Planspiels akzeptierte V. meine Mitteilung, dass ich auf Grund des Spiels (vor der Kabinettsverwertung) vom Reichsfinanzmin-Sachbearbeiter von Mantau die Summe von einigen Millionen für die sofortige technische Verbesserung der Techn. Nothilfe frei machen konnte.

Ihrem Urteil, lieber Heltzendorff, über V. stimme ich sachlich und menschlich durchaus zu und freue mich, dass wir mit der Abrede auseinandergegangen sind, nach einigen Urlaubswochen in eine enge Verbindung zu treten, wenn V. seine Arbeit über "Staat, Wehrmacht u.

Hanshenning von Holtzendorff

Hannover, den 16. August 1954.  
Bismarkstrasse 73

Lieber Holtzendorff!

Einschreiben

An das  
Institut für Zeitgeschichte München  
Hd. von Herrn Dr. Thilo Vogelsang

München 22  
Reitmorstrasse 29

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang !

Mit bestem Dank sende ich Ihnen die "Dokumentationen", die ich von Herrn Kuntzen erhielt, zurück.

Ich habe sie mit grossem Interesse gelesen, finde sie in Form und Inhalt gut und geeignet, die Zeit richtig darzustellen. Dass man bei dem kaleidoskopartigen Ablauf des Geschehens die einzelnen Phasen je nach dem Wirkungskreis der Persönlichkeit, die als Quelle benutzt wird, und ihrer Art der Weitergabe (Extrakt) hier und da etwas anders sieht, ändert daran nichts. Man selbst ist ja denselben Beschränkungen unterworfen.

Ich glaube, es wäre nützlich, dass Sie das Material auch dem Botschafter Ott geben, den ich mit gleicher Post bitte, Ihnen auch den Noeldechen-Brief zu Meissners Memoiren zu geben, der noch bei ihm ist.

Mit freundlichen Grüssen !

Ihr sehr ergebener

Anlage

Abschrift

Herrn Botschafter a.D. Ott

Icking / Isartal  
über München

mit der Bitte um Kenntnisnahme. Sowohl Kuntzen wie ich hatten menschlich und sachlich guten Eindruck. Es ist meines guten Weg zu einer wahrheitsgemässen Darstellung, die Gewicht hat.

Herzliche Grüsse von Haus zu Haus

Ihr 

NSDAP 1929-1935" fertigstellt. Es scheint mir, dass die Arbeit in gute Hände gegeben ist und dass unser lieber alter Chef dabei eine gerechte Beurteilung finden wird.

Wenn Sie auf die Rücksendung Ihrer verschiedenen Schriftwechsel mich nicht drängen, würde ich sie gerne noch etwas behalten, um für die Gespräche mit V. mein Gedächtnis etwas aufzufrischen.

Mit bestem Dank und Gruss von Haus zu Haus  
und der Bitte, auch Kuntzen sehr von mir zu grüssen

Anmerkung zu Seite 1 Absatz 1

Der Reichswehrminister war nach dem Gesetz Zivilist. Noske gehörte der Sozialdemokratischen, Gessler der Demokratischen Partei an. Groener war parteilos, er stand den Demokraten nahe und war bereits in den 20-iger Jahren einmal Verkehrsminister gewesen. Schleicher wurde 1932, um Reichswehrminister werden zu können, als General verabschiedet. Für Blomberg wurde 1933 ein besonderes Gesetz geschaffen, damit er als Reichswehrminister Soldat bleiben konnte.

Einen besonderen "Staatssekretär", der den Minister in laufenden parlamentarischen Fragen vertreten konnte, gab es zunächst nicht. Als sich die Notwendigkeit im Laufe der Jahre herausstellte, wurde 1929 das Ministeramt geschaffen, dessen Chef etwa die Aufgaben des Staatssekretärs in den anderen Ministerien hatte.

88 - 81 - 80 - 85  
Ihr geehrter Herr Dr. Jordan!

Hannover 18.11.55

Ich habe mir überlegt, daß die bei Ihnen da Studie, die ich 1946 im Lager  
aufgeführt habe und die von verschiedenen deutschen Historikern als Material für diese  
Lehrbuchwertig worden ist, Ihnen für Ihre Arbeit wertvoller sein könnte, als  
die Grundbeantwortung Ihrer Frage, die ich Ihnen demnächst zurückgeben werde.

Die Studie gibt schließlich Einblick in die internen Verhältnisse der Reichs-  
wehr, die sich schon in den Jahren nach 1919 sich abzeichneten.

Ich selbst bin engster Mitarbeiter im General Jörcker und Fehlecker, vom  
1918-1919 bis 1924-33 gewesen. Beide waren Vater eines meiner Kinder,  
und so habe ich mehr erfahren, was der normale Mitarbeiter nicht  
hörte.

Über General im Fehlecker und in 2 die Ansichten des vollen Soldaten  
und Politiken führen, weil der Haupt Hitler gegen ihn vorkam und  
auch, daß ~~er~~ in den Jahren 1933-1945 politisch-gewaltige Verord-  
nungen über ihn und seine Politik erlassen. Historikern haben von  
Historikern diese Hitlerische Darstellung übernommen.

Manchen Politikern kann es sehr gelegen, daß es ohne Memos erweist

was sind in ihre eigenen Taten auf jemand anderen kommen, da man  
nicht so kann kommen.

Da ich nur wenige Exemplare habe, wäre ich Ihnen für geliegene  
bisher Rücksendung dieser Studie dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Herr

Dr. J. J. J.

Ich freue mich immer, wenn ich  
jemand helfen kann, der mich be-  
müht, der Historikern Wahrheit zu zeigen.

Hammoor 27/6.59

Lieber Ott!

Königlichen Dank für die Überreichung  
der Schlikerstüchle. Ich finde sie sehr  
gehrung, weil sie lebendig ist.

Dass ich Königlich Carlomiti aufgemerkt  
habe, wissen Sie. Es war besonders nett.

Im nun ist nicht viel mehr an-  
zum. Dass meine Ängste auf der staatl.  
Photoreiche Münche angenommen werden  
ist, wissen Sie. Sie ist sehr glücklich da,  
mit.

Der jüngste ist jetzt Adjutant seines  
Aufkleimungs-Balls, geworden.

Heute hatten wir mit Wochen vom  
1. mal etwas Regen. Die ungewöhnliche  
Trockenheit der letzten 3 Monate nach  
ganzem Winter fürchterlich hat auf  
letzten Böden schon schwere Schäden  
angewendet. Allwetters haben örtliche

5  
Sowohl stellenweise etwas geholfen.  
Das schlimmste sind die laufend an-  
brechenden Wald = u. Moorbrände, die durch  
anhaltende Regen nur schwer zu bekämpfen  
sind.

Im Süden = u. Westen hat es ~~es~~ letzter Zeit  
Regen, aber in Form von Nachwetter gegeben  
was auch nicht erfreulich ist.

Born mit seinem Partigensatz mit  
Graf mit seinem Sportshow = Theater mal  
alles andere als schön.

Vielleicht ist es doch möglich bei  
näherer Gelegenheit auf den Mars  
oder die Venus anzuwenden.

Bis dahin darf man die Natur  
nicht verliern.

In dieser Sinne herzlich Grüße  
an Hans an - Hans

Herzliche Grüße  
Hermann

Gunglstraße 16/10. 57.

Lieber PA!

Von Zeit zu Zeit muß ich dienstlich mit dem "Menschlichen Blatt", dem "Gungl" lesen. Dabei stieß ich wieder Nr. 59 vom 24./Apr. 59 auf einige Bilder von Ihnen und einem Artikel über die Spionage-Affaire Gorge, der mich in außerordentlich Weise auf Ihre Beschäftigung - 15. Fortsetzung.

Ich möchte Sie mit darauf aufmerksam machen, falls Sie Ihren Artikel nicht schon kennen.

Immer noch meinem letzten Brief nicht viel Neues. Ich war in Gungl, wo ich wieder alle Bekannten aus Apristen traf, darunter auch Krivell, der die Jagung sehr geschickt leitete. Ich sagte Ihnen, Schlicher würde sich über seine Rede geäußert haben.

Rudolf, der hier beim Landeshauptmann tätig ist, sehr ich oft, er ist ganz der alte. Von Noledschke habe ich gelegentlich.

Lehrer und Zimmermann (Ferd. Fried) - 1932 "Taktiken" - sind am "Sonntagsblatt" am besten tätig, das in Hamburg erscheint und in 2. die beste Wochenzeitschrift ist, die wir 2. Pt. haben.

Lehrer habe ich o. U. über das Material über Schlicher gegeben, das ich Ihnen zuschickte. Er schreibt etwas über die Zeit.

Schwann-Bronnigk traf ich recently zum ersten mal nach seiner Entlassung aus Landsberg. Er war früher mit tätig an der Wirtschaft

Ich bin nach wie vor in meinen landwirtschaftlichen Pflanz-Referra  
beim hiesigen Bauernverband tätig und kann nicht klagen.  
Aber die Wohnfrage ist noch nicht nach Wunsch gelöst,  
was hier im Flüchtlingsland Vorkommen aber kein Wunder ist.  
Es ist aber auch so schwierig.

Vn der Familie nichts Neues. Die älteste Tochter geht  
als Lehrerin nach Spanien, mein 2. Sohn fährt wieder zur  
See (früher N. Post. Off.) muß allerdings noch 1 1/2 Jahr als Ma-  
truse fahren, da er sein Handwerksexamen noch mal machen  
muß (das Heppner-Patent wird nicht anerkannt).

Ich hoffe, daß bei Frau alles wohlart ist und  
ich mit herzlich Grüßen von Hans zu dir,

Glück zu

Julian

Institut für Zeitgeschichte

Nummer 28/359

lieber Ott!

Ihr Bericht war mir eine große Freude. Hoffentlich hatten Sie noch eine gute Fahrt und können Ostern ruhig dabei sein.

Ich habe mich gestern mit heute mal hingesetzt und noch mal etwas über Schlicher in der Zeit die Sie nicht mitverlebt haben (1914-19) hingeworfen.

Es ist weder stilistisch noch gerade, mangelhaft ausgeführt, aber ich dachte mir, daß Sie lieber noch einmal ein paar hingehörte Gedanken haben sollte, als ein perfekte Exposé in einigen Wochen. Wenn ich etwas kommen, poste ich noch davon herein. Auf dem Wege ich aber räumlich in der Arbeit.

Tobias Fest mit bestem Gynge von Hans  
an Hans.

Gute Nacht  
Johannes

### Gehleischer im 1. Weltkrieg

War als junger Offizier in den Jahren 1914/15 von der Front zur Obersten Heeresleitung nach Chardville abkommandiert. War nun etwas beim General-Quartiermeister-Stub zu finden, der Auftr. d. d. einem Hauptmann i. G. von Gehleischer.

Er war ein nach außen unbekanntes, kleines Rädchen in dem immer größer werdenden Getriebe der B. H. d., aber doch mehr in diesen Rahmen etwas besprochen:

Er hatte immer Zeit für dienstliche & persönliche Anliegen, fand sofort den richtigen Ton zu dem Mann aus der Front, war bei den sogenannten „Habsbüttner“ des Gen.-Haupt-Quartiers keinwegs immer der Fall war, wüßte überall Rat und war immer gute Laune, auch wenn sonst „dicker Stoff“ war.

Als Ia einer Inf. Division nach der Ostfront versetzt, erkrankte er schwer an Ruhr und wurde dann bald als inentbehrlich wieder in seine alte Dienststelle zurückgeholt.

Insbesondere war in der Ära Friederich die Bezeichnung „General-Quartiermeister“ in ihrer Bedeutung stark abgesunken, z. B. war der Feld-Eisenbahn-Chef dem 1. Gen. Quartiermeister direkt nachstellt, Friederich führte diesen Titel, war aber praktisch Generalstabschef des Feldheeres. -

Trotz eines Generalleutnants aus dem Generalstab als d. d. mit einem bewährten Oberst i. G. als Stabschef war der Generalquartiermeister nur noch die Spitze der „nichtwichtigen Dienste“, nicht mehr wie 1914 der 1. Posten des Gen. Stabes.

In dem war hatte sich der mittlerweile Major von Gehleischer trotz der aus seiner Abtg II - Angelegenheiten der Beurlaubten Gebiete (ohne Generalgen.) vermindert, die direkt dem Reichskanzler nachstehen. - eine

Im der Stellung → Seite I

geschaffen. Drei ~~in~~ <sup>in</sup> ~~Merkmalen~~ <sup>Merkmalen</sup> ermöglichten ihm das:

1) Er erkannte sofort den Schwerpunkt in der Ernährungslage, ~~sonst~~ ~~bei den zivilen Reichstellen~~ ~~weder~~ ~~nur~~ ~~im~~ ~~Beginn~~ - im ~~Beginn~~ ~~waren~~ ~~bei~~ ~~den~~ ~~zivilen~~ ~~Reichstellen~~ ~~keinerlei~~ ~~Veranstaltungen~~ ~~getroffen~~ ~~worden~~ - und sorgte besonders durch geschickte Verträge mit den ~~Polen~~ ~~den~~ ~~gemein~~ ~~über~~ ~~gemeinsame~~ ~~Vermittlung~~ ~~von~~ ~~Menschen~~ ~~aus~~ ~~Rumänien~~ ~~und~~ ~~später~~ ~~der~~ ~~Ukraine~~ ~~für~~ ~~eine~~ ~~gerechte~~ ~~Verteilung~~.

Das gleiche galt für Öl, das aber bei der damals ~~noch~~ ~~erst~~ ~~beginnenden~~ ~~Motorisierung~~ ~~und~~ ~~kleiner~~ ~~Luftwaffe~~ ~~noch~~ ~~mehr~~ ~~die~~ ~~Rolle~~ ~~spielte~~, wie im 2. Weltkrieg ~~angewendet~~ ~~für~~ ~~die~~ ~~N-Boote~~.

2) Er holte sich einen ganz kleinen ~~Stab~~ ~~von~~ ~~erstklassigen~~ ~~Leuten~~, ~~vorständigen~~ ~~aus~~ ~~Wirtschaft~~ ~~und~~ ~~Bewältigung~~ ~~heran~~, ~~mit~~ ~~denen~~ ~~er~~ ~~direkt~~ ~~gab~~ ~~und~~ ~~Verbindung~~ ~~zu~~ ~~den~~ ~~Zivil-~~ ~~Plenets~~ ~~und~~ ~~Verbänden~~ ~~hielt~~. Dadurch hielt er sich selbst den Kopf frei und seine ~~Arbeitsstelle~~ ~~beeidete~~.

3) Schließlich geschah er durch persönliche Führung in den ~~gleich~~ ~~alten~~ ~~gen~~ ~~Generalstabs~~ ~~offizieren~~ ~~an~~ ~~den~~ ~~operationen~~ ~~Abteilungen~~, die man ~~gebildet~~ ~~offizielle~~ ~~Verbindung~~ ~~zwischen~~ ~~den~~ ~~stark~~ ~~überorganisierten~~ ~~Teilen~~ ~~der~~ ~~Obsten~~ ~~Verwaltung~~ ~~aus~~. Die Leute kamen zu selbst in ihm oder holten ihn heran, ~~wenn~~ ~~sie~~ ~~ihm~~ ~~brauchten~~. In den ~~off~~ ~~orientierte~~ ~~nach~~ ~~hinter~~ ~~durch~~ ~~seinen~~ ~~persönlichen~~ ~~Auftrag~~ ~~bei~~ ~~Gelehrten~~, als ~~durch~~ ~~einen~~ ~~Vortrag~~ ~~des~~ ~~Gen.~~ ~~Quartiermeisters~~ ~~oder~~ ~~des~~ ~~Chiefs~~ ~~des~~ ~~Stabes~~.

2 Beispiele für Gehrlickers ~~Grundstellung~~, die übrigens ~~Beitrag~~ ~~von~~ ~~Jahres~~ ~~an~~ ~~seinen~~ ~~Memoranden~~ ~~sehr~~ ~~logisch~~ ~~und~~ ~~offen~~ ~~anerkannt~~ ~~hat~~:

a) Bei einer Besprechung der 4 Verbündeten im Winter 19/18 hatten sich die ~~Minister~~ ~~und~~ ~~Staatssekretäre~~ ~~für~~ ~~Ernährungsfragen~~ ~~in~~ ~~Polen~~ ~~nach~~ ~~dramatischen~~ ~~Verhandlungen~~ ~~zur~~ ~~Abklärung~~ ~~der~~ ~~katastrophalen~~ ~~Ernährungslage~~ ~~bei~~ ~~allen~~ ~~Verbündeten~~, in ~~den~~ ~~Bereich~~ ~~Schweden~~ ~~selbst~~ (auf ~~den~~ ~~Rumänien) ~~und~~ ~~in~~ ~~Finnland~~, völlig festgefahren.~~





V

Frankfurter Wirkung führen.

Schlesinger vertrat getreulich auf die Misserfolge der "weißen Armeen" im Rußland. - Groener hatte die reichsten "Erfahrungen" als Generalstabchef aus der Meraine mitgebracht - dem gegenteiligen Standpunkt: Das Offizierskorps müsse sich in der Gruppe ~~weiter~~ durchsetzen und sich auf keinen Fall von den Volksoffizieren in Mannschaften trennen. Die "Leier" seien jedem kein Kammern mehr zum Zuge.

Schlesinger war es dann wieder, der dafür sorgte, daß an jedem Generalkommernando ein ausgewählter <sup>offizier</sup> Generalstab-Offizier als Verbindungsmann der O. Ab. geschickt wurde, der diese Dienststellen laufend über die innenpolitische Lage unterrichtet und sich selbst über die örtliche Verhältnisse orientiert. Auch nach Rückkehr der Frontverbände war die Macht dort teilweise in den Händen radikaler Elemente.

~~Auch der Anstoß zur Bildung von Freiwilligen Verbänden ging nach dem Mißerfolg im Berlin Winterknoten 1948 von Schlesinger aus.~~

Von Bollberg an war er dann als erster Berater von Groener in allen innenpolitischen Fragen maßgeblich an der Entwicklung beteiligt, die zur Zusammenarbeit mit Ebert und schließlich zur Unterzeichnung in Versailles führte.

Ein so Auktordunkel Zeit, wie die Monate von August 1918 bis Juli 1919 gibt für die Mitarbeit eines Mannes in exponierter Stellung die beste Möglichkeit, sich ein wichtiges Bild von seinem Charakter, von seinen Fähigkeiten zu bilden. Das ist vielleicht besonders deshalb wichtig, weil der 3 malige Minister

VI

mit bevorzugter Schwarz-Weißmalerei sind die Färbungen  
dass er ohne Membran versterben ist, kein klares Bild  
von ihm haben entstehen lassen.

Im Anschluss zunächst eine ungewöhnliche Arbeitskraft  
aus Mithras durch ein vorzügliches Gedächtnis. Der Tag  
bei den besonders beanspruchten Abstrichen der O. H. d. in  
Spei Bingen und Spa hatte meist 15 Stunden, er begann  
im 7<sup>30</sup> und endete gegen Mitternacht - unterbrochen durch  
Mittag und Abendbrot, das im Baw. Kasino eingenommen  
wurde und einen 1-stündigen Ritt nach den Müllbergen.

Im Sommer 1888 brach sich Schulerer beim <sup>Wohnen mit</sup> ~~Wohnen~~ <sup>Wohnen</sup>  
schweren Pferde den Hinterhaken und lag länger Zeit in  
Lager. Dabei trat ein Rückfall seiner alten Rückverletzung  
Trotzdem setzte er nicht einen Tag aus und regierte von  
Pitt mit Telefon weiter.

Seine besondere Tätigkeit lag in einem völlig veräuserten  
freien Herangehen an die ungewöhnlichsten Fragen.  
1918/19 sah er die Dinge nur von dem Gesichtspunkt  
die Entwicklung Deutschlands auf weite Fächer zu stellen.

Trotz einer starken Gefühls für Tradition im Staat und  
Mehrmacht mit persönlicher freundschafflicher Beziehung zum  
Kronprinzen von seiner Tätigkeit, die er bis zu seinem Tode  
aufrecht erhielt, auch in Zeiten wo das nicht gehen war, trat  
die Staatsform gegenüber den Reichsgedanken bei ihm in die  
Hintergrund. Hier traf er sich mit Goerne; während viele  
anderer <sup>in der O. H. d.</sup> die Monarchie eine Weltanschauung war, hielt er  
sie für eine gute Staatsform, die aber durch die <sup>politischen</sup> ~~geschichtlichen~~  
Entwicklung und die Person des letzten Kaisers <sup>in</sup> ~~in~~  
beruhen war.

Dabei war er kein kalter Rechner oder Zyniker, für den ihm viele fehlten. Sein Handeln war vielmehr ein Aufdruck einer inneren Gelassenheit und vernünftiger Überlegung verbunden mit einem überbeschränkten <sup>geistig</sup> Fortschrittssinn.

Doch im allen seinem Tun eine große menschliche Wärme verborgen war, zeigte mit seine nächsten Mitarbeitern. Es wäre <sup>schon</sup> nicht zu erwarten, dass alle die längere Zeit <sup>mit ihm</sup> gearbeitet haben, ihn als Menschen und Vorgesetzten schätzten.

In der Anhänglichkeit an alte Freunde und Arbeitskollegen ging er manchmal sogar zu weit und überschätzte ihre Fähigkeiten.

Persönlichen Ehrgeiz hatte er nicht. Ihm kam es nur auf die Sache an und bei allen Vertrauensfragen und Selbstbestimmungen, konnte er die Grenzen seines Könnens

klar legen, dass er zwar ein sehr geschickter Verhandlungsführer und Debatter im kleinen Kreis war, aber kein wirkungsvoller Versammlungsredner ~~oder~~

Deshalb wollte er nicht Reichskämmerer werden und nicht im Papen Amt. Gregor Gregor ein „Sprechmeister“ als Ergänzung im Parlament.

Er war auch kein Typusbildner der Arbeiter, wie Fecht <sup>er</sup> trotz ~~seiner~~ <sup>mancher</sup> Schwächen ~~in~~ <sup>manche</sup> für die Reichswehr gewesen ist.

Für einen starken Reichskämmerer wäre er die ideale Autorität als Reichswehrminister gewesen.

warthen Sie die  
Schrift.

Lieber Ott!

Anbei, Abschrift meines Briefes an Erben.  
 Inng auf seine ungläublichen Ausführungen.  
 Im dem „Foster Artikel“ habe ich nie et.  
 was gehört. Vielleicht hat aber Förster  
 dann Kenntnis. Wohnt er eigentlich noch  
 in München? Oder haben Sie seine Adresse.

Ich wäre dankbar, wenn Sie ihm meinen  
 Brief an Prof. E. und die Vorgänge geben  
 würden. Er selber will wohl n. Et. mehr  
 in Erklärungen treten, so daß man ihn  
 besser herausläßt. Ab. Foster Zeitung <sup>sagte</sup> „klingt er an“

Mein Brief an Prof. E. ist benutzt <sup>sagte</sup> mehr  
 polemisch gehalten, obwohl er sich ungläub.  
 lich benimmt hat.

Es ist viel wichtiger, als ihn zu be-  
 schimpfen, ihn zu einem Gespräch mit  
 mir zu veranlassen las. <sup>ihm</sup> (den „Schwarzen Peter“)

an einschicken, wenn er ankommt.

Ihr Brief an Punta liegt im schlechten  
Gewissen. Bitte um Stellungnahme!

Hoffentlich sieht man sich bald  
mal wieder. Aveline Gysin u. Hans an  
Hans und vielen Dank für Ihre  
freundliche Sorge an meine  
Ängste.

Ihres  
Ghr. alter

Johanna

p. s. Vogelhaus in

Punta haben Durchschuß

Posten habe ich auf. unterschrieben.

Wann kommen Sie nach Hannover?

, d.8.2.1960

Herrn Professor  
Dr. Theodor E s c h e n b u r g

T ü b i n g e n  
Brunnenstraße 30

Sehr geehrter Herr Professor Eschenburg!

Anlaß zu meinem Brief ist einmal ein Schriftwechsel mit Ihnen im Jahre 1952 über Material aus der Zeit vor der "Machtergreifung"! Sie schrieben mir damals, daß Sie von meinem Angebot, außer dem vorhandenen schriftlichen Material noch weitere mündliche Auskunft zu geben, gern Gebrauch machen würden. Außer einigen, in diesem Brief gestellten Fragen, sind Sie aber nicht darauf zurückgekommen.

Der Hauptgrund ist aber ein Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" vom 27. Nov. 1959, auf den ich aufmerksam gemacht wurde.

Nach diesem Artikel haben Sie außergewöhnlich abfällige Kritik an dem ermordeten General von Schleicher auf einem historischen Kongreß geübt. Die Richtigkeit der Wiedergabe wurde mir von einem Teilnehmer bestätigt. Ich habe diesen Vorgang aus mehreren Gründen tief bedauert!

Der wichtigste ist, daß ich Ihr Urteil über Schleicher für falsch halte. Ich kenne Schleicher aus fünfjähriger, fast täglicher, dienstlicher Zusammenarbeit in Zeiten höchster Spannung.

Zunächst aus der Obersten Heeresleitung 1918/19 als unmittelbaren Mitarbeiter von Gröner, dann in den Jahren 1929-1933 als Chef des Ministeramtes, Reichswehrminister und Reichskanzler. In solchen Krisenzeiten lernt man Männer charakterlich kennen.

Das Bild ist und bleibt für mich: Ein grundanständiger Charakter, ein vorbildlicher Vorgesetzter und ein Mann mit Herz und Anhänglichkeit für seine Mitarbeiter.

- 2 -

Ich bestreite dabei gar nicht, daß er menschliche Schwächen gehabt und politische Fehler gemacht hat; vor allem auch nicht, daß er für die ihm ferner stehenden Menschen schwer zu beurteilen war.

Ein weiterer Grund ist die Tatsache, daß Schleicher von den Machthabern des dritten Reiches beseitigt worden ist, weil er von ihnen - und das mit Recht - als ihr gefährlicher Gegenspieler angesehen wurde. Den Männern vom 20. Juli 1944 billigt man richtigerweise einen außergewöhnlichen Ehrenschatz zu. Warum eigentlich für Schleicher nicht zum mindesten eine in der Form zurückhaltende Kritik?

Dazu kommt, daß er ohne Memoiren aus dem Leben schied, 12 Jahre kein Wort zu seiner Rechtfertigung gesagt werden durfte und spätere Memoiren schreiber sich ihre "Rechtfertigung" leicht machten, indem sie die Schuld auf den Toten schoben. Der letzte Grund ist schließlich eine ernste Sorge um die Wissenschaft, die die große Aufgabe hat, unser Geschichtsbild wieder sachlich und glaubhaft zu machen.

Ich bin heute noch meinem genialen Geschichtslehrer, Prof. Schumann, auf dem Mathias-Claudius-Gymnasium in Wandsbek dankbar, daß er mir Freude und Verständnis für den Wert der Geschichte mitgegeben hat, so daß ich als Schüler Mommsen und andere Historiker mit Begeisterung gelesen habe.

Später habe ich dann in der Obersten Heeresleitung während der Revolution 1918/19, in der Weimarer Zeit, als aktiver Politiker in der Deutschen Volkspartei unter Stresemann und später als Mitarbeiter von Gröner und Schleicher im Reichswehrministerium (1929-33) Geschichte miterlebt.

Leider habe ich sowohl nach dem Umsturz 18/19, wie nach 1933 erfahren wie schiefe die Darstellung von Persönlichkeiten durch ihre Zeitgenossen häufig war, weil man zweckbestimmt Schwarz-Weiß malte. Der Vorwurf trifft Rechts und Links gleichmäßig. Die Kritik an Ebert und Gröner war ebenso falsch und unerfreulich, wie die an Hindenburg und manchen Personen und Vorgängen der kaiserlichen Zeit. Im Jahre 1921 habe ich Imrot Gröner zum Paten bei meinem ältesten Sohn gebeten, weil ich ihn hoch schätzte und gegen die abwegige Kritik ganz persönlich Front machen wollte.

Über die Geschichtsschreibung im 3. Reich brauche ich nichts zu sagen.

- 3 -

- 3 -

Im Gegensatz dazu habe ich dann seit 1947 mit verschiedenen Historikern in Deutschland und USA zusammenarbeiten dürfen, die sich in minutiöser Kleinarbeit mühten, der geschichtlichen Wahrheit zum Durchbruch zu helfen. Es war eine Freude, und ich habe keine Mühe gescheut, ihnen das Material, was mir zur Verfügung steht, zugänglich zu machen, obwohl ich bis heute noch voll im Beruf stehe. Der Grund dafür war, daß mir von dieser Seite immer versichert wurde, für den Historiker seien die Aussagen lebender Zeugen eine der wichtigsten Quellen. Dabei ist mir klar, daß der einzelne immer nur eine Seite der Vorgänge darstellen kann, und der Historiker die Aufgabe hat, Aussagen zu vergleichen und zu werten.

Hier frage ich mich nun, warum Sie, Herr Prof. Eschenburg, nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, die zahlreichen nächsten Mitarbeiter von Schleicher, die noch leben, persönlich zu hören, ehe Sie zu einem so schroffen Urteil in der Öffentlichkeit kamen!

Ich war, wie Sie aus dem Briefwechsel von 1952 erschen können, immer dazu bereit und bin es auch heute noch.

Mit vorzüglicher Hochachtung

I h r    ergebener

gez.: v. Holtzendorff

Sehr Off.!

Samstag 16/3/16

Dabei die Fortsetzung des Gesprächswechsels mit Prof. Eschenberg, aus dem ich erfuhr, dass Sie mal mit ihm gesprochen haben.

Was hatten Sie für einen Eindruck?

Bisher kommt er mir alles andere als ein seriöser Historiker an.

Haben Sie meinen 1. Brief mit dem Beginn des Gesprächswechsels bekommen?

Punkta schreibt mir, dass Sie wohl auf Paris sein würde, weil er auf 2 Briefe keine Antwort bekomme. Ich habe ihm geschrieben, dass sei nichts ungewöhnliches.

Also sagen Sie mal „hi“!

Vm uns nichts Neues.

Wieder alles Gute und herzlich Ihre an  
Heinz an Hans.

Hilfs Ihr

Jürgen Hoff

Danke Dr. von jeher Essen da, habe ihm  
Brief gegeben, er dankt + antwortet.

Hier schreibt es - schreuslied -

Dank für Brief. Habe die Klinik telefonisch  
und nicht erreicht, Versuche weiter.

Umsicher aller Gute. Grüße Lopper Clara  
+ Raimann Eveline. Russ Maccie

Guns Willi Foto Nino

Durchschrift

Hanshenning v. Holtzendorff

Hannover, den 16. 3. 1960  
Elkartallee 19Herrn  
Professor Dr. Theodor EschenburgT ü b i n g e n  
Brunnenstr. 30

Sehr geehrter Herr Professor Eschenburg !

Für Ihre Antwort auf meinen Brief wegen General von Schleicher danke ich Ihnen und freue mich, daraus zu entnehmen, daß Sie mit dem Botschafter Ott gesprochen haben.

Es würde meines Erachtens im Interesse der Sache liegen, wenn diese Basis der persönlichen Fühlungnahme mit noch lebenden langjährigen Mitarbeitern erweitert würde.

Wenn ich auf Ihren Brief nicht sofort geantwortet habe, so liegt der Grund darin, daß ich mir die Unterlagen über die von Ihnen in Ihrer Antwort aufgeworfenen Fragen eingehend durcharbeiten wollte.

Ich komme dabei zu folgendem Ergebnis:

Der Vergleich mit der Kanzlerschaft Cuno sollte keine Wertung der beiden Persönlichkeiten darstellen. Das tertium comparationis war vielmehr, daß sie beide nicht das gehalten haben, was man bei der Beauftragung von ihnen erhoffte. Ebert hatte Cuno als Experten für Finanz- und Wirtschaftsfragen berufen. Aber der persönlich besonders sympathische und in der Verwaltung bewährte Cuno war bereits zu Beginn seiner Kanzlerschaft mit den Nerven so fertig, daß er am Abend vor der Regierungserklärung aufgeben wollte. Am Ende seiner Regierung stand statt Sanierung der Finanzen die Hochinflation. Vorauszusehen war das wohl ebensowenig wie damals die Entwicklung Stresemanns zum Staatsmann von europäischer Bedeutung.

Papen, der mir persönlich nicht lag, brachte immerhin parlamentarische Erfahrung und die "Germania" als führendes Centrumsorgan mit.

Daß nicht nur Schleicher ihn überschätzt hat, sondern auch Hindenburg und Meißner, zeigt die spätere Entwicklung. Ich möchte aber diesen am Rande liegenden Vergleich nicht weiter vertiefen.

Sie werden sich vielleicht gewundert haben, daß ich auf die Interna der Amtszeit von Ebert als Vergleich eingegangen bin. Meine Kenntnisse stammen daher, daß Ebert bis zu seinem Tode in Konnex mit meinem Vater stand, dem er 1919 die Stellung anbot, die später Meißner übernahm. Mein Vater lehnte ab, weil er nach dem Tode von Ballin beim Aufbau der Hamburg-Amerika-Linie dringend gebraucht wurde.

Ich habe Reichspräsident Ebert daher öfter im kleinen Kreise in Berlin bei meinen Eltern erlebt und auch als Menschen schätzen gelernt.

Sie sprechen davon, daß Schleicher den amtierenden Kanzler "Brüning" "abgeschossen" habe. Das trifft - wie ich aus vielen Gesprächen mit ihm weiß - nicht zu, ebensowenig wie die oft von anderer Seite ausgesprochene Behauptung, er habe Groener "auflaufen" lassen und vorher Seeckt "beseitigt".

Daß solche Dinge von außen sehr schwer zu beurteilen sind, habe ich selbst beim Rücktritt Seeckt's erlebt.

Ich war zu dieser Zeit Landwirt in der Uckermark und mit Schleicher in kameradschaftlicher loser Fühlung. Ich habe ihm damals brieflich Vorwürfe gemacht, worauf er mir in netter Form überzeugend schriftlich und später mündlich nachwies, daß ich mich geirrt hatte.

Leider lebt sein persönlicher Adjutant (von 1929 bis 1933), der damalige Hauptmann Noeldechen, nicht mehr. Kurz vor seinem Tode (1951) hat er in einem Briefwechael mit mir über die Meißner'schen Memoiren zum Sturz Brüning's Stellung genommen; seine Ausführungen decken sich mit meiner Erinnerung. Der Briefwechsel ist Dr. Vogelsang bekannt.

Er nimmt auch darin zu den Beziehungen zwischen Schleicher und der Reichskanzlei Stellung, die Sie als "konspirativ" bezeichnen. Daraus geht hervor, daß nicht nur Hindenburg selbst den

Rat seines bewährten Mitarbeiters aus der schweren Zeit in Spa, Wilhelmshöhe und Kolberg direkt einholte, sondern daß ihn Meißner in stärkstem Maße zu Beratungen herangezogen hat.

In der Doppelfunktion als Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Reichswehr war es ins Belieben von Hindenburg gestellt, sich die Chefs der obersten Dienststellen, Chef der Heeresleitung und Marineleitung sowie den Chef des Ministeramts, die ihm auch als Soldaten unterstanden, direkt zum Vortrag zu bestellen. Daß diese Vorträge im vollen Einverständnis mit Groener erfolgten, war bei den gemeinsamen Beziehungen aus der alten Obersten Heeresleitung gegeben.

Wenn Groener das Verhalten seines alten Freundes so aufgefaßt hätte wie Sie, dann hätte er ihm wohl kaum in einem herzlichen Telegramm zum Kanzler gratuliert (Dezember 1932).

Auch Ihre Annahme, daß Schleicher mit Hitler "hinter dem Rücken von Groener und Brüning" verhandelt habe, trifft m. E. nicht zu. Solange Groener amtierte, ist das ebensowenig ohne sein Wissen geschehen wie eine Unterredung zwischen Hammerstein und Hitler in der damaligen Zeit. Nach Groener's Rücktritt als Reichswehrminister war das Ministerium zeitweise vakant und wurde Schleicher angeboten, der aber ablehnte. Besetzt worden ist es bis zu Brüning's Rücktritt nicht mehr.

Über die Unterredung mit Hitler im Frühjahr 1932 in der Priegnitz wurde so offen gesprochen - Schleicher ließ sich von mir damals Material zu der Judenfrage geben -, daß sie nur im Auftrag oder mit Wissen Hindenburg's erfolgt sein kann.

Groener war damals zurückgetreten, Brüning meines Wissens auch.

Ich darf mich auf diese Punkte beschränken, die aber schon erkennen lassen, daß die Ansichten über die Auswertung des vorhandenen Materials weit auseinandergehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

gez. Unterschrift

Abschrift

Prof. Dr. Theodor Eschenburg

Tübingen, d. 18.2.60  
Brunnenstr. 30Herrn  
Hans Henning von HoltzendorffHannover  
Elkartallee 19

Sehr geehrter Herr von Holtzendorff!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 8.2.60 und beginne in der Antwort mit dem letzten Satz Ihrer Nachschrift.

1929 hatte ich meine Doktorarbeit über Bülow und Bassermann fertiggestellt. Stresemann hatte sich für sie interessiert und sie vollständig durchgelesen. An seine Lektüre schloss sich eine längere, sehr eingehende Besprechung dieser Arbeit an. Bei dieser Gelegenheit sagte er mir ungefähr sinngemäß: "Ihre Kritik an Bülow ist viel zu scharf. Sie urteilen aus dem Ressentiment der heutigen Jugend, der jeder gute oder gar glanzvolle Redner als Politiker verdächtig ist."

Ich habe damals dieser Auffassung Stresemanns widersprochen und das Urteil über Bülow in meiner Arbeit stehen lassen, zu der Stresemann aus eigener Initiative trotzdem das Vorwort geschrieben hat. Die spätere Geschichtsschreibung hat mein Urteil über Bülow weitgehend bestätigt. Ich glaube die meisten<sup>+)</sup> über Schleicher, die sich im Institut für Zeitgeschichte befinden, zu kennen. Ich habe auch die sehr gründliche und umfangreiche Schrift Vogelsangs im Manuskript gelesen. Es mag sein, dass ich Urteilsfehler begangen habe, von denen übrigens keine Historiker frei ist, aber auf Unkenntnis beruht mein Urteil nicht. Ich habe auch lange mit dem Botschafter Ott, der eine ähnliche Auffassung wie Sie vertritt, gesprochen! Seine Angaben waren für mich sehr interessant, sein Urteil teile ich nicht.

+) Unterlagen..

- 2 -

Sie vergleichen die Ernennung Cunos durch Ebert mit der Bestellung Papens durch Schleicher. Zunächst wird man wohl feststellen können, dass im Ergebnis der Missgriff bei Papen unvergleichlich viel grösser war als bei Cuno. Abgesehen davon war Ebert für die Auslese zuständig, während sich Schleicher konspirativ diese Aufgabe anmassete. Gewiss gibt es auch in militärischer Kompetenz Verletzungen. Sind sie erfolgreich, werden sie anerkannt, sind sie unergiebig oder schädlich, so bleiben sie eine Verletzung. Mir scheint aber auch, die Methode der Auswahl unterscheidet sich ganz stark. Cuno hatte als hoher Verwaltungsbeamter ein gutes Renommée, war Leiter des grössten deutschen Schiffahrtsunternehmens und verfügte damals über ein beachtliches Ansehen. Papen hatte sich nirgendwo bewährt, hatte wohl aber einige Pannen erlebt. Von ihm wusste man nicht einmal, ob er ein Kabinett leiten konnte, ob er einem Ministerium vorzustehen in der Lage war. Darin liegt ja der unerhörte Leichtsinns von Schleicher, dass er einen in dieser Krisenzeit zumindest technisch die Aufgaben meisternden Kanzler abschoss, in dem er dem alten Hindenburg einen Scharlatan anbot.

Materialmässig scheint mir die Frage des SA-Verbots hinreichend geklärt. Das übrige ist eine Frage der Beurteilung. Dasselbe gilt für seine Unterredungen mit Hitler hinter dem Rücken Brüning und Gröners. Das mag kein Hochverrat sein, kommt dem aber sehr nahe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

bin ich Ihr

gez.: Eschenburg

*Abdruck für ...*

Hans Henning v. Holtzendorff

3 Hannover, den 1. 12. 1965  
Elkartallee 19

Herrn  
Dr. Thilo Vogelsang

8 M ü n c h e n  
Richard-Strauss-Str. 7

Verehrter, lieber Herr Dr. Vogelsang !

Haben Sie herzlichen Dank für die Übersendung Ihrer Schleicher Biographie, die ich mit großem Interesse gelesen habe, und zwar am Abend nach dem Eingang in einem Zuge.

Daß ich erst heute antworte, beruht darauf, daß ich das Buch noch einmal in Ruhe durcharbeiten wollte, und dazu braucht man schon ein paar Tage.

Nun wollen Sie sicher bei unserer langen Zusammenarbeit eine offene Kritik darüber haben.

Ich finde das Buch wird dem Menschen und Politiker Schleicher gerecht. Das ist etwas Entscheidendes bei einem Mann, der nach einem politischen Mißerfolg jahrzehntelang von den Leuten des 3. Reiches und anschließend von Historikern und Politikern verkannt und angegriffen wurde.

Daß bei diesem Porträt der langjährige Mitarbeiter einige Lichter anders sieht, ist unvermeidlich. Für mich ist das der Fall bei der Darstellung des Ausscheidens von Groener. Da Groener mir ebenfalls besonders nahestand, glaube ich, hier objektiv zu sein.

Schleicher hat seinen alten Freund und Chef mit allen Kräften gefördert; das weiß ich aus vielen Gesprächen mit Schleicher, der in ihm bis zu seiner zweiten Heirat den kommenden Reichspräsidenten sah. Die Wirkung dieser Heirat auf Hindenburg und die Reichswehr habe ich Ihnen in einem vertraulichen Brief geschildert. Trotzdem versuchte Schleicher ihn bis zur "Reichs-

bannerrede" zu halten; dann riet er ihm aber in seinem eigenen Interesse zum Rücktritt als Reichswehrminister; alle seine Mitarbeiter waren der gleichen Ansicht.

Groeners Schicksal erinnert mich an eine Darstellung eines grossen irischen Freiheitskämpfers durch Albrecht Wirth in seiner "Geschichte der Gegenwart" - ich glaube, es war Farnell. Er habe - so schildert Wirth - durch eine Eheschließung im höheren Alter völlig sein Interesse an Politik und seinen Schwung verloren und sei nicht wiederzuerkennen gewesen.

Albrecht Wirth, der als Historiker wohl unstritten ist, hat mich damals deshalb interessiert, weil vor dem 1. Weltkrieg die Geschichtschreibung eigentlich mit 1870 bei uns aufhörte und Wirth als einer der Wenigen in die noch aktuelle europäische Geschichte hineinstieg. Heute ist das ja selbstverständlich.

Groener, dessen menschliche Grösse ich besonders 1918/19 anerkannt und gegen meine eigene Umgebung verfochten habe, hat übrigens Schleicher nicht erst bei dessen Sturz wieder die Hand gereicht, sondern ihm zum Reichskanzler in einem herzlichen Telegramm gratuliert. Das beweist eigentlich, daß er in Schleichers Haltung weder Verrat noch Intrige gesehen hat.

Das ist aber mein einziger Vorbehalt. Ich finde es eine große Leistung, daß Sie es unternommen haben, hier gegen den Strom zu schwimmen und Schleicher in einer Art darstellen, die auch bei den Gegnern ankommen wird. Dafür möchte ich Ihnen nochmals persönlich danken. Sie haben damit historisch und menschlich ein gutes Werk getan.

Ich habe es immer für ein Unrecht gehalten, daß man Schleicher nicht wie den Opfern des 20. Juli Ehreenschutz zubilligt, obwohl sie auch keinen Erfolg hatten und erst handelten, als die Entwicklung Hitlers und des 3. Reichs zu übersehen war.

Schleicher hat zu einer Zeit nach Lösungen gesucht, als sowohl Hitlers Person wie seine Bewegung noch völlig im Ungewissen lagen. Er ist von diesen Leuten als gefährlichster Gegner beseitigt worden, kann sich nicht verteidigen und wird nun vielfach auf Grund oberflächlicher Kenntnisse angegriffen.

- 3 -

Den Umschlag finde ich hinsichtlich des Bildes gut; den letzten Satz "der es unterlassen hatte, die Sache der Republik zu der seinen zu machen" auf dem 2. Teil des Umschlag-Blattes verstehe ich nicht. Das gehört wohl zur Buchreklame. Denn die Weimarer Republik war ebenso reif zur Reform wie die IV. französische; es kam nur darauf an, wer sie durchführte.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr ergebener



P.S.

Das Buch von dem USA-Dozenten Cecil über Albert Ballin ist noch nicht heraus. In Hamburg hörte ich von jemandem, der den Fahnenabzug gesehen hatte, es sei gut.

D.O.

an Buchdruck. 12/10  
 wenige Krit. Jenseits des H. D. einverstanden  
 nicht bis zum Buch. Dank für schnelle Darstellung  
 des jüdischen. Freilich  
 Sep. 11. jüdische Welt 'man' 10. 10. 10.

für Mantel für Mann Teil  
 11/10. 11/10.

Hannover 3.12.1965

Gisela 1877/6

Liebe Ott!

Dr. Vogelsang schickte mir neulich eine  
 schließliche Biografie. Meine Stellungnahme  
 dazu liegt ich bei. Ihre Ansicht würde  
 mich sehr interessieren - Sie haben sie  
 sicher auch.

Von der Familie kann ich gutes be-  
 richten. Meine Frau bekommt Bad  
 Gynhäusern gut, die Räfte hat sie ver-  
 stift. Sie ist aber schwer frei, kann  
 mit Stock auch erhebliche Strecken laufen  
 und konnte sogar den 6 Monate alten  
 Sohn unserer Jüngsten auf 4 Wochen mit-  
 nehmen, als die Eltern auf Urlaub fah-  
 ren. Wir hatten viel Freude an dem im-  
 mer begünstigten Baby.

Mein Jüngster hat die Führungsakademie  
 der Wehrmacht erfolgreich hinter sich  
 gebracht, ist dabei Major geworden u.

Wohnt in einer Generalstabstelle in Oldenburg.  
Nr. 3 wohnt in Canada, war Weihnachten 68  
mit seinem ältesten hier. Seine Frau macht  
nach Abitur nun auch noch ihr Lehramt  
examiniert - bei 3 Kindern in fremder Sprache  
eine Leistung!

Die älteste Tochter ist nach wie vor bei der  
Post in Hannover und wohnt bei uns.

Sohn Nr. 2 ist als Rittm. Capitän bei  
einem Kavallerie-Regiment in Bielefeld.

Außerdem vermisste Älteste haben wir jetzt  
nach 20 Jahren ein Pensionat auf dem schönen  
Friedhof gesucht, wo wir nun eine Grabstelle  
haben - endlich an unserem Haus.

Bei dem jährlichen Treffen der Pansar-Di-  
visionen in Mauthausen (Kampfbüro -  
Seite II = Pansar, Seite finter), das am Toten-  
sonntag stattfindet und mit einer sehr  
feierlichen Ziffer in einem besonderen ist,  
kann ich seine am Heim der B. P. Dr.  
im Ehrenheim geduldet. Auch sonst ist

Der Ablauf der beiden Tage immer beste Tradition. Diesmal sprach am Abend der neue Inspektor, de Masiaseres, sehr schön über Traditionspflege, bei der Totengedenkfeier Gen. v. Hüttwitz, der noch in der Tonndeswehr ein Korpskommando hatte. Eine der besten Reden, die ich gehört habe.

Ich mache nun richtig Halbtagsdienst, gehe nun 10 auf den Platz, esse dort in meinem kleinen Kasino und gehe je nach Geschäftslage zwischen 3 u 1/2 5 nach Hause. Auf den Weise kann ich mich morgens um meine Frau kümmern und auf dem Büro die Gasse weiter machen, die ich früher neben meinem Hauptreferat - Referat an Erwachsenen Bildung - mit der linken Hand machte, vor allem in meine

Wurde abgelehnt, alles was mit Familienrecht  
zu tun hat.

Sonstige würde ich nicht mehr mit-  
machen und ich hätte längst aufgehört,  
wenn man Ersatz hätte.

Der Arzt sagte mir, solange die  
Arbeit Freude macht, ist sie gesund,  
aber aufhören mit 70, sobald man  
sonst Arge hat.

Bisher macht es noch Freude.

Man wünsche meine Frau Glynis und  
ich den Eltern eine gesegnete Advents-  
zeit und ein frohes Fest.

Mit herzlichem Gruß von  
Kerns an Kerns,

Ylva Str

Ylva Str

*Dr. v. Holtzendorff*

ZS/A-32 / 12 - 124

Hans Henning v. Holtzendorff

3 Hannover, den 14. 1. 1966  
Elkartallee 19  
Tel.: 88 75 73

Herrn

Professor Dr. Eberhard Kessel

*Abdruck v. Penitz  
Westerweg 10  
Kapellenweg 8.*

65 Mainz-Bretzenheim  
Alfred-Mumbächer-Str. 34

*mit der Bitte um Kenntnisnahme.  
Ich würde Sie über die Entwicklung auf  
dem Kriegesfeld halten und wenn  
sich keine Gelegenheit bekommt, ein  
Stück langjährig Arbeit hinreichend  
Hilf. Hoffe Sie sind gutes Gedeihen  
für Johann*

Sehr geehrter Herr Professor Kessel !

Besten Dank für Ihren Brief vom 11. 1. 1966. Ich bin gern bereit,  
Sie bei Ihrer geplanten Biographie über General Kurt v. Schleicher  
in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Das Bild, das sich in der Bundesrepublik von ihm gebildet hat, ist  
völlig verzerrt. Die N.S.D.A.F. hat in ihm - mit Recht - einen ge-  
fährlichen Gegner gesehen und ihn nach der Ermordung systematisch  
diffamiert. 1945 paßte das manchen Politikern in den Kram, ihm ihre  
Schuld in die Schuhe zu schieben. Das verkaufte sich gut.

Erst durch die Dokumentation von Dr. Thilo Vogelsang vom Institut  
für Zeitgeschichte - Reichswehr, Staat und N.S.D.A.F. -, die vor  
3 Jahren herauskam, und seine kurze Biographie, die im letzten Jahr  
erschien, ist da ein Wandel eingetreten.

Ich habe jahrelang mit Dr. Vogelsang korrespondiert und ihm meine  
Erinnerungen und Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt. Ich bin  
absichtlich nicht selbst in die Öffentlichkeit gegangen, da es  
m.E./<sup>der</sup>historischen Wahrheit am besten dient, wenn an neutraler Stelle  
gutes Material zusammenkommt und ohne Ressentiment nach der posi-  
tiven oder negativen Seite ausgewertet wird. Biographien von Freun-  
den sind deshalb m.E. zu leicht einseitig.

Deshalb begrüße ich es sehr, wenn sich ein Wissenschaftler wie Sie  
diese Aufgabe stellt.

Denn historisch auszuwerten ist an der Person immer noch genug.

Allein die Tatsache, daß Schleicher zweimal eine Schlüsselfigur bei großen historischen Entscheidungen war, und zwar gemeinsam mit Hindenburg und Groener - 1918/19 und 1929/33 -, und daß es ihm das erste Mal glückte, Deutschland vor einer Katastrophe zu bewahren - wenn auch noch im Hintergrund -, ist noch viel zu wenig behandelt.

Dabei komme ich auf Ihre Frage meiner Zusammenarbeit mit Schleicher. Ich war von Januar 1918 bis Juli 1919 sein Ordonnanzoffizier in der Obersten Heeresleitung (Generalquartiermeister-Stab) in Bingen, Spa, Wilhelmshöhe und Kolberg. Auf diese Weise habe ich außer der militärischen Seite des Jahres 1918 die ganze Revolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages als sein engster Mitarbeiter erlebt, z.B. das Fernschreiben von Groener an Ebert, das die Unterzeichnung des Vertrages entschied, persönlich nach Weimar durchgegeben.

In solchen Krisenzeiten lernt man die Menschen kennen.

Ich habe 1920 dann den Abschied genommen, um ein mir durch Erbschaft zugefallenes, altes Familiengut in der Mark zu übernehmen, das ich bis 1945 bewirtschaftet habe.

Die Verbindung mit Schleicher riß nicht ab; er wurde Pate meiner ältesten Tochter - Groener übrigens bei meinem ältesten Sohn.

Im Jahre 1929 holte er mich als Zivilreferent in das neugeschaffene Ministeramt. Von da ab bis zu seinem Sturz - Januar 1933 - bin ich fast täglich bei ihm zum Vortrag gewesen - als er Chef des Ministeramts, Reichswehrminister und Kanzler + Reichswehrminister war. Man hat in dieser Zeit infolge der langjährigen Zusammenarbeit mehr hinter die Kulissen gesehen wie die ressortmäßigen Mitarbeiter.

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir uns zunächst einmal über das persönlich unterhalten, was ich Ihnen an Material geben kann. Ich würde es begrüßen, wenn wir uns dazu verabreden, wenn Sie der Weg einmal nach Hannover führt. Am besten vielleicht mal abends bei mir zu Hause, wo ich das Material zur Hand habe.

Mit verbindlichen Empfehlungen  
Ihr sehr ergebener



Hannover 11.13.07

Lieber Ott!

Wir haben nun lange nicht gesehen, gehört habe ich allerdings im Rahmen des Rampfes für meinen alten Chef Fehlecker über Penta von Ihnen.

Nun ist auf diesem Gebiet, das ich vor einiger Zeit von einem jungen U.S.A.-Historiker angerechnet wurde, der sich mit der Zeit 1926 - 1930 in der Reichswehr und Fehlecker's Einfluß beschäftigen will.

Er hat zwar Jahre ein Stipendium gehabt, steht mit Vogelzucht im Verbin. dany und wird von diesem mir gegen. mir recht gut bezahlt.

Die mehrwöchige Zeit (26-30) ist bekanntlich wohl daraus, daß ein anderer U.S.A.-Historiker, Gordon, über die Zeit vorher geschrieben

hat - sie werden das Buch kennen, "Recherches  
und Gesammte Republik 1914-1926". Ab 30 setzen  
den Fortschritten von Vögelung ein.  
Ich habe ihm - er heißt.

Charles M. Barber

320 River Street, Portage, Wisconsin  
53901.

meine kleine Darstellung von 1946 gerichtet  
und auf Ihren Artikel in den "politischen  
Studien" aufmerksam gemacht.

Vielleicht haben Sie noch ein Exemplar oder  
Emailabdruck übrig; es lohnte wohl es ihm  
anzuschicken.

Von uns ist mir bekannt, dass es immer  
Frei besser geht, nach dem sich der Kopf vor-  
stift hat und damit die Schwärze verschwin-  
den wird. Sie ist noch gelblich rot, aber sich  
mit zunehmender Lärze und hat viel Freie  
an den Entschiedenem.

Es sind jetzt 3 in Canada 1 Stück (101)

, das nun im Vorjahr bernichte, mit besonders emmi-  
sent ist, und 2 Jungen von 8 in 4.

Bei meinem 1. Sohn - jetzt nach Akademie  
Mag. i. G. im Naturstab Bundeskong - und 2  
Mädels (3 in 1 J.) sind bei der jüngsten Tochter,  
den in Hannover wohn. ist, 1 Sohn (2 J.), der uns  
oft auf längere Zeit bernicht. Mein 2. Sohn ist  
Kornarbeiterkaputin im Naturstab Bundeskong.

Ich mache noch etwas Druck bei meinem  
alten Kaminofenverband - 3 x in der Woche -, da  
für meine Spezialarbeiten kein rechter Ersatz  
da ist. - aber nicht mit Sorge.

Am Februar-Heft der h. 5. Zeitschrift des Bunde  
7 Stuttgart 1, rote Bichlplatz 1 las ich einen Anz.  
mit aus dem demnächst erscheinenden Buch von  
Gordon W. Prange über Richard Sorge (antikommunistischer  
Wahrscheinlich kommen Sie Buch oder Anzang;  
somit schreibe ich Ihnen das Heft gern.

Aussehen Sie zu Hause zu Hause und  
nicht alles Gute. Stets Ihr gebauer

Johannes

117

das Ford in Ponch habe ich auch, er hat  
es mir s. Zt. nach längerer Korrespon-  
denz geschickt. (englisch)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hans Henning v. Holtzendorff  
Generalmajor a.D.

3 Hannover, den 17. 5. 1967  
Elkartallee 19  
Tel.: 88 75 72

Herrn  
General a.D. Dr. Erfurth

74 T ü b i n g e n  
Fronsb ergstr. 9

Lieber Herr Erfurth !

Sie werden sich wundern, nach 20jähriger Pause wieder von mir zu hören. Anlaß dazu ist Ihre "Geschichte des Generalstabes 1918 bis 1945" (erschienen 1957), auf die ich leider erst jetzt stieß, und ein Schriftwechsel von 1947 mit Ihnen und Herrn v. Hüblin im Lager, den ich mit der Bitte um Rückgabe beifüge.

Leider ist die Fühlung damals abgerissen; bei mir lag das einmal daran, daß ich bis vor drei Jahren voll durch eine sehr interessante und umfangreiche Tätigkeit im Niedersächsischen Landvolkverband - so heißt hier der Bauernverband - von 1948 an ausgelastet war. Ich bin dort auch heute noch halbtags tätig.

Dazu kam ein umfangreicher Schriftwechsel mit verschiedenen deutschen und US-Historikern über meine Zeit in der O.H.L. Januar 1918 bis Juli 1919 (General-Quartier-Meister-Stab und O<sup>IX</sup> bei Schleicher) und die Tätigkeit im Ministeramt des Reichswehrministeriums 1929 bis 1934 als Zivilreferent, z.B. Prof. Hubatsch, jetzt Köln, Dr. Vogelsang (Institut für Zeitgeschichte, München), Harold Gordon, Princeton-Universität USA und anderen.

Daß ich Ihre Geschichte des Generalstabes mit großem Interesse gelesen habe, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen. Mich verbindet mit dem Generalstab außer den beiden schon erwähnten Perioden (O.H.L. und Reichswehrministerium) schon von meiner Leutnantszeit im 2. Garde-Rgt. in Berlin her manche persönliche Beziehung. Mein Schwager Perthes war in den beiden letzten Jahren vor dem Weltkrieg I nach der Akademiezeit im Gr.-Gen.-Stab, und viele Regimentskameraden, die zeitweilig in der "großen Bude" arbeiteten,

- 2 -

waren häufige Kasino-Gäste - Loßberg, Stülpnagel (Edwin und der "schwarze"), Werder, Bäerecke, Massow.

Was mich an Ihrem Buch aber besonders interessierte, war das Bild, das Sie darin von Schleicher entwerfen. Da Sie eine von mir 1946 im Lager aus frischer Erinnerung niedergeschriebene Studie über Schleicher und die NSDAP 1930 bis 1933 kennen - siehe Brief H38lin - werden Sie festgestellt haben, daß dies Bild sich in keiner Weise mit dem deckt, das ich aus einer jahrelangen, unmittelbaren Zusammenarbeit (oft in Krisenzeiten) von diesem Manne gewonnen habe. Dabei habe ich Schwächen und Fehler keineswegs verschwiegen und betont, daß der Außenstehende sich schwer von ihm ein Bild machen konnte.

Ich halte meine Darstellung von 1946, die ich anliegend nochmals beifüge, in vollem Umfang aufrecht und finde sie - gerade hinsichtlich des Charakterbildes - durch die Zustimmung vieler alter Mitarbeiter aus der Reichswehrzeit bestätigt - Botschafter Ott, Hermann Förtsch, Marcks, Crüvell, Kuntzen, Carlowitz, aus der Marine Langsdorff, Fließ, Engel.

Zwei Briefe alter, inzwischen verstorbener Mitarbeiter an den Minister Schlange-Schöningen von 1957 füge ich bei.

Aber auch hinsichtlich historischer Einzelheiten ist <sup>die</sup> neuere Forschung zu anderen Ergebnissen gekommen. Das ist nicht überraschend; denn vielen Politikern, die an der Katastrophe Anteil hatten, kam ein Mann zupass, der ohne "Erinnerungen" verstorben war und den man ungestraft zum Sündenbock machen konnte. Das war um so leichter möglich, als 12 Jahre Hilter und seine Leute kein gutes Haar an ihm gelassen hatten, weil sie - mit Recht - in ihm ihren gefährlichsten Gegenspieler sahen und ihn deshalb 1934 umbrachten. Ich möchte das hier nicht vertiefen, weil das im Exposé von 1946 eingehend dargelegt ist, aber dafür auf einige historische Tatsachen hinweisen.

Sie haben sich die Version zu eigen gemacht, daß Schleicher Seckt "gestürzt" habe. Damals stand ich außerhalb der Reichswehr - ich hatte 1919 nach Auflösung der O.H.L. in Kolberg den Abschied genommen und nach landwirtschaftlicher Lehre unser altes Familiengut Jagow bei Frenzlau in der Uckermark übernommen.

- 3 -

Ich schrieb auf die Nachricht von Seecks Abgang einen empörten Brief an Schleicher, der mir - nett wie immer - zunächst schriftlich, dann in einem langen Gespräch nachwies, daß er überhaupt nichts mit Seecks Abgang zu tun hätte, sondern dieser mit einem sachlich völlig unnötigen Verstoß gegen die Kontrollratsbestimmungen und seine eigenen Befehle sich selbst in eine Lage gebracht hatte, wo ihn weder der Reichswehrminister noch Hindenburg decken konnten und wollten.

Der sehr sorgfältige USA-Historiker Gordon kommt in seinem Buch "Reichswehr und Deutsche Republik" 1919 bis 1926 zum gleichen Ergebnis. Er schreibt darin - ich habe die amerikanische Ausgabe 1957 vor mir, die später durch eine deutsche ergänzt wurde - , Seeck, Linstow und Rabenau behaupteten zwar, Schleicher sei eine Schlüsselfigur bei Seecks Sturz gewesen. Doch der Minister Geßler und der Chefadjutant Schellbach erklärten das Gegenteil. Schleicher hätte vielmehr nach einer gütlichen Lösung gesucht: "Here, as at many later in his career, Schleicher seems to have suffered undeservedly because of his reputation for in-direction and intrigue."

Ich kann Ihnen nur empfehlen, dies ausgezeichnete Buch zu lesen, eines der wenigen, das die Reichswehr gegen die in jener Zeit üblichen Vorwürfe in- und ausländischer Schriftsteller energisch und wirkungsvoll in Schutz nimmt.

Auch die Behauptung, Schleicher habe später Geßler gestürzt, stimmt nicht. Beide haben sich bis zu Schleichers Tode gut gestanden; seine Stellung war nach dem "Lohmann-Skandal" angeschlagen und im Kabinett Hermann Müller (SPD) auf die Dauer nicht zu halten. Die Heranziehung Greeners verhinderte, daß ein Mann mit der Tendenz von Löbe - Politisierung des Reichwehrrersatzes - ans Ruder kam. Das hat Schleicher durch seine geschickte Taktik verhindert, nicht Heye. Ich habe selbst einmal in einem kleinen Kreise im Hause meines Vaters (12 Personen, dabei Löbe und Schleicher) kurz nach dem Buchdrucker Putsch ein kleines Rededuell zwischen den beiden erlebt, wo Löbe schließlich so elegant von der Frage Küstrin abgedrängt wurde, daß dieser glänzende Debatter selber lachen mußte. Über die Zeit vor der Machtergreifung besteht eine ausgezeichnete Dokumentation von Dr. Thilo Vogelsang vom Institut für Zeitgeschichte, die später durch eine kurze Biographie des Generals vom selben Verfasser ergänzt wurde.

Beide sind mehrere Jahre nach Ihrer "Geschichte des Generalstabs" herausgekommen (1963 bzw. 1965).

Vogelsang hat erstmalig versucht, zu einer Klartstellung der Vorgänge vor der Machtergreifung und damit einer sachlichen Darstellung von Schleichers Willen und Handeln zu kommen. Ich bin in einigen Details nicht völlig seiner Ansicht, halte aber vor allem die Dokumentation für sehr gut.

Zu einer Frage, die im Mittelpunkt mancher Vorwürfe gegen Schleicher im Jahre vor der Machtergreifung steht, möchte ich noch Stellung nehmen. Hat Schleicher Groener gestürzt?

Aus täglichen Unterhaltungen Schleichers in den kritischen Tagen vor dem S.A.-Verbot weiß ich, daß er das nicht getan hat. Schleicher und Groener waren übrigens beide Paten eines meiner Kinder und standen mir beide persönlich nahe.

Schleicher hielt das S.A.-Verbot sachlich für unklug, da es nur "Martyrer" schaffe und der Partei neuen Auftrieb gäbe. Für Groener sah er als Folge Wiederaufleben der Gegnerschaft aus der Zeit von 1918/19 auch auf der bürgerlichen Rechten voraus und auch weitere Entfremdung beim Reichspräsidenten und der Reichswehr. Er riet ab, zunächst mit Erfolg, dann aber folgte Groener doch den Beratern im Reichsinnenministerium und verlor durch die "Reichsbannerrede" im Reichstag völlig das Vertrauen beim Reichspräsidenten und der Reichswehr.

Hätte Schleicher Groeners Sturz gewollt, so hätte er es viel einfacher gehabt: Er hätte sich nur völlig zurückhalten brauchen.

Groener hat übrigens Schleicher zur Übernahme des Kanzleramtes ein herzliches Glückwunschtelegramm geschickt, ein Beweis dafür, daß er den Groll über sein Ausscheiden überwunden hatte, der ihn zunächst auch von seinen anderen alten Freunden ohne Abschiedswort scheiden ließ.

Einer von Schleichers späteren Gegnern, Joachim Stülpnagel, hat Unrecht, wenn er behauptet, Schleicher hätte verhindert, daß er Chef H.L. geworden wäre. Als Groener mit dem Vorschlag für die Nachfolge Heyes zum Reichspräsidenten nach Neudeck fuhr, sagte mir Schleicher: "Schade um Hammerstein. Stülpnagel wird jetzt Chef H.L." Die Entscheidung fiel also Hindenburg gegen den Vortrag Groeners. N.E. war sie richtig.

Abschließend möchte ich Ihnen doch zu bedenken geben, daß es eigentlich unwahrscheinlich ist, wenn ein Mann im Kreise seiner Mitarbeiter und Untergebenen so geschätzt wird wie Schleicher, daß er dann ein so unerfreulicher Charakter sein kann, wie er nach Ihrer Darstellung - jedenfalls in der zweiten Hälfte Ihres Buches - sein müßte.

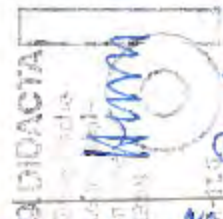
Ist nicht gerade die völlig andere Beurteilung eines so kritischen Soldaten wie Manstein (in seinen Erinnerungen, nicht in "Verlorene Siege") ein Hinweis, alles, was in der von Emotionen und tendenziösen Memoiren aufgewühlten Zeit geschrieben wurde, immer wieder zu überdenken ?

Ich stehe Ihnen jederzeit zu weiterer Auskunft zur Verfügung und bedauere nur, daß die große Entfernung eine persönliche Aussprache nicht ganz einfach macht. Ich bin Jahrgang 1892 und daher nicht mehr sehr reiselustig.

Mit verbindlichen Grüßen  
Ihr ergebener

P.S.

Wir haben übrigens einmal zur Zeit des Buchrucker-Putsches zusammengewirkt. Kurz bevor Sie in Küstrin Buchrucker verhafteten, trat er in Prenzlau beim Landbund auf, der bei uns die Mittel für die geheime Aufrüstung (Verdreifachung beim Ostkonflikt) aufbrachte. Ich stellte ihn vor die Frage, wie er zur Reichswehr stünde, da er auswich, warnte ich den Landbund und Hardenberg, der wie ich ehrenamtlich mit W.K. III zusammenarbeitete.



Botrochepka a. D. Ost.

8. November 1947

Amrudsche, A. O. Ost.  
14.11.47

Während dem und dem Herrn mit  
besten Wünschen am Herz zu Herz  
Herzgrüßung.

Das Fernsehspiel der neuen alten Freund  
am 21.12. war inhaltlich gut und wurde ihm  
gesehen, anerkennend und wohl Ant-Lagen von  
Dr. V. Linde. War das Marken waren die  
auf Kucheln in Papier sehr ähnlich. Ein  
erfreulicher Feststoff? Auch sonst mal mal  
Einen im Feiv. d. 6



Ein frohes Neues Jahr

dein best. Ott.

ZS/R-32 / 12 - 134  
Kummovv 22.10.67

Ich will mal wieder drauf geben. Bei uns ist alles soweit in Ordnung, im allem Kindern gute Nachrichten. 2 Söhne bei der Bahn, der noch ist am 2. Bz. in Natortübem in Kiel (als Korvettenkapitän) bei Reichsberg (Mag. i. F.) Beide Töchter sind noch in Hannover! Ich mache noch 3x die Woche bei meinem alten Landvolk-Vob. (Danien-Vob. - Niederwiesem) Dienst (mie. Mitarbeiter b. der Beschaffung), da du denke können Ersatz haben, auf den ich mit 2 Jahren dränge.

Im "Kampf in. Gekleser" hatte ich vorige Woche gutes Gespräch mit Prof. Rüssel-Mains, der mich an den Gacke hingekickt nachdem er wiederum direkt Monate in N. 5. 4. war. Er ist in. langem alter Ministerhistoriker und hat ein dickes Buch über Moltke (vor 10 Jahren) geschrieben, das ich gerade lese. Er kannte mich Erfürths Schriftsteller des Generalstabes, daher nicht

gehörig fund. Ich trauf nicht erst jetzt auf das Buch,  
dass in Pireto-Schleicher falsch n. wahrscheinlich ist, obwohl  
erfarte meine Darstellung aus der Lagerzeit kommt.

Ich schrieb an ihn - siehe Anlage - Antwort: Er sei hoch  
in die 50 und so mude, dass er nicht mehr gut ar-  
beiten konnte. Zudemfalls habe ich den Eindruck, dass  
sein Buch keine große "Publicity" hatte.

Ich hoffe, dass bei Ihnen alles Wohl ist. Ob  
und wann man sich mal wieder sehen ist fraglich,  
da wir beide wohl nicht mehr social reisen, von  
früher. Wenn es Not dem daran keine, würden  
meine Frau n. ich uns sehr freuen. Herzl. Gruss von Hans  
n. Hans.  
Hoch Ihr alter Jugendfreund

Institut für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

## INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN

TRÄGER: DER BUND UND DIE LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

MÜNCHEN 22, den 30.12.1952  
REITMORSTRASSE 29  
TELEFON 23201

Tgb. Nr. .... Ho/Sch

*pers. freigegeben 30.12.52*

An seine Exzellenz,  
den Herrn Botschafter a.D. Eugen O t t

I c k i n g / Isartal  
b. München

Exzellenz,

in der Anlage erlaube ich mir, Ihnen die gewünschten Auszüge aus Gordon A. Craig "Reichswehr und Nationalsozialismus" und Schotte "Das Kabinett Papen - Schleicher - Gayl" (Männer und Mächte) zu übersenden. Sie stammen aus der Materialsammlung des Herrn General Foertsch, in die Sie bei Ihrem letzten Besuch im Institut gerne Einblick nehmen wollten. Da uns die Schriften im Druck selbst nicht vorliegen, darf ich Sie höflichst bitten, die Auszüge gelegentlich an das Institut (Archiv) wieder zurückgeben zu wollen.

Mit den verbindlichsten Empfehlungen und den aufrichtigsten Wünschen für das Neue Jahr bin ich

Exzellenz ergebenster

*Anton Hoch*

(Dr.A.Hoch)

## INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN

TRAGER, DER BUND UND DIE LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

MÜNCHEN 22, den 8. 9. 1954  
REITMORSTRASSE 29  
TELEFON 23201

- Dr. Thilo Vogelsang -

Herrn

Botschafter a.D. Eugen Ott

I c k i n g

Tgb.Nr. Vg/be B 9

*a.g.: Dank, ob Leistung Ott  
für Botschafter, gerade besprochen  
Meine Niederschrift, Dank an  
Jörg v. Lohr als H. gesch.  
Q*

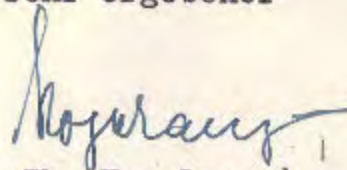
Sehr verehrter Herr Botschafter!

Zurückkommend auf unser Gespräch am vergangenen Donnerstag möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich nach Rücksprache mit Herrn Dr. Krausnick angesichts der Terminnot vorerst davon absehen möchte, in der Liebmann-Dokumentation die das Planspiel von 1932 betreffende Anmerkung entsprechend auszuweiten. Eine erhebliche Verzögerung der Herstellung des Oktoberheftes würde die Folge sein. Deshalb habe ich zunächst eine Niederschrift angefertigt und werde ja im 6. Kapitel meines Buches (Schleicher als Reichskanzler) ohnehin in aller Ausführlichkeit auf diese Frage zurückkommen müssen. Vielleicht lässt sich die Aktennotiz bis dahin noch in manchem ergänzen. Der Durchschlag ist für Sie bestimmt.

Darf ich den Brief Noeldechens Herrn von Holtzendorff zurücksenden?

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener



(Dr. Th. Vogelsang)

Anlage

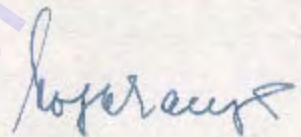
- Dr. Thilo Vogelsang -

A k t e n n o t i z

Am Donnerstag, den 2. September 1954, besuchte mich im Institut der Botschafter a.D. Eugen Ott. Wir sprachen kurz über mein Arbeitsvorhaben zur Geschichte von Wehrmacht und Staat. Ott, der im Oktober des Jahres nach München übersiedeln wird, sicherte mir rege Anteilnahme und eine ständige Bereitschaft für Auskünfte aller Art zu. Er hatte inzwischen von den Fahnen der Liebmann-Dokumentation Kenntnis genommen und gab zur Vorgeschichte des Kabinetts Schleicher nachfolgende Einzelheiten bekannt: Nach der Absetzung der preußischen Regierung durch das Kabinett Papen (20. Juli 1932) wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, um seitens des Reiches auf den bevorstehenden Prozeß vor dem Staatsgerichtshof vorbereitet zu sein. Diesem Ausschuß gehörten u. a. die Staatsrechtler Carl Schmitt, Bilfinger und Jacobi, vom Ministeramt im RWM Ott, Carlowitz und Marcks an. Als später im Herbst die begründete Besorgnis entstand, der Artikel 48 RV. könne durch eine fortgesetzte bis zum Ausnahmezustand führende Anwendung "zu Tode geritten" werden, entstand in diesem Gremium der Wunsch, vorausschauend die Auswirkungen einer solchen Situation auf die Reichswehr zu untersuchen. Schleicher, der sich zunächst darunter nichts vorstellen konnte, wurde dann förmlich dazu gedrängt, seine Zustimmung zu einem entsprechenden Planspiel zu geben, welches Ende November in Zusammenarbeit mit Wehrmacht, Polizei und Technischer Nothilfe durchgeführt und wobei eine extrem schlechte Lage (Widerstand von Rechts und Links) zugrundegelegt wurde. Von dem negativen Ergebnis des Planspieles war Schleicher stark beeindruckt und musste es daher, als in der entsprechenden Sitzung des Kabinetts Papen am 2. Dezember 1932 jener die Anwendung des Staatsnotstandes vorschlug, pflichtgemäss zur Sprache bringen.

Daraufhin sah sich Hindenburg nicht mehr in der Lage, den bisherigen Reichskanzler von Papen mit der Bildung einer neuen Regierung zu betrauen. Schleicher wurde Reichskanzler. Immerhin war diese Wendung in der Politik nur eine der unbeabsichtigten Folgen des Planspieles. Eine andere zum Beispiel ergab sich aus einer Anfang Dezember 1932 stattgefundenen Besprechung zwischen Ott und Herrn von Manteuffel vom Reichfinanzministerium, in der eine sofortige erhebliche Aufbesserung der Reichsmittel für die Technische Nothilfe zugesagt wurde.

6. 9. 1954



(Dr. Th. Vogelsang)

Lieber Ott!

Da ich in der Woche bis 20 Uhr nur Kurse absehe  
bin, habe ich leider nur Sonntags Zeit für persön-  
liche Dinge mit Raim. Raus und heute für Ihre  
freundlichen Briefe vom 31. 1. Danken. Zu Ihrer  
Frage Raim ist nur aus dem Gedächtnis Stellung  
nehmung da ich schriftliche Unterlagen nicht  
besitze.

Ich stand persönlich von Anfang an dem Be-  
rückung der Schleicher, eine Spaltung der NSDAP  
unter Voraussetzung der zwei Jahre damals in ihre be-  
stehenden Krise herbeiführen, äußerst skeptisch  
gegenüber, da mir die Person und Stellung Hitlers  
damals stark genug erschien, Derselbes zu ver-  
hindern. Schleicher mußte diese Chance nutzen  
aber auch sehr bald erkennen, daß eine Spaltung  
trotz dem Grafen Trick und andere dem Kurs Hit-  
lers nicht billiger, nicht möglich war. Schleicher  
versucht Grafen als Einzellösung ins Kabinett  
zu nehmen oder gar an diesem selbst, denn er  
lehnte ab, wohl auf Druck von Goebbels hin. Auch  
hätte wohl diese Maßnahme die von Schleicher er-  
hoffte Britenwirkung auf weite Kreise der fan-  
tistischen NSDAP nicht gehabt, da diese unter allen  
Umständen ihr Ziel auf dem Kanzlerposten sehen  
wollten. Nach Ablehnung Grafens kam ein weiteres  
Schritt in dieser Richtung wohl Raus in Frage. Hin-  
zu Raus wohl auch, daß die Gewerkschaften, mit denen  
Schleicher in dieser Zeit zunächst sehr erfolgreich verhandelt  
verhandelte, dem Ernst der Stunde, der selbstverständ-  
lich auch von ihnen Opfer forderte, nicht erwidern

Dass Solleiden weitere Verlautbarungen in dieser Rich-  
tung mit Rücksicht auf die Deutschnationalen  
zurückgestellt hat, glaube ich nicht. Diese befasst  
sich mit seinem Programm sowohl im Gegensatz  
zur Schwerindustrie, wie zum Landbau und hat  
Hugenburgs politische Betätigung immer als un-  
heilvoll angesehen. Auch besonders viel die Deutschnationalen sind „Fründner der sogenannten  
„Harzburger Front“ völlig im Gegensatz zu Hillers,  
der ja dem später auch über sie zur Tagesord-  
nung überging. So blieb Solleiden mir übrig, dem  
Reichspräsidenten um Vollmacht zur Auflösung  
des Reichstages zu bitten und den Weg des  
Kampfes, eigentlich gegen alle, zu gehen. Dem  
Reichspräsidenten war diese Alternative zu stellen  
schien ihm immer notwendiger als er bereits  
am 6.1. um die Finanzierung des Papen-Hil-  
les am 4.1. bei Schindler in Köln erfahren hatte  
und sich aus diesem Zeitpunkt an - wie sich  
später herausstellte mit Reich - des vereinige-  
schreibenden Vorkommens des Reichspräsidenten  
nicht mehr ganz sicher fühlte. Hierzu trat die plötz-  
lich ganz veränderte Einstellung von Kaiser o. Hillers  
daneben ihre gegenüber, über die er sich mir ge-  
genüber liberaler beklagte, bei. Solleiden selbst  
war deshalb sehr im Zweifel, ob es die von ihm  
daneben abhänger Vollmachten erhalten würde.  
Eine völlig antwortende Antwort auf Ihre Frage  
würde wohl nur Plauts geben können.  
Ich resp. mich ob dieser Vorstände gemüht, soll-  
ten Sie weitere Fragen haben, bin ich gerne be-  
reit diese nach bestem Wissen zu beantworten.  
Für Euch sehr herzlich Grüße!

Im Hochachtungsvoll  
H. Koedder

**INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN**

TRÄGER: DER BUND UND DIE LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

MÜNCHEN 22, den 5. 11. 1954  
REITMORSTRASSE 29  
TELEFON 23201

- Dr. Thilo Vogelsang -

Tgb. Nr. Vg/be B 9

Herrn

Botschafter a.D. Eugen Ott

M ü n c h e n 23

Konradstr. 10 I

*Stark 22.  
20.30**Freitag 20.30  
Ohmstr.*

Sehr verehrter Herr Botschafter!

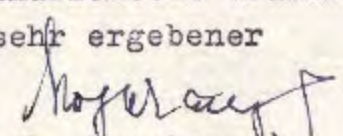
Für die liebenswürdige Mitteilung Ihrer Anschrift möchte ich Ihnen herzlich danken; gleichzeitig erlaube ich mir, Ihnen einen Sonderdruck der Dokumentation zu überreichen. Voraussichtlich am 25. November wird das Institut ein Colloquium über das Thema „Wehrmacht und Staat“ veranstalten, zu dem ich Sie schon jetzt einladen darf. Genauere Benachrichtigungen werden noch ergehen. *So. 11.*

Da ich inzwischen zur Darstellung des 1. Kapitels meiner Arbeit „Von der Schaffung des Ministeramtes im RWM bis zur Bildung des Kabinetts Brüning (1929-1930)“ übergegangen bin, würde ich mich sehr freuen, wenn wir uns recht bald einmal - nach Möglichkeit noch vor dem Colloquium - über einige zu diesem Kapitel gehörige Fragen unterhalten könnten: entweder im Institut oder abends bei mir „zu Hause“ (München 23, Ohmstr. 13 I). Zu diesem Zwecke würde ich Ihnen gern einige Stücke aus dem Schleicherschen Nachlaß vorlegen.

Für heute verbleibe ich

mit verbindlichsten Grüßen

Ihr sehr ergebener

  
(Dr. Th. Vogelsang)

**INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN**

TRÄGER: DER BUND UND DIE LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

- Dr. Thilo Vogelsang -

MÜNCHEN 22, den 27. 8. 1954  
REITMORSTRASSE 29  
TELEFON 23201

Tab. Nr. Vg/be B 9

Herrn

Botschafter a.D. Eugen Ott

I c k i n g

Obb.

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Seitens des Instituts bin ich beauftragt worden, die seinerzeit von Herrn General a.D. Foertsch begonnenen Vorarbeiten für wehrgeschichtliche Forschungen wieder aufzunehmen und das Thema „Wehrmacht, Staat und NSDAP 1929-35“ zu bearbeiten. Ich begrüße es, bei dieser Gelegenheit auch die Verbindung mit Ihnen, Herr Botschafter, der Sie dem Institut schon so viel Material zur Verfügung gestellt haben, wieder herstellen zu können.

Anlässlich eines Besuches in Hannover wies mich Herr von Holtzendorff darauf hin, daß sich bei Ihnen Kommentare von der Hand Noeldechens zu den Meißner'schen Memoiren befinden. Diese Aufzeichnungen würden mich sehr interessieren, und ich möchte daher die Bitte aussprechen, ob Sie nicht die Niederschriften mir für einige Zeit zur Einsichtnahme und Auswertung zur Verfügung stellen könnten?

Gleichzeitig erlaube ich mir (mit der Bitte um Rückgabe) Ihnen die ersten Fahnen der von mir bearbeiteten und kommentierten Aufzeichnungen des Generals Liebmann zu übersenden. Sie hatten schon früher einmal davon Kenntnis nehmen können, und ich habe auch einige Bemerkungen, die Sie hierzu seinerzeit gemacht hatten, verwerten können. Die Aufzeichnungen haben in dieser Form bereits den Herren Foertsch, Kunrat Frhr. von Hammerstein, von Holtzendorff und Kuntzen vorgelegen und sollen als Dokumentation im Oktoberheft unserer Zeitschrift erscheinen. Vielleicht fällt Ihnen noch das eine oder andere zu den dort bearbeiteten Fragen ein. Es würde mich freuen, wenn ich mit Ihnen, sehr verehrter Herr Botschafter, besonders hinsichtlich meines oben genannten Vorhabens in ein sich

mehr und mehr vertiefendes Gespräch kommen könnte und bin der Überzeugung, daß Sie mit Erinnerung und kritischer Rückschau dem Institut und seiner Arbeit eine ausserordentliche Hilfe sein würden.

Mit den besten Empfehlungen, auch von Herrn General Foertsch,

Ihr sehr ergebener



(Dr. Th. Vogelsang)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FZG  
MAILPOST  
SPEZIAL-P

**INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN**

TRÄGER: DER BUND UND DIE LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

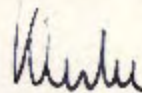
MÜNCHEN 22, den 14. April 1954  
REITMORSTRASSE 29  
TELEFON 23201Herrn  
Botschafter a.D. O t t  
I c k i n g  
bei München

Tgb. Nr. Kl/sg

Sehr verehrter Herr Botschafter !

Von Herrn Hoch erfuhr ich, daß Sie sich während meiner Abwesenheit fernmündlich nach den Arbeiten des Instituts erkundigten. Es wird mir eine besondere Freude sein, Ihnen darüber einmal persönlich erzählen zu können. Es wäre mir sehr erwünscht, wenn Sie mir nach meiner Rückkehr aus einem kurzen Osterurlaub Gelegenheit geben würden, Ihre Bekanntschaft machen zu dürfen, und ich werde mir sogleich nach Rückkehr erlauben, Ihnen zu schreiben, um einen Ihnen zusagenden Ort und Zeitpunkt dafür festzustellen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung  
Ihr ganz ergebener



(Dr. P. Kluge).

**INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN**

TRÄGER: DER BUND UND DIE LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

MÜNCHEN 22, den 17.11.54  
REITMORSTRASSE 29  
TELEFON 23201Herrn  
Botschafter a.D.  
Eugen Ott  
München 23  
Konradstr. 10

Tgb. Nr. ....

*Empfang 18.11.*

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Das Institut für Zeitgeschichte gibt sich die Ehre,  
Sie für Dienstag, den 30. November 1954, 20 Uhr c.t., zu  
seinem zweiten

Z e i t g e s c h i c h t l i c h e n  
C o l l o q u i u m

im Sitzungssaal des Landesamtes München, Schack-  
straße 2, ergebenst einzuladen. Das einleitende Referat  
hält Dr. Thilo Vogelsang zum Thema

"Wehrmacht und Staat",

erörtert an wichtigen innerpolitischen Ereignissen zwischen  
1930 und 1934.

In vorzüglicher Hochachtung

*Kluke*

(Dr. Paul Kluke)

U.A.w.g.

## INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN

- Dr. Thilo Vogelsang -

MÜNCHEN 22, den 16.8.1955  
REITMORSTRASSE 29  
TELEFON 23201Tgb.Nr. Vg/Wo B 9Herrn  
Botschafter a.D. Eugen Ott  
München 23  
Konradstr. 10/I

Sehr verehrter Herr Botschafter!

In Fortführung meines Themas "Wehrmacht, Staat und NSDAP 1929-1935" habe ich mich jetzt dem 8. Kapitel, den Monaten nach dem 30.1.1933 zugewandt. Da die Quellenlage nach wie vor unerfreulich ist, möchte ich versuchen, von den damals Beteiligten durch spezielle Fragen soviel Einzelheiten wie irgend möglich zu erfahren.

Es geht vor allem um die "neue" Politik des Ministeramtes, um die Haltung Reichenaus und Blombergs. Die Grundlage meiner heutigen Bitte sind die Notizen zu den Liebmannschen Aufzeichnungen, von Ihnen am 18. Februar 1952 dem Institut freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Da ich nicht weiß, ob Sie noch einen Durchschlag zur Hand haben, lasse ich den Text folgen:

"Aus Seite 44 geht hervor, daß in einer Besprechung in Berlin Ende Februar (1933) eine Weisung herausgegeben worden ist,

"daß wir uns an dem inneren Kampf, den die Regierung mit den staatlichen Machtmitteln, aber auch mit der nat. soz. Organisation gegen den Kommunismus u. Marxismus zu führen gedenkt, zwar nicht beteiligen, ihm gegenüber doch in wohlwollender Neutralität verharren sollen ..."

... Es handelt sich um eine Besprechung, die Reichenau im Auftrag des Min. mit den Befehlshabern führte. Ich erinnere seine Ausführungen in großen Zügen:

Erkenntnis ist notwendig, daß wir in einer Revolution stehen. Morsches im Staat muß fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Die Partei will gegen den Marxismus rücksichtslos vorgehen. Aufgabe der Wehrmacht, Gewehr bei Fuß. Keine Unterstützung, falls Verfolgte Zuflucht bei der Truppe suchen ...

Die Befehlshaber waren stark betroffen, protestierten aber nicht. Beim Weggehen sagten mir Rundstedt und Seutter von Lötzen, sie wollten sehen, wie sie diese gefährliche Wendung

abschwächen könnten. Mein eigener Protest bei Reichenau und meine Abschiedsrede für Schleicher waren m.E. ausschlaggebend für meine Ablösung als Chef W."

Hier knüpfen nun meine Fragen an:

1. Das Datum. a) Fand diese Besprechung mit den Ausführungen Reichenaus im Anschluß an den Vorgang des Reichstagsbrandes (27.2. abends) statt? Wenn ja, dann müßte man den 28.2. als Tag der Benachrichtigung und Anreise einkalkulieren, und die Befehlshaberbesprechung hätte dann (frühestens) am 1. März stattfinden können. Vgl. dazu die ähnlich lautenden Weisungen des RWM, die nach einem Divisionsbefehl Liebmanns vom 3.3. am 1. März in Berlin ausgegeben wurden (als Anlage beigelegt).

b) Sollten jedoch die Ausführungen Reichenaus vor dem Ereignis des Reichstagsbrandes erfolgt sein, dann hätten praktisch doch wohl zwei Besprechungen stattgefunden. Auch Liebmann spricht von zwei Besprechungen im Februar, die eine zu Beginn (3.2.), die andere Ende des Monats. Und Sie schreiben, daß Reichenau im Auftrage des Ministers gesprochen habe [Blomberg war am 23.2. (Freitag) in München, am 24.2. (Samstag) in Stuttgart und Karlsruhe, und an einem Montag (26.2.) pflegten doch wohl kaum Besprechungen zu sein]. Dann würde man als Datum den 22.-24. Februar anzusetzen haben und gleichzeitig zu der Erkenntnis gelangen, daß die Aktionen der Regierung und der NSDAP gegen Kommunismus und Marxismus schon vor dem Reichstagsbrande geplant wurden und mit der Wehrmacht abgesprochen wurden. Solches würde gleichzeitig ein zusätzlicher Hinweis dafür sein, daß der Brand keinesfalls mehr als das auslösende Moment dieser Aktionen angesehen werden kann, wie es die offizielle Propaganda 1933 tat. Die Besprechung am 1.3. (s.o.) müßte dann als dritte Besprechung seit der "Machtübernahme" angesehen werden.

2. Zur Sache. Bei der Untersuchung der Texte hätte Reichenau am 22.-24. Febr. (?) von einer Bekämpfung des Kommunismus und Marxismus gesprochen, Blomberg am 1. März dagegen von einer Bekämpfung nur des Kommunismus?

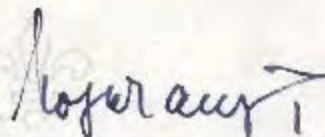
3. Ihr Ausscheiden als Chef W. Nach Ihrer Ansicht sind ausschlaggebend gewesen "mein eigener Protest bei Reichenau"

und "meine Abschiedsrede für Schleicher". Läßt sich dieses noch datieren? Ich glaube, daß dieser Protest zeitlich in die eben rekonstruierten Tage (22.-24. Februar, falls die Voraussetzung 1a) nicht zutrifft) fällt, wohl im Anschluß an die Ausführungen Reichenaus, denn Dr. D. Mende berichtet, daß er Sie am 27.2. abends, also am Abend des Brandes, bei Carlowitz getroffen habe, und Sie hätten bereits, vor die Wahl gestellt, nach Weiße, Flensburg oder Konstanz zu gehen, Konstanz gewählt. (Eine Zwischenfrage von mir: Wie kamen für Sie als Artilleristen Infanteriegarnisonen in Frage?) Wie nahmen Reichenau und Blomberg Ihren Protest auf? Wann schieden Sie aus (1.4.?) und wieso verfiel man bei der Wahl Ihres Nachfolgers auf Vietinghoff? (Wheeler-Bennett verbreitet S. 322 den Unsinn, Fromm sei als Leiter des Wehrmachtsamtes (sic!) Ihr Nachfolger geworden.)

4. Können Sie sich noch an Einzelheiten des "Neuen Kurses" entsinnen? Wann z.B. hielten Sie die Abschiedsrede auf Schleicher? Mich würden auch vor allem Beobachtungen interessieren, die zur Abrundung des sehr schwer zu zeichnenden persönlichen Bildes von Reichenau führen können.

Zur Frage der für mich sehr wichtigen Datierung der Befehlshaber-Besprechung werde ich mir erlauben, einen Durchschlag dieses Briefes an Herrn General Liebmann zu senden. Für eine gelegentliche Beantwortung meiner Fragen wäre ich Ihnen ganz besonders verbunden und verbleibe

in vorzüglicher Hochachtung  
Ihr sehr ergebener



(Dr. Thilo Vogelsang)

A b s c h r i f t

(Geheime Kommandosache)

Stuttgart, den 3. März 1933

Wehrkreiskommando V

Ia/Ic Nr. 132/33 geh.Kdos.

Bei der Befehls<sup>later</sup>besprechung in Berlin am 1.3. hat der Reichswehrminister folgende Weisungen erteilt:

Die Reichsregierung ist angesichts der Brandstiftung in Berlin und angesichts der aufgedeckten Terrorpläne der kommunistischen Partei zum schärfsten Einschreiten gegen diese Partei entschlossen und hat sich durch die Notverordnung vom 28.2. die Möglichkeit geschaffen, alle staatlichen Machtmittel zu diesen Zwecken einzusetzen. Die Reichsregierung ist sich aber klar darüber, dass gegen die kommunistische Methode des Kleinkrieges die legalen Machtmittel allein nicht ausreichen. Der Kampf wird daher mit Zustimmung der Reichsregierung auch durch die nationalen Verbände, und zwar nicht nur abwehrend, sondern offensiv geführt werden.

Die Wehrmacht ist zum Kampf nach aussen bestimmt; sie hat mit den inneren Kämpfen nichts zu schaffen und hält sich von ihnen fern. Sie soll auf der andern Seite die Aktion der nationalen Verbände auch nicht stören und ihr gegenüber in wohlwollender Neutralität verharren. Die örtlichen Führer der nationalen Verbände sind über die Haltung, die die Wehrmacht ihren Aktionen gegenüber einzunehmen beabsichtigt, zu unterrichten.

Die Stellung der Wehrmacht gegenüber den Teilen der nationalen Verbände, die als "Hilfspolizei" eingesetzt sind, ist die gleichwie gegenüber der regulären Polizei. Anforderungen auf Bewaffnung und Ausrüstung der Hilfspolizei aus militärischen Beständen oder auf ihre Unterbringung in militärischen Räumen sind unter Hinweis darauf, dass jede Abgabe die Verwendungsfähigkeit der Truppe in Frage stellen würde, abzulehnen.-

Ich befehle hierzu

- 1.) Die Fühlung mit den örtlichen Führern der nationalen Verbände ist durch die Kommandanten und Standortältesten unverzüglich aufzunehmen.
- 2.) Die Kommandanten und Standortältesten treffen Vorsorge, daß sich in der Nacht vom 5. zum 6.3. keine Militärpersonen in Uniform auf den Straßen zeigen. Vom 5.3. 20.00Uhr ab bis zum Morgen des 6.3. haben die kasernierten Heeresangehörigen sich in den Kasernen, die außerhalb wohnenden in ihren Wohnungen aufzuhalten. Urlaub

ist nur in besonders dringenden Ausnahmefällen zu erteilen.

Die Fernsprechvermittlungen sind in der Nacht vom 5. zum 6.3. besetzt zu halten. Die Kommandanten und Standortältesten oder ihre Vertreter müssen ständig erreichbar sein. Besondere Vorkommnisse in den Standorten sind dem Wehrkr.Kdo.Abtlg. Ic umgehend fernmündlich zu melden.

Der Befehlshaber

gez. Liebmann

Verteiler:

Pers. den Herren Kdren pp. durch Kurier

T.B. Thüringen  
 J.Fü V, A.Fü.V  
 I.R.13,14,15  
 I.II.III.A./13,14,15  
 Stab, I.II.III./A.R.5  
 Pi.5,N.5,Kf.5,S.5  
 Zeugamt Kassel  
 St.Kdo.Hofgeismar, Langensalza,  
 Fritzlär, Villingen  
 R.R.16,18  
 Kdtr. Stuttgart, Ulm, Münsingen,  
 Ohrdruf  
 Ia,Ic,Ib,III

## Anlage zu Ziffer 11

Von General der Infanterie a.D. L i e b m a n n sind dem Institut ausführliche Notizen über die Befehlshaberbesprechungen zwischen 1930 und 1935 überlassen worden. In einer Besprechung des Chef HL auf der Führerreise am 21.5.1932 wurde den Teilnehmern folgendes mitgeteilt:

Gröner wurde seinerzeit mit Unterstützung der Heeresleitung Innen- u. Wehrminister, weil schon damals klar, daß Abbau der militärischen Organisationen nötig. Nur möglich, wenn etwas anderes zu bieten. Seit Jahren Verhandlungen mit Innenministerium wegen überparteilicher Sportorganisation. Da sie nicht vorwärts kamen, dafür eingesetzt, daß Gröner Reichsinnenministerium übernahm und vorwärts trieb. Suspekte Leute hinaus. Nicht geschehen. Gröner ist von freundlichen Leuten (Min. Dir. im Innenministerium) eingewickelt worden. Förderung der militärischen Belange kam nicht zustande.

Dann Wahl Reichspräsident. Wild hergegangen. Rechte, außer Kyffhäuser, hat sich töricht benommen. Alte Offiziere ungeschön. Durch Verhalten der Rechten Eindruck entstanden, daß Reichspräsident nicht überparteilich, sondern Kandidat der Linken. Feldmarschall hat keine parteipolitischen Bindungen angenommen. Nicht seine Schuld, daß es so aussah. Fälschung. Aus dieser Wiederwahl gewisse Konsequenzen.

Unglückliches Verbot der SA. Gröner läßt eines Tages Chefs HL, MI, Ministeramt kommen und teilt Tatsache mit (1 Woche vorher). Kenntnis genommen und gesagt: Zeitpunkt und Form eingehend zu erwägen und vorsichtig sein! Reif gemacht durch Schuld von SA Unterführern. (Pommern Grenzschutz verweigert). Halle (Tradition 36er) Nummer der alten Regimenter. Haufen von Dummheiten und Anmaßungen! Nach Mitteilung rechtseitig stark mit Gröner um Verbot gekämpft; Absicht: Ultimatum an SA; Umstellung. Hitler wäre darauf eingegangen, hätte Dummheiten abgestellt. Prozess in Leipzig: Zentraleitung kann nachweisen, daß sie andere Befehle gegeben. (Verschiedene Strömungen in NSDAP. Zentrale ganz verständig). Getan, was möglich. Zum erstenmal nicht durchgedrungen; aber gegenüber Reichsinnenministerium, nicht RWM. Zeitpunkt kompromittiert Feldmarschall (musste als Bazhlung nach links aussehen). Trotzdem Verbot durchgegangen. Warum hat Feldmarschall unterschrieben? Zunächst geweigert. Dann aber einstimmiger Kabinettsbeschluss (?) und Reichsinnenminister gesagt, daß Gefahr für Staat. Daraufhin hat Feldmarschall ablehnenden Standpunkt aufgegeben und Order unterschrieben. Brüning hat sie geduldet aus allgemein politischen Gründen, war nicht mit vollem Herzen dabei. In die

In diesen Tagen große Mühe gegeben, die üblichen Drahtziehereien im Reichsministerium (nicht Gröner, dieser ehrlich) - "reizen, dann wehren, Aufstände, dann Ausnahmezustand und Absagen der Preußenwahlen, also Provokationsabsicht" das Handwerk zu legen. Gelungen! Rat an SA sich zu fügen, sonst üble Folgen.

Brief Reichspräsident soll Gerechtigkeit wieder herstellen. War nötig! Nachdem SA diszipliniert gezeigt.

Gröner schwerer Kampf. Hat als Reichsinnenminister gehandelt. Vereinigung konnte nicht weitergehen. Eigentlicher Zweck nicht erfüllt, nun ganz schief. Aktion SA war rein innen- und parteipolitisch. Überparteilichkeit der Wehrmacht war verletzt, auch Minister muß überparteilich sein. Verkoppelung des hochpolitischen und des überparteilichen Ministeriums mußte gelöst werden. Darüber Einigkeit mit Reichspräsidenten. Nicht gedrängt. Reichstag brachte Beschleunigung.

Reichspräsident stellt sofort Forderung. Lösung in mildester Form.

Verkoppelung war Fehler! Auch Schleicher sieht das ein. Kein Schimpfen über Gröner, sondern Erklärung, daß aus Zwiespalt zwischen politischen und überparteilichen Ministerium entstanden (Gröner "Überzeugungstäter".)

## INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN

- Dr. Thilo Vogelsang -

MÜNCHEN 27, den 6.5.1958  
MOHLSTRASSE 26  
TELEFON 481845/46

Az. B 9

Herrn  
Botschafter a.D. Eugen Ott  
München 23  
Conradstr. 10

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Zurückkommend auf mein Versprechen vom Montag  
abend übersende ich Ihnen beifolgend den Sonder-  
druck "Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP".

Mit den besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

*Thilo Vogelsang*

Herrn Doktor  
Thilo Vogelsang.

München 27.

Mühlstraße 27

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang !

Mir steht in sehr guter Erinnerung unsere Unterhaltungen und unser Schriftverkehr über den Fall Schleicher. Sie haben sich damals mit großer Hingabe für die Findung der Wahrheit eingesetzt, die ja in Verbindung mit Schleicher wirklich noch sehr im Argen liegt.

Ich erlaube mir nun heute Sie auf zwei Punkte ~~zu~~ zu sprechen, und zwar 1.) auf den schon angedeuteten Fall Schleicher und 2.) auf den Artikel im Heft Nr. 4 der "Zeitgeschichte" von Dr. Karl Heinz Janssen.

Ich erlaube mir mit dem Fall Schleicher zu beginnen. Vor einiger Zeit wurde mir die Süddeutsche Zeitung Nr. 284 vom 27. Nov. 59 zugeschickt. Sie werden selber den Artikel gelesen haben "Kleine Ursachen - geschichtliche Wirkungen". "Kongreß für Zeitgeschichte: Theodor Eschenburg über Weimars Agonie." Da heißt es wörtlich:

"Als Theodor Eschenburg auf den fragwürdigen Schleicher zu sprechen kam und darob - in der Diskussion - auf Widerstand stieß, verteidigte er sich mit dem Argument: Schleicher war eine der windigsten, unzuverlässigsten, intrigantesten und unangenehmsten Gestalten, denen ich je begegnet bin; ich habe ihn gekannt, er war ein richtiger Reichswehr - Lobbyist."

Unter der Annahme, daß diese Wiedergabe richtig ist, darf ich Ihnen sagen, daß ich vor Staunen und Empörung zunächst beinahe umgeschlagen bin. Meine nächste Reaktion war: "Du mußt für den toten Freund einspringen, und Herrn Eschenburg auf Pistolen fordern."

Meine dritte Reaktion war: dieser sonst so vortreffliche Historiker muß offenbar eine geistige Trübung erlitten haben.

Bitte, verehrter Herr Dr. Vogelsang, ich kann u. will nicht mit diesen Zeilen ein Werk über die politischen Auswirkungen von Schleicher in der Zeit von 1918 - 1934 schreiben. Dazu nur die

kleine Nebenbemerkung : hätte Herr Prof. Eschenburg diese vielen einzigartigen schweren Aufgaben, die Schleicher gemeistert hat, ebenso, ~~so~~ gut, oder besser behandelt? Ich nenne nur 1918 das Bündnis mit Ebert, die Niederschlagung der Aufstände in Deutschland von 1918 - 1923, die Aufstellung der Reichswehr und Vieles Andere. Schleicher war es - und dreimal gesagt Schleicher?! Seine Vorgesetzten waren ~~so~~ so klug, auf ihn zu hören und die Verantwortung zu übernehmen.

Ich wollte aber heute eigentlich nur auf den Menschen Schleicher zu sprechen kommen. Da Sie sich persönlich mit ihm so eingehend beschäftigt haben, nehme ich an, ich sage Ihnen nicht viel Neues. Ist es nicht auffallend, man möchte fast sagen geradezu erstaunlich, daß Schleicher überall, wo er in einer Gemeinschaft aufgetreten ist, in gleicher Weise beurteilt und hoch geachtet wird? Nehmen Sie die Zeiten als junger Offizier im 3. Garde Regt. z.F., nehmen Sie die Zeiten als Generalstabsoffizier im ersten Weltkriege, nehmen Sie die Zeiten als Chef des Minister Amtes nach dem ersten Weltkrieg - in allen diesen Abschnitten hatten seine Vorgesetzten, seine Untergebenen und seine Kameraden jahrelang die Möglichkeit, ihn menschlich zu beurteilen. Und sie waren alle scharfe Kritiker, am schärfsten naturgemäß die Kameraden, und überall mit verblüffender Einmütigkeit das Urteil: höchste Intelligenz, absolute Loyalität, vollkommene Furchtlosigkeit, Warmherzigkeit, zuverlässige Kameradschaftlichkeit und fleißigste Hingabe für seine Pflichten. Und als Gegengewicht ein großartiger Humor, oft mit einem herrlichen herzerfrischenden Lachen.

Für die verschiedenen Abschnitte darf ich Sie aufmerksam machen auf die eingehende Schilderung in Maastains zweitem Buch über Schleicher als Leutnant und später. Für den zweiten Abschnitt Kriegs Akademie und Generalstab füge ich zwei Briefe seiner Freunde, der Generale von dem Bussche und Poten bei (letzterer wohnt in Hannover, Borchers Str. 33.) Und für den dritten Abschnitt darf ich auf den Botschafter außer Dienst Herrn Ott (seinen kürzlichen Artikel - (ich kann ihn im Moment nicht finden, aber ich nehme an, Sie besitzen ihn in Ihrer Bibliothek) - und auf Schleichers Mitarbeiter Herrn Hans Henning von Holtzendorff, dem Sie ja auch kennen, hinweisen.

Alle diese - im Laufe vieler Jahrzehnte erhärteten - Urteile ~~ste~~ stehen im schroffsten Widerspruch zu den unbegreiflichen Ausführungen des Herrn Eschenburg. Finden Sie das nicht auch?

2.) Wollen Sie mir noch erlauben <sup>nach</sup> zu dem zweiten, ~~noch~~ ganz heterogenen Thema zu kommen. Es handelt sich um den Aufsatz von Herrn Karl Heinz Janssen in Ihrem letzten Heft für Zeitgeschichte "Der Wechsel in der obersten Heeresleitung 1916".

Da ich an diesem Thema brennend interessiert bin, habe ich darüber Herrn Dr. Janssen nach Hamburg 13, Brahmsallee 18 geschrieben (Adresse auf Seite 460 Ihres Heftes angegeben). Ich erlaube mir, Ihnen anbei eine Kopie zu übersenden, die Sie behalten können, wenn es Ihnen lohnt. Sie ersehen daraus, daß ich Herrn Janssen am 12. November 12 Seiten mit mehreren Anlagen geschickt habe und am 16. November noch einen zweiten kurzen Brief. Auf diese Schreiben habe ich niemals auch nur ein Wort gehört. Es könnte folgendes möglich sein:

1.) meine Briefe an Herrn Dr. Janssen sind nicht in ~~ihre~~ seine Hände gelangt.

2.) Ein Brief von Herrn Dr. Janssen <sup>an mich</sup> ist verloren gegangen.

3.) Herr Dr. Janssen befindet sich auf einer längeren Auslandsreise, oder ist erkrankt.

4.) Herr Dr. Janssen fühlt sich durch irgend eine Äußerung von mir gekränkt, was ich bedauern würde, denn eine solche Absicht lag mir selbstverständlich ganz fern.

Wenn diese 4 Gründe nicht vorliegen, so kann ich mir eigentlich schwer erklären, warum Herr Dr. Janssen mit keinem Wort auf meine Ausführungen reagiert hat. Glauben Sie, daß Sie diesen letzteren Fall gelegentlich mit Herrn Dr. Janssen klar stellen können? Was den ersten Teil meines Briefes anbetrifft, so können Sie mit dem Inhalt alles tun, was Sie für angemessen halten.

Mit verbindlichsten Grüßen

bin ich

Ihr sehr ergebener

*gef. v. P.*

Meine Adresse ist nicht mehr Meitingen, sondern Westheim bei Augsburg, Kapellenstraße 8

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eugen OTT.

z.Zt. Icking/Isartal, Februar 1952.

Bemerkungen zu den Schleicher-Akten  
-----  
des Instituts für Zeitgeschichte.  
-----

1. Teil Befehlshaberbesprechungen.

Seite 1/2. (Ansprache Liebmann April 1928.)

Der Verdacht, dass die Reichswehr bei der Arbeit für den Grenzschutz sich in Wirklichkeit für einen innerpolitischen Zweck - Umsturz der gegenwärtigen Staatsordnung oder Ähnliches - vorbereitet, ist mir selbst bei zahlreichen Gelegenheiten entgegengetreten. Die Quelle dieses Verdachts lag m.E. im Preuss. Innenministerium (Staatssekretär Abegg besonders zum 1. April) und teilte sich von dort aus der Provinz, Zivilverwaltung in den Provinzen mit. Ich erinnere mich einer Entsendung zum O.P. Magdeburg, der es ablehnte, an einer Besprechung über Landesschutz persönlich teilzunehmen desgl. zum Op. Breslau, der zwar teilnahm, aber seine Bedenken nachdrücklich aussprach. Unter diesen Einflüssen hat sich auch das Reichsbanner vielfach versagt. Für die Reichswehrführung entstand daraus eine starke Erschwerung, den Grenzschutz auf die notwendige breite Basis zu stellen. Das Misstrauen gegen das Reichsbanner war im Offizierkorps, besonders in den Grenzprovinzen Ost- und Westpreussen, Schlesien an sich tief, die Bemühungen des RWM, die Bereitwilligkeit führender Reichsbannerleute in Berlin dagegen anzuführen, scheiterten an den örtlichen Erfahrungen der Truppe, der sich das Reichsbanner versagte und das Misstrauen vertiefte.

Eine Änderung in der Haltung des Preuss. Innenmin. trat im Sommer 1932 mit dem Reichskommissar Bracht ein. Ich erhielt Gelegenheit zu einem Vortrag vor versammelten Verwaltungsbeamten der Provinzen, die ja nach der Absetzung der Preuss. Regierung vielfach unbesetzt waren. Die Mitarbeit am Landesschutz wurde allgemein als notwendig erkannt und zugesagt. Sie konnte sich aber nicht mehr auswirken, da die Staatsgewalt unter dem Parteidruck vom Sommer 32 ab praktisch zusammenbrach.

Seite 3. Die Tatsache, dass der 2. und 3. Reichswehrminister Süddeutsche gewesen sind, spielte m.E. bei dem preuss. Offizierkorps der RW. eine nicht unwesentliche Rolle in der kritischen Einstellung. Die hervorragenden Leistungen des Eisenbahnchefs Groener im Weltkrieg und seine späteren militärischen schriftstellerischen Erfolge wurden kaum erwähnt, wenn die Offiziere ihn kritisierten.

Seite 3 (Besprechung im RWM. 25.11.1930.)

Ich führte vom Frühjahr 1930 bis Sommer 1931 eine Abteilung Feldartl. in Ludwigsburg, war also nicht Mitarbeiter v. Schleichers in dieser Zeit. Die Ulmer Vorgänge erlebte ich in der Front, die betroffenen Offiziere gehörten der III. (Ulmer) Abteilung meines Regiments an, der Regtskdn. war Beck, der spätere Generalstabschef und Führer des Widerstandsvereins suchs vom 20. Juli.

Ich erinnere mich einer Offizierbesprechung Becks, in der er das Vorgehen gegen die Offiziere formell beanstandete, die Schuldfrage offen liess. Der Fall hat die mir unterstellten Offiziere auffallend weh getan, weil es Kameraden des gleichen Regiments waren.

das lag m.E. hauptsächlich an zwei Gründen:

1.) ein soldatischer Korpsgeist hatte sich noch nicht wieder gebildet. Das gilt mindestens für unsere damaligen süddeutschen Verhältnisse, wo die Zersplitterung eines Regimentsverbandes so gross war, dass der Stab und 1Abtlg in Fulda lag, 1Abteilung in Ludwigsburg und die dritte in Ulm.

2.) waren die Offiziere derart stark mit ihren Berufsfragen beschäftigt, im Besonderen der wissenschaftlichen Auswertung der Kriegserfahrungen, dass für politische Interessen kaum ein Raum blieb.

(Bei Übernahme der Abteilung fand ich eine solche Erstarrung in technischen, hauptsächlich mathematischen Studien vor, dass ich durch Voranstellen der Reitausbildung und durch Pflege gesellschaftlichen Auftretens bemüht sein musste, wieder Frische und Beweglichkeit in die Leutnants zu bringen.

Rückblickend habe ich den Eindruck, dass das RWM dem Ulmer Fall ein grösseres grundsätzliches Gewicht gegeben hat als vom Bild der Truppe aus gesehen notwendig war.

(Zur Entwicklung des damaligen Obersten Beck ist bemerkenswert, dass er 1930, als ich mich als Abteilungskommandeur in Fulda bei ihm meldete, die politische Haltung Schleichers, seine Zurückhaltung gegen den Nat. Soz. Mus., in stundenlanger Diskussion scharf angriff und grosse Hoffnungen auf Hitler und die Bewegung setzte. Das wiederholte sich im Manöver 1930, als die Partei den ersten grossen Wahlerfolg erzielte. Das Wahlergebnis wurde uns in einem Sonntagsquartier bekannt, wo ich mit Beck zusammen untergebracht war. Er feierte das Wahlergebnis und widersprach nachdrücklich den von mir -im alten Schleichergeist- geäusserten Bedenken.

1938 fand ich bei einem Aufenthalt in Deutschland Beck zum tief besorgten Gegner der Bewegung gewandelt. Mit bitterster Schärfe sprach er von der Behandlung Oesterreichs nach dem Einmarsch. "Hinter dem blanken Schild der Wehrmacht folgten die Aasgeier der Partei ..").

Seite 4. -Wanderredner des RWM.

Ich habe in den Jahren 1929/1930 auf den Truppenübungsplätzen eine Reihe von Divisionen gesprochen, Arys 1. Div., Döberitz, 3. Div., Königsbrück 4., Münsingen 5., Grafenwöhr 7. und ausserdem eine Reihe von Regimentern in ihren Standorten, regelmässig ferner die Kriegsschule Dresden jeden Monat. Ablehnung ist mir nur bei der Kriegsschule unter Falkenhausen entgegengetreten. Der Entwurf der Vorträge war vorher jeweils dem Chef Hltg. Gen. v. Hammerstein vorgelegt worden.

Bei der Marine erinnere ich mich eines einzigen Vortrags im Herbst 1933, bei dem die Stimmung recht primitiv und kritiklos auf Hitler eingestellt war.

Seite 6 Höhepunkt der Hetze gegen Seeckt im März 1924, als Seeckt aus eigenem Antrieb Brief an Ebert richtete, den mil. Ausnahmezustand aufzuheben, nachdem die Ordnung im Reich in hinreichendem Mass wiederhergestellt sei.

Seite 6 -Linkskurs des RWM.-

In der Frage des Panzerkreuzers setzte RWM seinen Plan gegen die SPD durch, obwohl die T3 heftige Bedenken geltend gemacht hatte, die Beziehungen zu Russland könnten darunter leiden.

Seite 7 die dargestellten Erfahrungen mit Verbänden waren ein Hauptthema der "Wanderreden".

## Blatt 3 .

Seite 7 unten -Gesetz gegen Landesverrat.

Die Basis der Verteidigung war für das RWM schwach und beengt, weil die Angreifer wie Weltbühne, Foerster, Helmuth von Gerlach u.A. die geheimen Rüstungen als Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles brandmarkten. Ihre hervorragenden Anwälte (Alsberg, Levy u. A.) waren auf dieser scheinbaren Rechtsgrundlage der Angriffe den Sachverständigen des RWM, die den Tatbestand nicht voll darstellen konnten, überlegen. Für RWM ebenso wie für das Reichsgericht eine sehr unerfreuliche Lage.

Eine gesetzliche Abhilfe wurde bis zur Machtübernahme nicht erreicht. Bei den Beratungen des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform vertrat zwar der Staatssekretär des Reichsjustizmin. Bunke, der spätere Präsident des Reichsgerichts, nachdrücklich die Verschärfung der Gesetze in scharfen Zusammenstößen mit Levy u.A., aber die Beratungen kamen 1932 nicht zum Abschluss.

Das Reichsgericht verbesserte inzwischen die Lage für das RWM durch die Formulierung eines Urteils: "Notwehr ist ein unverzichtbares Lebensrecht der Nation" und legalisierte damit die Landesschutzarbeit der Reichswehr.

Als ~~Sowjet~~ das RWM auf anderem Weg auf die Verschärfung des Staatsschutzes drang, stiess es auf den Widerstand des Reichsinnenministers v. Geyl. Ich erinnere mich seines Widerstandes gegen einen Antrag des RWM, die Polizeibefugnis gegen Störung der öffentlichen Ordnung zu erweitern. Es ahndelte sich damals im Herbst 1932 um die ständig wachsenden blutigen Zusammenstöße zwischen Rotfront und Sa. Geyl lehnte in einer Referentenberatung unsern Antrag ab, offenbar beeinflusst von den Annäherungsversuchen der deutsch-nationalen an die NSDAP.

Seite 8 --Kultur-und Theaterbolschewismus--.

Beispiele der Potemkin-Film und die Piscator-Inszenierungen. Diese Zersetzung des kulturellen Lebens wurde von der "Gesellschaft" in Berlin lebhaft unterstützt und finanziell gefestigt.

Seite 8-Politische Lage-

Darstellung richtig, aber die Idee der Seite 9, den nationalen Teil des Programms verwerten zu können d.h. die Idee der taktischen Verwertung der Bewegung für die Verfassung und Weimarer Republik war von jetzt an der ständige unheilvolle Irrtum.

Besprechung Chef HL. v. 21. v. 32.

Seiten 32, 33. Konflikt über SIA/Verbot wird von Seite Gröner als Treubruch Schleichers dargestellt, von Seite Hammerstein, Schleicher als notwendige Auswirkung der Interessen der Reichswehr. Wer Recht hat, kaum zu entscheiden. Meine eigene Erfahrung ging dahin, dass unmittelbar nach Bekanntwerden des Verbots die Chefs der Stäbe der Divisionen in grosser Beunruhigung anriefen und nach dem Grund dieser einseitigen Massnahme fragten. Meine Antwort war, dass es eine Massnahme des Reichsinnenministers sei, mit der die Wehrmacht nichts zu tun habe.

Aus gleicher Unruhe erbat General Reinhardt einen sofortigen aufklärenden Vortrag für seine Führergehilfen.

Bei der unglücklichen Reichstagsrede Gröners war Schleicher nicht anwesend, ich war als Beobachter für ihn im Reichstag. Nach Gröners Rede ersuchten mich sofort Graf Weddarp namens der Deutsch-Nationalen Schleicher zu verständigen, dass die Partei ein weiteres Verbleiben des Ministers für unmöglich halte. Ich unterrichtete Schl., der seinerseits Hammerstein aus einer Reise zurückrief und nach Beratung mit ihm, Gröner die Notwendigkeit des Rücktritts erklärte.

Schleicher als Reichskanzler (Dezember 1932).

Seite 34/37.

Vortrag Schleichers vor Wehrkreisbefehlshabern im RWM.

betr. Kriegsspiel OTT habe ich Einzelheiten bereits übergeben.

Der Übernahme der Kanzlerschaft ging u.A. eine Sondierung bei Hitler voraus, ob er zur Beteiligung am Kabinett bereit sei. Entsendung OTT Ende November nach Weimar:

Tel. Auftrag Schl.: Fahren Sie morgenfrüh nach Weimar und bieten Sie Herrn Hitler an, in ein geplantes Kabinett Schl. als Vizekanzler einzutreten, über Beteiligung seiner Partei an Ministerposten wäre Weiteres zu vereinbaren, Göring könnte Ministerpräsident Preussen übernehmen."

Für die Behandlung Hitlers erbat ich nachts den Rat eines Herrn von Zangen, der als Wirtschaftsvertreter gelegentlich mit ihm zu tun hatte. Erstellte in Aussicht, dass ich nach wenigen Worten mit einem Monolog von Hitler überschüttet würde und nicht mehr zu Wort käme.

Das traf nicht ein. Göring holte mich am Bahnhof Weimar ab und führte mich zum Hotel Erbprinzen, wo kurz darauf Hitler in mein Zimmer trat.

Als ich begann, meinen Auftrag vorzutragen, zog Göring ein Notizbuch aus der Tasche und hielt es mir entgegen, worin er mir sagte:

## Blatt 4.

Seite 12-Besprechung Chef HL Kassel 24.4.31.

Aussenpolitik. Ausführungen kennzeichnen klar Ziel der Politik mit Moskau, Anlehnung, um vom Westen eine Art Gleichberechtigung zu erreichen. "Pakt mit dem Teufel".

Innenpolitik: "Hitler will sich wirklich, nicht nur scheinbar auf den Boden der Legalität stellen". Trugschlüss, damals allgemeine Ansicht.

Seite 15/15-Gründe für Zwiespalt oberster Führung und Truppe.- Der Gedankenaustausch Liebmann und Rabenau ist m.E. wichtig, weil er sich in einer neuen Deutschen Truppe mit grosser Wahrscheinlichkeit binnen Kurzem wiederholen wird, verschärft um die Zersetzung der Truppe durch die wehrunwilligen Parteien.

In einer neuen Wehrmacht werden die von Rabenau unter a.) bis e. aufgeführten Ursachen der Missstimmung erneut auftreten. Die von Liebmann geltend gemachten stärksten Gegenmittel-stärkster Träger der Staatsgewalt und Keimzelle für ein künftiges Heer--werden in Zukunft nicht anwendbar sein.

Angesichts der öffentlichen Ausführungen von Blank über den zukünftigen Sädaten schlage ich vor, diesen Gedankenaustausch Liebmann-Rabenau B O N N vorzulegen. Er könnte die zuständigen anregen, zu überlegen, mit welchen Mitteln der Geist einer Truppe gepflegt werden muss die Beruf und Uniform mit nüchternsten Augen ansehen soll.

(das Gesamtproblem der Stellung dieser Truppe im Staat bedarf m.E. überhaupt sorgfältiger Überlegung, mutatis mutandis wird eine Reihe unserer alten Massnahmen unvermeidbar werden, z.B. Ruhen des aktiven und passiven Wahlrechts, für Offiziere und Unteroffiziere Verbot politischer Betätigung?)

Befehlshaberbesprechungen 12.1.32,

Besprechungsnotizen Liebmann 1932,

Befehlshaberbesprechung v. 27.2.32.

Seiten 16 bis 31. Die Akten zeigen die überaus schwierige Lage der Wehrmachtführung, die Truppe auf dem Boden der Verfassung festzuhalten, nachdem die Aussenpolitik und das Verhalten der Rechtsparteien anlässlich der Hindenburgwahl einen "politischen Trümmerhaufen" geschaffen haben.

Am sinnfälligsten ist die Kurve in der Entwicklung zwischen Reichswehr und Partei:

1930/31 Zersetzungsversuche bis zum Fall Scheringer.

1932 Anfang, Zurückhaltung Hitlers in Einflussnahme auf Reichswehr. Annäherung, Anschein legaler Haltung Hitler Empfang bei Gröner, dessen Urteil nicht ablehnend.

1932 Febr., Verschärfung, Totaler Machtanspruch Hitlers. Versuche, Heilspfeil als Adressat der Partei

## Blatt 6.

Schäffer als Reichskanzler (Dezember 1932).

Siten 34/37. Entsendung Ott nach Weimar. Fortsetzung.

Stichworte meiner Ausführungen: Kabinett Schleicher ultima ratio, verfahrenere Lage, Unfähigkeit des Parlaments zu Mehrheitsbeschlüssen zwingt zu Übernahme der Reichsführung durch Inhaber der einzigen legalen Machtstellung, durch den Minister der Reichswehr.

Vorschlag an NSDAP zur Mitarbeit, Hitler als Vizekanzler, weitere Posten bleiben zu besprechen, Göring evtl. Ministerpräsident Preussen.

Letzte Entwicklung der Partei hat schwere Besorgnis ausgelöst, Zusammengehen mit KPD in Berliner Elektrizitätsstreik bedenklichste Massnahme, rückt Gefahr blutigen Zusammenstosses mit Reichswehr in N. Nähe. Übergang zu positiver Mitarbeit am Staat entspricht Macht und Pflicht der Partei.-

Hitler hörte meine halbstündigen Ausführungen an und setzte dann zu zwei Stunden Monolog an: Breiteste Darstellung der Entstehung seiner Bewegung, seines völligen Verzichtes auf persönliche Stellung, sein Grab solle einmal nur den Namen Hitler führen nach Sieg oder Untergang. Ein Kompromiss einer Regierungsbeteiligung komme nicht in Frage, er müsse die volle Verantwortung für seine Bewegung verlangen. Er warne Schleicher vor dem Experiment einer Kanzlerschaft, das Ordnungsinstrument, auf das er sich stützen wolle, sei eine kleine Organisation, sein Instrument sei eine überwältigende Massenbewegung.

Ich unterbrach Hitler bei seiner Ablehnung und wiederholte die Gefahr eines Zusammenstosses mit der bewaffneten Macht, wenn er die Streikpolitik fortsetzen würde. Zum Mindesten müsste der Kanzler Schleicher von ihm erwarten, dass er seine Bewegung für eine Zeit der Verhandlungen anhalte.

Auch zu diesem Vorschlag erklärte Hitler weitschweifig, er könne sich mit seiner Bewegung auf keinerlei Zusagen einlassen.

Ich verliess ihn mit dem Eindruck eines Fanatikers mit gefährlichem Sendungsglauben.

Anschliessend führte mich Göring zu einem Mittagessen und setzte die Aussprache mit anderem Ziel fort. Die Antwort Hitlers sei nicht als endgültige Entscheidung anzusehen. Falls er Göring die Ministerpräsidentschaft in Preussen bekäme und die Führung eines Reichsluftministeriums, wäre vielleicht eine Einigung möglich. Allerdings sei es für die Bewegung unmöglich angehalten zu werden wenn sie nicht nach vorwärts weiter zu führen sei, so brauche sie Bewegung nach der Seite, auf die Strasse zum Kampf gegen den Marxismus. Der Kanzler habe dem zuzustimmen.

Ich erklärte Göring, ein solcher Plan sei für die Reichswehr unannehmbar, sie stehe auf dem Boden der Verfassung und hätte dem Terror gegenüber nur die Antwort der Waffe.

Nach der Rückkehr übermittelte ich Schleicher die Ablehnung Hitlers und den Verhandlungsversuch Görings. Göring wurde nach Berlin berufen und mit dem Ergebnis einer kurzfristigen Telefonierung des Kabinetts Schleicher.

Schleicher als Reichskanzler (Dezember 1932).

Seite 36. Jugendfragen.

Das Kapitel Jugendfragen geht auf eingehende Verhandlungen mit Jugendführern verschiedener Lager zurück, General von Stülpnagel bei Wehrsport (Kuratorium für Volkserziehung), Dr. Schairer betr. Studentenwerkjahr, Stöckel betr. Arbeitsdienst. Mitarbeiter waren in allen Fragen Herr von Carlowitz, in der Bauernhilfe Herr von Holtendorff.

Die aufgeführten Stichworte geben einen Vortrag wieder, den ich im Auftrag des Kanzlers vor den Befehlshabern zu halten hatte. Er begann mit der Forderung des Freiherrn von Stein "die Fundamente des Staates tiefer zu legen" und entwickelte die aufgeführten Fragen.

Das Freiwillige Studentenhilfsjahr hatte bereits Kanzler von Papen in einer seiner Reden auf unsere Veranlassung in Aussicht gestellt. Der Gedanke stammte von Schairer und erschien damals als das einzige Mittel, eine vorläufige Entlastung für die Überproduktion an Akademikern zu schaffen.

Bemerkungen zur Kanzlerschaft:

Ausserhalb jeden Zweifels, dass Schleicher Posten nicht erstrebt, sondern keine andere Möglichkeit mehr gesehen hat.

Bei meinem Glückwunsch am Morgen seiner Ernennung antwortete er mit dem Gruss der Gladiatoren "Moriturus te salutat".

.....

Die Verhandlungen des Kanzlers um die Gewinnung einer Parlamentsmehrheit, die uns angesichts ihrer undurchsichtigen Vielzahl und offenbaren Erfolglosigkeit beunruhigten, veranlassten mich, so mit dem Pressechef der Wehrmachtsabteilung Foertsch ein Memorandum zu formulieren, das ich Schl. am Neujahrstag mit der Bitte übergab, seinen Mitarbeitern einige Ausserungen über seine bisherige Kanzlerschaft zu erlauben.

Schl. gab mir das Memorandum tags darauf zurück mit dem Bemerkung, die Kritik sei noch viel zu mild, aber wir übersähen eine Schwäche seiner Kanzlerschaft, dass der Reichspräsident ihn von Anfang an nicht vertrauensvoll unterstütze.

.....

Der Versuch Hammersteins, die Kanzlerschaft Hitlers im letzten Augenblick noch zu verhindern, stellt sich mir im Gedächtnis anders dar als General v. d. Busecke ihn schildert.

## Blatt 8.

## Bemerkungen zur Kanzlerschaft.

Nach meiner Erinnerung besprach Hammerstein mit folgendem Kreis die Frage, ob die Kanzlerschaft Hitlers noch zu verhindern sei:

Staatssekretär des Reichskanzlers Planck, Chef des Min. Amts Oberst von Bradow, Reichspressechef Marcks und mir.

Wir sahen die Gefahr des kommenden Terrors als so gross an, dass wir Hammersteins Gedanken zustimmten, den Reichspräsidenten ultimativ aufzufordern, Hitler nicht zum Kanzler zu berufen. Im Weigerungsfall sollte der Chef HL aus eigener Vollmacht die Führung eines militärischen Ausnahmezustandes übernehmen. Die Entscheidung über diese etwaigen Gewalt Schritte sollte Schleicher treffen.

Schl. lehnte ab, weil er überzeugt war, dass das Volk in seiner Sehnsucht nach einer Lösung des monatelangen Drucks den Schritt der Reichswehrführung nicht verstehen und mit einem Bürgerkrieg beantworten würde.

Hammerstein teilte unserem Kreis mit, dass er draufhin nichts unternehmen werde, worauf Marcks beim Verlassen Hammersteins zu mir sagte: "An diesem Entschluss kann das Reich zu Grunde gehen!"

Trotz dieser vermeintlichen Einzelheiten kann mich mein Gedächtnis nach der langen Zeit und den dazwischen liegenden 14 Jahren Aufenthalts in Fernen Osten täuschen. Ein überlebender Zeuge ist nicht mehr vorhanden, Dokumente darüber besitze ich nicht.

Seiten 38/40. Befehlshaberbesprechung Berlin 3.II.33.

41/42 Hitlers Ansprache 3.II.33.

dazu Niederschrift v. Mellenthin .

Die Ansprachen Blombergs und Hitlers vom gleichen Tage vor dem gleichen Kreis zeigen eine grundlegende Verschiedenheit.

Blomberg defensiv, Hitler ausgesprochen offensiv.

Blomberg Wahrung der Verfassung, Hitler völlige Umkehrung der innerpolitischen Zustände in Deutschland, Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel.

Hat Blomberg seine Untergebenen bewusst getäuscht? Vermutlich war er sich selbst nicht klar, dass der Weg der Wehrmacht durch das innerpolitische Programm Hitlers aus der Überparteilichkeit herausführen musste .

Bl. war bei allen guten Anlagen als Soldat politisch von erstaunderlicher Naivität (Schl. nannte ihn "Parsival") und wurde auf politischem Gebiet durch Reichenau entscheidend beeinflusst .

Ich erinnere mich z.B. meiner Entsendung nach Königsberg im Sommer 1932, um den Befehlshaber v. Blomberg und seinen Chef Reichenau davon zu unterrichten, dass der Versuch dem RP, Hitler als Vizekanzler zu präsentieren an der Halsstarrigkeit des RP. gescheitert war. Darauf Reichenaus schärfster Angriff auf Hindenburg, der zu verhaften sei, was Blomberg erschrocken zu beschwichtigen versuchte.

Das Bekenntnis Blombergs zu Schleicher mag damals noch ehrlich gewesen sein. Tausendmal hätte er mich aufgefordert, die Wehr

Seiten 38/40-41/42 Ansprachen Blomberg und Hitler am 3.II.33

die Wehrmachtsabteilung weiterzuführen. Auf meine Frage, ob die für mich entscheidende Voraussetzung gegeben sei, dass ich weder sachlich noch persönlich dabei in Gegensatz zu meinem langjährigen Chef v. Schleicher käme, erwiderte Bl., der von Schl. geführte Weg sei der einzig mögliche für die Wehrmacht, ich werde weder sachlich noch persönlich in Gegensatz zu Schl. geraten.

Die Ansprache Hitlers habe ich als Teilnehmer der Einladung Hammerstein mitangehört. Die Atmosphäre ist in der Zuschrift Mellenthin genau so gekennzeichnet wie ich sie erinnere.

Die Ansprache trug nach meiner Erinnerung den Charakter einer scharfen Offensive; der Plan, im Osten neuen Lebensraum zu schaffen, erschien mir damals als entscheidende Erklärung. Diesen Eindruck teilten mit mir Fritsch und Fromm, die beide alarmiert waren, wobei Fromm Fritsch damit zu beruhigen suchte, dass die masslosen Vorhaben an der Härte der Tatsachen scheitern und auf ein nüchternes Mass zurückgeführt würden.

Die Schlussbemerkung Liebmann gibt den Eindruck meiner Umgebung nicht ganz wieder.

Nach dem Buch Berndorff "General zwischen Ost und West" soll Admiral Raeder in Nürnberg von der Harmlosigkeit und erhebenden Wirkung der Ansprache gesprochen haben. Wenn das zutrifft, muss es sich um einen Irrtum der Erinnerung handeln.

Eine Einzelheit fiel mir damals auf: Reichenau verliess die Tafelrunde während der ganzen Ansprache Hitlers. Nachträglich erklärt sich sein "eggang vielleicht so, dass er als einziger enger Vertrauter Hitlers damit rechnen musste, von Hitler über die Wirkung seines Auftretens befragt zu werden und sich durch eine dienstliche Abwesenheit der Antwort entziehen wollte, weil er die alarmierende Wirkung kommen sah.

Seiten 44/47. Kommandeurbesprechungen Mitte März 1933

Aus Seite 44 geht hervor, dass in einer Besprechung in Berlin Ende Februar eine Weisung gegeben worden ist,

"dass wir uns an dem innern Kampf, den die Regierung mit den staatlichen Macatmitteln, aber auch mit der nat. soz. Organisation gegen den Kommunismus und Marxismus zu führen gedenkt, zwar nicht beteiligen, aber ihm gegenüber doch in wohlwollender Neutralität verhalten sollen".

Liebmann warnt (vermutlich aus eigener Initiative) vor der Gefahr, die "unter allen Umständen vermieden werden muss" nämlich vor dem Verlust der Vertrauensstellung im Volk, die in mühseliger 12 jähriger Arbeit erworben wurde. "Im Ernstfall muss das ganze Volk mit uns gehen".

Es handelt sich um eine Besprechung, die Reichenau im Auftrag des Min. mit den Befehlshabern führte. Ich erinnere seine Ausführungen in grossen Zügen:

Erkenntnis notwendig, dass wir in einer Revolution stehen.

Morsches im Staat muss fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Die Partei wird gegen den Marxismus rücksichtslos vorgehen. Aufgabe der Wehrmacht, Gewehr bei Fuss.

Keine Unterstützung, falls Verfolgte Zuflucht bei der Truppe suchen.

Die Vorbehalte Liebmanns hat Reichenau nicht gemacht.

Die Befehlshaber waren stark betroffen, protestierten aber nicht. Beim Weggehen sagten mir Rundstedt und Seutter v. Lötzen, sie wollten sehen, wie sie diese gefährliche Weisung abschwächen könnten. Mein eigener Protest bei Reichenau und meine Abschiedsrede für Schleicher waren m.E. ausschlaggebend für meine Ablösung als Chef W.

Fortsetzung zu Seite 44 - Weisung Reichenau betr. Verfolgung des Marxismus und Verhalten der Wehrmacht dabei.

Vergl. dazu die Forderung Göring bei der Besprechung in Weimar im November 1932!

Seiten 48/50. Ausführungen des RWM in Bad Wildungen 1.6.33.

Die mit der vorerwähnten Weisung „Reichenau einsetzende Abkehr von der alten überparteilichen Haltung steigert auch jetzt zur vollen Partei-Hörigkeit.

Die Sätze "Dieses Unpolitisch-Sein hatte ja nie die Bedeutung", bis "vor zu enger Verstrickung in dieses System zu bewahren" versucht, die ganze alte Linie der Wehrmacht als einen taktischen Trick ohne Überzeugung hinzustellen!

Übelster Wendepunkt in der Entwicklung der Wehrmacht!

Seiten 51/62. Besprechungen im Januar und Februar 1934.

Die hier interessierenden Kernpunkte dieser Besprechungen sind die immer neuen Versuche, die wachsende Spannung zwischen Wehrmacht und SA und die Ansprüche der Letzteren zu dämpfen. Dabei erhält die Truppe niemals klare Abgrenzungen, sondern die schwierige Weisung, der SA gegenüber mit dem berechtigten Selbstbewusstsein der Waffenträgerin auf zu treten.

Ich habe diese Spannungen während meines Aufenthalts in Deutschland vom Januar 1934 bis Mitte März 1934 erlebt. Die vorliegenden Besprechungen und Weisungen sind mir nicht bekannt geworden. Dagegen trat mir die Erbitterung der Wehrmacht in schärfsten Kritiken Rundstedts entgegen, die er bei einem Frühstück Anfang März im Hause Schleicher gefällt hat. Er sprach sich mit äußerster Schärfe über die Politisierung der Wehrmacht und die Anmassung der Parteibonzen aus und erklärte radikale Abhilfen für notwendig -- leider ohne selbst sein Gewicht dafür einzusetzen!

Schleicher erklärte mir rückblickend auf seine Versuche, die Partei taktisch in die Verantwortung herinzuführen und damit abzufangen, er müsse bekennen, dass er den untauglichen Weg versucht habe, einer Revolution mit parlamentarischen Mitteln Herr zu werden. Sie hätte nur mit Gewalt bekämpft werden können, die ihm nicht zu Verfügung stand.

Die Unterhaltung mit Rundstedt und Schleicher machte mich besorgt, dass Schl. durch die Offenheit seiner Reden sich schaden könnte. Ich lud ihn deshalb ein, er möge eine Zeit lang ausser Landes gehen und mein Gast in Japan sein, er laufe sonst Gefahr, dem Parteiterrör zu verfallen. Schl. lehnte ab, er wolle nicht Landesflüchtig werden. Ich möge im Übrigen unbesorgt sein, er werde sich durchaus zurückhalten. Für eine Aktion sei die Zeit nicht reif.

Drei Monate später wurde er ermordet.

Seiten 65/69. Mündliche Ausführungen des RWM über Röhmputsch.

Der Generalstabsverein "Graf Schlieffen" übersandte mir nach Japan das Urteil im Ehrenverfahren gegen Schleicher und Bredow:

Keine ehrenrührigen Handlungen, die Generale sind auf dem Feld der Politik gefallen!

Entwurf W Ia v. Sept. 31 an Reichskanzler Dr. Brüning.

Das Schreiben v. Sept. 31 stützt eine Anfrage des RWM v. Nov. 30 über die Legalität der NSDAP fort.

Beide Schreiben fallen in die Zeit meines Frontkommandos beim A.R. 5. Ich habe daher an ihnen nicht mitgearbeitet.

Der Auffassung Brüning, dass der Eingang des Schreibens zweifelhaft sei, möchte ich dahin ergänzen, dass das Schreiben nicht abgegangen ist. Seine weitere Bearbeitung durch das Kabinett wäre mir erinnerlich, ich habe die Führung der W im Oktober 31 übernommen.

(Seite 19) Die Lage Schilderung Dr. Brünings über die Krise im September 31 findet eine Bestätigung im Inhalt der Befehlshaberbesprechung v. 12.1.3 bei der Minister Gröner ein starkes Bekenntnis zu Brüning abgelegt hat.

In der gleichen Besprechung wird die Lage zur Partei als verbessert bezeichnet und folgende Bestimmungen mitgeteilt:

Nazi aus Betrieben nicht mehr entfernen,

Nazi dürfen in Landesschutz eintreten,

Volle Legalisierung wird in absehbarer Zeit kommen.

Im Gegensatz dazu zeigt die Besprechung vom 25.11.30 (Ulmer Fälle) Seiten 3 ff) eine gewisse Unsicherheit der RW über das zukünftige Verhalten der Partei.

Angesichts dieser Entwicklung v. Nov. 30 zum Jan 32, der allmählichen Festigung des Verhältnisses zwischen RW und Partei ~~maxxxxxxxx~~ ist ~~um~~ das Schreiben ~~zur~~ m.E. nicht abgegangen.

Rudolf Jaser

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die H. Minde geht es mir so gut, das ich  
einw. Tag länger sogar in M. bleibe - den gen.  
von Dienstag barte ich mir Homburgs See  
z. am Mittw. Morgen - bei vollem Mond -  
andigen Regen - wds in einem der Tsch.  
sein, da ja ein mindestens 1/2 Meile so weit  
die Propeller sind. Dies eine Schwanenboot hat  
bei mir wieder schön, sonige Tage - nun mehr  
so warm wie vorher. Am Montag von Spier  
nach dem Tag, gut war für 10 Min. auch hier ein  
schon wichtiger Sturm - es sah bedrohlich aus.

Nun alles geht für die 7. von Familie z.  
wie ich hoffe auf eine baldige Heilung  
bis in die Schwanenboot der in München  
und sehr bescheidenen Gruppen

The Sunday Times.

Kreis (mit) Schwanen, 11. Aug. 57

Ich verabschiede, lieber Herr H.,

Wahrscheinlich sehr bescheiden Dank  
für Ihren Besuch in Genesee v. Schiller,  
der mich Recht das Antreten dieses Mannes  
ehrt. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie  
entsetzt ich über die Forderung seiner Erner-

kung war - allerdings inwieweit war ich  
wie das Amt der Fachkommission durch den

Stimm der Richter nicht - das papale Ständes  
zu seiner Mentalität. Ich habe mir dann  
eine Besprechung mit der dem Reichstag in  
einem kleinen Café am Kempferplatz am

an, sein dann enthaltenigen Spinnens er  
fülle mich mit Freude - aber immer noch nicht  
abstimmen hinsichtlich gewisser ich am nächsten  
den Tag mir sprach mit meinem Bekannten.

Am er in der Maßgabe eine westendliche  
Wirtschaftslehre? Vermittelte Beschreibung.

Wann der Schriftstellers mit programm?   
part? Die Arbeit mehr oder weniger - ich finde  
im allem nur den Zusammenhang im Jahr 1849,  
bei in papers. Gerade der Prolog der Jahre die  
bei in eine präzise? geschichtliche Aufzeichnung  
die eingewandte Zeit. Auch wenn es notwendig  
von Thesen aufzuklären um gewisse realistische  
Mann, Vorgang in Erfahrung - der gründlich ist  
eine Zeit hat. In man auch Aussagen sind, der  
maner aus demselben Jahren Abstraktion immer  
mehr diese Thesen auszudeuten.

Wann Zusammenhang kommt aus Klärung.  
bevor die? Dann in der Lage die in der Lage  
den. was ganz besondere Arbeit? mit man in  
die Zusammenhang. Die Abstraktion aus  
Klärung der in der man sich nicht mehr  
da in diese alten Meinungen, das ist die.

Aber abstrakt gegeneinander diese hinterlässt nachher - fast  
müde ist sogar in der Beziehung. Man  
mit maner Meinungen Lage ist ich ist in der  
eine Thesen auch. In der Lage ist ich ist in der  
den man abstrakt nachher in der Lage ist.

Die man finden, die die man manieren, hat  
ich gerade die Partei der man in der Lage ist.  
In der Lage ist ich eine Aufzeichnung in  
maner der Lage. Die in der Lage ist  
gerade die in der Lage ist, die in der Lage ist  
Klärung? In der Lage ist ich in der Lage ist  
maner mit maner ich ist ich die präzise  
ich gerade die? die in der Lage ist  
maner ich auch, mit es man in der Lage ist  
Klärung ist, die in der Lage ist  
maner maner, obwohl es man nicht eingewandte  
maner? maner Präzise - in der Lage ist  
Klärung - abstrakt.

Prof. Dr. Eberhard Kessel

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

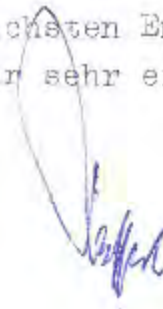
PROFESSOR DR. EBERHARD KESSEL

65 MAINZ-BRETZENHEIM den 13. März 1965  
Alfred-Mumbächer-Str. 34  
Tel. 80256Herrn  
Botschafter a.D. Eugen Ott  
8 München 13  
Konradstr. 10/I*Erwidern auf Johne  
H. hat keine festen Pläne,  
wahrscheinlich Depose  
für etwas Stelle  
Präsident der Kirche  
ausgezeichnet überaus lieber Herr  
187m*

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Von Herrn Oberst Teske (Bundesarchiv - Militärarchiv) erhielt ich Ihre Anschrift zugleich mit der Mitteilung, daß Sie sich lebenswürdigerweise zu persönlicher Rücksprache mit mir in Sachen einer projektierten Arbeit über General von Schleicher bereit erklärt hätten. Ich fahre jetzt im Zuge anderweitiger Archivarbeiten für kurze Zeit nach München und werde mir erlauben, bei Ihnen telefonisch anzufragen, wann ich Sie in der nächsten Woche einmal aufsuchen dürfte.

Inzwischen verbleibe ich mit den  
verbindlichsten Empfehlungen  
als Ihr sehr ergebener



Institut für Zeitgeschichte

PROFESSOR DR. EBERHARD KESSEL

65 MAINZ-BRETZENHEIM den 22. März 1965  
Alfred-Mumböcher-Str. 8a  
Tel. 80256

Herrn  
Botschafter a.D. Eugen Ott  
8 München 13  
Konradstr. 10

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Nachdem ich aus München zurückgekehrt bin, möchte ich Ihnen und Ihrer hochverehrten Frau Gemahlin noch einmal meinen Dank sagen für die freundliche Aufnahme in Ihrem Hause, und zugleich natürlich auch für Ihre Auskünfte und Mitteilungen. Vielleicht darf ich das Gespräch einandermal fortsetzen und jetzt nur noch einmal zusammenfassen, was wir besprochen haben und worin ich zunächst noch nicht klar sehe.

In dem Stadium der Arbeit, in dem ich mich befinde, - d.h. eigentlich "Vorstadium", da ich mit der Durcharbeitung des archivalischen Materials noch nicht angefangen habe, - scheinen mir vor allem drei Dinge aufklärungsbedürftig:

1) Das SA-Verbot vom 13. April 1932, weil hier die Aussagen der Hauptbeteiligten diametral einander gegenüberstehen, und es war mir deshalb sehr wertvoll, von Ihnen zu hören, daß Sie und die unmittelbaren Mitarbeiter Schleichers von dem Erlaß des Verbots völlig überrascht gewesen waren, und daß Sie am andern Tage telefonisch die Stabschefs der Wehrkreiskommandos aus eigener Initiative über das Verbot "beruhigt" hätten. Frage: Warum hat Schleicher überhaupt zugestimmt? Oder hat er gar nicht zugestimmt? War es ein Mißverständnis? Ist Goerner das SA-Verbot aufgedrungen worden, oder hat er es selbst gewollt? Bestand womöglich in dieser Hinsicht von länger her eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Schleicher derart, daß Goerner von der Notwendigkeit überzeugt war, während Schleicher die SA als Reservoir für die Reservearmee gewahrt wissen wollte?

2) Die Berufung Hitlers zum Kanzler am 30. Jan. 1933, weil hier der Umschwung in der Haltung Schleichers, der sich bisher immer gegen eine solche Übertragung der Macht gestäubt hatte, besonders auffällig ist; warum ist ihm, wie es Vogelsang wohl mit Recht deutet, plötzlich Hitler als das "kleinere Übel" gegenüber einer neuen Kanzlerschaft Papens erschienen, wenn er so gegen Hitler war? Und im Zusammenhang mit diesen Vorgängen, bei denen die beiden Besprechungen im Reichwehrministerium wichtig sind, die eine, an der Sie selbst teilnahmen und deren genaue Datierung nicht festzustehen scheint, zwischen dem 26. und 28. Januar, und die andere am 29. Januar selbst, in der die Frage des Staatsstreichs ventiliert worden sein soll (Kontroverse v. d. Bussche usw) die grundsätzliche Frage:

3) Wie stand Schleicher überhaupt zum Nationalsozialismus? So wie die Dinge bisher zu übersehen sind, bleibt offenbar ein reiner Opportunismus übrig. Und hier scheint m.E. die grundsätzliche Kernfrage des Problems "Schleicher" zu liegen.

Sollten Sie, sehr verehrter Herr Botschafter, noch einmal diese Fragen zu überdenken Zeit und Muße finden und sich dazu äußern wollen - was alles nicht sofort zu sein braucht - so würden Sie mich weiterhin zu lebhaftem Dank verpflichten. Einstweilen verbleibe ich

mit den verbindlichsten Empfehlungen  
auch an Ihre Hochverehrte Frau Gemahlin  
als Ihr sehr ergebener



Institut für Zeitgeschichte

Dr. V.Lindheim

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

An Herrn Botschafter a.D. OTT,  
Icking bei München

Dr. v. Lindheim, Nendsburg  
in Holstein, Sophienstr. 5.

Sehr Geehrter Herr Botschafter a.D. Ott!

Leider bin ich bis heute nicht wieder nach München gekommen und konnte daher nicht von Ihrer Erlaubnis Gebrauch machen, Sie wegen des 20. Juli 1932 zu befragen.

Daher gestatte ich mir ein paar Fragen schriftlich:

I) Erinnern Sie sich, wann die Vorbesprechung für den 20. Juli stattfand, bei der nach Ihrer seinerzeit im Institut für Zeitgeschichte gemachten Aussage Sie selber (für Fragen des Ausnahmezustandes), Plank (für staatsrechtliche Fragen) und Diels (Material gegen die preussische Regierung) stattfand?

II) Können Sie Aussagen über den Umfang an militärischen Vorbereitungen machen, die für den Fall eines bewaffneten Widerstandes getroffen wurden?

III) In Papens Memoiren werden ausführlich die Einwände geschildert, die Sie im November 1932 dem Kabinett im Namen des Wehrministeriums vorbrachten, die darlegen sollten, dass die Wehrmacht einem Bürgerkrieg von rechts und links nicht gewachsen war. Aus dieser und anderen Stellen geht hervor, dass Schleicher einen Bürgerkrieg auf jeden Fall vermeiden wollte. War er wirklich im Juli bereit, notfalls einen Bürgerkrieg gegen die Arbeitermassen + Polizei zu führen und sich einem Generalstreik auszusetzen? Oder rechnete er damit, dass es gut gehen würde, <sup>sch</sup> und waren die getroffenen Massnahmen Abwehr-~~ma~~ vorbeugend gedacht und glaubte er, dass sie abschreckend sein würden?

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Dr. H. v. Lindheim

München, 25. VII. 1952

Sehr geehrtes Herr Botschafter a. D. OH!

Ihre Adresse verdanke ich Herrn General Fockert aus dem Münchner Institut für Zeitgeschichte, Reitwegstr. 29. Ihnen verdanke ich auch die Auskunft, daß Sie an Vorbesprechungen etc. zur Absetzung der japanischen Regierung im Jahr 1952 (20. Juli) zusammen mit Staatssekretär Blank und Ministeriet Hilde teilgenommen haben.

Ich interessiere mich sehr für den 20. Juli auch für das Jahr 1952, weil ich eine historische Arbeit darüber plane. Leider ist die Quellenlage schlecht, denn ich habe bisher für die Vorgeschichte noch fast nichts suitable Können. Aus diesem Grunde wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, was Sie wissen.

Vor allem interessiert mich, von wem der Plan ausging und welche die Motive dafür waren. Ich habe die Eindrücke, daß vor allem Schlichter sie dafür eingesetzt hat, in Japan eine Verhältnisse zu schaffen, um den Kaiser zum Sturz zu bringen und die japanische Politik in die Hand zu bekommen, während Japan nach der Befreiung dieser Politik gewesen ist. Aber das sind doch bittere Bemerkungen.

Mich interessiert auch die Rolle von Hilde. Wie hat er Hilde als Teilnehmer der Japanischen Regierung mit den Kommunisten verfahren und was enthält es? Haben Sie es selber eingesehen und ist es noch zu beschaffen?

Sie bleiben noch bis zum 2. oder 3. August in München.  
Sollten Sie länger bis dahin noch München besuchen, würde  
ich Sie gerne sehr persönlich über alle diese Dinge fragen,  
falls es Ihnen nicht wäre. 26

Meine Adresse ist München, Wilhelmsplatz 29 bei Prof.  
Gamm. Telefonieren Sie in München so wie ich, daß Sie  
im Institut in der Reiterstraße (Tel. 23201) anrufen  
wenn eine Nachricht für mich hinterlassen. Ich bin fast  
jeden Tag dort.

Mit empfindlichen Grüßen  
Dr. Siegel  
Hermann v. Lindheim

Ihr freundliches Schreiben vom 25. Juli ist mir auf eine Autofahrt  
nachgesehen worden und hat mich leider erst heute erreicht, ich bitte  
deshalb, meine späte Antwort zu verzeihen. Ich stehe Ihnen mit meinen  
Erinnerungen an den 20. Juli 1932 gerne zur Verfügung und stimme Ihnen zu,  
zu, dass eine mündliche Beantwortung der beste Weg wäre. Ich hoffe, Sie werden  
gerne Ihren Aufenthalt in München in absehbarer Zeit, wo ich bis Mitte  
August und ständig ab Anfang Oktober erreichbar bin. Zu den Fragen  
dies erhalten Sie vielleicht die gründlichste Auskunft von ihm selbst,  
Sehr geehrter Herr Dr. von Lindheim!

Leipzig, den 2. August 1932.

Eugen Ott.

Eugen OTT.

Icking, den 3. August 1952.

Sehr geehrter Herr Dr. von Lindheim!

Ihr freundliches Schreiben vom 25. Juli ist mir auf eine Autofahrt nachgesandt worden und hat mich leider erst heute erreicht, ich bitte deshalb, meine späte Antwort zu verzeihen. Ich stehe Ihnen mit meinen Erinnerungen an den 20. Juli 1932 gerne zur Verfügung und stimme Ihnen zu, dass eine mündliche Beantwortung der beste Weg wäre. Ich hoffe, Sie wiederholen Ihren Aufenthalt in München in absehbarer Zeit, wo ich bis Mitte August und ständig ab Anfang Oktober erreichbar bin. Zu den Fragen Diels erhalten Sie vielleicht die gründlichste Auskunft von ihm selbst, seine Anschrift ist wohl durch den Verlag seiner Schrift "Luzifer ante

portas zu erfahren.

Ich darf Sie auch auf das eben erschienene Buch von Papaen hinweisen das sich wohl auch über den Preussenfall äussert-ich habe es selbst noch nicht gelesen.

Ich sehe also einem Treffen in München gerne entgegen und bin inzwischen mit bestem Gruss

Eugen Ott.

Icking/Isartal, den 19.2.1953.

Sehr geehrter Herr Dr. von Lindheim!

Auf Ihr freundliches Schreiben von Mitte Februar darf ich Ihnen einige Auskünfte geben, die sich allerdings lediglich auf mein Gedächtnis stützen und daher lückenhaft bleiben müssen.

1.) Es fanden mehrere Vorbesprechungen im Lauf des Monats Juli statt, zunächst, um die Unterlagen für den Entschluss des Kabinetts und den Vortrag beim Reichspräsidenten zu bearbeiten, und abschliessend am 18. oder 19. Juli, um die Durchführung der beschlossenen Aktion festzulegen.

2.) Mit einem bewaffneten Widerstand grösseren Ausmasses wurde nicht gerechnet, siehe dazu die Ausführungen unter 3.).

Es wurde deshalb nur der mil. Ausnahmezustand für Berlin und die Provinz Brandenburg erklärt, um etwaigen örtlichen Zwischenfällen seitens einzelner Polizeistellen oder Partei-Organen entgegenzutreten zu können.

Der Ausnahmezustand umfasste die 3. Reichswehr-Division und das Wachregiment Berlin, deren Befehlshaber, General von Rundstedt, die vollziehende Gewalt übertragen worden ist.

Die Massnahmen innerhalb der Truppe und gegenüber der Zivilbevölkerung liefen ab nach den damaligen festgelegten Vorschriften des RWMA für den mil. Ausnahmezustand. Darunter waren die wichtigsten die Mobilmachung der Truppe mit Ausgabe scharfer Munition, Zurückhaltung in den Unterkünften und Urlaubssperre, für die Zivilbevölkerung das Verbot von Ansammlungen und nötigenfalls das Verbot, nach Dunkelheit die Strasse zu betreten.

An Sondermassnahmen wurde n.W. ein kleines Kommando des Wachregiments unter Führung eines Offiziers bei der Amtsenthebung des Preuss. Innenministers und des Befehlshabers der Polizei, General Heilmannberger, eingesetzt.

Zu Zwischenfällen mit der Waffe ist es nirgends gekommen, der Ausnahmezustand wurde gegenüber der Bevölkerung laufend gemildert und nach kurzer Zeit aufgehoben. (26.7.?)

3.) Die politische Lage im November 32 war von der im Juli wesentlich verschieden: Im November war die NSDAP in schärfster Gegnerschaft gegen die Kanzlerschaft Papen (Ende August Verurteilung der 5 Nat. Sozialisten in Beuthen, Reichstagsauflösung September mit Zwischenfall Göring, 6. Nov. Neuwahlen mit 196 Sitzen der NSDAP). Bei dem von der KPD inszenierten Streik in Berlin hatte Göring auf Unterstützung gedrängt. Ein mil. Ausnahmezustand musste also mit dem Zusammenstoss mit NSDAP und KPD rechnen - daher die bekannte Schilderung der Gefahren.

Im Juli stand Hitler in abwartender Neutralität. Das Vorgehen des Kabinetts Papen gegen die Preuss. Regierung und Führung der Polizei würde er zwar mit Missbehagen erleben, weil die darin zum Ausdruck kommende Aktionskraft der Regierung seinen eigenen Nachtwache und seinen eigenen Zugriff auf die Preuss. Polizei behindern würde, aber seine Opposition dagegen, die ihn an die Seite der SPD ge-

geführt hätte, war nicht zu erwarten. \*

damit wurde der Generalstreik für die Gewerkschaften ein zu gefährliches Unternehmen. Sie mussten damit rechnen, dass angesichts der Millionenzahlen an Arbeitslosen jeder im Streik verlassene Arbeitsplatz sofort durch einen Mann der NSDAP besetzt würde, der Generalstreik also unwirksam und zum Selbstmord der Gewerkschaften zu werden drohte.

Diese Auffassung hat Schleicher im vertrauten Kreis wiederholt ausgesprochen--die Ereignisse haben ihre Richtigkeit bewiesen--, er rechnete nicht mit der Gefahr eines Bürgerkriegs und hat daher dem Kabinett einen örtlich begrenzten Ausnahmezustand von voraussichtlich kurzer Dauer als Mittel der Abschreckung vorgeschlagen.--

X  
s. die Verlegenheit, mit der Göbbels  
im Tagebuch "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei"  
kommentiert,

Ich würde mich freuen, sehr geehrter Herr Doktor,  
wenn Ihnen diese Angaben nützen könnten, und bitte, mich  
gegebenfalls als Quelle nicht zu nennen.

Mit bestem Gruss

Institut für Zeitgeschichte

Heinz Mueller-Torgow

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Heinz Mueller-Torgow  
Verteidiger beim Militaer-  
gerichtshof in Nuernberg

Nuernberg, den 23.12.47  
Tiergartenstr. 2  
Ruf 41 515  
M/B

*Aufwand 2.1.*

*früherer Kuli*

*13.1.*

Herrn  
Eugen O t t  
frueh. Botschafter

Ludwigsburg  
Internierungslager

Sehr geehrter Herr Ott,

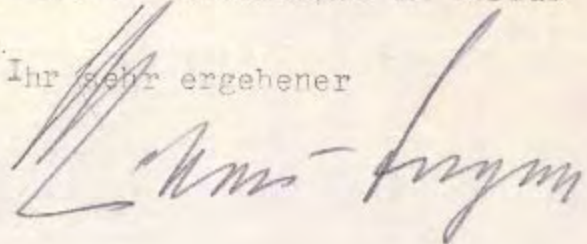
ich verteidige vor dem hiesigen Militaergerichtshof den-  
frueheren Generalobersten Johannes Blaskowitz.

Ich hatte Sie fuer Freitag frueh zu einer Unterredung bestellt,  
musste aber feststellen, dass Sie bereits nach Ludwigsburg  
verlegt worden waren.

Ich darf Sie bitten, die in der Anlage beigefuegte eidesstatt-  
liche Versicherung, die Ihrem Generaloberst Blaskowitz ueber-  
gebenen Entwurf bis auf ganz geringe Aenderungen nicht sach-  
licher Art entspricht, zu unterzeichnen und Ihre Unterschrift  
von einem amerikanischen Offizier beglaubigen zu lassen.

Mit bestem Dank fuer Ihre freundlichen Bemuehungen im voraus  
und vorzueglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener



1 Anlage

Eidesstattliche Versicherung.

Ich, Eugen Ott, geb. 8.4.1889 zu Rottenburg a.N. wohnhaft Ludwigsburg Repatriation Centre District I bin zunächst darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial vor dem Militärgerichtshof Nr. im Justizpalast Nuernberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Ich habe vom Herbst 1923 bis 1933 im Reichswehrministerium in dem Stabe des Generals von Schleicher gearbeitet, vom Fruejahr 1932 an als Leiter der politischen Abteilung, während Schleicher zum Reichswehrminister und Reichskanzler berufen worden ist.

Im August 1932 trat der mir von früher her bekannte Generaloberst Blaskowitz bei besonderer Gelegenheit in meinen Gesichtskreis, als ein geeigneter Offizier für die Stellung des Inspektors der Waffenschulen auszuwählen war.

Reichswehrminister von Schleicher stand damals in schwerer Abwehr der Versuche des Nationalsozialismus, die Reichswehr zu zersetzen und forderte als Inspekteur, dem die Oberaufsicht über die militärische und charakterliche Erziehung des gesamten Nachwuchses des Offiziers-Korps oblag, einen General, der zuverlässig auf dem Boden der Verfassung und der alten Rechtsbegriffe stand. Aus dieser Erwägung heraus stimmte er der Ernennung des damaligen Generals Blaskowitz zum Inspekteur der Waffenschulen zu.

Nachdem sich die Übernahme der Stelle aus technischen Gründen bis Anfang Februar 1933 verzögert hatte, hielt auch der neue Reichswehrminister von Blomberg an Blaskowitz fest, da er bestrebt war, seine Amtsführung zunächst so wenig wie möglich durch Wechsel führender Offiziere zu erschweren.

E. O.

1. 7. 48.

Abgegeben 17. 7.  
mit Treddley.

Franz v. Papen jun.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Franz v. Papen, jun.

Nürnberg, den 1. 12. 1948  
Peyerstr. 33

Herrn  
Botschafter a.D. O t t  
Gutsverwaltung

H e m m i n g e n  
Kreis Leonberg/Wttbg.

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Zunächst muss ich zu meiner Schande gestehen, daß ich trotz intensiven Suchens die verschiedenen rechtlichen Kommentare zu der Anordnung des Sonderministeriums betreffend Verbot der Entlastung für Angehörige der Gruppen I und II nicht mehr finden konnte. Ich habe einen mir bekannten Anwalt in München gebeten, mir das Material zu besorgen, bisher aber auch ohne Erfolg.

Es dürfte Sie vielleicht interessieren, dass der frühere Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt in seiner vor kurzem durchgeführten Berufungsverhandlung entlastet worden ist. Der formalen Entlastung nach (Reichsminister und SS-Gruppenführer) gehört er in die Klasse I. Es scheint also hier ein Urteil vorzuliegen, das im Gegensatz zu der ausdrücklichen Anordnung des Sonderministeriums steht.

Bei nochmaliger Durchdenkung unserer Unterhaltung über die politische Entwicklung 32/33 sind mir noch verschiedene Fragen eingefallen, zu denen mir eine Ausserung von Ihnen wertvoll wäre. Sie sagten, daß die Vorbesprechungen bzw. Vorbereitungen zum 20.7.32 in erster Linie zwischen Ihnen, Diels und Marx durchbesprochen worden seien. Hierbei würde es mich interessieren, zu wissen, inwieweit tatsächlich Anzeichen für eine beabsichtigte Zusammenarbeit zwischen S.P.D. und K.P.D. in Preussen gegeben waren. Es besteht ja wohl kein Zweifel, daß der damalige Staatssekretär A b b e g g Besprechungen mit T o r g l e r und anderen K.P.D.-Funktionären geführt hat. Aus einem Vortrag des früheren K.P.D.-Abgeordneten S t a m p f e r im vorigen Jahr ergibt sich, daß derartige Besprechungen sogar in Verbindung mit der russischen Botschaft in Berlin geführt wurden. Selbst wenn der Endzweck des 20. Juli darin gelegen hat, die preussische Polizei nicht in die Hände der Nazis fallen zu lassen, ist es auch wichtig dazu zu beweisen, daß der offizielle Anlass nicht eine Fiktion war, sondern tatsächlich bestand. Wenn Sie mir aus Ihrer Erinnerung darüber noch etwas sagen könnten, wäre mir das sehr wertvoll.



Die nächste Frage betrifft den 4.1. 33. Ich erzählte Ihnen neulich, daß mein Vater am 4. abends von Düsseldorf aus einen Bericht über diese Unterhaltung an Schleicher abgesandt hat. Die Presse, und zwar auch die Regierungspressen brachte am 5. früh, d.h. also zu einem Zeitpunkt, wo Schleicher den Bericht meines Vaters noch nicht haben konnte, sehr ausführliche Berichte bzw. Kommentare über die Kölner Besprechung, die zum mindesten zum Teil von Schleicher inspiriert gewesen zu sein scheint. Nach der Rückkehr meines Vaters nach Berlin fand denn eine Unterhaltung zwischen Schleicher und ihm statt, aufgrund derer ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht wurde, in dem festgestellt wird, daß alle Kombinationen, die von einer gegen Schleicher gerichteten Tendenz der Kölner Unterhaltung sprächen, nicht den Tatsachen entsprechen. Ist Ihnen irgendetwas darüber bekannt, daß Schleicher, dem die Tatsache der Kölner Besprechung offensichtlich bekannt war (mein Vater wurde beim Betreten des Hauses Schröder fotografiert) die pressemäßige Behandlung dieser Angelegenheit in dem oben genannten Sinne veranlaßt hat?

Sie erwähnten bei unserer Unterhaltung schließlich die Tatsache, daß die schärfste Opposition gegen das Kabinett Schleicher von der Seite der Deutschnationalen kam. Nun haben zwischen dem 12. und 14. 1. Verhandlungen zwischen Schleicher und Hugenberg über einen Eintritt Hugenberg's in die Regierung Schleicher stattgefunden. Daraus könnte man evtl. schliessen, daß die Opposition gegen Schleicher eher von einzelnen Persönlichkeiten der D.N.V.P., (Sie erwähnten ja besonders G a y l) als von der Partei als solcher ausging. Andernfalls wären die Verhandlungen mit Hugenberg, von dessen Seite her gesehen, schwer verständlich. Nachdem diese Verhandlungen scheiterten, kündigte die D.N.V.P. allerdings schärfste Opposition an. Soviel ich weiß, scheiterten die Verhandlungen an dem allzu großen Ministeriumshunger Hugenberg's. Sind Ihnen über diese Verhandlungen noch Einzelheiten in Erinnerung?

Die Berufungsverhandlung gegen meinen Vater soll nunmehr im Januar durchgeführt werden. Die äusseren Bedingungen stehen zunächst recht ungünstig. Der Vorsitz wird scheinbar ein Nichtarier sein, der 33 emigrierte. Die zahlreichen Beisitzer kommen wieder aus Nürnberger Parteikreisen, wobei augenblicklich nur die S.P.D. an einer Mitwirkung interessiert zu sein scheint. Wir müssen uns also auf einen sehr schwierigen Kampf gefaßt machen. Ich möchte Sie deshalb fragen, ob Sie mir evtl. zu dem einen oder anderen Punkt noch eine schriftliche Erklärung geben könnten, ohne daß dabei das Problem der Gesamtentwicklung angeschnitten werden muss. Ich denke in erster Linie an folgende Punkte:

1. Rücktritt Brüning's und Einstellung Schleicher's hierzu, insbesondere seine Auswahl meines Vaters.
2. Vorgeschichte zum 20.7.32.

- 3 -

3. Ihre Besprechung mit Hitler in Weimar im November 32 und
4. Die Äußerungen Reichenau's über die Stellung der Wehrmacht zu den politischen Geschehnissen, die der Anlaß zu ihrem Ausscheiden aus dem Wehrministerium waren.

Es gibt leider nur mehr sehr wenige Persönlichkeiten, die die damalige Zeit aktiv miterlebt haben, so daß ich für manche Dinge nur sehr schwer die nötigen Beweismittel zusammen bekomme.

Haben Sie die Ausführungen Brüning's in der Deutschen Rundschau gelesen? Ich würde sehr gerne einmal Ihre Meinung darüber hören. Vielleicht könnten wir uns im Laufe des Dezember noch einmal in Stuttgart treffen.

Die Deutsche Rundschau bitte ich mir bei Gelegenheit zurückzuschicken, da ich sie zur Vorbereitung der Berufungsverhandlung noch brauche.

Mit den besten Empfehlungen bin ich, sehr verehrter Herr Botschafter,

Ihr stets ergebener

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Lieber Herr von Papen,

verzeihen Sie bitte meine spaete Antwort auf Ihren freundlichen Brief vom 1.12., ich habe zugewartet, um moeglichst noch einiges Material zu den angeschnittenen Fragen zu bekommen, das mir eine gruendliche Beantwortung ermoeeglichen sollte. Das ist mir leider nicht geglueckt, sodass ich mich heute auf eine etwas lueckenhafte Auskunft beschraenken muss; ich kann sie nur auf mein Edaechtnis stuetzen, bei dem natuerlich die Vielfalt grosser, anderer Ereignisse der spaeteren Jahre stark in den Fordergrund getreten ist.

Im einzelnen moechte ich die folgende Stellung nehmen:

1. Die Vorbesprechungen zum 20.7.1932.

Die Hauptbeteiligten an diesen Besprechungen haben die folgenden verschiedenen Aufgabengebiete behandelt:

Der Staatssekretaer der Reichskanzlei Planck die staatsrechtlichen Fragen und die Formulierungen der notwendigen Erlasse, Min.Rat im preuss. Min.d.Inneren Diels die Beschaffung des Materials ueber die preussische Regierung und KPD.

Obstlt.Ott den militaerischen Ausnahmezustand.

Die Einzelheiten des Materials ueber preussische Regierung und KPD sind mir angesichts meines anderen Aufgabenbereichs nicht mehr erinnerlich. Es ist aber bestimmt anzunehmen, dass Diels tatsaechlich Anzeichen fuer eine Zusammenarbeit, die zwischen der preussischen Regierung und der KPD beabsichtigt war vorgelegt hat, sonst haette der Reichspraesident das Material nicht als eine legale Grundlage fuer sein Vorgehen auf Grund des Artikels 48 R.V. angesehen. Der Reichspraesident hatte zuvor ausdruecklich erklart, dass er gegen die preussische Regierung nur vorgehen werde, wenn er sich auf einwandfreie Tatbestaende stuetzen koenne, die ihn noetigenfalls auch vor dem Staatsgerichtshof rechtfertigen wuerden.

Bei dem spaeteren Verfahren des Staatsgerichtshofes gegen die Reichsregierung war diese durch den Professor Carl Schmitt vertreten, der sich zu diesem Zweck mit dem Material auf das Eingehendste vertraut zu machen hatte und nach dem Abschluss des Verfahrens auch einen oeffentlichen Vortrag in Berlin zu diesem Thema gehalten hat. Carl Schmitt koennte Ihnen wahrscheinlich weitergehende Angaben machen, seine Anschrift ist soviel ich weiss Arnberg im Sauerland.

2. Die Koelner Besprechung vom 4.1.1933.

Ich glaube mich zu erinnern, dass der Reichskanzler von Schleicher am 5.1. morgens in unserer ueblichen Presse- und Beraterkonferenz die sensationelle Pressemeldung ueber Koeln mit Ueberraschung aufgenommen und die Tatsache dieser Besprechung in scharfen Worten angegriffen hat. Bei seiner gewohnten Offenheit gegenueber unserem Kreis, ist es unwahrscheinlich, dass er die erwachene presse-maessige Behandlung selbst veranlasst und dies dann durch sein Verhalten zu verschleiern versucht haette.

Es ist moeglich, dass der damalige Presse-Chef von Preussen, Dr. v. Carlowitz, ein mir befreundeter, weiterer enger Mitarbeiter von Schleicher Ihnen zu dieser Frage etwas mitteilen kann. Seine Anschrift ist Barum ueber Braunschweig. Der damalige Reichspressechef, General Marcks, ist 1944 gefallen.

3. Opposition der DNVP gegen Schleicher.

Diese Opposition richtete sich bereits gegen Schleicher als Reichswahrminister im Kabinett von Papen, sie zeigte sich wiederholt besonders in Verhalten des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl, der sich Antraeggen des Reichswahrministers auf ein scharfes Vorgehen gegen den Terror der NSDAP und KPD entgegenste mte. Sie steigerte sich weiter nach dem Scheitern

der Besprechungen mit Hugenberg von Mitte Januar ab zur offenen Bekämpfung.

Zu dieser Lage stehen die Besprechungen in keinem Widerspruch. Von Schleichers Seite aus wurden sie in der vagen Hoffnung geführt, doch noch die Mitarbeit der Partei fuer sein Kabinett zu erreichen, denn ihre Opposition gegen dieses Kabinett war eine kaum begreifliche Widersinnigkeit. Von Hugenbergs Seite versuchte man das damals allgemein uebliche taktische Spiel, die Mitarbeit der Partei so teuer als moeglich zu verkaufen. So viel ich mich erinnern konnte scheiterten die Verhandlungen an der Ueberforderung, seitens der DNVP.]

-----

Was Ihre Anregung einer weiteren schriftlichen Erklaerung betrifft, so moechte ich lieber davon absehen, da ich mich in keinem Falle auf Dokumente sondern nur auf ein etwas verblasstes Gedaechnis stuetzen kann. Die von Ihnen erwachten Punkte 3 und 4 scheinen mir ausserdem Einzelheiten anzuschneiden, die fuer Ihre Zwecke wohl nicht von wesentlichem Belang sind und meine Person ungebuehrlich in den Vordergrund ruecken.

Ich hoffe, lieber Herr von Papen, dass ich Ihnen auch ohne dies von einigem Nutzen sein konnte und bin mit den besten Gruessen



Franz v. Papen jun.

Nürnberg, den 4. Januar 1949.  
Peyerstrasse 33.

Eilboten!

Herrn

Botschafter a.D. Eugen O t t

I c k i n g / Isartal.

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Für Ihr freundliches Schreiben vom 26. Dezember und die verschiedenen Anregungen und Auskünfte danke ich Ihnen vielmals. Ich habe bezüglich der Frage der Preussen-Aktion an Prof. Karl Schmitt geschrieben. Vielleicht hat er noch einiges Material.

So ungerne ich es tue, muss ich doch nocheinmal auf meine Bitte um eine Erklärung von Ihnen zurückkommen. Ich verstehe vollkommen Ihren Wunsch, nicht selber in den Vordergrund zu treten. Auf der anderen Seite gibt es ja leider kaum noch überlebende Beteiligte der damaligen Vorgänge. Ebenso sind die Akten äusserst lückenhaft, sodass die Feststellung gewisser Tatsachen auf anderem Wege praktisch unmöglich ist. Es hängt aber für meinen Vater von der jetzigen Verhandlung derart viel ab, dass ich alles versuche, um wenigstens die Vorgänge, die sich klären lassen, klar zu stellen. Ich habe Ihnen seinerzeit schon gesagt, dass mein Vater keineswegs die Absicht hat, irgendwelche Vorgänge von sich auf andere zu verlagern, sondern lediglich bestrebt ist, die Dinge so darzustellen, wie sie sich tatsächlich abgespielt haben. Ich bitte Sie deshalb es zu verstehen, wenn ich nocheinmal den Wunsch um eine Erklärung von Ihnen zu folgenden Punkten ausspreche:

1. Die Tatsache, dass Schleicher die Aktion gegen Preussen vom 20.7.1932 auf keinen Fall deswegen unterstützte, um die Nazis an die Macht zu bringen, sondern gerade aus dem gegenteiligen Grunde, um eine Übernahme der Preussischen Polizei durch einen ev. NS-Innenminister zu verhindern. Daneben liefen ja die durch Herrn Stampfer inzwischen auch bestätigten Verhandlungen zwischen preussischem Innen-Ministerium und KPD, die den akuten Anlass zu dem Einschreiten gaben.

./.

Dieser Punkt ist deswegen für uns so wichtig, weil gerade die Preussen-Aktion meinem Vater besonders vorgeworfen wird als Vorbereitung zur Machtübernahme. Wenn man daher die Überlegungen Schleichers, der sicher nicht als nazifördernd betrachtet wird, unter Beweis stellen kann, so hilft uns dies naturgemäss sehr wesentlich.

2. Die Tatsache, dass Sie im November 1932 im Auftrag von Schleicher mit Hitler verhandelt und ihm die Vizekanzlerschaft in einem Kabinett Schleicher angeboten haben. Falls Sie wussten, dass mein Vater von dieser Besprechung keine Kenntnis hatte, wäre eine solche Feststellung wichtig.

3. Die Frage der Einstellung Reichensu's zur Haltung der Wehrmacht gegenüber der NSDAP.

Ich glaube, dass es möglich ist, diese 3 Punkte in ganz kurzer Form darzustellen, ohne dass dabei Ihre eigene Person in den Vordergrund gerückt wird. Es ist ja auch in einer Spruchkammerverhandlung nicht so, dass eine solche eidesstattliche Erklärung Gegenstand eines Kreuzverhörs würde, in dem dann Fragen angeschnitten werden, die über den Rahmen dessen hinausgehen was man habe diskutieren wollen.

Ich darf vielleicht noch sagen, dass für Sie, sehr verehrter Herr Botschafter, diese einzelnen Punkte als solche unwichtig erscheinen. Im Rahmen einer Gesamtdarstellung bilden sie jedoch ein bestimmtes Glied und sind für uns insofern sehr wesentlich. Ich bitte Sie auch überzeugt zu sein, dass ich diese Bitte nicht noch einmal an Sie richten würde, wenn es sich nicht um eine für meinen Vater so entscheidende Verhandlung handelte.

Zu dem günstigen Ausgang Ihres eigenen Verfahrens gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Hoffentlich wird der Spruch bald rechtskräftig.

Herr von Erdmannsdorff ist gestern für 10 Tage auf Weihnachtsurlaub gefahren. Ein Termin für die Urteilsverkündung steht immer noch nicht fest. Mit den besten Wünschen für das neue Jahr und vielen Empfehlungen bin ich Ihr

stets ergebener

Original nach Icking/Isertal  
Durchschlag nach Hemmingen.



Eugen OTT

Schloss Hemmingen, 13.1 .1949.

Lieber Herr von Papen.

Anbei übersende ich eine eidesstattliche Erklärung, die, wie ich hoffe, mit zur Klarstellung beitragen kann, dass die in Frage stehenden Massnahmen des Generals von Schleicher gegen und nicht zu Gunsten der Nat. soz. Bewegung ergriffen worden sind.

Mit bestem Gruss und der Bitte, die späte Sendung mit Reisen und einer Erkrankung zu entschuldigen,

*Erklärung*

Eidesstattliche Erklärung.

Ich, der unterzeichnete Eugen O T T , geb. 8.4.1889, wohnhaft in Icking in Isartal, gebe hierdurch an Eidesstatt die folgende Erklärung über Massnahmen des Reichswehrministers von Schleicher ab, die gegen die Ausbreitung des Nationalsozialismus und gegen den Anspruch Hitlers auf die totale Macht gerichtet waren. Diese Massnahmen sind als engem Mitarbeiter des Herrn von Schleicher während der Jahre 1923 bis 1933 persönlich bekannt geworden.

1.) Massnahmen gegen die Ausbreitung des Nationalsozialismus. Die Gefahr der Zersetzung der Reichswehr durch den Nationalsozialismus trat zum ersten Mal 1923 auf, als bei dem Putschversuch Hitler ein Teil der Fähnriche der Infanterieschule München - der Schule des Offiziersnachwuchses der Reichswehr- Partei für Hitler ergriffen hatten. Sofortige scharfe Strafmassnahmen auf Veranlassung des damaligen Majors von Schleicher erstickten diesen ersten Versuch.

Die Zersetzung setzte erneut ein, als die nat. soz. Bewegung nach den Wahlen des Jahres 1931 zur politischen Macht angewachsen ist. Sie wurde durch General und später Reichswehrminister von Schleicher mit grösster Aufmerksamkeit beobachtet und durch eine Reihe von Erlassen gegen jede politische Betätigung der Reichswehr und durch Strafverfolgung der zuwiderhandelnden Angehörigen der Reichswehr bekämpft. So setzte der Reichswehrminister alle ihm gegebenen Mittel ein, um das erste Machtmittel des Staates von nat. soz. Zersetzung frei zu halten.

Anders lag der Fall beim zweiten Machtmittel des Staates, bei den Polizeikräften der Länder. Es zeigte sich in den ständig zunehmenden blutigen Zusammenstössen zwischen den Kampforganisationen der S.A. und der Roten Front, dass die Polizei, insbesondere in Preussen zu einem energischen Durchgreifen nicht fähig war, offensichtlich spielte dabei die Zersetzung von beiden Seiten her, durch den Nat. S. und die K.P.D. eine gefährliche Rolle.

Bei dem Vorgehen der Reichsregierung <sup>ge</sup> gen Preussen am 20.7.1932 ergab sich die Möglichkeit, die Polizei zunächst der Reichswehr und später dem Reichskommissar zu unterstellen und damit der Gefahr entgegenzutret<sup>n</sup>, dass sie einer nat. soz. Führung oder der K.P.D. ausgeliefert werden könnte. Der Reichswehrminister hat mir ausdrücklich

erklärt, dass er die Aktion der Reichsregierung mit diesem Hauptziel unterstütze.


2.) Massnahmen gegen den Anspruch Hitlers auf die totale Macht.

Ende November 1932, als Schleicher um die Bildung eines Kabinetts unter seiner Kanzlerschaft bemüht war, entsandte er einen Unterhändler zu Hitler nach Weimar, um ihm den Posten des Vizekanzlers und seinen Mitarbeitern einige Ministerposten anzubieten. Sein Ziel war, Hitler zur parlamentarischen Mitverantwortung zu bringen, unter Ablehnung von dessen ständigem Anspruch auf die totale Macht für seine Partei, und den Hunger seiner Mitarbeiter auf Posten gegen Hitler auszuspielen.

Hitler beharrte auf seinem Anspruch und lehnte ab, während Gösing sich anbot, Hitler unzustimmen, wenn ihm „die Strasse frei gegeben wird gegen die Marxisten“. Diese Forderung wurde zurückgewiesen als unvereinbar mit der Verfassungstreue und den Pflichten der Wehrmacht.

Ueber diese Verhandlungen wurde kein Mitglied der Reichsregierung zuvor unterrichtet.

Icking im Isartal, 12. Januar 1949.

  
Eugen OTT.

Franz von Papen jun.

Nürnberg, den 14. Jan. 1949.  
Peyerstrasse 33/II.

Herrn

Botschafter a.D. Eugen Ott

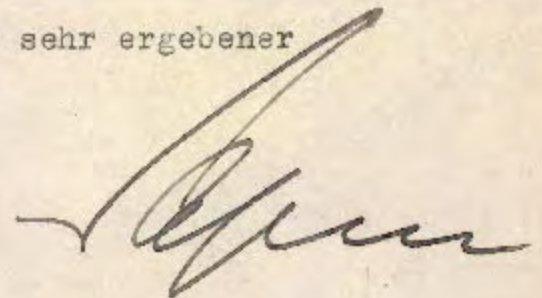
Schloss Hemmingen bei Leonberg/Wttbg.

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Ich bestätige mit sehr vielem Dank den Erhalt Ihres Schreibens vom 13. ds. Mts. und Ihre eidesstattliche Erklärung. Bei der Durcharbeitung der Akten der 1. Instanz habe ich festgestellt, dass verschiedentlich die Meinungsverschiedenheit zwischen General von Schleicher und meinem Vater von Zeugen darauf zurückgeführt wurde, dass General von Schleicher gegen die Aktion in Preussen gewesen sei. Es war mir bei unseren Unterhaltungen und auch noch bei meinem letzten Brief an Sie garnicht mehr so klar, dass dies in dieser bestimmten Form ausgesagt worden war. Daher ist mir Ihre Erklärung gerade auch zu diesem Punkt besonders willkommen.

Nochmals herzlichen Dank und beste Grüsse

Ihr sehr ergebener



Franz v. Papen jun.

Nürnberg, den 4. Januar 1949.  
Peyerstrasse 33.Eilboten!

Herrn

Botschafter a. D. Eugen O t t

I c k i n g / Isartal.

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Für Ihr freundliches Schreiben vom 26. Dezember und die verschiedenen Anregungen und Auskünfte danke ich Ihnen vielmals. Ich habe bezüglich der Frage der Preussen-Aktion an Prof. Karl Schmitt geschrieben. Vielleicht hat er noch einiges Material.

So ungerne ich es tue, muss ich doch nocheinmal auf meine Bitte um eine Erklärung von Ihnen zurückkommen. Ich verstehe vollkommen Ihren Wunsch, nicht selber in den Vordergrund zu treten. Auf der anderen Seite gibt es ja leider kaum noch überlebende Beteiligte der damaligen Vorgänge. Ebenso sind die Akten äusserst lückenhaft, sodass die Feststellung gewisser Tatsachen auf anderem Wege praktisch unmöglich ist. Es hängt aber für meinen Vater von der jetzigen Verhandlung derart viel ab, dass ich alles versuche, um wenigstens die Vorgänge, die sich klären lassen, klar zu stellen. Ich habe Ihnen seinerzeit schon gesagt, dass mein Vater keineswegs die Absicht hat, irgendwelche Vorgänge von sich auf andere zu verlagern, sondern lediglich bestrebt ist, die Dinge so darzustellen, wie sie sich tatsächlich abgespielt haben. Ich bitte Sie deshalb es zu verstehen, wenn ich nocheinmal den Wunsch um eine Erklärung von Ihnen zu folgenden Punkten ausspreche:

1. Die Tatsache, dass Schleicher die Aktion gegen Preussen vom 20.7.1932 auf keinen Fall deswegen unterstützte, um die Nazis an die Macht zu bringen, sondern gerade aus dem gegenteiligen Grunde, um eine Übernahme der Preussischen Polizei durch einen ev. <sup>NS</sup> Innenminister zu verhindern. Daneben liefen ja die durch Herrn Stampfer inzwischen auch bestätigten Verhandlungen zwischen preussischem Innen-Ministerium und KPD, die den akuten Anlass zu dem Einschreiten gaben.

./.





Dieser Punkt ist deswegen für uns so wichtig, weil gerade die Preussen-Aktion meinem Vater besonders vorgeworfen wird als Vorbereitung zur Machtübernahme. Wenn man daher die Überlegungen Schleichers, der sicher nicht als nazifördernd betrachtet wird, unter Beweis stellen kann, so hilft uns dies naturgemäss sehr wesentlich.

2. Die Tatsache, dass Sie im November 1932 im Auftrag von Schleicher mit Hitler verhandelt und ihm die Vizekanzlerschaft in einem Kabinett Schleicher angeboten haben. Falls Sie wussten, dass mein Vater von dieser Besprechung keine Kenntnis hatte, wäre eine solche Feststellung wichtig.

3. Die Frage der Einstellung Reichenau's zur Haltung der Wehrmacht gegenüber der NSDAP.

Ich glaube, dass es möglich ist, diese 3 Punkte in ganz kurzer Form darzustellen, ohne dass dabei Ihre eigene Person in den Vordergrund gerückt wird. Es ist ja auch in einer Spruchkammerverhandlung nicht so, dass eine solche eidesstattliche Erklärung Gegenstand eines Kreuzverhörs würde, in dem dann Fragen angeschnitten werden, die über den Rahmen dessen hinausgehen was man habe diskutieren wollen.

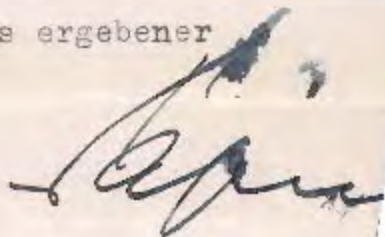
Ich darf vielleicht noch sagen, dass für Sie, sehr verehrter Herr Botschafter, diese einzelnen Punkte als solche unwichtig erscheinen. Im Rahmen einer Gesamtdarstellung bilden sie jedoch ein bestimmtes Glied und sind für uns insofern sehr wesentlich. Ich bitte Sie auch überzeugt zu sein, dass ich diese Bitte nicht nocheinmal an Sie richten würde, wenn es sich nicht um eine für meinen Vater so entscheidende Verhandlung handelte.

Zu dem günstigen Ausgang Ihres eigenen Verfahrens gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Hoffentlich wird der Spruch bald rechtskräftig.

Herr von Erdmannsdorff ist gestern für 10 Tage auf Weihnachtsurlaub gefahren. Ein Termin für die Urteileverkündung steht immer noch nicht fest. Mit den besten Wünschen für das neue Jahr und vielen Empfehlungen bin ich Ihr

stets ergebener

Kopie nach Hemmingen.



F. von Papen

OBERSASSBACH ÜBER ACHERN/BADEN

den 23. 6. 1957

1/2 Prof. Max Dier  
 3. Willant Land Jels

Sehr verehrter Herr Ott,

bei Herrn *Arminius*  
*in Bielefeld*

Kürzlich traf ich bei meinen Andern in Steckhausen Ihren früheren Botschaftsrat Dr. Beltze, dem ich Ihre Adresse verdanke.

Ich würde Ihnen sehr verbunden sein, für eine Antwort auf zwei Fragen:

1) Da ich mich mit dem AA herumraufe wegen meiner Pension (ich war 1917 Major und nahm 1919 meinen Abschied, war von 1934-44 Botschafter in Wien und Ankara), möchte ich gern wissen, wie das bei Ihnen berechnet worden ist, bezgl. Ihrer Botschafterzeit und welche Beförderungen man Ihnen angerechnet hat?

2) Sie kennen sicher den Entwurf des Schleicher'schen Briefes an die Voss.Ztg.v. 30.1.1934? Ich habe mir davon eine Photokopie geben lassen und war erstaunt über die darin wiedergegebene Stellungnahme Schl. zu Hitlers Kanzlerschaft vor und nach dem 13.8.1932, sowie die Behauptung, Hindenburg habe ihn noch im Januar 1933 nachdrücklichst (bis zum 26.1.) seiner vollen Unterstützung für den Kampf gegen Hitler versichert, falls seine (Schl.) Hoffnung auf Teilung und Gewinnung der NSDAP sich nicht verwirklichen würde.

Diese Schleicher'sche Version ist u.a. auch kritisiert worden von den Auseren der "Vollmacht des Gewissens" Bd. I (Witzleben etc). Ich muß also der historischen Wahrheit wegen dazu Stellung nehmen und feststellen, daß sie den Tatsachen nicht entsprechen. Meine Frage ist, der Sie Schl. doch gerade in jener Zeit sehr nahe standen, wie kam diese Version in dem Briefentwurf zustande? Und haben Sie dazu schon Stellung genommen und welche?

Wir sind ja heute alle verpflichtet, der hist. Wahrheit zu dienen - so nahe wir auch den handelnden

Personen von damals gestanden haben mögen. Deshalb wäre mir Ihr Urteil sehr wertvoll.

Bitte verzeihen Sie diesen Überfall, mit dem ich Sie nicht zu sehr zu stören hoffe.

Mit kameradschaftlichen Grüßen  
Ihr ergebener

J. Thapen

P.S. Wenn Sie es vorziehen sollten, sich zu der 2. Frage lieber mündlich zu äußern, würde ich mich jederzeit nur über den  
Gon...  
J



Eckenhäus 13/7. 57 Obesasbach/Baden

Vielen Dank, verbunden mit dem  
für Ihre Freude u. 12. ca.

Wenn Sie im Vorh. Brief v. 30/1.  
1934 bemerkt haben, wäre  
Ihr Anteil mir sehr wertvoll. H. E.  
in diese Brief ad majorem gloriam  
des 1934 zugewandene Größe für die  
das ist die besten für die

Ihre ergebene

J. H. D. P. 1934



Verlag Fritz Vieweg, Seckelhausen b. Melschede

Zahn

2

57

Post دفتر v. S.

München, 13

Konrad v. K.

Institut für Zeitgeschichte München

H. H.v. Pentz

---

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

21. 12. 59.

Brief 307/174

Vater unser lieber Herr Ott!

Es würde mir sehr lieb sein  
wenn Sie mir v. 17. 12. 59. von  
Ihre nichtigen Briefe über  
H. Thilo Vogelzung, von Institut  
für "Zeitgeschichte" zu übergeben.  
Für Ihre Kritik würde ich dankbar.  
Ihre Vater mitbestimmten Artikel  
sich in irgendwelchen Zeitschriften.  
"Mitbestimmten" für den, der sie  
will,

nicht aber für die prof. Erscheinung  
der mit insgesamt mehr als 100  
Gründen eine tiefen, geistlichen  
auf Teil. geben mich. Für mich  
bevor für die Arbeit eine Galaxie  
aus ein füllt insgesamt der  
auch sprach. Vorforschung: "Kunst  
lobbys?"

mit besten freigestellen bei  
Ihr sehr ergebener

H. H. von ...

Institut für Zeitgeschichte

Westheim

H. H. v. PENTZ

(13b) WEITINGEN bei Augsburg  
Fernsprecher Augsburg 4524-4526

5.1.60.

Kass. vers. folw. f. u. v. Oth!

Die Kass. vers. sind mit Ihnen versichert.  
Ihre Brief v. 30. Dez. 59 und  
wafum zu hören, daß Sie mit meiner  
Beurteilung des Falls Schleicher  
vollkommen übereinstimmen. Wie  
sollte es sonst anders sein? Alle  
Fälle die ich als Kass. vers. vers. habe  
oder Untergaben länger Zeit mit  
Scheit. zusammengeordnet haben, ✓  
sicherlich vollständig, vers. folw. oder  
galt. ✓ f. u. v. Oth

Die Aufhebung von Erschulung ist, wie  
Sie mit Nach. schreiben, unbestritten  
ist. Die Kass. vers. sollen unvers.  
lij. E. sein, so wenigstens ist -  
mit irgend einem Grunde nicht

hiesse gewöhnlich heutzutage Schl.,  
wie hier heute in. wiesem.

Die Sprache von einem romantischen  
Dichtersprache. Ich weiß nicht, wie  
man eine Abstraktion  
dafür beifügen sollte. In die Sprache,  
König v. Schl. man m. f. mit  
dieser Aufgabe überfordert.

Der Vorgang ist offenbar nicht  
die Abstraktion von einem gewissen  
dem Sinne in Erscheinung zu  
bringen. Vielleicht bezieht sich  
dieses auf E.

Vorgang, der ist sehr schwierig, fast  
so sehr wie meine Meinung  
von E. über Schleier. So fand  
mir 2 Vordrucke die Sie mir  
mitliefern können. Nr. 1:

Vordruck der Zeitschrift v.  
Juni 1958 über die bekannte Sprache  
von Schl. von 5. Aug. 33 und die  
Munkfakt. Können in der Zeitschrift  
und auf von Schl. in die Vorl. 2te  
r. 30. 1. 34.

zu dieser Sache bleibt mir leider immer  
unvollständig ein Schl. beizufügen, weshalb  
ich habe auf immer unvollständige für  
die Darstellung von Hitler mit Bezeugen  
eingelassen.

2.) Hinsichtlich der V. der Schl.: die Reichswehr  
u. die Politik 1918-1934: von ihm ge-  
schrieben. m. f. allem sehr ausführlich.  
Sehr lehrreich u. korrekt, aber so ohne  
Befragung sehr dogmatisch, ohne Furcht.  
Man kann hier leicht sein u. hier  
die Menschen glücklich fürwahrhalten.  
(! Mammern über Caesar!)

Ich möchte mir Ihnen unten zu über-  
sichten:

- 1) Photokopie der Artikel der Niedl. Nr.  
n. 27. H. 59. (siehe ich für Sie empfehle)
- 2) Briefe von Busche u. Jochen —  
Tuchange-Schwimmgen vom 21. 6. 57.  
Ich bin zufälligweise mit allen  
3 befreundet. (beson. mit Busche  
befreundet gewesen). Falls Sie

Zuletzt davon haben, ist mir sehr  
wahrhaftig.

3) Ein Originalbrief von H. H. v. Holtzen  
dorff (der ist zurückgelassen) hat  
Ersuchen falls ich, dass ich die  
größten Hallischen, die ich mit der  
gelehrten Briefe, welche ich  
zu dem mit - in Bezug zu fassen  
dorff - nicht wissen, das der  
Wohle über bitumen, was kein  
Tuch, welches ist.

Wie Sie vielleicht vielleicht in  
München, Tübingen? Wie  
kann ich den dort vielleicht  
einmal haben, und ich die  
mich folgende Thesen, welche  
mit besten Graden

die ich Sie sehr ergehen

H. H. v. Holtzen

ZS/A-32 / 12 - 198

HANSHENNING VON HOLTZENDORF

Hermsdorf 31/12.

drüber nur von Peter!

Haben Sie vielen Dank für Ihren Brief und  
den Schriftwechsel wegen Geklicker. Ich komme  
Eochentag nicht persönlich, habe aber vor langer Zeit  
von ihm korrespondiert, als er von Feertoch  
das Münchener Büro übernahm. Da kann ich ihn  
auch sehen. Vorläufig will ich nach den Feiertagen  
erst einmal an Vogelzung schreiben, dessen Buch  
ja wohl bald herauskommt. Diese Stellungnahme

ist für einen kaltgestellten Politiker im 1932  
verfänglich, für einen Historiker denkbar mög-  
lich. Aber auch der alte Marnette hat 1945 mal  
solchen Mann geschrieben, mit über Dismark  
kann man ähnliche Motive lesen.

M. E. kann man solche Leute nicht überzeugen  
mir Ihnen mitteilen, dass sie am ehesten solche  
Quellen hätten oder nicht sorgfältig arbeiten.

Können Sie das Buch von dem Dr. J. Professor Gordon  
über Reichswehr in Republik 1919-26? Das stimmt auch  
mit solchen Resentiments auf.

Mein kochendes Bündel zu dem Vortrag bei Dr. Kerschner war der Fall be-  
sonders tragisch. Möchte 1960 mir Gutes bringen.  
mit kochendem Saft der Marnette folgt

H.H.v. PENTZ

Westheim

(13b) WEXINGEN bei Augsburg 3.2.1960  
 Fernspreche Melligen 321  
 Kapellenstr. 8

- Herrn General H.H. von Holtzendorff, Hannover, Bismarckstr.73  
 " Botschafter Eugen Ott, München 13, Konrad-Str.10/I  
 " General Georg Poten, Hannover, Borchersstr. 33  
 " Dr. Thilo Vogelsang, München 27, Möhlstr. 26

Sehr verehrte Herren !

Bezugnehmend auf den vorangegangenen Schriftwechsel über den Fall Schleicher - Professor Eschenburg erlaube ich mir, Ihnen Fotokopie eines Schreibens des Herrn Eschenburg an mich vom 27.1. zu übersenden.

Erstaunlicherweise reagiert Herr Eschenburg auf meine Vermutung, dass er offenbar eine geistige Trübung erlitten hätte, überhaupt nicht. Offenbar muss in der Seele von Herrn Eschenburg vielleicht aus der Affäre "Forster Zeitung" irgendein abgrundtiefer Hass gegen Schleicher sich entwickelt haben.

Herr Eschenburg kommt dann auf Einzelheiten und sagt, das Verhalten Schleichers in der Frage des SA-Verbotes sei empörend gewesen, er habe hinter dem Rücken seines Ministers gehandelt, er habe gemogelt, sein Verhalten sei ehrenrührig usw.

In dem Fall Papen habe er sich skandalös benommen.

Herr Eschenburg gibt zu, dass er den zitierten Satz in der "Süddeutschen Zeitung" "spontan nach einer langen Diskussion ausgesprochen habe". Seine Vorgesetzten<sup>x)</sup> wären so klug gewesen, nicht auf ihn zu hören, sondern ihn notfalls zu lenken. In solcher Zeit hätte er relativ wenig Dummheiten begangen. " Hierüber hat Herr Eschenburg nach seinen Angaben einen Vortrag gehalten, den er eines Tages publizieren will.

Für mich ist es nun ganz unmöglich, zu diesen angerührten Einzelproblemen Stellung zu nehmen, da ich an diesen Dingen weder direkt noch indirekt irgendwie beteiligt war. Es wäre

x) (Schleichers)

Nachschrift

Unmittelbar vor Absendung meines Briefes erhielt ich Kenntnis von Ihrem Schreiben an Herrn von Pentz in Wertheim bei Augsburg, das mir sehr aufschlußreich war.

Ihre Einschränkung in der Bewertung von Freunden und Kameraden als Biographen erkenne ich an. Deshalb habe ich auch keine Biographie Schleichers geschrieben, sondern das mir bekannte Tatsachenmaterial Historikern zur Auswertung übergeben. Sie können aus meinem jahrelangen Schriftwechsel mit Herrn Dr. Vogelsang sehen, wie dabei genaue Kenntnis von Vorgängen, allgemeine Eindrücke und schriftliche Unterlagen geschieden sind.

Daß die Berufung Papens ein Fehler war, gebe ich nicht nur zu, sondern ich habe Schleicher, wie andere seiner Freunde vorher abgeraten. Fehler in der Abschätzung von Persönlichkeiten haben aber auch andere gemacht., z.B.: der ebenso kluge wie staatsmännisch begabte Ebert bei der Wahl von Cuno als Reichskanzler. Ich habe die Bildung des Kabinetts Cuno in der Wohnung meines Vaters in Berlin miterlebt.

Die Geschichte des SA-Verbots ist Gegenstand eines langen Schriftwechsels mit Dr. Vogelsang gewesen. Ich muß hier Ihrer Ansicht widersprechen. Auch das Verhältnis zu Gröner in dieser Zeit wird oft nicht klar gesehen. Da mich auch mit Gröner eine lange, dienstliche Zusammenarbeit und freundschaftlicher Familienverkehr in seiner Zeit als Verkehrsminister und später verband, glaube ich hier nicht einseitig zu urteilen.

Positiv habe ich Ihre Darstellung über die Atmosphäre empfunden, in der Ihre Worte gefallen sind.

Debatten unter Menschen, die Krisenzeiten miterlebt haben und sie von verschiedenen Seiten sehen, werden oft Schärfe enthalten - ich kenne das von einem so sachlichen Podium wie der Ev. Akademie Loccum her.

Aber an den Historiker legt man immer einen anderen Maßstab an, wie beim Politiker oder Journalisten. Entscheidend ist m.E. bei miterlebten Ereignissen, ob der Historiker den Abstand vom eigenen Resentiment gewinnt.

aber doch sehr schön, wenn es gelingen würde, diese Dinge klarzustellen und Herrn Eschenburg von dieser fanatischen Verfolgung von Schleicher abzubringen. Vielleicht sind Herr Botschafter Ott, Herr von Holtzendorff und Herr Dr. Vogelsang dazu in der Lage.

Mit herzlichen Grüßen bin ich

der Ihrige

Zusatz für Herrn Botschafter Ott:

Ich bin etwas in Sorge darüber, ob Sie meinen Brief vom 5.1. mit allerhand Anlagen als Antwort auf Ihr Schreiben an mich vom 30.12. wohl erhalten haben.

Zusatz für Herrn General Potens:

Vielen Dank für Ihre Briefe vom 4.1. und 21.1. Vielleicht erreicht Sie dieser mein Brief noch, bevor Herr Ott zu der geplanten Vortragsveranstaltung nach Hannover kommt.

Zusatz für Herrn von Holtzendorff:

Vielen Dank für Ihre damalige Nachricht, die ich am 5.1. Herrn Ott im Original weitergegeben haben.

Zusatz für Herrn Dr. Vogelsang:

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 11.1. Herr Dr. Janssen, an den ich auch nochmal geschrieben habe, hat mir am 11.1. in einer sehr netten und sehr ausführlichen Weise auf meinen Brief betr. Falkenhayn geantwortet. Wir befinden uns in einem fruchtbaren Gedankenaustausch.

Nochmals allerseits herzlich grüßend

H. H. v. PENTZ

Westheim

8901 ~~NIXXNDE~~ über Augsburg  
Kempfleder Meringe 321

23.2.1965

Kapellenweg 8

Herrn

Botschafter Eugen Ott

8 München 13  
Konradstrasse 10/I

Sehr verehrter Herr Ott !

Ich würdige es sehr, dass Sie daran gedacht und sich die Mühe gemacht haben, mir den Sonderdruck Ihrer Schrift über Schleicher zu schicken. Sie können sich denken, dass ich diese sehr plastischen Ausführungen mit allergrösstem Interesse gelesen habe. Ich habe sofort an den Isar-Verlag -jetzt Günter Olzog-Verlag - geschrieben und gebeten, mir 5 Hefte zu schicken, habe dabei den Verlag gefragt, ob diese Schrift auch an unsere namhaften Historiker und an die wichtigsten Zeitungen, wie "Frankfurter", "Zeit", "Welt" und "Christ und Welt" geschickt worden seien.

Man erlebt doch immer wieder, dass die Mehrzahl der Menschen sich ein völlig falsches Urteil über Schleicher geformt haben, wobei die mangelnden Kenntnisse der Tatsachen am bedeutsamsten für die schiefen Urteile sind.

Ich werde nicht verfehlen, Ihnen bei dem nächsten Treffen des Rheinbaben-Kreises das Heft zurückzugeben, möchte es nur nicht gleich der Post anvertrauen.

Mit nochmaligem Dank und besten Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener



H. H. von Pentz  
8901 Westheim b. Augsburg  
Kapellenweg 8  
Tel. Augsburg 381150

Westheim  
XXXXXXXXXX

26.3.1963

Kapellenweg 8

Herrn

Herrnrat v. Hammerstein

532 Hall Codesberg  
Louisenstrasse 77

*28.4. mit Prof. Dr. ...  
gefragt ob Sie ...  
...*

Lieber Herr v. Hammerstein!

Sie verlangen nicht wenig von mir, aber ich will mein Bestes tun, also kurze Schilderung, wie ich den 30. Juni 1934 erlebte:

Es war ein Sonnabend. Ich fuhr von unserem Werk in Lichtenberg/Ceithelin über die Linden nach Hause, nach Dahlem. Auf der Charlottenburger Chaussee war plötzlich eine unerwartete Sperrung. Wir mussten einen grossen Umweg, zum Teil durch Stadtwägen, machen, um auf den Grossen Stern zu kommen. Ich hatte den Eindruck, als wenn in der Tiergartenstrasse irgend etwas Unvorhergesehenes passiert sei, Wasserrohrbruch oder Brand oder Mäusereinsturz, jedenfalls kam ich nicht auf die Idee, dass es sich um eine politische Angelegenheit handeln könnte. Zu Hause angekommen, assen wir Mittag, dann habe ich eine Stunde geschlafen. Um 4 Uhr sagte mir meine Frau wörtlich: "Es ist etwas Schreckliches passiert, Schleicher ist ermordet!" Wie tief ich erschüttert war, können Sie sich natürlich denken, denn mir war nicht im geringsten ein Zweifel darüber, dass Schleicher nur von den Nazis ermordet sein könnte. Ich hatte gleich das Gefühl, hier muss irgendwas geschehen und fuhr zu meinem Freunde Sell (Ulrich Freiherr v. Sell, im Hirschsprung 15).

Eigenartigerweise lag dicht vor Sells Haus ein verunglückter Motorradfahrer auf der Strasse, den ich einem in der Nähe wohnenden Arzt noch zur Versorgung übergab. Der Arzt wurde noch furchtbar böse und sagte, ich, der nicht das geringste mit diesem Mann zu tun hatte, müsste ihn nun weiter versorgen.

Wir hatten die Nachricht über Schleicher durch unsere zweite Tochter Brigitte erhalten, die ganz in der Nähe von Schleichers Haus bei unseren Freunden Herrn und Frau v. Dittfurth im Haushalt tätig war. Sell war über die Ermordung Schleichers auch bereits unterrichtet und brachte mir die weitere Mitteilung, dass auch Frau v. Schleicher ermordet worden war.

Wir überlegten kurz, was man tun könne, und ich machte dann den Vorschlag, wir fahren zu dem General v. Hammerstein. Dort waren wir nach meiner Schätzung gegen 1/2 5 Uhr nachmittags. Frau v. Hammerstein empfing uns und sagte "mein Mann kommt gleich". Ihr Herr Vater kam dann fröhlichen Gesichtes, mit blanken Augen, in einem bunten, länggestreiften Bademantel herunter und sagte als erstes befriedigt: "Nun die Sache ist ja ganz gut gegangen mit Röhm und Konsorten". (So recht gefallen wollte mir diese Äusserung nicht, denn ich fand es nicht richtig, dass man in Deutschland Differenzen auf dem Wege des Mordes beseitigt, aber derartiges zu äussern, war in diesem Augenblick nicht angebracht)

Wir fragten ihn, ob er wisse, dass Schleicher ermordet worden wäre. Nein, das wüsste er nicht, und er sagte dann sehr betroffen wörtlich: "Also jetzt fangen sie an, auch Gentlemen zu ermorden". Dann rief er nach Ihrer Frau Mutter, sie möchte herunterkommen, um ihr diese schreckliche Mitteilung zu machen.

Darauf machte Sell einen meines Erachtens ausgezeichneten Vorschlag. Er sagte Ihrem Herrn Vater, man müsse alles tun, um die Behandlung dieses Mordfalles in die Hände der Reichswehr zu legen. Er schlug vor, dass die Division in Potsdam (es kann auch sein, dass er sagte der Standortkommandant) beauftragt würde, durch den Kriegsgerichtsrat diesen Fall behandeln zu lassen, eine Kompanie müsse sofort das Grundstück des Generals v. Schleicher besetzen, um damit sicherzustellen, dass die Ermordung des früheren Reichswehrministers nur durch die Reichswehr behandelt werden würde. Er fragte, ob Ihr Herr Vater nicht sofort mit Fritsch darüber sprechen könne. Ihr Herr Vater rief dann das Wehrministerium an, fragte nach Fritsch, bekam ihn nicht, nur seinen Adjutanten, den Herrn v. Mellenthin, der ihm sagte, Fritsch wäre jetzt nicht erreichbar. Ihr Herr Vater fragte dann: "Weiss der General v. Fritsch von der Ermordung Schleichers?" Dies bejahte Mellenthin. Damit war das Gespräch beendet. Sell und ich fuhren wieder nach Hause.

Am späten Nachmittag rief uns unsere Tochter nochmals aus Neubabelsberg an und sagte "Könnt Ihr nicht herkommen, es gibt noch etwas anderes". Wir fuhren dann in die Wohnung v. Ditfurths und trafen dort in Tennishose und zerrissenem weissen Sportherd den früheren Minister Treviranus, den bekanntlich die Nazis auch umbringen oder festnehmen wollten. Treviranus war beim Tennisspielen und es gelang ihm im letzten Augenblick, über einen Zaun zu springen und mit einem Auto in die Nähe der mit ihm entfernt verwandten Ditfurths zu fahren. Das Auto hat er dann irgendwo im Grunewald stehen lassen.

Ditfurths haben, obwohl sie 4 Kinder im Hause hatten, das grosse Risiko auf sich genommen, Treviranus wochenlang bei sich aufzunehmen. Goebbels liess damals bekanntgeben, Treviranus wäre schon längst im Ausland, als er sich noch in der Wohnung von Ditfurths befand. Soviel ich gehört habe, ist es dann gelungen, Treviranus mit Hilfe von Mönchen der katholischen Kirche nach England zu bringen. Ich habe ihn 1 oder 2 Jahre später noch einmal persönlich in London aufgesucht und mit ihm allein gefrühstückt.

Herrn v. Bredow habe ich nur flüchtig gekannt.

Auf Ihre weitere Frage: Unserem Sohn in Hamburg geht es sehr gut, er ist verheiratet und hat 3 Kinder.

Hoffentlich geht es Ihnen gut.

Beste Grüsse

Ihr

*H. H. von Dents*  
8907 Weidheim b. Augsburg  
Kapellenstr. 8  
Tel. Augsburg

PS: Das vor kurzem herausgekommene dicke Buch von Thilo Vogelsang "Die Reichswehr, die NSDAP und der Staat" haben Sie natürlich gelesen.

# Briefe aus unserem Leserkreis

Unter dieser Rubrik geben wir Tatbestandsbeschreibungen und Auffassungen aus unserem Leserkreis wieder. Die erschienen unter Anschluß der redaktionellen Verantwortung für ihren Inhalt. Das Recht auf Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

## Generale in der Weimarer Zeit

Seit mehr als 15 Jahren lese ich täglich mit Nutzen und oft mit Vergnügen Ihre Zeitung. Aber heute muß ich Ihnen leider sagen, daß ich den Artikel Ihres Herrn Ney „Generale verlieren den Frieden“ und vornehmlich die Bildunterschrift: „Soldaten gegen das Volk, die Arme als Staat im Staat — das war die Situation in der Weimarer Republik. Im Verhältnis der Reichswehr zur Republik lagen Mißachtung und Feindseligkeit, das eröffnete den Weg ins Dritte Reich und damit ins Verderben“, für eine Verdrehung der Tatsachen halte. Es sind zahlreiche Bücher von erstklassigen Historikern über dieses Thema geschrieben worden. In diesen Werken wird aktenmäßig und tatsachengetreu dargestellt, wie ausschlaggebend und bedeutungsvoll die loyale Haltung

die Monarchie wieder aufzurichten, hat er charaktervoll widerstanden.

Das von manchen Historikern geprägte Wort: „Offiziere retten die Demokratie“ kann nicht bestritten werden. Das gilt für die lange Spanne von der zweimaligen Befreiung Berlins über die Niederschlagung der Aufstände in Bremen, Westfalen, Mitteldeutschland bis zum Kapp-Putsch und bis zu dem Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 im Bierkeller in München. Und der Weg ins Dritte Reich? Wieso „Mißachtung und Feindseligkeit“ der Wehrmacht gegenüber der Republik den Weg ins Dritte Reich geöffnet haben sollen, bleibt völlig unerfindlich und bizarr.

Eine andere Frage bleibt offen, ob die Wehrmacht in der Lage gewesen wäre, durch Staatsstreich und durch offenen Kampf gegen den greisen Reichspräsidenten ihren Oberbefehlshaber, gegen die immerhin — formal wenigstens — legal errichtete Regierung, gegen die aufgeputschten Volksmassen die Errichtung des Dritten Reiches zu verhindern! Vielleicht hätte die Wehrmacht losgeschlagen, nach der Reichsmordwoche, die auf den 30. Juni 1934 folgte, wenn Schleicher noch Reichswehrminister gewesen und nicht ermordet worden wäre. „Wer macht denn den Staatsstreich gegen die Nazis? Nur einer, und das bin ich!“, so hat er tapfer und leichtsinnig sich mehrfach geäußert, und deshalb wurde er ermordet.

H. H. v. Pentz, Westheim

## Ebert und von Seeckt

Als ehemaliger politischer Häftling der SBZ und Soldat der Bundeswehr habe ich Harro Ney's interessante Ausführungen unter der Überschrift „Generale verlieren den Frieden“ gelesen. Herr Ney bemüht sich ohne Zweifel in positivem Sinne, die Vergangenheit zu bewältigen und der Bundeswehr zu helfen. Es wäre jedoch erfreulich, wenn er folgende Punkte in Zukunft beachtete:

Ihre Zeitung ist stets um Objektivität bemüht. Die Wahl dieser Überschrift läßt diesmal den Grundsatz vermissen. Herr Ney sollte gerade in diesem Augenblick das nicht schreiben, denn die zurückgetretenen Generale haben mit ihrer Handlungsweise als ehrenwerte Staatsbürger gehandelt und vielleicht sogar dem Frieden einen Dienst erwiesen. Die Würdigung der Leistung des Generals von Seeckt darf sich ebenfalls in keinem Fall im Negativen erschöpfen, sondern muß den geschichtlichen Zusammenhängen entsprechen.

Der erste Reichspräsident der Deutschen Republik, Friedrich Ebert, hätte ohne Zweifel nach dem Kapp-Putsch im März 1920 General von Seeckt nicht zum Chef der



„Hilfe, Polizei! Rassenschande!“

Heeresleitung ernannt — bis dahin war er nur Chef des Truppenamtes —, wenn er die Haltung dieses Mannes nicht gerade während dieser ersten Bewährungsprobe der Deutschen Republik als richtig und Rechtens empfunden hätte.

Im Jahre 1923, das war ein noch größerer Beweis des bedingungslosen Vertrauens gegenüber diesem Mann, beauftragte Reichspräsident Ebert — in der Stunde höchster Gefahr — Hitlerputsch und kommunistische Aufstände in Sachsen und Thüringen — General von Seeckt mit der vollziehenden Gewalt im Deutschen Reich; und dieser gab sie 1924, nachdem er mit der Reichswehr die Ruhe wieder hergestellt hatte, freiwillig wieder in die Hand des Reichspräsidenten zurück, obwohl er jederzeit in der Lage gewesen wäre, eine Militärdiktatur zu errichten. Er hat jeden Gedanken daran stets strikt abgelehnt. Auf jeden Fall war es ihm allein zu verdanken, daß aus den unterschiedlichen Gruppierungen — wie Freikorps und Resten der kaiserlichen Armee — für die Republik ein funktionsfähiges, einheitliches Heer geschaffen wurde.

Wenn Herr Ney abschließend feststellt, daß sich der Staat bisher um seine Armee bemüht habe, dann stimmt das leider nur bis zu einem gewissen Grad. In aller Offenheit muß ich sagen, daß dieses Bemühen bisher nicht ausreichend war. Noch sind unsere Soldaten Stiefkinder der Nation. Es sollte sich nun aber möglichst rasch ändern. Ich wünsche es von Herzen um der Demokratie willen.

Konrad Brettschneider, Landsberg/Lech

Einen Rundflug über Augsburg haben beim MAGES-Freizeitschiffahrt gewonnen:

Ernst Weis, Augsburg; Lorenz Jechbauer, Augsburg; Wolfgang Jung, Augsburg; Fred Bauer, Augsburg; Josef Babel, Augsburg; Gerd Beck, Augsburg; Anton Baumann, Augsburg; Wilfried Hof, Stadtbergen; Erich Knecht, Gersheim; A. Adenberger, Friedberg; Willi Imas, Schlieren; Achtsheim; Franz Lehleider, Krombach; Günter Urban, Krombach.

Das Freizeitschiffahrt läuft bis 6. September 1966. Inhoras an den MAGES-Schiffahrtstern.

Der Führerposten für die Erhaltung der deutschen Republik war. Hier war ein paar Streifen... Der General Groener war es, der... Schlichters Vermittlung gleich nach... das entscheidende Bündnis mit... schloß, das Deutschland zum ersten... mal... Der kluge und hochachtbare... Sozialdemokrat Ebert hat die Wehrmacht... ihre Führer immer hoch geschätzt.

Allenthalben nach 1919 wurde die Wehrmacht überhaupt der ruhende Pol in der... Notständen war sie es, die die zahl... und die Ordnung und die Staatsautorität... Die unbedingte Loyalität ihrer Führer gegenüber der Republik ist... zu bewerten, als der schroffe... die Gefahr der Offiziere stark beeindruckt... Mehrfach ist dem General v. Seeckt... vollziehende Gewalt vom Reichspräsidenten übertragen worden. Jedesmal hat er... seine Aufgabe erfüllt war, freiwillig, ohne gedrängt worden zu sein, zurückgegeben. Den Einflüsterungen von ziviler Seite, jetzt die Macht an sich zu reißen und

H. H. V. PENTZ

8901 WESTHEIM über Augsburg

Kapellenweg 6

Fernsprecher Augsburg 41153

14.7.65.

Vater nun foler farr Ott!

Briefvater, Mühlberg  
Augsburg 1. Hof. Mühlberg

Ihr mir zülignormale zügschender Mutter  
vom 19.5.65 traf gerade mir als mir  
beim im Augen auf der Fahrt zum Aachener  
Firmen die Post abfuhren. Gestern traf  
mir wieder zu frische mir so. ich will Ihr  
sehr herzlich danken zu dem was Sie mir  
diese Minderbriefe haben lassen, muss ich  
in einem Zuge mit befreundeten Freunden  
laut, was mir sehr viel bedeutet.

Ihre Mission bei Hitler in Weimar sehen  
Sie zu in sehr geschickter in. nicht recht wollen  
Mittel geschickter. Natürlich sehen Sie auch,  
dass Ihre Zügschender ganz mir zütraffender  
Bild von Schlichter bei mehreren Menschen, ab  
es ist ein Bild für von der Post in. In  
Sippenkammer unmittelbar werden ist.

By Weimar bei Joseph für die nächste Weir-  
Sigung von zwei mir neue Personen  
Minnen von Falkenberg in. an Schlichter.  
die folgende Brief für möglich. Prof.  
Ritter ist in Linie 3. Band "Staats-  
bücherei in. Kriegshandwerk" Falkenberg

nirigornaspa jorupf jannoben, ful uba unaf nief  
lan mit jafin la F. zu leben.

Zy bin mir jafjant, mir das Mark von  
Vogelsang ist Sch. mit lafen mir.

fin juten jünjeren jeforiter, K. H. Jansen,  
will in diefen Jahr mir 'Lingjafin von  
Falkenhain jennjoten. Zy fude, mit mit  
ifm jorofjendint, er jorofjant mir vor  
Manfen jann jafin abjup. jefitbe bi mir  
uba laun laf nief, woff mit Augf.!

Francis Carsten jefiel mir in diefung  
rup jüt mit er nifjoroben thif mit  
flaifig 'jafjannaltes Material bruch, la  
mir j. F. in la jannat mir.

Aber die nifjoroben la Nordjant der R. W.  
mir la nifjellid is. in jorofjant die von Sch.  
nifjup er nief jefitig nifjantigen. Jany ub-  
majig jint jann jefitig jorofjantigen.

Jann mirk is nief von jfem balafen laffen,  
is la das jorofjant SA-Knobel: Nany  
Carsten juten Sch. is. Kammertjein jann  
Knobel, von jorofjant nifj jafjant in.

juten laun, woff jf. zu nifjantigen, die  
Kauf, jafin jafin laun R. jaf. jorofjant.

Zy bin mir die nief jorofjant.

laif der nifjant jafin la, er jann  
is. jafin jorofjant "laif von jf. von  
Sch. vor!

Antje er laif is nief jfem zu is laffen:

a) jann jorofjant jafin Falk. In jf 1922  
nifj j. jafin ub is 31' jafin ub nifj,  
nifjant in.

wofür, was S. J. in der "Times" marmalade  
 mündet. Nungeplieg bleibt mir  
 Fr. o. Gairollet ("Thürchen") Vließ i.  
 mütlich luge: "die Bewerzung kann nicht  
 halt finden, die drüben sind johlant".

Ich ist unbescheiden, wenn ich die fragen ob die  
 weiß auch so mir so dem Aug' bey "Korn"?  
 für in druffein ist es im Korn bei  
 züden Keller sagt sich. 27. hünd die  
 ist bereit abgeben. Jeder füllt mich  
 in. Tami ist. ist mal sehr fann, die nicht  
 für bayreuth zu hien  
 mit unspitzigen Größen die sehr ergeten  
 S. S. in fann.

Herrn b) einem H. Artikel was wir über

Falkenheizen, der Brüchigkeit im „Adelskath“  
schreiben.

Es würde wohl wenn wir uns über die  
dinge noch einmal mündlich unterhalten  
könnten.

Ubrigens geben wir Ihnen in die Hand  
sogenannte Beilage von Sch. die Ihnen  
wir, wo möglich noch auf Hammerstein

Es wird bei jeder im Hinblick der  
Anliegen - bitten Sie es mir zu  
schreiben. Grunthaus Frankfurt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

H. H. v. PENTZ

8901 WESTHEIM über Augsburg

Kopplonweg 5

Fernsprecher Augsburg 461150

13. 12. 1965

31. 12. 65

4. 1. 1966

Herrn  
Dr. Thilo Vogelsang  
Institut für Zeitgeschichte

8 München  
Möhlstrasse 26

Sehr verehrter, lieber Herr Vogelsang!

Sie werden meinen ersten Sofort-Dank für die Übersendung Ihrer Biographie über SCHLEICHER hoffentlich erhalten haben. Sie können sich gewiß vorstellen, mit welchem großem Interesse ich Ihr relativ kleines Buch gelesen habe. Die Kleinheit ist ja auch ein Vorteil und trägt in sich die Hoffnung, daß möglichst viele Menschen dieses Buch lesen werden, die nicht die Zeit und die Kräfte haben, solche Riesenwerke wie zum Beispiel Gerhard Ritters "Staatskunst und Kriegshandwerk" zu studieren.

Alles in allem kann ich Ihnen nur zu der Verfassung dieser Biographie meine aufrichtigen Glückwünsche aussprechen. Endlich wird Schleicher einmal ins richtige Licht gestellt. (Eine Bemerkung über meine abweichende Meinung betr. den allerletzten Teil, darf ich folgen lassen.)

Sie haben es wunderbar verstanden, den notwendigen Rahmen der Gesamtgeschichte richtig abzugrenzen, weder zu viel, noch zu wenig. Das ist ja immer eine besonders schwere Aufgabe in solchen Fällen.

Sie haben praktisch die Tatsachen sprechen lassen, und diese Tatsachen sprechen ja wirklich eindeutig für Schleicher. Ohne daß Sie ihn nun besonders loben, müßte ja eigentlich jeder Leser, der nicht gerade wie der Berliner sagt: "Mit dem Klammerbeutel gepudert ist", die immer wieder einzigartige Haltung und Leistung von Schleicher, besonders unmittelbar nach dem Zusammenbruch, erkennen.

- 2 -

Wenn ich von meiner Person spreche, so muss ich Ihnen gestehen, dass ich nach dem Zusammenbruch damals als junger Generalstabsoffizier noch die erste Armee und viele Einzelformationen bis in den Januar hinein nach Hause befördert habe, was eine schwierige Angelegenheit war. Das hielt ich für einen Abschlußehrendienst, aber dann war ich doch so angeekelt und verbittert, dass ich nicht den Absprung fand, mich für eine neue militärische oder politische Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Ich trat auch in kein Freikorps ein. Schleicher dagegen ganz anders. Auch in diesen immer wiederkehrenden schauerhaften Lagen verliessen ihn seine Vitalität und sein Optimismus nicht. Sie sprechen einmal von "fast selbstverständlicher Nonchalance". Ich sehe dieses als keinen Tadel, sondern als ein Lob an, weil ihm die richtigen Entschlüsse nicht mit tierischem Ernst, sondern in leichter Art zuflossen.

Ihnen gegenüber brauche ich die einzelnen Tatsachen nicht aufzuführen. Lassen Sie mich nur erwähnen, das Bündnis Groener/Ebert, an dessen Zustandekommen Schleicher ja wesentlich beteiligt war. Dann seine Stellungnahme am 24.12.1918 nach dem mißglückten Angriff auf die Aufständischen im Marstall. Schleicher war der einzige, der die Flinte nicht ins Korn warf, und Groener folgte seinem Rat, was auch wieder anzuerkennen ist. Man fragt sich, wie sich die Dinge nach dem Waffenstillstand gestaltet hätten, wenn eine Person wie Schleicher nicht aktiv mitgehandelt hätte.

Jetzt muß ich einen Sprung machen und auf die Schlußbemerkung in der rückwärtigen Klappe zurückkommen, in der es heißt: "er hätte die Sache der Republik nicht zu der seinen gemacht." Dieser Satz - nehmen Sie es mir bitte nicht übel - hat mich beinahe auf die Palme gebracht. Wenn überhaupt einer die Sache der Republik zu der seinen gemacht hat, so ist es doch Schleicher gewesen, und die anderen, sogar die meisten seiner Kameraden, stellten sich entweder dagegen oder sträubten sich innerlich. Schleicher hatte ganz recht, als er das Wort aussprach (Seite 43): "das werden sie auch nie begreifen".

Selbst die Angaben in Ihrem Buch beweisen das Gegenteil. Ich darf noch kurz hervorheben Seite 18: "Eine "patriotische" Haltung, die nicht mehr unbedingt auf die Bewahrung des Ancien Régime als vielmehr auf die Rettung der staatlichen Substanz ausging.

- 3 -

- 3 -

Seite 33:

" Er störte sich als früherer Gardeoffizier nicht daran, daß dieses deutsche Reich nun eine Republik geworden war. "

Seite 42:

" Er verkehrte privat im Hause von Ebert ".  
(den Fritsch in einem seiner Briefe als Schweinehund bezeichnet)  
ganz schrecklich und betrüblich.

Seite 45:

" Über die loyalen Arbeitsleistungen Schleichers zugunsten der Republik konnte kein Zweifel bestehen. "

Ich darf ferner auf die Ihnen sicher bekannten Erlasse von Schleicher hinweisen, die in dem Buch Francis L. Carsten " Reichswehr und Politik " enthalten sind. Ich meine den einen Erlass mit dem Stichwort: " Es gilt für manche nicht als fein, sich vor die Republik zu stellen " und den anderen mit dem Stichwort: " Keine Befehle mit Augenzwinkern. Wir müssen absolut aufrichtig sein. "

In allen Darstellungen und auch leicht, wenn auch weniger anklingend in der Äußerung, wird Schleicher immer nur als " der General " bezeichnet, womit doch angedeutet sein soll, dass er ein Normal-Soldat war, der eigentlich nicht in der Politik mitzuspielen hätte. Ich meine, das ist nicht zutreffend. Eigentlich war Schleicher nur noch der Bekleidung nach ein General. Wer hatte denn eine bessere politische Schulung als er, der er doch praktisch ab 1914 fast ausschließlich im Bereich politischer Probleme sich zu orientieren und zu arbeiten hatte. Hatten etwa die Gewerkschaftsführer oder die Journalisten eine bessere politische Erfahrung?

Interessiert und sogar etwas amüsiert hat mich das Urteil des Oberst von Thaer über Schleicher. Für Thaer ist es noch selbstverständlich, dass ein Vorgesetzter eo ipso klüger ist als sein Untergebener. Da hatte er nun Pech mit Schleicher und das brach-

- 4 -

- 4 -

te den braven Thaer beinahe aus dem Konzept.

Nun erlauben Sie mir aber bitte zu meinem Hauptpunkt zu kommen, und ich bitte, mir nicht zu verübeln, wenn ich hier offen meine Ansicht ausspreche, wobei ja immer offen bleibt, wer wirklich recht hat.

So sehr ich mit drei Viertel Ihres Buches voll einverstanden bin, so habe ich über den letzten Abschnitt doch eine abweichende Meinung. Sie meinen, dass Schleicher in der letzten Phase bereits sich selbst überlebt habe (Seite 108). Sie führen auf Seite 109 drei Tatsachen auf als schwere Vorwürfe, welche die Geschichte gegen ihn zu erheben hat, und zwar:

- 1) Die bruske Abwendung von seinem väterlichen Freund und Vorgesetzten Groener.
- 2) Die Verhandlungen mit der NSDAP hinter dem Rücken des von ihm aufgegebenen Brüning.
- 3) Die Lancierung von Papen auf den Reichskanzlerposten.

Diese 3 Tatsachen heben nach Ihrer Auffassung (was zwischen den Zeilen steht) alle früheren Verdienste von Schleicher auf, und Sie sprechen zum Schluß das etwas lyrische Urteil aus :

" Schuldig und schuldlos zugleich. "

Das geht meines Erachtens zu weit. In einem Punkt muss ich Ihnen leider voll zustimmen, das ist die Ernennung Papens zum Reichskanzler. Das habe ich ihm auch deutlich im Winter 1933/34 auf einem Spaziergang gesagt mit den Worten: " Wie konnten Sie einen solchen Harlekin wie Papen zum Reichskanzler machen! "

Zu den beiden anderen Punkten : Bruskierung Groeners und Verhandlungen mit der NSDAP hat Ihnen ja schon Herr von Holtzendorf zum ersteren Punkt geschrieben, und wenn ich Herrn Botschafter Ott richtig verstanden habe, so trifft der zweite Punkt nicht zu.

Es ist ja ein Jammer, dass Schleicher seine Ermordung nicht überlebt hat und sich zu diesen beiden Vorwürfen nicht selbst ausführlich äußern kann.

- 5 -

- 5 -

Erlauben Sie aber noch eine generelle Betrachtung. Man schiebt die Schuld für die katastrophale Entwicklung mit den Nazis gern auf Schleicher. In der "Frankfurter Allgemeinen" stand einmal ein hämisch spöttischer Artikel: "Der General, der die Nazis zähmen wollte." Ich frage dann immer solche Leute, was haben Sie denn getan, um das Unglück mit den Nazis zu verhindern? Schleicher war immerhin einer der wenigen, der diese Gefahr voll erkannte und fortgesetzt darüber nachdachte, wie er das schlimmste abwenden könnte, wobei bekanntlich alle Entschlüsse und Handlungen durch die Vorstellung gehemmt waren, daß die Nazis doch eine nationale Idee zum Vorteil Deutschlands und zum Vorteil der Wehrmacht verträten und in der letzten Phase: "Warum ist er gescheitert?", weil er eben klüger und weitsichtiger war als die anderen, die ihn bis auf verschwindende Ausnahmen im Stich ließen: sein früherer Freund Papen belog und betrog ihn mit voller Billigung des Reichspräsidenten; der Reichspräsident selber brach Schleicher gegenüber sein Wort. Die sogenannten Standesgenossen ließen ihn im Stich, verdächtigten ihn als "roten General", die meisten Offiziere waren zu dumm, um die Lage zu begreifen. Die Parteien ließen ihn im Stich. Die Gewerkschaften erklärten, mit einem "reaktionären General" könne man nicht zusammenarbeiten (große Ausnahme Noske - siehe dessen Erinnerungen -).

Niemand kann es beweisen, aber ich glaube, dass nach dem großen politischen Rückschlag bei den Nazis im November 1932 es möglich gewesen wäre, diese Lawine zum Stehen zu bringen und das Schlimmste zu verhindern, wenn der Reichspräsident und einige andere Leute klare Vorstellungen und den Mut zur Handlung gehabt hätten, was ich zum Beispiel von Ebert geglaubt hatte.

Nehmen Sie nochmals meinen aufrichtigen Dank für das grosse historische Verdienst, das Sie sich durch Ihre Schrift erworben haben.

Mit sehr herzlichen Grüßen und besten Weihnachtswünschen bin ich

Ihr sehr ergebener

D/ Herrn Botschafter Eugen Ott  
D/ Herrn Hans Henning von  
Holtzendorff

H. H. von *Reiche*  
3907 Weinhelm, Augsburg  
Kapellenweg 8  
Tel. Augsburg 381150

Anlage:

Ich erlaube mir, noch ein paar nebensächliche Kleinigkeiten zu erwähnen:

1.) Seite 11:

wurde zur Kriegsakademie kommandiert "als für den Generalstab vorgesehen", Das wusste beim Beginn der Kriegsakademie noch keiner, ob er zu den wenigen Auserwählten gehört, die nach 3 Jahren erstmal zum Generalstab kommandiert und dann wiederum ausgesiebt in den Generalstab versetzt wurden.

2.) Seite 12:

muss heissen regulär "in", nicht zum Generalstab versetzt.

3.) Seite 25:

gehört eigentlich in meinen Hauptbrief; bemerkenswert, wie frühzeitig der Soldat Schleicher erkennt, dass die Gesundung des Wirtschaftslebens die Grundlage zum Wiederaufbau Deutschlands ist.

4.) Seite 46:

bemerkenswert, wie Schleicher sich der Konzeption Stresemanns voll und ganz zuwendet und sich nicht von Seeckt verführen lässt.

5.) Seite 54:

Schleicher verzichtet auf Patent und Gehalt, bis alle übersprungenen Vordereute ebenfalls General geworden waren, bemerkenswert, wer hat so etwas schon einmal getan ?

6.) Seite 55:

Sie schreiben "der überaus befähigte Joachim v. Stülpnagel". Mir scheint dieses Lob zu weit gegriffen zu sein. Ich weise auf Carsten S. 361 hin, wo Groener schreibt "Ich bin richtig froh, dass ich nicht auf Stülpnagel hereinflie, der sich mehr und mehr als ein Schwächling entpuppt und wohl auch am liebsten zu den Nazis überliefe. Er hält sich für Gneisenau und Scharnhorst zusammen und möchte mit aller Gewalt ein grosser Mann werden". Persönlich denke ich bei Stülpnagel an ein Wort von Bismarck "Jeder ist so klug, wie er ist, minus seiner Eitelkeit".

7.) Seite 60:

Ich muss gestehen, nicht begriffen zu haben, was Sie meinen, dass Schleicher Zeit seines Lebens "mit institutionellem Denken kaum vertraut gewesen ist".

8.) Seite 105:

Bei der geplanten Beerdigung auf dem Friedhof, die ja nicht stattfand, weil -wie Frau v. Gaudecker wörtlich sagte- die Leichen geklaut sind, hatten sich nach meiner Erinnerung etwa 20 Personen versammelt, und zwar neben Dewitz, Hammerstein, meiner Frau und mir noch Frau v. d. Bussche und Frau Moiczewicz, deren Männer sich nicht getraut hatten zu kommen.

9.) Seite 106:

Ulrich Fehr. von Sell, meines Erachtens eine Mischung zwischen Christus und einem Ritter, war nicht 3. Gardist, sondern war aus dem Kaiser Franz-Gardegrenadierregiment Nr. 2 hervorgegangen und vor dem Kriege militärischer Adjutant des Reichskanzlers Bethmann. Sein Verdienst, für Schleichers Rehabilitation einzutreten, war umso grösser, als er gar nicht mal in besonders nahen Beziehungen zu Schleicher stand.

10.) Die Bilder sind meines Erachtens sehr hübsch ausgesucht. Ganz neu ist mir auf dem Bild nach S. 16 ein Bruder von Schleicher als Kadett der Hauptkadettenanstalt zu sehen. Davon hat er mir nie erzählt. Ich kann ihn auch in den Ranglisten des alten Heeres nicht finden.

Handwritten note:  
 Kinn...  
 ...  
 In 1823 geboren  
 ...  
 ...

Handwritten signature and date:  
 ...  
 1876

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Eustav N o s k e : Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang  
einer Demokratie.

Bollwerk - Verlag, Karl Drott, Offenbach/M.  
1947.

S. 310/11: "Eine letzte Chance, über die innerpolitischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, bot sich, als von Schleicher als Reichskanzler Papen abtrat, um einen Kurs der Versöhnung zwischen den Klassen zu steuern. Einige Male hatte ich in den letzten Jahren mit Schleicher gesprochen. Er hatte die furchtbaren Schwierigkeiten in den Jahren nach 1918 tätig im Reichswehrministerium mit erlebt und sie nicht vergessen, sondern daran gelernt. Daß er keine schroffen Experimente gegen die Arbeiterschaft machen würde, war mir bekannt. Er hätte, wie er sagte, gern mit mir zusammen gearbeitet, aber bei den Berliner Sozialdemokraten nur Ablehnung gefunden, wenn er die Frage aufgeworfen habe, warum ich nicht in Berlin sei. Als wieder Gerüchte auftauchten, ich solle aus dem Amt in Hannover weggeschickt werden, ließ er die Reichsregierung erklären: "eine solche Absicht besteht nicht und es liegt auch keinerlei Anlaß dazu vor." Schleicher hätte manches tun müssen, was mit der bisherigen sozialdemokratischen Agitation nicht übereinstimmte, aber er hätte doch die Partei, ihre Presse, die Gewerkschaften und andere Institutionen bestehen lassen, wenn man ihm vorerst freie Hand gelassen und dazu einem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hätte. Er hat versucht, sich besonders mit den Gewerkschaftern zu verständigen. In einer Verantwortung, wie sie in der Geschichte aller Parteien mir sonst nicht bekannt geworden ist, widersetzten sich Leute, die sich einbilden, Führer zu sein, der letzten Möglichkeit, sich und ihre Einrichtungen zu bewahren. Man klammerte sich an den Ausspruch Schleichers, daß man nicht dauernd auf Bajonetten sitzen könne, vergaß aber, daß so manche Diktatur von Dauer gewesen ist und Zeit hatte, Dinge zu tun, die nie wieder ungeschehen gemacht werden konnten. Nie ist eine politische Situation gründlicher verkannt worden. Schleicher hatte den Führer der Gewerkschaften, Leipart, zu einer Aussprache über eine Zusammenarbeit mit den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft gebeten. Im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hatte man davon gehört. Leipart wurde aufgefordert, vor dem Gespräch mit Schleicher in das Parteibüro zu kommen. Dort wurde ihm von Breitscheid eröffnet, daß die Parteileitung jede Zusammenarbeit mit dem Reaktionsär Schleicher ablehne und dieselbe Haltung von ihm erwarte. Leipart, der mir diese Unterhaltung geschildert hat, fügte sich dem Parteibegehren. General Schleicher war gewiß nicht das Ideal eines Staatsmannes. An seiner entschlossenen Haltung, unter einem Ermächtigungsgesetz den Nationalsozialisten Halt zu bieten, hege ich nach dem Gespräch, das ich in jenen Tagen mit ihr hatte, keinen Zweifel. Er mußte als Reichskanzler abtreten. Dann kam Hitler! Namhafte sozialdemokratische Führer vernichteten seelenruhig, das bedeuete keine große Gefahr für die Zukunft, denn dieser Kanzler werde niemals die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstage für eine Änderung der Weimarer Verfassung erhalten. Man löse sich vorübergehend vom Feind, um neue Kraft zum erfolversprechenden Vormarsch zu sammeln."

von Martin Hoffmann von 1947 h

H. H. von PENTZ

H. H. ZS/R-32cht 12 - 215. 12.  
8901 Weidstube h. Augsburg  
Mittelpostweg 2  
MEITINGEN bei Augsburg  
65-

H. H. von Pentz

Herrn Botschafter in Genewal 'Enque Ott.'

Sehr verehrter Herr Ott!

Zu Ihrer Zusage über Anlegen, meine Briefe  
an H. Thilo Vogelhaus, wegen ich habe  
zu können. Manne Sie nicht zu verlieren, Sie  
gute auf ihn sein best.

Bitte sagen Sie mir etwas in schriftlicher  
Ihre Gegenwart.  
3.12.05  
Viel Spaß haben Sie in der Zeit "die Lebenszeit"  
des "Schleiers" Lina Lina Wilhelm Lina.  
"Unveränderliche Größe der Welt"  
f. f. in Genew.

H. H. v. PENTZ

8901 WESTHEIM über Augsburg  
Köselstr. 8  
Fernsprecher Augsburg 451133

13.12.1965

Herrn  
Dr. Thilo Vogelsang  
Institut für Zeitgeschichte

8 München  
Möhlstrasse 26

Sehr verehrter, lieber Herr Vogelsang!

Sie werden meinen ersten Sofort-Dank für die Übersendung Ihrer Biographie über SCHLEICHER hoffentlich erhalten haben. Sie können sich gewiß vorstellen, mit welchem großem Interesse ich Ihr relativ kleines Buch gelesen habe. Die Kleinheit ist ja auch ein Vorteil und trägt in sich die Hoffnung, daß möglichst viele Menschen dieses Buch lesen werden, die nicht die Zeit und die Kräfte haben, solche Riesenwerke wie zum Beispiel Gerhard Ritters "Staatskunst und Kriegshandwerk" zu studieren.

Alles in allem kann ich Ihnen nur zu der Verfassung dieser Biographie meine aufrichtigen Glückwünsche aussprechen. Endlich wird Schleicher einmal ins richtige Licht gestellt. (Eine Bemerkung über meine abweichende Meinung betr. den allerletzten Teil, darf ich folgen lassen.)

Sie haben es wunderbar verstanden, den notwendigen Rahmen der Gesamtgeschichte richtig abzugrenzen, weder zu viel, noch zu wenig. Das ist ja immer eine besonders schwere Aufgabe in solchen Fällen.

Sie haben praktisch die Tatsachen sprechen lassen, und diese Tatsachen sprechen ja wirklich eindeutig für Schleicher. Ohne daß Sie ihn nun besonders loben, müßte ja eigentlich jeder Leser, der nicht gerade wie der Berliner sagt: "Mit dem Klammerbeutel gepudert ist", die immer wieder einzigartige Haltung und Leistung von Schleicher, besonders unmittelbar nach dem Zusammenbruch, erkennen.

- 2 -

Wenn ich von meiner Person spreche, so muss ich Ihnen gestehen, dass ich nach dem Zusammenbruch damals als junger Generalstabsoffizier noch die erste Armee und viele Einzelformationen bis in den Januar hinein nach Hause befördert habe, was eine schwierige Angelegenheit war. Das hielt ich für einen Abschlußehrendienst, aber dann war ich doch so angeekelt und verbittert, dass ich nicht den Absprung fand, mich für eine neue militärische oder politische Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Ich trat auch in kein Freikorps ein. Schleicher dagegen ganz anders. Auch in diesen immer wieder kehrenden schauderhaften Lagen verliessen ihn seine Vitalität und sein Optimismus nicht. Sie sprechen einmal von "fast selbstverständlicher Nonchalance". Ich sehe dieses als keinen Tadel, sondern als ein Lob an, weil ihm die richtigen Entschlüsse nicht mit tierischem Ernst, sondern in leichter Art zuflossen.

Ihnen gegenüber brauche ich die einzelnen Tatsachen nicht aufzuführen. Lassen Sie mich nur erwähnen, das Bündnis Groener/Ebert, an dessen Zustandekommen Schleicher ja wesentlich beteiligt war. Dann seine Stellungnahme am 24. 12. 1918 nach dem mißglückten Angriff auf die Aufständischen im Marstall. Schleicher war der einzige, der die Flinte nicht ins Korn warf, und Groener folgte seinem Rat, was auch wieder anzuerkennen ist. Man fragt sich, wie sich die Dinge nach dem Waffenstillstand gestaltet hätten, wenn eine Person wie Schleicher nicht aktiv mitgehandelt hätte.

Jetzt muß ich einen Sprung machen und auf die Schlußbemerkung in der rückwärtigen Klappe zurückkommen, in der es heißt: "er hätte die Sache der Republik nicht zu der seinen gemacht." Dieser Satz - nehmen Sie es mir bitte nicht übel - hat mich beinahe auf die Palme gebracht. Wenn überhaupt einer die Sache der Republik zu der seinen gemacht hat, so ist es doch Schleicher gewesen, und die anderen, sogar die meisten seiner Kameraden, stellten sich entweder dagegen oder sträubten sich innerlich. Schleicher hatte ganz recht, als er das Wort aussprach (Seite 43): "das werden sie auch nie begreifen".

Selbst die Angaben in Ihrem Buch beweisen das Gegenteil. Ich darf noch kurz hervorheben Seite 18: "Eine "patriotische" Haltung, die nicht mehr unbedingt auf die Bewahrung des Ancien Régime als vielmehr auf die Rettung der staatlichen Substanz ausging.

- 3 -

Seite 33:

" Er störte sich als früherer Gardeoffizier nicht daran, daß dieses deutsche Reich nun eine Republik geworden war. "

Seite 42:

" Er verkehrte privat im Hause von Ebert ".  
(den Fritsch in einem seiner Briefe als Schweinehund bezeichnet)  
ganz schrecklich und betrüblich.

Seite 45:

" Über die loyalen Arbeitsleistungen Schleichers zugunsten der Republik konnte kein Zweifel bestehen. "

Ich darf ferner auf die Ihnen sicher bekannten Erlasse von Schleicher hinweisen, die in dem Buch Francis L. Carsten " Reichswehr und Politik " enthalten sind. Ich meine den einen Erlass mit dem Stichwort: " Es gilt für manche nicht als fein, sich vor die Republik zu stellen " und den anderen mit dem Stichwort: " Keine Befehle mit Augenzwinkern. Wir müssen absolut aufrichtig sein. "

In allen Darstellungen und auch leicht, wenn auch weniger anklingend in der Ährigen, wird Schleicher immer nur als " der General " bezeichnet, womit doch angedeutet sein soll, daß er ein Normal-Soldat war, der eigentlich nicht in der Politik mitzuspielen hätte. Ich meine, das ist nicht zutreffend. Eigentlich war Schleicher nur noch der Bekleidung nach ein General. Wer hatte denn eine bessere politische Schulung als er, der er doch praktisch ab 1914 fast ausschließlich im Bereich politischer Probleme sich zu orientieren und zu arbeiten hatte. Hatten etwa die Gewerkschaftsführer oder die Journalisten eine bessere politische Erfahrung?

Interessiert und sogar etwas amüsiert hat mich das Urteil des Oberst von Thaer über Schleicher. Für Thaer ist es noch selbstverständlich, daß ein Vorgesetzter eo ipso klüger ist als sein Untergebener. Da hatte er nun Pech mit Schleicher und das brach-

- 4 -

te den braven Thaer beinahe aus dem Konzept.

Nun erlauben Sie mir aber bitte zu meinem Hauptpunkt zu kommen, und ich bitte, mir nicht zu verübeln, wenn ich hier offen meine Ansicht ausspreche, wobei ja immer offen bleibt, wer wirklich recht hat.

So sehr ich mit drei Viertel Ihres Buches voll einverstanden bin, so habe ich über den letzten Abschnitt doch eine abweichende Meinung. Sie meinen, dass Schleicher in der letzten Phase bereits sich selbst überlebt habe (Seite 108). Sie führen auf Seite 109 drei Tatsachen auf als schwere Vorwürfe, welche die Geschichte gegen ihn zu erheben hat, und zwar:

- 1) Die brüske Abwendung von seinem väterlichen Freund und Vorgesetzten Groener.
- 2) Die Verhandlungen mit der NSDAP hinter dem Rücken des von ihm aufgegebenen Brüning.
- 3) Die Lancierung von Papen auf den Reichskanzlerposten.

Diese 3 Tatsachen heben nach Ihrer Auffassung (was zwischen den Zeilen steht) alle früheren Verdienste von Schleicher auf, und Sie sprechen zum Schluß das etwas lyrische Urteil aus :

" Schuldig und schuldlos zugleich. "

Das geht meines Erachtens zu weit. In einem Punkt muss ich Ihnen leider voll zustimmen, das ist die Ernennung Papens zum Reichskanzler. Das habe ich ihm auch deutlich im Winter 1933/34 auf einem Spaziergang gesagt mit den Worten: " Wie konnten Sie einen solchen Harlekin wie Papen zum Reichskanzler machen! "

Zu den beiden anderen Punkten : Brüskierung Groeners und Verhandlungen mit der NSDAP hat Ihnen ja schon Herr von Holtzendorff zum ersteren Punkt geschrieben, und wenn ich Herrn Botschafter Ott richtig verstanden habe, so trifft der zweite Punkt nicht zu.

Es ist ja ein Jammer, dass Schleicher seine Ermordung nicht überlebt hat und sich zu diesen beiden Vorwürfen nicht selbst ausführlich äußern kann.

- 5 -

Erlauben Sie aber noch eine generelle Betrachtung. Man schiebt die Schuld für die katastrophale Entwicklung mit den Nazis gern auf Schleicher. In der "Frankfurter Allgemeinen" stand einmal ein hämisch spöttischer Artikel: "Der General, der die Nazis zähmen wollte." Ich frage dann immer solche Leute, was haben Sie denn getan, um das Unglück mit den Nazis zu verhindern? Schleicher war immerhin einer der wenigen, der diese Gefahr voll erkannte und fortgesetzt darüber nachdachte, wie er das schlimmste abwenden könnte, wobei bekanntlich alle Entschlüsse und Handlungen durch die Vorstellung gehemmt waren, daß die Nazis doch eine nationale Idee zum Vorteil Deutschlands und zum Vorteil der Wehrmacht verträten und in der letzten Phase: "Warum ist er gescheitert?", weil er eben klüger und weitsichtiger war als die anderen, die ihn bis auf verschwindende Ausnahmen im Stich ließen: sein früherer Freund Papen belog und betrog ihn mit voller Billigung des Reichspräsidenten; der Reichspräsident selber brach Schleicher gegenüber sein Wort. Die sogenannten Standesgenossen ließen ihn im Stich, verdächtigten ihn als "roten General", die meisten Offiziere waren zu dumm, um die Lage zu begreifen. Die Parteien ließen ihn im Stich. Die Gewerkschaften erklärten, mit einem "reaktionären General" könne man nicht zusammenarbeiten (große Ausnahme Noske - siehe dessen Erinnerungen -).

Niemand kann es beweisen, aber ich glaube, dass nach dem großen politischen Rückschlag bei den Nazis im November 1932 es möglich gewesen wäre, diese Lawine zum Stehen zu bringen und das Schlimmste zu verhindern, wenn der Reichspräsident und einige andere Leute klare Vorstellungen und den Mut zur Handlung gehabt hätten, was ich zum Beispiel von Ebert geglaubt hatte.

Nehmen Sie nochmals meinen aufrichtigen Dank für das grosse historische Verdienst, das Sie sich durch Ihre Schrift erworben haben.

Mit sehr herzlichen Grüßen und besten Weihnachtswünschen bin ich

Ihr sehr ergebener

D/ Herrn Botschafter Eugen Ott  
D§ Herrn Hans Henning von  
Holtzendorff

*H. H. von Dents*  
59-711/10, Mühlweg 4, Augsburg  
Tel. Augsburg 387150

*Faktor 211  
apporhänisch*

Anlage:

Ich erlaube mir, noch ein paar nebensächliche Kleinigkeiten zu erwähnen:

1.) Seite 11:

wurde zur Kriegsakademie kommandiert "als für den Generalstab vorgesehen". Das wusste beim Beginn der Kriegsakademie noch keiner, ob er zu den wenigen Ausgewählten gehört, die nach 3 Jahren erstmal zum Generalstab kommandiert und dann wiederum ausgesiebt in den Generalstab versetzt wurden.

2.) Seite 12:

muss heissen regulär "in", nicht zum Generalstab versetzt.

3.) Seite 25:

gehört eigentlich in meinen Hauptbrief: bemerkenswert, wie frühzeitig der Soldat Schleicher erkennt, dass die Gesundheit des Wirtschaftslebens die Grundlage zum Wiederaufbau Deutschlands ist.

4.) Seite 46:

bemerkenswert, wie Schleicher sich der Konzeption Stresemanns voll und ganz zuwendet und sich nicht von Seeckt verführen lässt.

5.) Seite 54:

Schleicher verzichtet auf Patent und Gehalt, bis alle übersprungenen Vorderleute ebenfalls General geworden waren, bemerkenswert, wer hat so etwas schon einmal getan?

6.) Seite 55:

Sie schreiben "der überaus befähigte Joachim v. Stülpnagel". Mir scheint dieses Lob zu weit gegriffen zu sein. Ich weise auf Carsten S. 361 hin, wo Groener schreibt "Ich bin richtig froh, dass ich nicht auf Stülpnagel hereinfiel, der sich mehr und mehr als ein Schwächling entpuppt und wohl auch am liebsten zu den Nazis überliefe. Er hält sich für Gneisenau und Scharnhorst zusammen und möchte mit aller Gewalt ein grosser Mann werden". Persönlich denke ich bei Stülpnagel an ein Wort von Bismarck "Jeder ist so klug, wie er ist, minus seiner Eitelkeit".

7.) Seite 60:

Ich muss gestehen, nicht begriffen zu haben, was Sie meinen, dass Schleicher Zeit seines Lebens "mit institutionellem Denken kaum vertraut gewesen ist".

8.) Seite 105:

Bei der geplanten Beerdigung auf dem Friedhof, die ja nicht stattfand, weil -wie Frau v. Gaudecker wörtlich sagte- die Leichen geklaut sind, hatten sich nach meiner Erinnerung etwa 20 Personen versammelt, und zwar neben Dewitz, Hammerstein, meiner Frau und mir noch Frau v. d. Bussche und Frau Moiczewicz, deren Männer sich nicht getraut hatten zu kommen.

9.) Seite 106:

Ulrich Frhr. von Sell, meines Erachtens eine Mischung zwischen Christus und einem Ritter, war nicht 3. Gardist, sondern war aus dem Kaiser Franz-Gardegrenadierregiment Nr. 2 hervorgegangen und vor dem Kriege militärischer Adjutant des Reichskanzlers Bethmann. Sein Verdienst, für Schleichers Rehabilitierung einzutreten, war umso grösser, als er gar nicht mal in besonders nahen Beziehungen zu Schleicher stand.

10.) Die Bilder sind meines Erachtens sehr hübsch ausgesucht. Ganz neu ist mir auf dem Bild nach S. 16 ein Bruder von Schleicher als Kadett der Hauptkadettenanstalt zu sehen. Davon hat er mir nie erzählt. Ich kann ihn auch in den Ranglisten des alten Heeres nicht finden.

H. H. von PENTZ

H. H. 25/A-32 Pentz - 225  
8907 Weiskirchen b. Augsburg  
Kapselenweg 8  
MERTENEN Oberl. A 88 66159  
18.12  
05

Herrn Botschafter v. General Eugen Ott!

Viel Vergnügen fern Ott.!

Auch Zeit. Anblick ist ja im Prinzip nicht  
Nur. Aber das der einzelne Briefmeister  
für den Pica ist ja lediglich offen und  
kann nur ein bisserl nicht bestimmt.

Möchte man sich über den Zusammenhang mit  
"Götter und Athos".

Neuzeit. Das Mittel v. f. f. v. f. f. f.  
Hats für f. f. v. f. f. f.

Werdheim, 13. 6. 66.

Abbauweisig.

Für den Winter 1933/34 habe ich den General  
von Schleier nachgefragt in Babelsberg ob ich  
da hing mit einer kleinen Gruppe von  
Leuten. Das habe ich fast unbedeutend in  
ein gewisses Maß d. f. um die Neugierde,  
wenn man es lesen kann.

Ich bin immer sehr neugierig in jeder Hinsicht  
und bin sicher die ich in der Reichsregierung  
im Bereich der Luftfahrt sein um die  
Luft zu haben. Das will ich wissen.  
Das heißt meine Tätigkeit in der Luft. Ich bin  
auch für die Jahre 1934. Ich will es  
wissen folgende:

1. Wie ist es mit der Luftfahrt. Da  
ich mich ein wenig mit der Luftfahrt  
behalte ist das: Eine Gruppe von General  
für die Luft. Ich bin immer noch so viel mit  
denen verbunden?

2. Wie ist es mit der Luftfahrt. Da  
ich mich ein wenig mit der Luftfahrt  
behalte ist das: Eine Gruppe von General  
für die Luft. Ich bin immer noch so viel mit  
denen verbunden?

3. Wie ist es mit der Luftfahrt. Da  
ich mich ein wenig mit der Luftfahrt  
behalte ist das: Eine Gruppe von General  
für die Luft. Ich bin immer noch so viel mit  
denen verbunden?



SEMINAR FÜR  
RELIGIONS- UND GEISTESGESCHICHTE

Vorstand: Prof. Dr. Schoeps

852 ERLANGEN,  
Kochstraße 4  
Tel. 87071/Aop. 707, 1309

13. 7. 66

Herrn  
H. H. v. Pentz

8901 Westheim  
bei Augsburg  
Kapellenweg 8

Lieber Herr v. Pentz!

Ihre Aufzeichnungen über Kurt von Schleicher habe ich mit großem Interesse gelesen. Nachdem ich mir aber nun auch die Biographie von Thilo Vogelsang angesehen habe, glaube ich nicht, daß sich das Bild Schleichers aufgrund Ihrer Unterlagen, die sicher in Einzelheiten sehr wertvoll sind, wesentlich anders darstellen läßt. Ich fürchte, für eine Veröffentlichung reichen Ihre Aufzeichnungen nicht aus. Ich sende sie Ihnen daher zu meiner Entlastung wieder zurück.

Ich hoffe, daß Sie auch dieses Jahr wieder nach Hofgeismar kommen werden, wo wir uns darüber ausführlich dann mündlich unterhalten können.

Mit besten Grüßen und Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

*Hans-Joachim Schoeps*  
(H.-J. Schoeps)

H. H. v. PENTZ

6901 WESTHEIM über Augsburg  
Königsplatz 8  
Fernsprecher Augsburg 48 11 50

15. 9. 1966

An den

Botschafter und General i. R.  
Herrn Eugen O t tM ü n c h e n 13  
Konradstrasse 10/I

Verehrter, lieber Herr Ott !

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 6. 9., den ich heute nach Rückkehr aus Ungarn von erfolgreicher Hirschjagd vorfand. Es war mir sehr wertvoll, Ihre Beurteilung von Herrn Erfurth, den ich ja nicht im geringsten kenne, zu hören. Es wird Sie interessieren, dass nach der Ermordung Schleichers Herr Erfurth auf S. 148 wörtlich folgendes schreibt:

" So endete die ungewöhnliche Laufbahn des Generals v. Schleicher, der durch seine vielen Intrigen überall das Vertrauen in seine Redlichkeit verspielt hatte".

Zu meinem grössten Ersauern fährt er aber sofort wie folgt fort:

"Wie die Verhältnisse damals in Deutschland lagen, war der Sturz doch ein grosses Unglück, denn mit ihm ging die letzte Schranke gegen Hitler verloren. "

Ich freue mich, dass Sie mir prinzipiell zugesagt haben, dass wir uns nach Rückkehr vom Urlaub Mitte Oktober einmal treffen wollen. Ich werde mir dann erlauben, mit Ihnen einen Termin zu vereinbaren.

Vielleicht machen Sie sich inzwischen schon einmal Gedanken, ob und wie man gegen Herrn Erfurth vorgehen kann, sei es durch Schreiben an ihn, sei es an den Verlag, sei es an die geeigneten Zeitungen und Historiker oder sonstwie. Sie persönlich sind dafür mehr geeignet als ich, weil Sie die ganze Amtszeit von Schleicher ja als engster Mitarbeiter miterlebt haben, während ich zwar mit ihm befreundet war, ihn aber doch seit dem 1. Weltkrieg nicht in der Mitarbeit erleben konnte.

Mit sehr herzlichen Grüßen und besten Wünschen für Ihre Reisen bin ich

Ihr sehr ergebener



## GESELLSCHAFT FÜR GEISTESGESCHICHTE E.V.

Sekretariat: 852 Erlangen, Kochstraße 4 · Tel. 87071 / App. 707 · 1329

Herrn

H. H. von P e n t z

8901 Westheim/üb. Augsburg

Kapellenweg 8

852 Erlangen, 23.11.1966

Lieber Herr von Pentz!

Heute möchte ich Ihren Brief vom 26.10. beantworten, nachdem ich lange überlegt habe, was man in der Sache Schleicher tun könnte. Ich schlage Ihnen folgendes vor: Eine Korrektur des Bildes über Schleicher kann doch wohl nur in einer Ergänzung des Buches von Vogelsang geschehen. Dazu müßten Sie und die Generäle Ott und Holtzendorf zu Vogelsang Stellung nehmen. Diese Stellungnahmen will ich dann gern mit einem eigenen Kommentar von mir in unserer "Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte" oder in "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" abdrucken. Nur möchte ich Sie bitten, an die Herren Ott und Holtzendorff heranzutreten und sie um die Stellungnahme zu bitten. Ich hoffe, daß ich damit Ihren Wünschen entgegenkomme und bin

mit freundlichen Grüßen

Ihr



H. H. ...  
 8907 ...  
 ...  
 Tel. Augsburg 384150

26.10.1966

Lieber Herr Professor!

Wenn wir uns auch in den nächsten Tagen in Hofgeismar sehen werden, so halte ich es doch für korrekt, Ihnen Ihren Brief vom 13.7.d.J. zu bestätigen, mit dem Sie mir damals die Unterlagen über Schleicher zurückgeschickt haben und Ihrer Auffassung Ausdruck gaben, dass diese Unterlagen zwar in Einzelheiten sehr wertvoll sind, aber dass sich daraufhin ein wesentlich anderes Bild von Schleicher nicht darstellen lässt.

Nun verübeln Sie mir bitte nicht, wenn meine Meinung dahin geht, dass alle die bisherigen Darstellungen, auch die von Herrn Thilo Vogelsang, doch noch nicht ausreichend sind und noch nicht den Kern der Dinge erfassen. Herr Thilo Vogelsang hat ohne Frage wesentliche Verdienste um die bessere Gestaltung des Bildes von Schleicher, aber ausreichend ist es immer noch nicht.

Nun gibt es verschiedene Gruppen; die eine arbeitet nur in Kritik und man muss schon sagen gehässig. Zu dieser zähle ich u.a. Herrn Prof. Eschenburg und merkwürdigerweise den General Erfurt, der Ihnen sicher mit seinen sonst nicht schlechten Veröffentlichungen über den Generalstab bekannt ist. Ich kenne Erfurt nicht. (Der ausgezeichnete Herr Ott hat keine gute Meinung über ihn.) Erfurt bezeichnet Schleicher nicht nur als einen Intriganten sondern als einen "Renaissance-Menschen, der rücksichtslos alle beseitigt, die sich ihm in den Weg stellen." Das ist natürlich schlimm, wenn dieses von der eigenen karmoisin roten Farbe gesagt wird.

- 2 -

Ich lese zur Zeit mit grossem Interesse Edgar Roehricht: "Pflicht und Gewissen", der auch ein grosser Verehrer und Mitarbeiter von Schleicher war.

Dann gibt es die Gruppe, die einiges anerkennen, aber doch glauben, ihrem Gewissen und ihrem Unwissen schuldig zu sein, erhebliche Mängel auszusprechen.

Und die dritte Gruppe gibt es noch nicht, nämlich diejenigen, die Schleicher nicht kritisieren sondern rühmen und loben sollten. Alle seine bemerkenswerten und ungewöhnlichen Leistungen werden entweder gar nicht oder nur bedingt hervorgehoben. Sie beginnen 1914. Sie bilden einen Höhepunkt in der Vermittlung der Vereinbarung zwischen Groener und Ebert. Weiterhin in der Bildung der Freikorps, in dem ungebroschenen Mut, die kommunistischen Aufstände in Deutschland niederzukämpfen, (Siehe Niederlage am Marstall am 24. 12. 1918 in Berlin.) in der Niederschlagung der weiteren kommunistischen Aufstände, in der Ablehnung, eine Militärdiktatur zu schaffen, in der bedingungslosen Anerkennung der Republik. Alles dieses war SCHLEICHER im Hintergrund hinter Seeckt und anderen; und dann kommt die Periode seines Kampfes gegen die NSDAP. Wer hat die Gefahren der NSDAP so erkannt? Wer hat nicht alles versucht, um diese Gefahr abzuwenden? Wer ist von allen Leuten im Stich gelassen worden, angefangen mit dem alten Hindenburg? Es gab Ausnahmen, die wußten, was Schleicher bedeutete, nämlich seine früheren Mitarbeiter wie Herr Noske. ( Siehe dessen Erinnerungen!)

Dieses alles sind nur ein paar Brocken und Stichworte. Es ist ein Jammer, dass Schleicher seine Ermordung nicht überlebte, dann könnte er selber auf den Plan treten und diejenigen Klugredner richtig abfertigen.

- 3 -

- 3 -

Also, lieber Herr Professor, ich finde, es wäre des Schweißes der Edlen wert, eine richtige Biographie für Schleicher zu schreiben; eine der Hauptstützen könnten Sie dabei in der Person des früheren Generals und Botschafters Eugen Ott finden, der ebenso wie der General von Holtzendorff und ich es im bescheidenen Maße versuchen, die Wahrheit an den Tag zu bringen.

Stets in Verehrung und Dankbarkeit

der Ihrige

Herrn Prof. Schoeps, Hofweismar b/Kassel, Ev. Akademie

H. H. v. PENTZ

8251 WES/HRM über Ausübung  
Kapitelweg 2  
Kempener Straße 481132

8. 12. 1966

Herrn General und Botschafter a. D. Eugen Ott  
8 München 13, Konradstr. 10, I

Herrn General a. D. Hans Henning v. Holtzendorff  
3 Hannover, Elkartallee 19

Herrn Generalleutnant a. D. Hermann Böhme  
8 München 13, Ainmillerstr. 32, I

Herrn General d. Inf. a. D. Edgar Roericht

Verehrte Freunde von Kurt v. Schleicher !

Obwohl Sie alle durch das Weihnachtsfest zeitlich ausgelastet sein werden, erlaube ich mir, Ihnen im Interesse unseres gemeinsamen Freundes Kurt v. Schleicher heute zu schreiben, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben abgeschlossen und positiv aufnehmen würden.

Wir alle bemühen uns ja seit langem, das historisch unberechtigt ungünstige Bild von Schleicher zurechtzurücken und ins richtige Licht zu bringen. Es ist in dieser Hinsicht ja auch schon allerhand getan worden. Ich erinnere an die Vorträge von Herrn Ott im Ruhrgebiet und an das im vorigen Jahr erschienene Buch von Thilo Vogelsang. Aber ich glaube, wir sind uns einig darüber, dass in dieser Hinsicht noch nicht genug getan ist und dass bei den Historikern und der sogenannten Oberschicht noch überwiegend ein ganz falsches Bild über Schleicher und seine Tätigkeit besteht. Es ist ja ein Jammer, dass er seine Ermordung nicht überlebt hat, um seine eigenen Interessen wirksam zu vertreten.

Herr Vogelsang hat ein grosses Verdienst, dass er weitgehend und wirksam Schleicher in den meisten Phasen seines Daseins treffend dargestellt hat, aber in dem letzten Teil hat er meines Erachtens doch nicht den Absprung gefunden, um Schleicher gerecht zu werden. Ich habe Herrn Vogelsang am 15. 12. 65, nachdem ich das Buch sonst sehr gelobt habe, am Schluss laut Anlage I geschrieben.

Nun bin ich über das Thema Schleicher mit Herrn Professor Hans Joachim Schoeps in Erlangen in Verbindung getreten. Er wird Ihnen allen bekannt sein als der Vertreter des Ruhmes

Preussens. Wir haben uns mehrfach über Schleicher unterhalten und haben dann auch korrespondiert. Ich lege als Anlage 2 meinen Brief vom 13.6.66 an Herrn Professor Schoeps bei (ohne die erwähnten Anlagen).

Am 13.7. hat mir Herr Schoeps geantwortet laut Anlage 3, indem er mitteilt, dass sich seines Erachtens auf Grund meiner Unterlagen das Bild Schleichers nicht wesentlich anders darstellen lässt.

Auf diesen Brief habe ich Herrn Schoeps am 26.10. laut Anlage 4 geantwortet.

Hierauf hat Herr Schoeps am 23.11. laut Anlage 5 geantwortet, indem er schreibt, eine Korrektur des Bildes über Schleicher kann doch wohl nur in einer Ergänzung des Buches von Vögelsang geschehen.

Das sind die Vorgänge, die ich mir nun erlaube Ihnen zu übersenden mit der Bitte um Stellungnahme. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass ich in diesem Brief nur einige Splitter oder Andeutungen von mir gegeben habe. Meine persönliche Mitarbeit an diesem Plan von Herrn Schoeps kann leider nur minimal sein, denn ich habe nicht wie die 4 angeschriebenen Herren Schleicher in der Mitarbeit von 1919 - 1933 erlebt. Ich war zwar mit ihm befreundet und glaube von seinem Wesen und Denken einen generell zutreffenden Eindruck zu haben, aber eine historisch begründete Schilderung der Ereignisse und seiner eigenen Tätigkeit und Beschlüsse kann ich leider nicht geben, dazu sind die anderen Herren berufen.

Darf ich Sie nun bitten, mir mitzuteilen, wie Sie sich persönlich zu diesem Problem stellen wollen. Vielleicht könnten wir mit den Münchener Herren eine gemeinsame Besprechung in München vereinbaren.

Mit aufrichtigen Grüßen und besten Weihnachtswünschen bin ich

stets der Ihrige



Herrn Eiquin Off.

PS:

Zwischen uns schwebt noch das Problem der Darstellung des Generals Erfurth über Schleicher in seinem Buch "Der deutsche Generalstab von 1918-1945". Ich hatte Ihnen ja in meinem letzten Brief zugesagt, meinerseits die Verbindung mit Ihnen aufzunehmen. Im Oktober habe ich mehrfach bei Ihnen angerufen, aber Sie waren wohl verreist. Dann hoffte ich, Sie an einem der Rheinbaben-Tage zu treffen, dort sind wir uns aber leider aus dem Wege gegangen. Als ich dort war, waren Sie nicht anwesend, und dann hörte ich, dass an dem einzigen Tage, wo ich fehlen musste, Sie dort gewesen wären.

Die Äusserungen von Herrn Erfurth sind doch höchst bedauerlich und schwerwiegender, als wenn irgend ein missvergnügter ziviler Historiker so etwas geschrieben hätte.

d. O. *f.*

te den braven Thaer beinahe aus dem Konzept.

Nun erlauben Sie mir aber bitte zu meinem Hauptpunkt zu kommen, und ich bitte, mir nicht zu verübeln, wenn ich hier offen meine Ansicht ausspreche, wobei ja immer offen bleibt, wer wirklich recht hat.

So sehr ich mit drei Viertel Ihres Buches voll einverstanden bin, so habe ich über den letzten Abschnitt doch eine abweichende Meinung. Sie meinen, dass Schleicher in der letzten Phase bereits sich selbst überlebt habe (Seite 108). Sie führen auf Seite 109 drei Tatsachen auf als schwere Vorwürfe, welche die Geschichte gegen ihn zu erheben hat, und zwar:

- 1) Die bruske Abwendung von seinem väterlichen Freund und Vorgesetzten Groener.
- 2) Die Verhandlungen mit der NSDAP hinter dem Rücken des von ihm aufgegebenen Brüning.
- 3) Die Lancierung von Papen auf den Reichskanzlerposten.

Diese 3 Tatsachen heben nach Ihrer Auffassung (was zwischen den Zeilen steht) alle früheren Verdienste von Schleicher auf, und Sie sprechen zum Schluß das etwas lyrische Urteil aus :

" Schuldig und schuldlos zugleich. "

Das geht meines Erachtens zu weit. In einem Punkt muss ich Ihnen leider voll zustimmen, das ist die Ernennung Papens zum Reichskanzler. Das habe ich ihm auch deutlich im Winter 1933/34 auf einem Spaziergang gesagt mit den Worten: " Wie konnten Sie einen solchen Harlekin wie Papen zum Reichskanzler machen! "

Zu den beiden anderen Punkten : Bruskierung Groeners und Verhandlungen mit der NSDAP hat Ihnen ja schon Herr von Holtzendorff zum ersteren Punkt geschrieben, und wenn ich Herrn Botschafter Ott richtig verstanden habe, so trifft der zweite Punkt nicht zu.

Es ist ja ein Jammer, dass Schleicher seine Ermordung nicht überlebt hat und sich zu diesen beiden Vorwürfen nicht selbst ausführlich äußern kann.

- 5 -

Erlauben Sie aber noch eine generelle Betrachtung. Man schiebt die Schuld für die katastrophale Entwicklung mit den Nazis gern auf Schleicher. In der "Frankfurter Allgemeinen" stand einmal ein hämisch spöttischer Artikel: "Der General, der die Nazis zähmen wollte." Ich frage dann immer solche Leute, was haben Sie denn getan, um das Unglück mit den Nazis zu verhindern? Schleicher war immerhin einer der wenigen, der diese Gefahr voll erkannte und fortgesetzt darüber nachdachte, wie er das schlimmste abwenden könnte, wobei bekanntlich alle Entschlüsse und Handlungen durch die Vorstellung gehemmt waren, daß die Nazis doch eine nationale Idee zum Vorteil Deutschlands und zum Vorteil der Wehrmacht verträten und in der letzten Phase: "Warum ist er gescheitert?", weil er eben klüger und weitsichtiger war als die anderen, die ihn bis auf verschwindende Ausnahmen im Stich ließen: sein früherer Freund Papen belog und betrog ihn mit voller Billigung des Reichspräsidenten; der Reichspräsident selber brach Schleicher gegenüber sein Wort. Die sogenannten Standesgenossen ließen ihn im Stich, verdächtigten ihn als "roten General", die meisten Offiziere waren zu dumm, um die Lage zu begreifen. Die Parteien ließen ihn im Stich. Die Gewerkschaften erklärten, mit einem "reaktionären General" könne man nicht zusammenarbeiten (große Ausnahme Noske - siehe dessen Erinnerungen -).

Niemand kann es beweisen, aber ich glaube, dass nach dem großen politischen Rückschlag bei den Nazis im November 1932 es möglich gewesen wäre, diese Lawine zum Stehen zu bringen und das Schlimmste zu verhindern, wenn der Reichspräsident und einige andere Leute klare Vorstellungen und den Mut zur Handlung gehabt hätten, was ich zum Beispiel von Ebert geglaubt hätte.

Nehmen Sie nochmals meinen aufrichtigen Dank für das grosse historische Verdienst, das Sie sich durch Ihre Schrift erworben haben.

Mit sehr herzlichen Grüßen und besten Weihnachtswünschen bin ich

Ihr sehr ergebener

D/ Herrn Botschafter Eugen Ott  
D/ Herrn Hans Henning von  
Holtzendorff

*H. H. von Holtzendorff*  
Botschafter  
Weimarer Hof  
Elt. - Leipzig, 387160

H. J. von Pöhl  
 33077  
 Ed. Janyburg 337160

13.6.1966

Herrn

Prof. Dr. Hans Joachim Schoeps

Erlangen

Universität

Verehrter, lieber Herr Professor !

Sie sprachen am 10.6. davon, dass man überlegen sollte, ob man nicht die Person von Schleicher in ein ganz neues Licht setzen müsste und Sie baten mich, Ihnen evtl. einige Unterlagen zu schicken.

Bevor ich dies tue, lassen Sie mich sagen, mit wie grossem Interesse ich Ihrem Vortrag vom 10.6. gefolgt bin. Ich darf Ihnen sagen, dass ich mit allen Ihren Betrachtungen und Urteilen voll einverstanden bin.

Jetzt habe ich meine Akten durchgesehen und schicke Ihnen Verschiedenes, das Sie mir nicht zurückzugeben brauchen:

Zu den einzelnen Akten mache ich keine persönlichen Bemerkungen mehr.

- 1.) Das Buch Vogelsang "Schleicher" haben Sie gelesen. Ich füge meinen Brief an Herrn Vogelsang (den er nicht beantwortet hat) vom 15.12.65 bei.
- 2.) Zwei Briefe der Generale v. d. Bussche und Poten (beide gestorben), mit denen ich befreundet war, vom 21.6.57, beide gerichtet an den Minister Schlange-Schönigen.
- 3.) mache ich aufmerksam auf die Ausführungen von Manstein und sein Buch über die Person Schleicher. Manstein "Aus meinem Soldatenleben" S. 199-208 u. a.
- 4.) mache ich Sie aufmerksam auf den General und Botschafter Eugen Ott, einen der ungsten Mitarbeiter von Schleicher. Er hält mehrfach kluge Vorträge über Schleicher, z. B. im Rhein-Ruhr-Klub. (Leider kann ich mein Exemplar nicht finden). Ott wohnt in München 13, Konradstr. 10<sup>I</sup>. Sicher ist er bereit, Sie gegebenenfalls zu unterstützen.
- 5.) füge ich einen Aufsatz von Ott in "Polit Studien" Heft 110 bei "Ein Bild des Gen. v. Schleicher".

- 6.) einen Brief des Herrn H. H. v. Holtzendorff vom 1. 12. 65 an Herrn Dr. Vogelsang.  
Holtzendorff war auch ein enger Mitarbeiter von Schleicher. Er hat viel zu Gunsten von Schleicher geschrieben, auch in den "Vierteljahresheften". Ausserdem hat er versucht, den Prof. Eschenburg von seiner sogar gehässigen Einstellung gegen Schleicher zu befreien. Adresse: 3 Hannover, Elkartallee 19.
- 7.) einen Brief von mir vom 3. 2. 60 an Holtzendorff u. andere.
- 8.) eine Würdigung von Schleicher in der "Times" von Geoffrey Whintrop Young vom 9. 7. 34 (also gleich nach der Ermordung I).
- 9.) eine kleine Notiz von mir betr. Schleicher/Papen, die ich leider am 10. 6. 66 vergass vorzubringen.

Alles in allem bin ich fest davon überzeugt, dass wir diese Katastrophe von Deutschland nicht hätten zu erleben brauchen, wenn wir damals einen kraftvollen und geistig noch gesunden Reichspräsidenten gehabt hätten. Dieser, von Schleicher und Hammerstein unterstützt, hätte die Lage beherrscht und es wäre nicht zu dem oft angedrohten Bürgerkrieg gekommen. Diese üblen Organisationen wie SA und SS wären wie Kartenhäuser zusammengebrochen. Vielleicht wäre es zu einigem Blutvergiessen gekommen, aber was hätte dies schon im Vergleich zu der tatsächlich einzigartigen Katastrophe bedeutet, in die uns diese Verbrecher hineinführen durften. Der 30. 6. 34 wäre der letzte und geeignete Zeitpunkt zum Handeln gewesen.

Stets zu Ihrer Verfügung und herzlich grüssend

immer der Ihrige



Ich erinnere mich noch genau, wie Schl. wenige Tage vor seiner Ermordung mir sagte:

" Wenn jetzt der "alte Herr" stirbt, dann muss Fritsch losschlagen. Aber ich weiss nicht, ich weiss nicht, ob er es kann und tut !".

Anlagen

H. H. v. PENTZ

H. H. von Pentz  
25/R-32 / 12 - 241  
8901 Weatheim b. Augsburg

Kapellenweg 8  
9314 MEITINGEN b. Augsburg  
Cal. Augsburg 387150  
Fernsprecher Meitingen Sommernummer 321

10.6.67.

189.

Karofolter lieber Frau Ott!

Es tut mir so leid am 7. 6. mich Ihnen  
Krankheit fieberhaft zu melden. Mir werden  
bei diesem Anlauf. Die Leiden sind so schlimm -  
die Fortschritte ungut. Vielleicht  
bleibt es mir unbegrifflich, wie die Gesund-  
heit sich überlegen werden. Die  
in dieser Art von den Israeliten folgen lassen  
werden.

Vielleicht in der Hoffnung Sie mag folgen:  
Frau v. Kallenberg hat von dem Gen. Erfurt  
mir die gewünschte Brief geschrieben, wie die

besüßst. Besüßungen Es. über Schlichten selbst zu  
halten. E. hat ich den Brief ungelassen zurückge-  
schickt. Ich habe an Weinte Sonntag f. 88. Jahre mit  
Lorenzen Problem nicht mehr beklüßigen.

Ante volente ich mir ein Credit an Fr. Margat  
Bovari über den Fall Sorge zu übergeben alle  
dinge mit die Gefahr für dich für ich bin.  
Lith. bin Befestigung alle Rückgabe.

Ich gide mit dem 15. 6. zum Rheinbachen-Lipf.  
Es mir sehr wohl wenn wir uns dort be-  
traute. Gottw. ist es Ihnen geschicklich  
gut zuzugang.  
mit freundlichen Grüßen der Ihre  
Heinrich.

24. 11. 62.

Vorzufolter lieber Herr Ott!

Ich habe von Rheinharder, ich habe mir sein "Portrait" von Schleicher das er demnach mit 11 anderen Portraits von Bismarck bis Hindenburg" veröffentlichten will ich. Ich bin, wenn man so sagen will, dankbar über offene Haltung zu erfahren. Mein Wunsch, meine Unterstützung mich von Sie ist. Ich habe Böhme für Haltinger für Sie ist. Ich habe es ab. Ich will mich nicht mehr Haltinger an mich setzen. Ich ist ja in der ganz ungewissen in diesem Falle das man sollte ist. Ich sollte zu kommen.

Ich habe Ihnen mich natürlich nicht den 38 Seiten langem Schreiben von Rh. zu senden. Aber ich würde mich Ihnen gegenüber ist. Natürlich meine mich ganz kurze Antwort (kein Mißgebur) auch zu schreiben. Auf diese Weise Antwort bei. Ich habe mich nicht aufhalten ist. Ich ist ja sehr in Freude der Inhalt gemeinsam Formulier für meine Pflicht, so mich für Sie zu schreiben. Ich habe mich und jetzt, ich habe den Brief von Rh. mich für gut ist. Ich habe. Aber ich habe mich immer. Ich sollte mich ist Ihnen sehr

Denken, wenn Sie mir offen sagen würden, was  
Sie von mir aufpassen wollen,  
Am 30. H. sollte ich nachsehen, was die  
Tage zu verfahren.

Als jetzt sollte ich mich um Ihre Frau  
Gemeinschaft kümmern. Es geht sehr gut, Sie  
mir ein besseres Beispiel geben können. Mein  
mitfühlendes Handeln wird bei Ihnen in der  
natürlichen Gultin.

Mit freundlichen Grüßen bleibt der Herr  
f. f. am Berg.

Vielleicht haben Sie jemanden die mich zu  
erkennen, der in Ihrer in dieser Nacht  
gehört haben.

H. H. v. PENTZ

8901 WESTHEIM über Augsburg  
Kapellenweg 8  
Fernsprecher Augsburg 58 11 50

23. 11. 1967

An den  
Staatssekretär  
Herrn Werner Freiherr von Rheinbaben  
8 München 13  
Hess-Strasse 2

Verehrter, lieber Herr von Rheinbaben!

Wie ich Ihnen in meiner kurzen Bestätigung schon meldete, ist es für mich eine Ehre, von Ihnen aufgefordert worden zu sein, zu Ihrem "Porträt Schleicher" Stellung zu nehmen.

Ich glaube, daß Ihnen ein großartiger Wurf gelungen ist. Wie Sie immer zu sprechen und zu schreiben pflegen, ist Ihre Darstellung durch die natürliche Erzählung und durch das persönliche Kolorit sehr ansprechend geworden. Sicher werden Ihre Porträts, wobei ich wohl annehmen darf, dass die anderen 11 auf gleicher Höhe stehen, einen beachtlichen Erfolg und gute Kritiken in den historischen Kreisen bringen.

Man sollte eigentlich nichts ändern, denn Sie schreiben ja, "wie Sie Schleicher sehen", und Sie können mit Recht sagen, andere mögen ihn anders sehen, aber das ist deren Sache und das geht mich nichts an. Es bleibt daher von mir ein Wagnis, Bemerkungen zu machen, und ich erwarte auch nicht, dass Sie von meinen Bemerkungen überhaupt Gebrauch machen. Ich bitte daher im voraus um Vergebung, wenn ich mir trotzdem einige Betrachtungen nicht versage.

Als erstes eine ganz kleine äußere Formalität:  
Schleichers Regiment hiess: "3. Garde-Regiment zu Fuß", andere Bezeichnungen tun uns alten Gardisten etwa so weh, als wenn ihnen jemand von dem Kriegsschiff Blücher sagen würde:  
"Der Blücher ist untergegangen."

Nun aber zur Hauptsache: Sicherlich haben Sie Schleicher nicht zu günstig geschildert. Diese Gefahr besteht meines Erachtens nicht.

Jetzt im einzelnen:

Ihr charmanter Anfang ist für uns, die wir Schleicher kannten, verständlich. Ich fürchte aber, dass seine Gegner und Kritiker, die ja zahlreich sind, sagen werden: " Da haben wir es ja : Er war eben nur ein Charmeur, ein Bänkelsänger, beinahe ein Playboy. " Wäre nicht eventuell diese Einleitung etwas zu kürzen? Alles in allem meine ich, dass die Ernsthaftigkeit und die Lauterkeit seines Strebens und seines Charakters stärker herausgestellt werden sollten. Ich darf auf das Buch von MANSTEIN hinweisen, wo er auf den Seiten 199 - 208 Schleicher als Menschen eingehend behandelt. M. E. sagt Manstein grundsätzlich sehr zu Recht: " Untergebene und Kameraden urteilen stets am treffendsten. " Als Kameraden darf ich auf Schleichers jahrzehntelange Freunde (, die auch die meinen waren, wenn auch ebenso wie Schleicher etwa 12 Jahre älter als ich), den General von dem Bussche und den General Poten hinweisen.

/ Ich lege Fotokopien der Briefe dieser beiden Freunde vom 21.6.1957 an Herrn Schlange-Schöningen bei, die ich für sehr wichtig halte.

/ Von den Untergebenen nenne ich die Ihnen bekannten Botschafter Ott und General Böhme und ferner den mit mir gleichaltrigen General Hans-Henning von Holtzendorff. Ich lege einen Brief von Holtzendorff vom 14. 1. 1966 bei, aus dem Sie ersehen, dass Holtzendorff von Januar 1918 bis Juli 1919 Schleichers Ordonnanzoffizier bei der Obersten Heeresleitung war und später von 1929 bis 1933 sein täglicher Mitarbeiter.

Diese und alle anderen Untergebenen haben stets mit der größten Hochachtung und mit innerer Verbundenheit zu Schleicher gehalten.

Holtzendorff ist auch noch deshalb besonders wichtig, weil er auch sehr eng mit Groener verbunden war. Groener war Pate eines Kindes von Holtzendorff, und daher ist Holtzendorff als Zeuge für spätere Differenzen zwischen Schleicher und Groener eine wichtige Quelle. Auch will mir bemerkenswert erscheinen, dass Schleicher, wenn er von Freunden oder Bekannten um Hilfe in irgend einer Hinsicht gebeten wurde, solche Bitten stets ernst nahm und sein Äußerstes tat, um diese Wünsche zu erfüllen.

Ich darf jetzt einen Sprung nach vorwärts machen, wo Sie am Schluß Schleicher als eine " schillernde und undurchsichtige Persönlichkeit ansehen ".

Ich darf sagen, dass er immer seinen Freunden und mir ganz durchsichtig in seinem Charakter, in seinem Streben und in seinen Handlungen gewesen ist, wobei man Fehler nicht zu übersehen braucht. Seine entscheidenden großen Verdienste werden überall noch nicht genügend hervorgehoben. Wie wir wissen, fehlte ihm der sogenannte " tierische Ernst ", doch das war ja eigentlich ein Zeichen von innerer Sicherheit. Aber es war ihm immer wirklich ernst, wenn auch oft Ausdrücke von lässiger Nonchalance nicht richtig verstanden würden. Seine Ernsthaftigkeit kommt auch in seinem großen Fleiss zum Ausdruck. Ich erinnere mich, dass er sich im 1. Weltkrieg als Bürooffizier des Generalquartiermeisters das volle Vertrauen seines obersten Chefs, des vornehmen, klugen und witzigen Generals von Freytag, und des rauhbeinigen bayerischen Generals Zöllner erworben hatte.

Noch einige Einzelheiten:

Sie erwähnen, dass er kurze Zeit an die Front geschickt wurde. Er war hier Divisions-Generalstabsoffizier (die schwierigste und schönste Stellung, die es gab) bei einer Infanterie-Division. Es ergab sich eine Situation, indem das übergeordnete Generalkommando einen Angriff befahl. Schleicher weigerte sich, mit seiner Division diesen Angriff auszuführen, weil seines Erachtens die Vorbedingungen für ein Gelingen nicht gegeben waren. Dazu ist grundsätzlich zu sagen:

Wenn ein Offizier einen Rückzug machen soll und er tut es nicht, sondern verteidigt sich, oder wenn er sich verteidigen soll und er greift trotzdem an, so wird ihm in beiden Fällen die Hochachtung nicht versagt. Wenn er sich aber weigert einzugreifen, so läuft er Gefahr, wegen Feigheit vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Schleicher setzte sich aber durch und hat mit seinem persönlichen Risiko wahrscheinlich vielen Leuten das Leben gerettet.

Eine weitere Einzelheit:

Bekanntlich scheiterte gleich nach dem 1. Weltkriege am 24. 12. 1918 der Angriff auf den Marstall in Berlin, wozu der beste General Lequis

- 4 -

und der beste Generalstabsoffizier Harbou hingeschickt wurden. Die Bestürzung bei der OHL war groß, und die meisten Leute wollten in völliger Hoffnungslosigkeit den Kampf gegen die Aufständigen aufgeben. In einer Beratung war Schleicher der Einzige, der den Kopf nicht hängen ließ und sagte, dass man weiterkämpfen müsse! Groener stimmte ihm dann zu.

Weiter:

Manche Leute behaupten, dass er sich später nicht hinter die Republik gestellt hätte. Das ist nun völlig unwahr, denn gerade, weil er sich bedingungslos hinter diese Republik gestellt hat, wollten ihm ja viele, die minderbegabt, aber von "treuer Tradition" erfüllt waren, nicht folgen. Es gibt hier zwei bekannte Erklärungen und Verfügungen von Schleicher zu diesem Thema, die beide in dem Buch von Francis Carsten: "Reichswehr und Politik" enthalten sind; die eine auf Seite 282, die zweite - der sogenannte "Augenzwinkererlass" - an anderer Stelle des Buches. Eindeutiger kann man sich nicht ausdrücken: Monarchie kommt überhaupt nicht in Frage zur Zeit, daher ist nur die Frage, ob wir uns hinter unser Vaterland als Republik stellen, uns mit der Regierung so stellen, dass wir auch einen Einfluss im Interesse der Wehrmacht haben. Wer das nicht tut, hat nur einen Mangel an Bekannermut und später man da nicht so tun soll als ob und dabei mit den Augen zwinkern.

Sind das nicht schöne Beweise von Zivilcourage? Aber gerade die wurden ihm ja übel genommen!

/ Zu weiteren Einzelheiten darf ich auf meinen Brief an Herrn Dr. Vogel-sang vom 15.12.1965 hinweisen, der beiliegt.

Damit Sie nicht glauben, dass ich einseitig bin, wiederhole ich, daß Schleichers größter Fehler war, sich Papen als Nachfolger von Brüning auszusuchen. Im Winter 1933/34 bin ich oft allein mit Schleicher spazieren gegangen, und ich habe ihm wörtlich gesagt:

"Wenn Brüning schon nicht mehr tragbar war, wie konnten Sie dann einen solchen Harlekin wie Papen dorthin setzen?!" Seine Antwort war ausweichend und unbefriedigend.

Sie schreiben an einer Stelle, dass Sie gegen den Charakter von Papen nicht sagen wollten.

- 5 -

Diese Reservation hat Papen meines Erachtens nicht verdient. Man kann ihm meines Erachtens gar nicht schlecht genug beurteilen. Ich möchte beinahe glauben, dass wir ohne Papens Auftreten die Nazis hätten überwinden können! Ich empfehle sehr, einmal das Buch zu lesen: " Berndorff : GENERAL ZWISCHEN OST UND WEST, " wo zu lesen steht, wie sehr Schleicher vorher von Cera<sup>1</sup> und von Oertzen gewährt worden ist, Papen zu nehmen. Dieses Buch enthält aber auch im Wortlaut die vier schamlosen Briefe von Papen an Hitler unmittelbar nach der Ermordung seiner Mitarbeiter, die Papen zu seinem Erschrecken im Nürnberger Prozeß vorgelesen worden sind. Das günstige Verhalten von Papen als Botschafter in Ankara kann diese schlimmsten Dinge nicht ausgleichen.

Manstein sagt in dem schon erwähnten Buch über Schleicher: " Er hat sich über die Nazis und Hitler geirrt. " Ich finde es geradezu grotesk, dass Manstein - der sich als Handwerkszeug dieser Verbrecher uneingeschränkt zur Verfügung gestellt hat, der es abgelehnt hat, sich am 20. Juli 1944 zu beteiligen - diesen lapidaren Satz auszusprechen wagt. Im Gegenteil, Schleicher war einer der wenigen, der die Bedeutung und die Gefahr der Nazis steigend erkannt hat! Im Anfang hat er noch versucht, sie zu zähmen und zu spalten, sie in die Mitverantwortung hineinzuziehen! Daraus, das ihm dieses nicht gelang, kann man ihm doch keinen Vorwurf machen. Später hat er erkannt, dass Herrn Hitler und seiner Bewegung mit parlamentarischen Methoden nicht beizukommen ist.

Als Schleicher dann ohne eigenen Ehrgeiz und ohne Begeisterung den Reichskanzlerposten schließlich übernehmen mußte, glaubte er - wie Sie selbst ja ausführlich darstellen - die Auflösungs-genehmigung des Reichspräsidenten uneingeschränkt in der Tasche zu haben. Mit großem Interesse habe ich Ihre Betrachtungen zu diesem Problem, auch den Vergleich mit Bismarck von September 1862, gelesen und Ihre Vorschläge, die - wenn ich sie richtig verstanden habe - dahingehen, den Reichstag immer wieder erneut aufzulösen. Ich glaube, dass dieses auch die Grund-idee Schleichers war. Zunächst mußte die erste Auflösung erfolgen, und die verweigerte ihm ja dann der Alte Herr plötzlich!

- 6 -

Ich meine, Schleicher hätte dann - ganz in Ihrem Sinne - weitere Auflösungen folgen lassen. Möglicherweise wäre es dann zu Unruhen gekommen. Es läßt sich nicht beweisen, aber ich glaube, wenn wir einen intakten Reichspräsidenten gehabt hätten, so hätte er mit Schleichers und Hammersteins Unterstützung - allerdings bei richtiger Aufklärung - die Nazis niedergeschlagen, und es hätte den viel erwähnten Bürgerkrieg nicht gegeben, sondern SS und ähnliche hohe Formationen wären wie Kartenhäuser zusammengestürzt. Der gegebene Augenblick wäre natürlich nach der Reichsmordwoche gewesen.

Ich erinnere mich, wenige Tage vor seiner Ermordung traf ich Schleicher zufällig auf der Straße in Neu-Babelsberg. Er sagte: " Wenn der Alte Herr jetzt stirbt, muß Fritsch sofort losschlagen, aber ich weiß nicht, ich weiß nicht, ob er es kann und tut! " Wenige Tage später war Schleicher selbst tot!

Wir hatten einen sterbenden Reichspräsidenten, einen moralisch dekadenten Kriegsminister Blomberg und Herr Hitler triumphierte mit Mord über alle und konnte Deutschland in die größte moralische, menschliche und materielle Katastrophe der Weltgeschichte hineinführen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zum Fall BRÜNING:

Ich bin nach allem - wohl in Übereinstimmung mit Ihnen - davon überzeugt, daß Schleicher Brüning nicht gestürzt, aber auch nicht bemüht hat, den Sturz zu verhindern. Den Haupteinfluß auf den Alten Herrn haben wohl in Neudeck seine ostelbischen Freunde genommen, die ihm ins Ohr geflüstert haben, er sei ein Agrarkommunist.

Ich darf auf den ausgezeichneten Brief von Schlange-Schöningen an den alten Hindenburg vom 27. 5. 1932 auf Seite 70 bis 72 hinweisen.

*Im 7. Brief, aus Tage danach!*

Über alles dieses, auch über die beiden berühmten Punkte Zerfall Groener/Schleicher, SA-Verbot, weiß Holtzendorff ausgezeichnete, glaubhafte Darstellungen zu geben.

Sie erwähnen die Inaktivität des menschlich so ausgezeichneten Brüning. Er war des irrigen Glaubens, daß man bleich und gefaßt mit Askese allein die Wirtschaftskrise überwinden könne. Sicherlich hat er vieles versäumt. Ich habe zwei kleine Hinweise, aber das sind nicht die einzigen.

- 7 -

Er hätte die schwarz-weiß-rote Fahne wieder einführen sollen, um den Nazis einigen Wind aus den Segeln zu nehmen, und er hätte, als England das erste Mal vom Golde ging (heute ja wieder), am 20. 9. 1931 (oder war es 1930?) auch die Mark im gleichen Grade abwerten sollen, um unseren Export zu beleben. - *Alle weiteren Währungsmaßnahmen bis 1933*  
*Abwertung mit Annahme der Reichsmark.*

Nun noch eine kleine Bemerkung zum Thema Seeckt:

Die innere Trennung zwischen Schleicher und Seeckt hat Seeckt verschuldet, indem sich dieser rein militärisch so ausgezeichnete Mann eine Überheblichkeit und respektlose Ungezogenheit gegen seinen Vorgesetzten, den Zivilisten Gessler, und auch gegen Stresemann, erlaubte, die unerträglich waren.

Die erwähnten Bücher kann ich Ihnen gern leihen.

/ Ich füge noch eine Äußerung von Noske bei, in der er seiner Partei die größten Vorwürfe macht, weil sie Schleicher im Stich gelassen hat, Noske kannte eben Schleicher aus gemeinsamer Zusammenarbeit. -

/ Sie erwähnen zum Schluß auch die Einzelheiten der Ermordung Schleichers. Ich bitte Sie, aus dem anliegenden Brief vom 26. 3. 1963 an H. Kunrat von Hammerstein zu entnehmen, wie ich die Ermordung erlebt habe, und was ich daraufhin zusammen mit meinem Freund Sell versucht habe zu tun. Kunrat v. H. hat diesen Brief unter Hinwegstreichung eines Absatzes in seinem bekannten Buch: " Der Spährupp " abgedruckt. -

/ Ich lege noch bei eine kleine Aktennotiz betreffend Schleicher und Fränzchen Papen und eine Äußerung von mir in der AUGSBURGER ALLGEMEINEN über : " Generale in der Weimarer Zeit " zu falschen Äußerungen über die Reichswehr und Schleicher.

So, lieber Herr von Rheinbaben, Sie werden erschreckt sein, was ich Ihnen alles geschrieben habe, und ich zweifle, ob Sie alles lesen werden. Ich befürchte fast, daß Sie mir etwas grollen werden, weil ich mir erlaubt habe, zu Ihren so schönen Ausführungen einige Bemerkungen zu machen.

Ich bin glücklich, daß ich keine Porträts von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II zu schreiben brauche. Unter anderem könnte ich bei Hindenburg eine Bemerkung seines Chefs der Obersten Heeresleitung, des General von Hammerstein, der historischen Wahrheit halber nicht unter-

- 8 -

drücken. Hammerstein pflegte aus seiner göttlichen Ruhe hervorzubrechen, wenn der Name Hindenburg fiel, den er in meiner Gegenwart mehrfach mit : " Dieser Oberhalunke " bezeichnete.

Über Kaiser Wilhelm II. muß das Urteil der Geschichte immer schlechter werden. Wer gelesen hat Bismarcks 3. Band, die Briefe seiner Mutter, die Erinnerungen der Baronin Spitzenberg, die Erinnerungen des Admirals von Müller und jetzt Sigurd von Ilsemanns schmerzzerfüllte Tagebuchblätter, und wer ihn erlebt und sich mit den geschichtlichen Tatsachen beschäftigt hat, kann nur tief bedauern, welches Unglück der Enkel dieses wundervollen Großvaters angerichtet hat.

Jetzt werden Sie mir noch böser sein, aber ich bleibe in herzlicher Verbundenheit

Ihr Verehrer

H. H. P.

P. S. :

Ihre Anlagen füge ich eingeschrieben bei.

H. H. von Pentz  
8901 Westheim b. Augsburg  
Kapellenweg 8  
Tel. Augsburg 381160  
H. H. v. Pentz

April 1973

Bemerkungen, wie es zu den unglaublichen Ereignissen der sogenannten Marne-Schlacht im September 1914 gekommen ist:

1. Als die politische Leitung Deutschlands nach Bismarcks Tod auch seinen Geist vergessen (oder nie begriffen) hatte, verschlechterte sich die politische Lage für Deutschland in steigendem Maße.

So mußte der deutsche Generalstabschef mit einem schweren Zweifrontenkrieg rechnen und entsprechend seinen Aufmarsch vorbereiten.

Der General Graf Schlieffen sagte sich: Der russische Aufmarsch braucht bei der Größe der Entfernungen Wochen und Monate. Das riesige russische Reich zu besiegen, ist eine Unmöglichkeit. Er kannte die Denkschrift Bismarcks, daß dies nicht erreichbar sei. Ihm war der Mißerfolg Napoleons 1812 in Rußland voll gegenwärtig; den großen Mißerfolg Hitlers 1941-45 in Rußland konnte er naturgemäß nicht kennen. Er benötigte ihn auch nicht für seine Urteilsbildung.

Dagegen konnten unsere Westfeinde relativ schnell an unseren Westgrenzen aufmarschieren und wenn die deutsche Hauptheeresmacht zuerst im Osten aufmarschiert wäre, hätten die Westfeinde unschwer in Deutschland eindringen und das Ruhrgebiet erobern können.

Also sagte sich Graf Schlieffen, es bleibt nur eine Lösung: Mit soviel Kräften wie möglich und mit stärkstem rechten Flügel den Westfeind schnell und vernichtend zu schlagen und im Osten zunächst mit so wenig Kräften wie möglich auszukommen.

Ist dann der Westfeind geschlagen, dann alle Kräfte nach dem Osten werfen und im Verein mit der K. u. K. Armee die Russen so abschlagen, daß sie den Krieg als hoffnungslos aufgeben.

Dieser ebenso einfache wie geniale Plan trug durchaus die Chancen des großen Erfolges in sich, wie die Tatsachen bewiesen. Allerdings setzte Graf Schlieffen eines voraus, nämlich, daß die deutschen Heere in Ost und West gut geführt würden, was er erwarten durfte, denn es gab in der alten Armee ein gutes, großes Corps ausgezeichneter höherer Führer.

Die große Tragik bestand nun darin, daß man gerade einige wichtigste Posten 1914 bei Kriegsausbruch unglücklich besetzte, sowohl im Westen wie im Osten.

2. Der Westaufmarsch und der Vormarsch liefen zunächst nach dem Schlieffenplan an, wenn auch das Zusammenwirken der Armeen besser und wirksamer hätte sein können.

3. Es verstieß also schwer gegen die Grundlagen des Schlieffen-Plans, die beiden Armee-Corps, das Garde-Reservecorps und das XI., dem rechten Heeresflügel zu entnehmen. Hier wären sie von entscheidender Bedeutung gewesen, während es auf dem linken Heeresflügel im Sinne des Schlieffen-Plans gleichgültig gewesen wäre, selbst wenn die südlichen Armeen, wenn nötig, einen Teil zurückgehen hätten müssen.

Der kluge Feldeisenbahnchef, Oberst Groener, dachte anders. Er hatte schon Transportmittel in der Gegend Metz für zwei Armeekorps bereitgestellt, was u. a. auch den Vorteil hatte, daß dann nicht lange Märsche zu den Einladestationen erforderlich waren, wie bei den Korps auf dem rechten Flügel. Dazu ist es tragisch, daß die beiden Korps aus dem rechten Flügel erst so spät im Osten eintrafen, daß dort die große Gefahr durch die Schlachten von Tannenberg und an den masurischen Seen schon gebannt war.

4. Die Oberste Heeresleitung saß in Luxemburg so weit ab von den Kampffronten, daß weder eine äußere noch eine innere Verbindung mit den kämpfenden Armeen gegeben war.

5. Die maßgebenden Leute für die Operationen waren der General von Moltke und der Chef der Operationsabteilung, Oberst Tappen. Moltke war krank, kam gerade aus einer Leberkur, schluchzte und betete, und Tappen war ein blutloser Mensch ohne jeden Furor teutonicus. Es war ein Jammer, daß Ludendorff diesen Posten kurz vorher hatte verlassen müssen. Er hätte die Operationen des Westheeres mit Sicherheit ebenso großartig geleitet wie die Operationen von Tannenberg.

6. Die deutschen Armeen des Nordflügels schritten in schweren Kämpfen von einem Sieg zum anderen. Insbesondere die deutsche Infanterie war einfach unübertrefflich in ihrem Angriffsgeist und ihrer Opferbereitschaft. Sie fühlte sich den Engländern und Franzosen absolut überlegen.

7. Als die Operationen mangels Masse am rechten Flügel nicht mehr ganz so verliefen, wie ursprünglich geplant, schickte der General von Moltke den Oberstleutnant Hentsch vom Generalstab zur 2. und 1. Armee. Ganz ohne Frage hätte er selbst oder Oberst Tappen diese Aufgabe übernehmen müssen. Der Auftrag Hentsch ist nie schriftlich dokumentiert worden. Es wird gesagt, er hatte nur den Auftrag, falls ein Rückzug nötig wäre, die Rückzugsstreifen der beiden Armeen in Einklang zu bringen.

8. Hentsch fuhr zuerst zur 2. Armee, General von Bülow, Chef des Stabes, Oberst Lauenstein. Die 2. Armee hatte gerade am 8.-9. September östlich und westlich Fère Chempenoise zwei großartige, erfolgreiche Angriffe hinter sich. Ganz großartig war der Angriff der gesamten Garde-Infanterie in

der Nacht zum 8. September ohne Artillerie-Unterstützung mit entladener Gewehr und aufgefanztem Bajonett. Dieser für die Franzosen überraschende Angriff war einfach einmalig; er überstieg noch in Kühnheit und Wirkung den berühmten Angriff der Garde am 18. 8. 1870 bei S. Privat.

Die Infanterie stieß bis in die feindliche Artillerie durch. Am 9. September wurde der Angriff westlich Fère Champenoise fortgesetzt und die Franzosen bis Sézanne unter relativ geringen eigenen Verlusten zurückgeworfen. (Es muß festgehalten werden, daß Hentsch am 8. September die Besprechung mit Bülow hatte und am 9. früh bereits zur 1. Armee abgefahren ist).

9. Bei der 1. Armee, Generaloberst von Kluck und Chef des Stabes General von Kuhl, war das IV. Reservecorps, das nach Paris sicherte, nach anfänglichen eigenem Angriff schwer angegriffen worden. Kuhl, (der praktisch führte), verstärkte seine Westfront durch weitere Kräfte und hielt am 6., 7. und 8. September die überlegenen Angriffe der Franzosen auf. Es waren schwere Kämpfe und große Verluste auf beiden Seiten. Dann faßte er den überaus kühnen Entschluß, auf seiner Südfront, die den Engländern gegenüberstand, diese völlig zu entblößen und das II. und IX. Corps in unglaublichen Gewaltmärschen an seinen Nordflügel zu dirigieren, eine ganz große Leistung von Führung und Truppe. Am 9. September früh schritten diese Truppen, unterstützt von der Brigade Lebel, die schon beinahe im Rücken der Franzosen stand, zum umfassenden Angriff. Es war nunmehr gelungen, am Nordflügel eine an Infanterie und Artillerie starke Überlegenheit über die Franzosen zusammenzufassen. Der Angriff setzte mit größten Erfolgsaussichten in umfassender Weise an.

10. So war die Lage, als Oberstleutnant Hentsch seine Unglücksreise ausführte.

11. Bei der 2. Armee hatte er dem General v. Bülow erklärt, daß die 1. Armee geschlagen sei und zurückflutete; die 2. Armee müsse jetzt auch hinter die Marne zurückgehen. General v. Bülow glaubte der eindeutigen Darstellung von Hentsch Folge leisten zu müssen und war am 9. früh entschlossen, den Rückzug anzutreten, während an diesem selben 9. September das Gardecorps den zweiten großen Sieg westlich von Fère Champenoise errang. Wie der Oberstleutnant Hentsch zu dieser Darstellung über die 1. Armee gekommen ist, bleibt unbegreiflich. Bei der 1. Armee am 9. mittags eingetroffen, erklärte er dem General von Kuhl, die 2. Armee sei nur noch "Schlacke" und würde bestimmt zurückgehen. Die 1. Armee müsse sich diesem Rückzug anschließen.

General von Kuhl und sein Stab sträubten sich angesichts der überaus günstigen Entwicklung bei der 1. Armee lange dagegen, mußten dann aber nachgeben, zumal Hentsch jetzt behauptete, er wäre bevollmächtigt, den Befehl zum Rückzug im Namen der OHL zu geben. Da blieb Kuhl nichts anderes übrig, da er ja nicht allein auf weiter Flur stehen bleiben konnte, auch seinerseits den so günstig begonnenen Angriff abzusetzen und die Rückzugsbefehle zu geben. Wieso Hentsch bei beiden Armeen eine so unzutreffende Darstellung über die Nachbararmee gegeben hat, bleibt völlig unverständlich. Man kann nur annehmen, daß er in medizinischem Sinne gemütskrank war.

12. Noch unfassbarer bleibt folgendes:

Nachdem sich Hentsch davon überzeugt hatte, daß die Lage der 1. Armee viel günstiger, und nicht katastrophal, war, wie er sie bei der 2. Armee dargestellt hatte, schickte er seinen Begleiter, den Hauptmann im Generalstab Köppen mit einer schriftlichen Botschaft an General v. Bülow zurück zur 2. Armee, in der die Lage der 1. Armee richtig dargestellt war. Diese Botschaft übergab Köppen gegen 6 Uhr nachmittag persönlich dem General v. Bülow, als der Rückzug der 2. Armee noch nicht angetreten war. Das Unfassbare ist, daß der General v. Bülow die Botschaft bei sich behielt

- 6 -

und weder seinem Chef des Stabes noch irgend jemand davon Kenntnis gab.

13. So wurde bei beiden Armeen der Rückzug angetreten. Damit war der Sieg verspielt, der Krieg verloren, es folgte Hitler und die weiteren Katastrophen!

14. Wie war nun wirklich die Lage? Und welche Chancen boten sich? Beide Armeen waren voll kampfkraftig, auch der Munitionsnachschub funktionierte.

Alle Truppenteile waren kampff- und einsatzfreudig im Bewußtsein ihrer Überlegenheit. Die Franzosen waren schwer angeschlagen, sowohl mit hohen Verlusten wie auch moralisch.

Hätte man bei 1. und 2. Armee die Angriffe fortgesetzt, so wäre es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Desaster bei den Franzosen gekommen. Die berühmte und berüchtigte Lücke zwischen 1. und 2. Armee hätte sich im fortschreitenden Angriffe geschlossen und die in diese Lücke eingedrungenen Engländer hätten wie in einer Mausefalle gesessen.

15. Es ist wohl ein einmaliger Fall in der ganzen Weltkriegsgeschichte, daß eine siegreiche Armee im Augenblick vor der Vollendung ihrer weiteren Siege kampfflos sich zurückzieht. Die verantwortlichen Leute haben damit einen Entschluß gefaßt, der wie Deutschlands Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg beweist, eine Katastrophe für uns bedeutete.

16. Wer waren nun diese verantwortlichen Männer?

Wenn man den Kaiser, den obersten Kriegsherrn, außer Acht läßt, (was man eigentlich nicht darf), so sind dies der General von Moltke, der Oberst Tappen, der General von Bülow und sein Chef des Stabes, der Oberst Lauenstein. Letzterer tritt merkwürdigerweise in den kriegsgeschichtlichen Darstellungen gar nicht in Erscheinung.

Das Tragische ist, daß, wenn nur einer von diesen vieren die Lage richtig erkannt hätte und von einem kriegerischen Geist erfüllt gewesen wäre, diese ganze Katastrophe nicht hätte eintreten dürfen.

17. Nachzuholen ist noch, was den Geist der Truppe offenbart, wie groß das Erstaunen, die Entrüstung und die Wut über diesen Rückzugsbefehl bei allen Stellen der 1. und 2. Armee gewesen war.

18. Ich selbst kann soweit aus eigener Erfahrung sprechen, als ich diese Kämpfe in vorderster Front als Regimentsadjutant des 4. Garderegiments bei der 2. Armee mitgemacht habe.

H. M. v. P.

General Poten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hannover - Kirchrode  
 Borchersstr. 35  
 z.Zt. Baden-B. Pens.Mattern

21. 6. 57

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Ihren Artikel "Zum Sturz des Kabinetts Brüning" i.d. Fft. Allg. Ztg. v. 5. 6. 57 habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich bin mit dem ermordeten Gen. von Schleicher, mit dem ich 1910 - 15 im selben Hörsaal der Kgl. Pr. Kriegsakademie gesessen habe, und mit dem ich 1914 - 18 in der O. H. L. Verwendung fand, eng befreundet gewesen. Diese Tatsache veranlaßt mich, an Sie zu schreiben.

Über die inneren Gründe, die zum Sturz des Kabinetts Brüning am 30. 5. 32 führten, kann ich Ihnen leider hinsichtlich der Rolle, die Schleicher dabei gespielt haben soll, nichts sagen, da ich in dieser Zeit eine dienstliche Verwendung außerhalb Berlins hatte. Mein sonst fast täglicher Gedankenaustausch mit meinem alten Freunde war dadurch unterbrochen. Ich möchte aber aus meiner genauen Kenntnis des Charakters von Schleicher, die ja unbeeinflusst von seiner späteren großen Laufbahn auf der Bekanntschaft in der Leutnantszeit, also einer Zeit, in der sich junge Menschen noch ohne berufliche Konkurrenzgefühle oder Ehrgeiz zu finden pflegen, folgendes sagen: ich weiß, daß in der politischen Tagesliteratur üblich geworden ist, auf Schleicher das Epitheton "intrigant" anzuwenden. Durch den häufigen Gebrauch wird das Wort aber nicht wahrer, nur vielleicht bequemer. Schleicher war aber keineswegs intrigant, das wird jeder, der ihn wirklich kannte, bestätigen. Er war im Gegenteil eine durchaus gerade Natur von einer oft verblüffenden Offenheit. Natürlich war er, wie alle klugen Menschen, von dem gesunden Ehrgeiz geleitet, etwas zu leisten. Dieser Ehrgeiz aber fand seine Richtung durch eine glühende, nach außen wohl nur im vertrauten Gespräch zu Tage tretende Vaterlandsliebe und in einem tiefen christlichen, wenn auch undogmatischen Glauben. Wer ihn nicht näher kannte, wird über diese meine Behauptung vielleicht verblüfft sein, aber als kleinen, dafür um so charakteristischeren Beweis, führe ich an, daß über seinem Bett der Sprach hing: "Was nülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewünne, und nähme doch Schaden an seiner Seele!"

Ich glaube also, daß die Bezeichnung "intrigant" für Schleicher völlig fehl am Platze ist und möchte alles tun, um diesen Makel

auszulöschen.

Sie, geehrter Herr Reichsminister, bezeichnen sich in dem oben genannten Artikel als konservativ. Bei dieser mit meinem Denken konformen Grundauffassung habe ich die Hoffnung, daß Sie auch Ihrerseits bemüht sein werden, das Andenken des im Grunde so konservativen Schleicher von Verunglimpfungen freizuhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Josef

Generallt. a. D.

Lannover, 16. 8. 1959  
 Borgerstr. 33

Faßt gefastet Jura Ott!

Solange Sie einem alten Freunde  
 Schleichers, Frau den herzlichsten und  
 aufrichtigsten Dank aussprechen für  
 Ihren Aufsatz im Juniheft 1959 der  
 Politischen Studien die ich vor einigen  
 Tagen von Herrn v. Holtendorff erhielt.  
 Ich habe in der Folge in den letzten  
 Jahren mit wachsender Aufmerksamkeit  
 nachforschen müssen, daß die diffamie-  
 rümpfkampagne gegen die Bewegung und  
 die Generalität auch vor der Frau  
 Schleichers nicht halt machte. Politiker  
 und Zeitungsblätter bemühen sich, ihr  
 eigenes Mißtrauen zu verankern, in-  
 dem sie den hohen Löhnen mit Fußtritt  
 bedachten und ihr einen Intriganten  
 nachtra. Nichts ist u. Z. falscher als  
 dies. Ich habe mich zusammen mit  
 meinem alten Freunde Busche, der  
 leider 1957 gestorben ist, durch Briefe  
 an Politiker etc. bemüht, diese Falsch-

bauvorbereitung zu korrigieren. Ich konnte  
mir dabei leider nicht auf meine person  
eine Kenntnis des Charakters Schl's. hat  
stücken die basiert auf dem Zusammenhänge  
im selben Journal der Königsberger  
1910-13 in der O.L.L. 1914-18 und die säu  
figen Monographien im Tiergarten 1921-28.

Auf Schl's Veranlassung wurde ich am  
20.6.1932 Kommandeur der Schutzpolizei  
Berlin und habe in dieser Eigenschaft auf der  
der in Frau Aufsatz veröffentlichten, Kriegs-  
praktischen "Krieg" im Rev. (oder Tag) 32  
teilgenommen. Ich Aufsatz in den poli  
tischen Studien hat mich dabei auf  
sich sehr interessiert und erfreut.

Mit Genehmigung über diese Schrift, die  
eine Tat war, darf ich Frau die  
wärmsten Dank sagen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen  
Ich ganz ergebener

Pöck

Generallieutenant a. D.

Radcliff

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

München, 18. Juli 1959

Herrn Professor Herr Hofmeister!

Haben Sie verbindlichen Dank für  
den Sonderdruck Ihrer Zeitschr. "Kritik". Ich  
denke die Überprüfung ist aus dem Lesebogen  
Ihrer Zeitschr. gütigst gütigst gütigst gütigst  
zu entnehmen. Beim Lesen wurde mich  
stets das tröstliche Gefühl wieder lebend  
wie, einmal zufällig suchte Herr v. Tappert  
sich in der Straßburger Allgemeine, seit dem  
gleichen Vorgang beschäftigt. Bei Ihrer neuen  
Beziehung zu General v. Gleifer wird Ihnen  
die sympathische Charakterisierung durch  
Maurice in dieser "Soldatenleben" für  
die gleiche Freude gemacht haben wie mir.

Ich hoffe sehr Sie, sehr verehrter Herr Hof-  
meister, auf der Sommerpause im September  
wieder einmal in der Gesellschaft für  
Wissenschaften begrüßen zu dürfen. Zugreifen  
hier ist seit angelegentlichem Interesse  
Ich ganz ergebener

Katolitsch.

Hans Rothfels

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

## VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Rothfels  
Tübingen,  
Waldhäuserstr. 18, Telefon 26 22Prof. Dr. Theodor Eschenburg  
Tübingen,  
Brunnenstr. 30, Telefon 43 49

Schriftleitung:

Dr. Helmut Krausnick  
Institut für Zeitgeschichte München  
München 27, Möhlstr. 26, Telefon 48 18 45/46

Herrn

General Eugen Ott

M ü n c h e n 13

Konradstraße 10/I

Tübingen, den 28. Mai 1957

*Ich bitte Sie, die folgende  
Veh. 34 an. Schl.**Karl Krausnick  
aus Tübingen*

Sehr verehrter Herr General,

bei unserer Unterhaltung, mit deren schließlich gedruckt herauskommendem Ergebnis Sie hoffentlich einverstanden waren, habe ich mir erlaubt, an Sie die Bitte zu richten, ob Sie nicht selbst einmal für unsere Zeitschrift uns etwas zur Verfügung stellen könnten, und dabei, wie Sie sich erinnern werden, in erster Linie an das Kriegsspiel gedacht. Sie waren erfreulicherweise nicht unabhgeneigt.

Indem ich auf diese halbe Zusage zurückkomme, möchte ich die Erinnerung daran mit einer anderen, aber nicht unverbundenen Frage verbinden. Der Zufall hat uns den Entwurf einer Antwort Schleichers auf einen Artikel der Vossischen Zeitung in Fotokopie zur Verfügung gestellt, datiert Neubabelsberg den 30.1.34, der sehr interessante Ausführungen über seine Stellung zum Nationalsozialismus, erst über sein Drängen auf dessen Teilnahme an der Regierung, dann aber über seinen entschlossenen Kampfwillen und die guten dafür bestehenden Aussichten, enthält. Herr von Papen hat den Wunsch geäußert, dazu Stellung zu nehmen, was wir auch bereit sind, ihm zu gewähren, falls er sachlich Neues über den bekannten Text der Erinnerungen hinaus bringt. Eine weitere für uns entscheidende Vorbedingung wäre aber auch die, daß andere Sachkenner und Mitzeugen sich zu dieser Lagebeurteilung äußern. Ich erlaube mir die Anfrage, ob Sie dazu im Prinzip bereit sein würden, selbstverständlich nach Kenntnisnahme der Schleicherschen wie auch der Papenschen Ausführungen. Die ersten sind nicht an die Vossische Zeitung abgegangen, und ich weiß nicht, ob Sie Ihnen bekannt sind.

Ich möchte mit dieser zweiten Bitte aber die erste, die ich mir erlaubte, in Erinnerung zu bringen, nicht entwerfen.

Mit angelegentlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

*K. Krausnick*

Kürt von Schleicher

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kembahelberg, d. 21. 4. 33

Lyonsstr. 4.

Kaufmannsverein Lyons Kaufmann!

Mein lieber Freund und Bekannter Herr, mit dem die  
 Begrüßung herzlich und auch ein wenig auf dem 2<sup>ten</sup> grade,  
 ist mit dem künftigen Machiavelli - Briefe verbunden.  
 Ich bin Ihnen für die dankbaren und freudigen Antworten  
 sehr dankbar und freue mich sehr über die  
 weitere geistliche Arbeit in dem Buchen, die  
 durch mich <sup>früher</sup> entstanden sind. Ich bin  
 sehr froh, daß man die Liebe der  
 Gesellschaften durch den Herrn, zu erhalten und erhalten  
 hat. Ich bin, wenn man seinen Namen, auszuweisen  
 oder Begrüßung erzögern. Ich bin ist der über der zufall der

folgt so sehr freiwillig an Aufhebung geschehen. Ich hoffe  
 durch diese Erklärung, hoffe, daß die Angelegenheit zu einem  
 guten Ende, wenn das Testament der alten Lady zu lesen,  
 daß man sich zunächst von dem Gedanken nicht abbringen  
 lassen, daß die alte Bekanntschaft, zu der ich davon sehr  
 fest überzeugt war + besonnen, folgte mit klarem Bewusstsein  
 man, nicht ohne Anteil und von Angelegenheit für die  
 Angelegenheiten für mich. Ich die Angelegenheit fast in einem  
 Augenblicke von anderen Umständen gegeben und nicht die  
 man dieser Zeit ohne alle Sorge, können wir hoffen, daß  
 wir diese Angelegenheit zum Wohlbefinden und gute Gesetze setzen.

Mit der besten Gesetze  
 Ihre sehr ergebene

Herz von Schickler.

A b s c h r i f t

Neubabelsberg, d. 21.4.33

Sehr verehrter Herr Professor !

Mein lieber Freund und Mitarbeiter Ott, auf den die Bezeichnung furchtlos und treu wie kaum auf einen 2-ten passt, hat mir Ihre treffliche Machiavelli-Studie mitgebracht. Ich bin Ihnen für das Werkchen aufrichtig dankbar. Eigenartig wie über Jahrhunderte hinweg die ewigen Wahrheiten politischer Weisheit immer dieselben bleiben. Kein Mensch will heute verstehen, dass man der Idee des Staates schlechthin fanatisch dienen kann, ja vielleicht nur selbstlos dienen kann, wenn man keiner Partei, Bewegung oder Richtung angehört. Jedenfalls ist das aber der Inhalt der, jetzt so oft fälschlich in Anspruch genommenen Fritzschen Staatsauffassung. Schade, dass die Regierenden zu wenig Zeit haben, um das Testament des alten Fritz zu lesen. Ich werde mich jedenfalls von dem Gedanken nicht abbringen lassen, dass die oberste Staatsführung, zu der ich Krone oder Präsidialgewalt + Wehrmacht, Polizei und kleinere Beamtenkörper rechne, völlig überparteilich und ein Regulator für Parteiregierungen sein muss. Doch die Vorsehung hat unserem Vaterlande eine andere Entwicklung gegeben und wir, die wir dieses Land über Alles lieben, können nur hoffen, dass auch dieser Weg zum Wiederaufstieg und zur Grösse führt.

Mit den besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Kurt von Schleicher

Eugen Ott.

14a Hemmingen, Kreis Leonberg/Württg

26.1.1951.

Sehr verehrter Herr General!

Melitta von Bibra, der Freundin meiner Familie, verdanke ich Ihre Adresse und damit die Möglichkeit zu diesem Brief.

Ich komme mit einer Bitte und wäre sehr dankbar, wenn Sie uns etwas helfen könnten. Ich bin mit einigen Freunden, die aus dem alten Arbeitskreis um General von Schleicher übrig geblieben sind, wie General Feertsch, Crüwell, Dr. von Carlewitz, Herr von Heltzendorf bemüht, ein möglichst vollständiges Bild des Wirkens unseres alten verehrten Chefs zusammenzustellen, das vielleicht geeignet sein wird, scharfen Kritiken der letzten Zeit entgegenzutreten und klarzustellen, wie skeptisch und widerstrebend sich die Führung der Reichswehr zum Aufstieg des Nationalsozialismus gestellt hat.

In der Erinnerung an den Widerstandsversuch unmittelbar vor der Machtergreifung gehen unsere Meinungen etwas auseinander und da ich zu wissen meine, dass Sie, sehr verehrter Herr General, beteiligt oder mindestens von Hammerstein unterrichtet waren, wäre ich für eine kurze Äußerung besonders dankbar. (Ein Verwerten dieser Ereignisse in der Öffentlichkeit würde ohne Angabe von Quellen geschehen und nur solche Namen von Beteiligten genannt werden, die sich ausdrücklich einverstanden erklärt haben).

Nach seiner Erinnerung hat General von Hammerstein als Chef der Heeresleitung unmittelbar vor der Berufung Hitlers zum Kanzler, also am 29. oder 30. Januar mit einem kleinen Kreis von Mitarbeitern des Reichskanzlers von Schleicher--Planck, Mareks, Bredow und mir--den Plan besprochen, dass der Chef HL. den Reichspräsidenten aufsucht, und namens der Reichswehr ernste Bedenken gegen die Ernennung Hitlers zum Kanzler erhebt und die Forderung, den militärischen Ausnahmezustand zu erklären, um Hitler an der Machtergreifung zu verhindern. Im Weigerungsfall solle der Chef HL. selbstständig den Ausnahmezustand erklären und sich über den Widerstand des Oberbefehlshabers hinwegsetzen.

Entsprechende Bekanntmachungen an das Deutsche Volk sollen von der Wehrrechtsabteilung vorbereitet werden, der Chef HL. aber nur tätig werden, wenn Schleicher sich einverstanden erklärt habe.

Schleicher lehnte den Plan ab, weil er keinen Erfolg erwartete. Er war der Ansicht, das Volk werde -in Unkenntnis der drohenden Radikalisierung -den Schritt nicht verstehen, die Reichswehr werde sich spalten und der entstehenden Bürgerkrieg nicht gewachsen sein. Unter diesen Umständen sei das schwerwiegende Vorgehen der Reichswehrführung gegen Hindenburg nicht gerechtfertigt, und werde die Reichswehr mit einer historischen Schuld belasten.

Die angeblichen persönlichen Verstellungen Hammersteins beim RP., bei denen er angewiesen worden sei, er solle sich um die Ausbildung seiner Truppe kümmern, sind m.E. unzutreffend. Diese Bemerkung Hindenburgs fiel wohl in Anschluss an die Odersmanöver 1932, als die Übersetzbewegungen der Kavallerie mit ihren schweren Waffen Schwierigkeiten gemacht hatten.

an Sie, sehr verehrter Herr General, glauben, sich zu diesen Fragen äußern zu können, wäre es unsern Kreis sehr willkommen.

Es war eine grosse Freude, von Helitta von Biera zu hören, dass Sie mit Ihnen noch in Verbindung steht und mir sogar in Aussicht gestellt hat, dass man sich in ihrem Haus in Wiesbaden vielleicht einmal treffen könnte. Es wäre sicher ein Treffen im Andenken an Saacke, Hammerstein und Schleicher.

Von meinem eigenen Leben, was ich davon sprechen soll, ist zu sagen, dass ich als Botschafter in Japan abgesetzt worden bin, als ich im Ende 1942 weigerte, nach dem Befehl Hitlers die Japaner zu veranlassen, die Kriegsgefangenen in ihrer Hand evtl. zu fesseln. Meine Gesuche, in die Arme zurückkehren zu dürfen, wurden abgelehnt, so lebte ich als Privatmann in China bis zur Heimkehr im Jahr 1947.

In Deutschland fanden wir das erste Elternhaus in Bayern zwar zerstört, aber bis auf 12 Zimmer mit Heimatvertriebenen belegt, was noch heute so ist. Dort leben Frau und Tochter, mich selbst hat ein Jugendfreund, von Varnhölzer, eingeladen, das Archiv seines Gutes in Hemmingen bei Ludwigsburg zu bearbeiten und das Gut zu beaufsichtigen - die Familie lebt in Bayern. Seit den Ereignissen in Korea halte ich gelegentlich Verträge über Asien und achte so sitzen von Bonn unbelasteten kleinen Anteil am Weltgeschehen.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen, von dem ich mich vielleicht einmal in Wiesbaden oder Fulda überzeugen darf bin ich, sehr verehrter Herr General,

14

Anlage . . . . .

Bei Durchsicht der nachgelassenen Korrespondenz des General v. Schleicher sind mir einige Namen bzw. Persönlichkeiten unbekannt. Ich wäre deshalb für Erläuterungen nebenstehend dankbar.

1. Wer ist ein Herr **V a h l k a m p f** aus Mülverstedt bei Langensalza? Seine Anrede lautet: Lieber Schleicher. In einem Brief vom 26.7.1930 bedankt sich V. bei Sch. für Bemühungen ~~xxxx~~ bei Treviranus, zwecks Verwendung in der Organisation der Osthilfe. Der Brief läßt Beziehungen zu General a.D. v. Winterfeldt erkennen.
  
2. Wer ist Herr **Curt D r e w s** aus Lübeck? Ein Brief vom 12.8.1930 mit der Anrede: Lieber Schleicher! spricht von Sammlungs Bemühungen der politischen Rechten in Lübecker Raum.
  
3. Wer ist Herr **W a l l e n b e r g**? Damalige Telefonnummer: Umland 7 449. Er warnt in einem Brief nachdrücklich vor den nationalsozialistischen Einflüssen in der Wehrmacht.

Herr

4. Wer ist ~~General~~ Theodor v. Kessel-Zentsch aus Raake, Kreis Oels? Offenbar Mitglied des Stahlhelms und Unterzeichner des Aufrufs für Hitlers Wahl beim 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1932.

5. Wer ist Herr B. von Swiekowski-Trzeska von Rittergut Moissall?

In einem eben erschienenen Buch von Berndorff "General zwischen Ost und West" im Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, das vom Leben und Wirken Schleichers handelt, sind verschiedene Behauptungen aufgestellt, die mir zweifelhaft erscheinen. Ich wäre deshalb für eine möglichst eingehende Beantwortung nachstehender Fragen dankbar:

1. Hat zwischen Seeckt und Ludendorff - Hitler bis 1923 enge Verbindung bestanden, aus der Hoffnung Seeckts, daß die hinter Ludendorff und Hitler stehenden Kreise eine eventuell kommende Verstärkung der Reichswehr bedeuten könnte? (Ruhrwiderstand).

*überprüfe die*

2. Ist der vollziehenden Gewalt an Seeckt durch Ebert 1923 ein Memorandum Schleichers an Ebert vorgelegt?  
Inhalt?

3. War Seeckt gegen eine Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten?  
Wollte Seeckt nach dem Tode Eberts selbst Reichspräsident werden?



7. Wann und mit welchem Auftrag fand die Reise Otts nach Weimar zur Besprechung mit Hitler statt? Wie war der Verlauf und das Ergebnis?
8. Wie kam die Verbindung zwischen Schleicher und dem Tat-Kreis um Zehrer zustande?
9. Woher kam das Geld für die Subventionierung der "Täglichen Rundschau" von Zehrer?
10. Besaß Schleicher Papiere Hitlers, insbes. über seine Pasewalker Lazarettzeit?

11. Welches waren die Vorgänge zum SA-Verbot Frühjahr 1932?  
Hieszu siehe Anlage.

12. Hat Schleicher die Regierung Brüning gestützt und warum?  
r

13. Welches war der Zweck des innerpolitischen Kriegspiels Ende 1932?  
Welches war das Ergebnis?  
Wie wurde es politisch verwertet?  
War es nur eine Finte zum Sturz der Regierung Papen?

14. Hat Schleicher Strasser die Mitteilung gemacht, daß er die Schulden der NSDAP zahlen wolle?  
Wann und zu welchem Zweck?

15. Hat Seeckt 1932 für Hitlers Wahl zum Reichspräsidenten geworben?
16. Welchen Plan hatte Schleicher hinsichtlich einer Umwandlung des Hunderttausendmann-Heeres in eine Miliz? Ist etwas über einen in diesem Zusammenhang geführten "privaten" Schriftwechsel zwischen Schleicher und französischen und englischen Politikern bekannt?
17. Hat der spätere Wirtschaftsminister Funk, infolge persönlicher Beziehungen zum Hause Hindenburg, den Kontakt Hindenburg - Hitler - Blomberg zustande gebracht?
18. Von wann ab wurde der Landesschutz mit Zustimmung der Reichsregierung organisiert? Wie war im großen die Organisation dieses Landesschutzes vor und nach dem Zeitpunkt der Genehmigung durch die Reichsregierung?

Anlage . . . . . 3

In dem kürzlich erschienenen Buch von Berndorff "General zwischen Ost und West" im Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, das eine Darstellung vom Leben und Wirken des General v. Schleicher enthält, werden die Beziehungen der Reichswehr zur Roten Armee Russlands ausführlich behandelt. Diese Darstellung bringt zahlreiche mir bisher unbekanntere Mitteilungen, die mir jedoch in vielen Punkten nicht ganz einwandfrei erscheinen. Die Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee spielen bei Behandlung des Themas "Reichswehr und Nationalsozialismus vor 1933" insofern eine besondere Rolle, als in dem bald nach 1945 sehr viel verbreiteten Interview von Arnold Rechberg die Behauptung aufgestellt wurde, Schleicher habe viele (40?) Millionen an Hitler gegeben, die er, nach seiner angeblich eigenen Erklärung an Rechberg, von Russland bekommen habe. Diese und andere Behauptungen, sowie einzelne Korrespondenzstücke aus dem Nachlass Schleichers veranlassen mich zur Klärung folgender Fragen, deren möglichst ausführliche Beantwortung im historischen Interesse wichtig wäre.

1. Fand die erste Begegnung mit den Russen schon 1920 durch Krassin-Radek einerseits und Schleicher andererseits statt?  
Ging somit der Anstoß zur gesamten sogenannten Russlandpolitik der Reichswehr von einer so frühen Besprechung aus?  
Hat Seeckt in Schleichers Wohnung mit den Russen zuerst Fühlung genommen?  
Welches waren Ziele und Ergebnisse beider Seiten?

2. Fanden also die ersten Abmachungen schon vor dem Rapallovertrag statt oder erst nach diesem?

3. Welches waren die russischen und deutschen Absichten, insbesondere Seeckts Gedanken dabei? Welches waren die tatsächlichen Abmachungen?

4. War Blomberg als "taktischer Lehrmeister" in Rußland? M.W. war er als Chef T 4 einmal kurze Zeit in Rußland.

5. Welches waren die beiderseits bearbeitenden Persönlichkeiten?

6. Wie war die Organisation der Zusammenarbeit?

7. Wie weit waren die Mitglieder der jeweiligen Reichsregierungen unterrichtet?  
Welche Persönlichkeiten waren vorher ins Bild gesetzt?
8. Aus welchen Mitteln wurden die getarnten deutschen Anlagen in Rußland bzw. die russischen Lieferungen bezahlt?  
Fand eine regelrechte etatsmäßige Prüfung dieser ~~Mitteln~~ Ausgaben statt?  
Durch wen oder welche Dienststelle?
9. Wann und wodurch entstand eine gewisse Abkühlung in den Beziehungen?  
War es die Affäre Stoltzenberg bei Hamburg (Giftgas)?  
Oder die "wesentliche" Entdeckung des Munitionstransportes in Stettin?  
Oder die Enthüllungen Scheidemanns?

10. Wodurch wurden die Beziehungen in Deutschland bekannt?  
Scheidemannrede?  
Kreis um Rechberg und Mahraun?  
(Viktor v. Koerber?)
11. Erfolgte 1929 eine Einladung an Schleicher zur Besichtigung eines Traktorenwerkes bei Stalingrad?
12. Wie lange bestanden diese Beziehungen zur Roten Armee und welche Entwicklungsphasen sind dabei festzustellen?
13. Sind weitere, in vorstehenden Fragen nicht erwähnte Punkte bekannt?  
Wer könnte darüber noch Auskunft geben?

Anlage 1 zum Schreiben an General F o e r t s c h v. 31.12.1951

Stellungnahme zu Anlage 1 des Schreibens Nr. 1185/51 Foe/bö  
vom 23.11.1951

---

- 1.) V a h l k a m p f unbekannt. Vielleicht ist durch Herrn von Winterfeldt im Direktorium der Rhein-Ruhr-Bank Düsseldorf Auskunft zu bekommen. Er ist vermutlich der Sohn des Erwähnten General a.D. von Winterfeldt.
- 2.) Kurt D r e w s ist m.E. Mitglied des Herrenklubs gewesen. Näheres vielleicht durch Herrn V o r w e r k, Vorwerk-Verlag Stuttgart Staffelbergstrasse zu erfahren.
- 3.) W a l l e n b e r g könnte damals ein junger Journalist gewesen sein, der dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold nahestand. Es ist möglich, dass er mit dem jetzigen Schriftleiter der "Neuen Zeitung" verwandt oder identisch ist.
- 4) und 5) Fehlanzeige.

*ll. 31.12.51.*

Anlage 2 zum Schreiben an General F o e r t s c h v. 31.12.1951

Stellungnahme zu Anlage 2 d. Schr. Nr. 1185/51 Foe/bö v. 23.11.51

- 1.) In den Ereignissen von 1923 und dem späteren Prozess gegen Hitler-Ludendorff sind keine Anzeichen für eine enge Verbindung mit Seeckt aufgetreten. Ich halte sie angesichts der Persönlichkeit Seeckts und seiner damaligen schroffen Ablehnung illegaler Verstärkung der Reichswehr für unwahrscheinlich.
- 2.) Memorandum unbekannt. - Die Darstellung Berndorffs ist unglaubhaft, insbesondere die angebliche Einwirkung Schleichers auf Seeckt, die Macht an sich zu reißen. Schleicher hat stets Eingriffe in die Verfassung schroff abgelehnt.
- 3.) Fragen Seeckt - Reichspräsident unbekannt. Die Frage ist m.E. in der Wehrmachtteilung nie erörtert worden, (vergleiche aber das Buch von Rabenau ).
- 4.) Erste Begegnung nicht mehr sicher anzugeben. Vermutlich 1929 mit dem Zweck Schleichers, einen persönlichen Eindruck zu gewinnen. Ergebnis: Hitler Demagoge, der unter Kontrolle gehört.
- 5.) Besprechungen öfters, hauptsächlich auf dem Landsitz einer Grafen Wedel in der Nähe von Potsdam. Ziel: Eingliederung Hitlers in Regierung, um Bewegung zur Mitverantwortung zu zwingen. Hitler hielt hartnäckig an totalem Machtanspruch fest.
- 6.) Schleicher trug Hindenburg vor, dass die Partei zu stark geworden sei, um in der Opposition belassen zu werden. Sie müsse an der Regierung beteiligt oder gespalten werden.
- 7.) Besprechung Ott in Weimar ( siehe Anlage - Aus eidesstattlicher Erklärung für Spruchkammerverfahren gegen Papen ). Die Anlage wird mündlich ergänzt werden.)
- 8.) Der Mitarbeiter der W., von C a r l o w i t z, war mit dem Tatkreis befreundet. Ich habe selbst dessen Hauptmitarbeiter im Hause Calowitz in Nikolassee mehrfach getroffen.
- 9.) Geldquelle für Tägliche Rundschau unbekannt; vielleicht aus Dispositionsfond des Reichswehrministeriums. Solcher Fond trat gelegentlich in Erscheinung, z.B. bei der Ausstattung Bredows und meiner Person mit Mitteln für politische Repräsentation.
- 10.) Derartige Papiere Hitlers sind nie erwähnt worden. x
- 11.) Die Anlage L i e b m a n n stimmt im wesentlichen. Ich erinnere mich des Auftrages, belastendes Material gegen das Reichsbanner dem Staatssekretär Meissner für den Reichspräsidenten vorzulegen, was geschehen ist. W. machte dabei Bedenken geltend angesichts der Ungleichheit der S.A. und des Reichsbanners in ihrer Einstellung zur Verfassung.
- 12.) B r ü n i n g ist als Kanzler an der Unmöglichkeit gescheitert, mit Hitler zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Ob Schleicher Ausschlag für Sturz gegeben hat, nicht zu beurteilen.

x, umfangreiche Unterlagen für den bei hies. - Herr Tolka  
 Frau Dorothea Jönke - Jäger in Wiesbaden. (Adressen ?) Sie mit  
 soll sich Helmut Lindenberg  
 Parkhaus (Waldsee), erreichen.

- 13.) Das innenpolitische Kriegsspiel 1932 ist in dem anliegenden "Auszug aus meiner Aufzeichnung - "Wehrmacht und Nationalsozialismus vor der Machtergreifung" - dargestellt. Der Auszug erklärt auch die Veranlassung, das Ergebnis und die politische Verwertung. Es war keine Finte zum Sturz der Regierung Papen.
- ~~14.)~~ Die letzte Auswirkung war eine neue Vorschrift für die Durchführung des militärischen Ausnahmezustandes, die der Chef W. durch Vinzenz Müller bearbeiten liess. Sie wurde Mitte Januar 1933 herausgegeben.
- 14.) Mitteilung an Strasser unbekannt.
- 15.) unbekannt.
- 16.) Schaffung einer Miliz wurde nach Abgang Seeckts geplant und durch die von der T 4 eingeführte Kurzausbildung praktisch begonnen. Privater Schriftwechsel Schleichers mit Ausland unbekannt.
- 17.) F u n k nie erwähnt worden. Kontakt Hindenburg- Hitler - Blomberg m.E. durch Reichenau und den Reichsbischof Müller zustandegebracht.
- 18.) Organisation des Landesschutzes mit Zustimmung der Reichsregierung m.E. ab Sommer 1932 nach Sturz der Preussenregierung. Ich erinnere mich damals eines persönlichen Vortrages vor den preuss. Oberpräsidenten unter Vorsitz von Pracht zur Einschaltung der Zivilverwaltung in den Landesschutz. Er lag vorher bei den Befehlshabern der Wehrkreise mit oder ohne Einschaltung der zivilen Behörden entsprechend deren politischer Haltung.

80.2/12.57

Anlage 3 zum Schreiben an General F o e r t s c h v. 31.12.1951

Stellungnahme zu Anlage 3 d.Schr. Nr. 1185/51 Foe/bö v. 23.11.51

1.) Bei meinem Eintritt in die T 1,III im Herbst 1923 ist mir von Russen-  
verhandlungen nichts bekannt geworden.

Fragen 1) und 2) nicht zu beantworten.

3.) Die Absichten russischer und deutscher Seite deute ich nachträglich  
dahin : Die Russen hatten das politische Ziel, Deutschland als neu-  
trales Glacis zu gewinnen. Seeckt wollte eine Ausbildungshilfe für die  
Reichswehr und ein Absatzgebiet für die arbeitsbehinderte deutsche Rüs-  
tungsindustrie

4.) B l o m b e r g war m.E. nicht als taktischer Lehrmeister in Russland.

5. - 9.) unbekannt.

10.) Die Beziehungen wurden m.E. in Deutschland durch mehrere Enthüllungen  
bekannt, darunter Scheidemann, Helmut von Gerlach ( Welt am Montag)  
Förster , die Weltbühne.

11.) Einladung Schleichers unbekannt.

12.) Letztes Auftreten russischer Gäste, darunter Tuchaschewski im Manöver  
1932 an der Oder. Entwicklungsphasen der Beziehungen unbekannt.

*(Abklärung Fortsetzung es selbigen Wk. Weid 1936<sup>2</sup>)*  
13.) Die gesamte Zusammenarbeit mit Sowjetrußland lag ihrem Wesen nach  
ausserhalb des Gesichtskreises der Wehrmacht. Auskunft könnten darüber  
vielleicht geben :

General Kesselring

General Karmann ( beide damals Sachbearbeiter des Herres-Etats)

General Köstring , damals Adjutant von Seeckt und erster  
schwarzer Militär-Attache in Russland.

Felmy und Milch, für Luftfragen.

Buchenhagen ( falls noch lebend) als Sachbearbeiter der T 2.

Joachim von Stülpnagel

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

JOACHIM VON STÖLPNAGEL

1128) OBERAUDORF 1088J  
KRANZHORNSTRASSE 5  
TEL. OBERAUDORF 318J

22.7.59.

Sehr verehrter Herr Ott!

Es war ein netter Gedanke von Ihnen, mir Ihre Broschüre über Schleicher zu schicken. Dafür besten Dank! Ich bin wohl der letzte der noch lebenden "Freunde" vom Schleicher aus der Zeit 18-30, die nicht unter ihm, sondern mit ihm die Aufgaben der Zeit zu erfüllen suchten. Als solcher erkenne ich die Leistungen und viele gute menschliche Eigenschaften von Sch. in jener Zeit voll an. So stimme ich Ihrem aus dem Herzen kommenden Ausführungen im Wesentlichen zu. Will man aber das geschichtliche Bild Sch.-s rein objektiv und im Abstand von dem Gewesenen zeichnen, so bedarf Ihre Würdigung m.E. der Ergänzung. Ich bitte meinen Versuch hierzu mir nicht zu verübeln.

Während der Amtszeit Gessler's und Seeckt's war Schleicher als Abteilungschef nur ein vortrefflicher Berater für innerpolitische Fragen. Die Richtlinien der Reichswehrführung bestimmten, neben Ebert uneingeschränkt allein die beiden genannten Männer. So verschieden dies an sich waren, in dieser Hinsicht stimmten sie überein. Sch. handelte bei Besprechungen und dergl. außerhalb des Hauses nur im Ihrem Auftrage und im Einverständnis mit Hasse, häufig nach Rücksprache mit mir (Grenzschutz, innerer Kampf).

Sch.'s ausgesprochene Einwirkung auf die Führung der Reichswehr und bald auch auf die Reichspolitik begann erst mit der Schaffung des "Ministeramts". Es ergab sich hiermit, daß die Einflußnahme des Chefs der Heeresleitung fast ausgeschaltet wurde und dessen Stellung nach Außen und Innen an Bedeutung verlor (Heye!) Noch entscheidender aber war, daß der alternde Gröner Sch. immer mehr die eigentliche Ministerarbeit überließ. So entstand der Zustand, daß Sch. sich auf fast allen Gebieten der Reichswehrführung einschaltete und eine eigene Staatspolitik zu treiben begann. Er fand Gefallen an der "Macht" im Hintergrund. Nach Außen hervortreten wollte er nicht. In diesem Streben nach Macht und Einfluß und im Vollgefühl seines besseren Wissens in den Fragen der nationalen Entwicklung beseitigte er auf wenig erfreuliche Art alle die Männer, die ihm ein Hindernis schienen oder werden konnten. Die Beispiele sind Brüning, selbst den Freund Gröner und Papen, den er als Kanzler vorgeschlagen hatte, der aber nicht nach seiner Pfeife tanzen wollte, wie er geglaubt hatte. Auch seine wenig schöne Haltung mir gegenüber 30/31 gehört in dieses Kapitel.

Sch. glaubte allein durch Verhandlungen mit den Parteien, Gewerkschaften, führenden Nazis u.s.w., wie es Geßler in den früheren Jahren im parlamentarischen Kampf so meisterhaft verstanden hatte, eine Besserung der Lage zu erreichen. Solche Bemühungen genügten bei dem steten Anwachsen der nat. soz. Partei nicht mehr. Bei dem Versagen des Parlaments mußte m.E. mit oder ohne Brüning eine Reform der Verfassung angestrebt werden, wie sie auch Geßler in jenen Monaten vorschlug. Eine solche Entwicklung konnte nur durch einen kraftvollen Staatsmann durchgeführt werden, der sich nicht scheute öffentlich aufzutreten, zu reden und vor aller Öffentlichkeit zu kämpfen. Die Gaben hierzu fehlten Sch., wie Sie selbst andeuten. Er war nicht einmal in der Reichswehr populär. Mag er, wie ich glaube, den Ministerposten in jener Zeit noch im besten Willen erstrebt haben, Kanzler wollte er nicht werden. Er fühlte wohl selbst, daß er damit überfordert wurde. Er wurde dazu aber gezwungen, weil er im Kabinett Papen nur alles besser zu wissen vorgab. Mehrere Ministerkollegen sagten mir damals: "nun soll er es doch selbst versuchen!" Papen dachte damals an den Ausnahmezustand und fragte mich, ob ich eventuell Wehrminister in seinem Kampf-Kabinett werden wolle. Auf Grund Ihres Vortrages, dessen Ausführungen sich Sch. und Hammerstein angeschlossen, fiel der Gedanke in das Wasser. Als Sch., als Kanzler, den Gedanken wieder aufgriff, versagte sich Hindenburg ihm. Wie im Herbst 18 alles zu spät kam, so auch jetzt! Ich las mit Interesse, daß Sie und Ihre Kollegen Sch. am Jahreswechsel 32/33 warnten. Ob Hammerstein ihn pflichtgemäß gewarnt hat, weiß ich nicht, glaube es bei seiner Natur nicht. Ich tat es schon Sommer 30! Was nun auch alles geschehen ist, das Bild meines "Freundes" Schleicher in früherer Zeit wird in meinem Gedächtnis ungetrübt bleiben. Meine schließliche Enttäuschung über ihn verschwand unter der Tragik seines Schicksals!

Mit meinen besten Grüßen

Ihr ergebener

*Frühling*

*Wünschen Sie bitte die Wiederherstellung!*

Mündliche Ausführungen des General a.D. und Botschafters a.D.  
Eugen O t t , Icking bei München, seinerzeit Abteilungsleiter  
der Wehrmachtteilung im Reichswehrministerium.

-----

Zu den mir vertraulich zur Kenntnis gegebenen Ausführungen des  
General a.D. Joachim v. S t u l p n a g e l kann ich folgende  
Ergänzungen geben:

1. E b e r t :

Nach dem Abschluss des militärischen Ausnahmezustandes lud der  
Chef der Heeresleitung, so viel ich weiß, auf dringende Veranlas-  
sung von Schleicher den Reichspräsidenten Ebert zu einem Bierabend  
im Reichswehrministerium ein. Beim Erscheinen von Ebert wurde er  
mit eisiger Kühle vom versammelten Offizierkorps empfangen. Seeckt  
war in diesem Augenblick noch nicht zur Stelle. Die Peinlichkeit  
der Situation durchbrach Schleicher, indem er auf Ebert zuging und  
ihm, meiner Ansicht nach spontan, im Namen des im Augenblick noch  
verhinderten General v. Seeckt im Kreise der Offiziere begrüßte.  
An dem Abend hatte ich persönlich den Auftrag, einen Vortrag über  
die wirtschaftlichen Aufgaben des militärischen Ausnahmezustandes  
zu halten. Im Anschluss daran stellte Ebert mir ~~persönlich~~ *etwa eine*  
*5 Minuten* <sup>Reihe</sup> lang eingehende Fragen und machte den Eindruck einer sehr  
erfreulichen Übereinstimmung mit unseren Auffassungen und den seiner-  
zeit getroffenen Maßnahmen. Der Abend verlief dann in ~~einer~~ sehr ka-  
meradschaftlicher Weise im Offizierkorps.

Die Nachricht vom Tode Eberts hat Schleicher tief betroffen. Er er-  
klärte mir damals, die Stellung Eberts zur Reichswehr rechtfertige  
eine hohe Ehrung des Toten. Er ließ anordnen, daß in allen Stand-  
orten, die der Zug mit der Leiche Eberts ~~durchfuhr~~ von Berlin nach  
Heidelberg durchfuhr, eine Ehrenwache auf den Bahnhöfen anzutreten  
habe.

2. Zu der Bemerkung Stülpnagels über die Verdienste um den militäri-  
schen Ausnahmezustand 1923/24:

Seeckt ehrte diese Verdienste in doppelter Weise:

1. Indem er die Beförderung Schleichers zum Oberstleutnant mit gro-  
ßem Zeitsprung veranlaßte und ihm eigene Oberstleutnantsabzei-  
chen aus seinem persönlichen Besitz übergab.

Dr. Erwin Wickert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eugen Ott.

Icking/Isartal, den 5.1.1953.

Lieber Wickert!

Ich finde eben Ihren Brief vom 30.12. hier vor, bei der Rückkehr vom Neujahr im Schnee, und möchte eiligst eine erste Antwort geben, so gut ich das im Augenblick kann, ohne die Papen-Memoiren zur Hand zu haben. (zu 1.) Über den genauen Zeitpunkt meines Gutachtens vor dem Kabinett habe ich keine Aktenunterlage. Ich habe in meinen verschiedenen Bekundungen hierüber ~~unter~~ Ende November angegeben. Massgebend für das Datum ist, dass es an dem Tag stattgefunden hat, an dem Papen dann zurückgetreten ist, danach wäre das Datum fest zu bestimmen.

Ob Schl. zuvor mit Papen darüber gesprochen hat, weiss ich nicht. Mein Ruf ins Kabinett kam mir selbst überraschend, bei meinem Vortrag hatte sich der Eindruck, dass P. und das Kabinett stark beeindruckt wurden.

Nachdem Schl. meine Ausführungen kurz unterstrichen hatte, wurde ich entlassen, bevor ein weiteres Mitglied des Kabinetts sich geäußert hatte

und seiner Auswirkungen ist  
Der wesentliche Inhalt meines Gutachtens ist in

in der Anlage "Auszug aus meiner Aufzeichnung...." niedergelgt.

Diese Anlage beantwortet auch Ihre Frage 3.) betr. meine Nürnberger Aussagen. Ich ~~habe~~ <sup>bin</sup> damals ja in ertser Linie über die Rolle Weizsäckers in der Fernostpolitik <sup>vernommern</sup> abzusagen gehabt. Über die Vorgeschichte der Machtergreifung sagte ich auf besonderen Antrag des Verteidigers von Graf Schwerin-Krosigk im Sinne dieser Anlage 1.) aus.

zu 2.) Meine Besprechung mit Hilter in Weimar war Ende November

Ich habe dem Sohn Papen im Januar 1949 für die Spruchkammer-Verhandlung seines Vaters einige eidesstattliche Unterlagen gegeben, darunter folgendes:"

Zu Ihren Bemerkungen über die Papen-Seiten 256 (Keppler), 281 (Frau von Schleicher), 275 (Assage Göringa) kann ich mich im Augenblick ohne das Papenbuch in Händen nicht äußern. Mein Memorandum an Schleicher vom 1.1.33 stimmt. Die Kritik richtet sich gegen das ständige Verhandeln um eine parlamentarische Basis, das den Eindruck der Schwäche machte und Schl. zu verbrauchend drohte. (siehe Ihre Seite 27 und Ann. 33).

Woher P. diese Mitteilung hat, weiss ich nicht, vielleicht aus dem Institut für Zeitgeschichte in München, wohin ich wiederholt Material aus meinen Erlebnissen gegeben habe.---

Soweit für den Augenblick zu Ihren Fragen. Ich werde vom 14. Jan. ab für etwa zehn Tage in Stuttgart und Remlingen sein, wenn Sie gerade in Stuttgart zu tun hätten, würde ich mich sehr über ein Treffen freuen. Ich bin unter Dipl. Ing. Herrmann Stgt, Obertürkheim Augsburgstrasse 72 zu erreichen und bitte dorthin auch die Anlage zurückzuschicken.---

Um noch grundsätzlich zu den Papen-Memoiren etwas zu sagen, so ist am widerwärtigsten die Gesamthaltung Papens, Schl. charakterlich zu verleunden. Wenn man überhaupt Männern, die das Staatsschiff in schwerster Seesnot zu retten trachten, solche Motive wie Intrigant, Verräter an Freundschaft, selbstsucht unterstellen will, so trifft es auf Papen zu. Schl. hat nicht als Charakter versagt, sondern in der Beurteilung und Behandlung der NSDAP-Gefahr. Er glaubte, ihrer mit den alten Regeln parlamentarischen Herr zu werden, und suchte die Gewalt zu vermeiden, zu der die Ordnungskräfte des Staates nach der übereinstimmender Meinung seiner Berater und höchster Kommandostellen nicht ausreichten.

Sein persönliches Interesse trat nach der festen Überzeugung seiner Mitarbeiter unbedingt hinter seinem besten Willen für den Staat zurück. Die Kanzlerschaft hat er niemals angestrebt und nur widerstrebend übernommen, weil er keinen andern Ausweg mehr sah, als den Versuch, den Nat., Soz., durch die Vereinigung der Reichsführung und der Reichswehr in einer heissen Kampf zu bändigen.

Soviel für heute, lieber Wickert, fürals kleinen Beitrag, wenns Ihnen nützlich ist, zum Manuskript für den Rundfunk.

Herzlichlich von "aus zu "aus

Institut für Zeitgeschichte

Eugen Ott,

Icking/Isartal, den 5.1.1953.

Lieber Wickert!

Ich finde eben, bei der Rückkehr vom Neujahr im Schnee, Ihren freundlichen Brief vom 30. Dez. vor und möchte eilig eine erste Antwort geben, so gut ich das kann, ohne das Papenbuch in Händen zu haben.

(zu Ihrer Frage 1.): Über den genauen Zeitpunkt meines Gutachtens habe ich keine Aktenunterlage. In meinen verschiedenen Bekundungen darüber habe ich Ende November angegeben. Sicher ist, dass es an dem Tag stattgefunden hat, an dem anschliessend das Kabinett P. seinen Rücktritt erbeten hat - dann wäre das Datum fest zu bestimmen.

Ob Schl. zuvor mit Papen darüber gesprochen hat, weisse ich nicht. Ein Ruf zur Kabinettsitzung kam plötzlich fernmündlich aus der Reichskanzlei, bei Vortrag waren Papen und das Kabinett offensichtlich überrascht und stark beeindruckt. Eine Stellungnahme dazu aus den Reihen des Kabinetts habe ich nicht gehört. Nachdem Schl. meine Ausführungen kurz unterstrichen hatte, wurde ich entlassen.

Der wesentliche Inhalt meines Gutachtens und seiner Auswirkungen ist der Anlage "Auszug aus meiner Aufzeichnung..." niedergelegt. Dabei unterstreiche ich besonders die Übereinstimmung in Auffassung und Vorgehen mit den Vertretern aller sieben Reichswehrdivisionen - es waren die Chefs der Stäbe oder ihre ersten Führerstaboffiziere.

Ihre Frage 3.) ist damit ebenfalls beantwortet. Meine Zeugenvernehmung in Nürnberg diente ja in erster Linie dazu, die Rolle Weissäckers in der Fernostpolitik zu klären. Über die Vorgeschichte der Machtergreifung wurde ich zum Schluss auf Antrag des Verteidigers des Grafen Schwerin-Krosigk gesondert vernommen und habe im Sinn der Anlage ausgesagt.

(zu Frage 2.) Meine Entsendung zu Hitler nach Weimar war Ende November. Ich habe dem Sohn Papen im Januar 49 für die Spruchkammerverhandlung seines Vaterseines eidestattliche Unterlagen gegeben, darunter Folgendes:

"Massnahmen Schl. gegen den Anspruch Hitlers auf die totale Macht. Ende November 1932, als Schleicher um die Bildung eines Kabinetts unter seiner Kanzlerschaft bemüht war, entsandte er einen Unterhändler zu Hitler nach Weimar, um ihm den Posten des Vizekanzlers und seinen Mitarbeitern einige Ministerposten anzubieten. Sein Ziel war, Hitler zur parlamentarischen Mitverantwortung zu bringen, unter Ablehnung von dessen ständigem Anspruch auf die totale Macht für seine Partei, und den Hungen seiner Mitarbeiter auf Posten gegen Hitler auszuspielen.

Hitler beharrte auf seinem Anspruch und lehnte ab, während Göring sich anbot, Hitler anzustimmen, wenn ihm die Strasse freigegeben würde gegen die Marxisten. Diese Forderung wurde zurückgewiesen als unvereinbar mit der Verfassungstreue und den Pflichten der Reichswehr.

Über diese Verhandlungen wurde kein Mitglied der Reichsregierung zuvor unterrichtet." - Schleicher

Die Unterredung fand statt, bevor Schleicher als Kanzler berufen worden ist, solange P. als zurückgetretener Kanzler die Geschäfte weiterführte. Es war eine Sondierung der kommenden Haltung der NSDAP. Vergl. auch Göbbels "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei", wo die Entsendung eines Offiziers zu Hitler kurz erwähnt und m.E. datiert wird.

zum letzten Absatz Ihrer Seite 1 :

Da die Auffassungen der wenigen lebenden Zeugen über den "Staatsstreik" Plan der Reichswehr nicht ganz übereinstimmen, würde ich darauf nicht eingehen, sondern herausstellen, dass P. sein Ansehen mit dem Reichswehrputsch am 30. Januar, mit dem er die Ereignisse forciert hat, nachträglich selbst fatal erschienen sein muss, so dass er es auf der Gasse der Wahrheit schamhaft ~~xxxxx~~ umgangen hat.

Die naechsten Tage brachten zwei unmittelbare Folgen: Fuer die Technische Nothilfe wurde eine Sonderbeihilfe von mehreren Millionen Reichsmark bewilligt, nachdem ich dem Reichsfinanzministerium die zutage getretenen Maengel erlaeu-tert hatte.

Das Reichskabinett von PAPAN verzichtete auf den Ausnahmezustand als Stuetze fuer seinen Fortbestand. Ende November berief mich General von SCHLEICHER zu einer Sitzung des Reichskabinetts mit dem Auftrage, ueber die Bereitschaft zur Ausloesung des militaerischen Ausnahmezustandes vorzutragen, dabei aber seine schwerwiegenden Gefahren aufzuzeigen. Der Reichswehrminister bestaetigte mit Nachdruck meine Ausfueh-rungen ueber die Unzulaenglichkeit der staatlichen Machtmittel. Unmittelbar darauf ist das Kabinett von PAPAN zurueckgetreten.

Ich habe die vorstehende Aufzeichnung nach bestem Wissen und Gewissen an Eidesstatt niedergelegt und stelle sie Herrn von PAPAN zur Verfuegung *auf seines Weisens.*

Muernberg, den 15. Dezember 1947.

*Krupp*

*Frankfurt a. M.*

Institut für Zeitgeschichte

DR. ERWIN WICKERT

BRIDELBERG, den 30.12.1952  
HANDSCHRIFTLICHE LANDESR. 50

Lieber Herr Botschafter!

Dieser Brief an Sie stand heute auf meinem Programm; kurz bevor ich mich an die Maschine setzen wollte, kam Ihr ausfuehrlicher Brief, fuer den ich Ihnen herzlich danke, und aus dem ich sehe, dass wir uns auch inhaltlich begegnen.

Bevor ich darauf eingehe, jedoch Ihnen allen herzliche Glueckwuensche zum Neuen Jahr! Wir wuenschen uns, dass alles so bleibt und nicht schlimmer wird, als es ist. Sie sehen daraus, dass wir also ganz zufrieden sein muessen; und wir sind es auch. Ihnen wuenschen wir, dass Ihnen das Neue Jahr, ein Zimmer mehr im eigenen Haus einbringt, wenn das alte Jahr nicht schon dafuer gesorgt hat.

Uebrigens war ich Anfang Dezember in Duesseldorf und habe Koertt und seine Frau im Wigman aufgesucht. Es war sehr nett, wie immer, bei ihnen, und Ihnen muessten eigentlich die Ehren geklungen haben.

1. So, und jetzt muss ich Ihnen gleich die Frage stellen, die ich schon die ganze Zeit auf der Zunge habe: Meissner setzt in seinem "Staatssekretar" Ihr Gutachten ueber den Kampfbereitschaft der Reichswehr vor dem Reichskabinett auf den 17. November an, Papen auf den 2. Dezember. Was ist richtig? (Nach Schwerin-Arosigk scheint das spaetere Datum zuzutreffen) Hatte Papen vorher (vor dem 2.12.22) nichts davon gewusst? Hatte Schleicher wirklich nicht am Abend vorher davon zu Papen gesprochen? ("Der Wahrheit eine Gasse!" S. 249 unten)
2. Trifft es zu, dass Ihre Besprechung mit Hitler in Weimar in der 2. Novemberhaelfte stattfand? (Papen, S. 255) War das nicht erst nach ~~Rxxx~~ Schleichers Berufung zum Kanzler?
3. Haben Sie zufaellig noch die Nuernberger Aussagen aus dem Fall XI da, die Sie gemacht haben? Oder koennen Sie mir angeben, wann Sie dort ausgesagt haben? Mir waere es lieb, wenn ich die Aussagen von Ihnen kriegen koennten, weil Frau Woermann sie mir nicht aus der Bibliothek mit nach Hause gibt, und ich immer dort Abschriften anfertigen muss.

Der Grund fuer diese Fragen: Der Sueddeutsche Rundfunk hat mich, zum 30. Januar noch einmal eine Schilderung der Machtergreifung zu geben, und ich wollte da gerne das inzwischen erschienene Material mitberuecksichtigen, vor allem also Papen. Ihr Brief bestaerkte mich in dem Entschluss, der Papenschen Legende, auf die schon wieder viele, auch ernsthafte Leute (z.B. Sethe in der Frankf. Allg. Ztg.) hereingefallen sind, entgegenzutreten. Das wird nicht ganz leicht sein, da Papen doch sehr geschickt vorgeht, besonders dort, wo er auslaesst (Er laesst z.B. seine ganze Erpressung mit dem "Putsch", ueber die Duesterberg berichtet, ja, den Putschplan selbst ~~er~~ aus oder bagatellisiert oder verzerrt ihn. S. 275) Interessant ist uebrigens, dass in seiner deutschen Ausgabe die Bemerkung fehlt, die ich aus der englischen entnommen, und die sich auf Alvensleben bezieht. (Dramatische Tage, Anm. 68) Die Auslassungen sind ueberhaupt sehr interessant, wenn man die beiden Ausgaben vergleicht.

Ausserdem erscheinen mir viele Schlussfolgerungen Papens nicht zwingend. z.B. S. 256 unten: Der Brief Kepplers bestaetige, dass bei Schroeder ausschliesslich um eine Verbesserung der Atmosphaere gesprochen worden sei! Sicher war Keppler keine grosse Leuchte, aber dass er nun in einem Brief an Schroeder das ganze unter vier Augen gefuehrte Gespraech resuemiert, waere nun doch wohl zu toericht gewesen.

Hoehepunkt der Perfidie sind die beiden letzten Saetze in dem Absatz ueber Frau von Schleicher. (S. 281)

Noch eine Frage: Woher hat Papen die Mitteilung, dass Sie Schleicher am 1.1.33 ein Memorandum ueber die Kritik der Armeekreise vorgelegt haben. Kritik woran? Halten Sie den darauf folgenden Satz (und den Absatz 3, S. 273, Aussage Goerings) fuer substantiiert. Das erscheint mir sehr unglaubwuerdig und sieht wohl eher wie eine Ente Alvenslebens aus, oder ein Schwindel Goerings.

Ich waere Ihnen sehr dankbar, wenn Sie, falls Sie in den naechsten Tagen Zeit haben, etwas darueber schreiben koennten. Mein Manuskript soll bis zum 8. Januar spaetestens fertig sein, und ich habe noch gar nicht angefangen!

An Eschenburg werde ich gerne einmal schreiben.

Es waere natuerlich sehr schoen, wenn wir uns im Januar einmal treffen koennen. Am liebsten waere es uns, wenn Sie uns wieder besuchen koennten. Meine Frau und ich wuerden uns sehr freuen. Ich wuerde auch gerne nach Stuttgart kommen; aber anschliessend an die Hoerfolge zur Machtergreifung muss ich noch zwei Hitlerbiographien durchlesen, die ich am 16.1. besprechen soll (im Rundfunk) und dann liegt mir eine Arbeit ueber Churchill auf der Seele, die schon im Dezember fertig sein sollte, und die der NWDR haben will.

Damit habe ich dann, wie ich hoffe, meine politische Arbeitsperiode vorlaeufig abgeschlossen, und es folgen dann wieder Hoerspiele und vielleicht ein Roman.

Ueber die Dramatischen Tage sind bisher noch keine Proteste eingelaufen, nur merke ich gelegentlich aus Kritiken (einer im Berliner Tagesspiegel und einer im Sueddeutschen Rundfunk), dass man Papen Glauben schenkt, und meiner Darstellung der Machtuebernahme nachsagt, sie vereinfache zu sehr. Nun ist natuerlich die Methode der "Nahaufnahme", wie ich sie in dem Buch durchfuehrte, fuer das Thema der Machtergreifung nicht so geeignet, weil man hier viele der divergierenden Linien zusammenfassen muss; auf der anderen Seite ist eben jede historische Darstellung eine "Vereinfachung" der Geschehnisse. Im uebrigen bin ich bei den Kritiken, die mir bisher bekannt geworden sind, gut weggekommen. Meissner, dessen Verbindung mit dem Schenker-Skandal ich boshafterweise erwahnt habe), wird sich sicher sehr gaergert haben darueber.

So, nun aber Schluss, sonst stelle ich wo moeglich noch mehr Fragen, und ich muss Ihnen ja auch Zeit zur Beantwortung lassen!

Noch einmal herzliche Gruesse, und ein frohes, glueckliches Neues Jahr

*carissime Hans von*

*der jungen Familie*

*Leinhardt*

Eins greift ins andere -

in der Technik, in der Natur - viel mehr aber noch im Leben der menschlichen Gemeinschaft.

Staat Recht Wirtschaft Gesellschaft

sind heute mit ihren Problemen und Zusammenhängen so ineinander verzahnt, daß es schwierig ist, eine geordnete Übersicht zu behalten.

Diese Übersicht gibt Ihnen das in 6., völlig neu bearbeiteter Auflage erscheinende

S T A A T S L E X I K O N

Recht . Wirtschaft . Gesellschaft

Mehrere hundert Fachleute arbeiten mit an diesem achtbändigen Werk, das Ihnen wissenschaftlich zuverlässig, rasch und präzise Antwort auf alle wichtigen grundsätzlichen und aktuellen Fragen gibt.

Senden Sie uns bitte diese Karte ein, wir informieren Sie dann gern ausführlich und unverbindlich.

Ich wünsche kostenlos  
und unverbindlich  
eine ausführliche  
Information über das

STAATSLEXIKON

Bitte genaue Adresse  
und Beruf angeben.

---

---

---

---

Bitte deutlich,  
möglichst in Druck-  
schrift schreiben

Unfrankierte  
Werbeantwort

Nicht  
freimachen  
Porto zahlt  
Empfänger

Verlag Herder

Freiburg im Breisgau

Hermann-Herder-Straße 4

# politische studien

---

John Foster Dulles

## **Die Kirche und die internationale Unordnung**

Eugen Otto [sic!]

## **Ein Bild des Generals Kurt von Schleicher**

Harry Wilde

## **Der „Röhm-Putsch“**

Der Zwischenruf

## **Finis Germaniae!**

# POLITISCHE STUDIEN

Monatsschrift der Hochschule für Politische Wissenschaften München

Unter ständiger Mitwirkung von Ernst Häumler (München), Henrik von Bargh (Köln), Alois Dauspf (München), Franz Fendt (München-Krailling), Eberhard Golbe-Hausen (Stuttgart), Walter Gellath (München), Friedrich A. Frhr. von der Heyde (Würzburg), Hans Lehmann (München), Friedrich Lüge (Gräfelfing), Hans Luther (Düsseldorf), Axel Seeborg (Hamburg), Hans-Wilfried v. Stockhausen (München), Lotte Storr (München)

herausgegeben von Günter Olzog

Heft 110 · Juni 1959 · 10. Jahrgang

John Foster Dulles	<b>Die Kirche und die internationale Unordnung</b> . . . . .	353
Eugen Ott	<b>Ein Bild des Generals Kurt von Schleicher.</b> Aus den Erfahrungen seiner Mitarbeiter dargestellt . . . . .	360
Harry Wülde	<b>Der „Röhm-Putsch.“</b> Ein Rückblick auf die Juni-Ereignisse vor 25 Jahren . . . . .	372
Erich Pruck	<b>Von der Tschecha zum KGB.</b> Die Entwicklung des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes . . . . .	383
Hübert Bocher S.J.	<b>Das unruhige Spanien</b> . . . . .	390

8

Perspektiven (S. 349) — Der Zwischenruf Finis Germaniae! (S. 381) — Notizen (S. 403) — Neue Bücher (S. 406) — Dissertationen an deutschen Universitäten (S. 416) — Aus dem Programm deutscher Rundfunkanstalten (S. 418) — Leserbrevete (S. 419)

Für die Redaktion verantwortlich: Helga Grabing (geschäftsführend), Günter Olzog, Erich Thiel  
Verlag: Isar Verlag Dr. Günter Olzog KG · München 22, Von-der-Tann-Straße 2, Telefon 29 32 72 ·  
Anzeigenverwaltung: K. B.-Werbung, Inh. C. H. Bodel, Frankfurt a. M., Stälfstr. 18-20 · Einzelpreis  
2,— DM, Vierteljahresabonnement 5,— DM zuzüglich Zustellgebühr. Bestellungen nehmen entgegen:  
jede Buchhandlung, die Postämter und der Verlag. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur  
zurückgeschickt, wenn ihnen Rückporto beiliegt · Nachdruck ist nur mit Genehmigung des Verlages  
gestattet · Gesamtverstellung Manz AG., München 8

# POLITISCHE STUDIEN

München

Juni 1959 - Heft 119

10. Jahrgang

## Hans Lehmann *Perspektiven*

Der Eifer ist rührend, mit dem der neue amerikanische Außenminister Herter auf der Genfer Außenministerkonferenz das Unvereinbare vereinbar machen will. Jetzt versucht er es, lebhaft von seinem britischen Kollegen unterstützt, mit Geheim Sitzungen. Er wird feststellen müssen, daß Gromyko auch hinter verschlossenen Türen nur Scheingefechte führt. Seine Aufgabe besteht darin, für seinen Chef in Moskau die offenbar von diesem mit Vehemenz gewünschte Gipfelkonferenz durchzusetzen. Dies und nichts anderes ist der Auftrag, den Chruschtschew seinem Außenminister für Genf mit auf den Weg gegeben hat. Was Chruschtschew von dem Mut und der Fähigkeit seines Mitarbeiters hält, hat er zynisch, wie erinnerlich, in die Worte zusammengefaßt. Gromyko würde auf Befehl auf einem Eisberg so lange sitzen bleiben, bis er die Anweisung erhalte, wieder herunterzusteigen.

### Hebel Berlin

Gromyko wird in Genf nichts sagen, wozu er nicht vorher aus Moskau die Weisung erhalten hat. Ist es dann nicht sinnvoller, gleich und ohne Umschweife mit Chruschtschew selbst zu verhandeln? Nein, denn was Chruschtschew wirklich zu sagen hat, kann er ebenso gut auch durch seinen Lautsprecher Gromyko mit-

teilen lassen. Was Gromyko nicht sagt, wird auch sein Boss nicht sagen, der ohnedies von Moskau aus fast täglich mit teils drohenden, teils aufmunternden Kommentaren die Genfer Atmosphäre nach Kräften zu stören suchte.

Das mühsam von den Westmächten zustandegebrachte und verschürfte „Paket“ ließ Gromyko verächtlich liegen, obwohl es dem Krenl wahrlich genug goldene Brücken baut. Es zeigt sich abermals, daß der sowjetischen Regierung an einer Lösung der von ihr heraufbeschworenen Krise um Berlin nichts, aber auch gar nichts liegt, dagegen sehr viel daran, diese Krise als einen Hebel zu benutzen, um weitere Ziele zu erreichen. Zu diesen Zielen gehört, den militärischen Eroberungen des Jahres 1945 den Schein der völkerrechtlichen Legalität zu geben, den Störungsfaktor Berlin aus dem politischen Gleichschaltungsprozeß im Sowjetimperium zu eliminieren, die Bundesrepublik als östlichen Eckpfeiler des westlichen Verteidigungsbündnisses zu diffamieren, wehrlos zu halten und damit aus dem westlichen Lager herauszubrechen und schließlich die Amerikaner vom europäischen Festland und überhaupt aus allen Stützpunkten rund um die Sowjetunion zu vertreiben.

Es ist der Irrtum der öffentlichen Meinung im Westen, man könne solche Zielsetzungen durch Konferenzen aus der Welt schaffen. Deshalb hat wohl auch

Bundeskanzler Adenauer über die Aussichten von Außenminister- und Gipfelkonferenzen keinerlei Illusionen gehabt. Der Sog der öffentlichen Meinung im Westen aber war so stark, daß die Regierungen in Bonn, Paris und Washington ihre Zustimmung zu der Genfer Propaganda-Schau geben mußten. London jedoch strebt, weil es das für eine gute Politik hält, nicht nur eine Gipfelkonferenz um jeden Preis an, sondern denkt an eine ganze Serie von solchen Treffen.

Noch aber ist nicht ganz sicher, ob sich Gromyko in den kommenden Geheimbesprechungen nicht wenigstens jenes Minimum an vagen Zusagen bringen läßt, das es den westlichen Regierungen erlaubt, dem Treffen mit Chruschtschew zuzustimmen. Umsonst wird dann der Außenminister der Bundesrepublik erklärt haben: „Wenn sich die Sowjetunion weigern sollte, über die deutsche Frage zu sprechen, dann sähen wir uns vor die Situation gestellt, daß diese Konferenz gescheitert ist.“ Die Außenministerkonferenz wird scheitern, verbrämt mit diplomatischem Rankenwerk für die in Genf versammelten 1200 Korrespondenten der Weltpresse, und die Gipfelkonferenz wird trotzdem stattfinden. Denn der Westen hat sich, nicht zum geringsten Teil beeinflusst durch eine geschickte kommunistische Koexistenz-Propaganda, nun einmal zur „Flexibilität“ entschlossen. Vergessen ist die Not Ungarns, und Tibet liegt noch weit hinter der Türkei...

#### **Dean Achesons Forderung**

Von der Forderung, daß die Politik der Sowjetregierung nun ebenfalls flexibler werden müsse, hat man wenig gelesen. Sie hätte den sowjetischen Ministerpräsidenten auch wenig beeindruckt. Mehr beeindruckt hätte ihn schon die Realisierung der Forderung des früheren amerikanischen Außenministers Dean Acheson, die Landstreitkräfte in Europa derart zu verstärken, daß der Angreifer ein Unternehmen ins Auge fassen müsse, das den großen Kernwaffenkrieg bestimmt aus-

löse. Ein amerikanischer Kommentator, ein einsamer Rufer in der Wüste, hat daran die Bemerkung geknüpft: „Das Wort haben die freien Völker. Sind sie bereit, die Machtlage durch große Anstrengungen so zu ändern, daß Konferenzen mit Moskau sinnvoll werden?“

Wir fürchten, daß die freien Völker dazu nicht bereit sein werden. Der Aufweichungsprozeß wird weiterschreiten. Schon will die Bundesrepublik Nichtangriffspakte mit den ohnedies von ihr nicht bedrohten Staaten Polen und Tschechoslowakei schließen und damit zu ihnen die diplomatischen Beziehungen aufnehmen. Abermals geht einer der wesentlichsten Grundsätze bundesrepublikanischer Außenpolitik dahin, der nämlich, daß zu keiner Regierung diplomatische Beziehungen aufgenommen würden, die Pankow anerkenne. Mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Sowjetregierung begann es, und mit der Anerkennung der „DDR“ als eines zweiten deutschen Staates müßte dieser Weg allen Demontis zum Trotz dann enden.

Aber Politik ist nicht allein eine Frage von Prinzipien. Sie ist zu einem wesentlichen Teil auch „Geschäft“, das heißt ein Handel, bei dem sich die Partner mit gegenseitigen Nachteilen drohen und diese Drohung dann mit dem Angebot von Vorteilen kompensieren. Nicht wenige sind erstaunt, daß der englische Außenminister die westliche Solidarität in Genf bisher nicht direkt und offensichtlich verletzt hat. Selwyn Lloyds Haltung wird verständlicher, wenn man erfährt, welchen Preis die Amerikaner dafür bezahlt haben. Mit der Gründung der NATO hat England seine Sonderstellung gegenüber den USA als deren Hauptpartner verloren. Darüber hinaus sind die USA als Waffenlieferanten auf Märkten aufgetreten, die vor dem zweiten Weltkrieg traditionell von England versorgt wurden. Die deutsche Bundeswehr kauft ihre Erstausrüstung zu einem beträchtlichen Teil — dabei handelt es sich um Milliardenbeträge — in den Vereinigten Staaten. Jetzt endlich, vor der Genfer Außenministerkonferenz, hat Washington den

Engländern einige Pfälsterchen auf die Wunden gelegt. Sie werden bevorzugt mit Konstruktionsplänen für Raketen und Atomwaffen, besonders Atom-U-Booten, beliefert und erhalten auch Starthilfe beim Programm für die Erdsatelliten.

### Sir David Eccle's Drohung

Die Europäer, das heißt in diesem Falle Franzosen und Bundesdeutsche, haben keinen Preis dafür bezahlt. Im Gegenteil, sie haben dem englischen Selbstbewußtsein mit dem Beharren auf der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einen empfindlichen Schlag versetzt. Am 15. Dezember, beim endgültigen Scheitern des Versuches, die Freihandelszone durchzusetzen, drohte Sir David Eccle, Präsident der britischen Handelskammer, mit Gegenmaßnahmen, falls die EWG am 1. Januar 1959 in Kraft trete. Der französische Außenminister Couve de Murville erwiderte damals, daß Frankreich nicht unter Drohungen zu verhandeln wünsche und der britische Hinweis auf Gegenmaßnahmen sei eine direkte Drohung, die weitere Verhandlungen unmöglich mache.

Die englische Regierung machte ihre Drohungen wahr. Zunächst reiste der britische Ministerpräsident Harold Macmillan nach Moskau, um englische Interessen oder das, was er dafür hielt, wahrzunehmen. Dabei scheint er einen Handel im Auge gehabt zu haben etwa auf der Basis: Osteuropa für die Sowjets, wenn diese dafür im Vorderen Orient alles beim alten und damit den Engländern ihr Öl lassen. Die Engländer wollten sich außerdem auf alle Fälle neue Märkte erschließen, wenn sie schon nach einiger Zeit ihre allen Absatzgebiete in den Staaten der EWG verlieren würden. Sie traten mit Energie für die Milderung der Embargo-Bestimmungen für strategisch wichtige Güter gegenüber dem Ostblock ein. Ihr Handel mit Rot-China ließ nichts zu wünschen übrig. Aber mit der Sowjetunion konnte man das Geschäft noch ausbauen.

Am Tage nach Beginn der Genfer Außenministerkonferenz flog Sir David Eccle nach Moskau, um dort an der Spitze einer Delegation eine andere Art von Ost-West-Verhandlungen zu führen. Sein Thema hieß ausschließlich: Handel. England finanziert etwa die Hälfte des gesamten Welthandels, und, als Inselreich mit hohem Lebensstandard völlig auf Export angewiesen, hatte es nicht die Absicht, auf die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel zu verzichten, wenn es seine Stellung geschmälert sah. Im Jahre 1958 war der englisch-sowjetische Handelsaustausch relativ bescheiden. England bezog aus der Sowjetunion Waren im Werte von 700 Millionen DM, hauptsächlich Weizen, Nutzholz, Holzschliff und Manganerz, und lieferte dorthin für 280 Millionen DM, vor allem Metalle, Maschinen und Schiffe. England hofft nun, diesen Handel bedeutend ausweiten zu können.

Es wurde der Verdacht geäußert, daß England im Interesse seines Handels in der Deutschlandfrage den Sowjets gegenüber eine weiche Haltung einnehme, und tatsächlich kam es in der Folge zwischen den Engländern auf der einen und Franzosen und Deutschen auf der anderen Seite zu beträchtlichen Spannungen über den Kurs, den man Moskau gegenüber einschlagen sollte. Selbst in Genf noch konnte es sich die britische Rundfunkgesellschaft BBC, die von der Regierung kontrolliert wird, nicht versagen, unter Hinweis auf Informationen aus Kreisen der britischen Verhandlungsdelegation in Genf von „Verdächtigungen“ zu sprechen, denen die Engländer seitens der deutschen Presse ausgesetzt seien. Ganz sicher ist jedoch, daß es wenige Engländer geben wird, die nichts keinen Schlaf lindern, wenn Deutschland auch weiterhin geteilt bleibt. 72 Millionen Einwohner in einem wiedervereinigten Deutschland — das hingegen könnte manchen Engländer schon eher am Einschlafen hindern. Aber, man muß es zugeben, der britische Außenminister tritt in Genf für Deutschlands Wiedervereinigung ein.

## Politik und Geschäft

Die Sorgen, die sich England um seinen Export macht, sind nicht völlig unbegründet. Der Gemeinsame Markt umfaßt eine Bevölkerung von 165 Millionen Menschen mit einem monatlichen Austauschvolumen von 560 Millionen Dollar; ihr Anteil am Welthandel beläuft sich auf 17,4 Prozent. Dieser Anteil ist genau so groß wie der der Vereinigten Staaten am Welthandel. Wenn sich der Gemeinsame Markt erst einmal durchgesetzt haben wird, wäre neben den USA und dem Commonwealth-Sterling-Gebiet die dritte große Wirtschaftseinheit der freien Welt geschaffen, und die englischen Exporteure hätten erst einmal den gemeinsamen Außenhandelsstarif, der als Schutzmauer um den Gemeinsamen Markt gelegt wird, zu durchstoßen, ehe sie hier, wie üblich, ihre Waren absetzen könnten. Kein Wunder, daß die englische Regierung auf Aushilfen sinnt und auf — Druckmittel.

London glaubt jetzt, außer dem roten Handel, eine weitere „Gegenmaßnahme“ entdeckt zu haben. Es denkt an die Schaffung einer Kleinen Freihandelszone, die außer England sechs außerhalb der EWG stehende, der OEEC angehörende Länder umfassen soll, nämlich Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, Österreich und Portugal. Auch andere Länder sollen teilnehmen können. Der Großteil der Zölle soll zwischen ihnen nicht wie beim Gemeinsamen Markt in zehn bis zwölf, sondern bereits in fünf Jahren — jedes Jahr um 20 Prozent — abgebaut werden, allerdings nur für industrielle Produkte. Der Abbau der Zölle für Agrargüter soll bilateralen Abmachungen überlassen bleiben. Der Sinn dieses Gegenstückes zur EWG wäre, im Zollabbau mit ihr Schritt zu halten und damit die Möglichkeit der späteren Angleichung offen zu lassen. Die Kleine Freihandelszone soll bis zum Ende des Jahres verwirklicht sein. Sie würde 80 Millionen Einwohner umfassen mit einem monatlichen Handelsaustausch von 230 Millionen Dollar, von dem ein Drittel allein auf England entfällt. Die britischen Exporte nach den an-

deren sechs Ländern machen nur zehn Prozent der britischen Gesamtausfuhr aus; der Anteil der Ausfuhr in die Kleine Freihandelszone bei den anderen Ländern ist jedoch höher und erreicht bei Dänemark 40 Prozent des Gesamtexports. Der Zusammenschluß der sieben Länder würde zwar keine Produktionsausweitung für sie bedeuten, wohl aber eine Exportverlagerung und Einfuhrerschwerung für andere, und damit hätten sie eine nicht unbrauchbare Waffe gegenüber der EWG. Die Länder des Gemeinsamen Marktes würden wiederum stärker an einer Integration aller europäischen Staaten interessiert.

## Supranationales Trauerspiel

Daß nicht immer alle Blühtenträume bei supranationalen Organisationen reifen, hat eben erst der Versuch der Hohen Behörde der Montanunion gelehrt, wegen der Unfähigkeit der Belgier, mit einem jährlichen Überschuß von drei Millionen Tonnen Kohle fertig zu werden, den „Krisenplan“ zu verkünden. Diese drei Millionen Tonnen sind noch nicht einmal ein Prozent der Primärenergie in der Montanunion. Die Bundesrepublik hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres immerhin 1,8 Millionen Tonnen Kohlen weniger gefördert und wird die Belegschaft der westdeutschen Zechen in diesem Jahre um 35 000 Mann vermindern. Die belgischen Sozialpartner hingegen glaubten nicht einmal die Stilllegung von einer Million Tonnen Kapazität in diesem und weiteren 600 000 Tonnen im nächsten Jahr durchsetzen zu können. Deshalb sollten nach dem Willen der dirigistisch eingestellten Hohen Behörde sämtliche Länder der Montanunion zu starrer Kontingentierung von Produktion und Einfuhr übergehen. Dank des Widerstandes der Großen Drei in der Montanunion blieb uns dieses supranationale Trauerspiel erspart. Auch sehr Hohe Behörden leiden bisweilen unter Phantasielosigkeit.

*John Foster Dulles*

## **Die Kirche und die internationale Unordnung**

Am 24. Mai verstarb John Foster Dulles. Sechs Jahre leitete er nicht nur als Staatssekretär die amerikanische Außenpolitik, sondern er bestimmte zugleich wesentlich die gemeinsame Politik der Westmächte in ihrer Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus als einen Kampf für die Freiheit.

Bevor er sein Staatsamt übernahm, hielt er auf der Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam eine Rede, die weithin in Vergessenheit geraten ist, aber in überzeugender Weise Aufschluß gibt über die Motive seines weltpolitischen Handelns. Wir übernehmen diese Rede aus den „Amsterdamer Dokumenten“, die vom Evangelischen Presseverband für Westfalen und Lippe e. V. 1948 veröffentlicht wurden.

Die gegenwärtige Versammlung der Kirchen hat eine weltumspannende Bedeutung, weil sie die größte Verschiedenheit mit größter Einfachheit verbindet. Eine solche Verbindung erregt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt, denn sie ist notwendig, um die Menschen vom Untergang zu retten.

Aus über vierzig Ländern sind wir hierher gekommen; wir gehören vielen Rassen, Nationalitäten und Klassen an, wir vertreten viele Zweige der christlichen Kirche. Wir sind jedoch hier zusammengekommen, um eine festere Gemeinschaft zu schaffen, und zwar in Freiheit und Brüderlichkeit. Wir wollen zeigen, daß sittliche und geistige Kräfte Verschiedenheiten zu überbrücken vermögen, die für gewöhnlich die Menschen in feindliche Lager zerspalten.

Dieses beispielhafte Geschehen ereignet sich in einem schicksalsschweren Augenblick, da die Zerspaltung der Welt verhängnisvoll zu werden beginnt. Die Spannung wächst, die Werkzeuge der Massenzerstörung sind in fieberhafter Entwicklung, und jedermann fürchtet, daß die Menschheit einem entsetzlichen Abgrund entgegenreißt. Daher blicken Christen und Nicht-Christen gleicherweise mit Besorgnis auf das, was wir hier tun. Sie hoffen, daß wir vielleicht einen Weg zeigen können, der uns von dem furchtbaren Verhängnis befreit, das uns droht.

### **Die Verantwortlichkeit der Kirchen**

Wir wollen diese Erwartungen nicht überschauen und nicht vergessen, daß wir einer Generation angehören, die bereits zahllose Menschen einem unbegreiflichen Schrecken ausgeliefert hat. Wir wissen, daß Millionen in ihrem Elend von der Hoffnung aufrechterhalten wurden, es möchte die ungeheure Tiefe ihres Leidens der Menschheit eine solche Leidenlast auferlegen, daß die Überlebenden gezwungen sind, einen Weg zu friedlichem Zusammenleben zu finden. Wir wissen auch um die Angst und Verzweiflung der Lebenden, die zusehen müssen, wie ihre Führer in den Methoden der Zerstörung immer erfahrener

werden, aber offenbar unfähig sind, die Reihe immer neuer Kriege zu durchbrechen.

So steht diese Versammlung vor der Aufgabe sittlich verantwortlicher Führerschaft, in der Erkenntnis, daß die Menschheit verloren ist, wenn die Gnade des Heiligen Geistes sie nicht rettet.

Wir werden natürlich nicht den Versuch machen, politische Lösungen im einzelnen vorzuschreiben, denn das ist nicht die Aufgabe unserer geistlichen Führerschaft. Aber wir werden, so hoffe ich, das Übel erkennbar machen, die Menschen aufrütteln, es zu bekämpfen, und auf die sittlichen Grundsätze hinweisen, die in diesem Kampf notwendig sind. Die Kirchen können die strategischen Leitlinien vorschreiben, aber die Verantwortung für die Taktik werden sie der politischen Führung und den Laien überlassen.

Es ist an der Zeit, daß die Kirchen das Übel des Krieges und seine Nutzlosigkeit enthüllen. Viele sprechen vom Kriege, als ob er ein zwar unerfreuliches, aber doch notwendiges Heilmittel für vorhandene Übel wäre. In Wirklichkeit würde ein neuer Weltkrieg die gesamte Menschheit in maßloses Elend stürzen und die Erreichung der guten Ziele, für welche zu kämpfen die Kriegführenden zweifellos beteuern würden, beinahe unmöglich machen. Zuweilen muß vielleicht ein Krieg als das kleinere von zwei Übeln gewagt werden. Es gibt jedoch keinen heiligen Krieg. Der Krieg ist vom Übel. Jahrhunderte hindurch hat man immer wieder für edle Zwecke zur Gewalt gegriffen. Ein solches Verfahren ist dramatisch und aufregend. Es scheint schnelle und entscheidende Erfolge zu versprechen und begeistert bisweilen zu hohem Opfermut. Die Anwendung der Gewalt hat jedoch Haß, Rachsucht, Heuchelei, Grausamkeit und Verachtung der Wahrheit zur Folge. Dieser Übel wegen haben Kriege nur selten dauernd Gutes erzeugt, und es besteht kein Grund zu glauben, daß ein Krieg heute etwas Gutes bringen werde.

### **Die rechtliche Regelung politischer Veränderungen**

Die Kirchen können und sollten diese Dinge aussprechen und die öffentliche Meinung gegen den Krieg stimmen. Das ist jedoch der leichtere Teil der den Kirchen obliegenden Pflicht. Obwohl der Krieg im allgemeinen als Übel anerkannt wird, und die Menschen allgemein den Frieden vorziehen, hat es doch in allen Epochen Kriege gegeben; das muß eine grundlegende Ursache haben. Die Kirchen haben die weitere und schwerere Aufgabe, diese Ursache zu entdecken und zu zeigen, wie sie ausgeschaltet werden kann. Die Oxforder Konferenz im Jahre 1937 hat auf die wichtigste Kriegsursache hingewiesen, nämlich auf die Tatsache, daß in einer Welt des lebendigen Geschehens Veränderungen unvermeidlich sind und daß vulkanische Eruptionen erfolgen müssen, wenn nicht Vorkehrungen getroffen werden, um die Veränderungen in friedliche Bahnen zu leiten.

Es gibt einen Frieden der Erschöpfung und einen Frieden der Unterdrückung; aber in beiden Fällen ist er kein wahrer Friede und wird selten von langer Dauer sein. Soll der Friede dauerhaft sein, so muß er auf der Grundlage von Vereinbarungen errichtet werden, die in friedlicher Weise getroffen werden und auf dieselbe Weise abgeändert werden können.

Obwohl diese Schlußfolgerung unabweislich ist, so kann sie doch keine praktische Anwendung finden, solange nicht einige andere Fragen beantwortet werden können. Wenn die Organisation des Friedens auf dem Recht gegründet sein soll, so muß man sich über das Wesen des Rechts verständigt haben. Ist Recht das, was der Mächtigste wünscht, oder beruht es auf sittlichen Prinzipien? Wenn die Verträge eine rechtlich geordnete Abänderung vorsehen, wer soll diese Neuordnung vornehmen, und wie sollen diejenigen behandelt werden, die ihr nicht zustimmen? Ohne Einigkeit in diesen Fragen kann die internationale Organisation des Friedens keine befriedigende Form haben.

### **Sittengesetze und Menschenwürde**

Die Kirchen können Entscheidendes beitragen zur Lösung dieses Problems. Es geht hier um zwei wichtige Grundsätze: einmal um die Anerkennung der Existenz des moralischen Gesetzes und der Tatsache, daß einzig und allein dieses Gesetz die vom Menschen geschaffenen Gesetze sanktionieren kann; zum anderen um die Anerkennung der Würde jedes einzelnen Menschenwesens und der Tatsache, daß kein von Menschen geschaffenes Gesetz je diese Würde verletzen darf, wenn es Rechtscharakter tragen soll. Beide Grundsätze ruhen auf religiösen Voraussetzungen. Der Glaube an ein moralisches Gesetz ist von der Voraussetzung hergeleitet, daß es einen von Gott bestimmten Zweck in der Geschichte gibt, daß sittliche Gesichtspunkte absolute Geltung haben und daß der Mensch in seinen Gesetzen genau so wenig das Sittengesetz ungestraft verletzen darf, wie er die Gesetze der Natur nicht mißachten darf, ohne sich ins Verderben zu bringen.

Der Glaube an Würde und Wert des Individuums ruht auf der Voraussetzung, daß jeder Mensch von Gott zu seinem Ebenbilde geschaffen ist, daß er durch Gottes Liebe erlöst werden kann und daß er Gott unmittelbare Rechenschaft schuldet. Der Mensch hat daher eine Würde und einen Wert, die ihn von jeder bloßen Natur unterscheiden. Alle Menschen haben als Kinder Gottes Rechte und Pflichten, die ihnen niemand abnehmen kann.

Die Erfahrung zeigt, daß Menschen, wenn sie ihre Gemeinschaft diesen beiden Grundvoraussetzungen entsprechend einrichten, in Frieden miteinander leben können.

### **Christlicher Einfluß auf politische Organisation**

Die westlichen Demokratien haben niemals Einrichtungen geschaffen, die genügt hätten, die Wandlungen des internationalen Lebens friedlich zu regeln; wohl aber haben sie bei sich selbst Einrichtungen getroffen, die in weitem Ausmaß den beiden Grundsätzen gerecht werden, auf die wir hingewiesen haben. Ihre Regierungen stehen seit vielen Jahren auf dem Boden des Rechts. Die Gesetze sind gegeben und abgeändert worden auf Grund eines Repräsentativsystems, welches annimmt, daß jeder Mensch eine Vorstellung von Recht und Unrecht hat und daß er nach dem strebt, was er für recht hält. Aber es ist auch eine anerkannte Tatsache, daß Volksmehrheiten nicht unfehlbar sind, und deshalb haben die Mehrheiten die Minderheiten zu respektieren. Weder die Re-

gierung noch die Majorität durften einfach tun, was sie wollten, und ihre Wünsche einfach als Gesetz erklären. Jeder Mensch, er mag noch so allein stehen oder noch so gering sein, darf seiner eigenen Einsicht und seinem Gewissen folgen und darf in friedlicher Weise versuchen, andere von der Richtigkeit seiner Meinung zu überzeugen. So sind manchmal die anfangs nur von einer Minderheit vertretenen Ansichten friedlich zum Siege gelangt. Das Recht wird als eine ewige Idee angesehen, die über jedem menschlichen Willen thront, wie mächtig er auch immer sein mag, und die Rechtsprechung ist von der Politik getrennt. Unter solchen Umständen haben sich ungeheure soziale und wirtschaftliche Wandlungen vollzogen, die im Wesentlichen auf friedlichem Wege durchgeführt wurden. Menschen wurden immer seltener als bloße Produktionsmittel behandelt. Die Frauen wurden von schwerwiegenden Beschränkungen befreit. Die Kindersterblichkeit wurde in hohem Maße vermindert, das Gesundheitswesen machte im allgemeinen Fortschritte, und die Lebensdauer wurde verlängert. Die Erziehung wurde zur Sache der Allgemeinheit und die Entwicklung des geistigen Lebens frei von politischen Hemmungen. Persönliche Initiative und Wettbewerb in Wissenschaft und Handel finden neue Wege der Produktionssteigerung für die Menschheit. Gleichzeitig hat sich ein wachsendes Gefühl sozialer Verantwortlichkeit entwickelt. Man kann die soziale Ordnung nicht mehr mit dem Wort beschreiben: „Jeder für sich und den Letzten beißen die Hunde.“ Die Sozialversicherung hat sich rasch ausgedehnt und Unternehmungen von öffentlichem Interesse befinden sich in gemeinnützigem Eigentum oder stehen unter öffentlicher Aufsicht. Gestaffelte Einkommen- und Erbschaftssteuern bewirken eine beträchtliche, den Bedürfnissen entsprechende Güterverteilung.

Es ist nicht Selbstgerechtigkeit oder Selbstgefälligkeit, die mich diese Dinge sagen läßt. Alle sozialen Ordnungen als solche sind in mancher Hinsicht nicht-christlich, und keine gibt es, die nicht irgendwie das menschliche Wohlergehen fördert. Aber wo immer politische Einrichtungen getroffen worden sind, die das Sittengesetz zur Grundlage haben und die den Wert und die Würde der Person respektieren, da war es möglich, auf friedlichem Wege die soziale Ordnung abzuändern. Und wo immer diese beiden moralischen Grundsätze einer sozialen Ordnung bewußt verletzt werden, ist Zwang und Gewalttätigkeit unvermeidlich.

### **Der Einfluß des Materialismus auf die politische Organisation**

Der marxistische Kommunismus ist atheistisch und materialistisch. Seine Führer verwerten den Begriff des moralischen Gesetzes. Es gibt nach Stalin keine ewige Idee des Rechts; Gesetze dienen lediglich dazu, den Willen derer, die an der Macht sind, durchzusetzen, und Menschen haben keine von Gott gegebenen, unveräußerlichen Rechte. Obwohl einiges Gute für das Proletariat getan worden ist, so werden doch in Theorie und Praxis Zwang und Terror gutgeheißen, und diejenigen, denen Einsicht und Gewissen gebietet, die auferlegte Ordnung zu verwerfen, werden vernichtet. Gewiß gibt es einige Ähnlichkeiten zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Zwecken, zu welchen sich die Kommunisten bekennen, und denen, welche die Christen verfolgen. Aber

die Wege, auf denen diese Zwecke verwirklicht werden, sind total verschieden, und die gegenwärtigen Methoden des Kommunismus sind unvereinbar mit einer friedlichen Abänderung des Bestehenden.

Das kommunistische System der Sowjets ist kein friedliches und behauptet auch gar nicht, es zu sein. Die Sowjetregierung will vielleicht — ich hoffe es — keinen Krieg. Aber sollte dies zutreffen, so ist der Grund dafür kein prinzipieller, sondern ein bloß opportunistischer. Zwang und Gewalt sind die von ihr anerkannten Methoden, wobei allerdings der Klassenkrieg gewöhnlich dem der Nationen vorgezogen wird. Innerhalb der vom Kommunismus beherrschten Staaten ist durch periodische gewalttätige Säuberungsaktionen die Zusammensetzung der regierenden Gruppe verändert worden, und fanatisch wird die Idee vertreten, daß es keine friedliche Entwicklung des Kommunismus gebe. Als die Kominform jüngst die kommunistische Partei Jugoslawiens anklagte, legte sie dieser Partei als schwersten Verstoß zur Last, daß sie glaube, es könne ein friedliches Verhältnis des Kommunismus zum Kapitalismus geben, bei dem der Kommunismus allmählich anwüchse. Dies, so wurde gesagt, war die Ketzerei Bukharins, der in der Säuberungsaktion des Jahres 1938 hingerichtet wurde. Nach der orthodoxen Lehre muß vielmehr der Konflikt sich „immer mehr verschärfen“.

Es ist unvermeidlich, daß der orthodoxe Kommunismus friedliche Regelungen zurückweisen muß, abgesehen von zeitweiligen Zweckmäßigkeitsmaßnahmen, da er die moralischen Voraussetzungen verwirft, die allein eine dauerhafte Friedensorganisation ermöglichen. Der Friede kann aber einzig und allein durch Einrichtungen gesichert werden, die das Sittengesetz zur Grundlage haben und die Würde der Person respektieren. Der Menscheng Geist wird sich stets und in alle Ewigkeit gegen Tyrannei und Despotie auflehnen, und daher werden die Diktatoren ihrerseits sich gezwungen sehen, Gewalt und Zwang anzuwenden.

### Das Problem des Kommunismus

Kommunistische Parteien beherrschen die Regierungen von sechzehn Ländern und durch sie beinahe ein Viertel der Bevölkerung der Erde. Ihre Führerschaft ist mit Dynamik geladen und ihre ehrgeizigen Pläne umspannen die Welt. Diese Tatsache allein macht im Augenblick eine universale, auf Recht gegründete Friedensorganisation unmöglich und stellt diejenigen vor ein schweres Problem, die den Frieden wollen.

Dieses Problem kann nicht dadurch gelöst werden, daß wir die Glaubenssätze aufgeben, die der kommunistischen Weltanschauung widersprechen; eine solche Preisgabe ist sittlich undenkbar und tatsächlich undurchführbar. Auch würde sie uns dem ersehnten Ziel nicht näher bringen, denn wir würden dann ja gerade diejenigen Grundsätze verleugnen, die allein den Frieden sichern können.

Das Problem kann aber auch nicht dadurch gelöst werden, daß wir versuchen, den Kommunismus mit Gewalt niederzuwerfen. Eine Gemeinschaftsaktion mag zu Zeiten gemäß der Verfassung der Vereinten Nationen zum Schutze der Rechte von Mitgliedstaaten oder Einzelpersonen erforderlich sein. Aber es

wäre verkehrt und töricht, Gewalt zu gebrauchen, um Menschen davon zu überzeugen, daß Gewalt nicht gebraucht werden darf.

### Der Weg zur Lösung

Es gibt einen Weg zur Lösung. Er setzt voraus, daß wir ein wenig Zeit haben, aber ich glaube, wir dürfen diese Voraussetzung machen. Die Lösung kann nur von Menschen sittlichen Glaubens durchgeführt werden, die mit großer Energie ihren Glauben in Taten umzusetzen bereit sind. Alle, die an das moralische Gesetz und an die Würde des Menschen glauben, müssen darauf bedacht sein, in immer wachsendem Maß die sozialen Einrichtungen mit ihren Idealen in Einklang zu bringen. Auf diese Weise können sie ein Beispiel geben, dem andere folgen werden, und so wird sich eine zur Einigkeit hinführende Entwicklung anbahnen.

Dies ist nicht bloß eine theoretische Möglichkeit, sondern eine praktische Wahrscheinlichkeit. Die Geschichte zeigt, daß die Menschen sich überall und immer von einem Bestreben angezogen fühlen, welches Idealismus und Realismus verbindet. Man denke zum Beispiel an die „christliche“ oder „westliche“ Kultur, die Jahrhunderte lang einen weltweiten Einfluß ausgeübt hat, der teils der Gewalt, jedoch in der Hauptsache dem zu verdanken war, daß die westlichen Völker darauf bedacht schienen, Einrichtungen zur Förderung der menschlichen Wohlfahrt zu schaffen. Aus diesem schöpferischen Bestreben erwuchs die günstige Gelegenheit, den Weltfrieden zu organisieren. Wenn diese Gelegenheit jetzt vorüber und die Welt infolge der kommunistischen Herausforderung gefährlich in sich gespalten ist, so liegt der Grund vor allem darin, daß selbst die guten Bemühungen des Westens nicht mehr der Ausdruck desselben hohen Glaubens zu sein scheinen. Arnold Toynbee sagt in seinem kürzlich erschienenen Buche „Zivilisation vor Gericht“, daß die westliche Kultur von ihrem geistigen Kapital gelebt hat. Wenn unser Tun nicht von unserem Glauben beschwingt ist, so verschwenden wir unser Vermögen, wie unsere Generation plötzlich zu ihrer Bestürzung erfahren hat. Ist erst einmal die Einheit von Glaube und Handeln zerstört, dann verliert selbst das beste Tun seine sittliche Bedeutung und erscheint als eine Äußerung bloßer Zweckmäßigkeit. Dann ist es wehrlos dem Angriffe derer ausgesetzt, deren anders geartetes Tun von starkem Glauben getragen ist. Heute verteidigen viele das System des Westens mit rein materialistischen Gründen, wie etwa, daß es Massenproduktion erzeugt habe. Solche Gründe sind unzulänglich; ein politisches oder soziales System wird sich nur durchsetzen, wenn die Menschen bewußt versuchen, ihr Verhalten mit dem Sittengesetz in Übereinstimmung zu bringen und die Entfaltung der menschlichen Freiheit und Grundrechte zu steigern.

Das Feld für eine solche schöpferische Tätigkeit ist sehr groß. Ich weiß, daß in meinem Vaterlande noch viel in dieser Hinsicht getan werden muß, und ich nehme an, daß dies in anderen Ländern nicht anders ist. Auf internationalem Gebiete hat viel in den Vereinten Nationen, ihren Hilfsorganisationen und -gruppen zu geschehen. Wenn sich viele Hände und Köpfe dieser Aufgabe widmen, so wird ihre Gesinnung ansteckend wirken und gute Früchte tragen, und diese Verbindung wird die Menschen zu der Einheit führen, die eine weltweite günstige Gelegenheit zu weiterem Schaffen bedeutet.

Wir leben nicht in einer Welt, in der „Alles oder Nichts“ eine gesunde Richtschnur des Handelns ist. Manche denken ihre Ideale theoretisch aus und sind enttäuscht, wenn sie nicht sofort in die Praxis umgesetzt werden. Es ist besser, mit der Arbeit zu beginnen, wo immer es etwas zu tun gibt, und auf den schöpferischen Geist und die guten Erfolge zu bauen, die ein neues Wirkungsfeld eröffnen. Die kommunistische Macht setzt gewiß heute dem, was auf dem internationalen Felde getan werden kann, Grenzen. Aber es ist eine Tatsache, daß wir noch lange nicht diese Grenzen erreicht haben. Wenn wir im Geiste universaler Brüderlichkeit tun, was im Augenblick getan werden kann, so dürfen wir gewiß sein, daß die gegenwärtigen Grenzen ständig zurückweichen werden. Sie können dem Einfluß der vereinigten Kräfte, die wir in Bewegung zu setzen im Stande sind, keinen Widerstand leisten.

Die Weltlage ist infolge einer scharfen Spaltung ernst. Auf der einen Seite stehen diejenigen, welche die Wohlfahrt der Massen zu fördern behaupten, jedoch die sittlichen Voraussetzungen ablehnen, die allein ihre Bemühungen friedlich und fruchtbar machen könnten. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, welche die für die Herbeiführung des Friedenszustandes notwendigen sittlichen Prämissen zwar anerkennen, aber scheinbar in ihrer Praxis einer materialistischen und geistig unfruchtbaren Routine verfallen sind. Dieser Zwiespalt wird aber allmählich an Schärfe verlieren, wenn die, welche an das Sittengesetz glauben, durch ihre Taten bekunden, daß ihre politische Praxis mit ihrem Glauben wirklich übereinstimmt.

#### **Notwendigkeit einer besseren kirchlichen Organisation**

Indem wir dieses Bild der Weltlage geben, steigt die christliche Verantwortung unausweichlich vor uns auf. Die sittlichen Prinzipien, die wir verwirklichen wollen, sind in allen großen Religionen vorhanden; aber wir Christen glauben, daß die sittliche Wahrheit (moral truth) sich auf einzige Weise in Jesus Christus offenbart hat. Das Christentum betont nicht nur die Beziehung des Menschen zu Gott, sondern auch die Beziehungen der Menschen zueinander. Daher haben die christlichen Kirchen eine besondere Verantwortung. Wenn sie ihr nicht Genüge tun, kann die politische Führerschaft kaum auf Erfolg hoffen.

Diese Schlußfolgerung muß zu praktischen Ergebnissen führen. Der christliche Einfluß ist erheblich und doch bis jetzt noch gänzlich unzureichend. Wenn die Christen auf internationalem Gebiet ihre ihnen klar vorgezeichnete Rolle spielen sollen, so müssen sie sich vereinigen. Vereint werden sie lähig sein, mit größerer Stoßkraft zu handeln. Sie sollten mehr Nachdruck auf das Christentum als Weltreligion legen und bedenken, daß Gott seinen Sohn gab, weil er die Welt und nicht bloß — den Westen liebte.

Aus diesem Grunde sind wir hier versammelt. Wir sind zusammeng gekommen, nicht bloß um uns an einem einzelnen Erlebnis zu begeistern, sondern um eine Weltorganisation zu schaffen, die in täglichem Wirken die Kraft des christlichen Geistes in Bewegung setzt, um die trennenden Mauern niederzureißen. — Dem dienend, der erhöht wurde, auf daß Er alle zu sich ziehe.

## Ein Bild des Generals Kurt von Schleicher

*Aus den Erfahrungen seiner Mitarbeiter dargestellt*

Für die nachfolgende Porträtskizze über General Kurt von Schleicher hat die Redaktion seinen langjährigen Mitarbeiter, Botschafter a. D. Eugen Ott, gebeten, der von 1923 bis 1933 im Stabe des Generals, zuletzt als Chef der früher von Schleicher selbst geführten Wehrmachtsabteilung tätig war. Bei den in der Skizze weiter genannten Mitarbeitern handelt es sich um Generalmajor a. D. Hans Henning von Holtzendorff als Mitarbeiter in Wirtschaftsfragen und Dr. Adolf von Carlowitz als Mitarbeiter in Fragen des Rechts und der politischen Verbände.

Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.

Die Wiederkehr des Tages, an dem der ehemalige Reichskanzler von Schleicher mit seiner Frau vor 25 Jahren ermordet worden ist, verbietet es, das Für und Wider vieler Wertungen polemisch zu erörtern. Es soll versucht werden, ein Bild des Soldaten von Schleicher, des Politikers und des Menschen so zu zeichnen, wie seine Mitarbeiter ihn vom ersten Weltkrieg bis zum Todestag persönlich erlebt haben.

### Im ersten Weltkrieg

Wer in den Jahren 1914—15 in Charleville die Oberste Heeresleitung aufzusuchen hatte, konnte dort einen Hauptmann von Schleicher antreffen, ein kleines Rädchen im großen Getriebe des Hauptquartiers. Er war nach außen kaum bekannt, aber wer mit einem Anliegen zu ihm kam, lernte seinen hilfsbereiten Rat und seine Tatkraft schätzen.

Nach kurzer Dienstleistung an der Ostfront zum Generalquartiermeister zurückgerufen, schuf sich Schleicher als Bearbeiter der Angelegenheiten der besetzten Gebiete in kurzer Zeit eine Sonderstellung, indem er drei Wege beschränkte, die seine gesamte Laufbahn kennzeichnen:

Dem schnell erfaßten Schwerpunkt der Lage paßte er seine Maßnahmen ohne Vorurteil und Schema an.

Er zog sich einen kleinen Stab von Fachleuten der Wirtschaft und Verwaltung zu Mitarbeitern heran.

Er schlug durch persönliche Kontakte die Brücken, wo eine Vielzahl von bearbeitenden Stellen des Zusammenhaltes ermangelten.

Wie erfindertisch und verantwortungsbewußt er gegen die Gefahren der Ernährungslage mit ihrem außerordentlichen Gewicht für die Kriegsführung ankämpfte, mögen zwei Beispiele erhellen:

Als im Winter 1917/18 die Ernährungslage der Verbündeten (mit Ausnahme Rumäniens) und der besetzten Gebiete einer Katastrophe zutrieb, hatten die Minister und Staatssekretäre für Ernährungsfragen in dramatischen Verhandlungen in Berlin keine Lösung gefunden. Binnen einer Viertelstunde fand sie Schleicher in einer Sonderberatung mit drei maßgebenden Vertretern von Österreich, Bulgarien und der Türkei. Man einigte sich darauf, den bisherigen Zahlenschlüssel der Verteilung aufzugeben und jeweils den Verbündeten bevorzugt zu beliefern, der den dringendsten Bedarf nachweisen konnte. Die Lösung wurde sofort angenommen und beendete die Konferenz erfolgreich.

Kurz vor Beginn der Ernte 1918 drohte Wien eine Hungersnot, weil die Lieferungen aus Ungarn unzureichend waren. Im Westen stand die „große Schlacht“ in Frankreich auf ihrem Höhepunkt. Die Futtermittelversorgung der Pferde aller Waffengattungen hing von der Maisszufuhr aus Rumänien ab, die auf der Donau an Wien vorbei nach bayerischen Häfen lief. Der Anteil Österreichs war bereits verausgabt. Da stellte Schleicher dem ihm befreundeten Generalstabs-offizier des Generalintendanten des Feldheeres bei einer Tasse Kaffee die Frage: „Wenn jetzt aus höherer Gewalt die Maisschlepper aus Rumänien einige Tage ausfallen, bricht dann die Front zusammen?“

Die Antwort lautete: „Sie bricht nicht zusammen, gerät aber in große Schwierigkeiten.“

Darauf Schleicher: „Das genügt mir. Ich werde die Schlepper auf meine Verantwortung in Wien der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Es ist mir klar, daß weder der Generalintendant noch der Leiter des Kriegsernährungsamtes zustimmen können. Deshalb frage ich nicht und werde den Krach mit beiden Stellen auf mich nehmen.“

Der Krach entlud sich, aber die Front überstand die Tage und die Verpflegung Wiens kam wieder in Gang.

So hatte Schleicher im Hauptquartier von bescheidener Dienststellung aus seine Urteilskraft, die besondere Gabe der Menschenbehandlung und eine hohe Verantwortungsfreude bewiesen. Mit diesen Eigenschaften trat er in ein neues Arbeitsfeld ein, als General Gröner die Nachfolge Ludendorffs übernehmen mußte.

### Der Kampf gegen das Chaos

General Gröner setzte sich zum ersten Ziel, den Krieg sofort und noch möglichst günstig zu liquidieren. Da die innere Politik dabei in den Vordergrund treten mußte, schuf er sich unter radikaler Vereinfachung der Obersten Heeresleitung eine kleine politische Abteilung von drei Offizieren unter der Leitung des ihm von früherer Zusammenarbeit wohl bekannten Majors von Schleicher.

Damit begann die Dopelaufgabe Schleichers als Soldat und Politiker, die sein ganzes weiteres Leben erfüllte. Trotz eines starken Gefühls für Tradition in

Staat und Wehrmacht und trotz persönlicher freundschaftlicher Beziehungen zum Kronprinzen aus seiner Pagenzeit — die er bis zum Tode aufrecht erhielt — trat die Staatsform gegenüber dem Reichsgedanken für Schleicher in den Hintergrund. Hier traf er sich mit Gröner; während für viele Offiziere die Monarchie eine Weltanschauung war, hielt er sie für eine gute Staatsform, die aber durch die politische Entwicklung und die Person des letzten Kaisers unhaltbar geworden war.

Zuerst galt es, Gröners neue notwendige Politik bei den jungen Generalstabsoffizieren gegen erbitterten Widerstand durchzusetzen. Eine starke Gruppe betrachtete die Waffenstillstandsbedingungen und die innerpolitische Entwicklung als unerträglich und forderte die Bildung von Offizierskompanien, um einen Partisanenkrieg in den Argonnen fortzuführen. Gestützt auf Gröners Erfahrungen aus der Ukraine über die Mißerfolge der „weißen Armeen“ in Rußland beschwor Schleicher die jungen Offiziere, sich in der Truppe durchzusetzen, sich auf keinen Fall von Unteroffizieren und Mannschaften zu trennen und sie nicht ins Chaos zu stürzen. Er siegte nach leidenschaftlichem Ringen, die Offiziere beugten sich der bitteren Notwendigkeit, und unter der Autorität Hindenburgs, der sich den neuen Machthabern nicht verweigert hatte, kehrte das Feldheer ohne chaotischen Zerfall in voller Ordnung in die Heimat zurück.

Als die Kämpfe gegen die Spartakisten in Berlin die Schwäche der inneren Lage und der Stellung der Volksbeauftragten erwiesen hatten, stellte sich die Heeresleitung als die nächste Aufgabe, die Regierung nach Möglichkeit gegen einen radikalen Umsturz zu sichern.

Die heimgeführten Truppenteile drängten zur Entlassung und waren unter dem Einfluß der Soldatenräte kaum mehr geeignet, gegen Teile des eigenen Volkes im Notfall mit der Waffe eingesetzt zu werden. In dieser Lage schlug Schleicher in vollkommener Übereinstimmung mit General Gröner vor, neue Verbände aus Freiwilligen aufzustellen, auf die angesichts ihres freiwilligen Entschlusses Verlaß sein könnte. Ebert, der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, nahm den Vorschlag an und sicherte den Bestand des Reiches in den schweren Geburtswehen der Republik. Aus diesem persönlichen Zusammenwirken Eberts mit dem Major von Schleicher entwickelte sich ein echtes Vertrauensverhältnis, von beiden Seiten in den Notzeiten des Winters 1923/24 voll bewährt.

Als sich der Reichspräsident im Oktober 1923, in der Lebensgefahr der jungen Republik, zum militärischen Ausnahmezustand entschlossen und die vollziehende Gewalt General von Seeckt übertragen hatte, wurde Major von Schleicher mit der zentralen Leitung des Ausnahmezustandes im Reichswehrministerium beauftragt. Er griff die Fülle dieser auf alle deutschen Länder ausgedehnten Aufgaben mit dem Grundsatz an, den er seinen drei Mitarbeitern einprägte, in die Tätigkeit der Zivilbehörden nur im äußersten Notfall einzugreifen, und erwirkte einen Erlaß des Generals von Seeckt, der die Wehrmacht zur pfleglichen Behandlung der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft anwies. Durch die Anregung und Schaffung produktiver Maßnahmen wie Wärmehallen, Gemeinschaftsküchen, Transporthilfen zur Aufrechterhaltung der Kohlen- und Stromversorgung trug die Truppe im ganzen Reichsgebiet zur Wiederherstellung der Ruhe bei.

Die Sonderstellung der Reichswehr endete mit zwei Ereignissen sichtbaren gegenseitigen Vertrauens, wenn auch verschiedenen politischen Gewichts:

General von Seeckt gab im März 1924 die ihm übertragene Vollmacht an den Reichspräsidenten zurück und widerstand dem Drängen rechtsstehender Kreise nach einer Militärdiktatur.

Kurz darauf folgte der Reichspräsident einer Einladung in das Reichswehrministerium, hörte den Vortrag eines Mitarbeiters Schleichers über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichswehr im Ausnahmezustand, sprach seine hohe Befriedigung aus und verbrachte einen langen Abend im aufgeschlossenen Kreis der Offiziere. Bei beiden Ereignissen hatten Schleichers Anregung und Vermittlung eine wesentliche Rolle gespielt.

Als der Tod dem Wirken des Reichspräsidenten ein allzu frühes Ende gesetzt hatte, war es Schleichers Vorschlag, dem Toten noch einmal den Dank der Reichswehr zu bezeugen. In allen Standorten, die der Zug mit der Leiche auf dem Weg nach Heidelberg berührte, erwies eine Ehrenwache auf dem Bahnsteig den letzten Gruß.

### Der Aufbau der Reichswehr

In den folgenden Jahren diente Schleicher in enger Zusammenarbeit mit dem Reichswehrminister Gessler drei Hauptaufgaben:

- Die Reichswehr von jeder Parteipolitik freizuhalten,
- ihr das Vertrauen des ganzen Volkes zu gewinnen
- und ihren Ausbau zu einem wirksamen Instrument der Notwehr an den Ostgrenzen des Reiches zu fördern und abzuschürmen.

In diesen drei Aufgaben verbirgt sich eine Arbeitsfülle, deren tägliche schnellste Bewältigung den Mitarbeitern immer wieder fast unbegreiflich war, da Schleicher außerdem ein Freund des Morgenritts war und ausgedehnte gesellschaftliche Beziehungen pflegte. Schon die Aufzählung in Stichworten mag eine Vorstellung geben: fortlaufender Ausbau der Bestimmungen über die Fernhaltung von der Parteipolitik, Klärung jedes angeblichen Verstoßes zur Abmüdung oder Richtigstellung unzutreffender Angriffe, laufende politische Unterweisung der Offiziere im Ministerium und durch „Wanderprediger“ in der Truppe und bei den Schulen des Offiziersnachwuchses. Hauptthemen dieser Unterweisung waren die Treue zur Demokratie und Verfassung, die vorurteilslose Einstellung zum deutschen Arbeiter und die Wahrung der Unabhängigkeit gegenüber allen Wehrverbänden. Der Vortrag eines Mitarbeiters über die „latente Wehrbereitschaft“ der Arbeiter, die sich im Weltkrieg eindrucksvoll bewährt habe, führte zur Beschwerde eines Kommandeurs, da die Haltung der Sozialdemokratie gegen die Reichswehr ein durchaus gegenteiliges Bild ergäbe. Die Beschwerde wurde trotz der tatsächlichen Mißtrauensbeweise abgewiesen, da die Stellung der Reichswehr zu dem auf dem Boden der Verfassung stehenden deutschen Menschen sich nicht durch parteipolitische Kundgebungen beeinflussen lassen dürfe.

Trotz aller sichtbaren Bemühungen und Erfolge in der Erziehung der Reichswehr zum rein überparteilichen Instrument des Staates, standen Führung und Truppe ständig im Kreuzfeuer politischer Angriffe pazifistischer Fanatiker und radikaler Demagogen. In dem Werk „Otto Cessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit“ setzt sich der Reichswehrminister auf das schärfste mit seinen Hauptwidersachern, den „doktrinär verblendeten Fanatikern und bezahlten Lumpen“, auseinander und erklärte es „für eine der bedenklichsten Schwächen des Weimarer Systems, daß es aus seiner liberalen Ideologie heraus jene großstädtischen Sumpfpflanzen nicht mit Stumpf und Stil ausgerottet hat. Es wäre meines Erachtens nachgerade im Interesse eines gesunden Pazifismus, einer echten deutsch-französischen Verständigung geboten gewesen“. Der Kampf gegen diesen Sumpf gehörte zu Schleichers peinlichsten Aufgaben und führte seine Mitarbeiter oftmals als Gutachter vor das Reichsgericht, wenn der Oberreichsanwalt Anklage wegen Landesverrates erhoben hatte.

Ein besonderes Ziel der Hetze war die sogenannte geheime deutsche Ausrüstung. Sie wurde mit Billigung der Reichsregierung mit dem Ziel in Angriff genommen, Notwehrkräfte zu schaffen, die in der Lage wären, Ostpreußen und Oberschlesien gegen etwaige Gewaltstrieche der Polen oder Tschechoslowaken hinhaltend zu verteidigen, um Zeit für ein etwaiges wirksames Eingreifen des Völkerbundes zu gewinnen. Die innenpolitisch wesentlichste Maßnahme war die Vorbereitung eines Grenzschutzes aus Freiwilligen längs der Grenze gegen Polen und die Tschechoslowakei. Bei der großen Ausdehnung dieser Grenzen verdünnte sich der höchsterreichbare Grenzschutz dermaßen, daß ein Kilometer mit etwa zwölf Verteidigern zu besetzen war. Eine angriffsweise Verwendung dieser Notwehrverbände war ausgeschlossen.

Bei einem Kriegsspiel über die Verteidigungslage der Ostgrenze regte die Operationsabteilung ein politisches Vorspiel an. Das Auswärtige Amt besetzte die Posten des deutschen und polnischen Außenministers und ließ durch einen erfahrenen Fachmann der Völkerbundpraxis die voraussichtliche Haltung des Völkerbundes gegenüber den Berichten und Noten der beiden Außenminister darstellen. Die Abteilung Schleicher vertrat die militärischen Maßnahmen auf innerpolitischem Gebiet. Es ergab sich die große Wahrscheinlichkeit, daß vom Völkerbund in einer Spannungszeit kein Eingreifen zu erwarten war, das einen Angreifer rechtzeitig abschrecken könne, daß Deutschland also auf die eigene Notwehr angewiesen war.

Ein weiteres Ergebnis war die zutage getretene bereitwillige und wertvolle Zusammenarbeit der Soldaten und der Außenpolitiker. Schleicher bemühte sich, sie weiterhin für die Erziehung der Offiziere zu verwerten und vereinbarte mit dem Auswärtigen Amt einen Gedankenaustausch zwischen dessen jungen Attachés und den Führergehilfen der Reichswehr, die in Berlin zur Ausbildung zusammengedogen waren. An diesen Gastabenden der Reichswehr nahm er selbst oder durch seine Mitarbeiter teil.

Bei der Vorbereitung dieser Notwehrmaßnahmen fiel Schleicher die Aufgabe zu, die preußische Zivilverwaltung und die Bevölkerung überparteilich zur Mitwirkung zu gewinnen und das Geschehen gegen den Vorwurf des Landesverrats abzuschirmen. Es war ihm besonders daran gelegen, daß diese nationalen Maßnahmen vom preußischen Innenminister und den Oberpräsidenten



Kurt von Schleicher  
als Reichskanzler  
im Jahre 1932

(Zu sehen Bildarchiv)

Kurt von Schleicher als  
Reichswehrminister. Von  
links nach rechts: Genera-  
l-oberst Kurt von Ham-  
merstein, Chef der Heeres-  
leitung, General Kurt von  
Schleicher, Oberst Oskar  
von Hindenburg, Rittmei-  
ster von der Schulenburg,  
Reichspräsident General-  
leutnant Adolf Paul von  
Hindenburg.

(Zu dem Beitrag auf S. 366)

Ulster - Heibel - Offizier





Röhm und Himmler beim Be-  
gräbnis von SS-Gruppenführer  
Seidel-Dittmarschen  
Ende Februar 1934

Ulrich Zittelhans



Röhm und Papen  
(Zu unserem Beitrag auf S. 372)

Richard Strohmeier Verlag

unterstützt würden und daß eine große Zahl Freiwilliger auch aus den Reihen des Reichsbanners neben den sich drängenden Freiwilligen aus Rechtskreisen eine überparteiliche Struktur des Grenzschutzes ermöglichen sollte. Trotz eines gewissen Abkommens mit dem preußischen Innenministerium stießen die zu den Oberpräsidenten entsandten Mitarbeiter meist auf entschiedenen Widerstand und auch die Führung des Reichsbanners versagte sich zum größten Teil. Der schwere Nachteil dieser Haltung sollte sich 1932 zeigen.

Die Maßnahmen waren als Umgehung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrags innerpolitischen Angriffen ausgesetzt. Es war eine schwierige Aufgabe, solche Angriffe wegen Vertragsbruchs durch eine öffentliche Darstellung der Notwehrlage oder auf gerichtlichem Wege abzuwehren, und die Gutachter Schleichers gerieten bei Verratsprozessen vor dem Reichsgericht vielfach in Aussagenkonflikte. Der vom Reichsgericht schließlich formulierte Grundsatz „die Notwehr ist ein unverzichtbares Lebensrecht der Nation“ erleichterte die Lage und wirkte sich in einer stärkeren Abschreckung aus.

### Das Ringen um die Staatsautorität

Während in der Ära Gessler die Entwicklung der Reichswehr zum zuverlässigen Machtinstrument des Staates im Vordergrund gestanden und trotz aller Hemmnisse von außen und innen stetig fortgeschritten war, änderte sich das Bild seit 1929. Das Gewicht dieses Staatsinstrumentes wurde in Anspruch genommen.

Ein „Hirtenbrief“ des neuen Reichswehrministers Gröner vom Januar 1930, in dem sich Ideen und Stil des Ministers und seines „Wahlsohnes“ Schleicher vollkommen zusammengefunden haben, zeichnet ein plastisches Bild: „Nach einer kurzen Spanne ruhiger Entwicklung steht die deutsche Republik heute wieder in schwerstem Schicksalskampfe . . . Die wirtschaftliche Not zeigt uns grell die unlösbare Verflechtung unserer Wirtschaft mit den wirtschaftlichen Kräften der anderen Völker. Im Inneren stehen sich . . . die Interessen von Reich und Ländern, Parteien, Verbänden und Klassen hart und scheinbar unversöhnlich gegenüber.“

In dieser Zeit schwersten Ringens treten die Kräfte wieder auf den Plan, die glauben, nur in radikaler Abkehr sei der Weg in die Zukunft zu finden. Materielle Not und ideelle Enttäuschung werben in gleicher Weise für sie. Die Kommunisten glauben die Zeit näher gerückt, wo sie den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft umstürzen können . . . auch das Ziel der Nationalsozialisten — so unklar es auch ausgesprochen wird — liegt in derselben Richtung . . . die Nationalsozialisten wie die Kommunisten wollen die Zertrümmerung des Bestehenden mit allen Mitteln der Gewalt . . .

Fern von diesen Extremen hat die Reichswehr ihren Weg zu suchen . . . Sie weiß, daß ihre Haltung in der Stunde der Gefahr das Schicksal des Volkes entscheiden wird . . . In allen Notzeiten eines Volkes gibt es einen unerschütterlichen Felsen im stürmischen Meer: die Staatsidee. Die Wehrmacht ist ihr notwendiger und sinnfälliger Ausdruck.

In der einigen, geschlossenen, überparteilichen Reichswehr findet das Reich sein schärfstes und vornehmstes Machtmittel."

Einer der unmittelbaren Anlässe zu diesem Hirtenbrief war ein Fall der Zersetzung der Reichswehr durch Nationalsozialisten. Drei Reichswehroffiziere, Scheringer, Ludin und Wendt, hatten sich als Werber für eine nationalsozialistische Propagandaorganisation gewinnen lassen, die innerhalb der Reichswehr dahin wirken sollte, daß diese im Falle eines Nationalsozialistischen Gewaltstreichs dem Befehl zum Einsatz keine Folge leistet.

Der Prozeß wurde zu einer großangelegten Propaganda der NSDAP, die nachweisen wollte, daß sie nur legal arbeite und keinen Umsturz plane. Schleicher ließ durch seinen Mitarbeiter als Sachverständigen des Reichswehrministeriums die heftigen Angriffe der Angeklagten gegen die Reichswehrführung in schärfster Weise im Sinne des obigen Briefes Gröners zurückweisen. Auch im Reichstag führte der Prozeß zu langanhaltenden persönlichsten Angriffen, wobei zum Beispiel die deutschnationale Volkspartei Hugenburgs die Leipziger Verurteilung als ein schweres Fehlurteil erklärte und ankündigte, sie werde die Begnadigung und Rehabilitierung der verurteilten Ulmer Offiziere mit allen verfügbaren Mitteln betreiben.

Im Gegensatz zur Schärfe der Worte stand die Schwäche der Taten. Der Reichstag war nach den Wahlen vom September 1930 mit dem Einzug von 107 Nationalsozialisten und einer Zersplitterung der bürgerlichen Mitte praktisch arbeitsunfähig geworden. Die Reichsregierung wurde zur „tolerierten Präsidialregierung" und führte das Reich mit Ausnahmeverordnungen. Die Weltwirtschaftskrise erschütterte Deutschland in allen Schichten, die Arbeitslosenzahl stieg bis Ende 1931 auf 5½ Millionen.

In dieser Notlage schloß sich Gröner mit Schleicher, den er seinen „Kardinal in politicis" nannte, noch enger zum gemeinsamen Wirken für die Staatsautorität auf dem Boden der Verfassung zusammen. Der Weg aus den chaotischen Wirren sollte über drei Stufen führen, zu denen sich Schleicher vor seinen Mitarbeitern immer wieder bekannte:

1. Die Stärkung der Staatsautorität
2. Die Sanierung der Wirtschaft
3. Die Außenpolitik, die er in friedlicher Verständigung in erster Linie mit Frankreich anstrebte.

Wenn in dieser Zeit das politische Gewicht der Wehrmacht und der Einfluß des Reichswehrministers und Schleichers ständig wuchsen, so lag es an der Tatsache, daß die Reichswehr das einzige zuverlässige Machtmittel des Staates darstellte, und Gröner und Schleicher gegenseitig und zum Reichspräsidenten von Hindenburg im engsten Vertrauensverhältnis standen.

Die Zeit schwirrte von Plänen zur Umgestaltung der Verfassung, die dem Präsidenten stärkere und stabilere Machtbefugnisse verleihen und den lähmenden Dualismus Reich—Preußen beseitigen sollten. Um die Führung des für Verfassungsfragen zuständigen Reichsinnenministeriums und des Reichswehrministeriums unter einem Mann seines Vertrauens zu vereinigen, beauftragte Hindenburg auf Schleichers dringenden Vorschlag Gröner 1931 auch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsinnenministers.

## Die Politik gegenüber dem Nationalsozialismus

Zur dringendsten Frage für die Stärkung der Staatsautorität wurde das zukünftige Verhalten der Regierung gegenüber der Sturmflut des Nationalsozialismus. Mit seinen Kampfansagen gegen die Wirtschaftsdepression, die Arbeitslosigkeit und den Druck des Versailler Vertrags übte Hitler eine gefährliche Wirkung auf die Massen und auf eine Reihe hervorragender Männer aus (bei der Reichstagswahl im September 1930 schwoll die Partei von 10 auf 107 Sitze im Reichstag, im Juli 1932 auf 220 an).

Ein erschütterndes Beispiel dafür bot sogar der damalige Oberst Beck, der zunächst hohe Erwartungen auf die Bewegung, auf ihre Kraft zur Schaffung der inneren Ordnung und einer neuen Wehrkraft setzte. Er verurteilte in vertraulichem Gespräch mit einem Mitarbeiter Schleichers in schärfster Form dessen Politik der Niederhaltung der NSDAP. Derselbe der höchsten Achtung würdige Offizier, der die grundlegenden Vorschriften für die Ausbildung geschaffen hatte, lehnte später als Chef des Generalstabs Hitlers Einmarschpläne in die Tschechoslowakei als unverantwortlich ab, trat von seiner Stellung zurück, faßte die Widerstandskräfte gegen Hitler zusammen und wählte nach dem Mißlingen des Attentats den Freitod.

General von Schleicher erbat und erhielt zunächst die Genehmigung des Reichspräsidenten und Reichswehrministers zu einer ersten persönlichen Fühlung mit Hitler 1931 und äußerte als ersten Eindruck: „Ein interessanter Mann mit überragenden Rednergaben. In seinen Plänen versteigt er sich in höhere Regionen. Man muß ihn dann am Rockzipfel auf den Boden der Tatsachen herunterziehen.“ Drei Jahre später, im Februar 1934, zog Schleicher die Bilanz aus seiner Politik gegenüber Hitler: „Ich habe geglaubt, des Nationalsozialismus auf parlamentarischem Wege Herr zu werden. Das wurde unmöglich. Es waren Revolutionäre, die nur mit Gewalt zu bekämpfen waren. Dazu fehlten mir die Kräfte.“

Zwischen diesen beiden Aussprüchen liegt Schleichers tragisches Scheitern am Nationalsozialismus beschlossen.

Er erstrebte seit der ersten Fühlung die Eingliederung der Bewegung in die Reichsregierung mit dem doppelten Ziel, ihre nationale Anziehungskraft nutzbar zu machen, ihre Demagogie durch die Mitverantwortung an der Staatsarbeit allmählich zum Schweigen zu bringen. Diese Zählung hielt er für unbedingt notwendig und für durchführbar, ging einen bitteren Weg dafür bis zum Bruch mit seinem väterlichen Freund Gröner und über den Rücktritt der Kanzler Brüning und von Papen und übernahm widerstrebend das Amt des Reichswehrministers und schließlich des Reichskanzlers, um das Reich vor der Sturmflut retten zu helfen.

Aus dem Kaleidoskop der Ereignisse hatten seinen Mitarbeitern drei besonders im Gedächtnis:

### 1. Die Kriegsspielstudie über den militärischen Ausnahmezustand.

Hinter den zahlreichen Notverordnungen, mit denen das Kabinett Brüning auf Grund des Artikels 48 RV regierte, stand stets die Möglichkeit eines mili-

tärischen Ausnahmezustandes als des einzigen Machtmittels, um einen Widerstand gegen die Notverordnung zu brechen.

Seit der Schaffung der Republik von Weimar hatte der Reichspräsident den militärischen Ausnahmezustand zweimal mit Erfolg verordnet, im Jahre 1923, gestützt auf die starke Mehrheit des Reichstags, 1932 für das beschränkte Gebiet Berlin-Brandenburg. Im ersten Fall kam es zu kurzem Waffeneinsatz gegen kommunistische Aufständische, im zweiten Fall erhob sich kein Widerstand. Seit 1930 war ein ähnlicher Verlauf fraglich geworden: Mit der Radikalisierung der Opposition von links und rechts und ihrer Wehrorganisationen, mit den ständigen blutigen Zusammenstößen im Reichsgebiet wuchs die Wahrscheinlichkeit eines Waffeneinsatzes gegen große Teile des Volkes.

Der Leiter der Wehrmächtsabteilung des Reichswehrministeriums, der für die technische Durchführung eines militärischen Ausnahmezustandes verantwortlich war, sah sich verpflichtet, nachzuprüfen, welche Maßnahmen notfalls erforderlich und möglich würden, und erbat vom Minister von Schleicher die Genehmigung, diese Fragen in einer kriegsspielartigen Studie zu klären. Der Minister war überrascht und zweifelte zunächst an der Durchführbarkeit einer solchen Studie, erklärte sich aber nach näherem Vortrag des Planes einverstanden.

In dreitägiger Studie wurde unter Mitwirkung der Vertreter aller Staatseinrichtungen, die am Ausnahmezustand mitzuwirken hatten, in einer Art von Bildern die Lage durchgespielt, die in den wichtigsten Gebieten des Reiches bei einem Ausnahmezustand gegen Nationalsozialisten und Kommunisten voraussichtlich entstehen würde.

In Ostpreußen mußte nach dem Vorgang von Wilna damit gerechnet werden, daß radikale polnische Kräfte die deutsche Notlage zum Angriff auszunützen versuchten. Die Truppe war also vor eine doppelte Aufgabe gestellt: den Schutz der Grenzen gegen Polen und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Vom Reichsgebiet konnte sie mit keiner Kräftezufuhr rechnen, vom vorbereitenden Grenzschutz (12 Mann je Kilometer!) nur zu einem geringen Bruchteil. Er setzte sich angesichts der erwähnten Zurückhaltung des Reichsbanners fast ausschließlich aus Nationalsozialisten zusammen, die bei einem Ausnahmezustand gegen die Partei ausfallen mußten. Hinzu kam, daß die Truppe selbst in dem abgeschiedenen, außenpolitisch ständig bedrohten Ostpreußen dem nationalsozialistischen Einfluß am wenigsten hatte entzogen werden können. Sie hatte also nach den beiden Fronten nur ganz unzulängliche Kräfte verfügbar und wurde einer schweren Belastung der Disziplin ausgesetzt.

Im Gebiet von Hamburg drohte ein Generalstreik im Hafengebiet den lebenswichtigsten Handelsplatz des Reiches zu lähmen. Die Hauptlast der Gegenwehr fiel auf die Technische Nothilfe, deren Leiter sich außer Stande erklärte, weil die Ausrüstung veraltet war und die technischen Helfer überwiegend der Partei angehörten und damals ausfielen.

Für die Licht- und Kraftversorgung von Großberlin ergab sich das gleiche Bild. Sie wurde durch den Generalstreik in Golpa und Bitterfeld stillgelegt. Deren Belegschaft und die zuständige Technische Nothilfe bestanden ebenfalls überwiegend aus Nationalsozialisten.

Im Rhein-Ruhrgebiet war mit drei Auswirkungen zu rechnen, der Stilllegung des Bergbaus und der Industrie, der Einstellung der Rheinschifffahrt und dem Aufleben separatistischer Strömungen. Der Einsatz der Truppe war dort in jedem Fall verboten, als Ordnungsmacht stand nur die Landespolizei zur Verfügung, die nach den bei Unruhen gemachten Erfahrungen zu schwach und gegen den kommunistischen Terror nicht mit Sicherheit einzusetzen war.

In den übrigen Reichsgebieten stellten sich ähnliche Schwierigkeiten heraus.

So schloß die Studie mit den Ergebnissen, daß der Anlauf eines militärischen Ausnahmezustandes für alle Gebiete sorgfältig vorbereitet war, die Machtmittel des Reiches und der Länder aber überall unzulänglich bleiben mußten, um die Ordnung gegen Nationalsozialisten und Kommunisten aufrecht zu erhalten und die Ostgrenzen zu schützen.

Der Minister war tief betroffen, als ihm der Leiter der Studien diese Ergebnisse vortrug und es als seine Pflicht erklärte, die Zuflucht der Reichsregierung zu einem militärischen Ausnahmezustand zu verhindern. In gleicher Weise meldete ihm anschließend der älteste Vertreter der Divisionsstäbe.

Als der Reichskanzler von Papen am 2. Dezember, nachdem er mit neuer Regierungsbildung beauftragt war, dem Kabinett den Kampf gegen die NSDAP als die einzige Lösung in Aussicht stellte, erhob Schleicher im Sinne der Studie seine Einwände und ließ auf Verlangen des Kanzlers ihre Ergebnisse im einzelnen durch seinen Mitarbeiter vortragen. Weit aus die meisten Minister stimmten dieser Beurteilung zu und eine neue Regierung von Papen kam nicht zustande.

## 2. Schleichers Appell an Hitler in Weimar.

Am 1. Dezember 1932 entsandte Minister von Schleicher den Chef der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums nach Weimar, um Hitler zum Eintritt der Partei in ein etwaiges Kabinett von Schleicher aufzufordern. Hitler war auf der Reise nach Berlin zu einer vereinbarten Rücksprache mit dem Minister von seiner Umgebung veranlaßt worden, in Weimar Halt zu machen, und stellte sich dort für einen Unterhändler zur Verfügung, weil man nach dem kürzlichen ergebnislosen Empfang bei dem Reichspräsidenten besorgt war, daß eine zweite erfolglose Fahrt nach Berlin würde propagandistisch ausgeschlachtet werden können.

Sleichers Angebot lautete auf die Vizekanzlerschaft für Hitler und eine der Parteistärke entsprechende Anzahl von Ministern, er forderte die Zusammenarbeit der Partei mit seiner etwaigen Kanzlerschaft, zu der er bereit wäre unter Beibehalt des Reichswehrministeriums, um mit dem stärksten legalen Machtmittel des Reiches in der Hand die letzte Möglichkeit zur Festigung der inneren und sozialen Ordnung auf dem Boden der Verfassung zu schaffen.

Hitler lehnte in langatmigen Ausführungen die Unterordnung unter einen Kanzler ab, die ihn nach seinen Worten „verhindern würde, seine eigenen

Pläne durchzuführen", und warnte Schleicher vor einer aussichtslosen Kanzlerschaft. Der Unterhändler forderte hierauf wenigstens die Tolerierung durch die Partei und warnte vor einer Opposition, die im Fall des erneuten Zusammenwirkens mit den Kommunisten, wie es eben im gemeinsamen Elektrizitätsstreik in Berlin geschehen war, auf die Maschinengewehre der Reichswehr stoßen werde. Hitler lehnte erregt erneut ab und bewegte sich in verschwommenen Regionen eines besessenen Sendungsglaubens.

Im Anschluß lud Göring, der Zeuge des Gesprächs, den Unterhändler zu einem Essen unter vier Augen ein und schwächte die Absage Hitlers ab, die wohl nicht sein letztes Wort bedeuten würde, falls Schleicher zu gewissen Zusagen bereit wäre. Als solche nannte er ausschließlich für seine Person die Posten des Preussischen Ministerpräsidenten und eines Luftfahrtministers und verlangte „die Straße frei gegen den Marxismus“. Er erklärte dazu, wer eine Tolerierung durch den Stillstand der Partei erwarte, verkenne das Wesen einer Bewegung. Sie müsse in Marsch bleiben, wenn nicht nach vorwärts zur vollen Macht, dann nach der Seite zum Angriff gegen den Marxismus. Der Unterhändler wies diese Ausführungen scharf zurück und stellte nachdrücklich fest, es sei vollkommen ausgeschlossen, daß die Reichswehr den Boden der Verfassung verlasse.

Minister von Schleicher billigte diese Haltung des Unterhändlers und vertrat auch seinerseits den Standpunkt, daß er eine Verletzung der Verfassung und ein Vorgehen gegen die NSDAP unter keinen Umständen zulassen würde. Er erblickte in den persönlichen Ansprüchen Görings ein Zeichen seiner Sorge, daß Hitlers Starrheit die Chancen für seine Gefolgsleute verderben könnte, und sah die Möglichkeit eines schließlichen Verzichts der Partei auf ihre verfassungsfeindlichen Forderungen und auf den Machtanspruch Hitlers. In der gleichen Nacht erhielt er die Zusage Görings zur sofortigen Besprechung in Berlin, durch die die Vereinbarung mit der Partei, das Kabinett von Schleicher zu tolerieren, eingeleitet worden ist.

### 3. Die Neujahrs-Kritik am Reichskanzler.

Der alte Mitarbeiterkreis des Ministers machte sich im Laufe des Dezembers 1932 wachsende Sorgen darüber, daß der Kanzler mit seinen Plänen einer Gewerkschaftsfront, über die er mit dem Gewerkschaftsführer Leipart und Gregor Strasser, dem Wirtschaftsexperten der NSDAP, verhandelt hatte, offenbar nicht vorwärts kam und trotz einer Vielfalt undurchsichtiger Verhandlungen keine tragfähige Unterstützung durch das Parlament hatte.

Mit dem Neujahrsglückwunsch überreichte der Chef der Wehrmachtsabteilung dem Kanzler eine Niederschrift der Sorgen und kritischen Beobachtungen über seine Kanzlerschaft. Schleicher gab sie nach einigen Tagen zurück, dankte für die offene Meinungsäußerung seiner Vertrauten, die in vielem recht hätten, aber ein entscheidendes Hemmnis nicht kannten, daß er sich nicht mehr auf das Vertrauen des Reichspräsidenten von Hindenburg stützen könne.

Ein letztes eindrucksvolles Zeugnis für den Menschen Schleicher, der für jedes offene freie Wort jederzeit zugänglich und dankbar war. So steht der General von Schleicher vor den Augen seiner Mitarbeiter als ein guter Kamerad männlichen und warmen Herzens, das er nicht selten sarkastisch verbarg, als ein unermüdlicher Wanderer zu dem Ziel einer stark geführten, sozial geordneten, zur Notwehr fähigen deutschen Republik.

Es war ein harter Weg vom großen Hauptquartier des ersten Weltkrieges zur Sicherung der neuen Volksregierung, zur Erziehung der Reichswehr über alle Parteipolitik, zum Ringen um eine handlungsfähige Reichsführung und zum heißen, rücksichtslosen, in letzter Tragik vergeblichen Bemühen, die Sturmflut Hitlers zu bändigen, bevor sie das Reich und Volk überschwemmte.

Sein Weg hat ihn in zwanzig Jahren steil bergauf geführt, vom Hauptmann zum Reichskanzler. Er hat ihn nicht ehrgeizig geplant, sondern sich widerstrebend zum Reichswehrminister entschlossen und erst dann zum Reichskanzler, um eine Notzeit zu überbrücken, nachdem er sich vergeblich um führende Männer der Verwaltung für diese Stellung bemüht hatte. Beim Glückwunsch seines Soldatenkreises zum Reichskanzler antwortete er mit dem Ausspruch des Römers Cincinnatus: „Ich kehre an meinen Pflug zurück, sobald die Not gemeistert ist.“ Seine Scheu entsprang dem Bewußtsein, daß ihm das Auftreten und die Redegabe versagt waren, um auf die Massen des Volkes überzeugend zu wirken. Als er seinen ersten Mitarbeiter mit dem Gruß des todbereiten Kämpfers entgegnete „Moriturus et salutatus“, war es das Wissen um einen schweren Opfergang, weit entfernt von dem Triumph, ein zäh verfolgtes Ziel erreicht zu haben.

In der Stille seines Ruhesitzes am kleinen Wannsee begleitete er die Entwicklung des Dritten Reiches mit scharfer Kritik, die bei seinem Freimut der Äußerungen wohl nicht immer auf den Kreis enger Vertrauter beschränkt blieb. Als ihn im Februar 1934 sein nach Japan versetzter Mitarbeiter zu einem langen Aufenthalt dorthin einlud, der ihn aus der Gefahrenzone entfernen sollte, lehnte er es ab, ein „Emigrant“ zu werden, und erklärte beruhigend, er werde sich in Wort und Tat keiner Gefahr aussetzen, die Zeit zum Handeln sei noch lange nicht gekommen. Vier Monate später ist er von Mörderhand gefallen.

Hitler hat den Toten vor dem Reichstag als Hochverräter verleumdet. Im Gegensatz dazu hat der Verein der Angehörigen des ehemaligen Generalstabs in schriftlicher Erklärung über den Tod der Generale von Schleicher und von Bredow festgestellt, daß die persönliche Ehre dieser Offiziere nicht berührt worden ist, was der Vorsitzende, Generalfeldmarschall von Mackensen, mit den Worten ergänzte: „Unsere Kameraden sind ohne Verletzung ihrer Ehre auf einem Schlachtfeld gefallen, auf das sie ihr Geschick geführt hat.“ Bei aller Vorsicht der Formulierung, die durch die Zeitumstände erzwungen war, ist die Erklärung ein mutiger Schritt der Ehrenrettung der Toten. Sie entspricht der Überzeugung der überlebenden Mitarbeiter.

Wir haben Schleicher unter den schwersten Belastungsproben der Umstürze erlebt, die den Charakter eines Mannes enthüllen.

## Der „Röhm-Putsch“

*Ein Rückblick auf die Juni-Ereignisse vor 25 Jahren*

Verschiedene Ereignisse während des Dritten Reiches bergen für uns noch immer eine ganze Reihe Rätsel. Was wissen wir zum Beispiel von dem verhängnisvollen Wirken des französischen Botschafters François-Poncet in den Jahren 1932/33<sup>1)</sup>, eine merkwürdige Mischung von Zynismus, Arroganz und politischer Instinkttlosigkeit? Auch die zwielfältige und intrigante Rolle Franz von Papens, in gewissem Sinne die deutsche Taschenausgabe des Franzosen, ist noch lange nicht aufgeklärt. Was wurde — beispielsweise — am 4. Januar 1933 im Hause des Bankiers von Schröder in Köln wirklich besprochen? Erörterte man nicht bestimmte Fragen, über die sich dann die beiden Überlebenden des Gesprächs auch bei den Vernehmungen vor dem IMT in Nürnberg ausschwiegen?<sup>2)</sup> Ferner: was wurde am 22. Januar im Hause des unglückseligen Ribbentrop besprochen<sup>3)</sup> und inwieweit war Franz von Papen bei den „Putsch“-Gerüchten in der Nacht vom 29. zum 30. Januar, die bekanntlich die letzten Widerstände gegen die Reichskanzlerschaft Hitlers hinwegspülten, beteiligt?<sup>4)</sup> Und schließlich: welche Rolle spielte Papen bei den „Putsch“-Gerüchten, die die Mordorgie vom 30. Juni 1934 auslösten?

### Papen und der 30. Juni 1934

Es mag merkwürdig klingen, Franz von Papen, von dem bei diesem organisierten Massenmord auch zwei seiner intimsten politischen Freunde mit umgebracht wurden, in Beziehung zum sogenannten „Röhm-Putsch“ zu bringen. Dennoch spricht vieles dafür. Selbstverständlich hatte er, nominell noch immer „Vizekanzler“ im Kabinett Hitler, an den Aktionen selber nicht den geringsten Anteil, doch bei den psychologischen Vorbereitungen wirkte Franz von Papen weitgehend mit. Dabei darf man ohne weiteres voraussetzen, daß er das Gegenteil von dem bezweckte, was dann eintrat. Aber er hatte sein Leben lang „eine unglückliche Hand“, wie sein ehemaliger Mentor und Freund Kurt von Schleicher leider zu spät erkannte.<sup>5)</sup> So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch bei dieser Gelegenheit alles anders auswirkte, als der Herrenreiter Papen es vorausberechnen hatte, falls er sich überhaupt jemals vorher Gedanken über die Auswirkungen seiner politischen „Husarenritte“ gemacht haben sollte.

<sup>1)</sup> André François-Poncet, *Von Versailles bis Potsdam*, Mainz 1949;

André François-Poncet, *Als Botschafter in Berlin*, Mainz 1947.

<sup>2)</sup> Protokolle IMT; Allan Bullock, *Hitler*, Düsseldorf 1953, S. 241/242; Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht*, Düsseldorf 1954, S. 293.

<sup>3)</sup> Bullock, S. 244; Wheeler-Bennett, S. 299.

<sup>4)</sup> Dazu: Ewald v. Kleist-Schmenzin, *Die letzte Möglichkeit. Zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933*, Politische Studien, Heft 106, Februar 1959, S. 89 ff.

<sup>5)</sup> Privatinformation, Meißner/Wilde, *Die Machtergreifung*, Stuttgart 1958.

Wenn Papen in seinem Buch „Der Wahrheit eine Gasse“<sup>6)</sup> sein mehr als zwielichtiges Verhalten beim „Anschluß“ Österreichs im März 1938 nachträglich mit einem Zitat von Talleyrand zu rechtfertigen versucht, so wird ihm offensichtlich gar nicht bewußt, wie blamabel das ist.<sup>7)</sup> War es etwa sein geheimster Wunsch, der deutsche Talleyrand zu sein? Wir hätten uns nur wünschen können, es wäre so gewesen! Doch in Wirklichkeit war Papen immer nur Hitlers Steigbügelhalter und Briefträger oder, um mit Goethes Mephisto abgewandelt zu sprechen, „ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft“.

Man kann die Ereignisse, die zum „Röhm-Putsch“ führten, der nicht zu Unrecht und nicht nur in übertragenem Sinne als die „Deutsche Bartholomäusnacht“ bezeichnet wird, nicht von den Ereignissen lösen, die Monate vorher liegen. Die Wurzeln dieses organisierten Massenmordes reichen weit zurück, genau genommen bis zum August 1933. Ob sie in ursächlichem Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen stehen, die hier als Ausgangspunkt der Betrachtungen über den „Röhm-Putsch“ dienen, ist (noch) nicht sicher nachweisbar, doch sprechen viele Indizien dafür.

### Hitlers mißglückter Angriff auf den Turm der Reichswehr

Die beiden verhängnisvollen Notverordnungen vom 28. Februar 1933 hatten Hitler die totale Macht zugespielt. Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 war nur die gesetzliche Verankerung der tatsächlichen Verhältnisse, nach denen Hitler bereits drei Wochen lang regierte. In schneller Reihenfolge war dann die „Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ gefolgt. Man hatte Reichsstälthalter eingesetzt, die Gewerkschaften „gleichgeschaltet“, die Parteien aufgelöst und die ersten Maßnahmen gegen die Kirchen getroffen. Am 6. Juli 1933 hatte Hitler dann die nationalsozialistische Revolution „für beendet“ erklärt, mit anderen Worten: die politischen Gegner waren in seinen Augen alle niedergeworfen worden. Der einzige Turm in der deutschen politischen Landschaft, auf dem noch nicht die nationalsozialistische Flagge wehte, war die Reichswehr, deren Offizierskorps sich außerordentlich zurückhaltend verhielt. Einige der höchsten Generale standen sogar im Geruch, offene Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung zu sein.

Hitler war sehr daran gelegen, auf die Wehrmachtsführung entscheidenden Einfluß zu gewinnen, doch der Chef der Heeresleitung, General Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, war ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus. Er hatte das Hitler schon bei der sogenannten „Machtübernahme“ am 30. Januar 1933 sehr deutlich fühlen lassen.<sup>8)</sup> Hammerstein zählte auch zum Freundeskreis des letzten Reichskanzlers Kurt von Schleicher. An Hammersteins Stelle wollte Hitler nun den Chef des Ministeramtes, Oberst Walter von Reichenau, setzen, ein Offizier, der sich eindeutig zum Nationalsozialismus bekannt hatte, eindeutiger noch als sein unmittelbarer Vorgesetzter, der „Gummilöwe“ und „Jasager“ Reichswehrminister General von Blomberg. Zwar war Reichenau nur

<sup>6)</sup> Paul List-Verlag, München 1952.

<sup>7)</sup> Papen, S. 490.

<sup>8)</sup> Kunrat von Hammerstein, Zur Vorgeschichte der Machtergreifung 1933, Frankfurter Heft, Januar 1956, Meissner-Wilke, S. 188 u. 197.

Oberst, aber diesen kleinen Schönheitsfehler konnte man mit der Beförderung zum Generalmajor außer der Reihe reparieren. (Er wurde es tatsächlich am 1. 2. 1934 und verunglückte als Generalfeldmarschall am 17. 1. 1942 tödlich.)

Doch die Nominierung eines Chefs der Heeresleitung war nicht Angelegenheit der Reichsregierung, sondern des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Der alte Herr dachte aber gar nicht daran, Reichenau zum Chef der Heeresleitung zu ernennen. Wenn Hitler seinen Willen durchsetzen wollte, so mußte er zuerst den Widerstand des Reichspräsidenten brechen.

Jeder kann nur so denken, wie er selber handelt und fühlt. Bei seinen Parteimännern hatte Hitler die Erfahrung gemacht, daß ihre Zustimmung mit Titeln, Orden, Ämtern und sonstigen Vergünstigungen zu erkaufen war. Seiner Meinung nach mußte das auch bei Hindenburg möglich sein. Da sich die Schenkung des Familiengutes Neudeck schon recht günstig ausgewirkt hatte, lag die Idee nahe, dasselbe noch einmal zu probieren. Für diesen Zweck mußte das Land Preußen den an Neudeck angrenzenden 5000 ha großen „Preußenwald“ hergeben.

Da man nicht allzu lange zuwarten wollte, nahm man den 19. (1) Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg zum Anlaß, im Rahmen einer großaufgezogenen „Erinnerungsfeier“ im achteckigen Hof des Tannenberg-Denkmalts die Schenkungsurkunde zu überreichen. Göring als preußischer Ministerpräsident übergab die kunstvoll in Leder gebundene Urkunde und anschließend erklärte Hitler, die deutsche Reichsregierung habe die Steuerfreiheit dieses Besitzes verfügt, solange die Familie Hindenburg im Mannesstamm existiere.<sup>9)</sup>

Hitler dürfte überrascht gewesen sein, daß sich der alte Reichspräsident trotz dieser Schenkung seinen Wünschen verschloß, an Stelle von Hammerstein den Obersten von Reichenau zum Chef der Heeresleitung zu ernennen. Als Hammerstein am 1. Februar zurücktrat, ernannte Hindenburg den General der Artillerie Freiherr Werner von Fritsch zu dessen Nachfolger.

### Der „Friedensvertrag“ zwischen Reichswehr und SA

Der neue Chef der Heeresleitung war bei weitem nicht ein so prononcierter Gegner des Nationalsozialismus wie sein Vorgänger, aber er war ebenfalls bestrebt, das Heer von nationalsozialistischen Einflüssen möglichst freizuhalten. In diesem Sinne ist auch der Vertrag zu werten, den er am 28. Februar 1934, also genau vier Wochen nach seiner Amtsübernahme, mit dem Stabschef der SA, Ernst Röhm, schloß.

Bekanntlich hatte sich der ehemalige königlich-bayerische Hauptmann a. D., Röhm, Hoffnungen gemacht, einmal Reichswehrminister zu werden oder die Führung der Truppe zu übernehmen. Zumindest aber wollte er „seine“ SA, die er innerhalb weniger Jahre aufgebaut hatte, eine organisatorische Leistung erster Ordnung, in die Reichswehr überführen. Bei vier Millionen SA-Männern gegenüber hunderttausend Berufssoldaten wäre das einer Aushöhlung der Reichswehr gleichgekommen. (Röhm: „Der graue Fels muß in der braunen Flut untergehen.“)

<sup>9)</sup> Das Dritte Reich, Bd. 1933, Berlin o. J., S. 343.

Fritsch, der diese Ambitionen kannte, traf sich im Jagdhaus des berühmten Werner von Alvensleben, einem guten Bekannten Papens, mit Stabschef Röhm. Bei dieser Gelegenheit handelte man ein Abkommen aus.<sup>10)</sup> Die vormilitärische Ausbildung sollte Sache der SA sein und ebenso sollte „im Auftrag und unter der Dienstaufsicht der Reichswehr“ die SA die aus der Armee zu entlassenden Soldaten, d. h. diejenigen, die ihre zwölf Jahre Dienst absolviert hatten, aufnehmen. Andererseits sollte die SA-Führung auf die Reichswehr keinerlei Einfluß haben, Röhm erkannte die Hunderttausend-Mann-Armee ausdrücklich als alleinigen Waffenträger des Reiches an.

Setzen wir voraus, Reichenau wäre Chef der Heeresleitung geworden, so wäre diese Abmachung für die SA natürlich erheblich positiver ausgefallen. Daß Fritsch der Verhandlungspartner der Reichswehr war, läßt die Bedeutung der Entscheidung Hindenburgs voll erkennen.

Warum Fritsch dieses Abkommen traf, können wir nur vermuten. Wahrscheinlich ging er von der Überlegung aus, daß die Signatarmächte des Versailler Vertrages früher oder später der von Deutschland geforderten „Aufstockung“ der Reichswehr auf zweihundert- oder sogar dreihunderttausend Mann zustimmen würden. Inoffiziell hatte man diese Zusage bereits den Reichskanzlern vor Hitler gemacht. Diese verstärkte Armee von Berufssoldaten sollte dann durch eine Miliz ergänzt werden. Wie die Verhältnisse nun einmal lagen, war diese Miliz ohne Mitwirkung der SA nur schwer aufzustellen. Der Vertrag zwischen Röhm und Fritsch war also ein politisch kluger Schachzug, denn er gewährte etwas, was man später aller Voraussicht nach doch geben mußte, nur ohne Gegenleistung von Seiten der SA.

Zur Unterzeichnung des zwischen Fritsch und Röhm ausgehandelten „Vertrages“ im Reichswehrministerium am Tirpitz-Ufer wurde auch Hitler eingeladen. Er sollte in seiner Rede den „Friedensschluß“ zwischen Armee und SA gebührend hervorheben. Nun dient aber eine Milizarmee immer nur der Verteidigung. Hitler dagegen hatte ganz andere Pläne. Er wollte eine Angriffsarmee aufbauen. Deswegen war ihm das Abkommen, gegen das er aus allen möglichen Gründen nicht offen vorgehen konnte, alles andere als willkommen.<sup>11)</sup>

Doch der entscheidende Grund, warum Hitler gegen dieses über seinen Kopf hinweg und ohne seine Mitwirkung geschlossene Abkommen ablehnte und das er deshalb in seiner Rede nur sehr gedämpft „begrüßte“, dürfte nicht einmal die rein militärische Überlegung gewesen sein. Schließlich konnte man die Bildung einer Miliz auch als „Zwischenlösung“ betrachten, der dann zur gegebenen Zeit, etwa in ein oder zwei Jahren, die allgemeine Wehrpflicht folgte, wie es dann tatsächlich auch der Fall war. Vielmehr dürfte den „Führer“ die Tatsache beunruhigt haben, daß sich SA und Wehrmacht verständigt hatten. Dem immer mißtrauischen Hitler war das zweifelsohne gar nicht recht, denn hier bildete sich eine Phalanx heraus, die einmal gefährlich werden konnte. Die Reichswehr kontrollierte er noch nicht und die SA hatte sich in den vergangenen Jahren keinesfalls immer gefügig gezeigt. Bei allen möglichen Gelegenheiten hatte dieser wüste Haufen seinen eigenen Willen bekundet — bis

<sup>10)</sup> Papen, S. 358.

<sup>11)</sup> Privatinformation und Der Spiegel Nr. 20/57.

zur offenen Rebellion. Natürlich wußte Hitler, daß er ohne die SA niemals zur Macht gekommen wäre, aber gerade das beunruhigte ihn. Womöglich hoben sie morgen einen anderen auf den Schild, Arm in Arm mit der Reichswehr? Hier mußte also „etwas“ geschehen!

Es ist nicht bekannt, ob alle Gäste der Vertragsunterzeichnung zwischen Reichswehr und SA die drohenden Untertöne in Hitlers Ansprache verstanden. „Es ist mein fester Entschluß, das deutsche Heer der Zukunft wird ein motorisiertes sein.“ Noch deutlicher wurde er bei dem Satz: „Wer mir bei dieser meiner historischen Aufgabe der Wehrhaftmachung der Deutschen Nation in den Arm fällt, den werde ich zerschlagen!“ Wie dem auch sei, Röhm hörte die Drohung heraus.

Die Atmosphäre bei dem anschließenden Frühstück im Gebäude des Berliner Stabsquartiers der SA, zu dem man auch die Generalität eingeladen hatte, war eisig. Weite Kreise der SA waren mit der Abmachung, die Röhm getroffen hatte, gar nicht einverstanden, aber noch mehr ärgerte man sich über die Rede Hitlers. Die Herren von der Reichswehr verabschiedeten sich bald und nun ging es los. Wohl mehr um seine Leute zu beruhigen, als zu opponieren, belaferte Röhm: „Was der idiotische Gefreite erzählt hat, geht uns gar nichts an! Adolf muß mindestens auf Urlaub gehen. Wir machen so weiter wie bisher!“ Am Ende der wüsten Zecherei erklärte Röhm noch: „Mir kann gar nichts passieren. Wenn man mich anfaßt, dann marschieren Hunderttausende los.“

Dennoch wäre es falsch, in diesen Worten die Ankündigung und den Willen zu einer Rebellion gegen Hitler zu sehen. Daran dachte Röhm sicher nicht. Wenn er den Plan hatte — woran nicht zu zweifeln ist — die „deutsche Revolution“ weiterzutreiben, dann nicht gegen, sondern mit Hitler. Röhm war ein Polterer, aber kein Meuterer gegen seinen „Führer“, er wollte gegen das „Spießertum“ rebellieren, wie er immer wieder erklärte, aber nicht gegen Hitler vorgehen. Schlimmstenfalls sollte der „Führer“ von der SA „vorwärts-gestoßen“ werden.<sup>12)</sup>

Der SA-Obergruppenführer Lutze von Hannover konnte zwischen „poltern“ und „meutern“ nicht unterscheiden, Außerdem war er ehrgeizig. Anderentags teilte er dem Chef des Ministeramtes, Generalmajor von Reichenau, brühwarm mit, was auf dem Frühstück für ketzerische Redensarten gefallen waren und was für Bezeichnungen seine alkoholisierten Kameraden für den „Führer und Reichskanzler“ gehabt hätten: „Primadonna“, „Idiot“, „größenwahnsinnig“, „der Adolf spinnt“.

### Himmler und Heydrich schüren das Feuer

Doch an dem Frühstück im Stabsquartier hatten auch SS-Führer teilgenommen. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler unterstand zu diesem Zeitpunkt noch dem Stabschef der SA, Ernst Röhm. Verbindungsmänner sollten für „gute Beziehungen“ zwischen diesen beiden paramilitärischen Organisationen der nationalsozialistischen Bewegung sorgen. Die rechte Hand des Reichsführers SS Himmler, Gruppenführer Heydrich, spürte mit seinem sechsten Sinn für kommende Entwicklungen, daß sich etwas anbahnte, und er war bereit, seinen

<sup>12)</sup> Privatinformation Reichsleiter Max Amann f.

Teil dazu beizutragen, daß sich das glimmende Feuer des Unmuts gegen die SA zur offenen Flamme entwickelte. An einem solchen Feuer konnte er dann sein eigenes Stüppdien kochen.

Die Rechnung ging schneller auf, als Heydrich vorausgesehen haben dürfte. Hitler, der vor seiner Februar-Rede im Reichswehrministerium sicher kaum daran gedacht hatte, gegen die SA-Führung vorzugehen, mußte sich jetzt nach Helfern umsehen. Der „Führer“ erinnerte sich, daß Hauptmann Röhm „sittlich“ nicht „einwandfrei“ war. Zwar wußte Hitler nachweislich schon seit 1919, daß Röhm von Frauen nicht viel hielt, und 1930, als er den Stabschef aus Bolivien zurückholte, war das absolut kein Hinderungsgrund gewesen, auch nicht bei der Abfassung des herzlichen Dankbriefes zum Jahresbeginn 1934 — aber die Zeiten ändern sich. Was gestern noch eine „Eigenheit“ war, wuchs sich über Nacht zur unerträglichen Schweinerei aus. Hitler gab den Befehl, „Material“ zu sammeln, und nach Lage der Dinge kam dafür nur die SS, also Heydrich, Spezialist für derartige Aufgaben, in Frage.<sup>13)</sup>

Er machte sich sofort an die Arbeit. In den Panzerschränken der SS in der Prinz-Albrecht-Straße wuchsen sich die Dossiers mit intimsten Details zu dickleibigen Bänden aus. Angereichert mit gefälschten Unterlagen, daß sich die SA nicht an die Abmachungen vom 28. 2. halte, bombardierte Heydrich damit nicht nur die Reichskanzlei, sondern in kluger Berechnung auch die Reichswehrführung direkt. So wies bereits Anfang März ein Schreiben des SS-Sicherheitsdienstes an Blomberg darauf hin, daß Stabschef Röhm den Befehl gegeben habe, die Stabswache jeder Obergruppe und Gruppe mit einer schweren Maschinengewehrkompanie zu verstärken. Das stimmte, nur lag dieser Befehl vor dem „Vertragsabschluß“, war also nicht neu.

Ende Mai oder Anfang Juni wurde der SS-Sturmabführer Eicke, Kommandant des berüchtigten Konzentrationslagers Dachau, beauftragt, eine „Reichsliste aller unerwünschten Personen“ aufzustellen. Zu gleicher Zeit veranstaltete die Münchener SS-Führung „Planspiele“ gegen die Münchener SA-Führung, die in einer Villa hinter dem Braunen Haus ihren Sitz hatte. Himmler und Heydrich überarbeiten dann persönlich die „Reichsliste“, die ihnen Eicke aufgestellt hatte und ergänzten sie mit einer Reihe Namen. Es ist nicht sicher erwiesen, aber in höchstem Grade wahrscheinlich, daß bei diesen „Ergänzungen“ auch Namen eingesetzt wurden, die völlig außerhalb des Dreiecks-Machtkampfes SA—SS—Reichswehr standen und aus rein persönlichen Gründen beseitigt werden sollten, beispielsweise: Pater Stempfle, Kurt von Schleicher, General von Brodow, Gregor Strasser und eine Reihe katholischer Persönlichkeiten aus dem Kreise Papen und schließlich Papen selber.<sup>14)</sup>

### Der neue Prügelknabe: die SA

Die Frontstellung hatte sich sozusagen über Nacht geändert. Der Prügelknabe war nicht mehr die „Reaktion“ und damit die sie „beschützende“ NSDAP mit der „Primadonna“ Adolf Hitler an der Spitze, sondern die SA-Führung. Gegen sie intrigierte plötzlich alles: die SS, Hitler und die hinter ihm stehende

<sup>13)</sup> Privatinformation Rudolf Diels ?

<sup>14)</sup> Prozeß gegen Sepp Dietrich vor dem Schwurgericht in München, Mai 1937.

Partei, die Reichswehr und nicht zuletzt die konservativen Kreise um Papen. Nur Goebbels hielt sich noch zurück. Er hatte sich auf Röhm festgelegt.

Papen dürfte die ersten Minen gegen Röhm bereits während seines Osterbesuches 1934 in Rom gelegt haben. Wohl kaum zufällig war er in der königlichen Oper dem Duce des faschistischen Italiens begegnet, Benito Mussolini. Er wurde in die Loge des Regierungschefs gebeten und bei dem sich entwickelnden Gespräch handelte er bekanntlich die Reise Hitlers nach Venedig aus.<sup>16)</sup> Wie nun Bullock<sup>16)</sup> und Wheeler-Bennett<sup>17)</sup> bezeugen, gab Mussolini seinem nordischen Gast bei dessen Staatsbesuch in der Lagunenstadt Anfang Juni 1934 den Rat, sich einiger „extremistischer“ Personen zu entledigen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Papen derjenige war, der Mussolini darauf aufmerksam machte, daß Röhm bei allen möglichen Gelegenheiten recht verächtlich über die Italiener gesprochen hatte. Hinzu kam, daß der Stabschef und zahlreiche andere SA-Führer im Ausland im denkbar schlechtesten Ruf standen. Die von dem Kommunisten Otto Katz erfundene Behauptung, der Reichstagsbrandstifter Marinus van der Lubbe sei eine „Kreatur Röhm's" gewesen, sogar sein „Lustknabe“, war zum eisernen Bestand der Propaganda gegen das Dritte Reich geworden.<sup>18)</sup>

Die grauenhaften Mißhandlungen dagegen, die sich bestimmte SA-Führer hatten zuschulden kommen lassen, wurden mehr nebenbei erwähnt und in der Hauptsache der „Gestapo“ zugeschoben — ein historischer Irrtum. (Erst nach dem 30. Juni wurde die „Gestapo“ zur Geißel des deutschen Volkes.) In Wahrheit war der Stabschef — was ihn kaum entschuldigt! — der „gemäßigste“ unter den SA-Führern und die gegen ihn erhobenen „sittlichen“ Vorwürfe waren stark aufgebauscht (Diels: „... ins Maßlose übertrieben ... ich habe keine ‚Lustknaben‘ um ihn bemerken können ...“)<sup>19)</sup> Selbst in der „Gretchenfrage“ jedes Nationalsozialisten: seiner Einstellung zum Judenproblem, äußerte Röhm erstaunlich „milde“ Ansichten. „Rasse, das ist doch Mist“, erklärte er. „Wer garantiert mir denn, daß in den Kirchenbüchern alles richtig notiert ist!“ In der Frage der Monarchie war er Anhänger einer Restauration der Wittelsbacher und Hohenzollern. Einem Revanchekrieg stand er ablehnend gegenüber, wie aus seinen Miliz-Plänen leicht zu erkennen ist. Als ehemaliger Generalstabshauptmann kannte er den Kampfwert einer Milizarmee gegenüber einer vollmotorisierten stehenden Armee sehr genau. In gewissem Sinne ähnelte der Stabschef dem letzten deutschen Kaiser, Wilhelm II., der auch mehr polterte als kriegerisch gestimmt war und soziale Reformen durchführen wollte, um einer sozialistischen Revolution die Spitze abzubrechen.

### Die „Deutsche Bartholomäusnacht“

Die Dinge waren Mitte Juni bis zur Reife gediehen. Hitler, erst kurz vorher von Mussolini belehrt, war auf Röhm äußerst böse: die SS hatte die Reichswehrrführung mit gefälschten oder aufgebauchten Nachrichten gefüttert und

<sup>13)</sup> Papen, S. 372.

<sup>14)</sup> S. 295.

<sup>15)</sup> S. 340.

<sup>16)</sup> Roodboek, Van der Lubbe en de Rijksdagbrand, Amsterdam o. J.

<sup>17)</sup> Rudolf Diels, Lucifer ante Portas, Stuttgart 1950, S. 122.

Papen war bei den diplomatischen Kreisen in Berlin mit der Nachricht einer bevorstehenden „Reinigung“ hausieren gegangen. Es lag etwas „in der Luft“. Papen war entschlossen, den zündenden Funken springen zu lassen. Von dem Rechtsanwalt Dr. Edgar Jung hatte er sich dazu eine Rede aufsetzen lassen, die er dann am 17. Juni in der Universität Marburg hielt.<sup>20)</sup> Darin warnte er vor einer zweiten Revolution. Jedermann in Deutschland wie auch im Ausland wußte, wer und was damit gemeint war. Alle Gemäßigten stimmten Papen begeistert zu und er wollte sicher auch nur das Gute . . .

Goebbels verbot die Verbreitung der Rede. Der klumpfüßige „Mephisto der deutschen Revolution“, wie ihn Gregor Strasser einmal bezeichnet hatte, wußte zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher, wer siegen würde, Hitler oder Röhm. Erst einige Tage später, als feststand, wer sich behaupten mußte, schwenkte er nach bewährtem Muster um. Die Mitwisser seines Doppelspiels ließ er auf die „Abschlußliste“ setzen: den Wirt, den Schankkellner und einen Kellner vom ‚Bratwurstglöckl am Dom‘ in München, die zufällig Zeugen der Gespräche von Goebbels mit Röhm geworden waren.<sup>21)</sup>

Hitler war sich der Gefährlichkeit eines Schlags gegen die SA-Führung genau bewußt. Immerhin standen hinter dem Stabschef vier Millionen Männer, von denen einige Hunderttausende zu allem entschlossen waren. Der „Führer und Reichskanzler“ zögerte bis zum letzten, den Startschuß zu geben, denn er wußte, was für ihn auf dem Spiele stand. Inzwischen waren die Vorbereitungen sowohl auf Seiten der SS wie auf Seiten der Reichswehr weitergelaufen. Aber nicht Hitler, sondern Göring war die treibende Kraft gewesen — und natürlich Himmler und der hinter ihm stehende Heydrich. Aber der, der in der Nacht vom 29. zum 30. Juni seinen Führer zum Losschlagen ermunterte, war Göring.

Tags zuvor hatte dieser zusammen mit Hitler der Prunkhochzeit von Gauleiter Terboven in Essen beigewohnt. Anschließend war Göring nach Berlin geflogen und von dort kam sozusagen der „Startschuß“. Hitler setzte sich mitten in der Nacht in sein Flugzeug und landete in den frühen Morgenstunden des 30. Juni in München. Dort ließ er die ersten SA-Führer verhaften. Dann fuhr er nach Bad Wiessee am Tegernsee hinaus, wohin Röhm seine Unterführer zu einer Tagung eingeladen hatte. Auch Hitler sollte daran teilnehmen. Doch die Vorgänge im Hotel „Hanselbauer“ brauchen hier wohl nicht beschrieben zu werden, sie sind allgemein bekannt. Bemerkenswert ist nur, daß bereits zwei Stunden nach Hitlers Landung auf dem Oberwiesenfeld bei München die SA ihrer Führung beraubt war. Fast alle Gruppenführer saßen zusammen mit ihrem Stabsleiter in Haft.

Erst nachdem Hitler merkte, daß keine einzige SA-Einheit auf die Straße ging, nicht einmal in München, dem Sitz der obersten Führung, denn Röhm hatte für den Fall seiner Ausschaltung keinerlei Vorsorge getroffen, begannen die Erschießungen: in München am späten Nachmittag des 30. Juni, in Berlin etwa um dieselbe Zeit. Der ehemalige Reichskanzler General Kurt von Schleicher dagegen wie auch sein Mitarbeiter General von Bredow, der Vorgänger Reichenaus als Chef des Ministeramtes, wurden einige Stunden früher ermordet, ebenso der Pater Stempfle und eine Reihe von Persönlichkeiten, die

<sup>20)</sup> Papen, S. 346 f.

<sup>21)</sup> Otto Straßer, Die deutsche Bartholomäusnacht, Zürich 1935, S. 89/90.

nicht der SA angehörten. Röhm selber ermordete man erst am 1. Juli gegen 18 Uhr in seiner Zelle im Gefängnis Stadelheim. Im ganzen fielen mindestens zweihundert, aber in keinem Falle mehr als dreihundert Personen der „Deutschen Bartholomäusnacht“ zum Opfer.

### Mord ist „rechtens“

Die ungeheurere Bedeutung des 30. Juni für die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse im Dritten Reich kann gar nicht überschätzt werden. Das Reichskabinett erklärte die Massenmorde und Hinrichtungen ohne gesetzliche Untersuchung, ohne Gerichtsverhandlung und ohne richterliches Urteil für „rechtens“. Kein einziger Reichsminister protestierte oder stellte sein Amt zur Verfügung! Auch die Reichswehr nahm die Ermordung zweier Generäle im Grunde genommen widerspruchlos hin. Alles Dinge, die in Hitlers Denken tiefe Spuren hinterließen: Das also konnte er sich ungestraft leisten!

Die SA war über Nacht sozusagen „entmannt“ worden. Aus einem „Kampfbund“ war ein „Verein“ geworden. Das war an sich begrüßenswert, denn was sich eine ganze Reihe SA-Führer geleistet hatten, überstieg alle Vorstellungen und unterschied sich in nichts mehr von bolschewistischen Vorbildern. Aber der Beelzebub SA war mit dem Teufel SS ausgetrieben worden, denn an Stelle der SA war die SS getreten, an Stelle des verhältnismäßig „milden“ und logischen Erwägungen zugänglichen Ernst Röhm der geistig beschränkte Heinrich Himmler, hinter dem der diabolische und äußerst kluge Reinhard Heydrich stand. Die „Gestapo“, die 1933 gegründet worden war, um die zahlreichen Übergriffe von regionalen SA-Führern zu unterbinden, übernahm die SS. Was die „Gestapo“ dann unter Himmler wurde, ist bekannt.

Papen, der nur mit knapper Not seiner Ermordung entging, hat, als er gegen die SA und Stabschef Röhm Stellung nahm, diese Entwicklung sicher nicht vorausgesehen. Man kann ihm das kaum zum Vorwurf machen, denn auch andere dürften nicht erkannt haben, wohin der Karren rollte. Außerdem wissen wir nicht, wie die Entwicklung gelaufen wäre ohne den 30. Juni! Papens Schuld liegt also nicht darin, geholfen zu haben, daß es zur „Deutschen Bartholomäusnacht“ kam, sondern 1933 entscheidend geholfen zu haben, daß Hitler die Macht übernehmen konnte. Dafür wird ihn die Geschichte schuldig sprechen! Und dafür, daß er diesem System weiterdient! Schon am 26. Juli 1933 nahm er ein neues Amt ein: er ging als Sonderbotschafter Hitlers nach Wien, und wiederum 1939, ein Jahr nach der Ermordung seines Sekretärs Wilhelm von Ketteler während des „Anschlusses“, nach Ankara. Nicht einmal das ihm ehrenhalber verliehene „Goldene Parteiabzeichen“ gab er zurück...

Wenn man im Zusammenhang mit dem 30. Juni von einem Vorwurf sprechen kann, dann nur, daß Papen gegen etwas anging, ohne sich Gedanken zu machen, was sich daraus entwickeln wird. Solche Überlegung hat der Herrenreiter Franz von Papen nie angestellt! Die Geschichte des 30. Juni weist noch viele Lücken auf. Die Schilderung, die hier von den Begleitumständen gegeben wurde, kann deshalb auch nicht mehr als ein Diskussionsbeitrag sein. Doch eines verdient festgehalten zu werden: nicht nur die schon oft dargestellten Vorgänge vor und unmittelbar nach dem 30. Juni sind interessant, sondern auch die „politische Landschaft“, in der sie sich abspielten.



Lawrentij Pawinowitsch Berija,  
von 1938 - 1953 Chef des Polizei-  
apparates der UdSSR



Bilder auf dieser Seite: KeyStone

Das Präsidium des Obersten Sowjet während des Parteitagess 1952: Am Rednerpult  
G. M. Malenkow; 1. Reihe von links nach rechts: Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Woros-  
schilow, Chruschtschow, Berija, Bulganin. (Zu unserem Beitrag auf S. 383)

## Finis Germaniae!

(Zum Zwischenruf auf Seite 38!)



Heinrich Kölsch / Copyright München Merano

Die SPD-Delegation: „Richtig hast du verstanden, großer Nikita — nicht aus Byzanz, aus Westdeutschland kommen wir!“

## Der Zwischenruf:

Günter Olzog **Finis Germaniae!**

Nachdem Parteichef Ollenhauer mit Chruschtschew in Ost-Berlin zusammengetroffen war, die Abgeordneten Schmid und Erler, von einer Erkundungsreise nach Moskau zurückgekehrt, ihre Enttäuschung nicht verbergen konnten, zogen jetzt auf Einladung SPD-Journalisten in die rote Burg. Der deutsche Sprecher von Puttkamer und seine Kollegen Exler, Dr. Eckert, Poller, Braune, Bauer, Ingensand, Raunau und Jost sahen sich zur Begrüßung von Chruschtschew vor die Frage gestellt: „Welche Anrede wollen wir untereinander vereinbaren, Herr oder Genosse? Als ich mit dem Genossen Ollenhauer zusammentraf, kamen wir überein, uns mit Genosse anzureden. Sind Sie damit einverstanden?“ Und die deutschen Journalisten folgten dem Beispiel ihres Parteichefs und entsagten der Herrenwürde. Vom Genossen zum Genossen sollten alsdann jene Belehrungen des roten Diktators vorgesetzt und akzeptiert werden, die die Moskauer Zeitungen in einem stenographischen Protokoll veröffentlichten. Ein Teil wurde durch wenige deutsche und ausländische Zeitungen bekannt.

Auf die in letzter Zeit diskutierte Frage, ob Spanien Mitglied der NATO werden solle, wußte Chruschtschew eine Antwort seines politischen Einmaleins zu geben: „Die Tatsache zeugt davon, daß jetzt eine Konsolidierung der reaktionären Kräfte erfolgt. Das ist eine große Gefahr für die Arbeiterklasse des Westens!“ Die Genossen aus der Bundesrepublik stimmten dem Genossen zu.

Chruschtschew schätzte seine Gäste richtig ein. Sein Gesprächspartner Jesco von Puttkamer hatte mit seinen Genossen ein kleines militärisches Planspiel zu absolvieren, was ihm nicht schwer fiel. Als Ordonnanzoffizier des Generals von Lenski, Kommandeur einer Panzerdivision, war er bei Stalingrad in russische Gefangenschaft geraten. Dort führte ihn der Weg zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“, in dem auch hochgestellte Genossen wie Pieck und Ulbricht zu Hause waren. Nach dem Kriege brachte er der Süddeutschen Zeitung als sogenannter Fachredakteur für Wehrfragen keineswegs Lorbeeren ein, zumal dort sein Vorgänger Robert Borchardt saubere Gesinnung und tatsächliches Fachwissen zu vereinen wußte. Borchardt ging als guter Kenner des Ostens und des Bolschewismus nach Washington, um dort als Presseattaché der deutschen Botschaft der Sache der freien Völker zu dienen. Sein Nachfolger im Redaktionsamt, Jesco von Puttkamer, ging zum „Vorwärts“ und fand sich nun in Moskau als Genosse bereit, Chruschtschews Trick zu unterstützen und seinem Gastgeber auszurechnen, wie viele Nuklearbomben auf dem Territorium Westdeutschlands zur Explosion gebracht werden müßten, um die Bundesrepublik auszuschalten. Solchermaßen eingeschüchtert, ließen sich die geladenen Genossen vom Gastgeber versichern, daß die militärische Ausrüstung ihres Staates und seiner NATO-Verbündeten restlos veraltet sei, so daß im Falle eines Krieges die Sowjetunion zwar auch Verluste haben, aber die Westmächte buchstäblich ausradiert würden.

Von Puttkamer pries dann den Deutschland-Plan der SPD und fand seinen großen Genossen bereit, zunächst ein wenig zärtlich zu loben, um dann die Meinung ungeschminkt zu verbreiten: „Wir haben unseren eigenen Plan. Ihr Plan kann offensichtlich nicht Gegenstand einer Erörterung auf einer Konferenz sein, weil die Verteidiger Ihres Planes dort nicht anwesend sein werden. Aber die Elemente des Planes der SPD, die mit unserem Standpunkt übereinstimmen, werden wir natürlich berücksichtigen. Wir werden das unterstützen, was unserer friedliebenden Politik entspricht, wir werden die friedliebenden Thesen unterstützen.“ Und die Genossen aus dem deutschen Westen waren's zufrieden!

Dann sprach man über den Friedensvertrag mit Deutschland. Kommt ein solcher Vertrag mit den „beiden deutschen Staaten“ nicht zustande, so meinte Chruschtschew, würde die UdSSR mit ihrem Trabanten einen separaten Vertrag abschließen. Damit würden dann die Westmächte das Recht verlieren, Truppen in Westberlin zu stationieren. „Die Anschläge Adenauers auf Westberlin aber haben wir nicht anerkannt, und wir erkennen sie auch jetzt nicht an.“ Und als Chruschtschew in gleichem Atemzuge den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, angriff, den er nicht mit „Genosse“ titulierte, fand sich keiner der SPD-Redakteure, laut Mitteilung der Moskauer Presse, bereit, „Herrn Brandt“ zu verteidigen.

Chruschtschew beschuldigte im Laufe der weiteren „Unterhaltung“ die Westmächte, sie wollten keine Wiedervereinigung zulassen, weil sie ein vereinigtes Deutschland fürchteten und es noch dreimal oder viermal teilen möchten. Und als der Gastgeber seinen Gästen die gleichen Beschuldigungen gegenüber Adenauer servierte, hörte man aus den Reihen der Gäste — wie das russische Stenogramm mitteilt — Gelächter und Erklärungen: „Wir wissen es.“ Dem Gastgeber blieb nur die Quittierung: „Na also, sehen Sie!“

In solcher Stimmung war es dann keine Zumutung mehr, programmatisch zu erklären: „Wir sind der Ansicht, daß die kommunistische Ordnung die beste soziale Ordnung ist. Ich bin überzeugt, daß alle Völker den von Marx, Engels und Lenin gewiesenen Weg gehen werden.“ Und um dieser Überzeugung willen schlug Chruschtschew seinen Gästen vor, sie möchten dafür sorgen, daß er in Westdeutschland vor den Ruhrarbeitern sprechen könne. Dafür dürften dann sozialdemokratische Politiker im Donzbecken oder im Ural das Wort ergreifen.

Noch einmal aber ergriff der rote Diktator an diesem 5. Mai 1959 das Wort, nämlich zur Entgegnung auf die vom deutschen Delegationsführer von Puttkamer zum Abschied dargebrachte Huldigung auf den der Bewunderung würdigen Nikita Chruschtschew. Es war die einzige Zurückweisung, die Chruschtschew an diesem Tage für angebracht hielt: „Nach meinem Ermessen müßte man bescheidener sprechen.“

Der Leser mag selbst entscheiden, ob er entrüstet sein soll über das grandiose Ausmaß bewiesener politischer und publizistischer Dummheit, über die Würdelosigkeit des Auftretens oder die geschmacklose Speichelleckerei von Männern, die sich als Publizisten zu einer Partei bekennen, mit der noch ein Kurt Schumacher den Kommunisten den Kampf ansagte. Wenn aber die SPD allerlei Journalisten weiterhin in ihren offiziellen und offiziellen Blättern duldet, dann ist der rote Brand im deutschen Haus bereits gelegt. Finis Germaniae!

Erich Pruck

## Von der Tscheka zum KGB

*Die Entwicklung des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes*

Jede Revolution geht von der Vorstellung einer neuen Gesellschaftsordnung aus. Nach der Machtübernahme im Oktober 1917 versuchte das sich auf eine Minderheit stützende bolschewistische Regime in der Periode des Kriegskommunismus die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung radikal in eine sozialistische umzuwandeln. Sie stieß mit diesem Vorhaben auf erheblichen Widerstand der von der gewaltsamen Umänderung nachteilig betroffenen Teile der Bevölkerung. Putsch- und Aufstandsversuche der Unzufriedenen und ein Attentat auf Lenin führten dazu, daß der anfänglich unregelmäßige Rote Terror gegen die Konterrevolutionäre legalisiert und methodisch organisiert wurde.

### Von Trotzki zu Berija

An die Stelle des „Militärischen Revolutionären Komitees zur Bekämpfung der Gegenrevolution“ unter Leo Trotzki trat bereits am 20. Dezember 1917 die „Tscheka“, die „Sonderkommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage“ beim Rat der Volkskommissare unter Felix Dserschinski. Sie wurde bald zu einer „Allrussischen Sonderkommission“ (Wetscheka) erweitert. Aus dialektischen Gründen benannte man das in Verruf geratene Terrorinstrument am 11. Februar 1922 in GPU (Staatliche Politische Verwaltung) und vom 15. November 1923 an in OGPU (Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung) um.

Als Dserschinski am 20. Juli 1926 gestorben war, folgte ihm bis zum 1. Mai 1934 Menschinski und danach Jagoda. Dieser blieb an der Spitze des am 10. Juli 1934 dem Volkskommissariat für Inneres (NKWD) einverleibten Staatssicherheitsapparates bis zu seiner Verhaftung im Juni 1936 zu Beginn der Großen Säuberung (Tschistka). Am 8. Oktober 1935 wurde im Zuge der verstärkten Polizeiaufsicht dem NKWD eine eigene „Verwaltung für Staatssicherheit“ (UGB) angegliedert. An ihrer Spitze stand nach Jagoda vom 27. September 1936 ab Jeschow. Unter seiner Leitung erfolgten die Massenverhaftungen der nach ihm „Jeschowtschina“ benannten Großen Säuberung (1936—1938). Im Dezember 1938 verschwand Jeschow selbst. Volkskommissar für Inneres und Staatssicherheit wurde am 8. Dezember 1938 — Lawrentij Pawlowitsch Berija.

Ihn hatte Stalin im Jahre 1924 nach Georgien geschickt, als sich dort die Arbeiter und Bauern gegen das bolschewistische Gewaltregime empörten. Mit rücksichtsloser Härte schlug er den Aufstand nieder und liquidierte dabei an 20 000 Gegenrevolutionäre. Daraufhin erhielt er die offizielle Stellung eines Innenministers und Chefs der GPU von Georgien und Transkaukasien. Als solcher unterstand er unmittelbar der Moskauer Zentrale. Seine Dienststelle lag in Tiflis in einer geheimnisvoll nach außen abgeschirmten Villa, aus der nur nachts Lichtschein drang. Dort sammelte er jahrelang das Material gegen

die Reaktionäre seines Gebiets und alle Parteifunktionäre, die mit den Staatsfeinden paktierten. Im Laufe der Tschistka wurden sie dann liquidiert. Der italienische Diplomat Quaroni schildert Berija: „Er war von mittlerer Größe, hager, die Haare sorgfältig über den Scheitel verteilt, um eine ziemlich fortgeschrittene Glatze zu verbergen. Das Gesicht bleich, beinahe leichenhaft, die Augen hell und etwas unsteif hinter dem Kneifer. Im ganzen mehr die Erscheinung eines Professors der exakten Wissenschaften als eines Polizisten. Er sprach schnell, aber deutlich, wobei er kaum die schmalen Lippen öffnete. Die Andeutung eines sonderbaren Lächelns verzog den Mund leicht nach der linken Seite und ließ kleine, weiße, spitze Zähne sehen. Vielleicht war ich voreingenommen, aber bei diesem Lächeln lief es mir kalt über den Rücken.“<sup>1)</sup>

Am 23. Februar 1941 wurde der Staatssicherheitsdienst als eigenes Volkskommissariat (NKGB) vom NKWD abgezweigt. Chef des gesamten, die beiden Volkskommissariate — die vom März 1946 an im Rahmen der allgemeinen Umbenennung Ministerien hießen — umfassenden Polizeiapparates blieb Berija. Kruglow erhielt das MWD, Merkulow das MGB. Letzterer und sein Nachfolger Abakumow wurden später mit Berija hingerichtet. Der große stiernackige Kruglow, ehemaliger Milizionär (Schutzmann), hielt sich länger. Er war unter Menschinskij, Jagoda und Jeschow zum Obersten und Kommandeur der Kremllwache aufgestiegen. Während der Tschistka betätigte er sich als Prominentenscharfrichter. Im Kriege und hinterher leitete er die Sicherheitsmaßnahmen bei den Konferenzen der Alliierten in Jalta, Teheran und Potsdam. Die Briten machten ihn deshalb durch Ordensverleihung zum Ehrenritter des britischen Empire, Roosevelt verlieh ihm den hohen US-Verdienstorden.

Vor Stalins Tode hatte Berija es verstanden, die Machtstellung des ihm unterstellten Apparats der Inneren Exekutive — ähnlich wie Himmler es 1944 erreichte — so auszubauen, daß das Gleichgewicht des aus Partei, Polizei und den Streitkräften bestehenden Kräftedreiecks dadurch gestört war. Das nach dem Tode des Diktators amtierende Führungskollektiv erkannte die dem Regime aus dem Übergewicht der Polizei drohende Gefahr. Mit Hilfe der rivalisierenden Streitkräfte überrumpelten sie gewaltsam die Berijaclique, machten dem übermächtig gewordenen Mann und seinen nächsten Anhängern von Belang den Prozeß und liquidierten sie kurzerhand. Die des Hauptes beraubte Institution wurde zerschlagen.

### Von Berija zu Schelepin

Es war dies ein in totalitären Systemen übliches Wechselspiel. Während der Jeschowtschina, als der argwöhnische Kremlherrscher das höhere Offizierskorps dezimierte und mit der Alten Garde der Partei rücksichtslos abrechnete, hatte die dritte tragende Säule des NKWD mit dem UGB überragenden Einfluß gewonnen und diesen weitgehend für seine Zwecke ausgenutzt. Unmittelbar nach der Tschistka hat Stalin dann den Polizeiapparat geschwächt und die Masse der Mitwisser beseitigt. Über alle diese Vorgänge hat der in den Westen geflüchtete frühere UGB-Beamte Alexander Orlow eingehend berichtet.<sup>2)</sup> Er löst

<sup>1)</sup> Pietro Quaroni, *Diplomaten unter sich*, Frankfurt/Main 1957, S. 75 ff.

<sup>2)</sup> Alexander Orlow, *The Secret history of Stalin's crimes*, New York 1955.

in seinem Buch auch das Rätsel um die merkwürdigen Geständnisse der in den Schauprozessen Beschuldigten durch die Erklärung, daß sie ihre Schuld öffentlich bekannten, weil man ihnen als Gegenleistung versprochen habe, ihre Familien unbeteiligt zu lassen und das Todesurteil nicht zu vollstrecken. Petrow, ein anderer Überläufer, behauptet,<sup>3)</sup> man habe die Geständnisse, abgesehen von „psychologischer Behandlung“ mit dem Ziel der Erschöpfung der Nervenkraft nach ärztlichen Methoden, auch dadurch erreicht, daß man den Gefangenen vor der entscheidenden Verhandlung Bekannte, die offiziell hingerichtet waren, lebend vorführte und damit ihre Lebenshoffnung nährte. Ob tatsächlich damals Verurteilte zur Verbannung auf Eismeerinseln begnadigt oder alle, nachdem sie ihre Aufgaben erfüllt hatten, getötet wurden, ist noch nicht geklärt worden.

Nach 1945 stärkte Stalin neuerlich Berijes Staatspolizeiapparat, weil ihm das andere Exekutivorgan, die Rote Armee, zu populär und damit gefährlich geworden war. Das Selbstbewußtsein der siegreichen Marschälle und sonstigen „Helden des Großen Vaterländischen Krieges“, die sich nahezu uneingeschränkter Volksgunst erfreuten, glaube er dämpfen zu müssen. Das Machtgewicht verschob sich aber so stark zu Berija, daß dieser in die Lage kam, die Staatsgewalt an sich zu reißen. Darum mußte er erledigt werden, ehe er ehrgeizige Pläne verwirklichte.

Kruglow überlebte auch seinen fünften Sicherheitschef. Zum Generaloberst befördert übernahm er das MWD, bis er im Zusammenhang mit Malenkows Kaltstellung sein Amt an Dudorow abgeben mußte. Dem im April 1954 vom MWD unabhängig gewordenen „Komitee (nicht mehr Ministerium!) für Staatsicherheit“ (KGB) wurde als neuer Leiter der General Iwan Sjerow gegeben. Er hatte sich unter anderem als skrupelloser Organisator umfangreicher Deportationsmaßnahmen, vor allem im Baltikum, im bolschewistischen Sinne als zuverlässig bewährt. Als Bulganin und Chruschtschew im März 1956 London besuchten, erregte die Engländer das persönliche Erscheinen des KGB-Chefs, der sich von den an der Themse getroffenen Sicherheitsmaßnahmen für seine hohen Schützlinge durch Augenschein überzeugen wollte. Daß das britische Protokoll das genaue Besuchsprogramm nach Tag und Stunde veröffentlichte, widersprach allerdings den totalitären Sicherheitsbedürfnissen der Moskowiter.

Die überraschende Abberufung Sjerows an der Jahreswende 1958/59 ist verschieden gedeutet worden. Ob er als Malenkowanhänger gilt oder neue Sonderaufgaben übernehmen soll, bleibe vorläufig dahingestellt. Sein Nachfolger Schelepin hat die gleiche Laufbahn wie Jeschow hinter sich. Er war Komsomolführer und später Leiter der Kaderabteilung im ZK der KPdSU, wo er sich in reichem Maße intime Kenntnis des maßgeblichen Kreises der Funktionäre und Apparatschiks erwerben konnte. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß er als neuer Säuberungsorganisator in Aussicht genommen sei. Zunächst scheint die Liberalisierung anzuhalten. Jedenfalls hat der XXI. Parteikongreß zu Jahresbeginn nicht die von manchen erwartete gegenteilige Tendenz sichtbar werden lassen.

<sup>3)</sup> Wladimir Petrow, Sowjet-Gold, Kitzingen-Main 1954, S. 95 ff.

## Die Organisation des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes

Über die Organisation des KGB hat Cookridge nähere Angaben gebracht.<sup>4)</sup> Sie geben keinen lückenlosen Organisationsplan, vermitteln aber einen gewissen Einblick in den umfangreichen Arbeitsplan des Komitees. Es ist in mehrere Direktionen eingeteilt. Am wichtigsten sind die ersten beiden.

Das offiziell als „Gegenspionageverwaltung“ (KRU) bezeichnete I. Direktorium betreibt seine eigentliche Aufgabe, die geheimpolizeiliche Auslandsespionage, als eine wesentliche Aktion des Kalten Krieges. Die Institution geht auf die von Derschinskij im Jahre 1921 bei der Wetscheka eingerichtete Auslandsabteilung (INO) zurück, die ihre Arbeit über die Grenzen in engem Zusammenhang mit der von Sinowjew geleiteten Komintern, den sowjetischen Auslands-Handelsvertretungen und -Gesellschaften (Kniga, Inturist usw.) und auf die Kommunisten der anderen Länder als Agenten gestützt durchführte.

Abteilungen des I. Direktoriums sind:

1. Auslandsabteilung (Zentrale)
2. Operative Abteilung (Agenteneinsatz)
3. Nachrichtenabteilung (Sammlung, Auswertung, Zentral-Index)
4. Geheimabteilung (Dokumentensammlung und -herstellung, Geheimmittel)
5. Abteilung für Werbung und Schulung von Agenten
6. Verkehrsabteilung (Reisen, Fluchtorganisation)
7. Chiffrierabteilung
8. Photo- und kinematographische Abteilung
9. Wirtschaftsabteilung

Hinter dem schlichten Wort „Index“ verbirgt sich die umfangreichste Personalsammlungen der Welt. Den Grundstock bildeten die Archive der zaristischen Geheimpolizei, der Ochrana. Sie ermöglichten nach dem Umsturz die Überführung von Verrätern und Doppelspielern in den Reihen der revolutionären Sozialisten. Seitdem wurden vier Jahrzehnte lang viele Millionen Personalbeschreibungen (Sapiski) interessierender Persönlichkeiten aus aller Welt in den Panzerschränken des acht Stockwerke hohen Neubaus in der Machowaja Uliza gesammelt. Hier erhält das KGB alle wissenswerten Personenauskünfte. In den Säuberungs- und Schauprozessen spielte der Inhalt der Sapiski eine große Rolle als Belastungsmaterial. Berija brüstete sich, er wisse über alle Liebesaffären der Männer im Kreml durch weibliche Lockvögel Bescheid, die auch sonst sein Material wertvoll bereichert hätten. Es sei kaum glaubhaft, wie klein und schwatzhaft große Leute im Bett sind.

Das II. Direktorium erledigt terroristische Sonderaufgaben. Zu seinen Abteilungen gehören:

1. Die *Propagandaabteilung*. (Sie organisiert in Zusammenarbeit mit den Nachfolgeorganisationen der Komintern und den KP der anderen Länder Zersetzungs- und Sabotageaktionen sowie Streiks, unterstützt Untergrund- und sonstige regierungsfeindliche Bewegungen, bereitet den Partisanenkrieg vor usw.)

<sup>4)</sup> H. E. Cookridge, Zentrale Moskau, Hannover 1956, S. 65 ff.

2. Die *Sonderabteilung* ist ein Kernstück der Terrorherrschaft. Zu ihr gehört die berüchtigte „Unterabteilung Neun“ mit den Sachgebieten Liquidierung und Menschenraub. Sie behielt ihren Sitz in der Lubjanka bei, als der übrige KGB-Apparat in die Machowaja Uliza übersiedelte. Von ihr werden die aus drei bis acht Mitgliedern bestehenden „Schnellgruppen“ aufgestellt, die wichtige Liquidationsbefehle im Ausland unter unmittelbarer Leitung der Zentrale durchzuführen haben. Neben vielen anderen Gewaltakten organisierte die Sonderabteilung die Verschleppung der weißrussischen Generale und Frontkämpferführer Kutjepow (1930) und Miller (1937) aus Paris sowie des Dr. Linse vom Untersuchungsausschuß freierlicher Juristen (1952) und Dr. Truchowitsch, führenden Kopfes der russischen Freiheitsbewegung, (1954) aus Berlin. Zahlreiche Ermordungen, darunter die von Stalins gefährlichstem Gegner Trotzki in Mexico (1940) sind auf ihr Konto zu schreiben.

Wenig bekannt ist, daß die Sonderabteilung während des Spanischen Bürgerkrieges unter der Bezeichnung UGB lebhaft in Aktion trat, nachdem sich die sozialistischen Franco-Feinde aus ideologischen Gründen in Stalinisten und Trotzkiisten geschieden hatten. Die starke trotzkiistische POUM (Partido Obrero de Unificacion Marxiste) unter Andreas Nin, die in der Internationalen Brigade viele Anhänger besaß, wurde planmäßig mit Agenten durchsetzt. Im Mai 1937 brach im eingeschlossenen Madrid der Bruderkrieg aus. Die „Mobilen Gruppen“ Stalins verübten Massenmorde an Trotzkiisten aller Nationen und lähmten damit die Widerstandskraft der Verteidiger. Ein trotzkiistisches Übergewicht erschien dem sowjetischen Staatssicherheitsdienst für die eigene Sache nachteiliger zu sein als ein Sieg Francos.<sup>5)</sup>

3. Die *Personalabteilung* überwacht alle im Ausland befindlichen Sowjetbürger bis zu den Diplomaten, Offizieren usw. Zur Personalabteilung gehört eine Reihe von „Sonderinspektoren“. Hierfür werden hohe Funktionäre ausgewählt, die, mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, eine übergeordnete Kontrolltätigkeit im Auslande ausüben.

### Die Methodik der Agentenarbeit

Zur Deckung ihres hohen Agentenbedarfs in allen Ländern des Erdballs wendet die sowjetische Geheimpolizei verschiedene Methoden an, die der Werbung, Ausbildung und Überwachung dienen. Am liebsten setzt sie auch im Auslande — zumindest auf leitenden Posten — Russen ein, Leute des eigenen Herrschaftsbereichs, deren Mentalität sie kennt und deren sie sicherer ist, wenn sie die in der Sowjetunion ansässigen Familienmitglieder als Geiseln in der Hand behält, die sich im Bedarfsfall erpresserisch nutzen lassen. Infolge vieler schlechter Erfahrungen vermeidet das KGB es, Ausländer in deren Heimatland arbeiten zu lassen, weil sie leicht dazu gebracht werden, „umzufallen“ oder „auf zwei Schultern zu tragen“. Sie können schwerer bei der Stange gehalten und im Verratsfall zur Verantwortung gezogen werden, wenn nicht gleich die „reisenden Scharfrichter“ der Sonderabteilung in Bewegung gesetzt werden sollen. Lieber werden in einem fremden Lande lebende Emigranten von

<sup>5)</sup> Cookridge, S. 206 ff.

Satellitenvölkern gewonnen, die im Gasland in Arbeit stehen und auf jeden Fall weniger beargwöhnt werden als Sowjetrussen. Mitglieder der KP oder sonst als „Rote“ bekannte Personen werden ungern im Geheimdienst beschäftigt, weil sie meist als verdächtig gelten und vom Abwehrdienst beschattet werden. Als besonders geeignet werden allgemein angesehen:

1. Ideologisch Gleichgesinnte, die als solche noch nicht erkannt sind, vor allem politisch linksgerichtete Intellektuelle
2. Leute mit einem dunklen Punkt im Vorleben, denen es schwer fällt, in der bürgerlichen Gesellschaft oder im Erwerbsleben wieder festen Fuß zu fassen
3. Leute, die durch das Wissen um ein von ihnen begangenes unentdecktes Verbrechen oder einen unbekanntem „schwarzen Fleck auf ihrer Weste“ unter Druck gesetzt werden können
4. Verschwender, Schuldenmacher und Lüstlinge, die ihre Leidenschaften und Bedürfnisse nicht aus ihrem normalen Einkommen befriedigen können
5. Leute in wirtschaftlicher Nollage, die verbittert sind, weil sie sich und ihre Familien nicht hinreichend zu unterhalten vermögen, wie beispielsweise: Arbeitslose, Emigranten oder aus politischen Gründen Benachteiligte
6. Attraktive Frauen, die sich einen gehobeneren Lebensstil wünschen
7. Spieler und sonstige Süchtige
8. Skrupellose Geldverdiener, obwohl diese leicht zum Doppelspiel neigen

Bevorzugte *Angriffsobjekte* für das Gewinnen von Nachrichten sind:

1. Angehörige der Streitkräfte und deren Familien oder Hauspersonal
2. In der Rüstungsindustrie Beschäftigte
3. In der technischen und wissenschaftlichen Forschung Tätige
4. Angestellte von Lieferfirmen der Streitkräfte

Gelegenheit zur *Verbindungsanknüpfung* bieten:

1. Gesellige, kulturelle und sportliche Veranstaltungen, Tagungen usw.
2. Mitgliedschaft in humanitären Vereinigungen wie Logen, pazifistischen Verbänden oder solchen, die sich mit Atomgefahr, Rassenfragen und dergl. beschäftigen
3. Wirtschaftliche Organisationen aller Art, Handelsvertretungen, Warenaustauschgesellschaften usw.
4. Sammlerverbände von Briefmarken usw.
5. Internationaler Briefaustausch
6. Gesellschaftsreiseveranstaltungen
7. Heiratsvermittlungsbüros
8. Spielkasinos
9. Zeitungsanzeigen

### **Sinn und Ausmaß der administrativen Justiz**

Ein wichtiges Sonderrecht der sowjetischen Geheimpolizei stellte die ihr bewilligte „Administrative Justiz“ dar. Während Stalins Herrschaft schalteten die von den „Besonderen Abteilungen“ (OO) durchgeführten Willkürverfahren

zumindest auf dem politischen Sektor — wo aber hört im totalitären System die Politik auf? — die ordentliche Gerichtsbarkeit zeitweilig vollkommen aus.

Aus dem in der Tschistka erfolgreich praktizierten Prinzip der OO-Schnellgerichte mit Dreimannbesetzung (Troika) entwickelte sich mit zunehmendem Mißtrauen des Regimes gegen die das Einheitskommando verlangenden Offiziere als Spezialzweig des KGB der in die Streitkräfte eingebaute staatspolizeiliche Abwehrapparat, der im zweiten Weltkrieg unter der Bezeichnung „Smersch“ (= Tod den Spionen!) einen gefürchteten und gehaßten Klang bekam. Die offizielle Bezeichnung für die immer noch im Schwange befindliche Einrichtung lautet: Hauptverwaltung für Konterspionage (GUKR). Die zur GUKR gehörigen Abwehroffiziere genießen besondere Privilegien. Sie arbeiten in der Truppe mit dort angeworbenen Informanten und verkörpern somit das wache Mißtrauen des Regimes seinen Soldaten gegenüber. Damit werden die Homogenität des Offizierslandes und allgemein der kameradschaftliche Geist innerhalb der Streitkräfte bedenklich gefährdet.

Das vielseitige unheimliche Wirken des Staatssicherheitsdienstes hatte im Volke ein so starkes Gefühl der Rechtsunsicherheit und ständigen Bedrohung der Existenz erweckt, daß das Regime sich genötigt sah, Abhilfe zu schaffen, um nicht noch mehr böses Blut zu machen. Im Zuge der Liberalisierungsmaßnahmen der „Tauweiterperiode“ wurde im Mai 1956 erstmals die administrative Willkürjustiz durch entsprechende Verordnungen auf Sonderfälle schwerer Staatsverbrechen beschränkt. Die am 25. Dezember 1958 veröffentlichten neuen Gesetze zum Strafrecht heben die Verwaltungsrechtsprechung des Staatssicherheitsdienstes ihrem Wortlaut nach ganz auf und fordern für alle Verstöße gegen Strafgesetze die gerichtliche Aburteilung. Die praktische Auswirkung bleibt abzuwarten, da sozialistische Theorie und Verwirklichung zwei verschiedene Begriffe sind.

Auf jeden Fall hat der sowjetische Staatssicherheitsdienst die vor 1954 innegehabte Machtposition seitdem nicht zurückgewinnen können. Dies geht unter anderem aus dem verringerten Anteil der Plätze, die Mitglieder des MWD und KGB in den höchsten Parteigremien behaupten, hervor. Im ZK der KPdSU beispielsweise verringerte sich die Zahl von drei Mitgliedern und fünf Kandidaten auf zwei Mitglieder und einen Kandidaten. An solchen Symptomen läßt sich der innerpolitische Barometerstand ablesen. Gegenwärtig verkündet er ein Hoch zugunsten der Partei. Ihren Einfluß auf dem Gebiet des öffentlichen Sicherheitswesens will Chruschtschew — wie er in der Eröffnungsrede zum XXI. Parteitag ankündigte — dadurch verstärken, daß er „zur Entlastung“ der hauptamtlichen Organe des Staatssicherheitsdienstes vermehrt von den Gewerkschaften und dem Komsomol aufgestellte freiwillige Volksmilizen für den Ordnungsdienst einsetzt. Im Zusammenhang mit den gleichzeitig in Aussicht gestellten „Kameradschaftsgerichten“ der „Nachbarschaften“ zeichnet sich hier die Entwicklung zu einer neuartigen Form der Gemeinschaftsexekutive ab, deren Auswirkungen auf die Funktionen des KGB noch nicht beurteilt werden können.

## Das unruhige Spanien

Auch wer nach nur zwei Jahren wieder Spanien besucht, ist überrascht von der Kraft des Lebens, das überall sichtbar wird. Ebenso stark, wenn nicht noch stärker, ist der Eindruck der Gegensätze und Widersprüche, die sich eher vergrößern als mindern. Noch immer wird man in Madrid vom Schrei der Esel geweckt, die die kleinen Wagen ziehen, in denen Abfälle von Küche und Haus aus dem Zentrum der Stadt wie aus den Außenbezirken weggefahren werden. Vor Jahrzehnten rechnete man, daß an 40 000 Menschen so ihren Lebensunterhalt fanden. Die Zahl ist gewiß nicht kleiner geworden in der Stadt, die jetzt fast zwei Millionen Einwohner zählt, wenn sie nicht schon größer ist, obwohl die größere Sparsamkeit die Ausbeute herabsetzt. Noch immer stehen in aller Frühe an den Straßenecken die Frauen, die die churros, die in Öl gebackenen Frühstücksküchlein, verkaufen. Daneben aber sind die riesigen modernen Häuserblocks noch zahlreicher geworden. An der Plaza de España erhebt sich die Torre de Madrid noch um eine Reihe von Stockwerken höher als der mächtige Spanienpalast. Die Ausstattung der Läden ist noch glänzender und reichhaltiger als früher. Amerikanische Reklamemusik ertönt von überall her. Die Autos drängen sich unaufhörlich; die Zahl der Autobusse hat sich bedeutend vermehrt. Der Unterschied von Reich und Arm, von Luxus und Not, wie man meist diesen Gegensatz zu bezeichnen pflegt, scheint also noch größer und unerträglicher geworden zu sein. Vorsichtiger und richtiger wird man von Unausgeglichenheit und Spannung sprechen müssen, die der individualistische Spanier oft ohne besondere Anteilnahme zu ertragen scheint, denen gegenüber aber auch in der Hochflut der stürmischen Entwicklung jede vorsorgliche Maßnahme von Staat und Behörden unzulänglich bleibt.<sup>1)</sup>

Spanien erscheint also als ein Land voller Widersprüche und Spannungen. Das führt auch zu widerspruchsvollen und einseitigen Urteilen. Wir beobachten das in Spanien selbst<sup>2)</sup> und in vielen Aufsätzen ausländischer Beobachter. An sich nicht unrichtige Feststellungen werden zu einem geschlossenen System zusammengefügt, das von andern als einseitig und voreingenommen abgelehnt wird. Um dieser Gefahr zu entgehen, scheint es notwendig zu sein, daß man nüchtern und unbefangenen möglichst viele Tatsachen zusammenträgt, die die Vielfältigkeit der Erscheinungen widerspiegeln.

<sup>1)</sup> Quellen: Anuario estadístico de España 1955, 1957; Estudios hispánicos del desarrollo económico 1; La población activa española de 1900 a 1957; La agricultura y el crecimiento económico; La vivienda y el crecimiento económico, Madrid 1957; Instituto de Cultura hispánica. La situación agrícola, Delegación nacional de Sindicatos Madrid 1957. Los suburbios 1957, Barcelona; El campo hacia la industria Madrid 1957, C. S. de hombres de acción católica. Dazu eine Reihe von Zeitschriftenaufsätzen z. B. M. Marín S.J., Spain today: The economic and the social situation, Thought 32 (1957) 367—380; unveröffentlichte Statistiken und Gutachten der Synodale und der kirchlichen Sozialstellen und mündliche Informationen durch Fachleute der verschiedensten Gebiete.

<sup>2)</sup> Vgl. Herderkorrespondenz 12 (1958) 161—164; 464—471 und dazu Orientierung 22 (1958) 81—83; Die paradoxe Information über Spanien und ihr Schlüssel.

## Die Verstädterung

Wie Madrid machen auch die andern Städte, die großen wie Barcelona, aber auch die kleinen Provinz- und Kreisstädte — vor dreißig Jahren noch geruh-same Idylle mit dem Charakter des 16. und 17. Jahrhunderts — einen völlig verwandelten Eindruck. Überall sind in ihnen außerhalb des altertümlichen Kerns neue Stadtteile mit Hochhäusern und allem Zubehör entstanden.

Dies alles ist zweifellos Zeichen von Kraft in einem Volk, das 1900 18 $\frac{1}{2}$  Millionen, 1950 fast 28 Millionen, 1957 29 $\frac{1}{2}$  Millionen Einwohner zählte, jährlich also um 2—300 000 Personen steigt (20,4 Geburten und 10 Todesfälle auf je 1000 Einwohner). Es ist aber auch zugleich ein Beweis für die Verstädterung Spaniens. In der Tat verändert die mit einer großen Landflucht verbundene Zunahme der städtischen Bevölkerung am meisten den Charakter des Landes. Diese Binnenwanderung — vor der die früher erhebliche Auswanderung nach Übersee völlig zurücktritt (etwa 50 000, die aber oft im Alter zurückkehren) — zieht die Aufmerksamkeit des Volkes, der Behörden, der Kirchen, der Soziologen usw. immer mehr auf sich. In ihr sind Aufstieg und Not zugleich gegründet. Eine genaue Betrachtung dieser Volksverschiebung, ihrer Ursachen und Folgen vermag uns vielleicht einen tieferen Einblick in das Land zu geben und helfen, das Rätsel Spanien wenigstens teilweise zu lösen.

Ein Überblick über das Wachstum der Städte sei an den Beginn unserer Betrachtung gestellt:

	1900	1930	1950
Städte von 5—10 000	433	577	584
20—30 000	37	47	62
30—50 000	15	37	33
50—100 000	12	18	30
100—500 000	4	9	21
über 500 000	2	2	3

In den Städten über 500 000 Einwohner lebten 1900 1 072 835, 1950 aber 3 407 685 Menschen. Die Zahl der in mittleren Städten wohnenden Spanier betrug 1950 10 340 615, die der Kleinstädte 6 594 691, der Landbevölkerung 11 041 449. Die Stadtbevölkerung hat im Lauf der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts um 79 Prozent, die des Landes um 35 Prozent zugenommen.

Um diese Zahlen genügend auswerten zu können, sei ein Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und des Landes im besonderen gegeben; daraus werden die Ursachen der Landflucht und die Folgen für das Land selbst erkennbar. Dann betrachten wir das Los des Einwanderers in der Stadt und die sich daraus ergebenden Folgen für die Sozialpolitik und das Leben der Nation im allgemeinen.

## Allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse

Von den 504 712 qkm des spanischen Landes liegen 20 Prozent des Bodens höher als 1000 m, 40 Prozent 500—1000 m, 40 Prozent unter 500 m über dem Meeresspiegel. Zwei Drittel des Bodens haben weniger als 500 mm Regen im Lauf des Jahres. Von den 50,5 Millionen ha sind etwa 19,9 Millionen bebaut, und 47 Prozent der aktiv tätigen Bevölkerung sind im Ackerbau usw. beschäftigt (in Deutschland 23 Prozent). Von 1900 bis 1950 hat sich die Zahl um 19 Prozent verringert. Für 1957 werden 4 783 339 (ohne Frauen und Kinder) als im Ackerbau tätig angegeben. In der Industrie arbeiten 3 336 025, im Sektor „Dienste“ (Handel und Verkehr, Beamte, Heer, Hauswesen) 3 166 622. Unter

29 536 735 Einwohnern stehen also 11 285 966 Personen in Arbeit. Wenn man bedenkt, daß etwa 40 Prozent der Bevölkerung noch nicht oder nicht für die Arbeit in Frage kommen und daß die Land- und Hausfrauen zahlenmäßig nicht erfaßt sind, ergibt sich, daß kaum Arbeitslose anzutreffen sind. Das stimmt auch mit den Statistiken überein. Für das Jahr 1951 wurden 144 238, für 1955 112 109 Personen als arbeitslos gezählt.

Entscheidend für ein gerechtes Urteil ist nun die Tatsache, daß die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen äußerst verschieden sind. Man kann Spanien in eine Nord- und Südzone teilen. Die Grenzlinie wäre etwa der 41. Breitengrad. Die Südzone umfaßt hauptsächlich die Provinzen Andalusien, Estremadura und einen Teil von Kastilien. Die Küste um Valencia und Murcia wird hier nicht zu der Südzone gerechnet. Der Süden ist überwiegend Ackerbaugebiet, die meisten Industrien liegen im Norden. Nach der Nationaleinkommenstatistik von 1950 verteilte sich die Summe von 77 876 Millionen Peseten so, daß im Norden 72 210 Millionen, im Süden 5666 Millionen in der Industrie verdient wurden. Wenn wir bedenken, daß im Norden 4 230 000, im Süden 129 000 Menschen gewerblich tätig waren, ergibt sich daraus, daß im Norden jeder durchschnittlich 17 070 Peseten, im Süden nur 4380 Peseten verdiente. Der Unterschied 1:4 ist ungeheuer. Für die Landwirtschaft weist 1953 der Süden eine Rente von 33 295 Millionen, der Norden eine solche von 44 722 Millionen auf.

Die Agrar- und Forstproduktion betrug 1954/55 etwa 112 399 Millionen. Davon fallen auf Andalusien etwa ein Viertel. Für die Industrie werden für 1955 244 326 Millionen mit einem Reingewinn von 8 040 Millionen gerechnet. 1956 betrug das Industrieerlöskommen 274 872 Millionen. Aus der Tatsache, daß 47 Prozent der Bevölkerung auf dem Land beschäftigt sind, ergibt sich das Mißverhältnis.

### Wirtschaftsverhältnisse des Landes

Ein gerechtes Bild läßt sich nur gewinnen, wenn man die einzelnen Provinzen für sich gesondert betrachtet. Leider existieren keine Statistiken für die einzelnen Landesteile. Wir greifen darum nur einzelne besonders eigentümliche Gebiete heraus.

Die kleine Provinz Navarra ist fast ausschließlich Ackerbaugebiet. Der Landbesitz ist gut verteilt; es gibt kaum große Unterschiede zwischen Klein- und Großbauern. Auch der Lebensstandard ist im allgemeinen gesund und erheblich besser als in Kastilien, Galicien und im Süden. Hier werden auch mehr und mehr Maschinen zur Bodenbestellung und zur Ernte gebraucht, da das Gelände keine Schwierigkeiten macht. Weil aber nach den Erbgesetzen der Besitz auf alle Kinder gleich verteilt wird, entstehen Notstände, so daß zwischen 1900 und 1955 93 000 Bewohner auswanderten.

In der Provinz Santander zählt man 12 189 Industriebetriebe mit etwa 70 000 Arbeitern, etwa 5000 Fischer und 82 000 Landwirtschaftsbetriebe mit etwa 3000 Hilfskräften. Der Reichtum des Landes ist das Vieh, dessen Wert auf 1000 Millionen geschätzt wird, während der Ackerbau nur 485 Millionen einträgt. Der größere Teil des Bodens ist in Kleinbesitz aufgeteilt, 56 Höfe umfassen 50—100 ha, 6 sind größer als 500, 4 größer als 1000 ha.

In Andalusien leben 6 Millionen Einwohner auf 87 280 qkm (17,75 Prozent des Landes). 1 123 384 arbeiten auf dem Land, 847 280 in der Industrie. In Málaga zählt man 6 Großgrundbesitzer, die 16 000 ha besitzen, in Granada ebenfalls 6 mit 24 000 ha, Cáceres 11 mit 93 000 ha, in Salamanca 6 mit 22 000 ha. Es sind durchwegs Ölkulturen mit Weideflächen, die ihre eigenen Betriebs- und Ertragsgesetze haben. Im ganzen betrug die Anbaufläche für Oliven im Jahr 1948 1 936 799 ha, davon je 300 000 ha in den Provinzen Jaén, Córdoba, Málaga, Sevilla und Neukastilien. In Jaén, wo 51,17 Prozent des bebauten

Bodens Großbesitzern gehört, sind davon 47,7 Prozent Ölpflanzungen und nur 3,47 Prozent andere Acker. Auch viele große Weideflächen ergeben so wenig, daß man bis zu 10 ha auf ein Stück Großvieh rechnen muß, während auf den künstlich bewässerten Kleefeldern und Wiesen von dem Ertrag eines halben Hektars 5—10 Stück gehalten werden können.

Ein anderes Bild gibt die Statistik von 1953 für den Weizenbau. Auf Parzellen von weniger als 2 ha arbeiten 1 009 342 (75,54 Prozent) auf insgesamt 802 790 ha (23 Prozent). 247 051 (16,98 Prozent) Bauern besiedeln Parzellen von 2—6 ha (880 170 = 25,46 Prozent). Der Kleinbesitz beträgt also 48,47 Prozent des Weizenbodens und beschäftigt 92,52 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Der mittlere Besitz umfaßt 599 082 ha (17,17 Prozent), die von 27 232 Bauern (1,87 Prozent) bearbeitet werden. Im Großbesitz befinden sich 397 457 ha (11,4 Prozent) auf Gütern von 40—150 ha, 121 776 ha (3,49 Prozent) auf Gütern von mehr als 150 ha und im Besitz von 5835 (0,4 Prozent) bzw. 490 (0,03 Prozent) Bauern. Die Zahl der Traktoren für die Landwirtschaft hat sich von 1950 (10 000) bis 1956 auf etwa 30 000 (33 Prozent leichte, 48 Prozent mittlere, 19 Prozent schwerere) vermehrt. Zum Vergleich seien die Zahlen genannt für die Vereinigten Staaten von Nordamerika (3 876 000) und Westdeutschland (184 000) für 184 139 000 bzw. 8 539 000 ha bebauten Landes (Spanien 20 Millionen ha), so daß auf den Traktor 47,46 bzw. 670 ha kommen.

Eine wesentliche Erhöhung der Fruchtbarkeit erfahren jene naturgemäß beschränkten Gebiete, die künstlich bewässert worden. Sie gehen einer 20fachen Bevölkerung Arbeit und Brot. 1920 betrug der Umfang des künstlich bewässerten Landes 1 300 000 ha, 1956 1 745 000 ha. In dem einen Jahr 1955/56 stieg das Gebiet um 60 000 ha. Noch sind große Vorhaben im Bau, besonders will man im Ebrotal die sogenannten Monegros (zwischen Zaragoza und Lérida) bewässern, die heute teils unfruchtbare Steppen sind, oder wo wegen des ausbleibenden Regens die Ernte verdirrt und das Saatgut verloren geht (im Lauf der letzten fünf Jahre dreimal).

Es sei noch erwähnt, daß andere Landprodukte in den letzten Jahren eine erhöhte Bedeutung erfahren haben, so der Reisbau, der die Bedürfnisse des Landes übersteigt, und der der Baumwolle, dessen Ertragnis 40 Prozent der Textilindustrie deckt. Den Wert der Ertragnisse der Landwirtschaft schätzt man für das Jahr 1950 auf 1584 Millionen Dollars, so daß sich bei 4,6 Millionen der aktiven Landbevölkerung im Durchschnitt 364 Dollars für den Kopf ergäben. Als Vergleichszahlen seien die Vereinigten Staaten mit 14 833 Millionen Dollars bei 8 580 000 Beschäftigten und die Bundesrepublik mit 2728 Millionen bei 5 114 000 Beschäftigten, also für den Kopf 1729 (541) genannt.

Sowohl die amtlichen statistischen Studien des Instituts für spanische Kultur, der Syndikate wie der Zeitschriften und der Berichte auf landwirtschaftlichen und sozialen Kongressen heben vor allem zwei Notstände hervor: 1. die Tatsache, daß der Besitz in weiten Bezirken des Landes zu sehr aufgeteilt ist und die Familien, zumal beim Wachstum der Bevölkerung, nicht mehr ernähren kann, 2. daß der Großbesitz, besonders der Olivenbau, die Bevölkerung nur zeitweise beschäftigt. Dagegen verweist man die vielfach geäußerte Meinung, das Latifundienwesen sei der Hauptgrund der wirtschaftlichen Notstände, in das Reich der Legende. Dabei leugnet man freilich, daß auch hier vieles — besonders im Süden — geschehen könne und müsse, um eine tragbarere Lage für die Landbewohner zu schaffen. Das gilt besonders für den Fall, daß bisher trockene Gebiete in bewässertes Land verwandelt werden. Es besteht ein Gesetz, das eine Zwangsentziehung ermöglicht. In welchem Umfang es bisher angewandt wurde, ist nicht bekannt. Da die, wenn auch langsame, Vermehrung der Landmaschinen noch mehr Arbeitskräfte frei macht, berechnete man die Zahl der Arbeiter, die in etwa 15 Jahren zur Industrie übergeführt werden müssen, auf etwa 1 Million. Wenn wir die Familien hinzurechnen, sind dies zum mindesten 4—6 Millionen Menschen.

Zuerst muß dies in jenen Provinzen geschehen, in denen der Landarbeiter nur zu gewissen Zeiten Arbeit findet. Es sind dies die südlichen Gegenden. Dies weist auch die Statistik der Arbeitslosen auf. Während am 31. 12. 1955 in Alava 15, in Burgos 74, in Navarra 168 Arbeitslose gezählt wurden, waren es in Jaén 15 063, in Cáceres, Cádiz, Málaga über oder an je 7000, in Córdoba und Sevilla zwischen 5 und 6000.

### Die Landflucht

Aus diesen Verhältnissen erklärt sich zum großen Teil die Landflucht, die Selbsthilfe des Menschen, der auf dem Lande kein erträgliches Auskommen findet. In den Jahren 1950—55 haben 496 188 statistisch erfaßte arbeitsfähige Personen ihre Heimat verlassen. Ihnen müssen die nicht arbeitsfähigen und statistisch nicht mitgezählten Landfrauen hinzugerechnet werden. In den meisten Provinzen wird die Veränderung zwar nicht sichtbar, da die Bevölkerung ansteigt, und zwar in den ärmeren Gegenden schneller als in den andern.

Es gibt aber auch Provinzen, deren Bewohnerzahl absolut sinkt. So hat sich die Bevölkerung von Almeria zwischen 1920 und 1950 um 748 (von 358 149 auf 357 401), von Huesca um 14 276 (von 250 508 auf 236 232), von Teruel um 16 094 (von 252 096 auf 236 002) verringert. Leider besitzt das Landwirtschaftssyndikat nur aus der Provinz Badajoz eine genaue Statistik der Auswanderer. Zwischen dem Juli 1955 und Juli 1957 verließen 8736 Aktive ihre Wohnorte, von denen 5446 ihre Familien mitnahmen, so daß im ganzen 26 942 eine neue Heimat suchten. Dazu kamen 6044 Arbeiter, die ihren Wohnsitz behielten, aber anderswo arbeiteten. Badajoz zählte eine Bevölkerung von 815 780 Seelen. Von den eigentlichen (aktiven!) Auswanderern zogen 1060 in die Provinzhauptstadt, 2124 nach Madrid, 1740 nach Barcelona, 655 nach Sevilla, 1064 in die Provinzen Gulpuzcoa und Vizcaya. Badajoz ist nur ein Beispiel. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den andern Provinzen. Selbst im Norden, wo der Verdienst höher, die Gegensätze nicht so groß sind, ziehen viele Landbewohner in die Stadt. So nahm Ávila im Verlauf der letzten eineinhalb Jahre etwa 200 Familien der Umgebung auf.

Die Gründe dieser Verschiebung sind aber durchaus nicht allein wirtschaftlicher Art. Die Stadt mit ihren modernen Gebäuden, dem neuen Glanz, der modernen Regsamkeit und nicht zuletzt ihren Vergnügungen übt eine unheimliche Anziehungskraft aus. Die modernen Verkehrsmittel erlauben heute jedem, seine Kreis- oder Provinzhauptstadt aufzusuchen, während vor 30 Jahren noch ein Großteil der Bewohner nie über den Bereich des Dorfes oder der Nachbarsiedlungen hinauskam. Die jungen Leute lassen nach dem ersten Besuch bald den zweiten folgen, hören von Bekannten und Fremden, wie schön das städtische Leben ist und wie leicht man Geld verdient. Was Wunder, wenn ihnen die heimische Öllampe trübe, der stille Ablauf von Arbeit und Feiertag langweilig wird. Abenteuerlust steckt dem individualistischen Spanier seit je im Blut. Einst trieb es ihn nach Übersee; heute geht er in die Stadt, zumal nach Madrid und Barcelona, die allein 40 Prozent der Einwanderer aufnehmen.

### Folgen für das Land

Da es meist die unternehmungsfreudigsten und kraftvollsten Menschen sind, die das Land verlassen, wirkt sich die Landflucht doppelt aus. Man kann von einem großen Arbeitermangel sprechen. Dies zeigt sich am sichtbarsten in den Löhnen. Die Zeit, in der 25 Peseten als allgemeiner Tagessatz angesehen wurden,

ist längst vorüber. Schon die Republik hatte sich hier große Verdienste erworben, wenn sie auch durch das Hetzen gegen jeden Besitz einen großen seelischen Schaden brachte. Heute werden, nach verschiedenen nicht zu bezweifelnden Angaben, sowohl im Süden wie im Norden zur Hauptarbeitszeit täglich 150—250 Peseten gezahlt. Jagdbesitzer, die in früheren Jahren im Herbst und Winter ihre Treiber um 25 Peseten anwarben, konnten im vergangenen Jahr für 100 Peseten keine Gehilfen finden. Charakteristisch für den Übergang von der alten zu der neuen Zeit ist es, daß in einigen uns bekannt gewordenen Fällen, in denen nach Übereinkunft einige Großbesitzer aus sozialer Verantwortung das Doppelte des bisherigen Lohnes zahlten, die Arbeiter nur an drei Tagen erschienen. (Ähnliches wissen Unternehmer aus dem Grenzgebiet des brasilianischen Urwaldes zu berichten.) Man wird aus solchen Beispielen keine weitreichenden Schlüsse ziehen wollen; aber sie beleuchten doch die Lage, die Stärke der Überlieferung bei den Landleuten, die mit einem sehr bescheidenen Lebensmaß auskamen und im Grund zufrieden waren. Dies wird sich schnell ändern. Schon jetzt sind die Berichte zahlreich, die von einer wesentlichen Erhöhung der Lebenshaltung sprechen. Dabei geht der Norden viel schneller voran als der Süden. Dies ersieht man z. B. daran, daß heute auch der Landbewohner der nördlichen Provinzen seine Speisen in Öl zubereitet, während früher ein Viertel der Bevölkerung die schwereren und nicht so schmackhaften Tierfette gebrauchte.

Obwohl also die Löhne auch auf dem Land erheblich steigen und noch höher steigen werden, soll damit nicht gesagt werden, daß die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit erfüllt seien. Hier ist noch viel zu tun. Dies haben auch weite Kreise erkannt; so bemüht man sich, durch Berufsschulen die Jugend besser vorzubilden und durch Einführung von Industrien die Menschen in ihrer Heimat festzuhalten, in der sie religiös und sittlich in tausend Gebräuchen verwurzelt sind. Es ist bei der Lektüre der Fachliteratur geradezu auffällig, wieviel Gewicht dem Menschlichen zugewiesen wird. Darin zeigt sich der christliche und katholische Spanier. Man übersieht nicht, daß es nicht einfach ist, durch Industrialisierung mehr Menschen, und zwar für das ganze Jahr, zu beschäftigen. Allerdings kann die wachsende Bedeutung der Elektrizität eine Erleichterung mit sich bringen. Ihre Erzeugung stieg von 3000 Millionen Kilowatt im Jahr 1935 auf 12 432 Millionen Kilowatt im Jahr 1955, eine besonders wichtige Tatsache für die Entwicklung des ganzen Landes.

### Die Entwicklung der Städte

Wenn Binnenwanderung und Landflucht schon auf dem Land ernste Schwierigkeiten hervorrufen, ist das erst recht in der Stadt der Fall, wo die Vielen zusammenströmen, die Massen sich ballen und darum eigentlich sichtbar werden. Die sich hier bildenden Notstände sind erst im Lauf der letzten Jahre beachtet worden. Zuvor war das Gefühl, an Bedeutung und Größe zuzunehmen, vorherrschend. Es erfüllte die Stadtväter mit Stolz, wenn sie feststellen konnten, anderen Gemeinwesen den Rang abgelaufen zu haben. So wurde die jahrzehntelange Eifersucht Madrids auf Barcelona zugunsten der Hauptstadt des Landes entschieden. Aber jetzt überfällt die Entwicklung die Behörden und die Bewohnerschaft wie ein Wolkenbruch, der allen Maßnahmen zu spotten scheint.

Zwar hat man ein Gesetz erlassen, das den Zuzug all derer verbietet, die keine Wohnung nachweisen können. Aber wer hält sich daran?

Da man sich erst in der letzten Zeit ernstlich mit der neuen Lage beschäftigt hat, sind genauere Angaben über die Gesamtgröße der Einwanderung und die Lage der einzelnen Städte noch nicht vorhanden. Nur für Madrid und besonders für Barcelona liegen genauere Zahlen vor. An zweiter Stelle stehen dann die Industriebezirke, wie die Provinz Vizcaya, die monatlich über 1200 Zuzüge erfährt, die Gegend um Avilés, wo ein neues großes Hüttenwerk mit anderen Eisenwerken errichtet wird, u. a. Die Hauptstadt Madrid, die 1910 659 777 Einwohner zählte, heute nach der Volkszählung vom 31. 12. 1955 1 843 705 Einwohner, von denen 757 144 in Madrid geboren waren, 73 417 kamen aus der Provinz Madrid, 767 397 aus dem übrigen Spanien. Die Zahl der Ausländer betrug 20 124. Heute dürfte Madrid noch mindestens 100 000 Einwohner mehr haben. Genaue Angaben sind nicht zu erwarten, da viele Hunderte ohne polizeiliche Anmeldung in der Stadt leben.

Barcelona zählte 1920 710 335 Einwohner, 1956 1 431 735. 45 Prozent waren davon in der Stadt selbst geboren, Außerdem hat sich die Einwohnerzahl der Orte, die rings um Barcelona und in seinem Industriebereich (hauptsächlich Textilindustrie) liegen, von 26 116 im Jahr 1920 auf 201 859 im Jahr 1955 erhöht. In Valencia sind von 509 075 Einwohnern 240 785 in der Stadt selbst geboren, in Sevilla von 376 627 nur 181 132, in Zaragoza von 276 256 nur 121 351.

Die zuziehende Bevölkerung — und das erschwert die Lage —, die aus den verschiedensten Provinzen kommt, mischt sich wahllos, so daß eine fast völlige Entwurzelung vor sich geht. In einer neu eröffneten größeren Fabrik in Katalonien sind nur 6 Prozent Katalonen, dagegen 24 Prozent Andalusier beschäftigt. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Landesteile. Als klassisches Beispiel für dieses Gemenge gilt der Vorort Pozo del Tío Raimundo (Brunnen des alten Raimund), der vor ein paar Jahren noch einsam im Vorfeld von Madrid lag. Heute (1957) zählt er 5212 Einwohner in 1029 Familien. Davon stammen aus der Stadt Madrid 148, aus der Provinz 15, aus Stadt bzw. Provinz Toledo 17 und 92, Stadt und Provinz Ciudad Real 19 und 92, Stadt und Provinz Jaén 46 und 226, aus Andalusien insgesamt 382 usw. Man stellt allerdings fest, daß sich die Fremden sehr bald eingliedern; zumal das Katalanentum erweist sich als überaus kräftig, so daß die Ankömmlinge zuweilen schon in der ersten Generation in der Stadt aufgehen und katalanisch zu sprechen beginnen.

### Die Wohnungsfrage

Während die früheren Vororte von Madrid und Barcelona, um uns auf diese beiden Städte zu beschränken (anderswo ist die Lage natürlich ähnlich), Stadtcharakter annehmen mit breiten Straßen, Alleen, Hochhäusern usw., entsteht vor ihnen ein Wirrwarr von neuen Siedlungen voll unglaublicher Not und Dürftigkeit. So wohnen in Barcelona 177 000, d. h. ein Zwölftel der Bevölkerung, in solchen Neugründungen. 66 000 leben in 12 494 Baracken, die aus Wellblech, Schilfrohr und ähnlichem Behelfsmaterial zusammengefügt sind. In anderen, festeren Wohnungen leben die Menschen und Familien überaus zusammengedrängt, so daß die Statistiker auf ostasiatische Großstadtverhältnisse verweisen, um Vergleiche zu geben.

Im ganzen fehlt es heute in Spanien an 652 452 Wohnungen. Auf 415 000 schätzt man die Häuser und Hütten, die so ungesund und schlecht gebaut oder dem Einsturz nahe sind, daß man sie ersetzen müßte. Das ergibt einen augenblicklichen Fehlbetrag von 1 067 452 Wohnungen. Wenn die Bevölkerung sich wie bisher vermehrt, bedarf es

außerdem innerhalb von 15 Jahren 627 533 neuer Wohnungen. Für den gleichen Zeitraum schätzt man 63 167 notwendiger, 568 506 wünschenswerter Ersatzbauten für unbewohnbar gewordene Häuser, so daß bis 1972 2 326 658 Wohnungen neu hergestellt werden müßten, um den Bedarf zu befriedigen. Dazu kämen die entsprechenden Kirchen, Verwaltungsbauten, Schulen, Läden, Wirtshäuser usw., Straßen und Versorgungsleitungen aller Art, deren Kosten auf 22—50 Prozent der Aufwendungen für Wohnungen gerechnet werden. Wird man dieses Wohnbauprogramm erfüllen können? Im Jahr 1951 wurden 30 985, 1952 34 497, 1953 36 502, 1954 47 467, 1955 65 000, 1956 72 000 Wohnungen neu gebaut.

Die Zahlen beweisen, daß bei gleichen Anstrengungen der jetzige und zukünftige Bedarf in keiner Weise gedeckt werden kann. Die Verhältnisse aber liegen so, daß eine wesentlich höhere Leistung nicht zu erwarten ist. Ein schnelleres Ansteigen des Volkvermögens ist wohl unmöglich. Auch vermag Spanien an Zement und Eisen nicht mehr zu erzeugen, als es heute tut. 1951 wurden 82,7, 1955 137 kg Zement für den Kopf der Bevölkerung hergestellt. Der mittlere Satz für die Zementerzeugung in Europa liegt bei 223 kg. Noch größer ist der Bedarf an Stahl und Eisen, der 1954 in Spanien 47 kg, in Italien 103 kg, in Frankreich 210 kg, in Deutschland und England 333 kg pro Kopf der Bevölkerung ausmachte. Eisen aber ist in Spanien zu Bauzwecken noch notwendiger als anderswo, da das Holz fehlt. Seine Verwendung zu Bauten ist verboten; es reicht kaum zu Möbeln und zur Ausstattung. Steine, Lehme und Tone gibt es hinreichend, aber die notwendigen Fabriken können nur ganz allmählich aufgebaut werden, da es an Kapital und Krediten fehlt. Die Theorie der Statistik, die ein weiteres Aufblühen der Wirtschaft auf allen Gebieten einmal voraussetzt, errechnet, daß bis 1972 1 755 148 Wohnungen hergestellt werden könnten. Aber bis dahin ist es noch weit.

Heute jedenfalls ist die Not noch unglaublich groß. Nur ganz allmählich wird eine Besserung eintreten. Man versteht es darum, daß die Pläne hauptsächlich dahin gehen, die Binnenwanderung einzuschränken und der arbeitslosen, wenigstens im Lauf des Jahres zeitweise arbeitslosen Bevölkerung durch Landindustrien ein genügendes Auskommen zu verschaffen. Ob man dadurch freilich den Magnetismus, den der Glanz der Stadt ausübt, bannen kann, ist fraglich.

### Lohnfragen

Die durch die Wohnungsnot geschaffene Lage wird noch verschlimmert durch die Löhne, die im allgemeinen wesentlich tiefer liegen als in anderen Ländern und nach allgemeiner Überzeugung nicht der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Doch bedarf ein solches Urteil der näheren Prüfung.

Es ist eine Tatsache, daß man nicht ermitteln kann, was der einzelne Arbeiter in Wirklichkeit verdient. Selbst Arbeiter, die man seit zwei Jahrzehnten gut kennt und mit denen man freundschaftlich verkehrt, sind in diesem Punkt verschlossen. Im allgemeinen wird der Arbeiter, der nach seinem Wochenlohn gefragt wird, die Summe der 6 Arbeitstage, z. B. 300 Peseten (100 Pts = 8.— DM), nennen. Er erhält aber auch den Sonntag bezahlt, so daß sein Grundlohn 350 Pts ist. Dazu kommen ohne weiteres 3 Monatslöhne, die ihm zum 6. 1., 17. 7. und, soviel wir uns erinnern, im März ausbezahlt werden. Er hat auch Anspruch auf 14—30 bezahlte Feiertage. Außerdem stehen dem Arbeiter sogenannte „Punkte“ zu, deren Höhe nach einem schwierigen System für jeden

Betrieb ausgerechnet werden. Verheiratete erhalten für die Frau 5, für jedes Kind 1 Punkt; auch längere Anstellung in einem Betrieb wird durch „Punkte“ entgolten. Im Durchschnitt beträgt jeder Punkt 20 Prozent des Grundlohnes. Überdies machen die meisten Arbeiter Überstunden oder leisten nach Feierabend in befreundeten Geschäften, Familien usw. noch zusätzliche Dienste, die für gewöhnlich gut bezahlt werden. Bei dem engen Zusammenhalt der Familien, in denen für gewöhnlich noch die Großeltern und die unverheirateten Geschwister leben, verdienen die Frauen und heranwachsenden Mädchen noch manches durch Sticken, Nähen usw. Die Bezahlung ist zwar nach unseren Begriffen äußerst gering, aber wenn alles zusammengezählt wird, ergibt sich schließlich doch ein Auskommen. Wer freilich die 40-Stunden-Woche als absolutes Ideal nimmt und das Doppelverdienertum grundsätzlich ablehnt, wird die spanischen Verhältnisse verurteilen. Die neuen Gesetze haben auch die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung geregelt. Die Auszahlungen sind erfreulich hoch, besonders bei der Altersversicherung. Die meisten Arbeiter hätten lieber einen höheren Grundlohn und nähmen eine Verringerung der Altersrente gern in Kauf. Die Versicherungsabgaben belaufen sich auf 19 Prozent des Grundlohnes, von denen der Arbeitgeber 14,5 Prozent, der Arbeitnehmer 4,5 Prozent bestreitet. Da der Unternehmer seine Arbeiter gegen Unfall bei privaten Firmen versichern muß, zahlt er außerdem an diese für gewöhnlich 5 Prozent des Grundlohnes.

In die wirklichen Verhältnisse führen vielleicht noch mehr Einzelbeobachtungen und Beispiele ein. Eine Hausangestellte erhält monatlich 400—600 Pts. Man kann aber kaum Angestellte finden. Sie gehen lieber in die Fabriken, wo sie die Abende frei haben (man ißt in Spanien zwischen 9—11 Uhr abends). Viele nehmen auch Stellen im Ausland an, zumal in England und der Schweiz. Andere gehen in die Hotels und Pensionen der Kur- und Badeorte, wo sie 3000 Pts und darüber monatlich erhalten. Ein Chauffeur erhält 4000 Pts monatlich und dazu besondere Geschenke. Der gelernte Arbeiter hat einen Grundlohn von 350 Pts wöchentlich und höher, ein Werkmeister einen Wochenlohn von 2000 Pts und 1 Prozent Gewinnbeteiligung. Nichtgelernte Arbeiter erhalten 185—200 Pts. Arbeiterinnen und Weberinnen 125—145 Pts wöchentlichen Grundlohn, Stenotypistinnen 700 Pts.

Die genannten Zahlen sagen an sich noch nicht viel aus. Sie müssen mit den Lebenskosten verglichen werden. Eine Aufstellung rechnete vor einigen Jahren aus, daß in Barcelona ein Familienvater mit Frau und zwei Kindern täglich 41,65 Pts verdienen mußte (43,10—1,45 staatlicher Familienunterstützung), um die Ausgaben für Wohnung, Kleidung und Unterhalt zu bestreiten. Bei dem Anstieg der Lebenshaltungskosten ist diese Berechnung überholt. Eine andere Statistik ist nur mehr als Richtungspreis zu verwerten: das Internationale Statistische Amt berechnete für das Jahr 1951, daß in den USA der Arbeiter durchschnittlich 74,52 Dollar, in Frankreich 7103 Frs., in Spanien 217,58 Pts wöchentlich verdiene. Es stellt auch die Zahl der Arbeitsstunden fest, die zum Kauf bestimmter Artikel notwendig waren:

	USA	Frankreich	Spanien
1 kg Brot	0,12	0,18	0,99
1 l Milch	0,08	0,14	0,44
1 Dutzend Eier	0,24	2,00	4,05
1 kg Kartoffeln	0,05	0,08	0,22
1 kg Rindfleisch	1,05	4,40	7,36
1 kg Schweinefleisch	0,54	3,44	6,02

	USA	Frankreich	Spanien
1 kg Schaffleisch	1,02	4,30	5,04
1 kg Zucker	0,08	0,46	2,19
1 kg Fett	0,26	2,10	3,05
1 Herrenanzug	25,30	140,—	190,16
1 Paar Schuhe	6,04	21,45	36,59
Zeitung	0,01	0,05	0,06
20 Zigaretten	0,07	0,29	0,22

Im Mai 1959 zahlte man in Madrid für ein Dutzend Eier 30, je 1 kg Rindfleisch 80—55, Schweinefleisch 65—55, getrocknete Bohnen 11, Reis 8—10, Zucker 11, Kartoffeln 1,50, Brot 6, je 1 Liter Öl 13, Wein 7 Pts. Aus diesen Zahlen ergeben sich die wesentliche Erhöhung der Preise bzw. der Grad der Geldentwertung und die Lebenshaltungskosten der Familien.

Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß sich der Lebensstandard der Arbeiter wesentlich gehoben hat. Man hat ihn (für den gelernten Arbeiter) den „des leichten Motorrades“ genannt, eine in der Tat treffende Bezeichnung. Wir haben in Madrid und Barcelona beobachtet, daß die an Bauten oder am Straßenbau beschäftigten Arbeiter fast immer ihr mit Fleisch, Käse und Fisch belegtes Frühstücksbrot aßen. Vor 40 Jahren hat man das niemals gesehen, war vielmehr immer überrascht über die Genügsamkeit; mit trockenem Brot und höchstens einer Melone o. ä. gab man sich zufrieden. Die Arbeiter im Hafen von Barcelona, denen früher die Frauen ihr Mittagessen brachten, gehen heute mit nur wenigen Ausnahmen in die naheliegenden Speisewirtschaften. Die Fußballplätze sind sonntags immer, und meist von Arbeitern, gefüllt, obwohl der Mindestpreis für den Eintritt 40 Pts. beträgt. Die Streiks, von denen man im letzten und in diesem Jahr hörte, haben nach einigen Gewährsleuten politischen, nach anderen wirtschaftlichen Charakter. Da nur einzelne Werke, und auch sie nur teilweise, bestreikt wurden, ist die Ursache sicher nicht in einer allgemeinen Not zu suchen. Wahrscheinlich sind beide Gründe anzunehmen, weil die höher bezahlten Arbeiter nicht zufriedener geworden sind.

Man kann es verantworten zu sagen, daß es der Arbeiterbevölkerung viel besser geht als vor Jahrzehnten, auch wenn man die Inflation, d. h. die Preissteigerung berücksichtigt. Nur die ungelerten Arbeiter und diejenigen, die eben vom Land einwanderten und zum Teil ohne polizeiliche Anmeldung sozusagen schwarz in der Stadt leben, leiden fühlbare Not. Andererseits ist der sozialen Gerechtigkeit noch lange nicht Genüge getan. Man hat den Eindruck, daß ohne wirtschaftliche Gefährdung der Betriebe höhere Löhne gezahlt werden könnten. Einzelne kleine Fabriken konnten sich nach wenigen Jahren um ein Mehrfaches vergrößern. Allerdings werden auch in Spanien sehr viele Kredite in Anspruch genommen. Die Textilindustrie ist voll beschäftigt. Das Baugewerbe kann nicht genug Arbeiter finden. Sozusagen alle Industrien blühen. Daraus muß man schließen, daß eine bessere Bezahlung der Arbeiter durchaus möglich ist.

Allerdings sehen viele Fachleute mit Sorge in die Zukunft. Spaniens Reichtum liegt in der Landwirtschaft. Man hält es höchstens für tragbar, daß Spanien zu 40 Prozent industrialisiert werde. Das nationale Industrieinstitut (Ini) hat mit gewaltigen staatlichen Mitteln große Industrien aufgezogen, wovon die Automobillfabrik Seat in Barcelona und die Hütten- und Stahlwerke von Avilés die größten sind. Werden sie den Wettbewerb mit schon bestehenden Werken

aushalten können oder müssen sie weiter mit Steuergeldern finanziert werden? Was wird erst, wenn Spanien in den europäischen Markt eingegliedert wird, was früher oder später eintreten wird und wozu jetzt schon Vorbereitungen getroffen werden? Wäre es im Interesse des ganzen Volkes, auch gerade des Arbeiters, nicht besser, wenn man die Landwirtschaft großzügiger unterstützte, als es heute geschieht. Sowohl im Bereich der Industriewelt wie für das Verhältnis von Industrie und Ackerbau stellt man den Mangel an weitschauender Planung und eigentlicher Koordinierung fest. Stattdessen muß man einen starren Dirigismus von Madrid beklagen, der die Wirtschaft lähmt, wenn sich nicht jedermann zu helfen und die bürokratischen Vorschriften irgendwie zu umgehen wüßte. Ferner ist ein nicht immer gesunder Unternehmertegeist festzustellen. Die spanische Regierung kann es sich als ein hohes Verdienst anrechnen, daß etwa 80—90 Prozent des Volkseinkommens an die Arbeitnehmer gezahlt werden.<sup>3)</sup> Der Arbeiterstand ist dadurch erheblich besser gestellt als die untersten Schichten des Mittelstandes, der eigentlich der arme Stand Spaniens ist. Es sei zum Schluß noch darauf hingewiesen, daß wir uns hauptsächlich auf die Angaben und die Anschauung von Madrid und Barcelona stützen. In den Industriegegenden des Nordens dürften keine großen Unterschiede vorhanden sein. Anders ist es mit den Großstädten des Südens, etwa Valencia und Sevilla. Wir vermuten hier ein größeres Ausmaß an Arbeiternot.

#### **Rechtsstellung und Berufsausbildung des Arbeiters und Bemühen um seine menschliche Existenz**

Nach 1938 wurden alle Gewerkschaften durch das große nationale Syndikat abgelöst, in das einzutreten zwar jedem Arbeiter, ob er nun in der Industrie oder auf dem Land tätig war, freistand, dem aber praktisch doch die große Mehrzahl der Arbeiter angehört. Die Beiträge belaufen sich auf 1,8 Prozent des Grundlohnes, von denen der Unternehmer 1,5 Prozent, der Arbeiter 0,3 Prozent zahlt. Der Arbeitsminister Girón war, wie auch Franco selbst, den Arbeitern durchaus wohlgesinnt. Aber er sah das Heil einzig in der Tätigkeit des Staates, der sowohl die Lohnfrage wie die der verbindlichen Versicherungen von sich aus löste, in dem Sinn, daß er nach der allgemeinen Auffassung die Soziallasten sehr stark erhöhte, während er den eigentlichen Lohn niedriger hielt, als es gut scheint. Die Folge dieser starken Lenkung ist, daß der Arbeiter selbst wenig an der Gewerkschaft interessiert ist. Das riesige Syndikatsgebäude in Madrid kann er nicht als sein Haus betrachten. Hier ist nun im letzten Jahr ein Wandel eingetreten. Man hat den Einzelgewerkschaften an Ort und Stelle das Recht gegeben, die Lohnfragen unmittelbar mit dem Unternehmer zu regeln. Das ist eine wichtige Maßnahme, deren Bedeutung der Arbeiter aber noch nicht recht erkannt zu haben scheint. Nach wie vor ist er mißtrauisch und steht nach außen hin seinem Syndikat fast gleichgültig gegenüber. Es werden auch theoretische Erwägungen angestellt, ob diese Form der Organisation, die aus den Zeiten des Klassenkampfes stammt, richtig und vom Standpunkt des Christen aus gesund sei. Man sieht in der Zukunft ein Zusammenwirken von Unternehmern, Angestellten und Arbeitern, durch das der Streik

<sup>3)</sup> Herbert Auhof, Spaniens soziale Wirklichkeit, Das neue Abendland 12 (1957) 324.

als Mittel der Selbsthilfe z. B. ebenso überholt wird wie einst die Blutrade. Doch dürfte es bis dahin noch ein weiter Weg sein.

Die Regierung hat auch bald begriffen, daß das moderne Leben und Arbeiten eine bessere Berufsausbildung des Arbeiters in Fabrik und Land verlangt. Zahlreichen privaten Versuchen, Einrichtungen und Schulen, die oft geldlich vom Staat unterstützt werden, folgte dann die Gründung von 4-5 großen Anstalten, die man allzu großartig mit „Arbeitsuniversitäten“ bezeichnete, in Gijón, Tarragona, Córdoba, Sevilla und Zamora. Es wurden prunkvolle Gebäude aufgeführt. Vor allem hat der Bau der Universität in Gijón den Widerspruch herausgefordert. Während die einen es priesen, daß der Gebäudeblock umfangreicher sei als der Escorial und der krönende Turm höher als die Giralda von Sevilla (93 m), schien dieser Bau andern eine Verschwendung des Volkvermögens zu sein. Die Universität Gijón ist den Jesuiten, die in Córdoba den Dominikanern, die in Zamora den Salesianern anvertraut. Diese sollen auch noch eine andere (wohl Sevilla) übernehmen. Da die Anstalten ihre Arbeiten erst beginnen, kann man noch nicht viel von den Ergebnissen sagen. Aber wenn auch eine größere Anzahl kleinerer und überschbarer Berufsschulen nützlicher wäre, darf man doch das Bemühen des Staates anerkennen.

Um die vielen, vom Land in die Stadt einströmenden ungelerten Arbeiter für einen neuen Beruf vorzubereiten, beginnen auch Staat und Gewerkschaft kurzfristige Arbeitskurse einzurichten. Auch hier steht man am Anfang, da man erst in den letzten Jahren auf die ganze Größe der Not aufmerksam geworden ist.

Genau so wichtig, wenn nicht dringlicher, ist die Bemühung um die Seele der Arbeiter. Gerade die Binnenwanderung hat die Entwurzelung des Menschen als Gefahr ins Blickfeld gerückt. Sicher gehen viele in der Großstadt unter. Vor allem werden sie der Religion entfremdet, zumal auf dem Land weithin ein rein überlieferungsmäßiges Christentum herrscht. Es ist auffällig, wie selbst in statistischen Untersuchungen, erst recht aber in anderen Abhandlungen, Vorträgen, bei Kongressen und Arbeitstagen die Sorge um diese Fragen im Vordergrund steht. Man wird nicht sagen dürfen, daß ein allseitiges praktisches Programm vorhanden sei. Die Gewerkschaft sucht durch Sorge für die Freizeit, Sport, Bildereien, Gewerkschaftshäuser, Bildungskurse den Arbeiter auch seelisch zu fördern. Sehr mannigfaltig sind die Vereinigungen, die Orden, Laien und die diözesan geordnete Katholische Aktion ins Leben gerufen haben. Sie alle suchen mehr an den einzelnen Arbeitsorten, sei es in den Städten, sei es in den durch Industriewerke bestimmten Landschaften, den Arbeitern und ihren Familien religiös und menschlich zu helfen. Obwohl sie in den großen Städten Tausende erfassen, steht doch die Großzahl der Arbeiter diesen Bemühungen fern. Es gibt aber viele Laienapostel, die in Verbindung mit dem Pfarr- und Ordensklerus (zumal den Salesianern und Jesuiten) sich um ihren Nächsten bemühen. Um die Einwandernden zu betreuen und ihnen beizustehen, ist eine Bewegung im Gang, die die Landpfarrer verpflichtet, Namen und Ziel der Auswandernden den in Frage kommenden kirchlichen Stellen mitzuteilen. Aber eine Organisation ist noch nicht entstanden.

Wenn man bedenkt, was in Spanien nach dem Bürgerkrieg aufzubauen war, kann man nicht umhin, die Leistung anzuerkennen und sogar zu bestaunen. Ohne ausländische Unterstützung, z. B. durch die Marshallhilfe, ist ein blühen-

des, wenn auch unausgeglichenes und unter vielen Rücksichten mangelhaftes wirtschaftliches Leben entstanden. Jedoch ist nicht zu verkennen, daß eine allgemeine Unruhe das Volk erfaßt hat. Es ist einmal die Unruhe des Abenteurers. Selbst die jungen Mädchen vom Land verspüren sie. Sie haben keine Furcht mehr, ihr entlegenes Dorf zu verlassen, reisen nach Madrid und Barcelona, nehmen ohne Schwierigkeiten Angebote aus dem Ausland an, ja suchen sie. In der männlichen Jugend glaubt man auch Erscheinungen der „Halbstarkestimmung“ feststellen zu können. Andererseits ist es die Unruhe des freien Menschen, der sich durch die allgegenwärtige Hand des Staates belästigt fühlt und nach Betätigung und Selbstentscheidung drängt. Unter der Oberfläche einer gewissen Gleichgültigkeit entstehen Wünsche und Ansprüche. Das patriarchalische Fühlen geht zurück; man will Gerechtigkeit. Der spanische Arbeiter hat sich immer zuerst als Mensch gefühlt. Wird er als Person angesprochen, so gilt ihm das ungleich mehr als einige Peseten höheren Lohns.

Aufregender, aber oberflächlicher als die Unruhe in der breiten Bevölkerung ist die einer gehobeneren Schicht von Bürgern und Intellektuellen, die sich meist außerhalb, zum Teil aber auch innerhalb der Kreise befindet, aus denen sich die jetzige Regierung zusammensetzt. Es sind die durchweg immer Unzufriedenen, die von Gerüchten und Sensationen leben. Eigentlich sind auch sie keine Revolutionäre und Umstürzler, aber sie können es werden. Man wird das „unruhige Spanien“ richtiger (ohne die Möglichkeit eines Umsturzes ganz auszuschließen) damit kennzeichnen, daß kraftvolle Entfaltung auf allen Gebieten und von vielen einzelnen und Gruppen aus einen Zustand der Unausgeglichenheit herbeigeführt haben. Eine gewisse gesunde Ursprünglichkeit aller dieser Lebensäußerungen ist unverkennbar. Diese lebendige Echtheit berechtigt zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, trotz aller Armut und Begrenztheit der materiellen Mittel und trotz der Verschiedenheit eigenwilliger Auffassungen und Richtungen in der Lösung der Schwierigkeiten weiterzukommen.

## NOTIZEN

### BHE auf neuen Fährten

Die Ankündigung des bayerischen BHE, unter dem Namen „Nationaldemokratische Partei“ alle zwischen den großen Parteien stehenden nationalen oder liberalen Kräfte zu sammeln, dürfte die in letzter Zeit diskutierte Verschmelzung von BHE und CDU bzw. CSU als kaum realisierbar erscheinen lassen. Der CDU wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, daß sie es nicht verstanden habe, das Unionsprinzip so auszuweiten, daß die Kräfte der Mitte oder der Rechten an die Union herangezogen worden wären. Man erinnert an ähnliche Situationen, die die Gründung der Bayernpartei und der Deutschen Partei betraf. Politiker des BHE warfen der CDU/CSU vor, daß sie nicht genügend stark und kompromißlos den Kampf des BHE gegen Kommunismus und Linkssozialismus unterstütze.

### Badische Christlich-Soziale Volkspartei

Der als Wortführer der badischen Bewegung bekannte Oberlandesgerichtspräsident i. R., Dr. Paul Zürcher, hat am 1. Mai die schon Mitte März vollzogene Gründung einer „Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei“ bekanntgegeben. In der amtlichen Mitteilung wird betont, daß diese neue Partei auf der Grundlage der juristischen Form der alten badischen Zentrumsparlei aufbaue. Zu den Parteigründern gehören in erster Linie Personen, die im Dezember 1951 an der Neugründung der badischen Zentrumsparlei mitwirkten. Das Motiv der Gründung ist in dem Vorwurf des Parteigründers gegenüber der CDU zu sehen, die CDU betreibe eine Verzögerungspolitik und setze sich nicht energisch für einen baldigen Volksentscheid ein, der die „badische Krankheit“ beseitigen soll. Die neuen Parteigründer wollen die Wiederherstellung Badens als selbständiges Bundesland betreiben.

### Bewegung auch in der SPD

Die personellen Auseinandersetzungen in der SPD (vgl. Pol. St. 109) zeichnen sich bereits deutlich ab, wobei die Klärung des Verhältnisses zum Kommunis-

mus von besonderer Bedeutung ist. Willy Brandt findet in den Landesverbänden Unterstützung, die ihn gern als möglichen Kanzler sehen möchten, während der Wehner-Flügel Carlo Schmid bevorzugt.

### Atlantischer Kongreß — London

Am 5. Juni wird Königin Elisabeth II. den Atlantischen Kongreß eröffnen, zu dem rund 650 Delegierte aus 15 NATO-Staaten in London erwartet werden. Präsident des Kongresses wird der niederländische Abgeordnete J. J. Fens sein. Unter den Kongreßteilnehmern wird genannt: Prinz Bernhard der Niederlande, der NATO-Generalsekretär Paul-Henri Spaak, der norwegische Außenminister H. Lange, der amerikanische Senator Humphrey, der Rektor der Universität Rom, Professor Ugo Pappi, der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Dr. Berg.

An den sechs Kongreßtagen soll in fünf Ausschüssen über die Weiterentwicklung der NATO verhandelt werden. Vorsitzender des Ausschusses für geistige und kulturelle Fragen ist Alberto Pirelli (Italien), Vorsitzender des politischen Ausschusses Dr. J. N. A. H. Luns (Niederlande), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses Paul van Zocland (Belgien), Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Freien Welt Lord Attlee (Großbritannien), Vorsitzender des Ostblockausschusses Guy Mollet (Frankreich).

Die deutsche Delegation führt der Präsident der Dt. All. Ges. Dr. Richard Jaeger.

### Spaniens Aufnahme in die NATO

Portugal hat die Initiative ergriffen, Spanien den Beitritt zur NATO zu ermöglichen. Deutschland und Frankreich haben bereits zu erkennen gegeben, daß sie nichts gegen eine Aufnahme Spaniens in die NATO einzuwenden haben. Ernste politische Widerstände bestehen allerdings in Norwegen, Dänemark und Island. Die Entscheidung dieser Länder hängt letztlich sehr stark von der britischen Haltung ab. Man rechnet damit, daß sich der NATO-Rat im September offiziell mit der

Frage befaßt, ob und unter welchen Umständen eine Aufnahme Spaniens spruchreif ist.

### Experiment Preussag

Das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ vertritt die Ansicht, daß die Ausgabe der Preussag-Aktien als Volksaktien-Experiment ein Fehlschlag gewesen sei. Nach Informationen aus Bankkreisen hätten die meisten Aktienkäufer Einkommen angegeben, die knapp unter der vorgeschriebenen Höchstgrenze von 16 000 DM lagen. Offensichtlich hätten viele Antragsteller die Papiere auf den Namen ihrer minderjährigen Kinder oder ihrer Ehefrauen gekauft. Damit bewahrheitete sich die Voraussage des DGB, daß die Aktien sich in den Händen derer konzentrieren würden, die bisher schon Aktionäre wären.

Auch die DAG sieht in der Volksaktie keinen Weg zu Eigentumsneubildung. Der Hauptvorstand der DAG erklärte, daß die derzeitige Kapitalmarktsituation es nicht notwendig erscheinen ließe, einen breiteren Kreis der Bevölkerung für das Wertpapiersparen zu interessieren. Der Erwerb von Volksaktien bedeute im wesentlichen keine zusätzliche Sparleistung, sondern lediglich eine Verlagerung vom Konten- zum Aktiensparen. Man soll den kleineren Sparern mehr die sichere und mobile Anlage auf Sparkonten empfehlen.

Das Bundesschatzministerium veröffentlichte am 5. 5. 1959 eine Übersicht, derzufolge unter den rund 216 000 Erwerbern von Preussag-Volksaktien 119 000 Angestellte waren, ferner hatten sich an der Zeichnung 11 000 Arbeiter mit rund 5 Millionen DM beteiligt.

### „Objektlohn“ — getarnte Normerhöhung

Seit April/Mai 1959 ist in der Bauwirtschaft der Sowjetzone der Begriff „Objektlohn“ aufgetaucht. Aus dem „Arbeitsablaufplan“ und der Norm für die einzelnen Arbeiten wird die Zahl der Normstunden für das Objekt errechnet. Dieser Wert wird mit dem Mittellohn der „Arbeitsbrigade“ multipliziert und ergibt mit dem „Brigadierzuschlag“ den sogenannten Objektlohn. Bei der Zeitberechnung wird in der Regel die durchschnittliche Normerfüllung des Betriebes im vergangenen Jahr zugrunde gelegt. Wenn

eine Brigade im vorigen Jahr überdurchschnittliche Normerfüllungen erzielte, muß sie jetzt das Objekt in noch kürzerer Zeit fertigstellen, um genau so viel verdienen zu können wie im Vorjahr. Die Arbeiter in der Sowjetzone haben in der undurchsichtigen Berechnung des Objektlohns sehr schnell eine neue Normschraube erkannt, die sie zwingen soll, noch mehr als bisher zu arbeiten.

### Ich traf Chruschtschow

Unter der Überschrift „Ich traf Chruschtschow“ veröffentlichte die in Bonn-Duisdorf lebende Frau Professor Klara Maria Faßbinder im ostzonalen „Union Presse-dienst“ einen Beitrag, in dem sie ihr Gespräch mit Chruschtschow anläßlich der Leipziger Messe wiedergibt. Im Laufe dieses Gesprächs stellte Chruschtschow an Frau Faßbinder die Frage: „Glauben Sie, daß Adenauer darum einen Krieg anfangen wird, wenn wir nur mit der DDR Frieden schließen?“ Der anschließende Dialog sei hier wörtlich wiedergegeben.

Frau Faßbinder: „Nein. Unsere Regierung will überhaupt keinen Krieg. Aber der kalte Krieg würde verstärkt, weil die Spaltung vertieft würde. Wir wollen aber keinen heißen Krieg und endlich das Ende vom kalten.“

Chruschtschow: „Das wollen wir auch. Mit dem kalten Krieg ist es wie mit einem Fieber. Die Kurve steigt. Dann sinkt sie wieder. Aber endlich sinkt sie auf den untersten Punkt, den Normalpunkt. Und wir hoffen, daß es auch bei Ihnen bald so kommt. Freilich muß der Kranke die Medizin nehmen!“

Frau Faßbinder: „Das ist Sache des Arztes! Seien Sie ein guter Arzt und geben Sie die Medizin, die der Kranke braucht!“

Chruschtschow: „Aber wenn er sie nicht nehmen will?“

Frau Faßbinder: „Dann muß der Arzt Geduld und Zähigkeit haben und so lange warten, bis der Kranke sie nimmt! Ich denke, Sie können ein guter Arzt sein, der diese Geduld hat!“

### Rote Spionage im Westen

Moskau hat z. T. mit Erfolg seine Angriffe auf die Organisationen gerichtet, die aus West-Berlin die politische Aufklärungsarbeit innerhalb der sowjetischen Besatzungszone leisteten. Unter dem Stichwort: „West-Berlin ist ein Zentrum

der westlichen Spionage" wurde diese Kampagne geführt. Nach einem Bericht der „Wehrpolitischen Information" sind jedoch in Ost-Berlin rund 12 000 Agenten gegen den Westen angesetzt, die von drei Stellen aus geleitet werden, nämlich

1. Ministerium für Staatssicherheit
2. „Verwaltung für Koordinierung" im Ministerium für Nationale Verteidigung
3. „Abteilung Aufklärung" in der (Ost-) Deutschen Grenzpolizei.

Allmonatlich sollen rund acht Millionen Stück Zerseizungsschriften in die Bundesrepublik eingeschuggelt und von Agenten nach genauer Anweisung verteilt werden. Die Ausbildung der Agenten wird an der „Hochschule des außenpolitischen Nachrichtendienstes" in Gransee durchgeführt.

#### **DGB lehnt Besprechungen mit FDGB ab.**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 12. Mai 1959 Besprechungen mit dem sowjetzonalen FDGB erneut und mit der Begründung abgelehnt, daß der FDGB nicht in der Lage sei, aus eigenem Willen zu handeln. Insofern stelle er nichts anderes als ein Werkzeug der Sowjetzonenregierung und der dort allein herrschenden kommunistischen Partei dar. Mit dieser Erklärung beantwortete der DGB-Bundesvorstand ein Schreiben des FDGB, in dem die gemeinsame Beratung von politischen und wirtschaftlichen Fragen vorgeschlagen worden war.

#### **Achtung — Zonengrenze!**

Die 1391 km lange Zonengrenze zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone Deutschlands sportt zur Zeit 36 Eisenbahnlinien, 3 Autobahnen, 30 Bundesstraßen, 66 Landesstraßen 1. und 60 Landesstraßen 2. Ordnung sowie Tausende von öffentlichen Gemeindewegen. Die Zahl der Beobachtungstürme längs der Grenze wurde auf 450 erhöht. Etwa 5000 Pioniere der „Sowjetzonen-Volksarmee" haben im vergangenen Jahr die zu etwa einem Drittel befestigte Grenze durch neue Drahtverhaue gesichert. Nur 4 Straßen-, 7 Eisenbahn- sowie 3 Wasserstraßenübergänge sind gegenwärtig für den Verkehr geöffnet.

#### **Deutsch-chinesischer Handel**

Unter den Handelspartnern Chinas außerhalb des Ostblocks stand im letzten

Jahre die Bundesrepublik an zweiter Stelle. Der deutsch-chinesische Handel erreichte 1958 einen Gesamtwert von rund 930 Millionen DM. Hongkong, das den ersten Platz einnahm, hatte einen Umsatz von 1,4 Milliarden DM und England, das an dritter Stelle rangierte, 590 Millionen DM aufzuweisen. Japan stand mit 450 Millionen an vierter Stelle.

Der Senat der Hochschule für Politische Wissenschaften hat das Thema

#### **Der internationale Rechtsstatus des Flüchtlings**

als Preisaufgabe gestellt und ladet hiermit zur Teilnahme ein.

Als Preis wurden DM 4000,— ausgesetzt. Bei der Bearbeitung soll die internationale Stellung des Flüchtlings, der heute ein Weltproblem ist, völkerrechtlich, rechtshistorisch, rechtsvergleichend und rechtskritisch dargestellt werden.

Für die Teilnahme gelten n. a. folgende Bestimmungen:

1. Die Arbeit hat allen Anforderungen einer wissenschaftlichen Untersuchung zu genügen.
2. Die Arbeit ist bis zum 1. 5. 1960 in Maschinenschrift an die Hochschule eingeschrieben einzureichen. Sie ist mit einem Kennwort zu versehen, das auf einem beigelegten verschlossenen Umschlag, in dem sich die genaue Anschrift des Einsenders befindet, zu wiederholen ist. Auf der Arbeit selbst darf der Name des Einsenders nicht erscheinen.
3. Für die beste Arbeit ist ein Preis von DM 4000,- ausgesetzt. Sollten gleichwertige Arbeiten eingehen, behält sich der Senat der Hochschule eine Teilung des Preises vor.
4. Die Beurteilung der Arbeiten und die Zuerkennung des Preises obliegt einer Kommission, die der gegenwärtig amtierende Senat bestellt.
5. Die Preisverteilung ist für das Ende des Sommersemesters 1960 vorgesehen.

Weitere Auskünfte erteilt die Hochschule für Politische Wissenschaften, München 22, Von-der-Tann-Straße 2.

Louis de Jong, **Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg**. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 4, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1959, 282 S., Ln. DM 19.80.

Kurz vor Ausbruch und in verstärktem Maße während des zweiten Weltkrieges bestand in allen gegen Deutschland kriegsführenden und teilweise auch in neutralen Staaten die Meinung, daß die deutsche Wehrmacht und die politische Staatsführung ihre schnellen und überraschenden Erfolge und Siege nicht zuletzt einer starken „Fünften Kolonne“ im Innern des jeweiligen Landes zu verdanken habe. Bei dem Einmarsch der deutschen Truppen steigerte sich diese Ansicht vielfach zu einer Psychose und Panik, indem man allerorts das Wirken von geheimen, unerkannten und deshalb um so furchtbareren Kräften sah. Der Begriff der „Fünften Kolonne“ wurde zu einem Schlagwort, dessen Erwähnung allein schon Furcht und Schrecken hervorrief. Louis de Jong, der Leiter des Staatlichen Niederländischen Instituts für Kriegsdokumentation in Amsterdam, versucht in der vorliegenden Untersuchung über die deutsche Fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg, die ursprünglich im Auftrage der UNESCO ausgearbeitet wurde, die Meinungen über die Tätigkeit einer deutschen „Fünften Kolonne“ und ihre tatsächliche Tätigkeit zusammenfassend darzustellen und zu vergleichen. De Jong beginnt seine Untersuchung mit einer vorläufigen Erläuterung des Begriffes der „Fünften Kolonne“, der aus dem spanischen Bürgerkrieg stammt, und leitet mit einer Beschreibung der allgemeinen politischen Situation im Herbst 1939 zu den Einzeldarstellungen über. Darin gibt er zusammenfassend die Berichte, Ansichten und Gerüchte wieder, die in den europäischen Staaten, in Großbritannien, in der Sowjetunion, in Nord- und Südamerika über die vermeintliche Aktivität geheimer deutscher Kräfte im Umlauf waren. Es wimmelt hier geradezu von Spionen, Agenten, als Polizisten oder Nonnen verkleideten Fallschirmjägern, überall stößt man auf Verrat, Sabotage, auf raffinierte Zeichen, die den deutschen Truppen Hin-

weise geben sollen etc. Im zweiten Teil des Buches werden dieser „Fünften Kolonne“, wie sie sich in den Gedanken und in der Furcht der Bevölkerung darstellte, die Tatsachen gegenübergestellt, die bisher wirklich auf Grund überprüfbarer Quellen zu erkennen sind. De Jong untersucht die Tätigkeit der militärischen Abwehr, des Auslandsnachrichtendienstes des SD, der Auslandsorganisation der NSDAP, das Verhalten der reichs- und volksdeutschen Gruppen im Ausland, sowie die Aktivitäten der einheimischen faschistischen Organisationen.

In der anschließenden Analyse stellt sich heraus, daß die im ersten Teil des Buches berichteten Anschauungen nur in sehr geringem Maße mit dem tatsächlich Geschehen übereinstimmen. Es ergibt sich eindeutig, daß die Vorstellungen über die gefährliche und großartige Arbeit der deutschen „Fünften Kolonne“ zum größten Teil der Phantasie, der Furcht und der Panik entsprungen waren. Sicherlich gab es während des zweiten Weltkrieges und auch in der Zeit vorher eine militärische und politische Spionage deutscher Stellen; ebenso läßt sich auch die Existenz der Auslandsorganisation der NSDAP und faschistischer Gruppen im Ausland nicht leugnen, die teilweise auch in der einen oder anderen Art den deutschen Truppen Unterstützung leisteten — eine im großen Maßstab organisierte, zentral gesteuerte „Fünfte Kolonne“ hat es jedoch nicht gegeben, wie de Jong ganz eindeutig beweist. Sie ist vielmehr das Produkt bestimmter psychologischer Spannungen, die sich aus den Momenten der Überraschung, der Furcht, der Wehrlosigkeit und Panik ergaben.

Der Verfasser bezeichnet seine Untersuchung selbst als einen Versuch, da es einerseits auf besondere Schwierigkeiten stößt, Gerüchte, Vorstellungen und Meinungen konkret zu fassen, andererseits die Arbeit der Geheimdienste und Untergrundorganisationen sich ihrer Natur nach weitgehend einer wissenschaftlichen Durchleuchtung entzieht, die ja stets auf zugängliches Quellenmaterial angewiesen ist. Man darf dieser Selbsteinschätzung hinzufügen, daß es sich nicht nur um



## R E P R Ä S E N T A T I V

für weite Kreise der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungsschicht unseres Volkes ■ auf Grund klarer, unbeirrbarer Zielsetzung aus christlich-abendländischer Verpflichtung ■ weitgespannter politischer Konzeption und ■ wegweisender Wirtschaftspublizistik bei völliger geistiger und materieller Unabhängigkeit.

# Rheinischer Merkur

DIE REPRÄSENTATIVE ZEITUNG DEUTSCHLANDS

Verlagshäuser in Köln und Koblenz  
Korrespondenzanschrift: Koblenz, Roonstraße (Pressehaus)

einen sehr gut gelungenen, sondern auch um einen Versuch mit einem eindeutigen und einwandfreien Resultat handelt.

*Bernhard Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934—1936. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1957, 399 S., Ln. DM 32.—, brosch. DM 26.—*

Ein weiterer Band der „Quellen und Darstellungen“ des Instituts für Zeitgeschichte in München befaßt sich mit den oppositionellen Kräften gegen das Hitler-Regime: Bernhard Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat. Es handelt sich bei der vorliegenden Schrift um eine Quellenveröffentlichung, in der die Lageberichte der Staatspolizeistelle Aachen aus den Jahren 1934 bis 1936 abgedruckt sind. Die hier erstmals veröffentlichten Berichte der Gestapo sind in zweierlei Hinsicht von Interesse: sie vermitteln Erkenntnisse über die Tätigkeit oppositioneller Gruppen im „Dritten Reich“ und lassen gleichzeitig Rückschlüsse zu auf die Politik und die Absichten der damaligen Herrscher. Ihrem Charakter nach sind die Berichte deshalb von besonderem Wert, weil es sich um „internes Material“ handelt, das zum Teil als „Geheim“ klassifiziert ist; die Berichte sollten ihrem ursprünglichen Zweck nach der Information höchster Führungsstellen und nicht dem Historiker als Quellenmaterial dienen. Man darf deshalb die in den Berichten wiedergegebenen Angaben und Stimmungen im wesentlichen als wahrheitsgetreu und zutreffend betrachten.

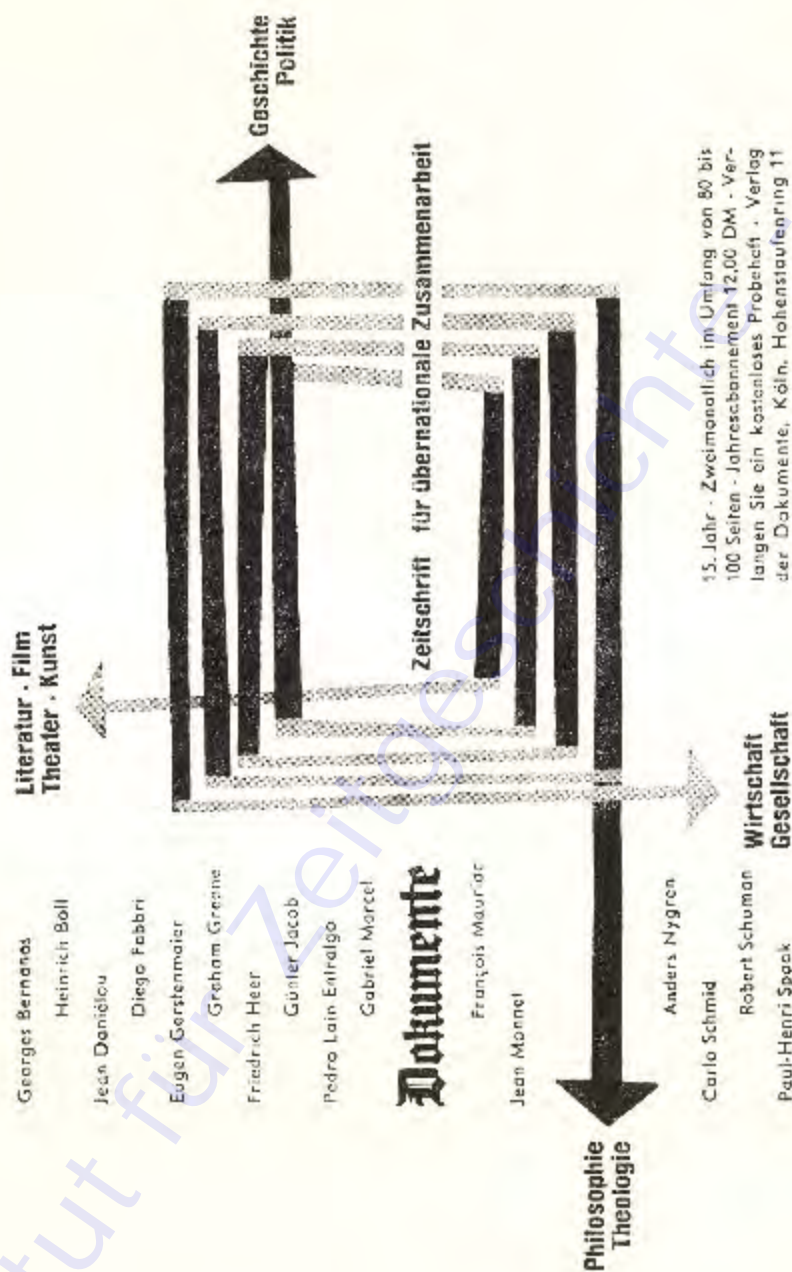
Während die Berichte in ihrer ursprünglichen Form alle Arten der Opposition gegen das nationalsozialistische Regime umfaßten, sind in der vorliegenden Edition im wesentlichen nur die Abschnitte über die Tätigkeit der evangelischen und katholischen Kirche, über die Kulturpolitik sowie über die NSDAP und ihre Gliederungen abgedruckt. Aus den vorgelegten Berichten ist zu erkennen, daß im Regierungsbezirk Aachen sowohl die Sozialdemokratische Partei und die Kommunisten als auch in starkem Maße die beiden großen Kirchen einen erheblichen Hort der Opposition darstellten, der zwar keinen organisatorischen Ausdruck fand, unter der Oberfläche jedoch in beträchtlicher Stärke weiterwirkte, so daß die Bezeichnung „Volksopposition“ im

Titel des Buches durchaus ihre Berechtigung hat. Daneben finden sich zahlreiche Angaben über die Verhältnisse innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, die Spannungen zwischen Staatsverwaltung und Partei, zwischen SA und Stahlhelm.

*Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 5. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1958, 184 S., Ln. DM 15.80.*

Es mag auf den ersten Blick eigenartig und befremdend erscheinen, daß man die Aufzeichnungen des Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz, Rudolf Höß, für würdig befindet, als Buch zu veröffentlichen. So berichtigt diese Bedenken auch sein mögen, so kann man den Aufzeichnungen des Rudolf Höß aus zwei Gründen ein „öffentliches Interesse“ nicht absprechen: sie geben zahlreiche Informationen über die Verhältnisse innerhalb des SS-Apparates, über Führerpersonen der SS, mit denen Höß zusammengekommen ist, über die Verwaltung und die Verhältnisse in einem Konzentrationslager; außerdem stellen sie — wenn man so sagen darf — ein „menschliches Dokument“ dar, das aufzeigt, wie wenig vorherbestimmt aus der menschlichen Psyche der Weg zum KZ-Kommandanten sein konnte.

Der erste, umfangreichere Teil des Buches enthält die autobiographische Skizze des KZ-Kommandanten Höß. In ihr zeigt er seinen Weg auf von einer idyllischen Jugend über die Zeit als Kriegsfreiwilliger und Frontkämpfer, über Festungshaft bis zum Eintritt in die SS und die Übernahme in den KZ-Dienst. Das eigentlich Erstaunliche und Erschreckende an den Aufzeichnungen ist, mit welcher überraschenden Mittelsamkeit und oftmals abstoßender Sachlichkeit Höß über die Geschehnisse in den KZ-Lagern Sachsenhausen und Auschwitz berichtet. Ohne Selbstrechtfertigung, aber auch ohne eigentliche Reue und edle Anteilnahme ist dieser Lebensbericht. Mit aller Klarheit zeigt dieser Bericht, daß es nur ein Schritt war, die Vorstellungen der Nationalsozialisten über die Notwendigkeit der Anszermung des „Judentums“ anzuerkennen und Hunderttausende von Menschen fabrikmäßig „sauber“ zu töten. Höß zeigt auch glaubhaft auf, daß es für solche Unternehmen keiner verbrecherisch veranlagter Menschen bedurfte, sondern es



15. Jahr - Zweimonatlich im Umfang von 80 bis  
100 Seiten - Jahresabonnement 12,00 DM - Ver-  
langen Sie ein kostenloses Probeheft - Verlag  
der Dokumente, Köln, Hohenstaufenring 11

Archiv

genügte dazu Menschen, die bereit waren, ihre — wie sie es verstanden — Pflicht zu tun, ohne zu fragen und zu denken. Höß schreibt, daß er sich über die Tötung von russischen Kriegsgefangenen keine Gedanken gemacht habe; „es war befohlen, ich halte es durchzuführen“. Neben dieser eigenartigen Form von Pflichtbewußtsein ist es eine gewisse Sentimentalität, die sich durch die Aufzeichnungen zieht; es „beruhigte“ Höß, daß die Tötung von Menschenmassen durch Gas auf unblutige und „saubere“ Art möglich war, während er sich über „kriminelle Delikte“ und „Grausamkeiten“ empört zeigte. Will man den Aufzeichnungen glauben, so hat Höß nie ganz begriffen, daß seine Pflichterfüllung Verbrechen war. Im zweiten Teil sind Aufzeichnungen von Höß über die „Endlösung der Judenfrage“ im KZ Auschwitz und ein Porträt Himmlers wiedergegeben, das sich auf persönliche Begegnungen mit dem „Reichsführer SS“ stützt.

Die Aufzeichnungen von Höß entstanden, als er sich 1946/47 in der Untersuchungshaft in Krakau befand. Die „Autobiographie“ ist mit wenigen unwesentlichen Ausnahmen nach dem handschriftlichen Originalen abgedruckt. Martin Broszat vom Institut für Zeitgeschichte hat die Aufzeichnungen mit einer kritischen Einleitung und zahlreichen Anmerkungen versehen.

**Karl Klee, Das Unternehmen Seelöwe.** Die geplante deutsche Landung in England während des zweiten Weltkrieges 1940. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1958, 300 S., 17 Karten, Ln. DM 35.—

In der Reihe der „Studien und Dokumente zur Geschichte des zweiten Weltkrieges“ legt Karl Klee eine ausführliche und interessante Untersuchung der politischen und militärischen Vorbereitungen für eine deutsche Landung in England während des zweiten Weltkrieges vor. Der Verfasser geht von einer Darstellung der militärpolitischen Lage nach dem Frankreichfeldzug aus und wendet sich dann den ersten Überlegungen für eine Landung in England zu, die im Oberkommando der Wehrmacht durchgeführt wurden. Diesen ersten Überlegungen folgen die eigentlichen technischen Vorbereitungen, die nach der Weisung Hitlers vom 16. Juli 1940 einsetzen. Als besonders auffallend zeigt sich dabei immer wieder das Fehlen einer zentralen

Führungsstelle, welche die oft gegensätzlichen Ansichten und Vorschläge der drei Wehrmachtsteile hätte koordinieren und abstimmen können. Auf Grund eines äußerst gründlichen Quellenstudiums stellt Klee die operativen und materiellen Vorbereitungen der Landung dar, wobei sowohl die oftmals falschen allgemeinen politischen und militärischen Beurteilungen der Staats- und Wehrmachtsführung zu erkennen sind als auch die behelfsmäßigen und unzureichenden Mittel, mit denen die Invasion Großbritanniens durchgeführt werden sollte. Von allgemeinem historischen Interesse ist die Feststellung Klees, daß der äußere Anlaß für den Entschluß Hitlers im Sommer 1940, die Sowjetunion anzugreifen, in der unnachgiebigen Haltung Englands zu finden ist. Auch nach dem Angriff auf die Sowjetunion wurden die Vorbereitungen des Unternehmens „Seelöwe“ in verringertem Umfange fortgesetzt, bis Hitler im Februar 1942 beschloß, alle Vorbereitungen einzustellen. Die Tatsache, daß die Landung in England nicht durchgeführt worden ist, führt Klee im wesentlichen auf zwei Ursachen zurück: auf die Erkenntnis, daß bei den Deutschland zur Verfügung stehenden Kräften das militärische Risiko einer solchen Operation zu groß sei sowie auf die Auffassung Hitlers, Großbritannien möglichst zu „schonen“ und „wichtigere Aufgaben“ im Osten lösen zu müssen. Die kriegsgeschichtliche Studie wurde auf Grund umfangreicher, teilweise bisher nicht zugänglicher und ausgewerteter Quellen erarbeitet.

**Arthur M. Schlesinger, The Age of Roosevelt, Vol. I: The Crisis of the Old Order.** William Heinemann Ltd., London 1957, 569 S., Ln. 42 s.

Arthur M. Schlesinger jr., bekannt durch mehrere Werke zu politischen und soziologischen Fragen, beginnt mit seinem vorliegenden Buch eine mehrbändige Studie zur neuesten Geschichte der USA. Der erste Band umfaßt die Zeit vom Abschluß des Versailler Vertrages bis zum Amtsantritt F. D. Roosevelts, von der Politik Wilsons bis zur Machtübernahme Hitlers, von dem Glauben an die fortdauernde Prosperität bis zur lähmenden Verzweiflung der „großen Krise“. Schlesinger bringt nicht nur die Probleme der großen Politik, sondern leuchtet auch tiefer in die geistesgeschichtlichen Strömungen, in die Entwicklung der sozialen

Struktur, in die Kämpfe der Parteien und Machtgruppen hinein. Auf eine Fülle von zeitgenössischen Quellen gestützt, stellt Schlesinger die großartige Entwicklung dar, die von der bitteren Enttäuschung der ersten Nachkriegszeit zu der Überzeugung führte, daß eine neue Form des politischen Handelns — ein „New Deal“ — notwendig sei. Zwei Probleme waren es besonders, denen sich die amerikanischen Politiker dieser Periode gegenübersehen: die Erhaltung der persönlichen Freiheit und gleichzeitig der sozialen Sicherheit in einer Zeit der immer stärker werdenden Zentralisation und Vermasung; als nicht weniger wichtiges Problem die Sicherung des Friedens unter der Furcht der Selbstvernichtung.

Zwar endet der erste Band mit der Amtseinführung „F.D.R.s“, große Teile des Buches sind jedoch bereits der Jugend und der politischen Entwicklung Roosevelts gewidmet. Der letzte Teil stellt im wesentlichen eine Biographie Roosevelts dar, die nicht nur die politische Tätigkeit umfaßt, sondern dem Leser auch den Menschen Roosevelt vorstellt. Die in den ersten Abschnitten gegebene Darstellung der politischen und geistesgeschichtlichen Entwicklung fließt mit der Biographie Roosevelts wieder zusammen in der Schilderung der Konvention der Demokratischen Partei des Jahres 1932, welche die Nominierung Roosevelts als Präsidentschaftskandidat beschloß. Wie viele andere Einzelereignisse, so werden auch dieser dramatische Parteitag der Demokraten und die vorhergehenden Kämpfe mit Spannungen in lebhafter und packender Weise geschildert.

Schlesingers Werk ist in vorbildlicher Weise geeignet, die geistesgeschichtlichen Grundlagen, die Probleme und den Stil des politischen Lebens der USA in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts verständlich zu machen. Man darf mit Interesse die weiteren Bände erwarten, welche die Durchführung des „New Deal“ und die Periode des zweiten Weltkrieges behandeln werden. *Hans Kluth*

*Siegfried Landsbut und Wolfgang Gaebler, Politisches Wörterbuch.* J. C. B. Mohr, Tübingen 1958, 265 S., Ln. DM 13.60.

In den letzten Jahren ist auf dem Büchermarkt eine Reihe politischer Nachschlagewerke verschiedener Art erschienen. Nach Anlage und Umfang kann man dabei zwei Gruppen unterscheiden. Auf



Man sieht:  
Hier sitzt ein  
anspruchsvoller  
Zeitungsleser...

... denn die unabhängige und überparteiliche Süddeutsche Zeitung ist die meistgelesene Tageszeitung Süddeutschlands. Was aber sehr viel mehr besagt: Sie ist ein Blatt, das aufgrund richtungweisender Leitartikel, freimütiger Kommentare und eines überdurchschnittlich hohen Niveaus im Inland wie im Ausland Ansehen besitzt und viel beachtet wird. Deshalb zitieren Rundfunk und Weltpresse so häufig die Meinung der Süddeutschen Zeitung zu politischen und wirtschaftlichen Fragen. Wollen Sie die SZ einmal kennenlernen? Dann brauchen Sie nur den untenstehenden Abschnitt auf eine Postkarte zu kleben und an den Süddeutschen Verlag, Abteilung VV, München 3, zu senden.

Unverbindliche und kostenlose  
3-Tage-Probeflieferung

149

**Süddeutsche Zeitung**

der einen Seite mehrbändige, vornehmlich für den wissenschaftlichen Gebrauch bestimmte Lexika — wie das fünfbandige, im Jahre 1952 von O. von Noll-Breuning und H. Sacher herausgegebene „Wörterbuch der Politik“ und die 6. neubearbeitete Auflage des auf acht Bänden geplanten „Staatslexikons“ der Görres-Gesellschaft, von dem drei (1957/59) bisher vorliegen. Auf der anderen Seite gibt es einhändige Werke, die sich besonders an die breitere politisch-interessierte Leserschaft wenden. Dazu zählen Walter Theimers „Lexikon der Politik“ (5. Aufl., 1955), Pfeifers „Handwörterbuch der Politik“ (1956) und der von Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Brähler herausgegebene Band II „Staat und Politik“ des „Fischer-Lexikons“ (1957).

Die jüngste Neuerscheinung bildet das von Siegfried Landshut und Wolfgang Gaebler verfaßte „Politische Wörterbuch“, das ebenfalls für einen breiten Leserkreis bestimmt ist. Der schmale Band besticht vor allem durch knappe und prägnante Formulierungen sowie klare und übersichtliche Gliederung. Unter den etwa 1250 Stichwörtern findet der Leser alle politischen, verfassungs- und staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Begriffe erläutert; besonders begrüßenswert ist, daß das Buch auch internationale Bündnisse, Verträge und Organisationen ebenso enthält wie Ausdrücke aus der Diplomatie und Presse. Viele Begriffe werden nicht allein von ihrer aktuellen Bedeutung her, sondern in ihrer historischen Entstehung und Entwicklung gedeutet. Knappe Abrisse führen in die Probleme der Ideologien ein. Bei der Darstellung von Bestimmungen und Begriffen des Bonner Grundgesetzes wird oft auf die Weimarer Reichsverfassung zurückgegriffen; auch bringt der Band wertvolle Hinweise auf außerdeutsches Verfassungsrecht (vor allem auf Österreich und die Schweiz). Die vielfachen Verweise, durch welche die einzelnen Stichwörter miteinander verbunden werden, erleichtern es dem Leser, sich ein geschlossenes Bild von allen politischen Begriffen zu verschaffen und politische Zusammenhänge zu erkennen. Der Anhang enthält eine kurze instruktive Einführung in die neue Verfassung der V. Republik Frankreich, in der die entscheidenden Neuerungen gegenüber der Verfassung der IV. Republik vom 24. Dezember 1946 klar herausgearbeitet werden. *Jens Hacker*

*Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur.* Duncker und Humblot, Berlin 1958, 744 S., Ln. DM 56.80.

In diesem Buch versucht Gerhard Kroll vor allem 1. eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung von der Weltwirtschaftskrise bis in die Jahre vor dem zweiten Weltkrieg zu geben, 2. zu zeigen, daß Wilhelm Lautenbach das Verdienst zukommt, Maßnahmen entwickelt und vorgeschlagen zu haben, die — rechtzeitig angewendet — die Krise in Deutschland hätten vermeiden bzw. früher überwinden bzw. entscheidend hätten abmildern können, 3. nachzuweisen, daß die Marktwirtschaft aus sich heraus und ohne weitgehende staatliche Maßnahmen nicht in der Lage ist, Krisen zu vermeiden oder zu überwinden, 4. zu zeigen, daß er selbst vor mehr als 20 Jahren eine Konjunkturtheorie entwickelt habe, die in keiner Theorie, auch nicht bei Keynes und seinen Epigonen<sup>4</sup> zu finden, später jedoch von W. A. Jöhr aufgegriffen worden sei.

Uns scheint, daß der Verfasser den Löwenanteil der 744 Seiten seines Buches in den Dienst des letzten Zieles gestellt hat und in den Dienst des Versuches zu beweisen, daß die entscheidenden Fortschritte in der Konjunkturtheorie nicht von Universitätsprofessoren, sondern von „Außenseitern“ stammen, wofür letzteren noch dazu die Anerkennung versagt bleibe. Außerordentlich verdienstvoll an dem Buch ist die Würdigung der Arbeiten Wilhelm Lautenbachs — eines Ministerialbeamten und damit „Außenseiters“ (zu denen der Verfasser alle Nicht-Professoren zu rechnen scheint). Bienenleißig sind Tatsachen und Daten zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung zusammengetragen, wenngleich an der Interpretation Zweifel angemeldet werden müssen, zumal wenn man bedenkt, daß es G. Kroll an anderen Stellen seines Buches mit der Beweisführung nicht allzu genau nimmt. Leider kann hier die Fülle der kritischen Anmerkungen, die zu dem Buch zu machen wären, keinen Platz finden. In seinem Bemühen zu beweisen, daß das Ringen der Wissenschaft mit dem Krisenproblem auf ein Fiasko der Nationalökonomie hinausgelaufen sei (S. 176), scheut der Verfasser keinen Aufwand: so z. B., wenn er sich in ungewöhnlicher Art und Weise mit Adolf Weber beschäftigt. Die Behauptung, daß die Namen von Foster und Catlings (beide „Außenseiter“) „nicht einmal in den führenden Werken der Kon-

MAURICE DUVERGER

**DIE POLITISCHEN PARTEIEN**(Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft  
Hamburg)Nach der 3. franz. Auflage übersetzt und herausgegeben von  
Professor Dr. SIEGFRIED LANDSHUT, Hamburg

1959. XVII, 439 Seiten. Brosch. DM 25.—, Lw. DM 29.50

Seit etwa 50 Jahren, d. h. seit den ersten Untersuchungen von Ostrogorski und Michels, und gerade in der Zeit, in der die politischen Parteien sich zum eigentlichen Organon der parlamentarischen Demokratie entwickelt haben, liegt jetzt mit dem Werk von Maurice Duverger, Professor für Politische Wissenschaft an der Pariser Sorbonne, zum erstenmal eine allseitige Analyse vor, die mit dem gesamten Erfahrungs- und Beobachtungsmaterial der kontinental-europäischen, der englischen und der amerikanischen Verhältnisse arbeitet. Nicht nur die innere Organisation der verschiedenen Parteitypen, einschließlich der Einheitsparteien der totalitären Staaten, nicht nur das Verhältnis der Mitgliedschaft, der Sympathisierenden und der Wähler zur Parteileitung zu den Abgeordneten gelangen zur Darstellung, sondern die bisher wenig beachtete Wirkung der Wahlverfahren auf die Struktur der Parteien, auf ihr Verhältnis untereinander, auf die Stellung der Abgeordneten und die Möglichkeit von Koalitionen ist eines der überraschendsten und interessantesten Ergebnisse der Analyse. Von hier aus eröffnet die Untersuchung auch eine Fülle von Einsichten in die gesellschaftlichen Grundlagen der Parteibildung, den grundsätzlichen Unterschied des Zwei- und Vielparteiensystems und den für Parlament und Regierungsbildung entscheidenden Unterschied von kleinen, mittleren und großen Parteien. Den letzten Abschnitten über das Verhältnis von Parteien zur öffentlichen Meinung kommt gerade heute eine besondere Aktualität zu.

**J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TUBINGEN**

junkturtheorie und des Geldes selbst im Personenregister zu finden sind", daß sie u. a. auch bei Haberler fehlen (S. 205 f.). Ist offensichtlich falsch. Man kann bei Haberler, S. 123 und im Personenregister die Namen von Foster und Catchings nachlesen wie auch bei Halm „Geld, Außenhandel und Beschäftigung“, München 1957. Wenn der Verfasser meint, entscheidend neu an seiner eigenen Theorie sei die Erkenntnis, „ein Nachlassen der Investitionstätigkeit aus einer vorübergehenden Sättigung des Investitionsbedarfs genügt vollkommen, um den Konjunkturumbruch zu erzwingen“, so sei nur auf die Wachstumstheorie verwiesen. Der Anspruch des Verfassers, eine hieb- und stichfeste, zutreffende Konjunkturtheorie entwickelt zu haben, die nirgendwo in der Wirtschaftstheorie zu finden sei, besteht nicht zu recht. Ganz abgesehen davon, daß gegen die Ableitung der Entstehung eines Nachfragedelitzes erhebliche Bedenken vorzubringen sind, würde die Tatsache der Ausreifungszeit der Investitionen und ihre Bedeutung für den Konjunkturverlauf durchaus erkannt. Genannt seien nur: Afialon, Pigou, Robertson. Es ist wirklich schade, daß Kroll soviel Energie auf den Versuch des Nachweises gerichtet hat, wie groß die Ahnungslosigkeit der Nationalökonomien während der Weltwirtschaftskrise gewesen sei, daß es „Außenseiter“ waren wie Foster und Catchings, Laulenbach, Robert Friedländer-Prechtl, die rechtzeitig konjunkturtherapeutische Maßnahmen entwickelt haben. Dieser krampfhaft und nicht ohne Bitterkeit durchgeführte Versuch mußte natürlich zu Verzerrungen und unhaltbaren Einseitigkeiten führen.

Der Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, der zur Entstehung dieser Arbeit führte, kann u. E. nur insoweit als erfüllt angesehen werden, als sich der Verfasser einer sachlichen Analyse des damaligen wirtschaftlichen Geschehens unterzog. Einen Beweis, daß nur eine „Staatskonjunktur“ (was ist das eigentlich?) stetiges wirtschaftliches Wachstum sichern könne, hat der Verfasser nicht geführt. Soweit der Zeitraum zwischen den Weltkriegen als Beweis dienen soll, so sind dagegen die Bedenken anzumelden, die für historische Beweise, die sich einer Periode von nicht einmal dreißig Jahren bedienen, überhaupt vorzubringen sind. Die Schrift hätte nicht an Wert verloren, wenn der Verfasser sich objektiver und eingehender

mit dem Stand der Konjunkturtheorie beschäftigt und ihr nicht seine eigene Ausschließlichkeit, Originalität und Richtigkeit beanspruchende Theorie aufgepfropft hätte.

Heinz Lampert

**Handbuch des Weltkommunismus**, in Zusammenarbeit mit zahlreicher Gelehrten herausgegeben von *Joseph M. Borchenski* und *Gerhart Niemeyer*, Verlag Karl Alber, Freiburg/München 1958, 762 S., DM 24,80.

Seit Ende 1958 liegt das von fünfzehn ausnahmslos im Ausland wirkenden Autoren verfaßte Handbuch vor. Wenn man an ein solches in der Regel die Anforderung der Vollständigkeit stellen kann (und soll), so sollte man andererseits die Ansprüche auch wiederum nicht unerreichbar hoch schrauben. Legt man die engsten, möglichen Maßstäbe an das „Handbuch des Weltkommunismus“, dann kommen nämlich schon Zweifel an der Berechtigung des Titels. Man erkennt dabei uneingeschränkt an, daß die Darstellung der Probleme der Sowjetunion im Vordergrund stehen mußte. Man räumt auch ein, daß die Verhältnisse in China und in den europäischen Satellitenstaaten einer entsprechenden Betrachtung unterzogen worden sind, doch vermißt man eingedenk des Titels — z. B. die Berücksichtigung des isländischen, dänischen und norwegischen Kommunismus. Man bedauert die allzu kurze Erwähnung des Kommunismus in den Vereinigten Staaten ebenso wie die etwas stiefmütterliche Behandlung des Protestantismus in den jetzigen Ostblockstaaten, über dessen Schicksal durchaus Materialien — wenn auch zerstreut — existieren. Doch wenn man das Handbuch von einer ihm aufzwingbaren Zwangsjacke befreit, wird man mit den dargebotenen und diskutierten Unterlagen zufrieden sein, sieht man sich doch einer Arbeit gegenüber, in der komprimiert und überwiegend dokumentarisch Entwicklung, Wesen und Ziele des (sowjetischen) Kommunismus dargestellt worden sind. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die methodische Anlage der einzelnen Beiträge, deren Verfasser besonderen Wert auf die Wiedergabe ausführlicher Quellenzitate gelegt haben. Hierdurch sieht sich der Leser in der Lage, die gegebenen Interpretationen an Hand der verfügbaren Quellenauswahl prüfen zu können.

Es würde den Rahmen einer Rezension sprengen, würde man auf den überaus reichen Inhalt der einzelnen Beiträge in der Weise eingehen, wie diese es verdienen. Über die zur Darstellung gebrachte Stofffülle gibt bereits das umfangreiche Literaturverzeichnis (S. 645-715) Auskunft und ermöglicht zugleich, sich mit der formalen Struktur des Kommunismus (J. M. Bocheński), seinen philosophischen, soziologischen und wirtschaftstheoretischen (Bocheński, E. J. Walter, G. Niemeyer) sowie seinen politischen Grund Lehren (G. Niemeyer) an Hand der angegebenen Primär- und Sekundärquellen weitergehend zu orientieren. Dasselbe gilt für die erfolgte Behandlung der Partei (J. S. Reshetar), der Methodologie der Eroberung und des Herrschers (J. Reshetar, S. T. Possony, W. W. Kulski), der Expansion des kommunistischen Reiches (J. Lihach) wie für die Aufzeichnungen des Schicksals der Nationalitäten innerhalb kommunistischer Staaten (W. Kolatz), die Darlegungen über das Recht (V. Gsovski) und das Verbrechen und das Strafsystem (D. J. Dallin). Angestattet mit umfangreichem und zuverlässigem statistischen Material sind die informativ von gleich hohem Wert ausgezeichneten Über-

blicke über die Wirtschaft (R. James), die Bauern (K. A. Wittfogel), Literatur, Kunst und Wissenschaft (J. R. Fizer) sowie die Religion (T. M. Bochenki) innerhalb des kommunistischen Machtbereichs. In seinen Grenzen untersucht schließlich W. W. Kulski die Situation des Individuums, ehe Bochenki unter dem Titel „Zur Kritik des Kommunismus“ das Resümé aus allen vorausgegangenen Kapiteln zieht.

Die von den Herausgebern gehegte Absicht, die Bedeutung des als politische Macht des 20. Jahrhunderts sich ausgewiesenen Weltkommunismus aufzuzeigen, muß als im Ganzen geglückt bezeichnet werden. Ihr Handbuch, das in verständlicher Sprache sachlich, aber schonungslos die bestehenden Diskrepanzen zwischen kommunistischer Theorie und Praxis sichtbar macht, das die Grenzlosigkeit im Denken der kommunistischen Ideologen ebenso zeigt wie es die Grenzen der Realisierung ihrer Gedanken absteckt und das nicht versäumt, auf die anreizend und verlockend wirkenden, gefährlichen Propagandaparolen hinzuweisen, sollte tatsächlich nicht nur eine Lücke im Bücherschrank schließen.

Hilmar Toppe

**DIE NEUE  
GESELLSCHAFT**

## **Zeitschrift für Politik und Wissenschaft**

*Herausgeber:* Otto Brenner, Dr. Heinrich Deist,  
Fritz Erler, Waldemar v. Knoeringen,  
Prof. F.W. Meyer, Prof. Carlo Schmid,  
Dr. Carl Schumacher, Herbert Wehner

*In Heft 4/1959 (Juli/August) lesen Sie u. a.*

*Das Anliegen der Geschichte an unsere Rechtswissenschaft*

*Die Probleme der Strafrechtsreform*

*Das Bild des Richters in unserer Zeit*  
ferner

*Evangelische Kirche und Staat in der DDR*

*Gedanken zur Reform des deutschen Schulwesens*

DIE NEUE GESELLSCHAFT erscheint zweimonatlich zum Preise von DM 2.— je Heft (zuzüglich Porto). Fordern Sie bitte ein kostenloses Probeheft bei uns an.

**Verlag Neue Gesellschaft · Bielefeld · Pressehaus**

## Bei der Redaktion eingegangene Schriften

[Besprechung vorbehalten]

*Gerhard Leibholz*, **Die Gleichheit vor dem Gesetz**. C. H. Beck-Verlag, München 1959, 2. Aufl., 265 S., kart. DM 18.50.

*Helmut Plessner*, **Die verspätete Nation**. W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1959, 174 S., kart. DM 14.50.

*E. G. Franz*, **Das Amerikabild der deutschen Revolution von 1848/49**, Beihefte zum Jahrbuch für Amerikastudien. Heft 2. Carl Winter-Verlag, Heidelberg 1958, 154 S., brosch. DM 18.—.

*Peter Demetz*, **Marx, Engels und die Dichter**. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1959, 352 S., Ln. DM 16.80.

*Gerhard Zwerenz*, **Auf Rad geflochten**. Kiepenheuer u. Witsch, Köln 1959, 311 S., Ln. DM 15.80.

*Viggo Graf Blücher*, **Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone**. Eine Untersuchung der

Arbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ. Ferdinand Enke-Verlag, Stuttgart 1959, 104 S., kart. DM 11.30.

*Hermann Hartung u. Gottfried Paulsen*, **Was liest die Jugend in der Sowjetzone?** Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1959, kart. 101 S.

*W. G. Hoffmann u. J. H. Müller*, **Das deutsche Volkseinkommen 1851—1957**. J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen 1959, 162 S., kart. DM 16.50.

*Rudolf Geiger*, **Die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus bei Keynes, Schumpeter u. Burnham**. Polygraphischer Verlag AG, Zürich 1959, 112 S., brosch. Fr. 12.—.

*Norbert Zimmer*, **Afrika**. Ein Reise- und Wirtschaftsbandbuch. Kairos-Verlag, Baden-Baden 1959, 200 S., Illn. DM 13.60.

## Dissertationen an deutschen Universitäten

[Wintersemester 1958/59]

### Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Marburg

Peter Knevels, **Aufbau und Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung in der deutschen Demokratischen Republik unter Hervorhebung der geistigen Grundlagen des Verfassungssystems**. (Referent: Prof. Dr. Herrfahrdt).

Günter Wehrauch, **Die Selbstverwaltung der Gemeinden und das Grundgesetz**. (Referent: Prof. Dr. Herrfahrdt).

### Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Freien Universität Berlin

Wolfgang Förster, **Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem**.

Hans-Hermann Hartwich, **Der Einfluß des Staates auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner Metallindustrie von 1919 bis 1932. Eine Studie über die Funktion des staatlichen Schlichtungswesens in der Weimarer Republik**.

Erich Klinkmüller, **Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ostblockstaaten**.

Martin Scheftelowitz, **Das Genossenschaftswesen in Israel**.

Dieter Weiß, **Unternehmerentscheidungen und Vollbeschäftigungspolitik**.

### Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Hamburg

Gerda-Maria Schläge, **Die Theorien der Kapitalerhaltung, Entwicklung und Auswirkungen auf Kapitalversorgung und Preisgestaltung**. (Referent: Prof. Dr. Seischab.)

Hans-Hermann Gerhof, **Die Problematik der gegenwärtigen Gewerbesteuer in der Bundesrepublik Deutschland und eine kritische Würdigung der Reformvorschläge**. (Referent: Prof. Dr. Wall.)

### Juristische Fakultät der Universität Heidelberg

Richard Louis, **Die geplante Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels (OTG)**. (Referent: Prof. Dr. Hermann Mosler.)

Helmut Frey, **Die Rechtsnatur des Betriebsrats, seine Vertretung und die Wirkungen fehlerhafter Verlautbarungen**. (Referent: Prof. Dr. Wolfgang Siebert.)

### Philosophische Fakultät der Universität Bonn

Manfred Morkes, **Die deutsche Politik gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg 1936—1939**.

Dieter Alswede, **Friedensbemühungen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien 1914—1918**.

*Wichtige Neuerscheinungen der politischen Wissenschaft*

Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Berlin

**Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens**

Außerungen deutscher Staatsmänner und Staatsdenker über Staat und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika 1959, 336 Seiten, Ganzleinen mit Schutzumschlag DM 20.—

Prof. Dr. Hans Kohn, New York

**Ist die freie Welt zum Untergang verurteilt?**

1959, 90 Seiten, engl. Broschur DM 5.20

Prof. Dr. Gerhard Möbus, Koblenz

**Psychagogie und Pädagogik des Kommunismus**

1959, 184 Seiten, engl. Broschur DM 9.—

Wolfgang Hirsch-Weber, Berlin

**Gewerkschaften in der Politik**

Von der Massenstreik-Debatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht  
1959, XVII/166 Seiten, Ganzleinen DM 18.50

**WESTDEUTSCHER VERLAG - KÖLN UND OPLADEN**

## Aus den Programmen deutscher Rundfunkanstalten

### Bayerischer Rundfunk, München

MW, 8. 6. u. 22. 6., 20.00—20.45  
 Das Wirtschaftswunder auf dem Prüfstand.  
 3. Die Kunst des Ausgleichs. Sozialpolitik auf dem Rücken der Verbraucher; 4. Der Schrei nach dem Staat. Der Milliardenrausch — nüchtern gesehen.

UKW, 9. 6. u. 21. 6., 21.05—21.35  
 Der Kirchenkampf. 2. Von Barmen bis zum 2. Weltkrieg; 3. Von 1939—1945 (August Bichl).

UKW, 26. 6., 21.15—22.40  
 Das Problem der Vermassung (Günter Wollny)  
 UKW, 27. 6., 14.00—14.35

Deutschland und der europäische Osten. Das 20. Jahrhundert — ein Jahrhundert der Flüchtlinge.

### Sender Freies Berlin

1. Programm, 3. 6., 23.15—24.00, 16. 6.  
 Die großen Konferenzen. III. Paris-Versailles 1919; IV. Casablanca / Teheran-Jalta / Potsdam 1945 (Dr. Peter Coulmas).

1. Programm, 17. 6., 22.45—23.20  
 Zur Genealogie des Terrors. Bruchstücke einer Geistesgeschichte der politischen Gewaltanwendung (Hans M. Enzensberger).

f. Programm, 19. 6., 23.15—24.00  
 Die Großstadt — gestern, heute, morgen (Paul A. Lons).



**In alter, überragender Güte**

Angebote durch örtliche Vertreter  
 oder direkt durch die

**Fürstlich Fürstenbergische Brauerei KG,  
 Donaueschingen**

1. Programm, 24. 6., 23.05—24.00  
 Soziologie — Die Lehre von der Gesellschaft. I. Aufgaben der Soziologie (Prof. Dr. Otto Stammer).

### Süddeutscher Rundfunk, Stuttgart

MW, 7. 6., 10.00—10.30  
 Der Antisemitismus als christliches und deutsches Problem (Prof. Dr. Paul Tillich).

UKW, 7. 6., 16.05—16.30  
 Folgewirkungen einer politischen Hypothek. Polens Probleme in den Oder-Neiße-Gebieten.  
 MW, 12. 6., 19. 6., 26. 6., 20.45—21.15

Probleme einer Schulreform. 10. Die mögliche Lenkung der Begabungen (Prof. Dr. Christian Caselmann); 11. Das humanistische Bildungsideal und die Forderungen unserer Zeit (Prof. Dr. Wolfgang Schadewaldt); 12. Die Erziehung zum Verantwortungsbewußtsein (Prof. Dr. E. Spranger).

MW, 13. 6., 15.40—16.00  
 „und sie marschieren immer noch“. Hitlerjugend — Freie Deutsche Jugend. Ein Vergleich.  
 MW, 15. 6., 23.00—23.30

Manipuliertes Leben. Gebrauchstertige Daseinsformen für den heutigen Menschen (Dr. Franz A. Hoyer).

MW, 17. 6., 10.00—10.30  
 Der christliche Glaube zwischen östlichem und westlichem Materialismus (Prof. Dr. Helmut Gollwitzer).

UKW, 17. 6., 21.30—22.00  
 Das Kollektiv und der Einzelne (Prof. Dr. Karl Jaspers)

MW, 19. 6., 22.30—23.30, UKW, 22. 6., 20.45 bis 22.00  
 Die soziale Rolle der Intelligenz (Dieter Wellershoff)

UKW, 21. 6., 11.00—11.30  
 Gemeinschaftsbildende und zerstörende Kräfte in der Wirtschaft (Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning)

UKW, 24. 6., 21.30—22.00  
 Die Rolle des Erdöls in der Weltpolitik (Prof. Dr. Adolf Grabowsky)

MW, 30. 6., 20.45—21.30  
 Heute vor 25 Jahren: Die Affäre Röhm (Dr. Waldemar Besson)

### Westdeutscher Rundfunk, Köln

UKW I, 7. 6., 20.45—21.30  
 Vater der Restauration, Metternich und die europäische Geschichte (Werner Honig)

UKW I, 11. 6., 16.10—16.30  
 Kann man Kinder politisch bilden? Ein Bericht über die Praxis politischer Erziehung in den westdeutschen Volksschulen (Thomas Ellwein)

MW, 14. 6., 18.00—18.15  
 Braucht der Westen eine Ideologie? (Dr. Heinz Zahnt)

## LESER BRIEFE

**Der neue Stil**

Als langjähriger Leser der PSt möchte ich doch einmal der Redaktion danken für die vielerlei Anregungen und wertvollen Beiträge, die Monat für Monat — jetzt auch gut illustriert — in den PSt geboten werden. Mancher meiner Bekannten wurde inzwischen ebenfalls dankbarer Abonnent. Wenn ich aber mit diesem Dank eine Bitte verbinde, so ist es die, den Buchbesprechungsstil noch weiter auszubauen. Die Buchkritiken zeichnen sich durch fachgerechte Sachlichkeit aus und die Auswahl der besprochenen Bücher kann wohl als zuverlässig bezeichnet werden, wie ich wiederholt beobachten konnte. Glauben Sie nicht, daß viele Leser auch den Wunsch haben, noch mehr über Neuerscheinungen informiert zu werden, zumal andere Monatsschriften oder auch Tageszeitungen das Gebiet der politisch-zeitgeschichtlichen Literatur nur am Rande behandeln und der Bezug einer Nur-Besprechungsschrift uninteressant ist? Selbst wenn der Bezugspreis leicht erhöht werden müßte, hieße dies die Erfüllung dieser Bitte für nachdenkenswert.

*W. K., Stuttgart-O.*

Anmerkung der Redaktion: Derartige Bitten erreichen uns häufig. Wir werden die Anregung prüfen, beabsichtigen jedoch nicht, den Bezugspreis zu erhöhen. Wenn unsere Leser weiterhin bereit sind, in ihrem Bekanntenkreis für PSt zu werben oder uns Anschriften von Interessenten mitteilen, glauben wir, dadurch bald zur Verwirklichung sowohl dieses Wunsches kommen zu können als auch zu der ebenfalls oft gestellten Bitte, noch mehr dokumentarische Illustrationen aufzunehmen zu können.

**Eine Reise nach Israel (Heft 108)**

Der Aufsatz von Oberstadtdirektor Dr. Hensel über das heutige Israel verdient besondere Anerkennung. Wohlthuend unterscheidet sich sein Bericht von vielen propagandistischen Anstrahlungen. Ich kenne aus eigener Anschauung Israel und kann die Mitteilungen Dr. Hensels nur bestätigen. Die Schwere der Aufbauarbeit kann man sich in Deutschland kaum vorstellen. Dieser Staat entsteht wirklich unter Pionierleistung seiner Bewohner, die selbst erst zusammenwachsen müssen. Derartige auslandskundliche Beiträge

verdienen größte Beachtung auch in unserer heranwachsenden Schuljugend.

*Dr. Martin Hein, Berlin*

**Kreml-Lektionen (Heft 108)**

Ihren Optimismus bewundere ich. Glauben Sie wirklich, durch einen so wohlmeinenden, wie sicherlich auch im Interesse Deutschlands berechtigten Appell unsere Parteipolitiker zu höherer Einsicht bringen zu können?

*W. N., Wastenscheid*

**Von der Zukunft der Vergangenheit (Heft 109)**

Um sich zu dem sehr abgewogenen und instruktiven Artikel „Von der Zukunft der Vergangenheit“ sachlich äußern zu können, bedarf es einiger Ruhe. Aber als ich in diesem Artikel das Stichwort von der „Psychologie der D-Mark“ las, sah ich mich veranlaßt, Ihnen ein kleines Erlebnis zur Illustration mitzuteilen. Vor wenigen Tagen fuhr ich im Speisewagen von Düsseldorf nach Köln. An meinem Tisch nahmen drei Herren Platz. Sie unterhielten sich in großer Lautstärke über ihre Geschäftspartner und Börsenauftraggeber und gaben mir sozusagen ein Privatissimum über moderne Wirtschaftspraktiken. Da mich dieses Privatissimum bei der Lektüre meines Buches erheblich störte, bat ich die Herren, ihre Unterhaltung doch etwas leiser zu führen. In bewundernswürdiger Schlagfertigkeit bekam ich die Antwort: „Wer für 80 Pfennig Kaffee trinkt, hat hier gar nichts zu melden!“

*Hilmar Toppe, Köln*

**Auf der Suche nach einer Strategie**

(Heft 108)

Der auf neuere ausländische und deutsche Literatur gestützte Bericht von Ernst Bäuml über die strategischen Thesen des Westens dürfte wohl ungeteilten Beifall gefunden haben. Ein Beispiel für die gediegenen Informationen der PSt. Bleibt Herr Bäuml ständiger Mitarbeiter für den Bereich „Verteidigung — Militärwesen“? Es wäre zu begrüßen, zumal er ein selbständiges Urteil, frei von den Klischeevorstellungen, wie sie heute überwiegen, zu haben scheint.

*Hptm. B., z. Z. München*

Anmerkung der Redaktion: Ernst Bäuml wird künftig häufiger in den PSt zu Wort kommen. Er gehört zum Kreis der ständigen Mitarbeiter.

## Politische Studien — Redaktionelle Mitteilungen

### Mitarbeiter dieses Heftes:

Pater Dr. Hubert Becher S.J., 1895 geboren, Eintritt in den Jesuitenorden 1914, Ordensstudien in Holland und Spanien bis 1927, Studium der Geschichte, Germanistik und Spanisch in Bonn und Wien; Lehrer, Rektor und Direktor des Anglesius-Kollegs in Bad Godesberg seit 1932 bis 1955, seitdem Mitglied der Schriftleitung der „Stimmen der Zeit“ in München.

Eugen Ott, Botschafter a. D., geb. 1889 in Rothenburg/Neckar, im 1. Weltkrieg Offizier im Feldartillerieregiment 65 und im Generalstab, ab 1919 Reichswehr, 1923—1933 im Stabe Schleicher, 1933 Kommando nach Japan, 1934—1938 Militärattaché in Japan, 1938—1943 Botschafter in Japan, 1943—1947 im Wartestand in Peking.

Erich Ferdinand Pruck, vgl. die Notiz in Heft 109.

Harry Schulze-Wilde, geb. 1899, nahm am 1. Weltkrieg teil und war seit 1925 als Journalist tätig, 1929 Sekretär von Theodor Plivier, 1933 mußte er ins Ausland fliehen und hielt sich in Prag, Wien, Zürich und Paris auf, 1942 floh er in die Schweiz, wo er bis 1945 interniert war, 1947—1950 Chefredakteur des „Echo der Woche“, seit 1952 wieder als freier Journalist tätig, 1958 veröffentlichte er zusammen mit H. O. Meißner ein Buch über die Technik der Machtergreifung Hitlers („Die Machtergreifung“, Stuttgart).



*In den nächsten Heften lesen Sie u. a.:*

Hans Herzfeld, **Versailles — 30 Jahre danach** · Arno Klönne, **Die rechtsradikalen politischen Gruppen in der Bundesrepublik** · Erich Pruck, **Heydrichs SD** · Dieter Friede, **Rußlands russisches Gesetz** · Barbara Kortner, **Atheismus contra Religion**. Die Lage der verfolgten Kirchen in den kommunistisch regierten Ländern.

*In den letzten Heften veröffentlichten wir u. a.:*

Günter Olzog, **Von der Zukunft der Vergangenheit**. Zehn Jahre Bonner Grundgesetz · Erich Pruck, **Die Geheimpolizei im totalitären Regime** · Gisela Bonn, **Die verrätene Revolution** · Walther Hensel, **Skizzen einer Reise nach Israel** · Ernst Bäumler, **Auf der Suche nach einer Strategie** · F. J. Berber, **Von den Grenzen des Völkerrechts**.

---

**Bellagenhinweis:** Der Gesamtauflage dieser Zeitschrift liegt ein Prospekt des Verlag Herder, Freiburg im Breisgau, bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.



## OTTO STOLZ

der kürzlich vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Mitglied ausgeschlossen wurde, weil er sich an der Aktion „Kettler die Freiheit“ beteiligte, schrieb dieses soeben erschienene, außergewöhnliche Buch.

# Die Gewerkschaften in der Sackgasse

*Ein kritisches Porträt*

218 Seiten, 2 graphische Darstellungen, Leinen DM 14.80

Mit unerhörter Offenheit schildert der langjährige stellvertretende Chefredakteur des DGB-Organs „Welt der Arbeit“, Otto Stolz, die heutige Situation der deutschen Gewerkschaften, deren organisatorische und ideologische Erstarrung, das Verhältnis zur SPD, CDU/CSU und zum Staat, die Flucht in die Politik, kommunistische Infiltration, das Dilemma Mitbestimmung, Tarifgestaltung, Aufsichtsratsposten, die Rolle des Dr. Agarix und die Gefahr der Staatsverneinung. Nicht zuletzt die Gewerkschaften selbst werden aus den Feststellungen und Reformvorschlägen von Otto Stolz den größten Gewinn ziehen: im eigenen Interesse, im Interesse der Millionen Mitglieder und im Interesse einer sozialen Demokratie in Deutschland.

ISAR VERLAG · MÜNCHEN 22



SIE NEHMEN DIE HURDEN des Lebens leichter, wenn Sie eine gute Zeitung täglich lesen. Sie sind dann informiert über alle Vorgänge des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und können sich so leichter ein Urteil über Ihre Unternehmungen bilden. Daher lesen die Gebildeten aller Stände ein Weltblatt wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung, deren Korrespondenten von den Brennpunkten des Inlandes und Auslandes schnell, aktuell, umfassend und voller Spannung berichten. Die Arbeit unserer Zentralredaktion mit 80 anerkannten Publizisten und Redakteuren in aller Welt wird ergänzt durch über 100 ständige und 1000 gelegentliche Mitarbeiter, ein jeder ein Experte auf seinem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Gebiet. In zwei treffenden Sätzen charakterisierten zwei hervorragende ausländische Journalisten die Bedeutung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Der eine beendet seinen Bericht mit den Worten: „Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kann mit Recht für sich in Anspruch nehmen, zu den führenden Blättern der Welt gerechnet zu werden.“ Der andere schrieb: „Um die Frankfurter Allgemeine Zeitung sammelt sich die geistige Elite Deutschlands.“

**Frankfurter Allgemeine**  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Woran Weimar zerbrach (VI)

# Schuldig aus Schwäche

Von Gerhard Günther

An der Wende des Jahres 1931 stand einerseits die Kulissenpolitik Schleichers, die hoffte, mit ihren Mitteln, möglichst aber ohne Einsatz der Reichswehr, das Chaos meistern zu können. Auf der anderen Seite aber stand ein nahezu elementarer Vorgang: Das Anschwellen einer Bewegung, in der alle Motive, nationaler Enthusiasmus, ein Pandämonium radikaler und chollastischer Hoffnungen, massive Radesucht und sozialrevolutionäre Tendenzen in ununterscheidbarem Gemenge durcheinander quirlten.

Der Kabinettspolitik trat die Macht der Straße gegenüber, in der noch einmal in dieser Periode die Masse sowohl als psychologische wie als soziologische Größe in den Raum der Geschichte eindrang.

Über diesem Chaos stand, vereinsamt und von tiefer Unsicherheit erfüllt, der Reichspräsident, durch seinen Eid an die Verfassung gebunden und außerstande, mit ihren Mitteln die ihm notwendig erscheinende Ordnung aufrechtzuerhalten. In den Krisen des Sommers wie des Herbstes bat er die Parteiführer zu sich, erfuhr von ihnen genau, was

in aller Öffentlichkeit mit den Mördern solidarisch erklärt. Das bedeutete den Bürgerkrieg. Nur aus dieser Situation heraus ist zu verstehen, daß auch Hindenburg sich jetzt bedrängten Herzens bereit erklärte, den Kampf unter Einsatz aller Mittel des Staates aufzunehmen.

Aber jetzt war es Schleicher, der einen anderen Kurs steuerte. Auf einer Kabinettsitzung am 2. September 1932 erklärte Schleicher, daß die Reichswehr nicht in der Lage sei,

Hand zu haben, mit denen er jetzt stehen wollte: die Verbindung mit den Gewerkschaften und die Spaltung der NSDAP. Nach beiden Seiten hin halte er Verbindungsleitungen geschaffen, und so unmöglich schien seine Rechnung nicht zu sein. Denn nach dem ersten Rückschlag, den die NSDAP bei den November-Wahlen erlitten hatte, war dort eine schwere Depression eingetreten, wie dies nachträglich aus den Tagebüchern von Goebbels belegt werden kann. Die Partei war durch Wahlpropaganda finanziell überschuldet, und durch die Betonung der sozialrevolutionären Parolen während des Wahlkampfes waren die Geldgeber verärgert. Eine Opposition in der Partei unter Führung von Gregor Strasser zweifelte daran, ob Hitler mit seiner Forderung nach der totalen Macht je zum Zuge kommen würde, und Schleicher hoffte, ihn durch das Versprechen, ihn zum Ministerpräsidenten in Preußen zu machen, mit etwa sechzig Abgeordneten zu sich herüberzuziehen. In den freien Gewerkschaften aber und nicht nur in ihnen, wuchs die Opposition gegen die ideenlose sozialdemokratische Parteiführung, die sich weder, wie die Radikalen es sich wünschten, eindeutig für die Klassenkampfpolitik, oder, wie manche besonnenen Führer, darunter auch Noske, es hofften, sich in dieser Stunde für eine Unterstützung des letzten Versuches, die Demokratie zu retten, entscheiden konnten. So glaubte Schleicher, dem Präsidenten sogar eine tragfähige Koalition in Aussicht stellen zu können, die ihm den Staatsstreich wie den Bürgerkrieg ersparen könne.

Aber diese, vor allem von dem Kreis um die Zeitschrift „Die Tat“ vorbereitete und von einem guten Teil der Berliner politischen Intelligenz geteilte Rechnung ging zu Bruch, kaum daß Schleicher ernannt war. Der Führer der Gewerkschaften, Leipart, gab dem Korrespondenten des „Excelsior“ ein Interview, in dem er versicherte, daß, wie er sich überzeugt habe, Schleicher in erster Linie an der Lösung der sozialen Probleme interessiert und keinesfalls als Vertreter der Reaktion anzusehen sei. Kaum war der Artikel erschienen, als Breitscheid im Namen der SPD Leipart den strikten Befehl gab, jede Beziehung zu Schleicher abzubrechen. Leipart unterwarf sich dem Parteibefehl, und damit war auch diese Aussicht zerstört.

Hitler, der von den Verhandlungen Strassers unterrichtet worden war, stellte in einer dramatischen Unterredung seinen unsicheren Gefolgsmann und rang ihn beschwörend und drohend nieder. Strasser war zwar abgesprungen, aber die nächsten Schritte gelangen ihm nicht mehr. Am 30. Juni 1934 fielen Strasser wie Schleicher Hitlers bis dahin aufgesparten Rache zum Opfer.

Es nützte Schleicher nichts mehr, daß er auf der Abrüstungskonferenz in Genf nun erntete, was erst Stresemann aus einer beinahe hoffnungslosen Ausgangssituation und später Brüning in geduldrigen, und zähen Ringen vorbereitet hatten: die moralische Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands. Es war zu spät. Denn Schleicher hatte das verscherzt, wessen er in dieser Situation am meisten bedurfte: das persönliche Vertrauen des Reichspräsidenten, der ihm den Sturz seines Lieblings Papen nicht verziehen hatte. So mußte Schleicher erfahren, daß alle ihm gemachten Aussichten auf Entspannung und Rückkehr zu einem verfassungsmäßigen Zustand wie Seifenblasen geplatzt waren. Er muß sich auch hierüber bis zum letzten Augenblick getäuscht haben; denn noch am Abend des 27. Januar 1933 hoffte er, von dem alten Herrn jene erweiterten Vollmachten für ein Regieren ohne Reichstag erhalten zu können, wegen deren er Papen noch im Dezember entgegengesetzt war. Zwar hatte er von jener streng geheimen Zusammenkunft zwischen Papen und Hitler erfahren, die sich am 4. Januar 1933 im Hause des Kölner Bankiers von Schroeder abgespielt hatte. Papen selbst hatte ihm davon in Kenntnis gesetzt, obwohl freilich die Nachricht von diesem Gespräch ihm bereits vorher durch einen seiner halb privaten Geheimdienste zugekommen war. Aber Schleicher baute so fest auf die Abneigung des alten Herrn gegen Hitler, daß er selbst jetzt noch hoffte. Goebbels verzeichnete in der gleichen Stunde in seinem Tagebuch den jähen Umschwung von hoffnungsloser Depression zu triumphaler Siegesgewißheit.

Ob Schleicher, nachdem er die von ihm geforderten Vollmachten nicht erhalten und demissioniert hatte, wirklich den Plan gefaßt hat, mit Hilfe der Potsdamer Garnison den Reichspräsidenten gegen Hitler „abzuriegeln“ und ihn als präsidiales Aushängeschild einer Generalsdiktatur zu verwenden, läßt sich zum mindesten nicht nachweisen und erscheint

auch zweifelhaft, da er keineswegs die persönliche Autorität besaß, um die ihm entfremdete Truppe zu einem wie auch immer getarnten Vorgehen gegen ihren Oberbefehlshaber zu bewegen. Doch ist nicht zu verkennen, daß es in den Vorgängen jener letzten Tage vor der Berufung Hitlers einiges gibt, das nicht genügend aufgebellt worden ist. Um so kräftiger haben sich in diesem leeren Raum Gerüchte entwickelt, die den unerwarteten Entschluß Hindenburgs, Hitler zu berufen, auf eine seinem Sohn Oskar gegenüber geübte Erpressung wegen angeblicher Verwicklungen in einen Osthilfe-Skandal zurückzuführen suchen. Auch dafür bietet sich kein zuverlässiger Anhalt.

Ebensowenig freilich sind die im In- und Ausland erhobenen Behauptungen zutreffend, daß Hitler durch eine Hintertür zur Macht gelangt sei, die ihm Generale, Junker und Schwerindustrielle geöffnet hätten. Auch die Behauptungen der „fürchterlichen Vereinfacher“, „ein einziger alter Mann“ oder die „Reichswehr“ hätten die Republik verraten, sind Hintertropfen-Geschichte.

Die Wahrheit, soweit wir sie überhaupt zu erkennen vermögen, ist einfacher und vielschichtiger zugleich. Sie ist vielschichtig, weil in diesem Ereignis politische, wirtschaftliche und soziologische Faktoren des sich verwandelnden Zeitalters zusammenwirkten: Die Auswirkungen eines unseligen und fürchten

schmerzlichen Vorgangs, der die deutsche Nation in eine tiefe Krise stürzte, die die Grundlagen der Weimarer Republik erschütterte. Die Ereignisse von 1933 sind nicht nur ein politisches Ereignis, sondern ein soziologisches und wirtschaftliches. Die Auswirkungen eines unseligen und fürchten

schmerzlichen Vorgangs, der die deutsche Nation in eine tiefe Krise stürzte, die die Grundlagen der Weimarer Republik erschütterte. Die Ereignisse von 1933 sind nicht nur ein politisches Ereignis, sondern ein soziologisches und wirtschaftliches. Die Auswirkungen eines unseligen und fürchten

schmerzlichen Vorgangs, der die deutsche Nation in eine tiefe Krise stürzte, die die Grundlagen der Weimarer Republik erschütterte. Die Ereignisse von 1933 sind nicht nur ein politisches Ereignis, sondern ein soziologisches und wirtschaftliches. Die Auswirkungen eines unseligen und fürchten



Reichskanzler Kurt von Schleicher — das Volk vermochte er nicht einmal über das Mikrophon zu erreichen.

sie nicht wollten, aber von keinem, wie diese Krise zu lösen sei. Er hatte im November 1918 zugelassen, daß sein kaiserlicher Herr außer Landes ging, weil ihm sonst der Bürgerkrieg unvermeidlich schien. Nun sah es aus, als habe er die Monarchie geopfert und den Bürgerkrieg nur bis zu diesem Zeitpunkt vertagt, da er als alter Mann nicht mehr die Kraft fühlte, ihn zu führen, und doch keinen Ausweg sah, ihn zu vermeiden.

Neben den anderen Parteiführern hatte er bei beiden Krisen auch Hitler, den Führer der stärksten Partei, empfangen. Durch Staatssekretär Meißner hatte er einen Briefwechsel mit dem Volkstribun führen lassen. Aber beide Male hatte er es schließlich abgelehnt, jenen durch seine präsidiale Autorität zu decken, wie er dies Papen bereitwillig zugesagt hatte; denn der Mann aus Braunsau blieb ihm fremd, unheimlich und widerwärtig, während er Papen ein fast rührendes Vertrauen geschenkt hatte. Schleicher hatte ihm Papen präsentiert, während Hindenburg noch an den deutschnationalen Grafen Westarp oder an Gördele dachte. Selbst nach dem Sturz Papens durch den Reichstag wollte er ihn nicht fallen lassen. Er war bereit, den Staatsnotstand zu erklären, den Reichstag für eine unbefristete Zeit auszuschalten und sogar die NSDAP — ebenso wie die KPD — zu verbieten. Das wäre der offene Staatsstreich gewesen, vor dem er bis dahin zurückgescheut war.

Schon die Enthebung der preußischen Landesregierung im Juli 1932, die sich durch eine nicht eben legitime Änderung der Geschäftsordnung an der Macht erhalten hatte, trug Staatsstreichcharakter. Als Severing und die anderen preußischen Minister der durch einige Beamte der Polizei repräsentierten Gewalt wichen, regte sich jedoch keine Hand mehr für diese Regierung. Die Waffe des Generalstreiks, die beim Kappuzsch ausgeübt hatte, um einem militärischen Gewaltstreich gegenüber die verfassungsmäßige Macht wiederherzustellen, war nicht nur stumpf geworden, weil bei der Millionenzahl von Arbeitslosen kein Streik mehr durchzuführen war, sondern weil die Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht mehr die Entscheidungskraft und den Glauben besaßen, um diese Waffe bis zur Entscheidung anzuwenden.

Nach der Aufhebung des SA-Verbots hatte sich der Bürgerkrieg so zugespitzt, daß allein im Juli 86 Tote, zu gleichen Teilen Kommunisten und Nationalsozialisten, dem gegenseitigen Terror zum Opfer fielen. Als schließlich eine Notverordnung die Todesstrafe für schwere Terrorsakte verkündete und unmittelbar darauf in Oberschlesien ein Kommunistenführer von fünf SA-Leuten ermordet wurde, hatte bei der Verkündung des Todesurteils der SA-Führer noch im Gerichtssaal zum Aufstand gegen die „Regierung der Barone“ aufgerufen, und Hitler selbst hatte sich

dem Terror zu beugen, wenn sie sich gleichzeitig gegen die Extremisten von Rechts und von Links wenden müsse, und ließ diese Ansicht durch den ihm unterstellten Oberstleutnant Ott vortragen. Nun war dies eine Frage über die sich letzten Endes lediglich der Chef der Heeresleitung selbst verantwortlich äußern konnte. Aber niemand fragte in diesem Augenblick noch nach den verantwortlichen Institutionen, und Hindenburg, großend und erschöpft, drängte nun Schleicher selbst in die Verantwortung.

Schleicher spielte ein gefährliches Spiel, aber er glaubte, zwei hohe Trümpfe in der



Hitler und Hindenburg — zwei Welten, die nichts miteinander gemein hatten. Hitler schien meist etwas spöttisch zu lächeln, wenn er dem „alten Herrn“ begegnete; er wußte daß er dessen Nachfolger sein würde.



Reichskanzler von Papen und Stahlhelmführer Dastberg — ein Bild, an dem sich die Ressentiments entzündeten.

Friedensdiktats, die Verarmung durch Krieg, Inflation und Reparationen, der Beginn jener gesellschaftlichen Umstellung, welche die alten Stände auflösen, den Mittelstand zerschellen und den Aufstieg der Arbeiterschaft noch nicht zulassen. Noch lebten die tragenden Schichten von dem sozialistischen Kapital einer großen, von der Religion her bestimmten Vergangenheit, in die nun der Nihilismus des 20. Jahrhunderts verheerend eingriff, ohne sich Gegenkräfte bilden konnten. Zugleich wirkte das ganze Erbe unserer politischen Vergangenheit nach, das einer echten Entfaltung demokratischer Aktivität entgegenstanden hatte. So darf man jene Ereignisse nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang der geistesgeschichtlichen und gesellschaftlichen Verwandlung betrachten, die hier einen genau determinierten Punkt erreichte.

Einfach ist die Wahrheit von 1933 insofern, als die Männer, die Verantwortung trugen, in jenem kurz bemessenen Zeitraum der ihnen gestellten Aufgabe nicht gewachsen waren. Das bedeutet keinen Schuldpruch, sondern nur eine Feststellung. Beteiligt an der Verantwortung aber waren nicht nur die Träger politischer Ämter im Staat, in den Parteien oder den gesellschaftlichen Gruppen, sondern die gesamte Intelligenz und Führungsschicht, die der Krise ratlos gegenüberstanden. Es ist eine ungelöste Frage, ob der Einsatz der bewaffneten Macht den Ausbruch des Übels hätte verhindern können. Die Verantwortung für diese letzte Maßnahme wäre nur zu tragen gewesen, wenn die Macht sich auf eine dem Rechtsstaat, der Republik, der Demokratie vorbehaltlos und leidenschaftlich zugewandte Bewegung hätte stützen können. Aber diese Bewegung manifestierte sich nur in einzelnen und kleinen Gruppen, während die Bewegung Hitlers „den übermächtigen Fahrwind vieler anderer Sadien mit sich hatte“.

Liess man jenes Kapitel, in dem Jacob Burckhardt mehr als sechzig Jahre vorher die Gestalt der weltgeschichtlichen Krisen beschrieb, so wird man entdecken, daß die Morphologie der deutschen Krise von 1933 in Beginn und Ablauf jenem Bilde entspricht, das der unzeitgemäße Betrachter aus Basel der Weltgeschichte nachgezeichnet hatte, sowohl was den idealen Glanz des Anfangs und das brillante Nartenspiel der Hoffnung angeht, wie auch die völlige Blindheit für das, was stets daraus entspringen wird.

Ein solcher Rückblick zeigt, daß man, wie für die Monarchie einen Monarchen, so auch für die Demokratie Demokraten nötig hat, die bereit sind, in der modernen Massenwelt das Wagnis eines freien Staates auf sich zu nehmen. Es zeigt aber auch die Notwendigkeit auf, die Institutionen der Führungskräfte in angemessener Weise gegeneinander abzuwägen. Denn wenn die rechtsstaatliche Ordnung durchlöchert und nicht mehr verantwortlich wird, wird die Demokratie unglaubwürdig und fällt den nihilistischen Piraten der Politik zum Opfer.

Schluss

# Die Tragödie Paul von Hindenburgs

Die Nation hat ihn überfordert / Von Paul Selhe

Von Zeit zu Zeit wird auch der erstarrte Zeitungsmann durch die Wirkungen einzelner Sätze überrascht. Vor kurzem ist in diesen Spalten ein Bericht über die neue Biographie des Generals Groener erschienen, deren Autor seine Tochter ist. Dem Bericht waren, gleichsam an Rande, einige Bemerkungen über den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg angefügt. Sie waren im abgekürzten Verfahren geschrieben, weil der Verfasser darauf vertraute, daß die Ergebnisse der unbefangenen Untersuchungen über das Leben Hindenburgs auch weiteren Kreisen vertraut seien. Dennoch ist ein besonders großer Zustrom von Zuschriften zu uns gekommen, der sich gerade mit jenen wenigen Sätzen beschäftigt und der immer noch andauert. Ein Teil von ihnen scheint zu uns willig zu kommen, weiter auszuführen, neuen Stoff heranzubringen. Viele Leser fühlen sich in ihrem Freundschaftsgefühl getroffen, weil entweder vom General Groener oder von uns kritische Bemerkungen über den Generalfeldmarschall gemacht worden sind. Bei einigen klingt schmerzliche Erregung darüber durch, daß man antastete, was ihnen heilig ist.

Nun wird man einem Blatt, das sich zu keiner Stunde an der billigen Herabsetzung des Preußentums beteiligt hat, die eine Zeitlang große Mode war, wohl erlauben, daß es nicht aus Abneigung gegen die geschichtlich geprägte Eigenart des Preußentums vom Versagen des Herrn von Hindenburg spricht. Aber allerdings sind wir der Meinung, daß es sinnlos ist, eine Begegnung mit der Vergangenheit zu suchen, wenn man sie nicht in dem Augenblick, in dem sie sich vollzieht, unter dem Licht der Wahrheit und nicht als die Wahrheit zu finden. Das geht selten ohne schmerzliche Enttäuschungen, ohne den Zwang ab, lieb gewordene Wunschbilder zu korrigieren. Aber fruchtbar kann sie nur werden, wenn man auch die Bitterkeit der Entdeckungen nicht scheut.

## Die Wahrheit

Die Wahrheit über das Wirken und das Leben Hindenburgs ist aber längst, schon lange also vor dem Erscheinen der Groener-Biographie, in manchen Veröffentlichungen niedergelegt, soweit sie wenigstens dem suchenden Auge von Menschen erkennbar ist. Aus jenem Strom von Zuschriften haben wir dennoch geschlossen, es sei nützlich, wenigstens von einigen Stellen in der Laufbahn des Generals von Hindenburg noch einmal zu erzählen. Wir weisen dabei gerade die leidenschaftlichen Preußen unter unseren Lesern auf die dokumentarisch belegte Studie des konservativen Grafen Westarp hin, die er „Das Ende der Monarchie“ genannt hat und die der Münchener Historiker Couze mit einem sorgfältig abwägenden und unparteiischen Nachwort versehen hat (im Verlage von Helmut Rauschenbach, Oldenburg). Ein aufmerksamer Leser wird auch in der Hindenburg-Biographie von Walter Görtitz, einem Bewunderer des Verfassers, manche ungeschickliche Stelle finden (erschienen im Athenäum-Verlag Bonn). Schließlich sei noch auf den englischen Militärhistoriker Wheeler-Bennett mit seiner Hindenburg-Biographie hingewiesen. Ganz vorübergehend kann man auch nicht in den Veröffentlichungen des bittersten Gegners von Hindenburg, des Generals Ludendorff, der immerhin ein Stockprelle war wie sein Vorgesetzter, und schließlich werden auch die preussischen Leser das dokumentarische Material in dem Groenerschen Buch zur Kenntnis nehmen müssen.

## Oberbefehlshaber

Beginnen wir mit der Berufung Hindenburgs zum Oberbefehlshaber der Achten Armee. Als er diesem Auftrag übernahm, begab sich Hindenburg, ohne es zu wollen, zum ersten Male in das Licht der großen Geschichte. Aber bei der Betrachtung dieses Vorganges gerät die Gestalt Hindenburgs bereits in das Zwielicht, das sie seitdem nie mehr verlassen hat. Wir haben in unserem Artikel die Bemerkung Groeners zitiert, Hindenburg habe den Oberbefehl nur erhalten, weil man von seinem Phlegma am ehesten erwartete habe, daß es Ludendorffs Begabung freien Lauf lassen werde; Hindenburg sei nur ein Popanz gewesen. Diese Bemerkung hat viel Ablehnung gefunden. Einige fragen laute, ob wir nicht wüßten, wie vorzüglich beispielsweise der alte Moltke und dann Schlieffen ihren damaligen Untergebenen Hindenburg beurteilt hätten. So unfähig als Armeeführer könne Hindenburg also nicht gewesen sein. Aber mit solchen Einwänden kommt man offenbar nicht weiter. Die Beurteilung Schlieffens lag ziemlich lange zurück, seitdem wir Hindenburg älter geworden. Der Streit geht ja gerade darum, ob Hindenburg im Sommer 1914 (und erst recht als Chef des Großen Generalstabs von 1916 an) ein idealer militärischer Führer gewesen sei. Dieser Streit kann nur gelöst werden, wenn man die Vorgänge des Sommers 1914 in ihrer Reihenfolge und ganz unbefangenen betrachtet.

## Ludendorff

Nach dem Beginn des Krieges war der General von Prittwitz Oberbefehlshaber der Achten Armee in Ostpreußen. Er ging vor der russischen Übermacht zurück; im Großen Hauptquartier wurde man besorgt; man beschloß, der Armee eine andere Führung zu geben. Aber es war zuerst gar nicht der Oberbefehlshaber, den man absetzen wollte. Der alte Moltke und Schlieffen hatten dem Generalstab ungeheures Ansehen erworben, und der obersten Führung erschien vielfach auch bei den Armeen der Generalstabschef, nicht der Oberbefehlshaber oder Kommandierende General, als die entscheidende Figur. Das war eine ungesunde Entwicklung, die machte den Gehilfen wohlgerichtet: den Gehilfen — des militärischen Führers unvermerkt zum wichtigsten Mann, sie verwechselte die Verantwortlichkeiten. Aber diese Entwicklung war nun einmal da, und so kam es zu dem Entschluß, den Chef des Stabes bei Prittwitz abzusetzen und durch eine kraftvollere Persönlichkeit zu ersetzen. Die Wahl fiel auf den General Ludendorff, auf den sich längere die

Aufmerksamkeit gerichtet hatte und der soeben noch beim Sturm auf Tilly die Beweise seiner vorwärtsreitenden Tatkraft gegeben hatte. „Hoffentlich reiten Sie die Lüge“, schrieb ihm der Generaloberst von Moltke. Er sagte: „Sie“; er sagte nicht: „Der Oberbefehlshaber mit Ihrer Hilfe“.

Halten wir fest, daß von Beginn an kein Zweifel darüber bestand, daß die Führung der Armeen bei Ludendorff liegen müsse. Aber Ludendorff war erst Generalmajor, neunundvierzig Jahre alt und nach den engen Aufstellungen des damaligen Offizierskorps und der Heeresführung nach dem Dienstregulierung nach dem Alter zu jung für den Posten des Oberbefehlshabers. Carnot und Napoleon hatten anders gedacht, aber 1914 kam keinem der verantwortlichen Männer die offizielle Übertragung einer Armeeführung an einen Generalmajor in den Sinn. Ludendorff wurde also Chef des Generalstabes der Achten Armee. Es fragte sich nur noch, unter welchem Oberbefehlshaber.

Berechnenderweise ist im Großen Hauptquartier einen Augenblick ernsthaft erwogen worden, Ludendorff zu berufen, aber Prittwitz in seinem Amt zu belassen. Aber dann siegten die Bedenken, die von der Inverträglichkeit der beiden Naturen ausgingen. Ludendorff, auf den es vor allem ankam, war als schroffe Natur bekannt, aber Prittwitz war es nicht minder. Man mußte also eine „unduldsame Ehe“ zwischen Oberbefehlshaber und Generalstabschef befürchten, und unter diesen Umständen mußte Prittwitz weichen. Natürlich wäre seine Enthebung vom Amt ohne die ersten Schlappen seiner Arme nicht möglich gewesen, aber den Ausschlag gab die Überlegung, daß er Ludendorff nicht das freie Walten zubilligen würde, ohne das ein Wirken dieser starken Persönlichkeit nicht fruchtbar werden konnte.

## Der Schild

Man brauchte einen anderen Oberbefehlshaber, und da fiel die Wahl auf den verabschiedeten General von Hindenburg, der in Hannover lebte. Ihm war ohnehin für bald eine Verwandlung versprochen worden, aber vor allem galt er als eine abgeklärte Persönlichkeit von Gelassenheit und kraftvoller Ruhe. Der Ludendorff nicht in den Arm fallen und doch die Verantwortung tragen würde. Man darf sich den Entschluß zu Hindenburgs Berufung nicht so vorstellen, daß nicht auch die Erinnerungen an seine Leistungen während seiner aktiven Dienstzeit mitgewirkt hätten; selbstverständlich wollte man für einen so wichtigen Posten einen Mann mit Erfahrung und Autorität. Aber der wichtigste Beweggrund für die Ernennung war die Gewißheit, daß Ludendorff durch ihn eine Art Schild bekommen würde. Das geht aus der zeitlichen Reihenfolge: erst Ernennung des neuen Chefs, dann des neuen Oberbefehlshabers als Ludendorffs Ergänzung, mit Sicherheit hervor.

Man vergleiche damit die Worte Groeners, die einem Teil unserer Leser soviel Kummer bereitet haben: „Bei dem Kaiservertrag, bei dem die Wahl Hindenburgs zum Oberbefehlshaber der Achten Armee erzwungen war, war man anwesend und kann bestätigen, daß der einzige Grund für seine Wahl der Umstand war, daß man von seinem Phlegma absolute Untätigkeit erwartete, um Ludendorff freie Hand zu lassen. Bei zweimaligem Besuch beim Oberbefehlshaber Ost habe ich den Eindruck gehabt, daß Hindenburg lediglich „Popanz“ sei, und dies auch niedergeschrieben.“ Wenn man diese Sätze an den nüchternen Tatsachen mißt, kann man sagen, daß Ausdrücke wie Phlegma und Popanz überschärft geprägt sind. Als Groener sie formuliert, wollte er auch nicht Geschichte schreiben, sondern bestimmte Eindrücke sinnfällig zusammenfassen. Wenn man statt ihrer andere Worte wie „Gelassenheit“ und „Vertrauensspender“ wählt, käme man dem Tatsbestand auch nahe. Aber wie kann man daran zweifeln, daß der sachliche Kern in Groeners Auffassung richtig war? Man mag die Zurechnung, die von der legendären Figur Hindenburgs in die Front und in die Heimat strahlte, noch so hoch bewerten; man braucht wahrlich auch solche Wirkungen von Hindenburgs Gelassenheit nicht zu verleugnen, wie sie sich etwa zeigten, als die Ruhe des Oberbefehlshabers zweimal bei Tannenberg eine ungünstige Entwicklung überwand: die zentrale Figur des militärischen Geschehens, der eigentliche Lenker der Strategie, der entscheidende Organisator war dennoch nicht er. Er war es nicht im Osten und später erst recht nicht im Großen Generalstab für das ganze Feldheer, von 1916 an, als die Anspannung der Kräfte sich immer mehr bemerkbar machte.

Wir vermögen im Augenblick die quellenmäßige Begründung für die Darstellung von Ludwigs Reiners nicht zu prüfen, daß man Hindenburg schließlich kaum noch gesagt habe, wo die Divisionen standen. (Er hat sie in seinem Buche über den ersten Weltkrieg „In Europa gehen die Lichter aus“ gegeben.) Aber daß der Chef des Großen Generalstabs an der Leitung der Operationen kaum noch einen anderen Anteil nahm, als daß er sie nach außen hin deckte, ist von mehr als einer Seite gut bezeugt worden. Das war ein weiterer Weg von Moltke und Schlieffen bis zu dieser Entleerung und Aushöhlung des vornehmsten Postens in der preussischen Armee. Immer liegt aber eine tiefe innere Unerblichkeit darin, wenn der Inhaber einer großen und verantwortungsschweren Stellung nur noch zur Dekorationsfigur wird. Eine solche innere Unwahrheit — die gewiß die subjektive Ehrlichkeit und den besten Willen nicht ausschließen braucht — pflegt sich über kurz oder lang zu rächen. Auf jeden Fall war in dem Ringen Deutschlands mit der Überlegenheit seiner Feinde der Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Schluß mehr eine schmückende Krönung des ungeheuren Verteidigungswerkes, nicht die bewegende und schaffende Kraft.

## An die Front?

Von größerer Bedeutung für die Beurteilung Hindenburgs als die Frage nach seinen strategischen Gaben ist die nach seinem Verhalten im November 1918. Sie zielt in den Kern seiner Persönlichkeit.

Im Großen Hauptquartier zu Spa äußerte zu Beginn des November 1918 der General Groener zunächst zu einigen Generalen, dar-

unter auch zum Generalfeldmarschall von Hindenburg, der Kaiser müsse jetzt unmittelbar an die Front gehen, und sich an einem Angriff beteiligen; Groener rechnete damit, der Kaiser werde verwundet werden oder fallen. Groener machte den Vorschlag im Gedenken an die Tausende, die dem Kaiser ihren Eid geschworen und dabei gefallen oder verwundet worden waren. Seine Hoffnung war, durch ein solches Opfer werde der Monarch sich oder seiner Dynastie den Thron erhalten. Der Feldmarschall aber und die anderen Personen im Hauptquartier waren absetzt; die Person seiner Majestät dürfe nicht in Lebensgefahr gebracht werden. Groener erklärte später,



Die Einweihung des Tannenberg-Denkmal. Ludendorff hat sich betont abseits gestellt, wie bei der ganzen Feierlichkeit (Bild: Dittler, Berlin)

seitdem habe er mit einem solchen Monarchen nichts mehr zu tun haben wollen, das sei über seine monarchische Überzeugung gegangen. (Dazu ist zu sagen, daß der Kaiser von dem Vorschlag nichts wußte.) Aber Groener nahm ausdrücklich für sich in Anspruch, daß in ihm ein stärkeres monarchisches Gefühl gelehrt habe als in den Personen, die ihre Aufgabe bei Hofe darin sahen, dem Monarchen alle unangenehmen Dinge fernzuhalten.

Viele Briefschreiber sagen uns allerdings, daß sie den Rat Groeners auch heute noch für sinnlos halten. Es ist schwer, ein sicheres Urteil darüber zu gewinnen. Eine Entscheidung der Historiker wird nicht ohne Beimischung subjektiver Gefühle möglich sein. Aber man darf den herben altpreussischen Tadeln des Groenerschen Ratschlages die Frage vorlegen, wie Friedrich der Große in einem solchen Fall gehandelt hätte.

## Nach Holland

Statt an die kämpfende Front fuhr der Kaiser über die Grenze nach Holland. Er tat es in schmerzlichem Gewissenskampf, gegen sein eigentliches Gefühl, nach einem letzten Aufbruch. Er war nicht ohne den Instinkt, der ihm riet, zu bleiben und zu kämpfen. Aber er bogte sich dem Ratschlag seiner verantwortlichen Ratgeber.

Damit war eine Entscheidung gefallen, deren geschichtliche Bedeutung schwer zu bestreiten ist. Sie bedeutete das Ende der Monarchie; wahrscheinlich für immer. Noch besteht freilich keine Übereinstimmung darüber, ob der Sturz der Monarchie Glück oder Unglück gebracht habe. Der Verfasser bekennt sich zu der Überzeugung, die so verschiedene Persönlichkeiten wie Churchill und Bevin geäußert haben, mit dem Ende der Monarchie in Deutschland habe sich unser Volk eines unschätzbaren natürlichen Symbols beraubt; Hitler wäre in einer Monarchie nicht zur Herrschaft gekommen.

Diese Meinung mag gebilligt oder verworfen werden. Aber soweit wir zu sehen vermögen, haben auf jeden Fall die meisten altpreussischen Monarchisten den Übertritt des Kaisers für ein großes Unglück gehalten. Um so wichtiger wird die Frage, wer den Kaiser dazu bestimmt hat.

Es ist oft behauptet worden, Groener habe die Anregung gegeben. Auch viele der Briefschreiber vertreten noch immer diese Auffassung. Sie ist sicherlich falsch. Die Darstellungen, daß Groener eine Mitverantwortung für den Rat, nach Holland zu gehen, zu tragen, sind alle ganz unbestimmt, ohne jede Einzelheit. Groener selber hat immer die Verantwortung für den Übertritt nach Holland entschieden abgelehnt. Es besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß Groener auch diesmal die Wahrheit gesagt hat.

## Die Verantwortung

Der Urheber des Vorschlages an den Kaiser, nach Holland vorzutreten, ist nicht mehr

mit Sicherheit festzustellen. Kein Zweifel aber kann an der geschichtlichen Verantwortung für den entscheidungsschweren Rat bestehen. In sie teilt sich der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit dem Admiral von Hintze und anderen Persönlichkeiten des Hauptquartiers. Für das Empfinden des Kaisers war der Rat Hindenburgs ausschlaggebend. Nach dem Ersten Weltkriege hat es noch Jahre des geistigen Ringens zwischen den Polarden des Kaisers und dem Feldmarschall über die Klärung der geschichtlichen Wahrheit gegeben. Der Kaiser griffte Hindenburg nicht an wegen des Ratschlages selbst, dessen verhängnisvolle Tragweite er bald erkannte, sondern auch, weil nach seiner Meinung Hindenburg der Öffentlichkeit nicht klar genug gesagt hatte, daß der Monarch gegen seine eigene Auffassung und nur auf den Rat seiner Umgebung den Schritt getan hatte. Den Unwillen des Kaisers teilten andere. In diesem Zusammenhang darf der Satz nicht verschwiegen werden, daß in den Aufzeichnungen des Grafen Westarp zu lesen ist, so schmerzlich er manchmal Leser wieder sein mag: „In den Ge-

länden von der Regierung fernzuhalten. Man mag mit dem Schicksal darüber hadern, daß Hindenburg sich diesmal Schlechters Rat widersetzt und gegen Hitler nicht mit Ausnahmeverordnungen vorging. Aber Schlechter hatte zwei Monate vorher ein solches Vorgehen mit Entschiedenheit verworfen. Wie sollte nun der Reichspräsident glauben, daß inzwischen richtig geworden sei, was vor so kurzer Zeit noch als völlig verfehlt geschildert worden war?

Die meisten deutschen Monarchisten aber wußten nichts davon, daß der gestirzte Kaiser in Holland seinem ersten militärischen Berater noch immer grollte. Diejenigen, die die Wahrheit über die getrübbten Beziehungen zwischen den beiden kannten, sagten der Nation kein Wort davon. Hätte sonst die deutsche Rechte dem Feldmarschall die Verehrung entgegengebracht, die ihn 1925 in die höchste Würde des Reiches führte?

## Gewissensnot

Niemand freilich wird auf das Andenken des Feldmarschalls eine moralische Anklage wegen der Vorgänge des November 1918 häufen. Er hatte in schwerer Gewissensnot gehandelt; er hatte vor dem Entscheidungstage die ganze Nacht im inneren Kampf der Pflichten verbracht, ein bei seiner berühmten Fähigkeit zum Schluß ganz ungewöhnlicher Vorgang, der erkennen läßt, wie schwer ihn die Verantwortung drückte. Doch muß auch das Urteil bleiben, daß sein Ratschlag sachlich falsch gewesen ist. Sein politischer Blick war der Schicksalsschwere der Stunde nicht gewachsen. Aber daran trägt er nicht die Schuld, sondern diejenigen, die ihn in eine der höchsten Stellen des preussischen Staates gebracht hatten, obwohl sie wußten, daß der Lauterkeit seines Willens seine Fähigkeit zu eigener Entscheidung nicht voll entsprach.

## Hitlers Berufung

Es ist von tragischer Ironie, daß dieser selbe Mann, dem das eigentlich Geniale fehlte, fünfzehn Jahre später wieder dazu auserwählt wurde, nach einmal eine Entscheidung von hoher geschichtlicher Bedeutung auszulösen. In den Jahren 1932 und 1933 kam die Zeit, die wir in unserem Aufsatz die Zeit seines politischen Versagens nannten. Dieser Ausdruck ist uns von einigen Lesern verweigert worden. Sie haben uns entgegengehalten, daß Hindenburg mit der Berufung Hitlers nur die Folgen aus der parlamentarischen Lage gezogen habe, zu denen er nach der Verfassung verpflichtet gewesen sei.

Nun hatten wir aber nicht einen Augenblick daran gedacht, dem Reichspräsidenten nachträglich einen Vorwurf daraus zu machen, daß er Hitler zum Kanzler berufen hatte. Als sich im Januar die nichtnationalsozialistischen Parteien dem Ruf des Reichskanzlers von Schleicher versagten, war es klar geworden, daß es ohne Verfassungsbruch nicht mehr möglich war, die Nationalsozia-

## Brünings Sturz

Aber die Briefschreiber vergessen, daß ein halbes Jahr vorher etwas anderes geschehen war. Der Reichskanzler Brüning hatte die parlamentarische Mehrheit, die Schleicher später schlichte, und trotzdem schickte ihn der Reichspräsident fort, verläßt von den lockenden Worten seines Kameraden vom 3. Garderegiment zu Fuß Heinrich Brüning aber stand außenpolitisch wirklich hundert Meter vor dem Ziel der Befreiung Deutschlands von den Fesseln von Versailles; auf sie wäre sicherlich auch die Erhebung aus der Wirtschaftskrise gefolgt. Einen solchen Mann schickte Hindenburg fort, weil er sich von Schleichers Ränken ungenug ließ und seinen listigen Reden mehr vertraute, als staatsmännische Überlegung hätte zulassen dürfen.

Der Wille zu sorgsam abwägender Gerechtigkeit wird auch diesmal gegen den Toten keine eigentliche Anklage erheben. Gewiß, Brüning hatte mit Recht geglaubt, dem Reichspräsidenten auch menschlich nahezu stehen; aber die Entfremdung war lange da. Wohl hatte Groener kurz vorher noch ausgerufen: „Das einzige, worauf Sie sich verlassen können, ist die Untreue des alten Herrn.“ Aber das trifft den Kern nicht. Die Prüfte gegenüber dem Reiche, so wie sie Hindenburg verstand, steht höher als alle Freundschaft. Für einen Augenblick mag man freilich erwägen, ob der alte Kaiser, mit dem Hindenburg so oft verglichen wurde, sich auch so schnell von einem bewährten Berater getrennt haben würde, aber solche Überlegungen enden schnell im Bereich des Unbeweisbaren. Nur freilich daran ist kein Zweifel möglich: seit der Entlassung Brünings ritt der Wagen immer schneller in den Abgrund, und die politische Verantwortung dafür kann niemandem Toten abnehmen.

## Das Grauen beginnt

Ein halbes Jahr später war der „böhmische Gefreite“ Reichskanzler, dessen Verantwortungslosigkeit Hindenburg ahnte und gegen den er sich nicht mehr wehren konnte. Vielleicht wäre aber selbst jetzt noch alles oder fast alles zu retten gewesen, wenn nur die Verfassung nicht zerstört und zerbrochen wäre, die Hindenburg jahrelang so peinlich beachtet hatte. In einem Staat mit der Freiheit der Presse, der Rede, der Versammlung, in einem Staat mit unabhängigen Gerichten wäre selbst Hitler vielleicht nach einiger Zeit geschichtet. Statt dessen begann damals die Zerstörung des Rechtsstaates, begann die Tyrannei, begann das große Grauen. Es ist niemandem erlaubt, seine Augen davon zu verschließen, daß unter der Präsidentschaft Hindenburgs, gewiß ohne seinen Willen, aber wahrlich nicht ohne seine Verantwortung, Handerte von Menschen bedröht, mißhandelt, gemartert und erschlagen wurden. Für einen Preußen ist die Ermordung an die letzten unterhalb Jahre, in denen Hindenburg die höchste Würde des Reiches bekleidete, eine der schmerzhaftesten Erfahrungen. Ein Ereignis möge hier für Hunderte stehen: wie der jüdische Frontkämpferbund den vornehmsten der deutschen Frontkämpfer bei, seine Mitglieder zu schützen, und wie Hindenburg in seiner Antwort dazu wirklich diesen Schutz versprochen — ein preussischer Edelmann und Offizier versprochen es, und jeder im Reiche außer ihm selber wußte doch, daß dieses Versprechen nie gehalten werden würde. „Das Ende Preußens“, so hat Walter Görtitz unter das Bild aus jenen trüben Wintertagen 1943, als der Sarg Hindenburgs aus Ostpreußen ins Reich gebracht werden mußte. Aber Görtitz irrt sich: das Ende Preußens war da, als noch einmal ein Preude an der Spitze des Reiches stand und als dennoch: Unerblichkeit und Entlosigkeit aller Art, ja nackter Mord und Raub regierten.

## Die Schuld

Hindenburg hat einiges von diesen Dingen erfahren, wenn auch nicht alles. Seine Natur und seine Erziehung wehrten sich dagegen. Er führte auch gelegentlich mit Hitler briefliche oder mündliche Gespräche darüber. Aber der fünfundsiebenzigjährige vermochte nie ganze schreckliche Tragweite des Geschehens nicht zu übersehen. Ihn beschäftigten seine alten Lieblingspläne, wie die Monarchie wiederhergestellt sei, dazu die auswärtigen Verhandlungen, die Zukunft der Reichswehr, was unter ihm die Nation erleben und erdulden sollte. Er war noch der einzige, der mehr vermocht hätte, als nur gegenständig zu mahnen; gestützt auf die Reichswehr, die ihm bedingungslos gefolgt wäre, hätte er die Macht gehabt, die Verfassung und das Recht wiederherzustellen, die zu wahren er gewählt worden war. Aber solche Gedanken lagen ihm fern, weil ihm das Geschehen in Deutschland zu fern und zu unwirklich war. Kein Stöhnen der Gemeinhellen drang in die olympische Ruhe des Gutsherrn von Neudeck, kein Entsetzensschrei der Millionen, die einst auf seine Verfassungstreue gebaut hatten, vermochte ihn zum Einschreiten zu bewegen. So ging er hinüber, ahnungslos und friedlich, in dem aufrichtigen Glauben, das Beste für Volk und Vaterland getan zu haben — von allen seinen Irrtümern der tragischste.

Aber die Schuld daran trägt wahrlich nicht er. Er hatte getan, was in seinen Kräften stand. Wenn es hier eine Schuld gibt, dann fragen wir sie, die wir ihn gewählt haben, dann trägt sie die Nation, die einem fünfundsiebenzigjährigen noch einmal die schwerste Verantwortung auferlegte. Aber die Nation hätte gewiß nicht so gehandelt, wäre ihr die Wahrheit gesagt worden von denen, die sie kannten.

Wir neigen uns vor dem Toten, der das Beste gewollt hatte. Sein Unglück war es, daß die Nation ihn überfordert hatte. Wird sie aus der Tragödie Paul von Hindenburgs endlich den Schluß ziehen, daß in unserem Jahrhundert ihr niemand die staatliche Entscheidung abnehmen kann, daß sie immer von neuem aufgerufen wird, selber zu regieren und nicht andere regieren zu lassen, daß keine Heldenverehrung sie von der Verantwortung befreien kann, die sie vor sich selber und ihren Kindern trägt?

# Die Tragödie des Generals von Schleicher

## Das dritte Garderegiment zu Fuß in der Politik

Immer hat die preußische Armee der Tagespolitik kühn, ja feindselig gegenüber gestanden. Nur einmal hat ein preussischer Offizier die Schranken durchbrochen, die Gewohnheit, jahrhundertalte Ueberlieferung, Ehrlichkeit und das tiefe Gefühl der eigenen Unabhängigkeit gegenüber den Anforderungen einer fremden Welt um das Offizierskorps gezogen hatten. Kurt von Schleicher war Politiker aus Passion — man zögert, das deutsche Wort Leidenschaft zu gebrauchen — es war ihm eine Last, mit klugen Leuten aus der Diplomatie oder der Verwaltung zu plaudern und eine noch größere Last zu sich überzubürden, sie zu lenken und vielleicht auch ein wenig hinter Licht zu führen. Er empfand eine tiefe Freude daran, im Dunkeln seine Fäden zu ziehen, Männer zu stützen und andere zu ernennen, die Entscheidungen zu führen und dabei doch im Hintergrund zu bleiben.

### Ein neues Buch

Der General von Schleicher hat wirklich ein Stück Geschichte gemacht. Die meisten der damals Mitbestimmten sind tot. So wird man dankbar jedes Zeugnis aufnehmen, das von Schleichers Aufstieg und Scheitern erzählt, wenn es von einem Manne geschrieben ist, der wenigstens am Rande die Ereignisse miterlebt hat. R. H. Berndorf hat die Geschichte des Generals von Schleicher in einem Buch niedergelassen, das er „General zwischen Ost und West“ genannt hat. (Im Verlag von Hoffmann und Campe in Hamburg.) Wir wissen nicht, ob es als vollständige Quelle in die Geschichtsschreibung eingehen wird. Es ist ein merkwürdiges Buch. Es ist offenbar zu schnell entstanden. Der Journalist Berndorf schreibt so, wie wir Zeitungsliteratur schreiben (oder glauben schreiben zu dürfen): flott, saftig, mit dem herbstlichen Mut zu Trivialitäten, dasu bedenklich befehlen mit einer Lust zur Abschweifung. Aber wie immer auch die Mängel sein mögen, das Buch hat den einen großen Vorzug, daß man in ihm den Hoxton dieser verwirrenden und verworrenen Zeit um 1930 wieder zu spüren glaubt. Schließlich ist der damalige Reporter des Ullstein-Verlages „dabei gewesen“, wenn auch nur am Rande. Und vor allem: er hat später mit der Nichte des Ermordeten sprechen können, die für Schleicher die geheimsten und wichtigsten Schicksalsmomente geschrieben und abgedruckt hat. Das gibt dem Buch den Reiz des Unmittelbaren. Nach diesem Werk wird das folgende hier erzählt. Andrei damals Miterlebende mögen es ergänzen oder korrigieren.

### Zwist mit Brüning

Lange Jahre hatten in der Benderstraße der General von Seckelt und der Major von Schleicher eng zusammen gearbeitet. Aber sil-

mählich begann Entfremdung zwischen ihnen aufzutreten. Der liebste Grund lag wohl darin, daß der Major von Schleicher mit immer steigender Sorge das geheime Bündnis sah, das sein Vorgesetzter mit der Roten Armee geschlossen hatte. Seckelt spürte, wie ihm der Jüngere engh. Auf den Posten des Chefs des Ministeriums, in unmittelbarer täglicher Berührung mit dem zivilen, von Seckelt nicht eben hochgeschätzten Wehrminister, glaubte Seckelt den Unbekannten abgesehen und ihn auf diese Weise kaltgestellt zu haben. Aber der Oberst von Schleicher folgte die Lehre der neugeschaffenen Stellung mit seiner Persönlichkeit voll aus, sah jedermann, sprach jedermann, ließ sich über alles informieren, mehr überall seinen Einfluß und wußte bald mehr als Herr von Seckelt. Einer seiner vertraulichen Tafelgenossen war der Reichsaussenminister, Stresemann trank zwar Pilsener und Schleicher Mosel, aber sonst verstanden sie sich ausgezeichnet. Der Offizier schwärmte ein wenig für den Abgeordneten, der in ein Gewehr getragen hatte, und am aufmerksamsten hörte Schleicher zu, wenn Stresemann ihm versicherte, in Moskau komme eine neue Generation aus Rußland, mit der man nicht mehr recht diskutieren könne; Deutschland brauche Bündnisse, und die könne es nur im Westen finden.

Schleicher stimmte mit Stresemann nicht völlig überein. In seinem Arbeitszimmer waren die ersten Vorbesprechungen über den Vertrag mit Rapallo abgehalten worden. (Wenn wir Berndorf glauben wollen, hat auch die Furcht vor dem russisch-deutschen Bündnis die Franzosen bewogen, 1924 das Ruhrgebiet wieder zu räumen.) Für eine glatte Einreichung in die Front der Westmächte war Schleicher auch jetzt noch nicht zu haben. Aber er erkannte doch, daß es Zeit werde, die Bindungen an den Osten langsam abzubauen. Er wollte ein deutsches Gleichgewicht zwischen Ost und West.

Als Seckelt bei Eberts Tode befohlen, für den Reichspräsidentenposten zu kandidieren, fand er keine Unterstützung bei dem Offizier, dessen politische Phantasie, dessen Fähigkeit, Partiführer und Journalisten zu lenken, dessen Organisationsgabe vielleicht ausgereicht hätte, dem Vorgesetzten den Spitz von der Benderstraße in die Wilhelmstraße zu ermöglichen. Herr von Seckelt wurde nicht als Kandidat aufgestellt.

Als der Chef der Heeresleitung nicht lange darauf in den Strudel der politischen Krise geriet und als sein Sturz drohte, versagte ihm der Mann aus seiner Umgebung die Unterstützung, dessen politischer Einfluß und dessen persönliche Beziehungen allein vielleicht noch Herrn von Seckelt hätten retten können. Er wurde gezwungen zurückzutreten.

### Alte Kameraden

Nachfolger wurde der General von Heye. Aber der Oberst von Schleicher bestimmte den Reichspräsidenten dazu, zum Chef des Truppenamtes und voraussichtlichen Nachfolger Heyes den General von Hammerstein-Equard zu ernennen.

Der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg hatte seine militärische Laufbahn im 3. Garderegiment zu Fuß begonnen. Der Chef des Ministeramtes im Range eines Staatssekretärs, der Oberst von Schleicher, hatte seine Laufbahn im 3. Garderegiment zu Fuß begonnen. Der Chef des Truppenamtes, voraussichtlich eines Tages Chef der Heeresleitung, hatte seine Laufbahn im 3. Garderegiment zu Fuß begonnen. Zum Adjutanten des Reichspräsidenten schlug Schleicher den Sohn des Präsidenten von Oskar von Hindenburg hatte seine Laufbahn im 3. Garderegiment zu Fuß begonnen.

Der Reichspräsident war glücklich. Er war das Staatsoberhaupt der Republik. Aber um ihn herum war die Welt, die im Grunde allein für ihn zählte.

Als der Reichswehrminister Dr. Geßler zurücktrat, schlug der Chef des Ministeramtes den General Groener zum Nachfolger vor. Groener war Würtemberg, aber innerlich er war anders als Geßler Berufsoffizier, und vor allem, Hindenburg hatte in der letzten Zeit des Krieges eng mit ihm zusammengearbeitet, die Zufriedenheit des Reichspräsidenten stieg. Sein väterliches Wohlwollen wandte sich voll dem jüngeren Offizier zu, der ihm so ausgezeichnete Vorschläge gemacht hatte. „Mein lieber junger Freund“, so begann er in diesen Monaten den Obersten von Schleicher anzureden. Die Annäherung blieb volle acht Jahre lang unverändert, bis sie in der formellen Kühle schied verheerter Feindseligkeit und offener Ungnade versank.

### Mit dem Eisernen Kreuz

Aber damals, Mitte und Ende der zwanziger Jahre wußte niemand den alten Herrn so meisterhaft zu behandeln, wußte niemand den richtigen Ton für ihn so zu treffen wie Herr von Schleicher. Als der Reichskanzler Hermann Müller zurückgetreten war, schlug Schleicher dem Reichspräsidenten zum Nachfolger einen jüngeren Zentrumsgesetzten mit Namen Dr. Heinrich Brüning vor. Der Präsident hatte keine rechte Vorstellung von ihm. „Aber“, so sagte Schleicher, „den Mann können Ihre Excellenz nehmen, der trägt sogar auf dem dunklen Anzug immer das Eisene Kreuz Erster Klasse. Er war Reserveoffizier.“ Herr von Hindenburg war entzückt. „Das ist ja ausgezeichnet. Das muß ja ein anständiger Mann sein. Lassen Sie ihn mal kommen.“

### Ein Fünfundachtzigjähriger

Ob der Reichskanzler auch davon gewußt hat, wissen wir nicht. Schleichers Milizplan jedenfalls fand bei Brüning volle Unterstützung. Aber die Tage des Kanzlers waren gezählt. Man kennt die Einzelheiten seines Sturzes: die tiefe Enttäuschung des Reichspräsidenten darüber, daß die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht gelang, aber auch den erfolglosen Ansturm der ostelbischen Standesgenossen des Rittergutsbesitzers von Hindenburg gegen den „Agarbolshewismus“ Brünings. Hier sei nur noch jener eine Vorfälle erwähnt, der für den unbefangenen Leser von heute nicht ohne kleine Komik ist, hinter dem man aber doch das abgründige Grauen des Schicksals zu spüren meint und der uns auf jeden Fall mahnt, bei unermesslichen Urteilen über den Herrn von Hindenburg nie zu vergessen, wie schwer unser eigener Fehler war, als wir im Frühjahr 1932 einen Fünfundachtzigjährigen noch einmal zum Staatspräsidenten machten; Der Reichspräsident saß in der Wilhelmstraße an seinem Fenster und sah den Posten der Reichswehr vor seinem Hause stehen. Der stand eisern, wie preussische Soldaten immer vor dem Hause ihres Stabschefs gestanden hatten, aber hinter ihm vernagelte sich das kleine Einzel-

Man braucht nicht erst zu sagen, daß sich die schicksalhafte Betrauung Brünings mit dem Kanzlerposten nicht in der simplen Weise erschöpft, wie das Gespräch mit dem Staatsoberhaupt geführt wurde. Aber unwichtig war es auch nicht, Herrn von Hindenburg zu gewinnen, und niemand vermochte das besser als Herr von Schleicher.

### Dreimal hunderttausend Mann

Aber all diese Verhandlungen waren für ihn nur das Mittel, seine große wehrpolitische Konzeption zu verwirklichen. Schon verhandelte er heimlich, ohne Wissen seiner Vorgesetzten, mit wichtigen Leuten in Paris und London, um aus dem Berufsheer der hunderttausend Mann eine Miliz von dreimal hunderttausend Mann zu machen. Er wollte nicht nur mehr Soldaten für Deutschland, er wollte vor allem der deutschen Jugend wieder ein Ziel geben. Wenn, so hoffte er — und damals durfte man dies wohl hoffen — die Jugend wieder die Möglichkeit hätte, den echten Haffencroß zu tragen, so würde sie in Scharen Hitlers Privatarmee verlassen, und die Nationalsozialistische Partei würde einen ihrer stärksten Anziehungspunkte verlieren. Noch war Hitlers Partei nicht die stärkste im Reichstag, aber aus dem tiefsten Empfinden der Fremdeht hätte und fürchtete Schleicher sie; und alles, was er damals tat und bis zu seinem Tode getan hat, war immer auch bestimmt, vom Wunsch, den Nationalsozialismus tödlich zu treffen.

Und auf immer verschlungener Pfade begab sich damals der General von Schleicher, um seine politischen Ziele zu erreichen. Er kaufte ein eigenes Blatt, die „Tägliche Rundschau“, stellte ihr aus seinen reichen Fonds fünfzehnhundert Mark im Monat zur Verfügung, und es gelang ihm, aus der Schar seiner Bekannten zwei der fähigsten, selbständigen, einflussreichsten Berliner Journalisten zu gewinnen, Hans Zehrer und Herr von Oertzen, beide bisher bei der „Vossischen Zeitung“. In Zehress und Oertzens Kopf aber entstand nur der große Plan, der in den folgenden Jahren die deutsche Politik so sehr beschäftigt hat, ohne daß er aus dem engsten Kreis von drei oder vier Leuten herausgekommen wäre; die Nationalsozialistische Partei zu spalten. Den zweitstärksten Mann in der Partei, Gregor Strasser, dem Hitlers Politik und Wesen immer widriger wurden, wollten sie ins Kabinett berufen, mit ihm zusammen Frick und einige Gauleiter aus der Partei herauslösen. Schleicher hatte einen großen Eindruck von diesem Vorhaben, und er machte es sich ganz zu eigen.

### Etwas ganz Neues . . .

Kind Hindenburgs und warf den Ball immer wieder auf den Rücken des Soldaten, ließ ihn auf und warf ihn wieder. Der Oberbefehl stand immer noch eisern, wie das Regiment es befohl. Aber den alten Soldaten am Fenster erregte der Vorgang aufs äußerste. Wenn es auch nur ein Kind war, das hier spielte, der Enkel eines preussischen Offiziers durfte unmöglich Mißbrauch treiben mit einem Posten, der Symbol der ganzen Armee war. Zornig rief Hindenburg aus: „Da soll doch aber . . .“ sprang hoch und wollte schelten. Aber der alte schwere Mann glitt aus und stürzte. Lange Monate wies er, ohne daß wir Staatsbürger das wußten, alle Zeichen des geistigen Zusammenbruchs auf. Hat er sich jemals ganz wieder davon erholt?

### Etwas ganz Neues . . .

Am 30. Mai 1932 war Brüning gestürzt. Am Abend dieses Tages fragte Herr von Oertzen Herrn von Schleicher: „Wen machen Sie denn nun zum Reichskanzler, Herr General?“ Und der Journalist erhielt die klassische Antwort: „Ich habe da ganz was Neues, Sie werden staunen.“

Hätte Herr von Schleicher Brüning halten können? Wer will es wissen? Sicher ist, daß

der Mann, der das Ohr des Reichspräsidenten hatte wie kaum sonst einer, den Versuch gar nicht erst machte. Er hatte nichts gegen Brüning, aber er fürchtete, daß in einer parlamentarischen Regierung Hitler nicht mehr zu bekämpfen sei. Er wollte nicht mehr parlamentarische Korrektheit, sondern er rechnete mit der Notwendigkeit des Staatsstreichs. Dafür brauchte er einen neuen Mann. So ließ er Brüning fallen, so verlor dieser die Stütze, die ihn vielleicht allein noch hätte halten können. Der General von Schleicher fürchtete und haßte die apokalyptischen Reiter der Zerstörung, die er inmitten der Nationalsozialistischen Partei dahinbrausen sah. So war sein Auge auf einen Mann gefallen, der als Katholik und Monarchist der großen erhaltenden Mächte zugehörig sein mußte und der zugleich, weil er nicht in der vordersten Reihe des parlamentarischen Getriebes stand, am ehesten dafür zu gewinnen gewesen wäre, auch außerhalb des Parlamentes den Kampf mit den Reitern der Zerstörung aufzunehmen. Wochenlang sprach Schleicher mit dem Präsidenten über Papen; zwei Tage vor Brünings Sturz forderte er Papen auf, Reichskanzler zu werden. Und als Brüning seine Abschiedsaudienz bei Hindenburg hatte, führten Schleicher und Papen noch einmal ein Gespräch. Papen, der ein dunkles Gefühl vor den Verlockungen und Drohungen der angebotenen Stellung wahrte, schien entschlossen zum Verzicht: „Ich nehme die Sache nicht an.“ Aber Herr von Schleicher lächelte nur verbindlich. „Das nützt Ihnen nichts! Der Reichspräsident wünscht es unter allen Umständen.“

### Im Schirmwerferlicht

Aber immer mehr trieb nun die Entwicklung auf den Mann zu, der sie so lange aus dem Hintergrund dirigiert hatte. Der Reichswehrminister des Kabinetts Papen war der General von Schleicher. Er trat zum ersten Male vor die Öffentlichkeit.

### Die Reichswehr verweigert sich

Diesmal hatte sich der Menschenkenner getäuscht. Zu Zeiten von Marx, von Hermann Müller und von Brüning hatte kaum ein Mann im Reiche das Ohr des Reichspräsidenten so gehabt wie Herr von Schleicher. Jetzt gewann der neue Kanzler ganz die Sympathie und das Vertrauen des Reichspräsidenten; Herr von Schleicher hatte geglaubt, eine Puppe zwischen sich und den Präsidenten zu stellen, und mußte nun erkennen, daß das Geschöpf mächtiger geworden war als sein Schöpfer.

Dürfen wir Herrn von Schleicher für so gering halten, daß er nur aus dem Gefühl verletzter Eitelkeit in Feindschaft gegen den Kanzler geriet? Diese Empfindung wird ihm nicht ganz fremd gewesen sein. Aber wir müßten doch annehmen, daß eine andere, eine sachliche Ueberlegung bestimmender war.

Aber das Papen selber regierten wollte, fürchtete Schleicher Gefahr für sein Doppelspiel zwischen Ost und West. Noch immer lächelte er sich die Bildungsbotschaft der Russen an; aber noch immer verhandelte er mit Frankreich und England über die Verstärkung der deutschen Reichswehr. Und die Bemühungen des Reichskanzlers von Papen, die Nationalsozialistische Partei in die Regierung einzubeziehen und dadurch für den Staat unschädlich zu machen, scheiterten schnell. Da forderte Herr von Papen vom Reichspräsidenten die Vollmachten für die offene Diktatur. Davor schreckte der Reichswehrminister jetzt noch zurück. Er hatte selber oft genug mit dem Gedanken gespielt. Aber war die Reichswehr, im ganzen Lande verstreut, wirklich auf sich zu nehmen, der allzu leicht aus der Diktatur hervorgehen könnte? Und noch war die eine große Karte nicht ausgespielt, die er seit langem wohl verwahrt: der Versuch, die Nationalsozialistische Partei zu spalten. Schleicher hielt

Vor der Öffentlichkeit stehen, bedeutet auch immer Verantwortung tragen. Und die Verantwortung legte sich schwer auf Schleichers Schultern, schwerer als bisher, da er staatsrechtlich nur Ratgeber, nicht Befehlender war. Nun zeigte sich schnell, daß auch diese ungewöhnliche Begabung ihre Grenzen hatte. Die anonyme Tradition seines Standes, die aus Hochmut oder aus dem Bewußtsein der Unzulänglichkeit, ihren Mitgliedern den Zugang in die Kämpfe der parlamentarischen Politik verboten hatte, erwies sich weiser als das Selbstbewußtsein des ungewöhnlichen Einzelgängers. Bisher hatte Schleicher Macht gehabt in der Stille des Gesprächs mit dem alten Herrn oder mit Abgeordneten und Journalisten in seinem Arbeitszimmer, oder er hatte bei den berühmten Herrendinern zwischen Kaffee und Cognak aus dem Gesprächspartner die verwegenen Bekennnisse und die verwegenen Beschlüsse herausgelockt. Aber nun mußte er selbst entscheiden, und nun mußte er selbst ausführen, und nun zeigte sich, daß seine Menschenkenntnis begrenzt war. Er versagte, wo er Freundschaft hätte suchen müssen; er vertraute, wo er nicht vertrauen durfte.

Sein weiser Amt begann damit, daß er sich mit Zehrer und Oertzen zerstritt. Die beiden Journalisten warteten ihn zuvor, Papen nur als sein Geschöpf anzusehen; der Kanzler zählte dem General noch gefährlich werden. Und in der Öffentlichkeit mußten sie den von Schleicher „erfundene“ Kanzler scharf an, weil er für die Reaktion bedeutete und weil sie einen neuen, einen sozialen Kurs wollten. Schleicher war klein genug in seiner Weisheit, ihnen die Subvention zu sperren. Sie schrieben weiter. Was Schleicher verlor, nicht nur an publizistischer Unterstützung, sondern an täglichem Rat, sollte er erst ein halbes Jahr später begriffen. Sie sahen damals weiter als er. Aber er verstand das erst, als es zu spät war.

### Melancholie

Die Gedanken des Nachlebenden verweilen bei diesen Herbsttagen des Jahres 1932. Wenn Herr von Schleicher sich damals dem von ihm selber gewählten Reichskanzler zur Verfügung gestellt hätte, wenn er mit der Reichswehr — der zuverlässigsten Truppe der Welt — das Wagnis auf sich genommen hätte, wäre das Unheil von uns und der Welt dann noch abzuwenden gewesen? Niemand wird darauf mit Sicherheit eine Antwort zu geben vermögen. Aber dies wird der Rücksehende sagen dürfen, daß mit Schleichers Nein der letzte schwache Damm bereits geborsten war, der Deutschland noch von den Mächten der Finsternis trennte.

Wohl, Herr von Schleicher, stand nun auf der Höhe seines Lebens. Er war Reichskanzler und Reichswehrminister zugleich. So viel Macht wie er hatte seit dem Sturz des Kaisers niemand mehr in Deutschland auf sich vereinigt. Aber eine tiefe Schwermut wich nicht von ihm, als ohne er das Kommende und sein eigenes Unglücken. Es war in diesen Tagen, daß er zu seiner Nichte sagte: „Auf meinen Grabstein soll ihr eines Tages schreiben: Er hat im Leben Glück gehabt; doch glücklich ist er nie gewesen.“

### Gefährlichkeit

In wenigen Wochen zeigte sich, wie sehr die große Rechnung Schleichers getrogen hatte. Gregor Strasser konnte er herauslösen — allein die dämonische Willenskraft Hitlers und Goebbels hielt die Partei in gesamten zusammen wie Eisen und zwang auch die Widerstrebenden und Abfallsternen zurück unter ihren Befehl. Schleicher war gescheitert. Auch mit der Linken gelang ihm kein Bündnis. Schleicher war ein sozialer General, er hatte mit den Gewerkschaften freundschaftlich verhandelt. Aber vergeblich beschwor der kluge Noake seine Partei, dem Kanzler eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zu geben, sonst werde die braune Flut alles niederreißen. Einem Junker, einem preussischen General vertrauen? Niemals? So

nahm das Verhängnis seinen Lauf. Und als er jetzt dem Reichspräsidenten als letztes Auswegsmittel empfahl, was er Herr von Papen verweigert hatte: die Diktatur und den Einsatz der Reichswehr, da verweigerte ihm der Präsident die Zustimmung.

Vorher noch hatte Schleicher nach innen und außen alle seine Kräfte spielen lassen, seine Stellung für den Endkampf zu stärken. Er beschwor den französischen Botschafter François-Poncet, ihm zu glauben, daß die Heerschaft Hitlers der zweite Weltkrieg sei. Er beschwor ihn, auch England dafür zu gewinnen, daß Schleicher die Reichswehr verstärken dürfe, um den Bürgerkrieg gegen Hitler zu gewinnen; und François-Poncet versprach, nicht zu protestieren. Aber als Schlei-

tergebnis und ohne amerikanische Hilfe kann kein nationalchinesisches Bataillon Formosa verlassen. Es kann erst recht nicht ohne amerikanischen Beistand die Küste Siam ansteuern, dort landen und an die Nordwestgrenze des Landes gebracht werden, von dem Einverständnis der siamesischen Regierung ganz zu schweigen. Diese Regierung wiederum kann ohneauswägig wie die burmesische hoffen, daß Tschiang Kai-schek wirkungsvolle Hilfe leistet, wenn Peiking die siamesische Nachschubbasis und die burmesische Aufmarschrampe der nationalchinesischen Truppen angreift, die sich auf den Kampf gegen China vorbereiten. Keine Macht der Welt zieht untätig zu, wie sich an ihrer Grenze Truppen sammeln mit dem erklärten Ziel des Angriffs.

### Der erste Angriff

Truman hat vor der Welt den Schutz Formosa vor einem kommunistischen Angriff übernommen. Aber er hat gleichzeitig ausdrücklich die Verantwortung dafür auf sich genommen, daß von der durch die amerikanische Flotte geschützten Insel Formosa aus kein Angriff auf das chinesische Festland vorgetragen wird. Wenn Worte einen Sinn haben sollten, schließt dieses Verbot auch einen Angriff von Formosa auf dem Umweg über Siam und Burma ein. Man kann die neue Entwicklung nur mit Sorge betrachten, sei es auch nur die Sorge vor einem drohenden neuen schweren Riß zwischen Washington und London, von dem nur der Kream ein Vorteil hätte.

cher zu Hindenburg kam, um die entscheidenden Vollmachten zu erbitten, war dieser längst durch seinen Sohn und den allzu sehr unterschätzten Herrn von Papen für den Gedanken einer Kanzlerschaft Hitlers gewonnen. Kühl lehnte er ab. Der Reichspräsident mochte sich daran erinnern, daß derselbe Herr von Schleicher ihm wenige Monate vorher gesagt hatte, die Reichswehr sei zu schwach für einen Bürgerkrieg. Es war nur folgerichtig, daß er ablehnte. Und schon waren seine Gedanken bei der neuen Möglichkeit.

### Kameraden?

Am 28. Januar 1933 war der Reichskanzler von Schleicher gestürzt. Aber noch gab sich das alte Preußen nicht geschlagen. Am selben Abend erschienen der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, und der General von Stillpnapel beim Reichspräsidenten. Die Hand am Degen, knappe Verbengung. Es könne nicht des verehrten Reichspräsidenten Ernst sein, Deutschland einem Manne wie Hitler auszuliefern. Die Verabschiedung des Kameraden von Schleicher sei für die Reichswehr untragbar.

Aber in dem Sechszwanzigjährigen war das alte Preußen nicht so lebendig wie in den jüngeren Kameraden. Und wie nun es immer in solchen Fällen tut, klammerte sich Herr von Hindenburg an den letzten Autoritätsbegriff des alten Preußens: Ich weiß selbst, was für die Reichswehr tragbar ist! Lehne in dieser Beziehung Belehrung der Herren Generale ab! Langsam wandten sich die also Abgefertigten zum Gehen. Noch in der Tür hörten sie die grollende Stimme des alten Herrn: „Kümmern Sie sich um die Vorbereitungen zum nächsten Manöver. Kümmern Sie sich um die Ausbildung der Truppe!“

Aber Herr von Hammerstein war kein Mann, der sich leicht geschlagen gab. Am folgenden Tage kam ein Ministerium auf seine Bitte einige der führenden Generale, unter ihnen Schleicher, zusammen. Der Kälte und entschlossene war Hammerstein. Jetzt sei es Zeit, daß sich die Reichswehr auf ihre Aufgaben und auf ihre Macht besinne. Der Reichsstand müsse erklärt, Hitler müsse verhaftet werden. Mit der Sozialdemokratischen Partei müsse man sich doch zum gemeinsamen Kampf gegen die gemeinsame Gefahr für das Reich. Schleicher wehrte müde ab: wie man sich einen Putsch gegen den Generalfeldmarschall vorstellen? Aber Hammerstein war zum äußersten entschlossen. Der Reichspräsident müsse verhaftet werden.

Es war die Verzweiflung, die aus Hammersteins Worten sprach, und Schleicher war gewillt der Weiterblickende, als er sich dem ungeheuren Vorschlag widersetzte, dessen Ausführung doch gescheitert wäre. Aber die Ablehnung kam auch noch aus anderen, tieferen Bezirken seines Herzens als aus denen der berechnenden Vernunft. Seine religiöse Ueberzeugung, so sagte der General von Schleicher, der mit weltmännischen Gewohnheiten immer überzeugtes Christentum zu vereinen gewußt hatte, verbot ihm die Anwendung der äußersten Mittel. Ueber dem Bett des Generals hing der Spruch: „Was hilft es dem Menschen, daß er die ganze Welt gewinnt und nehme doch Schaden an seiner Seele!“

### Für das Vaterland gefallen

Die neue Regierung entdeckte in den Räumen des Reichswehrministeriums in den geheimen Akten Dokumente über Hitler. Es stellte sich heraus, daß der General von Brodow auf Befehl des Generals von Passewalk Nachforschungen gehalten hatte. (Hitler hatte in seinem Buch „Mein Kampf“ erzählt, daß er im Herbst 1918 als Gas-Blinderler in Passewalk gelegen habe.) Der leitende Arzt des Lazarets hatte dem Reichswehrministerium nun berichtet, Hitler sei nicht durch Gas, sondern durch Hysterie blind gewesen. Er sei der Typ eines Hysterikers. In der Beurteilung durch den Arzt stand der entscheidende Satz: „Zum Vorgesetzten ganz ungeeignet.“

Am 30. Juni 1934 erschien eine Schar von SS-Leuten in der Wohnung des Generals von Schleicher und erschossen ihn und seine Frau, die sich vor ihm geworfen hatte. Am gleichen Tage wurde auch der General von Brodow ermordet. Dem Reichspräsidenten und der Nation wurde bekanntgegeben, daß die beiden Generale Landesverrat begangen hätten. Aber der alte Feldmarschall von Mackensen betrieb die „Vereinigung Graf Schlieffen“ ein, zu der mehrere hundert aktive und frühere Generalsoffiziere erschienen. Der Feldmarschall hielt die Gedenkrede für die beiden Toten, und er schloß mit den Worten: „Die Kameraden von Schleicher und von Brodow sind unschuldig und für das Vaterland gefallen.“

Für das Vaterland gefallen . . .

sicht genommenen Maßnahmen entsprechen einem sozialistischen als einem konservativen Programm und lassen sich daher von Sozialisten nur schwer kritisieren. Die Mitglieder der Labour Party haben denn auch während der letzten Wochen auffallendes Schweigen bewahrt.

Es hat jedoch den Anschein, als beginne sich dies jetzt zu ändern und als habe die Opposition wenigstens ein Thema gefunden, dessen Behandlung durch die Tories ihr einen Erfolg versprechenden Angriffspunkt bietet: die Frage der Schulerziehung. Der neue Erziehungsminister, Miss Horsburgh, hat eine Kürzung aller Ausgaben für Erziehungs-zwecke um nicht weniger als fünf Prozent angeordnet. Mehrere Provinzialverwaltungen haben bereits angekündigt, daß sie zur Durchführung dieser Anordnung vermutlich sämtliche staatlichen Kindergärten würden schließen müssen. Und darüber hinaus sind zahlreiche Gerichte in Umlauf, die die Regierung beobachtete, das schulpflichtige Alter in England aus Ersparnisgründen um ein Jahr herabzusetzen.

Eine Reihe sozialistischer Abgeordneter unter Vorsitz des ehemaligen sozialistischen Innenministers Cauter Ede haben dieser Tage in London beschlossen, diese Maßnahmen auf dem Gebiet der Erziehung mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen und sie zum Ausgangspunkt für den ersten größeren Angriff gegen die Politik der Regierung zu machen. Das Thema scheint nicht schlecht gewählt. Denn die freie und fortschrittliche Schulerziehung gehört neben dem Gesundheitsdienst zu den Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates, die dem englischen Volk am meisten am Herzen liegen. Und die angekündigten Kürzungen haben denn auch in der Öffentlichkeit sogleich eine sehr heftige Reaktion ausgelöst, die von der Regierung nicht ohne Unbehagen verfolgt worden ist.

Fette greift ein

Eine Rundfunkrede zum Wehrbeitrag
Düsseldorf, 23. Januar (dpa). Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Fette hat am Donnerstag zum ersten Male selbst in die Debatte um die Oberhausener Äußerungen des Vorstandsmitgliedes Hans von Hoff über einen deutschen Verteidigungsbeitrag eingegriffen.

werkenschaften nicht über die Frage eines Verteidigungsbeitrages zu entscheiden hätten.
„Deutschland wird sich, da es zwischen den Mächtegruppen der Diktaturen und den freien Demokratien liegt, vielleicht eines Tages — ob gewollt oder ungewollt — entscheiden müssen, ob es seine politische Freiheit verteidigen will.“

Der Platon-Ausflug verlagert

R. Bonn, 23. Januar (Eigener Drahtbericht). Der Platon-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat am Freitag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, sich bis Ende März zu vertragen, um die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht zu stören.

Erstes Gespräch bei Schumacher

Bonn, 23. Januar (dpa). Der erkrankte Dr. Kurt Schumacher ist nach Mitteilungen aus seiner Umgebung so weit wiederhergestellt, daß er Anfang Februar zur Kur in einem deutschen Badeort fahren kann. Der Name des Kurortes wurde bisher nicht bekanntgegeben. Am Donnerstagsvormittag hat er zum erstenmal wieder eine größere Zahl von Mitgliedern des Parteivorstandes in seiner Wohnung zu einer Aussprache über laufende politische Fragen empfangen.

„Deutscher oder russischer Wehrpaß?“

Der Bundeskanzler zur bevorstehenden Entscheidung über einen Verteidigungsbeitrag

Drahtbericht unseres Korrespondenten

R. Bonn, 23. Januar. Die große Bundestagsdebatte über die Grundzüge des deutschen Verteidigungsbeitrages, die auf den 7. Februar angesetzt worden ist, nicht auf den 8., wie zunächst gemeldet worden war, wird vom Bundeskanzler mit einer Erklärung eröffnet werden. Die Debatte wird wahrscheinlich noch am 8. Februar andauern.

Der Bundeskanzler sagte am Donnerstag vor deutschen Pressevertretern, er wolle in seiner Erklärung vor dem Bundestag dem deutschen Volk die weltpolitische Lage und die fällige Gefahr, die der Europa schwebt, klar vor Augen stellen. Schließlich gebe es nur die Frage, ob man einen deutschen oder einen russischen Wehrpaß haben solle. Die deutsche Öffentlichkeit müsse erkennen, daß dieser Verteidigungsbeitrag nur den einen Zweck habe, den Frieden zu retten. Einzelheiten könnten nicht von ausschlaggebender Bedeutung für den Beschluß des Bundestages sein.

Amerika einigen werde. Nach dieser Phase werde eine andere Lage eintreten.

Wie bereits in einem Teil unserer Ausgabe vom Donnerstag berichtet, erklärte der Kanzler, weder eine Neuwahl noch ein Volksentscheid über den Verteidigungsbeitrag seien möglich; eine Zweidrittelmehrheit für ein Wehrgesetz werde für unnötig erachtet, da es nicht verfassungsändernd sei, nachdem das Grundgesetz die Wehrpflicht als gegeben annehme.

Dr. Adenauer bezog sich bei diesen Erklärungen auf den Artikel 26 des Grundgesetzes. Der Artikel sieht die Verweigerung der Wehrpflicht aus Gewissensgründen vor. Damit sei bereits gesagt, daß ein Wehrpflicht im Rahmen des Grundgesetzes möglich sei. Ebenso sehe das Grundgesetz vor, daß die Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg verboten seien. Dies lasse darauf schließen, daß ein Verteidigungsbeitrag nicht verboten sei. Es werde jedoch eine große Mehrheit im Bundestag für den deutschen Verteidigungsbeitrag notwendig sein, da es eine Lebensfrage des deutschen Volkes sei.

Der Kanzler bedauert Angriffe im Bundestag
Der Kanzler bedauerte sehr, daß in der Bundestagsdebatte am Donnerstag von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schöttle massive Angriffe gegen die Regierung gerichtet worden seien, obwohl die Besprechungen mit der Opposition am nächsten Mittwoch fortgeführt werden sollten.

Schöttle greift die Regierung an, Färm um Loritz

Zu einem „Vorgefecht“ für die Debatte über den Verteidigungsbeitrag kam es am Donnerstag im Bundestag bei der Beratung des Antrages der Föderalistischen Union, die eine Unterrichtung des Parlamentes über die bisherigen Verhandlungen auf diesem Gebiet forderte. Staatssekretär Professor Hallstein begrüßte im Namen der Bundesregierung, daß der Bundestag über den Verteidigungsbeitrag und die Ablösung des Besatzungsstatus am Samstag debattieren werde, bevor die Bundesregierung bindende Schritte tue.

Dr. Eisel (Föderalistische Union) wies darauf hin, der Bundeskanzler und der Bundespräsident hätten sich in früheren Erklärungen gegen die Wiedereinrichtung einer deutschen Wehrmacht ausgesprochen. Die Bundesregierung habe die Sicherheitsbeauftragten blank über die inzwischen aufgestellten Pläne lassen. Pönder sagte, er wolle noch kein Vorpostengefecht führen. Er bedauere, daß die Sozialdemokratische Partei schon ein kleines Vorgefecht vorgelegt habe. Die Unionsparteien würden sich nicht durch Zurückweichen drängen lassen. Der Abgeordnete Euler (Freier Demokrat) forderte, die wichtigen Fragen des Generalvertrages und des Verteidigungsbeitrages möglichst früh zu erörtern und vor allem die Gleichberechtigung der Bundesrepublik zu sichern. Dr. Eismann (Föderalistische Union) und der Abgeordnete Farke (Deutsche Partei) bedauerten, daß die Regierung mit einer Stellungnahme überhaupt gewartet habe bis der Bundestag die Initiative ergriffen habe.

der deutschen Souveränität an die Bedingung zu knüpfen, erst deutsche Soldaten stellen zu lassen. Auch angeblicher Zeitdruck und etwaiger Bedurfis amerikanischer Wahlpolitik dürften die Politik des Bundestages nicht beeinflussen.

Als der Abgeordnete Loritz (fraktionslos) mit den Worten begann: „Wenn dieses Haus noch einen Funken Selbstachtung besitzt“, wurde er durch einen Tumult am Weiterreden gehindert und erhielt einen Ordnungsruf des Präsidenten. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, wandte er sich mit scharfen Worten gegen die Alliierten und warnte vor einer Politik, die in eine Katastrophe hineinführen könne.

Dr. Wellhausen (Freier Demokrat) und Dr. Pönder (CDU/CSU) sprachen sich dafür aus, das Thema erst in der bevorstehenden großen Verteidigungsdebatte eingehender zu behandeln. Pönder sagte, er wolle noch kein Vorpostengefecht führen. Er bedauere, daß die Sozialdemokratische Partei schon ein kleines Vorgefecht vorgelegt habe. Die Unionsparteien würden sich nicht durch Zurückweichen drängen lassen. Der Abgeordnete Euler (Freier Demokrat) forderte, die wichtigen Fragen des Generalvertrages und des Verteidigungsbeitrages möglichst früh zu erörtern und vor allem die Gleichberechtigung der Bundesrepublik zu sichern. Dr. Eismann (Föderalistische Union) und der Abgeordnete Farke (Deutsche Partei) bedauerten, daß die Regierung mit einer Stellungnahme überhaupt gewartet habe bis der Bundestag die Initiative ergriffen habe.

Der niedersächsische Landtag für das Deutschlandlied

Hannover, 23. Januar (dpa). Der Niedersächsische Landtag hat am Freitag in namentlicher Abstimmung mit 79 Stimmen der Deutschen Partei, der Christlich-Demokratischen Union, der Freien Demokratischen Partei, des Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten, des Zentrums, der Sozialistischen Reichspartei gegen 31 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei fünf Enthaltungen einen Entschließungsantrag der Deutschen Partei/Christlich-Demokratischen Union angenommen, in dem der Bundespräsident gebeten wird, die drei Strophen des Deutschlandliedes von Hoffmann von Fallersleben wieder zur deutschen Nationalhymne zu erklären. Der Antrag wird vor allem damit begründet, daß die deutschen Sportler im Februar nicht ohne Nationalhymne zu den Olympischen Winterspielen nach Oslo fahren könnten.

Kranzbühler bei Adenauer

Bonn, 23. Januar (epd). Der Bundeskanzler hat am Freitag Vertreter des Heidelberger Kreises empfangen, einer Vereinigung von führenden Juristen, zu einer Aussprache über jene Deutschen, die sich als angebliche Kriegsverbrecher noch in fremder Haft befinden. Sprecher der Delegation war der als Verteidiger in den Nürnberger Prozessen bekannt gewordene Rechtsanwalt Dr. Kranzbühler.

Kurze Meldungen

- Der isländische Staatspräsident Björnsson ist im Alter von siebzig Jahren gestorben. (dpa)
Dr. Andrea Caminetti ist auf Beschluss des Amtsgerichtes Frankfurt gegen eine Kaution von 60.000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen worden. (F.A.Z.)
Sir Francis Shepherd, der bisherige britische Botschafter in Teheran, ist zum Botschafter in Warschau ernannt worden. (dpa)
Massey, der frühere kanadische Hohe Kommissar in London, ist als Nachfolger von Lord Alexander zum Generalgouverneur von Kanada ernannt worden. (dpa)
Ein Aktionskomitee freierhändlerischer Aerzte ist von geflüchteten Aerzten der Sowjetunion in West-Berlin gegründet worden. (F.A.Z.)
Das letzte Kloster in Prag ist von der tschechoslowakischen Regierung geschlossen worden. (AP)
Die jordanische Regierung hat beschlossen, dem kollektiven Sicherheitspakt der Araberstaaten beizutreten. (dpa)

Die „Grüne Woche“ in Berlin eröffnet

Sonnemann: Eine Visitenkarte gegenüber der Sowjetzone

Drahtbericht unseres Korrespondenten

er. Berlin, 23. Januar. Staatssekretär Sonnemann vom Bundesernährungsministerium hat am Freitag in der Festhalle am Berliner Funkturm an Stelle des erkrankten Bundesernährungsministers Niklas die „Grüne Woche“ eröffnet. An der Feier nahmen die Bundesminister Dr. Lehr und Kaiser, Vertreter der westlichen Besatzungsmächte sowie der Berliner Bundesbehörden und des Senats teil.

Dr. Sonnemann bezeichnete die „Grüne Woche“ als eine Visitenkarte der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetzone, die in der am weitesten vorgeschobenen Bastion des Westens Zeugnis von der westdeutschen landwirtschaftlichen Produktion ablegen solle. Er wies besonders auf die Anstrengungen der Bundesrepublik hin, Berlin mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Die Vorräte in der Stadt reichten aus, um Berlin in Krisenzeiten für gesamte Zeit von Zufuhren unabhängig zu machen. Die westdeutsche Landwirtschaft habe es vermocht, in wenigen Jahren nicht nur die Kriegsverluste auszugleichen, sondern ihre Produktion auf vielen Gebieten weit über den Stand der Vorkriegsjahre hinaus zu entwickeln.

Besondere Grüße richtete Sonnemann an die unter schweren Verhältnissen arbeitenden ostdeutschen Bauern. „Sie sollen das Gefühl erhalten, daß ihre westdeutschen Berufskollegen sich mit ihnen ein Wissen.“
Der Präsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Lorberg, sagte, die Landwirtschaft müsse so ausgeglichen sein, daß sie bei einer Integration Europas die Konkurrenz

anderer europäischer Staaten nicht zu fürchten brauche.
Zuvor hatte der Regierende Bürgermeister Reuter die Anwesenden begrüßt und erklärt, die „Grüne Woche“ und Berlin seien voneinander untrennbar. Ohne Zweifel sei die „Grüne Woche“ wieder die größte landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Ausstellung Deutschlands.

Die Ausstellung umfaßt eine Gesamtfläche von 26.000 Quadratmetern, 170 Firmen, 50 Verbände und Organisationen der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus sowie zwanzig Institute sind vertreten.

Über fünfzig Preise und Geschenke wurden allein für die besten Leistungen der Tierzucht und des Gartenbaus verteilt. Unter den Preisträgern waren auch Aussteller aus der Sowjetzone, die ohne Genehmigung der Sowjetzonebehörden einer Einladung zur „Grünen Woche“ gefolgt sind.

Keine eigene Produktion schwerer Waffen

85 Prozent der deutschen Ausgaben für Verteidigungszwecke verbleiben im eigenen Land. Dadurch werde eine Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft erreicht. Die Bundesrepublik wolle jedoch für die vorgesehenen zwölf deutschen Divisionen keine schweren Waffen produzieren. „Nichts zient eine feindliche Landwaffe mehr an, als eine Rüstungsindustrie.“ Es gehe aber viele Ausrüstungsgegenstände und Verbrauchsgüter, die für die eigenen Truppen gebraucht werden könnten. In diesen Zusammenhang teilte der Kanzler mit, daß durch die Zusatzverträge alle Beschränkungen der deutschen Produktionskraft fortfallen würden.

Die finanziellen Verpflichtungen

Alle Vermutungen seien falsch, daß der Bundestag überfahren werden solle und daß er vor einer Paraphierung des Europa-Armees-Abkommens die Bundestagsdebatte abwarten wolle, zudem seien noch die finanziellen Fragen nicht gelöst. Der einmal von amerikanischer Seite genannte Betrag von 19 Milliarden für den deutschen finanziellen Beitrag sei untragbar, auch ein Betrag von zehn Milliarden erscheine ihm unmöglich. Bei der Berechnung der deutschen Leistungsfähigkeit müßten die sehr hohen Aufwendungen für die Vertriebenen und für Berlin berücksichtigt werden. Die Bundesregierung könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß diese Berechnungen mit den Oberkommissaren ausgehandelt würden. Sie müsse darauf bestehen, daß sich die Drei Weisen mit dieser Frage befassen.

Keine eigene Produktion schwerer Waffen

85 Prozent der deutschen Ausgaben für Verteidigungszwecke verbleiben im eigenen Land. Dadurch werde eine Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft erreicht. Die Bundesrepublik wolle jedoch für die vorgesehenen zwölf deutschen Divisionen keine schweren Waffen produzieren. „Nichts zient eine feindliche Landwaffe mehr an, als eine Rüstungsindustrie.“ Es gehe aber viele Ausrüstungsgegenstände und Verbrauchsgüter, die für die eigenen Truppen gebraucht werden könnten. In diesen Zusammenhang teilte der Kanzler mit, daß durch die Zusatzverträge alle Beschränkungen der deutschen Produktionskraft fortfallen würden.

Hinsichtlich der Leistungen für die englischen und amerikanischen Truppen auf deutschen Boden müßten zwei Phasen berücksichtigt werden. In der Zeitspanne, in der das deutsche Kontingent noch nicht völlig aufgestellt sei, würden Beiträge für diesen Zweck geleistet werden, über die sich die europäische Verteidigungsgemeinschaft mit England und

Verteidigung — eine moralische Pflicht

Die Konferenz über Ost- und Mitteleuropa beendet

London, 23. Januar (ep). Die viertägige Ost- und Mitteleuropa-Konferenz der Europäischen Bewegung hat mit der einstimmigen Annahme einer politischen Erklärung geschlossen, in der es heißt, daß der alliierte Sieg für Westeuropas die Freiheit, in Ost- und Mitteleuropa aber neue Knechtschaft gebracht habe. Ein dauerhaftes Abkommen mit der Sowjetunion sei nur möglich, wenn die Freiheit in den von ihr unterjochten Gebieten wieder hergestellt werde. Gesichert werden könne diese Freiheit nur in der Einheit der gesamt europäischen Gemeinschaft. Für den Tag der Befreiung müßten aber schon heute die Vorbereitungen getroffen werden. Die Konferenz wurde von 150 Delegierten der westeuropäischen Länder und der Exilgruppen aller vor 1939 selbständigen Staaten Mittel- und Osteuropas besetzt.

Der ehemalige polnische Ministerpräsident Mikolajczyk wurde scharfe Kritik an dem Abkommen von Jalta und Potsdam geübt. Randolph Churchill, der Sohn des britischen Premierministers, bezeichnete auf der Veranstaltung in der Albert Hall einen deutschen Verteidigungsbeitrag und die volle Gleichberechtigung Deutschlands als gerecht und notwendig. Die Sieger hätten die bedingungslose Kapitulation Deutschlands verlangt und angenommen. Sie hätten ihm die totale Entwertung und die völlige Zerstörung des Industriepotentials auferlegt. Damit hätten sie aber auch eine absolute moralische Verpflichtung zur Verteidigung Deutschlands übernommen. Die Vereinigten Staaten beschützten auch ein entwarfenes Japan wirksam. Jedoch sei der Westen im Augenblick nicht in der Lage, seine Verpflichtungen gegenüber Deutschland zu erfüllen. „Wenn wir im Falle eines Krieges das deutsche Volk nicht schützen können, dann haben die Deutschen das moralische Recht, zu ihrer eigenen Verteidigung alles in ihrer Macht Stehende zu tun. Dem deutschen Volk muß die Sicherheit gegeben werden, daß es nicht von der Roten Armee überrannt wird.“

Die Besatzungszeit geht zu Ende

McCloy an die amerikanischen Soldaten
Frankfurt, 23. Januar (dpa). Der amerikanische Oberkommissar weist am Freitag in der amerikanischen Soldatenzeitung „Stars and Stripes“ die amerikanischen Soldaten darauf hin, die Besatzungszeit in Deutschland gehe zu Ende. „Die amerikanischen Truppen in Deutschland werden hier als Verteidigungstruppen in der gleichen Rolle stehen wie in den Vereinigten Staaten. Sie werden unter gemeinsamen Risiko in Partnerschaft mit den Deutschen die Aufgabe haben, die freie Welt zu verteidigen.“ Diese Überlegung verlange, daß die zivilen Interessen und Gefühle der Deutschen von den amerikanischen Soldaten ebenso peinlich beachtet würden wie die ihrer Landsleute. Aber auch von der deutschen Bevölkerung, die ja verteidigt werden solle, könne man eine entgegenkommende und überlegte Haltung erwarten.

Der Landrat Kommunalbeamter

Die neue Hessische Landkreisordnung
5. Wiesbaden, 23. Januar (Eigener Drahtbericht). Die Beratungen des Kommunalpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtags über die neue hessische Landkreisordnung sind abgeschlossen worden. Die vom Ausschuß abgeänderte Vorlage wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die der Freien Demokraten und der Christlich-Demokratischen Union bei Stimmenthaltung des Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten angenommen. Nach einer Kampfabstimmung wurde die strittige Frage der rechtlichen Stellung des Landrats Kommunalbeamter sein wird. Entgegen der bisherigen Regelung, bei der der Landrat Kreistagsvorsitzender war, wird der Kreistag jetzt einen Kreisvorsitz bilden, dessen Vorsitz der Landrat einnimmt. Ihn zur Seite steht ein Erster Beigeordneter und fünf Kreisbeigeordnete. Die Kreisdeputierten fallen weg. Der Kreistag wählt aus seinen Reihen einen Kreislagvorsitzenden, der auch die Einführung des Landrats vorzunehmen hat.

In Abänderung der Regierungsvorlage nahm der Ausschuß einen neuen Paragraphen einstimmig an, nach dem Weisungsaufgaben Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern grundsätzlich übertragen werden müssen, während Gemeinden von fünf- bis zehntausend Einwohnern Weisungsaufgaben bei vorhandener Verwaltungskraft übertragen werden können. Im übrigen entsprechen die vom Ausschuß vorgenommenen Änderungen der vom Ausschuß beschlossenen Gemeindeordnung.

Shiunfall McCloy

Bonn, 23. Januar (dpa). Der amerikanische Oberkommissar McCloy hat sich am Freitag beim Skilaufen in der Nähe von Garmisch einen Knöchel gebrochen. Er wurde in ein amerikanisches Militärkrankenhaus in München eingeliefert.

Abstimmungserfolg der Russen

Paris, 23. Januar (AP, dpa). Der Politische Ausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am Freitag gegen den Widerstand der amerikanischen Delegation den sowjetischen Vorschlag für die gleichzeitige Aufnahme von 14 Ländern angenommen. Es ist das erstmalig in der Geschichte der Vereinten Nationen, daß der Ausschuß einen bedeutenderen sowjetischen Vorschlag annimmt, gegen den die amerikanische Delegation opponierte. Die 14 Staaten, deren gleichzeitige Aufnahme die Sowjetunion vorschlägt, sind Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, die Äußer Mongolei, Irland, Italien, Ceylon, Flandern, Nepal, Portugal, Oesterreich, Jordanien und Libyen.

berufung der betreffenden Arbeitsdirektoren wäre also zunächst Suche der Stellen gewesen, die sie entsandt hätten. „Diese aber haben sich bis in die jüngste Zeit hinein passiv verhalten.“ Die Tatsache, daß einige dieser Arbeitsdirektoren inzwischen aus der Kommunistischen Partei ausgetreten seien, könne die klare und offene Entscheidung der für ihre Entsendung verantwortlichen Stellen keinesfalls ersetzen.

Hübenthal verurteilt

Paris, 23. Januar (AP). Der frühere Unteroffizier Georg Hübenthal ist von einem französischen Militärgericht wegen Erschießung eines Bauern in Gungant, Bretagne, während des Krieges zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Hübenthal war vor einem Jahr auf französisches Verlangen von den amerikanischen Besatzungsbehörden in Eschwege verhaftet und an die Franzosen ausgeliefert worden. Der Anklage hatte 20 Jahre Zuchthaus gefolgt. Der Vertreter machte jedoch geltend, daß Hübenthal nur auf Befehl seines Vorgesetzten gehandelt habe.
Der 47jährige Anton Gerlach aus Ostpreußen wurde von einem Militärgericht in Metz wegen Erschießung eines flüchtenden jugoslawischen Kriegsgefangenen während der Besetzung Frankreichs zu einem Jahr Haft verurteilt.

Ginkel beurlaubt

Der kommunistische Arbeitsdirektor
F. A. Z. Köln, 23. Januar. Die von den Gewerkschaften geforderte fristlose Entlassung des kommunistischen Arbeitsdirektors Ginkel bei der Hüttenwerke Hückingen AG ist vom Vorstand bisher nicht ausgesprochen worden. Es wurde lediglich seine sofortige Beurlaubung angeordnet. Wegen dieser Haltung des Vorstandes hatte der „Sozialdemokratische Pressedienst“ den Vorwurf erhoben, das Unternehmen stelle sich mit Rücksicht auf den Ost-West-Handel schützend vor Kommunisten.

Dazu stellt das Deutsche Industrieinstitut fest, ausschließlich die sozialdemokratische-gewerkschaftliche Personalpolitik sei dafür verantwortlich, daß in westdeutschen Hüttenwerken aktive Kommunisten — offen oder getarnt — Schlüsselpositionen einnehmen könnten. Die Berufung notorischer Kommunisten als Arbeitsdirektoren in die Vorstände der entflochtenen Werke sei seinerzeit von den Gewerkschaften über ihre Beauftragten in der Treuhänderverwaltung im Auftrag der British North German Iron and Steel Control erfolgt. Dabei hätten auch namhafte sozialdemokratische Politiker mitgewirkt. Der Abbau dieser kommunistischen Zellen durch Ab-



Wer den vernünftigen bekömmlichen Genuß bevorzugt, der raucht ZIGARETTEN.
Und hat recht: wo gibt es soviel guten Tabak für so wenig Geld?
... immer mit der Ruhe und 'ner guten Zigarre!



# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

**Sonderdruck**

aus dem Januar-Heft 1958

DOKUMENTATION

ZUR POLITIK SCHLEICHERS GEGENÜBER DER NSDAP 1932

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

Die unterschiedlichen Meinungen über die Politik des Reichswehrministers von Schleicher während der Amtszeit des Kabinetts von Papen (1. Juni – 17. November 1932) sind so alt wie die damaligen Geschehnisse selbst. In den Äußerungen der Mithandelnden und Miterlebenden sind sie zum Teil heute noch erkennbar. Auf der einen Seite wird, etwa in den Rückblicken Papens, ein Bild von der willensmäßigen Geschlossenheit der von dem Vertrauen Hindenburgs getragenen Präsidialregierung gezeichnet, deren Weiterarbeit Ende November durch die veränderte Einstellung Schleichers jäh unterbrochen worden sei. Papen war ursprünglich der Meinung gewesen, daß des Generals „politische Konzeption grundsätzlichen Erwägungen entsprang“. „Dieses Mißverständnis“, schreibt er<sup>1</sup>, „enthüllte sich mir erst, als ich . . . entsetzt feststellte, mit welcher Beudenkenlosigkeit Schleicher alles über Bord warf, was wir bisher gemeinsam verkündet hatten. Er vergaß, daß wir sechs Monate lang gepredigt hatten, eine völlig neue, auf christlich-konservativer Grundlage gebildete Regierung auf die Beine stellen zu wollen, mit dem Ziele, der funktionsunfähig gewordenen Weimarer Demokratie einen neuen Charakter durch Verfassungs- und Wahlreform zu geben. Wir hatten Hindenburgs Wort für dieses Programm verpfändet . . .“ Nach der Auffassung Papens schloß dieses Programm eine einheitliche Politik gegenüber den Parteien ein, vor allem in der Bewertung und Behandlung des Problems Hitler.

Andererseits taucht bei den nationalsozialistischen Gegenspielern schon früh die Version von unredlichen Machenschaften Schleichers auf, welche bei den Entscheidungen des Reichspräsidenten störende Auswirkungen gezeitigt, ja überhaupt die im Sommer 1932 erhoffte „nationale Einigung“ Deutschlands unter Führung Hitlers böswillig vereitelt hätten. Nicht Papen sei der Gegner gewesen, sondern Schleicher, der stets die jeweiligen Unterhändler der NSDAP hingehalten und betrogen habe.

Dieser stille Verdacht hatte sich gegen Ende des Jahres, als die Parteiführung von der bevorstehenden Begegnung Papen-Hitler im Hause des Barons von Schröder einen Ausweg aus der politischen Isolierung erhoffte, in hohem Maße verstärkt. Es bedurfte sozusagen nur noch einer Bestätigung aus dem Munde Papens selbst. „Ich hoffe“, schrieb Wilhelm Keppler, einer der Wirtschaftssachverständigen in der Umgebung Hitlers, am 26. Dezember 1932 an Schröder, „daß die Besprechung zu einer weitgehenden Aufklärung der politischen Geschehnisse der letzten Monate führen wird; ich vermute, daß wir den 13. August auch Herrn v. Schl. zu danken haben; in diesem Falle wäre auch eine Aufklärung hierüber besonders dankbar [sic].“ Und am Schluß des Briefes heißt es: „Infolge des 13. August, den der Führer immer als persönliche Niederlage empfand, war seine Stimmung gegenüber Herrn v. P. lange Zeit sehr schlecht. Ich bin bei ihm immer für v. P. und gegen

<sup>1</sup> F. von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 277.

v. Schl. eingetreten; die Stimmung wurde mit der Zeit besser, und er soll dem jetzt geäußerten Wunsch gerne entsprochen haben; ich hoffe, daß es Ihrer Geschicklichkeit gelingt, bei der Besprechung die letzten Hemmnisse zu beseitigen<sup>3</sup>.“ Das Bestreben der Nationalsozialisten ging dahin, im Hinblick auf die künftigen Entscheidungen Hindenburgs unter die Ereignisse des August einen Schlußstrich zu ziehen. Hierzu brauchte man einen Schuldigen, und es traf sich, daß dieser jetzt, um die Jahreswende 1932/33, „wieder“ den Ansprüchen Hitlers im Wege stand, diesmal (wie es schien) gefährlicher denn je. Wir wollen offen lassen, ob diese Dinge in Köln zur Sprache gekommen sind. Der heimliche Wunsch der Parteiführung nach Aufklärung war auch in der Redaktion des „Völkischen Beobachters“ bekannt<sup>3</sup>. Jedenfalls blieb das Verlangen nach dieser ganz bestimmten Information unverändert stark, denn um den 21. Januar 1933 fragte Keppler abermals bei Schröder an: „Bestände jetzt vielleicht die Möglichkeit, durch v. P. beim alten Herren zu erfahren, wie Schl. im August unter vier Augen mit dem alten Herren verhandelte? Sollte Schl. bei den Ereignissen am 13. August dazwischen geschossen haben, so wäre eine entsprechende Erklärung äußerst wichtig, um vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erreichen“<sup>4</sup>.

Tatsächlich entstand bei der NSDAP im Laufe des Jahres 1933 das Bild eines politisierenden Generals, behaftet mit der Schuld, daß das „Miteinander“ Hindenburg-Hitler und die „nationale Erhebung“ erst „so spät“ gelangen. An sich steht diese nationalsozialistische Auffassung hier nicht zur Erörterung, doch sind bei ihr Maßstäbe zu erkennen, wie sie seit dem Ende der Weimarer Zeit auch bei der republikanischen Kritik Anwendung gefunden haben. Wir meinen die These von dem grundsatzlosen Intrigantentum Schleichers, die gegenwärtig bis in die Erörterungen über die Rolle der Reichswehr im damaligen Staate vorgedrungen ist. Es wird Aufgabe dieser Dokumentation sein, mit Hilfe bislang unveröffentlichter Stücke diese Art der Beurteilung, in welche praktisch auch die von Papen vertretene Sicht der Dinge einmündet, kritisch zu beleuchten.

Es konnte Schleicher, der nach dem 30. Januar 1933 zurückgezogen lebte, nicht

<sup>3</sup> Schreiben Kepplers an Schröder vom 26. Dezember 1932, Fotokopie des Originals, Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MG 4.

<sup>3</sup> Vgl. den Kommentar des „Völkischen Beobachters“, Süddeutsche Ausgabe, vom 7./8. Januar 1933: „Die Dinge dürften sich vielmehr so verhalten, daß umgekehrt Herr von Papen das Bedürfnis fühlte, dem Führer der größten deutschen Partei gewisse interessante Einzelheiten über die Vorgeschichte mitzuteilen, die zum Sturz seiner Regierung im November vorigen Jahres führten. Wenn man dabei an die eigenartigen Umstände denkt, die nach dem formellen Rücktritt der Regierung Papen der Befeuerung des Herrn von Schleicher unmittelbar vorausgingen, so kann man es verstehen, daß der ehemalige Reichskanzler Wert darauf legt, einiges Licht in die Dinge zu bringen und in die Methoden, mit denen man heutzutage Kanzler werden kann...“

<sup>4</sup> Notiz Kepplers für Schröder, undatiert. In der Sammlung der Nürnberger Dokumente als Postskript fälschlich zu einem Schreiben vom 28. November 1932 (Dok. NI-211, ungeord.) eingeordnet. Auf jeden Fall gehört das Stück in das letzte Januartrittel 1933, wahrscheinlich zum 21. Januar. Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MG 4.

verborgen bleiben, welche Richtung die zeitgenössische Einschätzung seiner Person zu nehmen drohte. Als gelegentliche Äußerungen über seine vermeintlich verhängnisvolle Rolle in der Presse auftauchten, bemühte er sich daher in dem ihm noch zu Gebote stehenden Rahmen um Richtigstellungen. So entstanden, nachdem Anfang August 1933 und am 30. Januar 1934 Zeitungsartikels<sup>5</sup> seinen Unwillen erregt hatten, zwei Antwortbriefe, die erst vor kurzem bekannt geworden sind. Eine Abschrift des ersten, an Staatssekretär Körner gerichteten Schreibens (vom 5. August 1933) gelangte offiziell zu den Akten der Präsidialkanzlei; der handschriftliche Entwurf des zweiten vom 30. Januar 1934 wurde vor längerer Zeit freundlicherweise durch General Dr. Speidel dem Institut für Zeitgeschichte zur Auswertung zur Verfügung gestellt<sup>6</sup>. In beiden Fällen ging es Schleicher darum, daß die offizielle Sprachregelung des „neuen Staates“ die von ihm seit 1930 unternommenen Bemühungen um eine „nationale“ Politik, betrieben im Verein mit dem Reichspräsidenten und im Wechselspiel mit der NSDAP, in angemessener Weise zur Kenntnis nehmen sollte.

## Nr. 1.

1933 August 5, Neubabelsberg.  
Schreiben des Gen. d. Inf. a. D.  
von Schleicher an den Staatssekretär Körner.

Eigenhändige Abschrift Schleichers für Staatssekretär Dr. Meißner. — Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Büro des Reichspräsidenten, Bd 47, fol. 601f.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Da ich meines Wissens nicht die Ehre habe, Sie zu kennen, hat mich der Passus in Ihrem Essener Artikel, der sich mit meiner Person befaßt, außerordentlich überrascht. Wenn ich auch der Auffassung bin, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, um die Geschichte jener Zeit zu schreiben — ich fühle jedenfalls nicht den [Beruf] dazu in mir —, so möchte ich zu Ihrer persönlichen Orientierung doch folgendes be merken:

1). Seit dem Sommer 31 habe ich mich konsequent und unbeirrt für die Heranziehung der NSDAP zur Regierung eingesetzt. Das kann jeder der leitenden Männer jener Periode bestätigen.

2). Vor jenem denkwürdigen 13. August habe ich mich sowohl im damaligen Reichskabinett wie bei mehreren Unterredungen beim Herrn R.Pr. nachdrück-

<sup>5</sup> Interview des Staatssekretär Körners, in: Nationalzeitung [Essen] vom 2. August 1933; G. Schultze-Pfäelzer, Vor einem Jahr, in: Vossische Zeitung vom 30. Januar 1934.

<sup>6</sup> Vgl. H. Krausnick in: Vollmacht des Gewissens. München 1956, S. 194 f. Angesichts der Tatsache, daß die Forschung immer noch zusammenfassender oder rückblickender Selbstzeugnisse Schleichers entbehrt, haben diese Briefe eine gewisse Bedeutung. Schleicher um die Jahreswende 1933/34 begonnenen Aufzeichnungen über die Ereignisse der vorangegangenen Jahre dürften verloren sein; der — wohl kleinere — erhaltene gebliebene Teil des anfangs umfanglicheren Nachlasses weist nur sehr wenig Schriftgut dieser Art auf.

lichst für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingesetzt. Das werden Ihnen sowohl alle Mitglieder des Kabinetts wie vor allem auch der Vizekanzler von Papen und der Staatssekretär Meißner, die meine Bemühungen unterstützten, bestätigen können.

3). Mir war bisher von einem „erbitterten Kampfe“, den der jetzige Pr. Ministerpräsident vor dem 13. August gegen mich geführt haben soll, nichts bekannt. Er hat mich vielmehr bei jeder Gelegenheit des Gegenteils versichert, und ich habe nicht die geringste Veranlassung an der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen zu zweifeln. Daß sich dieses Verhältnis später änderte, lag in der politischen Entwicklung begründet und war zwangsläufig. Herr Göring wird Ihnen näheres darüber sagen können.

Abschrift dieses Schreibens lasse ich dem Herrn Staatssekretär beim Herrn R.Pr. und dem Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei zugehen.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Ihr sehr ergebener

Kurt von Schleicher.

## Nr. 2.

1934 Januar 30, Neuhabelsberg.  
Briefentwurf des Gen. d. Inf. a. D.  
von Schleicher an die Schriftleitung  
der Vossischen Zeitung.

Fotokopie. - München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, F 56.

Der Artikel „Vor einem Jahr“ in der Morgenausgabe vom 30. Januar hat mich peinlich berührt, weil ich - ganz abgesehen von den thatsächlichen Unrichtigkeiten - in einem Blatt vom Format der Vossischen Zeitung eine derart verletzende Ausdrucksweise nicht für möglich gehalten hätte. Zur Steuer der historischen Wahrheit bemerke ich:

1). Ich habe die Hitlerbewegung nicht in „meiner halböffentlichen Weise begünstigt“ - ich kann mir übrigens unter dieser wohl ironisch gemeinten Redensart nur wenig vorstellen-, sondern bin seit dem Herbst 30 konsequent und hartnäckig für die Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierung eingetreten.

2). Ich habe im Auftrage des R.Pr. nach dem Rücktritt Brüning's die Verhandlungen mit Hitler geführt, die zu den bekannten Vereinbarungen zwischen dem R.Pr. und Hitler führten. (Aufhebung des SA-Verbots, Neuwahlen, Unterstützung des Kab. Papen)

3). Ich bin nach den Wahlen des 31. Juli 32 nachdrücklich beim R.Pr. für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten. Adolf Hitler hatte mich in stundenlangen Spaziergang auf dem Lande von der Notwendigkeit seiner Kanzlerschaft überzeugt. Die Gegner dieser Entwicklung, deren Einfluß dann zur Absage des 13. August führte, sind mir bekannt, brauchen in dieser Richtigstellung aber nicht genannt zu werden.

4). Von diesem 13. August an habe ich eine Kanzlerschaft Hitlers unter dem R.Pr. Hindenburg nicht mehr für möglich gehalten, weil ich den Widerstand des R.Pr. bzw. seines einzig einflußreichen Beraters für unüberwindlich hielt. In einer persönlichen Aussprache in Neudeck hatte mir der R.Pr. zudem seinen „unumstößlichen“ Willen, Hitler nicht zu berufen, in der ernstesten Weise und mit fast ungnädigen Worten bekanntgegeben. (Der R.Pr. hat an dieser These übrigens bis zum 26ten Januar 33 festgehalten) Ich habe Hitler über meine Beurteilung der Lage nicht im unklaren gelassen und mich deshalb um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen.

5). Als ich sehr gegen meinen Willen die Kanzlerschaft übernehmen mußte, weil das Kabinett dem wieder betrauten Papen die Gefolgschaft versagte, blieb mir nach dem unter 4. gesagten nur die Wahl, die Nationalsozialisten zur Mitarbeit oder wenigstens zur Neutralität zu überreden oder den bereits eingeleiteten Wiederaufbau Deutschlands im Kampf durchzuführen. Dafür ging auch die Weisung des R.Pr. Die nicht ungünstigen Aussichten für einen modus vivendi mit den Nationalsozialisten waren in dem Augenblick erledigt, als durch Papens Kommen hinter meinem Rücken geführten Verhandlungen die Möglichkeit für neue Kombinationen sichtbar wurde. blieb der Kampf, für den alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen waren, und der meiner festen Überzeugung nach zum Erfolg geführt hätte, wenn nicht plötzlich die feierlich zugesagte Unterstützung des R.Pr. ausgeblieben wäre. Daß „der R.Pr. mir die Vollmachten nicht geben würde, war also durchaus nicht voranzusehen“. Ganz im Gegenteil war ich schon 14 Tage vorher vom R.Pr. zur Auflösung gedrängt worden; ich wollte aber erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen. Das sind die nüchternen Thatsachen. Ich stelle anheim, ob sie mit den Worten Ihres Artikels „Experimentiercharakter“, „auf Taktiken legen“, „die Gewerkschaften heranlocken“, „Einbruch in die Hitlerpartei“ und „Fiasko“ richtig gekennzeichnet sind. Ich kenne andere Worte des deutschen Sprachschatzes, die derartige Dinge treffender bezeichnen.

6). Noch ein Wort zu Ihrer geringschätzigen Bemerkung über die „generalstäblerische Vorstellung von sozialer Volksgemeinschaft“. Ich bin allerdings der Ansicht, daß seit den Tagen von Scharnhorst und Boyen der nationale und soziale Geist nirgends besser und reiner gepflegt wurde wie in der Armee der allgemeinen Wehrpflicht, und daß die nat.-soz. Bewegung für viele von ihr geschaffenen Dinge die Vorbilder in der Armee gefunden hat. Ja, ich gehe sogar so weit zu behaupten, daß die Hitlerbewegung endgültig nur dann zum Segen unseres Vaterlandes ausschlagen wird, wenn sie an den alten und ewig wahren Erziehungsgrundsätzen der pr. dtseh. Armee festhält. Ein Kronzeuge für meine Ansichten ist der Minister Goebbels, der sich gerade in letzter Zeit in seinen Vorträgen vor dem Offizierskorps in ganz ähnlichen Gedankengängen bewegt hat.

7). Neu war mir „das bedrohliche Anschwellen der kommunistischen Woge und die sozialrevolutionäre Verschärfung der Volkstimmung von Woche zu Woche“ während meiner Kanzlerschaft, da in den zwei Monaten dieser Kanzlerschaft trotz Aufhebung aller Ausnahmenvorschriften kein Schuß gefallen ist und auch sonst außer dem bekannten nat.-soz. Agitationslärm völlige Ruhe herrschte. Ich war bisher der Auffassung, daß wir dem Kommunismus seit dem Kriege nie so fern waren, wie in der 2ten Hälfte des Jahres 1932 – abgesehen natürlich vom 3. Reich, in dem es ja keinen Kommunismus mehr gibt.

Im allgemeinen pflege ich auf Zeitungsartikel nicht zu reagieren, zumal eine Richtigstellung aus staatspolitischen Gründen nicht möglich ist und einer späteren Zeit vorbehalten werden muß. Im vorliegenden Falle mußte ich aber Stellung nehmen, weil ihr Artikelschreiber sich ausdrücklich auf genaue Quellenkenntnis beruft.

v. Schleicher.

Aus dem Inhalt beider Schreiben heben sich als zwei Schwerpunkte der dort geschilderten Entwicklung heraus; einmal die Vorgeschichte und die Konsequenzen

? Die an dieser Stelle von Schleicher bestrittene Wendung bei Schultze-Pfäzler (Voss. Zeitung) lautet: „Daß ihm der Reichspräsident die Vollmacht zu neuer Reichstagsauflösung nicht geben wird, ist schon vorauszusehen.“

des 15. August 1932, als Hitler den ihm angebotenen Posten eines Vizekanzlers ablehnte, zum anderen die Umstände, welche am 2. Dezember 1932 zur Kanzlerschaft Schleichers führten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit die Auffassungen des Generals bereits seit dem Sommer 1932 von denen Hindenburgs und Papens abwichen.

Während des Wahlkampfes zum 31. Juli war es den Nationalsozialisten hauptsächlich um die Erringung einer zahlenmäßigen starken Position gegangen, um von dieser aus den künftigen Machtanspruch anmelden zu können. Bislang war der Name Hitlers in Verbindung mit dem Amt des Reichskanzlers kaum genannt worden. Nachdem der Wahlausgang die NSDAP zur stärksten Partei gemacht hatte, schien bei ihrer Führung zunächst Unsicherheit zu bestehen, bei wem und in welchem Rahmen Gespräche darüber angeknüpft werden könnten.

Von dem Entschluß Hitlers, sich in etwaigen Verhandlungen als Kanzlerkandidat zu präsentieren, erfuhr das Reichswehrministerium erstmals am 3. August durch einen Besuch des durch die Weimarer-Prozesse bekanntgewordenen Oblt. a. D. Schulz, beim Chef des Ministeramtes, Oberst von Bredow. Schleicher besichtigte an diesem Tage die Infanterieschule in Dresden, Papen war zu einem kurzen Urlaub nach Wallerfangen gefahren. Es ist nicht bekannt, ob Schulz im Auftrage seines politischen Freundes Gregor Strasser vorsprach; immerhin versicherte er Bredow nach einer langen Unterhaltung, „daß er mit Strasser und Göring versuchen wolle, Hitler von seinem Vorhaben abzubringen“<sup>8</sup>.

Nur war in diesen Tagen die Einstellung der Reichsregierung gegenüber den radikalen Parteien und deren Kampfverbänden besonders ablehnend, ja gereizt. Die politischen Ausschreitungen hatten ein nicht mehr zu ertragendes Maß längst überschritten. Ende Juli war in Berlin bekannt geworden, daß die SA für die Zeit der Wahl und unmittelbar danach Dinge plante, die auf eine umfangreiche Bewaffnung und Gewaltakte hinausliefen; auf „ausdrücklichen Wunsch“ Bredows waren Göring und Röhm im Wehrministerium erschienen und mußten sich sagen lassen, daß die SA bei ungesetzlichen Maßnahmen auf die Machtmittel von Reich und Staat stoßen würde<sup>9</sup>. Seit dem Altonaer Blutsonntag (17. Juli) bestand trotz der Burgfriedensverordnung eine bürgerkriegsähnliche Situation, die am 1. August durch weitere schwere Vergehen in Königsberg und Hamburg einen Höhepunkt erreicht hatte.

So begannen am 4. August, als Hitler von München nach Berlin fuhr, „um bei General Schleicher seine Forderungen anzumelden“<sup>10</sup>, im Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Frhr. von Gayl Beratungen über eine Verordnung gegen den politischen Terror. An ihnen nahm Bredow in Vertretung Schleichers teil. Sie zogen sich bis zum 6. August hin, ohne daß Endgültiges beschlossen

<sup>8</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes vom 3. August 1932, Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 1, fol. 61.

<sup>9</sup> Aktennotiz Bredows vom 26. Juli 1932, Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 1, fol. 47 f.

<sup>10</sup> J. Guebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1951, S. 138.

werden konnte. Nach den Notizen Bredows war Schleicher jeweils am Abend des 4. und 5. August wieder in Berlin, um dem Oberst in Sachen der „laurig“ geführten Besprechungen Anweisungen zu geben; anschließend scheint er mindestens bis zum Wochenende seinem Ministerium ferngeblieben zu sein.

Der Grund für diese Abwesenheit war die Begegnung mit Hitler. Als Schleicher, sei es durch die Presse, sei es durch den Besuch Schulz<sup>1</sup>, von den Kanzlerwünschen Hitlers erfahren hatte, war er noch bestrebt, diesem „das“ auszureden<sup>11</sup>. Die Zusammenkunft dürfte am 5. August stattgefunden haben<sup>12</sup>. Dem General gegenüber wurden folgende Ansprüche präzisiert: Regierungsführung und Innenministerium (diese beiden Ämter auch in Preußen), „Volkserziehung“, Landwirtschaft, Luftfahrt und Justiz. Schleicher gewann bei oder nach diesem Gespräch (über dessen Ort die Meinungen auseinandergehen<sup>13</sup>) die Überzeugung, daß eine starke Beteiligung der NSDAP an der Regierung gewagt werden müsse; zeitgenössischem Schrifttum zufolge hätte er sogar seine Bedenken bezüglich einer Kanzlerschaft Hitlers zurückgesetzt<sup>14</sup>. Auch der Eindruck seiner Mitarbeiter im Wehrministerium ging dahin, daß der Minister geradezu entschlossen war, sich für eine derartige Lösung stark zu machen<sup>15</sup>.

Zu Beginn der zweiten Augustwoche spitzte sich die Lage erneut zu. Schleicher hatte (vor dem 9. August) mit Strasser gesprochen<sup>16</sup>; vom Inhalt der Unterhaltung wissen wir nichts. Die Tatsache dieser Verhandlungen jedoch, das Bewußtsein einer bevorstehenden „Entscheidung“ und andererseits das permanente Mißtrauen auf Seiten der NSDAP versetzte jetzt Funktionäre wie SA in einen Doppelzustand von Siegestrunkenheit und fragwürdiger „Bereitschaft“. In Berlin verließ

<sup>11</sup> So die Erinnerung des Gen.Maj.a.D. von Holtzendorff: „... war Schleicher zunächst entsetzt und sagte uns in der üblichen kleinen Morgenbesprechung: ‚Das ist unmöglich, der Alte Herr macht das nie. Ich werde versuchen, ihm das auszureden.‘“ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugschrifttum Nr. 248, fol. 12.

<sup>12</sup> Dieses Datum erscheint in den Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung in der Heeresleitung am 15. August 1932, a.a.O., Bd 2, fol. 91. Vgl. auch J. Goebbels, a.a.O., S. 139, wonach Hitler am 6. August auf den Obersalzberg zurückkehrte.

<sup>13</sup> R. Fischer, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1932, S. 50; K. Heiden, Geburt des Dritten Reiches, Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933, Zürich 1934, S. 77; W. Görlitz, Hindenburg, Bonn 1955, S. 386.

<sup>14</sup> R. Fischer, a.a.O., S. 50; E. von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht, Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin 1953, S. 86.

<sup>15</sup> Notizen Bredows (vgl. Anm. 12), a.a.O., Bd 2, fol. 90 (= Dok. Nr. 4). Ferner Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugschrifttum Nr. 218, fol. 2 f. und Nr. 248, fol. 6 und 12. Danach die Äußerung Schleichers nach seiner Rückkehr: „Es ist mir leider nicht gelungen, Hitler von seiner Kanzlerforderung abzubringen. Insofern hat er meine Argumente auch entkräften können, als bei dem Führerprinzip in seiner Partei – selbst wenn einige Minister von der Partei gestellt würden, diese doch immer seine Genehmigung einholen müßten und dadurch praktisch keine Arbeit im Kabinett zustande kommen könnte. Ich muß also nuncmehr versuchen, den Alten Herrn zu einer Kanzlerschaft Hitlers zu bekommen.“ (Zeugnis Holtzendorff).

<sup>16</sup> W. Görlitz, a.a.O., S. 381, offenbar nach einer Aktennotiz (Meißners?) aus dem Nachlaß Hindenburg.

die SA „ihre Arbeitsplätze, um sich bereit zu machen“, die Straße das Gesetz des Handelns bestimmen zu lassen<sup>17</sup>. In Ostpreußen und Schlesien kam es zu neuen Übergriffen, darunter der bekannten Mordtat von Potempa<sup>18</sup>. Nach beschleunigtem Abschluß der Vorberatungen erhielt Papen, am 9. August von Wallerfangen zurückgekehrt, aus Neudeck die fernmündliche Zustimmung für den Erlaß der Verordnung gegen den politischen Terror, welche die Todesstrafe für schwere Vergehen vorsah und die Bildung von Sondergerichten zur Folge hatte.

Kurz darauf traf der Reichspräsident in Berlin ein. Am Vormittag des 10. August hielt Papen bei ihm Vortrag und stieß bei Erwähnung der Wünsche Hitlers sofort auf Ablehnung. Hindenburg war fest entschlossen, an der bestehenden Präsidialregierung festzuhalten. Nachmittags fand eine Ministerbesprechung statt, während deren zweiten Teil Papen und Schleicher sich zur politischen Lage äußerten:

Nr. 5.

1932 August 10, Berlin. Niederschrift über eine Ministerbesprechung (Auszug).

Mikrofilm des Or. (Akten der Reichskanzlei) - München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 790 526 ff.

2. Politische Lage.

Der Reichskanzler<sup>19</sup> teilte mit, daß er dem Herrn Reichspräsidenten am Vormittage über die politische Lage Bericht erstattet habe. Auf die Frage des Herrn Reichspräsidenten, wie der Reichskanzler die gegenwärtige Lage auffasse, habe er in dem Sinne geantwortet, daß die Reichsregierung von dem Reichspräsidenten mit dem bestimmten Auftrag eingesetzt worden sei, eine Synthese der nationalen Elemente zu schaffen. Zu diesem Zweck habe die Reichsregierung Neuwahlen zum Reichstag veranlaßt. Der Ausgang dieser Wahl habe das Vorgehen der Reichsregierung gerechtfertigt. Die Stimmenzahl der Nationalsozialisten habe eine gewisse Höhe erreicht. Im Wahlkampf seien den Nationalsozialisten alle Chancen zugestanden worden, sich weiter zu entwickeln. Ihr wahres Kräfteverhältnis stehe nunmehr fest. Jetzt handele es sich darum, das Fazit aus der Neuwahl zu ziehen und die Rechtsbewegung an den Staat heranzuziehen. Es sei die Frage zu lösen, wie diese Heranziehung zu gestalten sei. Bei den Nationalsozialisten sei eine gewisse Enttäuschung unverkennbar, daß sie trotz stärkster Propaganda nur  $57 \frac{1}{2} \%$  der Wählerstimmen auf sich vereinigt hätten. Die Bewegung dränge nunmehr dahin, durch gewaltsame Vorstöße das zahlenmäßige Manko auszugleichen. Die Terrorakte der letzten Zeit seien ein Teil dieses Planes. Die nationalsozialistische Presse schreibe ja offen, unter Hinweis auf die schweren Ausschreitungen, daß nur Hitler die öffentliche Ruhe wieder herstellen könne und daß man ihn daher an die Staatsführung heranzulassen müsse. Dieselbe Presse schreibe auch, daß die Nationalsozialisten nicht daran

<sup>17</sup> J. Goebbels, a.a.O., S. 140 ff.; E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 88 ff.; J. K. von Bogel-rechten, Eine braune Armee entsteht, Die Geschichte der Berlin-Brandenburg SA, Berlin 1957, S. 238.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu P. Klake, Der Fall Potempa, in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 279 ff.

<sup>19</sup> Franz von Papen.

dächten, in ein farbloses Kabinett einzutreten, daß sie vielmehr die Staatsführung restlos für sich beanspruchen. In der Tat schein es nötig, die Bewegung in die verantwortliche Staatsführung mit hineinzunehmen. Man müsse die Führer festlegen und dürfe die Bewegung nicht im Rücken haben; sonst bedeute sie für die Reichsregierung ein ständiges Hemmnis. Die Frage sei also, ob man einen Mittelweg finden könne, zwischen der Beibehaltung eines Präsidialkabinetts und den Wünschen der Nationalsozialisten auf Übernahme der Staatsführung. Über diese Frage werde in den nächsten Tagen mit den maßgebenden Stellen verhandelt werden müssen. Zunächst habe er für den Abend Geheimrat Hugenberg zu einer Besprechung gebeten; für den folgenden Tag sei eine Aussprache mit Vertretern des Zentrums, dem Reichstagsabgeordneten Joos und dem Württembergischen Staatspräsidenten Bolz vorgeschien. Er wisse, daß das Zentrum wahrscheinlich bereit sei, mit den Nationalsozialisten eine Koalition einzugehen. Das Zentrum würde sich eventuell auch mit einer Berufung Hitlers zum Reichskanzler abfinden. Es werde sogar möglicherweise nichts dagegen haben, wenn Hitler in Personal-Union den Posten des Preußischen Ministerpräsidenten mitverwalte. Volle Klarheit werde wohl aber erst die morgige Aussprache ergeben. Ferner müsse auch Hitler offiziell gehört werden.

Die wesentlichen Aufgaben des Reichskabinetts für die nächste Zukunft erblicke er in folgendem:

- 1). Regelung des verfassungsrechtlichen Verhältnisses Reich-Preußen,
- 2). Wahlrechtsreform und Schaffung einer ersten Kammer,
- 3). Verwaltungsreform im Reich und in Preußen.

Die Inangriffnahme des ersten Punktes werde sicherlich große Schwierigkeiten bieten, wenn etwa Hitler Reichskanzler werden sollte. Die süddeutschen Länder würden höchstwahrscheinlich nicht bereit sein, diesen Fragenkomplex unter nationalsozialistischer Führung in Angriff zu nehmen.

Der Reichswehrminister<sup>20</sup> führte aus, er sehe für die zukünftige Gestaltung der Dinge zwei Möglichkeiten:

- 1). Entweder stelle sich das gegenwärtige Kabinett auf Kampf ein, indem es in unveränderter Zusammensetzung auf dem Posten bleibe mit der Hoffnung, durch sachliche Leistungen auf lange Sicht doch die Mehrheit hinter sich zu bringen, der es auf die Dauer bedürfe, oder
- 2). es verhandle mit den Nationalsozialisten über die Hinzuziehung von Mitgliedern dieser Partei in die Reichsregierung in irgend einer Form.

Die Entscheidung zugunsten der ersten Alternative bringe das Reichskabinett in eine schwierige Lage beim Zusammentritt des Reichstags. Wahrscheinlich würden alle Parteien sich gegen die Regierung aussprechen mit alleiniger Ausnahme der Deutschnationalen.

Als Konsequenz müsse man sodann feststellen, daß es auf abschbare Zeit keine Möglichkeit für eine Regierungsmehrheit gebe, d. h., daß die im Amt befindliche Regierung die Geschäfte weiterführen müsse. Für diesen Fall wolle er ganz besonders betonen, daß eine Gefahr, daß die Machtmittel des Staates nicht voll hinter der Regierung stünden, nicht mehr bestehe. Die Wehrmacht und die Polizeikräfte würden restlos zu Gunsten der Regierungsgewalt funktionieren, weil man hier nicht mehr das Empfinden habe, daß eine nationale Bewegung unterdrückt werde. Vielmehr sei man überzeugt, daß jeder politischen Richtung in Deutschland eine faire Chance, sich durchzusetzen, gegeben worden sei. Die Wehrmacht insbesondere werde bereit sein, notfalls gegen jeden vorzugehen, der sich der Regierungsautorität

<sup>20</sup> Kurt von Schleicher.

widersetzen. Aber auch diese Lösung berge große Schwierigkeiten in sich. Beim Zentrum sei eine starke Neigung vorhanden, über das gegenwärtige Kabinett hinweg, mit den Nationalsozialisten wegen einer Mehrheitsbildung zu verhandeln. Einsteilen sei das Haupthindernis für eine erfolgreiche Verhandlung Hitler selbst, der ein Verhandeln mit dem Zentrum ablehne. Sollte aber eine Einigung zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten und damit eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zustande kommen, werde dies zu einer Präsidentenkrise führen, denn der Reichspräsident sei nicht gewillt, sich von einer derartigen Koalition ein Kabinett vorschreiben zu lassen.

Die andere Möglichkeit, mit der das Kabinett zu rechnen habe, sei die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die jetzige Reichsregierung. Gewiß würde es die einfachste Lösung bedeuten, wenn man einige Nationalsozialisten in das Kabinett aufnehmen könne. Auf diesem Wege werde man aber wahrscheinlich nicht sehr weit kommen, da man unbedingt Wert darauf legen müsse, Hitler selbst zur Verantwortung heranzuziehen. Dieser aber werde im Interesse seiner Bewegung entscheidendes Gewicht darauf legen müssen, den obersten Posten zu besetzen.

Zunächst müsse man sehen, wie weit man mit den in Aussicht genommenen Verhandlungen komme. Alsdann müsse sich das Reichskabinett entscheiden, welcher Weg gegangen werden müsse.

Der Reichsminister des Innern<sup>21</sup> erklärte, die Reichsregierung müsse damit rechnen, daß in den nächsten Monaten außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden seien. Zu den Nationalsozialisten zähle nur ein starkes Drittel der Wähler. Zudem komme es auf die Zahl der Wähler allein nicht an, da sich unter diesen sehr viele Mitläufer befänden. Man dürfe die in der Wahlziffer zum Ausdruck kommende Stärke nicht überschätzen. Die in der SPD organisierte Arbeiterschaft, zusammen mit den Kommunisten, sei kaum weniger stark. Zwischen diesen beiden Säulen stehe das Zentrum als geschlossene Macht. Wenn in Deutschland eine von den Nationalsozialisten geführte Regierung aus Ruder kommen würde, werde dies einen erbitterten Widerstand auf der Linken auslösen. Die Kommunisten würden sich vollständig auf Organisation einer antifaschistischen Front verlegen. Ein erbitterter Kampf mit Terrorakten von noch nicht dagewesener Stärke würde die Folge sein. Berühmend sei allerdings die Versicherung des Reichswehrministers, daß die Wehrmacht nicht einseitig den Nationalsozialisten zur Verfügung stehen werde. Andererseits aber würden den Nationalsozialisten, wenn sie die Regierungsgewalt in Händen hätten, die großen staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen. Man werde es wahrscheinlich erleben, daß für die bisherige Unterdrückung der Nationalsozialisten einseitig Rache genommen werde. Denn, daß eine Regierung über den Parteien stehen müsse, würden die dann verantwortlichen Nationalsozialisten noch nicht ganz begriffen haben.

Ferner werde sich unter den politisch unruhigen Verhältnissen die deutsche Wirtschaftslage auch erheblich verschlechtern. Schließlich glaube er auch nicht, daß ein nationalsozialistisches Kabinett die notwendige Form des Verhältnisses des Reichs zu Preußen durchführen werde. Deshalb sei er grundsätzlich der Meinung, daß die jetzige Reichsregierung auf ihrem Posten ausharren müsse. Fraglich sei nur, ob die Reichsregierung diesen Entschluß durchhalten könne, d. h. ob es möglich sei, die Nationalsozialisten mit zur Verantwortung heranzuziehen, ohne den jetzigen Charakter der Regierung in das Gegenteil zu verkehren. Der Charakter des Kabinetts werde nach seiner Meinung aufgehoben, wenn es mit Nationalsozialisten durchgesetzt werde. Man komme dadurch zu der Parlamentsherrschaft mit

<sup>21</sup> Wilhelm Frick, von Gayl.

allen ihren Fehlern zurück. Wenn es dazu kommen sollte, daß die Nationalsozialisten sich mit dem Zentrum einigen, werde eine Krise in abschbarer Zeit unausbleiblich folgen, denn er halte es für ausgeschlossen, daß das Zentrum auf lange Sicht mit den Nationalsozialisten auskommen könne. Wenn man es aber ablehne, die Nationalsozialisten in die Reichsregierung hereinzunehmen, werde das jetzige Kabinett einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben. Letzten Endes bedeute dies eine Revolution von oben. Das Kabinett werde durchzuhalten haben, bis sich die Leistung durchgesetzt habe. Es gebe dann nur die Möglichkeit, den Reichstag erneut aufzulösen und Neuwahlen einstweilen zu vertagen. Neuwahlen dürften nur dann stattfinden auf Grund eines neuen zu oktroyierenden Wahlgesetzes. Die Regierung müsse so handeln, wie es das Gewissen ihr vorschlage und wie es für das Volk das Beste sei. Zweifellos komme man mit der Verfassung in Konflikt, aber das zu vertreten sei in letzter Linie Sache des Herrn Reichspräsidenten. Zusammenfassend meinte er, daß man zunächst den Weg der Verhandlung versuchen müsse. Dabei müsse ein schroff ablehnender Standpunkt vermieden werden.

In weiten Kreisen herrsche die Auffassung vor, daß die Beibehaltung des jetzigen Kabinetts die erträglichere Lösung sei gegenüber der Alternative, den Nationalsozialisten die volle Herrschaft zu überlassen. Wenn die Verhandlungen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen sollten, müsse man an den Herrn Reichspräsidenten herantreten, mit der Frage, ob er bereit sei, die politischen Verhältnisse mit dem gegenwärtigen Kabinett zu meistern.

Der Reichsminister des Auswärtigen<sup>22</sup> schloß sich den Ausführungen des Reichsministers des Innern vollinhaltlich an. Er wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Bewegung in Süddeutschland bei weitem nicht den Rückhalt habe wie in Norddeutschland. Vom außenpolitischen Standpunkt aus betrachtet, werde die Herrschaft der Nationalsozialisten den deutschen Ruin bedeuten. Gewiß werde das Ausland sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden und mit den Nationalsozialisten verhandeln. Mit dem politischen Kredit Deutschlands sei es dann aber letzten Endes aus. Seine Meinung gehe daher dahin, daß das Kabinett den Kampf aufnehmen und auf dem Posten verbleiben müsse.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft<sup>23</sup> meinte, jede Regierung, sowohl das gegenwärtige Kabinett wie auch eine nationalsozialistische Regierung, könne wirtschaftlich gut und schlecht regieren. Worauf es in der Hauptsache ankomme, sei Stabilität der Verhältnisse. Er sähe zur Zeit folgende Fragen, über die man sich klar werden müsse: Wie wird sich das Verhältnis des Reichs zu Preußen gestalten? Wie werden sich die SS- und SA-Formationen stellen, je nachdem, ob die Nationalsozialisten an die Regierung kommen oder nicht? Zweifellos wirke sich die Gestaltung der Beziehungen des Reichs zu Preußen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Wenn das jetzige Reichskabinett sich einer nationalsozialistischen Führung widersetze, werde dies von Süddeutschland sicherlich begrüßt werden. Was aber werde sich bei den SS- und SA-Formationen ereignen, wenn die Nationalsozialisten die Regierung in die Hand bekommen würden? Es handele sich um 400 000 Mann, die auf Kampf eingestellt seien. Wenn Herr Hitler Reichskanzler und Herr Strasser Reichsminister des Innern werden sollten, werde es innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung sicherlich starke Absonderungen geben. Es würde zu starken Auseinandersetzungen der ruhigeren Elemente mit den übrigen Teilen der Bewegung kommen. Ferner werde man sich mit Auseinander-

<sup>22</sup> Konstantin Frhr. von Neurath.

<sup>23</sup> Magnus Frhr. von Braun.

setzungen zwischen den SA-Formationen und den staatlichen Machtmitteln zu rechnen haben. Fragen müsse man sich auch, ob die Dinge anders aussehen würden, wenn das gegenwärtige Kabinett unverändert im Amte bleibe. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung von einem einheitlichen Willen geführt werde, werde man wahrscheinlich den gefährlichen Weg gehen können. Dabei komme es ausschlaggebend darauf an, wie der Reichswehrminister die Eirstellung der Wehrmacht zu den SS- und SA-Formationen beurteile für den Fall, daß die Nationalsozialisten nicht zur Regierung kommen sollten.

Der Reichswehrminister erwiderte, daß der Eintritt von Nationalsozialisten in die Reichsregierung zwangsläufig zu Kämpfen der in die Reichsregierung eingetretenen Nationalsozialisten mit den SS- und SA-Formationen führen müsse. Wenn Nationalsozialisten in der Regierung seien, würden diese danach streben müssen, die SS- und SA-Formationen abzuschaffen. Anderenfalls würden diese Formationen weiter wie bisher gestreichelt werden. Jedenfalls halte er für sehr wahrscheinlich, daß die Führer der Nationalsozialisten sich nach dem Eintreten in die Regierung der SS- und der SA-Abteilungen selbst entledigen würden. Sicher lasse sich dies allerdings nicht voraussagen.

Der Reichsminister der Finanzen<sup>24</sup> schloß sich dem Standpunkt des Reichswirtschaftsministers an. Auch er meinte, daß die Wirtschaftskrise gegenwärtig auf dem Boden angekommen sei. In Amerika rechne man für das Frühjahr mit einer langsamen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Man müsse sich also fragen, ob Deutschland bis dahin wirtschaftlich durchhalten könne. Er sehe nach dieser Richtung sehr schwarz. Die finanzielle Entwicklung in den Ländern und Gemeinden sei nach allem, was er von den maßgebenden Stellen höre, sehr schlecht. Das Schicksal jeder Regierung hänge ausschlaggebend davon ab, ob es ihr gelinge, 2 Millionen Arbeitslose von der Straße wegzuschaffen oder nicht. Die Erreichung dieses Zieles hänge wesentlich davon ab, ob das Vertrauen in eine ruhige politische Weiterentwicklung hergestellt werden könne. Gegen den von dem Herrn Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Weg der Lösung der Krise habe er gewisse Bedenken. Wenn die öffentliche Meinung damit rechnen müsse, daß die gegenwärtige Regierung noch nicht endgültig im Sattel sitze, und daß die Nationalsozialisten noch ante portas seien, träte die politische Beruhigung sicherlich nicht ein. Er halte den Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung für weniger gefährlich als das Fortbestehen des ungewissen Schwebezustandes. Wenn man sich frage, ob man den Bürgerkrieg besser vermeide durch das Hineinziehen der Nationalsozialisten oder durch deren Ausschaltung, mit Fortbestand der SS- und SA-Formationen, so müsse er sagen, daß er es für richtiger halte, den Wilddieb zum Förster zu machen, d. h. die Nationalsozialisten in die Regierung hineinzunehmen.

Der Reichsminister der Justiz<sup>25</sup> führte aus, daß der vom Reichsminister des Innern vorgeschlagene Weg, nämlich, daß das jetzige Kabinett unverändert im Amte bleibe, ohne Verstoß gegen die Reichsverfassung nicht gegangen werden könne. Er beurteile die Verhältnisse so, daß im deutschen Parlament mit zwei großen Säulen gerechnet werden müsse, die zahlenmäßig in dem Verhältnis 222 zu 250 ständen (155 SPD — 89 KPD einerseits gegen 230 NSDAP). Die Frage sei also die, ob eine dieser Säulen allein die Regierung tragen könne. Das Schicksal des deutschen Volkes werde durch die Entscheidung bestimmt, welche Idee vom Staat sich letzten Endes durchsetzen werde. Die nationalsozialistische Staatsidee stütze sich stark auf den Vergeltungsinstinkt. Sie wende sich gegen zwei Kategorien

<sup>24</sup> Lutz Graf Schwerin von Krosigk.

<sup>25</sup> Dr. Franz Gürtner.

von Staatsbürgern, 1. gegen die Juden, die für sie das Symbol des Finanzelends seien, und 2. gegen die wirtschaftlichen Sünder, die sie mit dem Schlagwort „Marxisten“ bekämpfen. Wenn man sich entschließen sollte, den von dem Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Weg des Fortbestandes des Präsidialkabinetts zu gehen, werde er als Reichsminister der Justiz dem Herrn Reichspräsidenten, auf die zweifellos von diesem zu erwartende Frage nach den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dieses Weges, pflichtgemäß antworten müssen, daß der Weg ohne Bruch der Verfassung nicht gegangen werden könne. Die Entscheidung werde daher letzten Endes bei dem Herrn Reichspräsidenten liegen. Bei der Betrachtung der zweiten Möglichkeit, nämlich der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung, sei er davon überzeugt, daß die Einbeziehung der Nationalsozialisten, ohne Übertragung der Führung an sie, ein Wunschbild bleibe.

Der Reichskanzler faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß sich alles auf die Frage zuspitze, in welchem Maße man den Nationalsozialisten eine Beteiligung an der Reichsregierung zubilligen müsse, um sie davon abzuhalten, in Opposition zu verharren. Klarheit nach dieser Richtung könne nur durch die zu führenden Verhandlungen geschaffen werden.

Reichskommissar Bracht<sup>26</sup> bemerkte abschließend, daß der gegenwärtige Zustand in Preußen überart sei, daß unbedingt baldigst absolute Klarheit geschaffen werden müsse. Der gegenwärtige Zustand sei auch nur für wenige Wochen nicht mehr haltbar. Die Exekutivbehörden müssen klare Weisung erhalten, woran sie sich in Zukunft zu halten hätten. Gegenwärtig herrsche große Verwirrung. Er sei der Meinung, daß man die Nationalsozialisten in die Regierung hereinnehmen müsse.

Der Reichskanzler schloß die Sitzung mit dem Bemerkem, daß er die übereinstimmende Auffassung des Reichskabinetts dahin verstehe, daß versucht werden müsse, einen Weg zu finden, der dem gegenwärtigen Kabinett so viel an Macht erhalte, als irgend möglich.

Der Reichsminister des Innern bat, noch ausdrücklich festzustellen, daß die Übertragung der Führung an die Nationalsozialisten in keinem Falle hingenommen werden könne.

Der Reichskanzler erwiderte, daß diese Frage nur durch die weiteren Verhandlungen geklärt werden könne.

Für die Niederschrift:

gez. Vogels.

Aus diesem Protokoll, für das ein Ministerialrat der Reichskanzlei verantwortlich zeichnete, ergibt sich zu Anfang, daß in den Ausführungen Papens wie Schleichers die betont ablehnende Haltung Hindenburgs gegenüber den Ansprüchen Hitlers bereits wirksam geworden war. Beiden ist auch eine Abneigung gegenüber einer Koalitionsmöglichkeit NSDAP Zentrum unter einem Reichskanzler Hitler gemeinsam. Während Papens Auffassung dahin geht, man müsse einen „Mittelweg . . . zwischen der Beibehaltung eines Präsidialkabinetts und den Wünschen der Nationalsozialisten auf Übernahme der Staatsführung“ finden, deutet Schleicher bereits die Ausweglosigkeit der bevorstehenden Verhandlungen

<sup>26</sup> Dr. Franz Bracht, stellvertretender Reichskommissar in Prallien (seit 20. Juli 1932) und kommissarischer Leiter des preußischen Innenministeriums.

an: „(Hitler) ... werde im Interesse seiner Bewegung entscheidendes Gewicht darauf legen müssen, den obersten Posten zu besetzen.“<sup>27</sup>

Dem als Nr. 3 oben wiedergegebenen Text haben wir eine andere Überlieferung gegenüber zu halten, die offensichtlich aus dem Nachlaß Hindenburgs stammt und von einer Aktennotiz, vermutlich von der Hand Meißners, herrührt<sup>28</sup>. Bezüglich der Meinungen der einzelnen Minister stimmt sie durchaus mit dem Sitzungsprotokoll überein, gibt aber auch zusätzliche Einzelheiten der Ausführungen Schleichers und läßt ebenfalls klar die Haltung Hitlers erkennen. Nach derselben oder nach einer gleichzeitigen Notiz hat es aber auch den Anschein, als ob Papen am 10. August dem Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht habe, „seine Person spiele keine Rolle, er stelle die Entscheidung dem Reichspräsidenten anheim“<sup>29</sup>.

Da jedoch Hindenburgs Ablehnung feststand und die Entwicklung durch eine erneute Alarmierung der Berliner und ostdeutschen SA erschwert wurde, ging es bei den mit Hitler am 12. und 15. August geführten Verhandlungen praktisch nur mehr um die Vizekanzlerschaft und den Eintritt einiger Nationalsozialisten in das bestehende Kabinett Papen. Für diese Lösung setzten sich Kanzler und Wehrminister bei den Unterhändlern der NSDAP vergeblich ein. Hitlers Art des Auftretens und seine anmaßenden Ansprüche schufen bei allen Beteiligten im Regierungslager eine tiefe Ernüchterung, die eine besondere Schärfe des Kommuniqués und sicher auch des von Meißner angefertigten Protokolls zur Folge hatte. Daß Schleicher im Laufe der Verhandlungen selbst einsah, dem Führer der NSDAP könne höchstens das Amt des Vizekanzlers angeboten werden, und daß er schließlich auch innerlich die Auffassung Hindenburgs und Papens zu seiner eigenen machte, bezeugt Werner von Rheinbaben in Erinnerung an den gemeinsam verlebten Abend des 13. August<sup>30</sup>. Es wäre sehr wohl begründlich, wenn diese Erkenntnis in den als Nr. 1 und 2 abgedruckten Briefen des Generals ausgelassen worden ist.

<sup>27</sup> W. Gürlitz gibt sie folgendermaßen wieder (a.a.O., S. 381): „Am Nachmittag beriet das Kabinett unter dem Vorsitz Papens. Schleicher berichtete über seine Fühlungnahme mit Hitler und Gregor Strasser. . . Hitler wolle Kanzler werden, den Charakter des Präsidialkabinetts jedoch wahren. Als nationalsozialistische Kabinettsmitglieder denke er sich Röhm, Strasser und vielleicht Göring. Schleicher glaubte nicht, er lasse sich mit einigen Ministerposten abspeisen, er beharre auf der Kanzlerwürde. Er hielt den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung für „diskutabel“, natürlich, setzte er beschwichtigend hinzu, müsse man danach trachten, Hitler von der Übernahme der Kanzlerschaft auf dem Verhandlungswege abzubringen. . .“

<sup>28</sup> W. Gürlitz, a.a.O., S. 381. Ähnlich E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 87: „. . . Dennoch war er (sc. Papen) bereit, den Plan einer Kanzlerschaft Hitlers zu unterstützen, selbst zurückzutreten und in einem Kabinett unter Führung Hitlers einen anderen Posten, etwa den des Außenministers, zu übernehmen.“ Vgl. hierzu die Stellungnahme von Papens (= Dok. Nr. 7).

<sup>29</sup> W. v. Rheinbaben, Viermal Deutschland, Berlin 1954, S. 303 f.: „. . . Der Zufall hat es gewollt, daß für den Tag dieser inhaltsschweren Unterredung das Ehepaar Schleicher meine Frau und mich zu einer Autofahrt in den Golfklub Wannsee mit anschließendem Abendessen eingeladen hatte. . . Mit etwa zweistündiger Verspätung fahren wir los. Schleicher war blaß, sprach kein Wort, und seine Frau bedeutete uns, wir möchten ihm zunächst

In der Führungsgruppe des Reichswehrministeriums war sie jedenfalls noch nicht bekannt, als Oberst von Bredow sich Notizen für die Orientierung der Amtschefs machte. Die nachstehende Niederschrift zeigt noch einmal, daß Schleicher zeitweilig in der Beurteilung der Lage weiter „vorgeprellt“ war als man für „politisch bestrebenswertest [sic]“ gehalten hatte.

## Nr. 4.

1932 August 15, Berlin. Notizen des Obersten von Bredow für eine Amtschef-Besprechung beim Chef der Heeresleitung (Auszug).

Handschr. Or. (Fotokopie) – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 90 f.

## 1). Lage.

Wichtigstes u. große Linie aus Presse bekannt. Das politisch Bestrebenswerteste: Einbeziehung der Nazis in Regierung u[nd] z[war] ohne die Grundidee des bisherigen Kabinetts zu verwischen, ist nicht erreicht.

Gründe: a) R. Präs. nicht gewillt, grundsätzliche Änderung jetzigen Kabinetts durchzuführen. Sah in Hitlers Reichskanzlerschaft Übertragung aller Macht an Hitler. Gegen H[itler] u. seine üblen Leute.

b) Hitler wollte keine andere Position als Kanzler. Seine Wünsche steigerte er inzwischen.

Stellungnahme: Keine schöne Lage. R[eichs]w[ehr]minister für Kanzlerschaft H[itler]s. Strasser „Innen“ u. einige Veränderungen. Einvernehmen mit Papen. H[itler] wäre dadurch gezwungen gewesen zu beweisen, ob er regieren kann. Die Bewegung selbst wäre aus ihrer unproduktiven Opposition herausgezogen zu sachlicher Arbeit. Das Zentr[um] hätte toleriert, da ihm auch an dem Herauszerren der nationalsozialistischen Opposition gelegen war. D[ie] A[nderen] hätten nicht anders gekonnt, als mitzumachen.

Auf nur Kanzlerschaft, nicht Vizekanzler hatten sich Nazis eingestellt und Hitler festgelegt. Draußenbleiben und dulden konnten sie im Hinblick auf Massen nicht, denen zu viel versprochen war. Gerade die S.A. hatten nach dieser Richtung Beweise ihrer „Macht“ gezeigt.

Auch noch folgende Erwägungen für Minister:

Draußen bleiben: a) Radikalisierung. Explosion. Die wertvolle Bewegung – die guten Bestände – gingen verloren. H[itler] zwar Ansicht, daß dazu nicht käme. Er rechnet vielmehr mit Anstieg. Aber ist er Herr?

b) Vereinigung mit Zentrum. Zwar gelblich, aber drohende Gefahr. War allerdings im Gange: Preußen. H[itler] aber sagt Blutschande. Aber !?!

Was nun? Nicht klar. „Legale Opposition“. Hitler wird sich verteidigen. Sein

vorn beim Chauffeur sitzen lassen, ohne ihn anzusprechen. Wir begriffen, daß etwas Außerordentliches vor sich gegangen sein mußte, und schwiegen. Als wir im sommerlich dicht bevölkerten Golfklub ankamen, begann es bereits zu dunkeln . . . Schleicher bestellte Sekt, und vor sich hinsprechend, dann immer lauter seine Worte wiederholend, sagte er: „Die Entscheidung war doch richtig – man konnte Adolf Hitler die Macht nicht geben.“ Allmählich laute er auf und wurde ganz der alte, liebenswürdige, lächelnd plaudernde Gesellschafter. Nun erfuhren wir, was im einzelnen geschehen war.“

Schreiben<sup>80</sup>. Versuche, and[ere] ins Unrecht zu setzen, für uns schwer: Ausn[ahme]-s[ituat]ion[id].

Von Regierung: Preußen-Reich, Reichsreform, gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitsbesch[affungs]-Programm, Rüstungsprogramm, Freiwilliger Arb[ei]tsdienst, Kuratorium für Jugendertüchtigung. . .

Nach dem 13. August war Schleicher durchaus bereit, das Präsidialkabinett mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen. Sein Ministerium, wenn auch „für uns sehr schwer“, traf hierzu Vorbereitungen, welche die Möglichkeit des Ausnahmezustandes auf Grund des Artikels 48 nicht ausschlossen<sup>81</sup>. Die weitergeführten Fühlungsnahmen zwischen der NSDAP und dem Zentrum wurden als störend, ja gefährlich empfunden<sup>82</sup>. Vor dem Kabinett bemerkte Schleicher am 15. August, er sei durch das Ereignis der Besprechungen mit Hitler nicht überrascht worden. Alles komme jetzt auf das richtige taktische Verhalten an, damit „der Gegner im Unrecht bleibe“; auch die Regierung stehe vor dem „taktischen“ Problem, wie sie sich am besten mit dem Reichstage auseinandersetze<sup>83</sup>.

Ende August zeigten sich Hindenburg und sein Kabinett entschlossen, eine von Hitler geführte Koalition NSDAP-Zentrum nicht anzuerkennen. Sie entschieden sich für Auflösung des Reichstages, Hinauszögerung der Neuwahlen über den vorgeschriebenen Termin und den Start der von Gayl bereits ausgearbeiteten Verfassungsreform, – wenn, was sie voraussahen, diese von ihnen so genannte „negative Mehrheit“ zustande kommen und feststehen würde, „daß ein zur Zusammenarbeit mit dem Herrn Reichspräsidenten bereiter Reichstag nicht vorhanden“ sei<sup>84</sup>.

Es sei kurz erwähnt, daß Hitler in diesen Wochen neben dem Kontakt mit dem Zentrum (um notfalls die „Arbeitsfähigkeit“ des Reichstages beweisen zu können) sich um eine zusätzliche Verbindung zum Reichswehrminister bemühte. Hierzu stattete er einen seiner Berater auf wirtschaftlichem Gebiete, Hptm. a. O. Dr. Wage-

<sup>80</sup> Auf Grund des – von Schleicher veranlaßten – besonders scharfen Kommuniqués über die Besprechung Hindenburg-Hitler vom 13. August (vgl. Dok. Nr. 7) hatte Hitler noch am selben Tage ein gleichlautendes Schreiben an Schleicher, Meißner und Planck gesandt und ein von ihm verfaßtes Protokoll beigelegt: „. . . Das heute abend veröffentlichte amtliche Kommuniqué weicht in wichtigsten Punkten so wesentlich von dem tatsächlichen Hergang ab, daß ich nicht zugeben kann, daß die Öffentlichkeit einseitig und unrichtig unterrichtet wird.“ Vgl. Schreiben Plancks an Gayl vom 17. August 1932 (Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Reichsministerium des Innern, Bd 25 705, fol. 165).

<sup>81</sup> Kurtorientierung des Ministerkabinetts vom 25. August 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 109.

<sup>82</sup> Notizen Bredows zum 15. August 1932 (vgl. Anm. 12) (= Dok. Nr. 4). Ferner Protokoll der Ministerbesprechung vom 10. August 1932 (= Dok. Nr. 3).

<sup>83</sup> Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. August 1932 (Akten der Reichskanzlei). Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 790 542 ff.

<sup>84</sup> Niederschrift über eine Besprechung in Neudeck vom 30. August 1932, Abschrift im Nachlaß Schleicher, Bd 17/IV, fol. 114 ff. (Bundesarchiv Koblenz).

ner, mit besonderen Vollmachten aus<sup>36</sup>. Wagener verfügte über Beziehungen zu Major a. D. von Eberhardt, dem Schriftführer der Offiziersvereinigung des ehem. 5. Garderegiments zu Fuß. Zusammen mit Eberhardt erschien er am 22. August bei Bredow und plädierte für eine neue Aussprache Papens und Schleichers mit Hitler, auf jeden Fall noch vor dem Zusammentritt des Reichstags<sup>37</sup>. Der General ließ jedoch antworten, Wagener solle sich in dieser Sache keine Hoffnungen machen.

Die dramatischen Vorgänge, die zur Auflösung des Reichstags am 12. September führten, brauchen hier nicht näher geschildert zu werden. Unter dem Eindruck der Ereignisse entstand in der Wehrmachtsabteilung die nachstehende Aufzeichnung, gedacht als Materialgrundlage für eine Propaganda im Sinne des Präsidialkabinetts. In dieser Fassung wurde sie Staatssekretär Plauck und Reichspressechef Marcks zugeleitet<sup>37</sup>.

#### Nr. 5.

1952 September 16, Berlin. Aufzeichnung aus der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums.

Original-Entwurf mit handschr. Korrekturen von der Hand Schleichers und des Oberstlt. Ott. — Koblenz, Bundesarchiv, Nachlaß Schleicher, Bd 17/IV, fol. 141 ff.

**Betrifft: Treubruch der nationalsozialistischen Führung.**

In der Politik der nächsten Zeit wird das Verhältnis des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Führung der N.S.D.A.P. eine wichtige Rolle spielen.

Die Propaganda für das Präsidial-Kabinetts muß deshalb den „Trebuch der nationalsozialistischen Führung“ klarstellen. Dazu ist eine Materialgrundlage zu schaffen, die den Ablauf dieser Dinge darstellt. Sie wird von der Presse-Abt. der Reichsregierung in Zusammenarbeit mit dem Büro des Reichspräsidenten (Staatssekretär und Oberst v. Hindenburg) festzulegen und zu verwerten sein.

Die anliegenden Notizen sollen die Anregung dazu geben. Sie gliedern sich in zwei Abschnitte:

I. Das Verhältnis der Präsidial-Gewalt zu den Nationalsozialisten.

II. Die Maßnahmen der Präsidial-Gewalt.

Das Verhältnis der Präsidial-Gewalt zu den Nationalsozialisten hat drei Zeitabschnitte durchlaufen:

Die Brüning-Krise.

Die Bildung des Präsidial-Kabinetts v. Papen.

Die Zeit nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1952.

Während der Brüning-Krise hat sich die nationalsozialistische Führung rückhaltlos bereit erklärt, ein Präsidial-Kabinetts zu tolerieren und zu unterstützen. Dafür

<sup>36</sup> Nach den Aufzeichnungen des Gen.Maj. a. D. Dr. Wagener, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED 60, H. 53, S. 1933.

<sup>37</sup> Aktennotiz Bredows vom 22. August 1952. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 105.

<sup>37</sup> Aktennotiz Bredows vom 19. September 1952. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 3, fol. 7.

sind eine ganze Anzahl Zeugen vorhanden! Der Reichspräsident hatte begründeten Anlaß, sich auf solche Erklärungen zu verlassen und hat mit auf dieser Grundlage seine Entschlüsse getroffen, um eine nationale Außen- und Innenpolitik in Zusammenarbeit mit der nationalen Bewegung zu ermöglichen. Seine Tat war kein Sprung ins Dunkle, wie die Presse der Opposition damals befürchtet hat, sondern das Beschreiten eines vermeintlich wohl gesicherten Weges.

Vor der Bildung des Präsidial-Kabinetts hat der Reichspräsident Hitler empfangen und sich nochmals die Bestätigung dafür geben lassen, daß die nationalsozialistische Führung ein Präsidial-Kabinett während der Wahlen<sup>88</sup> tolerieren würde<sup>89</sup>. Hitler hat für die Zeit nach den Wahlen zugesagt, das Präsidial-Kabinett nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu unterstützen, ohne an seine Zusage Bedingungen für die Beteiligung seiner Partei zu knüpfen.

Dieser Inhalt des Empfangs Hitlers liegt aktenmäßig fest. Der Führer der Nationalsozialisten hat bei aller Freiheit seiner Wahlpropaganda sich an diese Zusage gehalten und dadurch Reichspräsident und Reichsregierung in dem Glauben an seine Loyalität bestärkt.

Nach der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 hat der Führer der N.S.D.A.P. seine Haltung grundsätzlich geändert und den Anspruch auf die Führung des Kabinetts erhoben.

Bei einer ersten Fühlungnahme der Reichsregierung zeigte er zunächst eine abwartende Haltung, indem er die Regierung vor die Alternative stellte, daß er sich entweder am Kabinett als Kanzler beteiligt oder ohne jede Beteiligung das Kabinett toleriert. Dabei hat er allerdings darauf hingewiesen, daß diese Tolerierung aus dem inneren Druck seiner Bewegung heraus in spätestens einigen Monaten zur scharfen Opposition übergehen müßte.

Bei der zweiten Fühlungnahme der Reichsregierung ist er zum Angriff übergegangen, indem er sich darauf verstieß, die Führung der Regierung zu übernehmen. Irgendwelche Vorschläge auf eine Beteiligung seiner Bewegung am Kabinett Papen, z. B. mit drei Ministern, hat er hartnäckig abgelehnt. Diese Forderungen standen im scharfen Widerspruch zu den früheren Zusagen und waren durch keine Maßnahmen des Kabinetts Papen begründet, das in Unterstützung der Nationalsozialisten weit über die Abmachungen hinausgegangen war. Dem Reichspräsidenten mußte der Kurswechsel Hitlers als Trennbruch erscheinen und ihn zwingen, die Kanzlerschaft abzulehnen. Er konnte unter diesen Umständen mit Hitler nur in einer nicht führenden Stellung des Kabinetts zusammenarbeiten, in der er ihn kennen lernen und sich vergewissern konnte, ob er sich in Zukunft auf die Zuverlässigkeit seiner Zusagen verlassen konnte. So kam die Entscheidung des Reichspräsidenten vom 13. August 1932 zustande.

#### Die Maßnahmen der Präsidial-Gewalt:

Der Reichspräsident hat entscheidendes Gewicht darauf gelegt, die nationale Bewegung des Volkes im Sinne einer aktiven nationalen Politik für den Staat zu gewinnen. Er hat sich in seiner Erklärung vor der Hindenburg-Wahl zu diesem Willen bekannt und sich von dem Reichskanzler Brüning getrennt, als er mit diesem Kanzler das Ziel nicht erreichen konnte. Er war folgerichtig bestrebt, die Präsidial-Gewalt durch die

<sup>88</sup> „Während der Wahlen“: Gemeint ist die Zeit von der Auflösung des Reichstags (4. Juni 1932) an bis zum Tag der Reichstagswahl (31. Juli 1932).

<sup>89</sup> Gestrichen wurde der ursprünglich hier folgende Satz: „mit dem Vorbehalt, daß ihm die nötige Freiheit für die Wahlpropaganda erhalten bleibt“, auf Grund einer handschriftlichen Randnotiz Schleichers („Das hat man später aus freien Stücken den Nazis zugestanden“).

nationalsozialistische Bewegung zu untermauern und hat im sicheren Verlaß auf die Zusagen der Nationalsozialisten das Kabinett v. Papen als Kabinett der nationalen Konzentration zur Führung des Staates berufen. Die Erklärungen des Kanzlers, insbesondere die Rundfunkrede des Reichswehrministers haben nachdrücklich betont, daß die Regierung nicht gewillt ist, sich auf eine schmale Minderheit oder auf die Wehrmacht allein zu stützen. Dieser Wille der Präsidial-Gewalt ist nicht zur Auswirkung gelangt durch den Treubruch der nationalsozialistischen Führung.

In der Abwehr gegen den nationalsozialistischen Angriff war die Regierung schließlich zur Reichstagsauflösung gezwungen. Es war der einzige Weg, um die aktive Führung der Staatsgeschäfte zu sichern. Die angebliche parlamentarische Mehrheit zwischen Nationalsozialisten und Zentrum war ein klares Scheinmanöver. Die Vereinbarung reichte über negative Einigungen nicht hinaus. Sie hat weder in personellen Fragen noch in Fragen der aktiven Führung der Geschäfte positive Vorschläge zu machen vermocht. Die wichtigste Frage der Kanzlerschaft war in dieser angeblichen Koalition nicht zu lösen. Hitler hat in keinem Augenblick den Anspruch auf die Kanzlerschaft fallen lassen, der nach Lage der Dinge für den Reichspräsidenten unannehmbar gewesen ist.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben also auf Grund der Zusage der nationalsozialistischen Parteiführung eine aktive Außen- und Innenpolitik begonnen, die nach der Wahl vom Führer der nationalsozialistischen Partei ohne sachlichen Grund verlassen worden ist<sup>40</sup>.

gez. O. 16/9.                      gez. vB 16/9.

Im Herbst 1932 distanzierte sich Schleicher mehr und mehr von der Politik Papens. Auf diese Entwicklung kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Angesichts der beängstigenden Zuspitzung der politischen Situation, der Radikalisierung der organisierten Massen und der von allen Seiten anbrandenden heftigen Kritik, der sich besonders die Verfassungsreformpläne gegenüberstehen, befürchtete Schleicher die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Am 17. November hatte Papen, dem es nach den Neuwahlen nicht gelungen war, die Parteien zur Mitarbeit zu bewegen, dem Reichspräsidenten empfohlen, jetzt selbst die Verhandlungen in die Hand zu nehmen. Schleicher gab hierzu den Rat, gleichzeitig solle das Kabinett zurücktreten, um Hindenburg von vornherein die notwendige Bewegungsmöglichkeit zu geben. Mit der erfolgten Demission gewann auch Schleicher ein gewisses Maß an Mandlungsfreiheit zurück. Bei den Besprechungen Hindenburgs, die am 18. November begannen, wirkte der General insofern mit, als ihm vom Reichspräsidenten eine Unterredung mit Hitler „genehmigt“ wurde<sup>41</sup> und er beispielsweise zwei Briefe Meißners an Hitler in die endgültige Fassung bringen half<sup>42</sup>.

<sup>40</sup> Gestrichen wurde der letzte Satz: „Die Präsidial-Gewalt war deshalb gezwungen, ihre Politik durch Kampf gegen die nationale Bewegung vor deren Machtansprüchen zu sichern.“

<sup>41</sup> Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung vom 26. November 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 4, fol. 129.

<sup>42</sup> Vgl. den von der Hand Schleichers korrigierten Vorentwurf eines Schreibens Meißners an Hitler vom 22. November 1932; ferner das Schreiben Meißners an Schleicher vom 24. November 1932; in: Nachlaß Schleicher, Bd 25, fol. 42-45 und 55 (Bundesarchiv Koblenz).

Die Verhandlungen mit Hitler und den anderen Parteien verliefen ohne Ergebnis. Hindenburg hielt an seinem stillen Plan fest, Papen erneut zu berufen. Einem solchen zweiten Kabinett aber konnte und wollte Schleicher seine Zustimmung nicht geben. So bereitete er sich auf die eigene Kanzlerschaft vor. Sie war von ihm nicht erstrebt worden, ergab sich für ihn jedoch aus seiner Abwehrpolitik gegenüber der NSDAP sozusagen als „ultima ratio“. Darauf bedacht, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, hatte er schon am 25. November Hitler gefragt, ob dieser bereit sei, ein Kabinett Schleicher zu unterstützen. Hitler lehnte schroff ab, und der General bekam beim Vortrag obendrein den Ärger des Reichspräsidenten zu spüren, der von dem Gedanken an eine Kanzlerschaft Schleichers wenig entzückt schien und die an Hitler gestellte Frage als voreilig monierte<sup>43</sup>. Dennoch betrieb Schleicher seine Kontakte weiter. Seine ersten Versuche dieser Art betrafen die Gewerkschaften sowie die Gruppen um Dr. Gereke, von welcher aus direkte Beziehungen zu Gregor Strasser und kleineren Zirkeln der NSDAP bestanden. Weitere Führer wurden nach der SPD ausgestreckt; solche zu Hölttermann (Reichsbanner) waren bereits seit Wochen intensiviert worden.

Handfeste positive Ergebnisse konnten natürlich in der Eile der letzten Novembertage kaum erzielt werden. Obwohl Schleicher im stillen bereits auf eine bevorstehende Aktivität Strassers hoffte<sup>44</sup>, versuchte er es doch noch einmal mit Hitler und entsandte zu ihm, der sich weigerte nach Berlin zurückzukehren, den Oberstlt. Ott als Unterhändler. Ott besprach sich am 1. Dezember mit Hitler in Weimar und hatte Schleicher noch keine Orientierung zukommen lassen können, als am selben Tage Hindenburg, auf eine baldige Entscheidung in der Regierungsfrage drängend, Papen und Schleicher zu sich berief.

Hierüber sowie über die Vorgänge, die zur Berufung Schleichers zum Reichskanzler führten, berichtet die nachstehende Niederschrift Meißners.

Nr. 6.

1932 Dezember 2, Berlin. Aktennotiz des Staatssekretärs Dr. Meißner über Besprechungen beim Reichspräsidenten von Hindenburg am 1. und 2. Dezember 1932.

Maschinenschr. Or. mit handschr. Einfügungen von der Hand Meißners. - Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Büro des Reichspräsidenten, Bd 47, fol. 486-488.

Am 1. Dezember abends 6 Uhr fand bei dem Herrn Reichspräsidenten eine Besprechung statt, an der Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher,

<sup>43</sup> Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung vom 26. November 1932, a.a.O. (vgl. Anm. 41).

<sup>44</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes vom 25. November 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 4, fol. 125: „... Sie erklärten ausdrücklich und gaben an, hierzu ermächtigt zu sein, daß Strassers Haltung für Hitler nur dem Korpsgeist entspringe. Strasser habe nicht mitgemacht bei Aufsetzung der verschiedenen Briefe und Memoranden der letzten Tage. Er halte sich bereit, sich persönlich in die Bresche zu werfen, falls aus den Bemühungen Hitlers nichts würde...“

Staatssekretär Dr. Meißner und Oberst von Hindenburg teilnahmen. Nach einem eingehenden Bericht des Reichswehrministers von Schleicher über seine Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten und den anderen Parteien ergab sich als einmütige Auffassung aller Beteiligten, daß, zur Zeit wenigstens, Aussicht dafür, daß eine Reichstagsmehrheit ein Kabinett Schleicher tolerieren würde<sup>45</sup>, nicht gegeben sei, daß demgemäß ein Ersatz Papens durch Schleicher keine wesentliche Verbesserung der Lage bedeute und daß ein Kabinett Schleicher ebenso einem Konflikt mit dem Reichstag entgegengehe wie ein Kabinett Papen. Herr von Schleicher glaubte zwar, daß in den nächsten Tagen, wenn man die Entwicklung im Nazi Lager noch abwarten könne, eine andere Auffassung bei den Nazi zum Ausbruch käme; aber der Herr Reichspräsident erklärte, eine weitere Hinauszögerung der Entscheidung sei für ihn nicht tragbar. Demgemäß entschied sich der Herr Reichspräsident dahin, den bisherigen Reichskanzler von Papen erneut mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Herr von Papen erklärte sich auch bereit, diesen Auftrag anzunehmen unter der Voraussetzung, daß der Herr Reichspräsident ihm für den mit Sicherheit zu erwartenden Konflikt mit dem Reichstag alle präsidialen Rechte zur Verfügung stellen werde. Nach eingehender Darlegung des Unterzeichneten über die verfassungsrechtliche Lage gab der Herr Reichspräsident seine Zusage, im Falle eines Konflikts mit dem Reichstag alle erforderlichen präsidialen Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland vor einem Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen könnte. — Reichskanzler von Papen behielt sich vor, mit den Mitgliedern seines bisherigen Kabinetts, die er übernehmen wollte, zu sprechen und die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten erst morgen in einer Pressekonferenz mit der erforderlichen Darlegung des bisherigen Ganges der Dinge und der Begründung für diese Entscheidung bekanntzugeben. Bis dahin sollte der Öffentlichkeit keine Mitteilung gegeben werden.

Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Kabinetts berief der Reichskanzler auf heute morgen neun Uhr eine Kabinettsitzung ein. In dieser berichteten Schleicher und der Unterzeichnete über den Gang der bisherigen Verhandlungen und über die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten. Anschließend daran erklärte der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk, er bedauere diese Entscheidung, sie würde im deutschen Volke sehr unheilvoll wirken; es würde eine Kampfstimmung gegen die Regierung entstehen, und alle Ansätze zur Besserung des Wirtschaftslebens würden durch diese Stimmung vernichtet werden. Es sei daher ganz unmöglich, daß eine neue Regierung Papen die Aufgabe, dem Volk Arbeit und Brot zu verschaffen, erfüllen könnte. Er selbst müsse es unbedingt ablehnen, einem solchen Kabinett anzugehören. Eine Frage des Herrn Reichskanzlers hatte das Ergebnis, daß sämtliche Minister sich gegen die „Lösung Papen“ und für die „Lösung Schleicher“ aussprachen. Nur der Reichsverkehrs- und Reichspostminister Freiherr Eltz von Rühnack erklärte unter Bezugnahme auf Besprechungen, die er mit Männern der Wirtschaft hatte, sich mit der „Lösung Papen“ einverstanden. Anschließend berichtete Oberstlt. Ott im Auftrage des R[eichs]wehrministers über die militärische Lage im Fall eines Generalstreiks [und] eines Aufbruchs im Lande<sup>46</sup>.

Reichskanzlers von Papen begab sich hierauf zum Herrn Reichspräsidenten und erklärte ihm, daß er die Regierungsbildung nicht übernehmen könne, nachdem er von den Mitgliedern des bisherigen Kabinetts, auf deren Mitarbeit er gerechnet habe, einhellig Absage bekommen hätte; v. Papen selbst schlug dem Herrn Reichspräsi-

<sup>45</sup> Ursprüngliche Fassung, „daß die Nationalsozialisten oder die Sozialdemokraten ein Kabinett Schleicher tolerieren würden“.

<sup>46</sup> Dieser Satz ist später handschriftlich eingefügt worden.

dentem vor, nunmehr den Reichswehrminister von Schleicher mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Der Herr Reichspräsident erklärte sich unter besonders herzlicher Betonung seines Vertrauens für Herrn von Papen und seiner Dankbarkeit für die von ihm geleistete Arbeit damit einverstanden.

Anschließend, um 11 Uhr, ließ der Herr Reichspräsident den Reichswehrminister von Schleicher zu sich bitten und erteilte ihm den Auftrag zur Bildung der neuen Reichsregierung. v. Schleicher nahm den Auftrag an. Es wurde alsdann die anliegende Pressenotiz vereinbart<sup>47</sup>.

Berlin, den 2. Dezember 1932.

gez. Ms.

Als letztes Stück lassen wir eine Stellungnahme des früheren Reichskanzlers Franz von Papen folgen, die sich in erster Linie auf den oben abgedruckten Briefentwurf Schleichers an die Vossische Zeitung bezieht, aber auch grundsätzliche Gedanken zu der Politik des Generals aus der Sicht des schließlich zum Gegenspieler gewordenen Freundes bringt.

Nr. 7.

1957 November 12, Obersasbach, Niederschrift  
des Reichskanzlers a. D. Franz von Papen.

Or. - München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrift-  
tum Nr. 354, fol. 6 ff.

Bemerkungen zu dem „Entwurf eines Briefes an die ‚Vossische Zeitung‘ vom 30. Januar 1934 des Generals d. Inf. a. D. Kurt von Schleicher“.

General von Schleicher betont eingangs, er müsse zu diesem Artikel des Herrn Scholtze-Pfäelzer „vor Steiner der historischen Wahrheit“ Stellung nehmen, weil er ihn voller historischer Unrichtigkeiten finde und eine derart verletzend ausdruckweise nicht für möglich gehalten hätte. Es wird also festzustellen sein, welche der von dem ehemaligen Reichskanzler für wahrheitswidrig erachteten Darlegungen einer Korrektur unterzogen werden müssen oder welche von ihm selbst wahrheitswidrig behandelt werden.

Zum ersten Absatz<sup>48</sup>: Der Feststellung Schleichers ist vollauf zuzustimmen.

Zum zweiten Absatz<sup>49</sup>: Als Schleicher mich aufforderte, den Kanzlerposten zu übernehmen, sagte er mir, daß Hitler die Tolerierung und Unterstützung meines Kabinetts nach den Wahlen zugesagt habe. Über die Frage „Tolerierung“ oder „Unterstützung“ ist später gegenüber den Nationalsozialisten eine Kontroverse entstanden, weil Hitler sich an keine dieser Zusagen gehalten hat und unmittelbar nach der Kabinettsbildung bereits erklärte, er habe lediglich versprochen, das Kabinett „eine Weile zu tolerieren“.

Ich selbst habe offenbar eine „Unterstützung“ für unwahrscheinlich gehalten und daher auch in meinen Memoiren nur von „Tolerierung“ gesprochen<sup>50</sup>. Entscheidend für meine Zustimmung zu Schleichers Kanzlerangebot war die aus seiner Abmachung

<sup>47</sup> Nicht bei den Akten.

<sup>48</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>49</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>50</sup> P. von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 180 f. und 180 f.

mit Hitler gewonnene Auffassung, daß „der vorläufigen Tolerierung nach der Wahl eine Beteiligung der NSDAP an der Regierung bestimmt folgen werde“<sup>61</sup>. Es war das die Auffassung Schleichers, die er stark unterstrich.

Die Notiz in den Akten des RWM vom 16. September 1932, Hitler habe Ende Mai tatsächlich Schleicher versprochen, das Präsidialkabinett für die Zeit nach den Wahlen „nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu unterstützen, ohne an seine Zusage Bedingungen für die Beteiligung seiner Partei zu knüpfen“, ist wohl nur unter dem Eindruck der skandalösen Vorgänge der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932 zustande gekommen<sup>62</sup>.

Nach der heute bekannten „Wahrheitsliebe“ Hitlers kann angenommen werden, daß er Schleicher mit beiden Zusagen vorsätzlich täuschte. Hierzu ist auch die Erklärung Hitlers an Associated Press nach dem 15. August 1932 erwähnenswert, in der er „behauptete, seine Unterstützung nur so lange in Aussicht gestellt zu haben, als meine Regierung ihre Politik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der NSDAP führen werde“<sup>63</sup>. Man wird schwerlich annehmen können, Schleicher habe dazu sein Einverständnis gegeben.

Zum dritten Absatz<sup>64</sup>: Die Behauptung Schleichers, er sei nach dem 31. Juli 1932 beim Reichspräsidenten nachdrücklich für eine Kanzlerschaft Hitlers eingetreten, widerspricht der Wahrheit. Wahr ist vielmehr, daß er und ich überzeugt waren, eine Kanzlerschaft Hitlers sei so lange unmöglich, als er nicht de facto dargetan habe, daß durch eine auf seine Weisung erfolgte Beteiligung der NSDAP an der Regierung er und die Partei gewillt seien, sich staatspolitisch verantwortlich – im Sinne der von meiner Regierung festgelegten Richtlinien – zu betätigen. Die Beteiligung der NSDAP an meiner Regierung wurde von mir und dem gesamten Kabinett als dringend wünschenswert betrachtet. Meine Unterhaltung mit Hitler am 15. August ist ganz in diesem Sinne geführt worden.

Es ist möglich, daß Schleicher, wie er angibt, „ein stundenlanges Gespräch mit Hitler auf dem Lande“, etwa um den 5. August, während meiner Abwesenheit zu kurzem Urlaub in Wallerfangen (2. bis 8. August) geführt hat, und wahrscheinlich hat er über dieses Gespräch dem Kabinett am 10. August nachmittags berichtet<sup>65</sup>. Nach weiteren Feststellungen habe ich am 10. August vormittags dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag gehalten und ihn unterrichtet, daß bei der Besprechung des Generals von Schleicher mit Hitler der letztere die Kanzlerschaft gefordert habe<sup>66</sup>.

Wenn aber der Schulthess-Geschichtskalender und Herr von Schmidt-Pauli feststellen, ich hätte in der Zeit vom 8. bis 10. August (von meiner Rückkehr aus Wallerfangen bis zu diesem Vortrag) dem Gedanken einer Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr unbedingt ablehnend gegenübergestanden (falls etwa der Reichspräsident sich für Hitler entscheiden sollte)<sup>67</sup>, so muß ich das als eine unwahre Behauptung oder als eine falsche Information bezeichnen. Eine Erinnerungstäuschung über eine solche Sinnesänderung ist ausgeschlossen. Bevor ich zum Reichspräsidenten ging, hatte jedenfalls Schleicher mich über das Ergebnis seiner Unterredung mit Hitler unterrichtet. Hätte

<sup>61</sup> P. von Papen, a.a.O., S. 194 f.

<sup>62</sup> Vgl. Dok. Nr. 5.

<sup>63</sup> P. von Papen, a.a.O., S. 224.

<sup>64</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>65</sup> W. Görlich, a.a.O., S. 381.

<sup>66</sup> Schulthess' Europ. Gesch.Kal. 1932, S. 133. Vgl. dazu auch Dok. Nr. 5, Anfang.

<sup>67</sup> Schulthess' Europ. Gesch.Kal., a.a.O. E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 87. Ähnlich W. Görlich, a.a.O., S. 381.

er in dieser unserer Besprechung und nachher beim Reichspräsidenten die Forderung einer Kanzlerschaft Hitlers unterstützt, so wäre doch dazu das Einverständnis meines Rücktritts nötig gewesen. Einen solchen Akt hätte ich niemals vergessen.

Es hat im Gegenteil nie ein Zweifel zwischen Schleicher und mir bestanden, daß zunächst nur die Beteiligung der NSDAP an der Regierung anzustreben sei und eine Kanzlerschaft Hitlers erst nach befriedigender Zusammenarbeit mit der Partei zur Debatte stehen könne. Diese Beteiligung der Partei hatte Schleicher mir doch in Aussicht gestellt<sup>58</sup>.

Es ist daher aus allen diesen Gründen ausgeschlossen, daß ich oder Schleicher dem Kabinett am 10. August nachmittags im Sinne der Ziffer 2 des Briefes Schleichers an den Staatssekretär Körner vom 5. August 1933 Bericht erstattet hätten<sup>59</sup>.

Die Ministeramts-Notiz des RWM vom 15. August sowie spätere Stellungnahmen früherer Mitarbeiter Schleichers, die von der Entschlossenheit Schleichers sprechen, sich für eine Kanzlerschaft Hitlers einzusetzen, können m. E. nur zu dem Zwecke erfolgt sein, die Ablehnung der Kanzlerschaft Hitlers später (wenn nötig) dem Reichspräsidenten in die Schuhe zu schieben. Schleicher, der möglicherweise Hitler am 5. August versprochen hatte, sich für dessen Kanzlerschaft einzusetzen, bedurfte eines Abbi. Daraus erklärt sich auch logisch die Darstellung im Briefe vom 30. Januar 1934<sup>60</sup>.

Als meine vor und am 15. August mit Hitler und seinen Beauftragten geführten Gespräche, deren Inhalt mit Schleicher genau abgestimmt war, klar herausstellten,

<sup>58</sup> „Außerdem“, fügt Herr von Papen hinzu, „hätte es jeder Logik widersprochen, wenn Schleicher nach dem 5. August eine Kanzlerschaft Hitlers befürwortet haben würde, nachdem er und ich am 20. Juli, also 11 Tage zuvor, zur Aktion gegen Preußen geschritten waren, aus der inneren Begründung, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, die preußische Polizei in die Hände eines Nationalsozialisten fallen zu lassen, sobald die NSDAP nach der Preußen-Wahl vom 24. April die Regierung dort übernehmen werde.“

<sup>59</sup> Vgl. Dok. Nr. 1 und 2. Zu dieser Stelle bemerkt Herr von Papen außerdem: „Die Behauptung Schleichers zu Ziffer 2 (an Körner) (er (Schl.) habe vor jenem dankwürdigen 13. August sich sowohl im damaligen Reichskabinett wie bei mehreren Unterredungen beim Herrn R.Pr. nachdrücklich für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingesetzt. Das werden Ihnen sowohl alle Mitglieder des Kabinetts, wie vor allem auch der Vizekanzler von Papen und der Staatssekretär Meißner, die meine Bemühungen unterstützten, bestätigen können“ – widerspricht übrigens völlig seiner Darstellung im Briefe an die Voss. Ztg. vom 30. Januar 1934. Dort hat er unter Ziffer 5 geschrieben: „Ich bin nach den Wahlen des 31. Juli 1932 nachdrücklich beim R.Pr. für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten. Adolf Hitler hatte mich in stundenlangem Spaziergang auf dem Lande von der Notwendigkeit seiner Kanzlerschaft überzeugt. Die Gegner dieser Entwicklung, deren Einfluß dann zur Absage des 13. August führte, sind mir bekannt, brauchen in dieser Richtigstellung aber nicht genannt werden.“ Daß ich dieser Gegner bin (und evtl. noch Meißner?) ist ganz klar aus dem Briefe vom 30. 1. 34 ersichtlich. Also: einmal werde ich als Kronzeuge genannt für eine Unterstützung des Schleicherschen Kanzlerkandidaten Hitler und ein halbes Jahr später werde ich als heftiger Gegner dieses Planes hingestellt. Daß der Brief an Körner pro domo geschrieben wurde, zeigt die Abschrift an den Staatssekretär der Kanzlei Hitlers.“

<sup>60</sup> Der Sohn des Reichspräsidenten, Gen. Lt. a. D. Oskar von Hindenburg bestätigt diese Darstellung der Vorgänge in einem Schreiben vom 8. November 1937 an Herrn von Papen: „Unabhängig hiervon kann ich Ihnen nur mitteilen, daß mir nichts davon bekannt war und ist, daß Sie oder Meißner vor dem 13. August 1932 beim Reichspräsidenten in irgendeiner Form für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingetreten sind. Ich persönlich halte dies für völlig ausgeschlossen.“

daß mit einer Beteiligung Hitlers (oder von ihm Beauftragter) an meiner Regierung nicht zu rechnen war, hielt Schleicher darauf, daß die erwartete Absage des Reichspräsidenten am 13. August der Öffentlichkeit in möglichst schroffer Form mitgeteilt werden müsse. Ein so gehaltenes Kommuniqué hatte er mit Meißner schon vorbereitet. Ich erinnere mich daran sehr genau, weil Schleichers Wunsch, der NSDAP eine fühlbare Schlappe zu servieren, von mir in Hinsicht auf die anstehenden Reichstagsverhandlungen nicht voll geteilt wurde. Steht diese heftige Reaktion Schleichers nicht auch in einem psychologischen Widerspruch zu der Behauptung, Hitlers Ablehnung als Kanzler sei ganz gegen seinen, Schleichers, Willen erfolgt? Übrigens hat Schleicher unmittelbar nach dem 13. August einen Brief an den ihm gut bekannten Reichstagsabgeordneten O. Schmidt-Hannover (DNVP) gerichtet, in dem er „herzlich und spontan seiner offenbar ehrlichen Freude über die nun wohl endgültige Abfuhr Hitlers“ Ausdruck gab<sup>61</sup>.

Zum vierten Abschnitt<sup>62</sup>: Nach dem 13. August 1932 hat Schleicher, wie er schreibt, eine Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr für möglich gehalten. Er führt dafür zwei Gründe an. Der Widerstand „des einzig einflußreichen Beraters“ des Reichspräsidenten sei unüberwindlich gewesen. Dieser Berater war doch offenbar ich und es ist völlig zutreffend, daß mein Widerstand unüberwindlich war. Daß der Widerstand des Reichspräsidenten gleichfalls unüberwindlich war, ist ebenfalls zutreffend. Nicht zutreffend ist nur, daß Schleicher dieser Widerstand erst nach dem 13. August bekannt geworden sei, denn es entspricht der Wahrheit, daß Schleicher die Auffassung des Reichspräsidenten und die meine seit Beginn meiner Regierung vollkommen teilte. Die „fast ungnädigen Worte“ des Reichspräsidenten anläßlich eines Gesprächs in Neudeck sind eine erfundene Staffage für diese Darstellung. Wann immer, in Neudeck oder Berlin, in meiner und Schleichers Gegenwart über das Problem Hitler gesprochen worden ist: niemals ist zwischen uns dreien eine Differenz in der Auffassung sichtbar geworden, Hitlers Betrauung sei gegenwärtig unmöglich.

Wichtig ist die Feststellung Schleichers, daß Hindenburg an seiner negativen Auffassung bis zum 26. Januar 1933 festgehalten habe. Sie unterstützt meine Darstellung, daß auch ich, „der einzig einflußreiche Berater“, bis dahin keinerlei Versuche unternommen habe, dem Reichspräsidenten für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen.

Schleicher behauptet, er habe sich angesichts der negativen Haltung des Reichspräsidenten und meiner selbst „um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen“. Die Tatsachen zeigen, daß dies bis zum Abschluß der Novemberwahlen unmöglich war. Ich erinnere an den „Potempa-Fall“ sowie an die Umstände, die am 12. September 1932 zur Auflösung des Reichstages führten. Wie wäre unter solchen Spannungen an eine „Mitarbeit“ der NSDAP zu denken gewesen?

Zum fünften Abschnitt<sup>63</sup>: Ist es zutreffend, daß Schleicher die Kanzlerschaft — wie er schreibt — „sehr gegen seinen Willen“ übernommen hat? Meines Erachtens hat Schleicher die Kanzlerschaft zumindest seit der Reichstag-Tragödie vom 12. September planmäßig angestrebt.

Nach meinem Rücktritt, den ich auf Wunsch Schleichers erklärt hatte, entsandte dieser seinen Vertrauten, den Oberstlt. Ott, am 1. Dezember 1932 nach Weimar zu Hitler, um jenen zu bitten, in sein demnächst zu bildendes Kabinett als Vizekanzler einzutreten. Erstaunlich ist nur, daß jetzt, nach Fortfall meines Widerstandes, Schlei-

<sup>61</sup> Nach einer Mitteilung Schmidts-Hannover, der diesen Brief Schleichers aus Sicherheitsgründen verbrannte, während die Antwort Schmidts an Schleicher vom 18. August 1932 sich im Nachlaß Schleichers befindet.

<sup>62</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>63</sup> Vgl. oben S. 90.

cher nicht Hitler für die Kanzlerschaft zu gewinnen suchte. Weiterhin entsandte Schleicher in der zweiten Novemberhälfte meinen Staatssekretär E. Planck nach Paris, um den führenden Staatsmännern klarzumachen, die interne deutsche Lage erfordere es, einen General an die Spitze der Reichsregierung zu berufen. Man möge darin keinesfalls etwa einen beunruhigenden oder unfreundlichen Akt erblicken. Planck, mit Schleicher eng befreundet, hatte diese Reise mir gegenüber mit einem dringenden Erholungsurlaub motiviert.

Das schließt nicht aus, daß, wie auch Frhr. von Braun meint, Schleicher den Kanzlerposten nicht generell angestrebt habe und gern noch länger „in der Kulisse“ geblieben wäre, hätten die Umstände und eine mögliche Wiederkehr meiner Kanzlerschaft es ihm erlaubt. Er hat diesen Entschluß aber, wie vorstehend dargetan, nicht erst gefaßt, „weil das Kabinett dem wiederberrannten Papen die Gefolgschaft versagte“. Dieser Akt des Kabinetts vom 2. Dezember 1932 war vielmehr eine Folge von Schleichers – ohne meine Kenntnis – geführten Besprechungen mit den einzelnen Ministern<sup>44</sup> und dem am 2. Dezember vorgetragenen Kriegsspiel durch Oberstlt. Ott<sup>45</sup>.

Schleicher spricht weiter von einer an ihn ergangenen Weisung des Reichspräsidenten, „die Nationalsozialisten zur Mitarbeit oder wenigstens zur Neutralität zu überreden, oder den bereits eingeleiteten Wiederaufbau Deutschlands im Kampf durchzuführen“. Diese Darstellung ist unhaltbar, soweit sie eine Weisung auf „Kampf“ betrifft.

Schleicher war am 2. Dezember zum Kanzler berufen worden, weil der Reichspräsident den Kampf nicht wollte und weil Schleicher ihm versprochen hatte, er werde dem Reichspräsidenten jeden Kampf und den Bruch der Verfassung ersparen. Er werde durch Spaltung der NSDAP eine parlamentarische Regierung zu bilden versuchen, die ein diktatorisches Regimenten erübrige. In der Unterredung vom 1. Dezember zwischen dem Reichspräsidenten, Schleicher und mir hatte Hindenburg den Schleicherschen Vorschlag abgelehnt, weil er an seine Durchführung nicht glaubte. Erst der am 2. Dezember wiederholte Hinweis Schleichers, meine Wiederbetragung werde den Bürgerkrieg unvermeidlich machen, und seine Darlegung, daß mit den vorhandenen Machtmitteln einem Bürgerkrieg nicht begegnet werden könne, haben den Reichspräsidenten bewogen, den mir gegebenen Auftrag zurückzuziehen und Schleicher mit der Kanzlerschaft zu betrauen. Daraus erhellt eindeutig, daß Schleicher bis zum Augenblick, da er dem Reichspräsidenten melden mußte, seine Bemühungen

<sup>44</sup> E. von Papen, a.a.O., S. 246.

<sup>45</sup> In einem Briefe vom 5. Juli 1957 schreibt Frhr. von Braun dazu an Herrn von Papen: „Das Kabinett . . . wurde am 2. Dezember 1932 . . . durch den im Auftrage von Schleicher von Major Ott nach den Kriegsspielen gehaltenen Vortrag darüber orientiert, daß im Falle einer Diktatur der Friede und die Ordnung im Reiche durch das Militär gegen die SA und SS, womöglich gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nicht aufrecht erhalten werden könne. Diese Auffassung war um so einleuchtender, da doch sehr viele Soldaten aller Ränge von der Disziplin, der Begeisterung, der verklärten Opferbereitschaft des Nazismus im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie der damaligen Zeit stark berührt waren und man daher wohl mit starken inneren Widerständen bei den Soldaten bei etwaigen Kämpfen rechnen konnte. Die meisten Kabinettsmitglieder, zu denen auch ich gehörte, glaubten nicht, daß Papen nach dem Mißtrauensvotum des Reichstags vom 12. September die Schlagkraft besitzen könne, die ungemein schwierige Lage gegen das von allen guten Göttern verlassene Parlament (Kass mit eingeschlossen) und die Nazis in ihrer Gesamtheit zu meistern, wormal die allgemeine Volkstimmung durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gereizt war. Daß dem Reichspräsidenten die Betragung Schleichers mit dem Kanzlerposten sehr schwer wurde, habe ich in meinem Buch „Von Ostpreußen bis Texas“ S. 258 ff. dargelegt.“

um Mitarbeit oder Neutralität der NSDAP seien endgültig gescheitert (am 25. Januar 1933), nicht eine Weisung auf „Kampf“ erhalten haben kann<sup>66</sup>.

Es ist noch Stellung zu nehmen zu dem Protokoll Meißners vom 2. Dezember 1932<sup>67</sup> (Aktennotiz über Besprechungen beim Reichspräsidenten am 1. und 2. Dezember 1932). Die hier gegebene Darstellung der Besprechung des Kanzlers und Schleichers beim Reichspräsidenten entspricht nicht den Tatsachen. Ich berufe mich auf die Schilderung dieser dramatischen Sitzung in meinen Memoiren<sup>68</sup>. Es ist weder zutreffend, daß zuerst der Reichswehrminister einen eingehenden Bericht über seine „Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten und den anderen Parteien“ gegeben habe, noch ist an jenem Abend „als einmütige Auffassung aller Beteiligten“ festgestellt worden, „daß, zur Zeit wenigstens, Aussicht dafür, daß eine Reichstagsmehrheit das Kabinett Schleicher tolerieren würde, nicht gegeben sei, daß demgemäß ein Ersatz Papens durch Schleicher keine wesentliche Verbesserung der Lage bedeute und daß ein Kabinett Schleicher ebenso einen Konflikt mit dem Reichstag entgegengehe wie ein Kabinett Papen“.

Die Darstellung, der Unterzeichnete (Meißner) habe eine eingehende Würdigung der verfassungsrechtlichen Lage von sich gegeben, ist eine glatte Erfindung. Ich habe keine Erinnerung daran, daß Meißner bei dieser Besprechung anwesend gewesen wäre. Jedenfalls hat er nicht gesprochen. Da die Aktennotiz ausweislich der Datierung erst nach der Betrauung Schleichers mit dem Kanzleramt niedergelegt worden ist, kann man vermuten, daß der Hergang der Besprechung am 1. Dezember einer Darstellung Schleichers entspricht, die dann dem Staatssekretär Meißner gegeben wurde<sup>69</sup>.

Anders ist auch die Fassung nicht zu verstehen, die von der „Verletzung der Pflichten des Reichstags“ spricht und von den präsidialen Maßnahmen des Reichspräsidenten „um Deutschland vor Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen könnte“. Tatsächlich habe ich dem Reichspräsidenten vortragen, der vorhandene Staatsnotstand verlange eine Regierung ohne den Reichstag, was einen Bruch der beschworenen Verfassung bedeute. Die Verletzung des Eides liege also beim Reichspräsidenten und dem amtierenden Kanzler. Wie kann man da von einer Pflichtverletzung des Reichstages sprechen?<sup>70</sup> Dieses Meißnersche

<sup>66</sup> Hrhr. von Braun schreibt dazu (a.a.O.): „Ich habe nie auch nur andeutungsweise davon gehört, daß Hindenburg eine Eventualvollmacht gegeben habe, den Wiederaufbau im Kampf durchzuführen. Das ist m. E. freie Erfindung von Schleicher. Weil er den Kampf nicht wollte, darum betraute Hindenburg ja Hitler mit dem Kanzlerposten, obwohl ihm dieser zuwider war.“

<sup>67</sup> Vgl. Dok. Nr. 6.

<sup>68</sup> F. von Papen, a.a.O., S. 245 ff.

<sup>69</sup> Zu Form und Inhalt des Meißnerschen Protokolls vermerkt Herr von Papen noch: „Eine solche Verdrehung der Tatsachen gegenüber einer so historischen Aussprache! Wenn Meißner, wie ich annehmen muß, nicht selbst am 1. 12. zugegen war, hätte er zumindest sein am 2. 12. nachmittags gefertigtes „Protokoll“ mir zur Bestätigung zeigen müssen, zumal er auch bei meiner Verabschiedung am 2. 12. nicht zugegen war. Aber ich glaube nicht fehl zu gehen, daß Meißners Beschreibung der Vorgänge vom 1. und 2. 12. nach dem Diktat Schleichers erfolgt ist. Man weiß ja, wie schnell Dr. Meißner sich auf einen neuen Kanzler einzustellen wußte. Ich selbst habe das nach dem Abgang Dr. Brünnings mit Erstaunen wahrgenommen.“

<sup>70</sup> Anmerkung des Herausgebers: Der Bericht Meißners von der Zusage Hindenburgs, „alle erforderlichen präsidialen Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland vor einem Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstages entstehen

Protokoll erweckt den Anschein, als ob ich mit dem Reichspräsidenten Theater gespielt hätte!

Ebensowenig entspricht die Darstellung Meißners den Vorgängen in der Kabinettsitzung, die ich zum 2. Dezember einberufen hatte. Als ob der Kanzler nicht existiert hätte, wird hier berichtet, daß Schleicher und Meißner über den Gang der Verhandlungen vom 1. Dezember und die Entscheidung des Reichspräsidenten das Kabinett unterrichtet hätten. Der Vortrag Ott wird als etwas ganz Nebensächliches erwähnt, obwohl gerade er den Beschluß des Kabinetts herbeiführte, den von Schleicher befürchteten Bürgerkrieg auf alle Fälle zu vermeiden. Die protokollarische Darstellung „vermiedlich“ die sehr ernste tatsächliche Lage und Entscheidung im Schleicherschen Sinne.

Zu der Feststellung Schleichers, „die nicht ungünstigen Aussichten für einen modus vivendi mit den Nationalsozialisten waren in dem Augenblick erledigt, als durch Papens hinter meinem Rücken geführte Verhandlungen die Möglichkeit für neue Kombinationen sichtbar wurde“, ist zu sagen:

Ein „modus vivendi“ wäre Mitarbeit oder Neutralität gewesen. Beide Möglichkeiten schienen aber bereits erschöpft, als meine „hinter seinem Rücken geführten“ Verhandlungen mit Hitler am 4. Januar 1933 in Köln stattfanden. Otts Mission, Hitler als Vizekanzler zu gewinnen, war bereits am 1. Dezember gescheitert. Dann hatte Schleicher diesen Posten Gregor Strasser angeboten, sei es mit oder ohne Zustimmung Hitlers. Dieser Plan hatte sich Ende Dezember als undurchführbar erwiesen. In der parteiinternen Auseinandersetzung zwischen Hitler, Strasser und dem Führungsgremium gelang es Hitler, jede Parteisplaltung zu verhindern. Strassers evtl. Eintritt in das Kabinett hätte also eine parlamentarische Mehrheit für Schleicher nicht schaffen können – zumal, wie sich Ende Januar zeigte, auch die SPD gegen jede Beteiligung an seiner Regierung war.

Auch die Möglichkeit einer Neutralität war durch die Vorgänge innerhalb der NSDAP seit Dezember ausgeschlossen. Ein „modus vivendi“ hat also nie in Aussicht gestanden, nachdem auch die am 11. Januar 1933 stattgefundene Unterhaltung Strassers mit dem Reichspräsidenten erfolglos blieb.

Welches sind „die neuen Kombinationen“, die nach Schleichers Ansicht zufolge meiner Unterredung mit Hitler am 4. Januar 1933 sichtbar wurden?

Die ausgedehnten prozessualen Untersuchungen über Hergang und Inhalt der Kölner Besprechung haben festgestellt, daß es sich dort nur um eine „unverbindliche Aussprache“ gehandelt hat. Die Aussprache war dem Bestreben gewidmet, das Schleicher selbst erfüllte: eine Beteiligung der NSDAP in irgendeiner Form an dessen Regierung. Sie war keinesfalls gegen Schleichers Interessen gerichtet. Die dokumentarische Feststellung erweist, daß Schleicher bereits die Morgenpresse des 5. Januar 1933 gegen mich mobil gemacht hatte und daß die Versuche vielfacher Mißdeutung zu einer Legende über Inhalt und Wert der Kölner Besprechung geführt haben<sup>71</sup>.

könnte“, ist in der vorliegenden – wohl eilig erfolgten – Formulierung geeignet, zu Mißverständnissen zu führen. Es kann sich vielmehr nur darum gehandelt haben, daß eine „Pflichtverletzung“ von Seiten des Reichstages erwartet wurde, ein Versagen des Parlamentes hinsichtlich der ihm verfassungsmäßig zuzuteilenden „Pflichten“. Das aber wäre dann gleichbedeutend mit dem Staatsnotstand gewesen, den Herr von Papen oben als Voraussetzung für seine damaligen Vorschläge erwähnt.

<sup>71</sup> Beruf. Urteil von 1949, S. 29: „Die Kombinationen der Presse haben zu einer Legendenbildung geführt, die dem wahren Geschehen nicht entspricht.“

Endlich bleibt noch Stellung zu nehmen zu der Darlegung Schleichers: „Blied der Kampf, für den alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen waren, und der meiner festen Überzeugung nach zum Erfolg geführt hätte, wenn nicht plötzlich die feierlich zugesagte Unterstützung des Reichspräsidenten ausgeblieben wäre.“

Die Vorbereitungen für den Kampf eines diktatorisch geleiteten Kabinetts hatten geistiger und materieller Art zu sein. In geistiger Hinsicht hatte der Innenminister meiner Regierung, Frhr. von Gayl, nach mehrfachen Rücksprachen Vorschläge zu einer Verfassungsänderung ansarbeiten lassen. Sie betrafen die Verbesserung des Wahlrechts der Weimarer Verfassung und die Begründung einer ersten Kammer, als Korrektiv gegen staatsgefährdende Beschlüsse allmächtiger Majoritäten des Reichstags. Diese Reformen, auch von Schleicher gebilligt, würden eine bessere Funktion des parlamentarisch-demokratischen Lebens gewährleistet haben.

In materieller Hinsicht hatte Schleicher schon am 2. Dezember 1932 dem Kabinett erklärt, daß er alle Vorbereitungen getroffen habe, um im Falle eines Ausnahmezustandes die Funktion des Staatsapparates sicherzustellen. Indessen habe das angestellte Kriegsspiel ergeben, daß sie nicht ausreichend seien<sup>74</sup>. Wie jedoch hätten sie Ende Januar 1933 nach Schleichers „fester Überzeugung“ zum Erfolge führen können?

Wenn Schleicher weiter behauptet, „die feierlich zugesagte Unterstützung des Reichspräsidenten (für die Erklärung des Staatsnotstandes) sei plötzlich ausgeblieben“ und es sei durchaus nicht vorzuziehen gewesen, daß der Reichspräsident ihm die Vollmachten nicht gehen werde, weil er ihn schon 14 Tage zuvor zur Reichstagsauflösung gedrängt habe, so wird man nur einen Rückblick auf die Tage vom 10. bis 26. Januar zu werfen haben, um festzustellen, daß auch diese Darstellung nicht zutreffen kann<sup>75</sup>. Die Zusicherung der Erteilung von Ausnahme-Vollmachten ist schon deshalb nicht glaubhaft, weil der Reichspräsident den Kampf nicht wollte und Schleicher zu einer einvernehmlichen Lösung berufen hatte. Ab Mitte Januar war alles im Fluß und nichts deutete an, daß der Reichspräsident den Kanzler zur Auflösung gedrängt habe. „Die nüchternen Tatsachen“, die Schleicher für seine Darstellung zitiert, sahen anders aus.

Zum sechsten Abschnitt<sup>76</sup>: Die Stellungnahme Schleichers zu diesem Punkt halte ich für durchaus begründet. Seine Auffassung ist von vielen von uns, die durch die Schule der Armee und des Generalstabes gegangen sind, geteilt worden. Die Zitierung von Dr. Goebbels in diesem Zusammenhang ist wohl nur eine Verbeugung vor dem Regime.

Zum siebenten Abschnitt<sup>77</sup>: Schleicher weist den Vorwurf zurück, „die sozialrevolutionäre Verschärfung der Volksstimmung habe unter seiner Kanzlerschaft von Woche zu Woche zugenommen“. Es dürfte zutreffen, daß der Kanzlerwechsel vom 2. Dezember 1932 von psychologischer Rückwirkung auf den eben fühlbar werdenden wirtschaftlichen Aufstieg gewesen ist. Die Spannungen, die Schleicher leugnet, hat er offenbar selbst empfunden, als er die ihm sehr nahestehende „Tägliche Rundschau“ am 28. Januar 1933 schreiben ließ: „Ein Diktatur-Kabinett Papen mit den Deutschnationalen werde die Spannung im Volke bis zur Siedehitze steigern und müsse zu einer Präsidentenkrise führen.“ Wer in dieser bedrohlich-aufgeregten Zeit eine Krise um das Staatsoberhaupt an die Wand malte, mußte in der Tat die Spannung als staatsgefährdend empfunden haben.

<sup>74</sup> Vgl. die Niederschrift Otts bei F. von Papen, a.a.O., S. 247 f.

<sup>75</sup> Vgl. die chronologische Tagesübersicht bei F. von Papen, a.a.O., S. 261 ff.

<sup>76</sup> Vgl. oben S. 90.

<sup>77</sup> Vgl. oben S. 90.

Es scheint kein überzeugendes Argument, wenn Schleicher darlegt, wir seien dem Kommunismus in Deutschland nie so fern gewesen, wie in den zwei Monaten seiner Regierung, in denen – trotz Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen – kein Schuß gefallen sei. Schleicher selbst hat mir gegenüber oft die Meinung vertreten, es sei die gegenwärtig dringendste staatsmännische Aufgabe, alles zu tun, um die so außergewöhnlich angeschwollene nationalsozialistische Partei, in ihrer heterogenen Zusammensetzung, nicht in die Arme des Kommunismus zu treiben.

Es ist schwer zu sagen, weshalb Schleicher in diesem Brief seine eigene Auffassung zum Problem Hitler so ganz anders dargestellt, als sie in Wirklichkeit 1932/33 gewesen ist.

gez. F. von Papen.

Wir wollen zusammenfassen. Zwischen den durchaus im eigenen Interesse geschriebenen sowie aus der damaligen persönlichen Situation zu verstehenden Briefen Schleichers und der jüngsten Niederschrift Papens liegen immer noch viele Unklarheiten. Papen bleibt dabei, die gemeinsame politische Linie, die ihn mit seinem Kabinett – und somit auch mit Schleicher – verband<sup>76</sup>, stark zu betonen. In dieses Bild paßt jedoch, damals wie heute, die Realität des selbständig und durchaus mit Verantwortungsgefühl handelnden Politikers Schleicher schlecht hinein, – des Mannes, der von einer ungewöhnlichen, aber historisch erklärbaren Position aus zumindest ein Ziel mit gleichbleibendem Nachdruck verfolgte: alles zu tun, um die nationalsozialistische Massenbewegung samt ihren militanten Organisationen in eine enge ernst gemeinte, durch politische Pflichten gekennzeichnete Verbindung zum Staat zu bringen oder zu – nötigen. Im Hinblick auf dieses Ziel stimmte er lange Zeit mit Brüning überein, lenkte er den Blick auf Papen, bemühte er sich um Hitler, scheiterte er schließlich selbst. Die NSDAP sah in ihm den Gegner, sobald sie zu erkennen vermochte, mit welchen inhaltlichen, personellen, ja selbst gouvernemental-technischen Vorbehalten diese Politik ihr gegenüber geführt wurde. Sie hielt ihn für fähig, zu der persönlichen Niederlage Hitlers am 13. August 1932 beigetragen zu haben.

Damit kommen wir zu den Einzelheiten, die zum Teil vorerst ungeklärt bleiben müssen. Es konnte gezeigt werden, daß Schleicher nach den Wahlen des 31. Juli 1932 – äußerlich gesehen – für kurze Zeit aus der präsidentialen Phalanx ausgebrochen ist. Dabei war die vorübergehende „Einsicht“, eine Kanzlerschaft Hitlers würde am ehesten die blutige Wildheit jener Tage dämpfen, doch nur eine Variante bereits monatelanger Auffassungen. Eine Variante, auf die er, nach Kenntnisnahme der Haltung des Reichspräsidenten, wieder verzichten zu können glaubte, ohne dabei den Ausgang des 13. August als Triumph der Regierungspolitik zu empfinden.

War Schleicher wirklich beim Reichspräsidenten? Während Papen noch heute einen derartigen Besuch mitsamt den geschilderten Einzelheiten für freie Erfindung hält, erschien bereits den Nationalsozialisten ein Gespräch „unter vier

<sup>76</sup> Vgl. dazu auch die Charakterisierung des Kabinetts durch L. Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 146.

Augen<sup>77</sup>, wenngleich nach ihrer Meinung gegen die Interessen Hitlers gerichtet, sehr wahrscheinlich. Nach dem inhaltlichen und grammatischen „Befund“ der Niederschrift Schleichers<sup>77</sup> wäre die dort genannte Besprechung in Neudeck auf die Zeit vor dem 15. August zu legen. Hiervon und auch untereinander unabhängig bezeugen zwei ehemalige Mitarbeiter Schleichers, daß dieser bei Hindenburg sich für die Kanzlerschaft Hitlers eingesetzt habe<sup>78</sup>; ein dritter bestätigt auf Anfrage, der General sei „um den 12. August“ beim Reichspräsidenten gewesen<sup>79</sup>. Einer von ihnen setzt zwar diese Intervention auf „Ende August“ an – was nicht stimmen kann –, stützt aber die Erinnerung Schleichers an die „fast ungnädigen Worte“ Hindenburgs in Neudeck. Er schreibt (1949): „... Nach der diesbezüglichen Besprechung beim Reichspräsidenten sagte er (sc. Schleicher): ‚Der alte Herr hat den Gedanken schroff abgelehnt und mir dann ziemlich unfreundlich gesagt: – Man sagt mir, Sie wollten mich den Nazis ausliefern, – Darauf habe ich ihm dann etwas beruhigt‘“<sup>80</sup>. Die Zeit für die Möglichkeit eines solchen Gespräches kann nur zwischen dem frischen Eindruck des Wahlergebnisses sowie der Fühlungnahme mit Hitler einerseits und dem – seit dem 10. August mit Hindenburg und Papen gemeinsam betriebenen – Vizekanzler-Plan andererseits gelegen haben. Aus der Sammlung der täglich von Bredow zusammengestellten „Kurzorientierungen“, die Schleicher so regelmäßig wie möglich abzuzeichnen pflegte, geht einwandfrei hervor, daß der General zwei Tage, den ganzen 8. und bis zum Abend des 9. August, vom Reichswehrministerium abwesend war<sup>81</sup>. Von den Männern, die über die damaligen politischen Besprechungen beim Reichspräsidenten etwas aussagen können, lebt außer Papen nur mehr Oskar von Hindenburg. Auch er glaubt nicht daran, daß Schleicher „am 13. August 1932 bzw. vor diesem Datum“ eine Kanzlerschaft Hitlers vorgeschlagen haben könnte<sup>82</sup>.

Nun ein Wort zu dem Widerspruch, den Papen bei der Nennung seiner Person in beiden Briefen Schleichers erblickt<sup>83</sup>. Er bezieht sich auf die von Schleicher genannten „Gegner dieser Entwicklung“ und etwas später auf den „einzig einflußreichen Berater“. Mit den „Gegnern“ ist nach seinem Empfinden er („und evtl. noch Meißner?“), mit dem „Berater“ „doch offenbar“ er allein gemeint. Gewiß, der Einfluß Papens stieg und vermochte gegen Ende des Jahres denjenigen Schleichers auszustechen. Es ist aber schwer einzusehen, daß der General – auch nachträglich – bei den Mitte August 1932 verhandelten Affären in dem erst zwei-

<sup>77</sup> Vgl. oben S. 90, Dok. Nr. 2, vierter Abschnitt.

<sup>78</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 218, fol. 1 ff.; Nr. 248, fol. 6 und 12.

<sup>79</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279, fol. 26.

<sup>80</sup> Zeugenschrifttum Nr. 248, fol. 12.

<sup>81</sup> Kurzorientierungen des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Pa 72.

<sup>82</sup> Schreiben des Gen.-Lt. a. D. Oskar von Hindenburg an Herrn von Papen vom 21. November 1937.

<sup>83</sup> Vgl. oben Anm. 59 und S. 110.

einhalb Monate als Reichskanzler amtierenden und bisherigen politischen Außenseiter Papen bereits „den einzig einflußreichen Berater des Reichspräsidenten“ geschen haben soll. Er nennt den „Berater“ und die „Gegner“ so wenig beim Namen wie er andererseits in dem Briefe an Körner sich auf die Namen Papcus und Meißners als hoher Amtsträger bezogen hat. Es bleibt daher die Frage, ob nicht dieser „Berater“ und sicher auch die „Gegner“ in der engsten privaten Umgebung Hindenburgs zu suchen sind.

Zu den Andeutungen Schleichers, daß seine Kontakte mit der NSDAP nach dem 13. August weiterliefen („Ich habe Hitler über meine Beurteilung der Lage nicht im unklaren gelassen und mich deshalb um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen“), hat Papen keine Stellung genommen. Die Türen waren keineswegs zugeschlagen. Zeitgenössische Hinweise auf Bestrebungen Schleichers und Papens, die Verbindung zu Hitler nicht abreißen zu lassen<sup>84</sup>, ja sogar auf eine Zusammenkunft der drei an neutraler Stelle<sup>85</sup>, lassen wir dahingestellt. Aber schon am 22. August nahm, wie wir sahen, ein Bevollmächtigter Hitlers Fühlung mit dem Wehrministerium auf<sup>86</sup> und setzte seine Gespräche im September mit dem Leiter der Wehrmachtsabteilung fort; noch vor der Reichstagsauflösung scheint auch eine weitere Aussprache Schleichers mit Gregor Strasser stattgefunden zu haben. Und Papen selbst betonte am 15. August vor dem Kabinett, es bleibe nach wie vor notwendig, die nationalsozialistische Bewegung als „tragenden Faktor“ an den Staat heranzubringen, nur dürfe der Staat nicht an Hitler ausgeliefert werden<sup>87</sup>. Für Schleicher blieb jedenfalls die Entwicklung dauernd im Fluß, eine Auffassung, gegen die auch die oben abgedruckte Materialstudie über den „Treibbruch der nationalsozialistischen Führung“<sup>88</sup> praktisch nichts aussagt. Vor dem Kabinett hatte er die Notwendigkeit des taktisch richtigen Verhaltens, das den „Gegner“ im „Unrecht“ lassen müsse, hervorgehoben.

Man wird nicht sagen können, daß sich Schleicher die sich selbst gestellte Aufgabe leicht gemacht hat. Die Mission Otts nach Weimar – der letzte Versuch mit Hitler – und die konkreten Verhandlungen mit und in Richtung auf Strasser Ende November/Anfang Dezember konnten und können für den Kenner der Dinge keine „entscheidende Wendung“, wie Papen meint, bedeuten. Wie weit kurz vor dem 1. Dezember eine „Lösung Schleicher“ oder ein Kabinett Schleicher bereits gegenüber Hindenburg spruchreif war, läßt sich auch aus der Aktennotiz Meißners<sup>89</sup> nicht ersehen. Ihre Mängel, auf die auch Papen

<sup>84</sup> J. Goebbels, a.a.O., S. 146 bzw. 147 (15. bzw. 16. August 1932).

<sup>85</sup> E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 131 f.; J. Goebbels, a.a.O., S. 152.

<sup>86</sup> Vgl. oben S. 101 f.

<sup>87</sup> Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. August 1932 (Akten der Reichskanzlei), a.a.O. (vgl. Anm. 35).

<sup>88</sup> Vgl. Dok. Nr. 5.

<sup>89</sup> Vgl. Dok. Nr. 6.

hinweist, sind offensichtlich. Leider fehlt in der einschlägigen Sammlung der Reichskanzlei ein Protokoll der Ministerbesprechung vom 2. Dezember; eine kurze Notiz teilt lediglich die Tatsache mit<sup>90</sup>. Daß sie dramatisch verlief, weiß auch Schwerin-Krosigk zu berichten<sup>91</sup>. Indessen scheint die Abneigung einzelner Minister gegen den scharfen Kurs Papens schon etwas früher bestanden zu haben. Kurzum: Schleicher war der Auffassung, daß die Absichten Papens 90% des Volkes zu erbitterten Feinden der Regierung machen würden<sup>92</sup>, und meinte, die Reichswehr bei ihrer gleichzeitigen Grenzschutzverpflichtung nicht einem Zweifronten-Bürgerkrieg aussetzen zu sollen. So stellte er sich, wenngleich zögernd, für das Amt des Reichskanzlers zur Verfügung, um die weit verbreitete Antipathie gegen die Regierung nach Möglichkeit auf die radikale Rechte zu reduzieren -, unter Verzicht auf die großangelegten Verfassungs- und Wahlrechtsreformpläne Papens und Gayls und sein Programm beschränkend auf das Gebiet der Sozialpolitik und der Arbeitsbeschaffung.

Die Gegenkräfte erwiesen sich als stärker und setzten Ende Januar 1933 den letzten Reichskanzler des Weimarer Staates matt. Daß Hindenburg nicht mehr imstande gewesen sei, einen Unterschied in den Gründen zu finden, die am 1. Dezember durch Papen und am 28. Januar durch Schleicher vorgetragen wurden, um Vollmachten für die Auflösung des Reichstages zu erhalten, ist heute auch die Meinung Papens<sup>93</sup>.

*Thilo Vogelsang*

<sup>90</sup> Protokollsammlung der Ministerbesprechungen vom 1. Juni 1932 bis 30. Januar 1933 aus den Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 791 241.

<sup>91</sup> L. Graf Schwerin von Krosigk, a.a.O., S. 146. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 145, Bd. 3, fol. 35 ff.

<sup>92</sup> Ausführungen Schleichers auf einer Befehlshaberbesprechung Mitte Dezember 1932, in: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 427.

<sup>93</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 354, Bd 2, fol. 3.